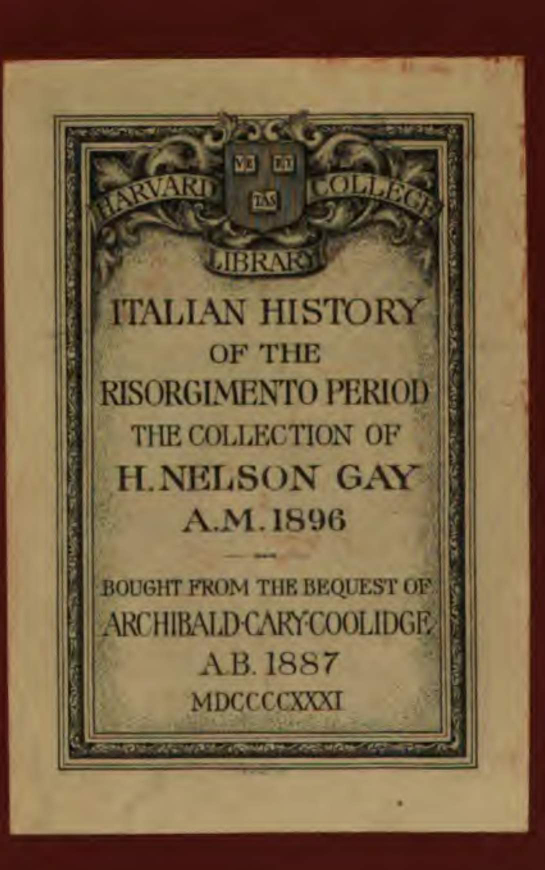
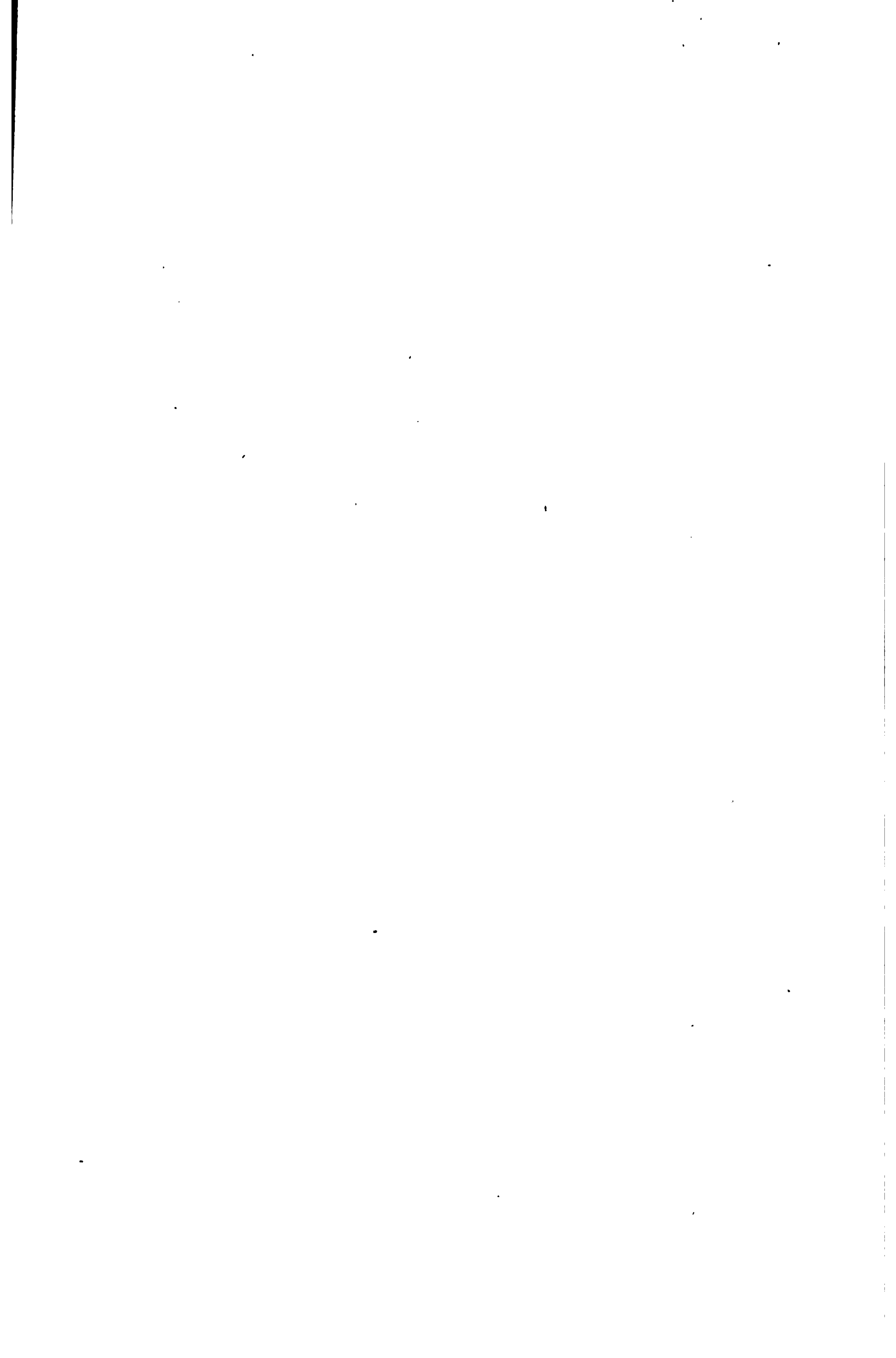
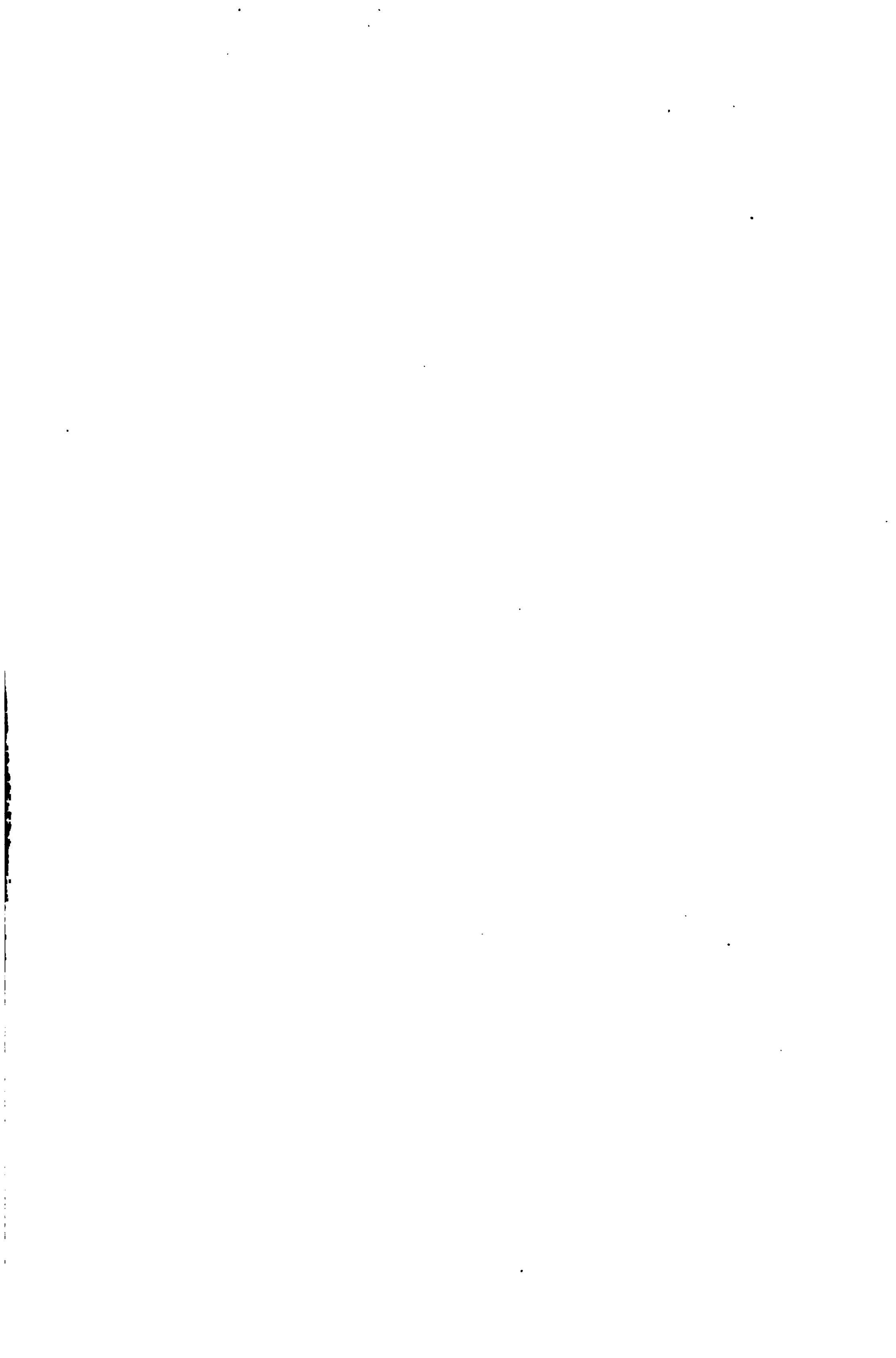

HARVARD COLLEGE
VE RI TAS
LIBRARY
ITALIAN HISTORY
OF THE
RISORGIMENTO PERIOD
THE COLLECTION OF
H. NELSON GAY
A.M. 1896
BOUGHT FROM THE BEQUEST OF
ARCHIBALD·CARY·COOLIDGE
A.B. 1887
MDCCCCXXXI







Anhang

zu den

Gedanken und Erinnerungen

von

Otto Fürst von Bismarck

II



Stuttgart und Berlin 1901
J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger
G. m. b. H.

Aus

Bismarcks Briefwechsel



Stuttgart und Berlin 1901

J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger

G. m. b. H.

Inhaltsverzeichniß

Seite

1. Bismarck an Albert v. Below, 12. April 1848 . . 1

   Das Votum des Landtags auf Bewilligung eines Credits von 40 Millionen Thaler ein Votum der Angst. David Hansemanns Allgewalt über den Beutel der Steuerpflichtigen.

2. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 7. Juni 1851 . . 2

   Assessor Rudloff. Günstiger Verlauf der Warschauer Zusammenkunft. Kaiser Nicolaus als Gegner des Constitutionalismus. Unzufriedenheit Manteuffels mit dem Gange der Dinge in Frankfurt a. M. Oesterreich und Preußen am Bundestag: Oesterreich hat ein Interesse daran, alles auf den Weg der Gewalt zu treiben, Preußen muß mit Gründen der Vernunft kämpfen.

3. Edwin v. Manteuffel an Bismarck, 9. Juni 1851 . 4

   Die geringe Besoldung der preußischen Officiere ist in der Armeegeschichte traditionell. Die Hebung des preußischen Officierstandes kann weniger durch Geldzulagen als durch die Beseitigung der Ranggleichheit preußischer Officiere mit den Officieren anderer deutscher Contingente geschehen. Die russischen Großfürsten in Berlin.

4. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 21. Juni 1851 . 6

   Manteuffel in vielfacher Hetze: russischer Besuch, dänische Verhandlung, kurhessische Verfassungsfrage, Besetzung von Ministerien. Personalien. Preußen und Oesterreich am Bunde in Mißtrauen gegen einander.

5. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 11. Juli 1851. . 7

   Der König hat die Abberufung Rochows und die Ernennung Bismarcks zum Bundestagsgesandten genehmigt. Ungeschicklichkeiten v. Klützows in Behandlung der ständischen Fragen; Verstöße der Kreuzzeitung und ihre extremen Forderungen. Ihre Kriegserklärung gegen Manteuffel, von dem sie als Zeichen der Unterwerfung die Entlassung Quehls fordert. Rudloffs Ausfall gegen die Kölnische Zeitung. Bitte an Bismarck, vor dem Eintritt ins Amt noch einmal in Berlin zu nothwendigen Besprechungen zu erscheinen.

Seite

6. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 15. August 1851 . 11
Der König hat gegen Bismarcks Absicht, ihm bis nach Mainz entgegenzukommen, nichts zu erinnern.

7. Karl v. Manteuffel an Bismarck, 28. August 1851 . 11
Die Kammerwahl in Brandenburg. Verhandlungen des Ministeriums mit einzelnen Mitgliedern der Provinziallandtage sind unmöglich. Westphalen und Klützow sind keine politischen Köpfe, und auf den Landtagen selbst ist die Ungeschicklichkeit heißsporniger Rittergutsbesitzer zu fürchten. Sollen sich die Kammern dem Ausspruch der Landtage beugen, so müssen die Landtage einmüthig sein. Eine Rechtsverwahrung der Rittergutsbesitzer ist nicht bei den Landtagen, sondern bei König und Staatsministerium anzubringen. Geringe Betheiligung an den Wahlen; Weiterwuchern des constitutionellen Geistes.

8. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 25. September 1851 14
Einverständniß des Ministers mit dem Verfahren Bismarcks in Sachen des Austritts der preußischen Ostseeprovinzen aus dem Bunde. Sächsische Insinuationen gegen den preußischen Antrag und ihre Einwirkung auf den König. Ermächtigung Bismarcks, eventuell die rauhe Seite herauszukehren. Oesterreichs Aufforderung an Preußen, die Verfassung zu brechen. Angst des Königs vor den Kammern im Hinblick auf den für 1852 erwarteten déluge général. Manteuffels Rath: den Kammern gegenüber keine Schwäche und Nachgiebigkeit zu zeigen und ohne Verfassungsbruch das Mittel der Auflösung anzuwenden. Besorgniß des Königs vor der von der Bethmann-Hollwegschen Partei geplanten Gründung einer neuen Zeitung. Graf R. v. d. Goltz als Verfasser des Programms.

9. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 4. October 1851 . 17
Ein merkwürdiger Erlaß des Fürsten Schwarzenberg; seine Beantwortung durch Manteuffel.

Anlage:

Fürst Schwarzenberg an Freiherr v. Prokesch-Osten, 20. September 1851 18
Die günstige Aufnahme der Kaiserlichen Handschreiben über die Regierungsform in Oesterreich bei dem Könige von Preußen erweckt die Hoffnung, daß Preußen darin einen neuen Beweggrund zu engster Verbindung mit Oesterreich erkennen wird. Die übrigen deutschen Staaten sind über die Rückkehr Oesterreichs zum Absolutismus sehr erfreut und verleugnen nicht den Wunsch, aus der Beseitigung des Repräsentativsystems in Oesterreich Vortheil für ihre eigenen

Seite

schwankenden Verhältnisse zu ziehen, vorausgesetzt, daß die beiden deutschen Großmächte mit gleichmäßigem Beispiele vorangehen. Die Hoffnungen der Umsturzpartei auf einen grundsätzlichen Gegensatz zwischen Oesterreich und Preußen werden zu Schanden werden, wenn auch in Preußen der Wille des Königs die Richtung der Politik bestimmen wird. Einladung zu einem Gedankenaustausch im Sinne dieser Betrachtungen.

10. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 6. October 1851 . 21

Hannöversche Mahnung an Preußen, die hannöversche Regierung in Erfüllung eines Herrn Klenze gegebenen Versprechens in der Verfassungsfrage zu unterstützen. Antwort Manteuffels wohlwollend, doch ohne Verbindlichkeit, die Frage aus anderen als rechtlich-politischen Gründen zu behandeln. Ungünstige Nachrichten aus Kopenhagen: Sieg der eiderdänisch-demokratischen Partei in Aussicht. Diner zu Ehren des Königlichen Geburtstags.

11. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 13. October 1851 23

Klenzes Ansicht von der Pflicht Preußens, um des Vertrags vom 7. September willen das Ministerium Münchhausen bei seinen Discussionen mit den Provinzialständen unterstützen zu müssen, ist rein individuell. Der finanzielle Werth des Vertrags und seine politische Bedeutung für die Conservativen Hannovers. Das Ministerium Münchhausen fühlt sich durch die Beschwerde der Landstände und die Behandlung des Bundestags nicht bedroht, sofern der letztere in seinen Beschlüssen der hannöverschen Regierung gegenüber in milden Formen auftritt.

12. General v. Rochow an Bismarck, 1. November 1851 25

Die lederne Tretmühle in der Eschenheimer Gasse. Wien und Berlin verständigen sich leichter mit einander als die Vertreter der beiden Großmächte in Frankfurt a. M. Ein faules Ei des Herrn v. Beust in Bezug auf den Hannoververtrag. Politische Wichtigthuerei des Herrn v. Beust, der zwischen Preußen und Oesterreich gern den Vermittler spielen möchte. An eine Vereinigung Oesterreichs mit dem Zollverein ist noch nicht zu denken. Zur Charakteristik der Bundestagsgesandten. Die demokratische Richtung des Kopenhagener Cabinets hat Rußland auf Preußens Seite geführt. Personalien. Nothwendigkeit einer Oberpolizeibehörde für Deutschland.

13. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 3. November 1851 28

Das dänische Cabinet geht nicht darauf ein, dem Herzog von Augustenburg eine eventuelle Succession nach dem Aussterben der männlichen Descendenz des Prinzen Christian

Seite

einzuräumen. Die Anerkennung des Prinzen Christian und seiner Descendenz hat das Verdienst der Einfachheit, jede Stipulation zu Gunsten des Augustenburgers zwingt zur Regulirung anderer Erbschaftsfragen und gefährdet die durch europäische politische Interessen gebotene Integrität der dänischen Monarchie: Bereitwilligkeit des Ministers Bluhme, auf die von Preußen, Oesterreich und Rußland geltend gemachten Wünsche einzugehen. Der Herzog von Augustenburg muß sich dem Rathe des preußischen Königs fügen. Differenz in der Berechnung der Abfindungssumme.

14. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 3. November 1851 — 29

Ein Schreiben des Grafen Nostitz über sächsische Machinationen gegen den Anschluß Hannovers an den Zollverein. — Bodelschwinghs Tenacität.

Anlage:

Graf Nostitz an Otto v. Manteuffel 30

Beusts Antrag auf eine Besprechung mit Minister v. Münchhausen und Münchhausens Antwort. Intriguen gegen die Verwirklichung des Zollvereins mit Hannover und den Zollverein überhaupt, den man zu einer Sache des Bundes zu machen bestrebt ist, um dem Bundestag bei der Neuorganisation Einfluß zu verschaffen. Gesundheitszustand des Königs Ernst August.

15. Karl v. Manteuffel an Bismarck, 13. November 1851 — 32

Anstellung eines Polizeiagenten in Frankfurt a. M. Schellwitz' Versetzung nach Schlesien, Oppermanns Ernennung zum Dirigenten der landwirthschaftlichen Abtheilung in Merseburg. Westphalen und v. Klützow, Angriffsobjecte für die Kammern.

16. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 15. November 1851 — 35

Empfehlung des Staatsanwalts Meyer. Die Frankfurter Behörden müssen in gutem Zuge erhalten werden bei Verfolgung der auf den Umsturz Preußens gerichteten Conspirationen.

17. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 23. November 1851 — 36

Die deutsche Flotte und die Deutschthümler. Beschwerde Manteuffels bei Fürst Schwarzenberg über preußenfeindliche Machinationen. Die Einigkeit der beiden Großmächte ist die Voraussetzung des Gedeihens Deutschlands. Charakteristik Oesterreichs: bei unmäßiger Größe und Kraft häßliche Krankheitsformen. Was folgt daraus für den Verkehr Preußens mit Oesterreich? Die Folgen eines Zusammenbruchs Oesterreichs müssen für Europa verhängnißvoll sein. Fürst Schwarzenberg der einzige Mann, der Oesterreich noch zusammen-

Seite

hält, ihn zu stürzen liegt nicht in Preußens Interesse. Der Bundestag nicht die Form, aus Deutschland etwas zu machen, aber das Mittel, den inneren Zerfall zu verdecken und ein fester Punkt für die kleinen Staaten. Ersuchen, zur Präsidentenwahl in der Kammer zu erscheinen. Graf Th. zu Stolberg.

18. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 24. November 1851 — 40
Aufforderung zur Anwesenheit bei der Präsidentenwahl.

19. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 24. November 1851 — 40
Einladung, bei dem Minister während des Berliner Aufenthaltes Quartier zu nehmen. Die Thronrede wird kein Wort von auswärtiger Politik enthalten, da die Kammern in Preußen die auswärtige Politik nicht machen können.

20. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 28. December 1851 — 41
Personalien. Bitte, gegenüber den kleinlichen Intriguen am Bundestag kaltes Blut zu bewahren. Beschwerde bei Fürst Schwarzenberg ist eingelegt. Annäherung Oesterreichs an Louis Napoleon, der zur Beseitigung der Verfassung in Sardinien und zur Einmischung in Belgien gestachelt wird. Auch gegen Rußland sucht Oesterreich Frankreich aufzureizen. Preußens Stellung zu Rußland und England ist gegeben; doch neigt der König um Neuenburgs willen zur Gemeinschaft mit Frankreich. Aufforderung, zur Besprechung aller schwebenden Fragen nach Berlin zu kommen.

21. Otto v. Manteuffel an Bismarck, ? Januar 1852 . — 44
Rückgabe von Briefen des Herrn v. Schele und des Grafen Thun. Zustellung eines v. Canitzschen Schreibens.

22. Bismarck an Otto v. Manteuffel, ? Februar 1852 . — 45
Staatsrath Fischer als Vertrauensmann der altconservativen Partei in Oesterreich. Angriffe auf den Fürsten Windischgrätz wegen seines Feldzugs in Ungarn und seine Vertheidigungsschrift. Bitte, den Sympathien des Fürsten Windischgrätz für Preußen durch eine günstige oder wohlwollende Beurtheilung seiner Selbstvertheidigung in den militärischen Zeitschriften entgegenzukommen. Gereiztheit des österreichischen Adels über die zugefügten materiellen Verluste.

Anlage:

Graf Wurmbrandt an Staatsrath H. Fischer, 27. December 1851 . . . . — 47
Im Kampfe zwischen dem beweglichen und unbeweglichen Vermögen muß der Conservative dem unbeweglichen den Sieg wünschen. Dazu ist der Freihandel das Mittel, der Schutzzoll der Weg, zum Freihandel zu gelangen. Abfällige

Seite

Beurtheilung eines Artikels des Grafen Wurmbrandt durch die Kreuzzeitung. Preußens Haltung in der Zollfrage ist durch politische Erwägungen bestimmt. Preußen erstrebt das Aufgehen Deutschlands in Preußen. Was ist Deutschland? Seit der Reformation giebt es kein wahres Deutschland mehr. Oesterreich erstrebt ein engeres Bündniß, ausgedehnt auf größere Staaten, und will um des guten Zweckes willen diesen mitteleuropäischen Bund Deutschland nennen lassen. Der Ausschluß Oesterreichs aus Deutschland bricht dem Katholicismus in Deutschland das Genick und gefährdet die Selbständigkeit der kleineren Staaten. Im Interesse der österreichischen conservativen Partei liegt es, wenn die Conservativen Preußens gegen den österreichischen Zollverein nicht Opposition machen.

23. Hausminister Graf Anton zu Stolberg-Wernigerode an Bismarck, 1. April 1852 50
Glückwunsch zum Geburtstag: der alte Mann reicht dem jungen ritterlichen Kämpen die Freundeshand.

24. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 4. April 1852 . 51
Die Betheiligung des Bundes an den Londoner Conferenzen gestattet weder England, noch dient sie dem preußischen Interesse. Bitte, sich über die geäußerten Bedenken auszusprechen und im Falle des Einverständnisses die Gründe in den Berichten aus den Frankfurter Verhältnissen heraus zu reproduciren.

25. Graf v. Nostitz an Bismarck, 6. April 1852 . . . 52
Der Tod des Fürsten Schwarzenberg, ein wichtiges Ereigniß für Preußen. Ansichten des Herrn v. Schele hinsichtlich eines allgemeinen deutschen Preßgesetzes.

26. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 14. April 1852 . 53
Bitte um baldige Erstattung eines amtlichen Berichts über die Londoner Convention im Sinne des Privatschreibens.

27. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 15. April 1852 . 54
Der Besuch der Seelmesse für den Fürsten Schwarzenberg durch den preußischen Bundestagsgesandten in amtlicher Eigenschaft ist nicht angemessen.

28. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 15. April 1852 . 54
Dank für das Privatschreiben vom 7. April. Bevorstehende Eröffnung des Berliner Zollvereinscongresses: Preußen wird mit Hannover eine starke Ermäßigung der Eisenzölle vorschlagen. Der König wünscht, daß Bismarck den Grafen Nesselrode kennen lerne und deshalb nach Berlin komme.

Seite

29. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 20. April 1852 . 56
Mittheilungen über den Kaufmann Weck. Unzufriedenheit des Königs mit der Eröffnungsrede Manteuffels. Bunsens Theorie von der zukünftigen Organisation Europas.

30. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 21. April 1852 . 58
Uebersendung eines Königlichen Handschreibens, das Bismarck zur Verhandlung über die Pairiebildung nach Berlin ruft. Gäste beim Abendconcert im Schlosse. Klage über des Königs Inconsequenz, Willkürlichkeiten, schlechte Laune. Inhalt der Darmstädter Verabredungen.

31. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 22. April 1852 . 60
Meldung des Beginns der Verhandlungen über Bildung der Ersten Kammer.

32. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 24. April 1852 . 60
Verschiebung des Termins der Verhandlungen.

33. Bismarck an Otto v. Manteuffel, 24. April 1852 . 61
Lassen sich nicht zwingende Gründe finden, Bismarcks Fernbleiben von Berlin zu rechtfertigen?

34. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 24. April 1852 . 61
Zwingende Gründe lassen sich nicht finden.

35. Bismarck an Otto v. Manteuffel, 25. April 1852 . 62
Meldung der Ankunftszeit.

36. Karl v. Manteuffel an Bismarck, ? April 1852 . . 62
Amendement des Grafen Burghausen, betr. die Bildung der Ersten Kammer.

37. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 19. Mai 1852 . 62
Aufforderung nach Berlin zu kommen, um dem Kaiser Nicolaus vorgestellt zu werden.

38. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 29. Mai 1852 . 63
Bitte um Entschuldigung wegen Oeffnung eines an Bismarck gerichteten Briefes.

39. König Friedrich Wilhelm IV. an Bismarck, 3. Juni 1852 63
Weisung, sich in Vertretung des Grafen Arnim nach Wien zu begeben.

40. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 14. Juni 1852 . 64
Eine Befragung des Königs betr. der Aushändigung des Königlichen Handschreibens an den Kaiser ist zur Zeit unmöglich. Des Ministers Rath ist, auf der Reise nach Ungarn nicht zu bestehen und den Brief durch sichere Beförderung dem Kaiser zuzustellen. In der Zollsache hat Oldenburg acceptirt,

Seite

Hannover sucht noch Preußen zur Nachgiebigkeit gegen Oesterreich zu bestimmen. Herr v. Klindworth in Berlin im Auftrage des Königs von Württemberg. Gründe der Ablehnung der württembergischen Vorschläge. Oesterreich ist jeder Nachgiebigkeit gegen Preußen abgeneigt. Der vorläufige Zerfall des Zollvereins würde Preußen die eigenmächtige Regelung seines Tarifs gestatten. Weisung für Bismarck: das Verhandeln nicht zu sehr zu suchen, sondern nach Constatirung der Willfährigkeit es an sich kommen zu lassen. Personalbemerkungen: Graf Grünne, Graf Platen, Linden. Bitte um Vorsicht im Gasthof und gegen v. Hinckeldey.

41. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 15. Juni 1852 . 68

Die Darmstädter Coalition hat Frankreichs Beistand nachgesucht und dagegen das Versprechen der Neutralität in allen zwischen Frankreich und den deutschen Großmächten vorkommenden Collisionsfällen gegeben.

42. Résumé d'une conversation du Comte Nesselrode avec le Comte de Buol 69

Oesterreich wünscht nicht die Auflösung, sondern die Ausdehnung und Befestigung des Zollvereins, gönnt auch Preußen das Uebergewicht über die kleinen Staaten; es wünscht nur eine Prüfung seiner Vorschläge nach Handelsvertrag Lit. A und Verhandlungen mit Preußen darüber während der Dauer der Zollvereinsverhandlungen. Hinsichtlich des Handelsvertrages Lit. B zwischen dem Zollverein und Oesterreich ist letzteres zufrieden, wenn Preußen sich den Verhandlungen nicht widersetzt, sondern für später wohlwollende Prüfung verheißt. Die auf dem Wiener Zollcongreß vertretenen Staaten glauben an die Möglichkeit eines Vertrages nach Schema Lit. A, sowie in Zukunft nach Lit. B. Warum versagt sich Preußen einer von ganz Deutschland verlangten Prüfung der Frage?

43. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 25. Juni 1852 . 71

Das Schreiben v. Scheles scheint einigermaßen unter russischem Einflusse geschrieben zu sein und klingt an das Résumé an. Schele ist über das österreichische Intriguenspiel aufzuklären. Die Antwort auf die preußische Erklärung vom 7. Juni ist in München formulirt und mit Herrn v. Prokesch besprochen worden. Hannover denkt nicht an Rücktritt vom Septembervertrag. Schmähliche Haltung des Ministeriums gegenüber der Kammer. Weisung an Bismarck, freundlich und eingehend zu sein, aber allen festen Engagements zu entschlüpfen. Der Schein des Bruchs ist zu vermeiden; der Urlaub genehmigt. Entsendung Rochows an das Hoflager des Königs von Württemberg. Eine neue Erklärung Preußens in der Zollconferenz.

Seite

44. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 26. Juni 1852 . 75

Verschiedenheit des Standpunktes in Wien und Berlin: Oesterreich stellt den politischen Zweck an die Spitze des Zollvereins, Preußen sucht durch den materiellen Vortheil des Zollvereins den politischen Zusammenschluß homogener Staaten zu erreichen. Oesterreich will auch die heterogensten Theile, eventuell durch einen der Bundesacte widersprechenden Zwang, zusammenschmieden.

Anlage:

Graf Buol an Minister v. Manteuffel, 21. Juni 1852 76

Würdigung der Entsendung Bismarcks nach Wien. Uebler Eindruck der in Berlin ausgesprochenen Ablehnung der von den deutschen Regierungen vorgeschlagenen Zolleinigung mit Oesterreich. Der von Preußen vorgeschlagene Weg bietet wegen der daran geknüpften Bedingung einer vorhergehenden Umgestaltung und Erweiterung des Zollvereins größere Schwierigkeiten als der österreichische Antrag auf Anerkennung des Princips der Einigung mit Oesterreich. Letzteres legt auf die Erweiterung des Zollvereins durch Aufnahme Oesterreichs großen Werth, nicht aus finanziellen, sondern aus politischen Gründen, da auf die Dauer eine der beiden deutschen Großmächte nicht neben dem Bunde stehen darf. Haltbares in Deutschland kann nur aus dem Zusammenwirken von Oesterreich und Preußen hervorgehen; will Preußen die materielle Spaltung durch Ausschluß Oesterreichs verlängern, so muß das die politische Einigung der deutschen Staaten bedrohen.

45. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 6. Juli 1852 . . 80

Urlaubsbewilligung.

46. Graf Platen an Bismarck, 8. Juli 1852 81

Graf Buols Ansicht von Platens Vermittelungsvorschlag: annehmbar, wenn die Staaten der Darmstädter Coalition zu den Verhandlungen zugezogen werden. Bitte, den Vorschlag der preußischen Regierung zu unterbreiten.

47. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 20. Juli 1852 . 82

Desavouirung falscher Gerüchte. Schädlichkeit des Nesselrodeschen Vermittelungsvorschlags. Baron Prokesch als Verfasser hämischer Artikel gegen Preußen. Klenzes Verdächtigungen Bismarcks.

48. Graf Platen an Bismarck, 30. Juli 1852 84

Bitte um Auskunft über das angebliche Zerwürfniß zwischen Manteuffel und Bismarck. Bevorstehende Ankunft Beusts. Platens Vermittelungsvorschlag und Berichtigung einer mißverständlichen Auffassung. Personalien.

Seite

49. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 4. August 1852 . 85
Glückwunsch zur Geburt des zweiten Sohns und Annahme der Pathenschaft.

50. Graf Platen an Bismarck, 13. August 1852 . . . 86
Indiscrete Mittheilungen, die Platen zur Last gelegt werden. Ueberweisung von Auszügen aus den amtlichen Berichten.

51. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 18. August 1852 . 91
Gruß an Junker Wilhelm. Dummen Klatschereien ist Manteuffel nicht zugänglich. Die beabsichtigte Berufung des Generals v. Radowitz zum Chef des Militärbildungswesens würde Manteuffel zur Einreichung seiner Demission nöthigen. Württembergs Uebertritt zu den Darmstädtern.

52. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 17. September 1852 92
Vertretung Manteuffels bei der Taufe. Festes Auftreten Preußens in der Zollsache, auch gegen Württemberg. Bismarcks Urlaubsgesuch.

53. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 24. September 1852 94
Die Münchener Erklärung schlau und dehnbar gefaßt, für Preußen aber nicht annehmbar. Graf Nostitz als Befürworter hannöverscher Vermittelungsgelüste. Entsendung des Grafen Alvensleben nach Hannover, v. Rosenbergs nach Darmstadt. Klindworths Ruf schlimmer als er verdient.

54. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 26. September 1852 95
Die Notiz des Preußischen Wochenblatts über die Luxemburger Angelegenheit Gegenstand polizeilicher Ermittelungen. Geheimrath Matthies als wahrscheinlicher Verfasser auf Grund Frankfurter Mittheilungen aus der preußischen Gesandtschaftskanzlei. Ersuchen, weitere Nachforschungen anzustellen. Anlage: Zwei Polizeiberichte über die Mitarbeiter des Preußischen Wochenblatts und ihre Verbindungen.

55. v. d. Schulenburg an Bismarck, 28. September 1852 101
Tauffest im Hause Bismarck. Beitritt Kurhessens zu den bayerischen Propositionen in Sachen des Zollvereins. Hassenpflugs Protestationen kaum ehrlich gemeint. Man hofft auf Hannovers Rücktritt vom Septembervertrag; die Bevölkerung Kurhessens aber steht zu Preußen. Kurhessische Wünsche und Zumuthungen an Preußen.

56. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 18. October 1852. 103
Graf Thuns Versetzung als Gesandter nach Berlin ist angenommen worden, sein Nachfolger in Frankfurt a. M. noch

Seite

nicht bestimmt. Hohe Meinung des Königs vom Werthe des Bundestags; abweichende Ansicht des Ministers. Ein Auftrag für Klindworth. Ein Memoire in der Zollangelegenheit als Erwiderung eines österreichischen Memoires. Verblümte Andeutungen Buols wegen einer privaten Verständigung zwischen Preußen und Oesterreich. Verlegenheit des Ministers. Umkehr Württembergs unter russischem Einflusse. Unhaltbarkeit des österreichischen Tarifs. Allein zu bleiben hat für Preußen nichts Bedenkliches. Bismarcks Wahl in die Kammer.

57. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 19. November 1852 107
Stand der Zollangelegenheit: österreichische Redensarten von einer Verständigung, die Preußen nicht wolle. Herabstimmung der österreichischen Forderungen. Voraussetzung der Verhandlungen mit Oesterreich ist die Reconstitution des Zollvereins. Hannovers Haltung, seine preußenfeindliche Einwirkung in Oldenburg und Braunschweig. Antinapoleonische Gesinnung des Königs, englisches Memorandum gegen die Ziffer III.

58. Herzog Christian August von Schleswig-Holstein-Augustenburg an Bismarck, 5. December 1852 . . 110
Mittheilung von einer Reise nach Coburg.

59. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 30. December 1852 111
Antrag der Rothschilds in Frankfurt auf Verleihung des Titels Hofbanquier. Ersuchen um Berichterstattung.

60. Friedrich Wilhelm IV. an Otto von Manteuffel, 2. Januar 1853 113
Die Einführung des dänischen Commandos beim holsteinischen Contingent darf der Deutsche Bund nicht dulden.

61. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 4. Januar 1853 . 113
Ernennung Prokeschs zum österreichischen Bundestagsgesandten. In Paris verweigert man die Annahme der russischen Creditive. — Glückwunsch zum neuen Jahre.

62. Freiherr v. Prokesch-Osten an Bismarck, 18. Januar 1853 114
Begrüßung Bismarcks bei Uebernahme der Präsidialstellung: Absichten und Hoffnungen.

63. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 1. Februar 1853 . 116
Der König befiehlt dem General v. Herwarth mit dem preußischen Officiercorps dem Feldmarschall-Lieutenant v. Prokesch Besuch zu machen. Thorheit der Kreuzzeitungsartikel gegen das französische Kaiserthum: Preußen darf nicht im Schlepptau Oesterreichs und Rußlands gehen, sondern muß sich suchen, aber auch finden lassen.

Seite

64. Freiherr v. Prokesch-Osten an Bismarck, 14. Febr. 1853 118
Ein Artikel der Kölnischen Zeitung: legale Giftbereitung.

65. Quehl an Bismarck, 11. März 1853 120
Einverständniß des Ministers mit Bismarcks Verfahren gegenüber Prokesch. Oesterreichs Wunsch nach einem gemeinschaftlichen Protest gegen England wird abschlägig beschieden werden. Mit Bayern sind freundliche Beziehungen zu unterhalten. Freude Quehls über die Uebereinstimmung zwischen Minister und Gesandten. Anfeindungen Manteuffels durch die doctrinär-feudal-pietistische Partei und durch kurzsichtige oder ränkesüchtige Collegen. Mangel an Activität gegen unbrauchbare Freunde und gefährliche Gegner: Preußens Action nach außen darf nicht durch inneres Siechthum aller Basis beraubt werden.

66. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 15. März 1853 . 123
Verkauf zweier zur deutschen Flotte gehörigen Schiffe. Einvernehmen Manteuffels mit Bismarcks Auffassung von der Stellung Preußens zu Oesterreich. Für Preußen empfiehlt sich die Schonung der mittleren deutschen Staaten, damit sie die preußische Führung suchen. Abfällige Kritik des Prinzen von Preußen. Neue Schwierigkeiten von Seiten Hannovers. Erkrankung der Frau v. Manteuffel. Erwählung des Prinzen Karl zum Herrenmeister des Johanniterordens. Graf Thun, die österreichische Note gegen England und Preußens ablehnende Haltung.

67. Bismarck an Otto v. Manteuffel, 30. Mai 1853 . . 126
Charakteristik der Mitglieder des Bundestags und ihrer Stellung zu Preußen.

68. Freiherr v. Prokesch an Bismarck, 3. Juni 1853 . 141
Ein Vorschuß für den Ulm-Rastatter Baufonds.

69. König Friedrich Wilhelm IV. an Bismarck, 12. September 1853 142
Ein Mißverständniß in den Regionen des Prinzen von Preußen.

70. Bismarck an König Friedrich Wilhelm IV., ? September 1853 143
Was bestimmte Bismarck zu den Mittheilungen an den Prinzen von Preußen?

71. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 6. Januar 1854 . 144
Kriegsdrohungen im Osten. Miserable Rolle Oesterreichs, widerspruchsvolle Haltung Buols. Pourtalès' Sendung nach London. Spaltung im englischen Cabinet. Der Befehl an

Seite

die Flotte zum Einlaufen ins Schwarze Meer wird vermuthlich die russische Kriegserklärung nach sich ziehen. Kammervorlagen. Beust in Berlin.

72. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 28. Januar 1854 147

Bismarcks Sendung nach Karlsruhe kann ersprießlich für das Verhältniß Preußens zu Baden sein. Bedenken gegen eine Verhandlung Badens mit Rom, nachdem der Papst für die Bischöfe Partei genommen hat. Ruhiges Abwarten imponirt, jede Beeiferung zur Beilegung des Streites wird als Schwäche gedeutet werden. Bedeutung des Ausgangs des oberrheinischen Kirchenconflicts für die Stellung der ultramontanen Partei in Deutschland und der protestantischen Regierungen zur katholischen Kirche.

73. Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode an Bismarck, 1. Februar 1854 152

Bitte um baldiges Erscheinen in Berlin.

74. Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode an Bismarck, 5. Februar 1854 153

Erneute Bitte um Erscheinen auf dem Berliner Kampfplatz.

75. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 24. Februar 1854 154

Oesterreichs Ultimatum an Rußland.

76. Bismarck an Otto v. Manteuffel, 27. Februar 1854 154

Vertragsabschluß zwischen Oesterreich und Frankreich.

77. Handschriftliche Notizen Bismarcks, ? März 1854 . 154

Preußens Interessen sind defensiver Natur, ein Bündniß mit Oesterreich nur möglich, wenn Oesterreich neutral bleiben will. Militärischen Beistand kann Oesterreich nur verlangen, wenn Deutschland ohne österreichische Provocation in Kriegsgefahr geräth.

78. Entwurf von Bismarcks Hand zu einer Erklärung in der Kammer, März 1854 156

79. Entwurf von Manteuffels Hand zu einer Ansprache an die Kammern, März 1854 160

80. Freiherr v. Rosenberg an Bismarck, 7. April 1854 . 162

Entwurf eines österreichisch-preußischen Schutz- und Trutzbündnisses auf Grund gegenseitiger Garantie für die außerdeutschen Provinzen. Der Bund soll zum Beitritt aufgefordert werden. Verhüllte Ministerkrisis in Berlin.

Seite

81. Bismarck an König Friedrich Wilhelm IV., 25. April 1854 164

Ergebung des Prinzen von Preußen in die Willensmeinung des Königs unter Verurtheilung jedes Protestes im Namen der Armee. Bereitwilligkeit des Prinzen, durch ein Schreiben an den König den letzten Rest der Verstimmung zu beseitigen.

82. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 27. April 1854 . 166

Drohendes und drängendes Auftreten der Westmächte in Berlin. Graf Esterhazy. Wunsch des Prinzen von Preußen, von der Großherzogl. hessischen Regierung in Mainz ein Regierungsgebäude als Wohnung angeboten zu erhalten.

83. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 30. April 1854 . 168

Der Vertrag mit Oesterreich ein fait accompli, aber ohne allzu starke Verbindlichkeit für Preußen. Werth des Bündnisses gegenüber Rußland und Oesterreich und ein Schutz gegen den Druck der Westmächte. Bunsens Entfernung vom Londoner Posten.

84. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 5. Mai 1854 . . 170

Befehl des Königs an Bismarck, zur Besprechung über die Behandlung des preußisch-österreichischen Bündnisses am Bund in Berlin zu erscheinen.

85. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 27. Mai 1854 . 171

Sendung des Grafen Alvensleben nach Wien und seine Berichte: Oesterreich wünscht den Krieg mit Rußland zu vermeiden und den Druck der Westmächte auf Preußen abzuleiten. Die österreichischen Aushebungen und Rußlands Gegenmaßregeln. Kaltes Blut und nicht zu viel Handlung muß preußisches Programm sein. Die französische Flotte bei Kiel.

Anlage:

Graf Nostitz an Otto v. Manteuffel, 26. Mai 1854. 173

Preußens Politik muß sein, Oesterreich von jedem Schritte, der zur Action führen könnte, abzuhalten und in Collisionsfällen zwischen Rußland und Oesterreich zu vermitteln. Das Bündniß vom 20. April ist die richtige Basis für eine solche Friedenspolitik.

86. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 9. Juni 1854 . . 175

Die Bamberger Beschlüsse und ihre Beantwortung. Oesterreichische Auslegung des Zusatzartikels. Klage des Kaisers über Preußens Rückständigkeit hinsichtlich der Rüstungen. Buols Raisonnement: Oesterreich und Deutschland müssen die Westmächte gegen Rußland unterstützen, sonst wird der Friede

Seite

auf Oesterreichs und Deutschlands Kosten geschlossen werden. Rußland will keine Erweiterung seines Gebietes, wohl aber Ausdehnung seines Protectorats über die europäische Türkei und dann über Deutschland. Dem muß entgegengetreten werden, indem man es so bald als möglich Frieden zu schließen nöthigt.

87. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 22. Juni 1854 . 179
Eine erobernde Politik für Preußen saure Trauben. Das Bündniß vom 20. April ist auf die Initiative des Königs zurückzuführen; nachdem es geschlossen ist, muß man es sich nutzbar machen, indem man sich nicht ziehen und zerren läßt. Das Bündniß ist auch ein Rußland erwiesener Dienst. Oesterreichs Verhalten ist bisher correct. Unkluges Vorgehen der Bamberger. Ungünstige Nachrichten vom Kriegsschauplatze. Umstimmung der Prinzessin von Preußen.

88. Bismarck an Otto v. Manteuffel, 27. Juni 1854 . 182
Neigung der Bamberger, einzulenken und dem österreichisch-preußischen Bündniß beizutreten. Absicht der Bamberger Juristen, nach Eingang der Rückäußerung von Preußen und Oesterreich sich abermals zu versammeln. Uneinigkeit im Lager der Mittelstaaten. Anregung eines Fürstencongresses in Brüssel. Mission des Obersten Kowalewski. Heidelberger Zusammenkünfte und Umtriebe des Freiherrn v. Bursian. Besuch des Königs Ludwig von Bayern in Coblenz.

89. Bismarck an Otto v. Manteuffel, 3. Juli 1854 . . 186
Einverständniß aller Mittelstaaten mit Ausnahme Württembergs zum Bündniß vom 20. April. Eine englische Note an die bayerische Regierung. Einrücken der Oesterreicher in die Walachei.

90. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 7. Juli 1854 . . 187
Günstige Aufnahme der russischen Antwort in Wien. Erbitterung in England gegen Preußen.

91. Legationsrath Wentzel an Bismarck, 9. Juli 1854 . 188
Günstige Aufnahme der russischen Antwort auf die preußische Note in Berlin. Der Kurhessische Verfassungsstreit. Geneigtheit, Landau ganz an Bayern zu überlassen.

92. Cabinetsrath Niebuhr an Bismarck, 10. Juli 1854. 190
Oesterreich hat sich erboten, in Paris und London im Sinne des Friedens zu wirken.

93. Graf Wrschowetz an Bismarck, 19. Juli 1854 . . 191
E. Manteuffel geht als Träger der russischen Antwort nach Wien und München.

Seite

94. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 23. Juli 1854 . 191
Die österreichische Antwort auf die preußische Depesche vom 15. Juli. Ein Immediatbericht des Grafen Alvensleben: Unklarheit des gemachten Vorschlags. Bericht E. Manteuffels aus Wien. Einrücken des Generals Heß in die Walachei.

95. Bismarck an Otto v. Manteuffel, 25. Juli 1854. . 195
Der Zeitpunkt zur Mittheilung der russischen Antwort an die Bundesversammlung ist eingetreten; bei der Schwerfälligkeit des Geschäftsganges am Bunde ist schnelles Vorgehen nützlich. Eine Betheiligung des Bundes an den Wiener Conferenzen ist bedenklich, von den Mittelstaaten auch nicht gewünscht. Die österreichische Politik, die mehr und mehr ehrgeizig und kriegerisch wird, kann nur im Zaume gehalten werden durch die öffentliche Kundgabe, daß muthwilliges Händelsuchen mit Rußland Preußen und den Bund nicht zur Unterstützung Oesterreichs verpflichtet. Preußen muß den Mittelstaaten Anlehnung gewähren und die wirklichen deutschen Interessen kräftig vertreten. Feindschaft Oesterreichs und der Ultramontanen gegen Preußen. Preußen darf eine Vergrößerung Oesterreichs nicht zugeben, wenn es nicht im gleichen Maße wächst. Westmächtliche Pläne einer Herstellung Polens, Oesterreich steht dieser Frage nicht absolut verneinend gegenüber, da die Herstellung Polens seinem System bedeutende Vortheile bietet.

96. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 26. Juli 1854. . 203
Der preußische Standpunkt in der orientalischen Frage ist für die mittleren und kleinen deutschen Staaten sehr angenehm. Ihre Hinneigung zu Preußen aber ist nur temporär, ein Product der Furcht; beim Eintritt großer politischer Katastrophen werden sie von Preußen abfallen. Kommt es zu einem großen Kriege, so gehen sie ihrem Untergang entgegen. Preußen kann Bürgschaften für den Fortbestand der Staaten in ihren jetzigen Verhältnissen nicht übernehmen.

97. Legationsrath Wentzel an Bismarck, 3. August 1854 205
Prokesch weigert sich, die russische Antwort ohne Ermächtigung durch Bismarck dem Ausschuß der Bundesversammlung vorzulegen. Die Mobilisationsforderungen in der österreichischen Circulardepesche vom 28. Juli 1854.

98. Legationsrath Wentzel an Bismarck, 4. August 1854 207
Der österreichische Mobilisirungsantrag. Die dänische Beitrittserklärung. Bentinck'sche Beschwerde.

99. Cabinetsrath Niebuhr an Bismarck, 22./23. August 1854 208
Der Mangel der preußischen Politik ist nicht Mangel an Wahrheit nach außen, sondern Unwahrheit gegen Preußen

Seite

selbst. Preußen fürchtet seine Großmachtstellung zu verlieren, die doch einzig auf seinem guten Schwerte beruht. Die Folge der Unwahrheit ist die Unklarheit in den Entschließungen. Gedanke des Königs, den Artikel 2 des Aprilvertrags durch einen article unique zu ersetzen. Mögliche Gegenstände der neuen Vereinbarung. v. Hinckeldey und seine Machinationen zum Nachtheil der Autorität und Ruhe des Königs. Befinden des Königs.

100. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 7. September 1854 212
Verlängerung des Urlaubs wird gewährt.
Anlage:
Depesche Wentzels an Otto v. Manteuffel.

101. Legationsrath Wentzel an Bismarck, 11. September 1854 213
Ausfall der Sitzung in Frankfurt a. M. Instructionen der deutschen Bundestagsgesandten im Hinblick auf die preußische Circulardepesche. Der Conflict zwischen Großherzogthum Hessen und Preußen.

102. Graf R. v. d. Goltz an Bismarck, 31. October 1854 215
Dank für Bismarcks Theilnahme an der Reactivirung von Goltz. Klage über die Zunahme unpreußischer Gesinnung und den Rückgang der adligen Tugenden. Bitte an Bismarck, auch den Schein der Solidarität mit diesen Menschen zu meiden.

103. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 30. November 1854 218
Gründe für die erneute Annäherung Preußens an Oesterreich durch den Zusatzartikel vom 26. November. Was hat Preußen durch den Act der Liberalität erlangt? Erste Wirkung auf Rußland.

104. Freiherr v. Rosenberg an Bismarck, 4. December 1854 223
Der kurze Aufenthalt des Prinzen v. Preußen in Berlin unterstützt den Glauben an unfreundliche Beziehungen zwischen dem König und seinem Bruder, und dies beeinträchtigt Preußens Stellung nach außen. Die Heranziehung des Prinzen zu den Staatsgeschäften ist darum erwünscht, vorerst seine Rückkehr nach Berlin. — Der Tractat vom 2. December.

105. Oscar v. Arnim an Bismarck, 6. December 1854 . 226
Bitte an Bismarck, unter irgend einem Vorwande auf einige Zeit nach Berlin zu kommen. Antrag Vincke auf Beantwortung der Thronrede.

106. Freiherr v. Rosenberg an Bismarck, 12. December 1854 227
Noch einmal die Rückkehr des Prinzen v. Preußen nach Berlin. Der Vertrag vom 2. December ist für Preußen un-

Seite

annehmbar, da er Preußen nicht berührende Dinge enthält. Die Hoffnung, Oesterreich vom Bunde mit den Westmächten zurückzuhalten, war trügerisch. Graf Arnim wahrscheinliches Opfer der Enttäuschung.

107. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 17. December 1854 228
Amtliche Mittheilung des Vertrags vom 2. December in Berlin mit Einladung zum Beitritt. Skizze der preußischen Antwort. Am Bunde ist jede Entscheidung nach Möglichkeit hinzuhalten. Oesterreich wünscht, daß Preußen die Verständigung mit den Westmächten nicht gelinge. Usedoms Sendung nach England.

108. Assessor Zitelmann an Bismarck, 31. December 1854 231
Zweck der Wiener Conferenzen eine Verständigung über die Präcisirung der vier Punkte. Oesterreich ist zum Kriege entschlossen, Napoleon III. besteht auf der Eroberung Sebastopols.

109. Assessor Zitelmann an Bismarck, 3. Januar 1855 . 232
Oesterreich fordert Preußens Mobilmachung und die des halben Bundescontingents.

110. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 5. Januar 1855 . 233
Preußische Antwort auf Oesterreichs Antrag. Bitte um strengste Discretion. Die Westmächte wünschen zwar den Frieden, aber erst nach der Einnahme von Sebastopol.

111. Legationsrath Wentzel an Bismarck, 12. Januar 1855 235
Scheinbare Nachgiebigkeit Oesterreichs. Darf Oesterreich ohne Preußen in Wien verhandeln? Und müssen die Westmächte nicht Preußens Zuziehung wünschen? Prokeschsche Reden. Bayerische Wünsche hinsichtlich der Wahl eines Bundesoberfeldherrn.

112. König Friedrich Wilhelm IV. an König Johann von Sachsen, 18. Januar 1855 237
Einsendung des Entwurfs einer Note an die deutschen Höfe zur Prüfung. Zweck der Sendung Usedoms nach London. Preußens Ausschluß von den Friedensverhandlungen.

113. König Friedrich Wilhelm IV. an Otto v. Manteuffel, 22. Januar 1855 238
Weisung, Bismarck über die „Kriegsfälle mit Rußland“ zu instruiren.

114. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 23. Januar 1855 . 239
Uebersendung einer Abschrift des Schreibens Friedrich Wilhelms an König Johann und Weisung, sich am Bunde im Sinne dieses Schreibens auszusprechen.

Seite

115. v. Savigny an Bismarck, 2. Februar 1855 . . . 240
Zur Frage der Wahl eines Bundesoberfeldherrn. Preußen muß für die specifisch preußische Politik bestimmte Zielpunkte ins Auge fassen; es muß in deutscher Politik den Boden für seine europäische Position finden und auf dem Boden der Bundesverträge sich zum Schutze der kleineren deutschen Genossen bereit erklären. Das Unzweckmäßige der Sendung Wedells nach Paris. Mangel an Festigkeit und Muth in Berlin. General Willisen und Schlegell in Karlsruhe.

116. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 5. Februar 1855 . 242
Preußen kann schnell große Truppenmassen aufstellen, aber nicht lange stehen lassen. Eine französische Invasion in Süddeutschland zwänge Preußen zu marschiren. Muthlosigkeit der süddeutschen Fürsten. Frankfurter Indiscretionen an die französische Gesandtschaft in Berlin. Ankündigung der Blockade der Ostseehäfen durch die Franzosen bei fortgesetzter Waffenausfuhr nach Rußland.

117. v. Savigny an Bismarck, 8. Februar 1855 . . . 244
Badens Schwenkung auf die Seite Oesterreichs. Ungleichheit des diplomatischen Kampfes zwischen Oesterreich und Preußen. Niemand fürchtet Preußen.

118. Graf Alexander Keyserling an Bismarck, 25. Febr. 1855 246

119. v. Savigny an Bismarck, 27. Februar 1855 . . . 248
Prokeschs Abgang und seine Ersetzung durch Graf Rechberg.

120. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 2. März 1855 . 249
Bevorstehender Tod des Kaisers Nicolaus.

121. v. Savigny an Bismarck, 5. Mai 1855 249
Oesterreich droht mit Austritt aus dem Bunde. Baden ist vorsichtiger geworden. Graf Kielmansegge in Karlsruhe.

122. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 10. Mai 1855 . 251
Bitte an Bismarck, recht vorsichtig in seinen Aeußerungen zu sein; die deutschen Gesandten in Berlin als Zuträger des französischen.

123. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 26. November 1855 252
Der König überläßt die Reise nach Berlin der Erwägung Bismarcks.

124. Leopold v. Gerlach an Bismarck, 26. November 1855 252

125. General Graf Münster an General v. Gerlach, ? December 1855 253
Rußland ist zum Frieden bereit. Die Schwarze Meer-Flotte für Rußland kein Luxusartikel.

Seite

126. Graf Platen an Bismarck, 29. December 1855 . . 254
Zur Motivirung des hannöverschen Gesetzes wegen Beschränkung der Zuständigkeit der Schwurgerichtshöfe.

127. Graf Platen an Bismarck, 2. December 1856 . . 255
Zweck der Reise des dänischen Ministers Scheel nach Berlin: Preußen durch Drohung mit der scandinavischen Union von einer Unterstützung der holsteinischen Beschwerde am Bunde abzuschrecken und durch Scheinconcessionen den Frieden zu erkaufen. Pariser Nachricht über die Neuenburger Angelegenheit: eine Aeußerung Walewskis, eine Mahnung zur Vorsicht. Der Bundesversammlung kommt nicht zu, zu vermitteln, sondern Preußens Anträge abzuwarten.

128. Graf Platen an Bismarck, 9. März 1857 258
Bitte um discrete Behandlung des Pro memoria der holsteinischen Conservativen. Hannovers Einspruch gegen eine directe Bahn von Minden nach dem Jahdebusen. Pergler v. Perglas als Typus des kleinstädtischen Diplomaten.

129. Freiherr v. Rosenberg an Bismarck, 9. Mai 1857 . 260
Die Reise des Prinzen Napoleon nach Berlin Gegenstand weitgehender Vermuthungen. Hatzfeldts Einladung nach Fontainebleau. Napoleon III., von Palmerston in englische Händel verwickelt. Rothans Ordensbedürftigkeit. Großfürst Constantin in Paris.

130. Graf R. v. d. Goltz an Bismarck, 15. December 1857 262
Unpolitisches Verhalten Preußens gegen die preußischen Rittergutsbesitzer, Hamburg und Lübeck. Der Prinz von Preußen durch weiblichen Einfluß zur Reise nach England gedrängt.

131. Der Prinzregent von Preußen an Kaiser Franz Joseph, 15. Februar 1858 263
Dank für die Theilnahme bei der Vermählung des Sohnes und für die Aufnahme der nach Wien gesandten militärischen Deputation. Erkrankung des Königs. Preußens Antrag auf Erweiterung der Festungsbauten in Mainz, desgleichen auf die Uebertragung der Qualität einer Bundesfestung von Landau auf Germersheim. Strategische Wichtigkeit von Germersheim als Rheinübergang. Anspruch Preußens auf das Mitbesetzungsrecht von Germersheim.

132. Graf Platen an Bismarck, 9. März 1858 268
Graf Rechberg, der „kleine Tyrann“. Beust und alle mittelstaatlichen Diplomaten in Aufregung über Preußens und Hannovers Anträge auf Reform der Bundestagsgeschäftsordnung.

Seite

133. Fürst Gortschakow an Budberg, 16. Juli 1858 . . 270
Unerwarteter Widerstand des Berliner Cabinets in der dänischen Frage. Mißbrauch einer privaten Aeußerung Manteuffels zu Baron Plessen durch das dänische Cabinet. Ernstlicher Wunsch der dänischen Regierung, zu Verhandlungen zu gelangen. Die Suspension der Gesammtverfassung in ihrer Anwendung auf die Herzogthümer ist ein entgegenkommender Schritt.

134. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 20. Juli 1858 . 272
Ankündigung eines Besuchs Manteuffels in Frankfurt a. M. zur Besprechung der dänischen Frage.

135. Graf R. v. d. Goltz an Bismarck, 28. Juli 1858 . 273
Reisedispositionen des Prinzen von Preußen.

136. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 12. October 1858 . 274
Verlauf der Regentschaftsangelegenheit. Westphalens Entlassung und ihre Geschichte. Abreise des Königs nach Meran. Oesterreichische Eröffnungen in Betreff Rastatts. Parteinahme Schwedens für Dänemark in der holsteinischen Frage. Hannovers Drängen auf Execution.

137. Minister v. Schleinitz an Bismarck, 7. November 1858 278
Mittheilung vom Wechsel im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

138. Bismarck an Minister v. Schleinitz, ? November 1858 279

139. Minister v. Schleinitz an Bismarck, 13. November 1858 280
Falsche Prophezeiungen auf Grund falscher Prämissen. Bitte um weitere Mittheilungen.

140. Minister v. Schleinitz an Bismarck, 9. Januar 1859 281

141. J. L. Motley an Bismarck, 16. Februar 1859 . . 281

142. Unterstaatssecretär v. Gruner an Bismarck, 28. Februar 1859 285
Ein Uebergriff der Bundesmilitärcommission. Die Ernennung eines Legationssecretärs für Petersburg. Wichtigkeit des Petersburger Postens. Petersburg kein „ehrenvolles Exil".

143. Bismarck an Minister v. Schleinitz, 12. Mai 1859 . 287
Ergebniß der Frankfurter Amtsführung: die dermaligen Bundeseinrichtungen sind für Preußen im Frieden eine drückende, in kritischen Zeiten eine lebensgefährliche Fessel. Uebergewicht Oesterreichs am Bunde durch die Herrschaft über die kleineren deutschen Staaten. Majorisirung Preußens

Seite

in allen wichtigen Fragen. Die Zeit ist günstig, eine Aenderung zum Besseren in diesen Verhältnissen herbeizuführen. Die Haltung des Prinzregenten verdient ungetheilten Beifall; die Berufung der Bamberger Staatsmänner auf bundesrechtliche Theorien, wenn sie Preußen zum Kriege treiben wollen, beweist, daß die sog. deutschen Interessen, die sie zu vertreten vorgeben, nicht auch die preußischen sein können. Preußen muß jede Gelegenheit benutzen, um zu einer Revision seiner Beziehungen zu den deutschen Staaten zu gelangen. Einfluß österreichischen Geldes auf die deutsche Presse. Die officiöse Presse Preußens muß gegen die Ueberhebungen der süddeutschen Bundesgenossen die Saite selbständiger preußischer Politik anschlagen. Das Wort „deutsch" für „preußisch" kann erst nach engerer und zweckmäßigerer Verbindung Preußens mit den deutschen Staaten auf die preußische Fahne geschrieben werden. Das Bundesverhältniß ein Gebrechen, das früher oder später ferro et igni wird geheilt werden müssen.

144. Bismarck an General Gustav v. Alvensleben, 14. Mai 1859 294
Uebersendung einer Abschrift des Briefes vom 12. Mai an Alvensleben.

145. Bismarck an Minister v. Schleinitz, 29. Mai 1859 . 295
Die deutschen Collegen in Petersburg ein chronisches Uebel für Bismarck. Charakteristik derselben.

146. Minister v. Schleinitz an Bismarck, 24. Juni 1859 . 298
Motiv der preußischen Mobilmachung und ihre verständige Auffassung in Petersburg. Beruhigende Wirkung der Truppenaufstellung auf den Kriegsfuror in Preußen und Deutschland. Preußens Absicht, in London und Petersburg den Anstoß zu einer friedlichen Intervention zu geben. Verdächtigung der amtlichen Wirksamkeit Bismarcks durch seine Gegner.

147. Unterstaatssecretär v. Gruner an Bismarck, 1. Juli 1859 301
Bitte, der preußischen Anfrage für die Wiederherstellung des Friedens in Petersburg eine möglichst gute Aufnahme zu verschaffen.

148. Bismarck an Minister v. Schleinitz, 25. September 1859 301
Russische Wünsche betr. des Ortes der Zusammenkunft des Kaisers mit dem Prinzregenten. Befürwortung von Breslau. Umschlag der Stimmung in demokratischen Kreisen zu Gunsten Preußens. Reisedispositionen.

Seite

149. Minister v. Schleinitz an Bismarck, 29. September 1859 304
Einverständniß des Prinzregenten mit der Wahl Breslaus zum Orte der Entrevue. Preußens Antwort auf die österreichische Note an den Herzog von Coburg.

150. Minister v. Schleinitz an Bismarck, 31. December 1859 306
Die Wichtigkeit des Petersburger Postens macht eine anderweitige Vertretung Bismarcks als die bisherige nothwendig. Wahl des Grafen Perponcher zu dieser Mission. Persönliches.

151. Minister v. Schleinitz an Bismarck, 25. Juni 1860 . 308
Eine Aufforderung zum Abschluß einer Coalition mit Preußen gegen Frankreich ist an Rußland nicht ergangen, konnte also auch von russischer Seite nicht abgelehnt werden. Erfreulicher und zugleich peinlicher Eindruck des Referates Bismarcks über seine Audienz beim Kaiser. Es fehlt an jedem Einverständniß zwischen russischen und preußischen Interessen mit denen Frankreichs in allen schwebenden politischen Fragen. Die Unmöglichkeit eines Bündnisses mit den Imperatoren des Ostens und Westens schließt freundschaftliche Beziehungen für Preußen nicht aus. Die Entrevue in Baden-Baden und Frankreichs Befriedigung über deren Verlauf. Eindruck der Persönlichkeit des Prinzregenten auf die deutschen Fürsten. In der orientalischen Frage kann Preußen Rußland nach Kräften unterstützen.

152. Minister v. Schleinitz an Bismarck, 3. August 1860 312
Die Teplitzer Zusammenkunft, ihre beruhigende Wirkung auf Handel und Wandel und ihre politische Bedeutung Frankreich gegenüber. Rußlands gerechte Beurtheilung der preußischen Intuitionen. Rußlands Nachgiebigkeit in der syrischen Frage. Immediatberichte. Depeschenbeutel. Die Werke Friedrichs des Großen als Geschenk für Gortschakow. Persönliches. Montgelas ein übler Tausch gegen Bray.

153. Bismarck an Fürst Gortschakow, 3. September 1860 315
Ueberweisung der Werke Friedrichs des Großen an Gortschakow als Geschenk des Prinzregenten.

154. Minister v. Schleinitz an Bismarck, 21. September 1860 316
Die Warschauer Zusammenkunft darf nicht den Charakter einer gegen England gerichteten Demonstration tragen. Die Abberufung des russischen Gesandten von Turin ein „logischer Hiatus“. Personalien (Großfürstin Helene, Königin Victoria).

Seite

155. Unterstaatssecretär v. Gruner an Bismarck, 28. September 1860 318
Mißgeschick des Depeschenbeutels, der in Stettin zurückgelassen wurde.

156. Prinz Karl v. Preußen an Bismarck, 18. November 1860 319

157. Fürst Karl Anton zu Hohenzollern an Bismarck, 22. November 1860 320
Uebersendung einer kunsthistorischen Abhandlung von Andr. Müller für die Akademie der Künste. Die Armeereform.

158. Minister v. Schleinitz an Bismarck, 30. November 1860 320
Pourtalès wird angewiesen werden, sich mit dem französischen Hofe über den Gegenstand der Warschauer Besprechungen in directes Einvernehmen zu setzen. Verschlechterung der Lage in Oesterreich. Das eigentliche Motiv für den Liberalismus Napoleons III. eine Stärkung gegen den Ultramontanismus. Mißverständliche Auffassung einer Aeußerung des Prinzregenten hinsichtlich Sardiniens. Schwarck-Stieber.

159. Minister v. Schleinitz an Bismarck, 25. December 1860 323
Uebersendung von Schriftstücken betr. die Warschauer Besprechungen. Beantwortung der Thouvenelschen Depesche an Montebello. Interesse Deutschlands an der Erhaltung Venetiens bei Oesterreich. Strategischer Werth des Festungsvierecks. Gefahren der italienischen Nationalitätsbewegung für Deutschland und ihr revolutionärer Charakter. Das Königreich Italien wird für Preußen immer ein unsicherer Verbündeter sein. Minutolis Tod. Persönliches.

160. Graf Nesselrode an Bismarck, 30. December 1860 . 326
Bitte um eine Unterredung für Staatssecretär Reutern.

161. Bismarck an Großfürst Constantin, 6. Februar 1861 327
Bitte um eine Audienz für den Kaufmann Luhdorf.

162. Minister v. Schleinitz an Bismarck, 14. Februar 1861 328
Antwort des Königs auf die Adresse des Abgeordnetenhauses. Kühle Aufnahme der holsteinischen Sache in der Kammer. Gaetas Capitulation.

163. Minister v. Schleinitz an Bismarck, 5. März 1861 . 329
Eindruck der Warschauer Vorgänge. Oesterreichs Conflict mit Ungarn. Syrische Frage. Dänemarks Unnachgiebigkeit. Gaetaceremonie.

Seite

164. Minister v. Schleinitz an Bismarck, 21. Juni 1861 . 331
Bismarcks Wunsch nach Urlaub. v. Schlözer als sein Vertreter. Schwierigkeiten in der schleswig-holsteinischen Frage, durch England gefördert, rücken die Execution immer näher. Nachtheile und Vortheile einer europäischen Conferenz. Die Huldigungsfeier ein Gegenstand der Differenz zwischen dem König und seinen Ministern. Reisedispositionen des Königs.

165. Bismarck an die Fürstin Menchikow, Herbst 1861 . 335
Bitte um Zusendung des Statut organique Kaiser Nicolaus I.

166. Fürstin Menchikow an Bismarck, Herbst 1861 . . 335

167. Minister Graf v. Bernstorff an Bismarck, 17. März 1862 336
Mittheilung der bevorstehenden Abberufung.

168. Bismarck an Minister Graf v. Bernstorff, 22. März 1862 336
Glückwünsche des Kaisers für den König. Dank für Telegramm vom 17. März.

169. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 21. October 1862 337

170. Flügeladjutant v. Schweinitz an Bismarck, 10. November 1862 338
Dankbarkeit des Kronprinzen für Mittheilungen politischer Natur, seine Empfänglichkeit für Aufmerksamkeiten.

171. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 21. December 1862 339

172. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 27. December 1862 339

173. Freiherr v. Vincke-Olbendorff an König Wilhelm, 31. December 1862 340
Das preußische Volk und Art. 99 der Verfassung.

174. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 11. Januar 1863 341

175. Minister a. D. v. d. Heydt an Bismarck, 24. Januar 1863 341
Bitte um den Stern zum Hohenzollernorden als Zeichen der Allerhöchsten Zufriedenheit.

176. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 24. Februar 1863 342

Seite

177. Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm, 25. Februar 1863 343

178. Oberpräsident Senfft v. Pilsach an Bismarck, 9. Mai 1863 344
Der Kronprinz und die Fortschrittspartei.

179. Minister v. d. Heydt an Bismarck, 7. Juni 1863 . 345
Theilnehmender Glückwunsch zu den Preßverordnungen. Der Danziger Vorfall ein bedauerliches Ereigniß.

180. Kriegsminister v. Roon an Bismarck, 11. Juni 1863 346
Antwort des Königs auf das Schreiben des Kronprinzen.

181. Prinz Heinrich VII. Reuß an Bismarck, 21. Juni 1863 346
Kaiser Napoleon über Preußens Vorgehen in der polnischen Frage. Grund der französischen Einmischung. Drouyn de L'Huys der heftigste Polenagitator. Fürst Metternich über Oesterreichs politische Haltung.

182. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 30. Juni, 2. Juli 1863 349
Principieller Gegensatz des Kronprinzen gegen das Ministerium. Verfassungsmäßigkeit der Preßverordnung. Wahrscheinlicher Erfolg der Politik des Ministeriums: Untergrabung der Achtung vor der Verfassung, Stärkung anarchistischer Bestrebungen auf Seiten des Volks, Verfassungsbruch auf Seiten der Regierung. Verzicht auf die Theilnahme an den Sitzungen des Staatsministeriums.

183. Graf F. zu Eulenburg an Bismarck, 7. Juli 1863 . 352
Die Berliner Pöbelzusammenrottungen. Gute Haltung der Schutzmannschaft. Fräuleinstift in der Niederlausitz. Personalien (Seiffarth, Graf Villers).

184. Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm, 10. Juli 1863 354

185. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 14. Juli 1863 355

186. Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm, 16. Juli 1863 355
Preßmittheilungen über den Inhalt der Correspondenz des Kronprinzen mit dem König.

187. Bismarck an General E. v. Manteuffel, 16. Juli 1863 356

Seite

188. Geheimrath v. Lecoq an Bismarck, 3. Januar 1864 357
Augustenburger und Glücksburger haben durch ungleiche Heirathen das Recht auf die Erbfolge in Holstein verwirkt, in Dänemark bleiben sie nach der lex regia successionsfähig.

189. Kriegsminister v. Roon an Bismarck, 20. Januar 1864 358
Einschränkung der Instruction für Graf v. Wrangel, entsprechend den Erwägungen der Diplomatie. Bitte um Nachsicht bei Mißverständnissen und ungeduldigen Aeußerungen von maßgebender Seite.

190. König Wilhelm an Kriegsminister v. Roon, 2. April 1864 360
Zur Frage der Reduction der auf Kriegsstärke gesetzten Truppen. Gründe gegen die Reducirung.

191. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 5. April 1864 361
Die nach Jütland gesandten Truppen genügen. Die Unbekanntschaft mit den Zielen der preußischen Politik macht ihm ihre Unterstützung unmöglich.

192. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 17. April 1864 362
Die Aufstellung eines festen Programms für Preußen ist nothwendig. Der Grundsatz, nach den Umständen zu handeln, läßt Hintergedanken einer preußischen Vergrößerungspolitik vermuthen, deren Verfolgung die deutsche Politik Preußens verfälschen würde.

193. Prinz Heinrich VII. Reuß an Bismarck, 6. Juni 1864 364
Stimmung am Hofe Bückeburg und im Lipper Lande. Vertrauen des Fürsten Adolph in Bismarck. Conferenz des Prinzen Friedrich von Holstein-Glücksburg mit seinem Bruder in Sachen der Erbfolge in den Herzogthümern.

194. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 17. Juni 1864 366
Bitte um Uebersendung des Berichts, betr. die Unterredung mit dem Erbprinzen von Augustenburg.

195. Fürst Gortschakow an Bismarck, 9. Juli 1864 . . 367
Reisedispositionen des Zaren und Gortschakows. Pariser und Londoner Meldungen von Aeußerungen Gortschakows und Bismarcks.

196. Herzog v. Morny an Bismarck, 7. September 1864 368
Napoleon III. ist in Uebereinstimmung mit Bismarck gegen Berufung einer Conferenz zu dreien.

Seite

197. Heinrich VII. Prinz Reuß an Bismarck, 21. September 1864 369

Befriedigung der Kaiserin Eugenie über den Besuch des Königs. Warum der Kurfürst von Hessen-Kassel nicht nach Berlin gehen will.

198. Unterstaatssecretär v. Thile an Bismarck, 13. October 1864 370

Verhandlungen mit den Bevollmächtigten der Zollvereinsstaaten über den Termin für Einführung des neuen Tarifs und die Neugestaltung der Beziehungen des Zollvereins mit andern Staaten. Bahnbrechende Bedeutung des Handelsvertrags mit Frankreich.

199. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 18. November 1864 375

Glückwunsch zum Friedensschluß mit Dänemark und zum Erfolg in der Zollvereinsfrage. Die italienisch-französische Convention. Der Zollverein mit Oesterreich unmöglich. Köln-Trierer Bischofswahl, Gefahren des Listenwahlsystems.

200. General Graf v. Nostitz an Bismarck, 26. November 1864 378

Begrüßung Bismarcks als Ritter des Schwarzen Adlerordens.

201. Präsident Ludwig v. Gerlach an Bismarck, 2. Januar 1865 379

Die Bestätigung des Beitzkeschen Ehrengerichtsurtheils eine Sache des Princips. Rechtsbeständigkeit der Entsagung des alten Augustenburgers.

202. Appellationsgerichtspräsident Adolph v. Kleist an Bismarck, 7. Juni 1865 379

203. v. Natzmer an Bismarck, 7. Juni 1865. 380

204. Bismarck an Professor Virchow, 8. Juni 1865 . . 381

205. Kriegsminister v. Roon an Bismarck, 8. Juni 1865 382

206. Kriegsminister v. Roon an Virchow, 8. Juni 1865 . 382

207. Kriegsminister v. Roon an Bismarck, 8. Juni 1865 382

208. Minister F. zu Eulenburg an Bismarck, 8. Juni 1865 383

209. Bismarck an Minister F. zu Eulenburg, 8. Juni 1865 383

210. v. Hennig an v. Keudell, 8. Juni 1865 384

Seite

211. v. Keudell an Kriegsminister v. Roon, 8. Juni 1865 385
212. Kriegsminister v. Roon an Bismarck, 8. Juni 1865 385
213. Prof. Virchow an Kriegsminister v. Roon, 8. Juni 1865 385
214. Kriegsminister v. Roon an Bismarck, 8. Juni 1865 386
215. Regierungsrath Zitelmann an Bismarck, 8. Juni 1865 387
216. Regierungsrath Zitelmann an Bismarck, 8. Juni 1865 387
217. Graf Arnim-Boytzenburg an Bismarck, 8. Juni 1865 387
No. 202—217 Correspondenz über die Herausforderung Virchows zum Zweikampf.
218. General Graf v. Nostitz an Bismarck, 9. Juni 1865 388
219. Minister F. zu Eulenburg an Bismarck, 9. Juni 1865 388
220. Kriegsminister v. Roon an Bismarck, 18. Juni 1865 389
221. Bismarck an Kriegsminister v. Roon, 18. Juni 1865 389
222. Kriegsminister v. Roon an Bismarck, 18. Juni 1865 390
223. Kriegsminister v. Roon an Bismarck, 9. Juli 1865 390
v. Senffts Bitte um Verabschiedung und sein Vorschlag, den Kronprinzen an die Spitze der Civilverwaltung von Pommern zu stellen. Sein Vorschlag nur ein Versuch, zu erfahren, wie das Ministerium zum Kronprinzen steht. Unannehmbarkeit des Projects.
224. Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm, 15. Juli 1865 392
Summarische Wiedergabe des Schriftwechsels mit Wien. Aufforderung an den Kronprinzen, einer am 21. Juli in Regensburg angeordneten Conseilsitzung beizuwohnen. Sorgfältige Geheimhaltung der Situation und der zu fassenden Entschließung liegt im politischen wie finanziellen Interesse.
225. Kriegsminister v. Roon an Bismarck, 15. Juli 1865 394
Zusage, zum 21. Juli in Regensburg zu erscheinen.
226. Kriegsminister v. Roon an Bismarck, 14. December 1865 394
227. Marquis Wielopolski an Bismarck, 8. Mai 1866 . 395
Glückwunsch zur Errettung aus Lebensgefahr.
228. Hofmarschall A. zu Eulenburg an Bismarck, 24. Mai 1866 396
229. Freiherr Anton v. Gablenz an Bismarck, 11. Juni 1866 396

Seite

230. Professor Gelzer an Bismarck, 13. Juni 1866 . . 397
Anfrage wegen einer Audienz.

231. Prinz Friedrich Karl an Bismarck, 15. Juni 1866 . 398
Anfrage wegen des Einmarsches in Sachsen und der Kriegserklärung an Bayern.

232. Prinz Friedrich Karl an Bismarck, 17. Juni 1866 . 399
Aufnahme der Preußen in Sachsen. Bitte, v. Radowitz als diplomatischen Beistand zu senden.

233. Fürst Heinrich LXVII. Reuß j. L. an Bismarck, 21. Juni 1866 401
Bitte, nichts Feindliches gegen das Land Reuß zu unternehmen.

234. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 9. Aug. 1866 401
Kundgebungen napoleonistischen Hungers. Napoleons Rheinufergelüste werden auch die Süddeutschen zu den Norddeutschen treiben. Die Statthalterstellung des Kronprinzen in Hannover.

235. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 12. August 1866 403

236. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 18. Februar 1867 403
Der Kronprinz wird den König nach Dresden begleiten. Minister v. Watzdorf ein empfehlenswerther Candidat für die Functionen eines Bevollmächtigten zum Reichstag. Aeußerlichkeiten der Reichstagseröffnung.

237. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 21. Februar 1867 404
Uebereinstimmung des Kronprinzen mit dem Ziele der Bismarckschen Politik: Bildung eines auch Süddeutschland umfassenden Gemeinwesens. Die militärische Convention mit Sachsen. Frankreichs Ehrgeiz und Mißgunst. Die Eröffnung des ersten deutschen Reichstags ein Ausgangspunkt für die Geschicke Deutschlands.

238. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 13. Mai 1867 406
Gesichtspunkte für die Besprechung der Reise des Kronprinzen und der Kronprinzessin nach Paris.

239. Heinrich VII. Prinz Reuß an Bismarck, 28. Mai 1867 407
Preußenfreundliche Gesinnung der Großfürstin Helene. Wandlungen des Fürsten Gortschakow. Stimmung des

Seite

Publikums in Beziehung auf die Reise des Kaisers nach Paris.

240. Heinrich VII. Prinz Reuß an Bismarck, 7. Juni 1867 408

Fürst Gortschakow über Kammerärger und preußische Finanzsorgen. Reisepläne Gortschakows. Personalien.

241. Unterstaatssecretär v. Thile an Bismarck, 7. Juli 1867 409

Savignys unklare Antwort auf das Angebot des Bundesvicekanzleramtes.

242. Unterstaatssecretär v. Thile an Bismarck, 17. Juli 1867 410

Unterredung mit Savigny: Ablehnung der Vicekanzlerstellung.

243. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 1. August 1867 411

Rückgang des Vertrauens zu Preußen in den einverleibten Ländern und in Süddeutschland infolge der reactionären Maßregeln Eulenburgs und Lippes. Gründe der Unzufriedenheit. Die französische Depesche über Nordschleswig.

244. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 2. August 1867 413

Uebersendung eines Aufsatzes über die Mißstände in Hannover und die Mittel ihrer Beseitigung.

245. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 7. August 1867 414

Günstiger Verlauf der Verhandlungen mit den hannöverschen Vertrauensmännern. Für Hessen empfiehlt sich die Anknüpfung an die Verfassung von 1831. Desideria der kurhessischen Vertrauensmänner: Sicherstellung des Staatsschatzes und des Laudemialfonds, Bildung einer Provinzialvertretung. Entstehung des Landemialfonds. Vorschläge für die Bildung des Provinziallandtags. Eigenartigkeit der Schleswig-Holsteiner Verhältnisse. Geh. Rath Francke.

246. Kronprinz Albert von Sachsen an Bismarck, 15. December 1867 417

Dank für das Eintreten im Reichstag gelegentlich der Debatte über den Sächsischen Militärvereinskalender.

247. Bismarck an Kronprinz Albert von Sachsen, 19. December 1867 419

Aufgabe der Bundespolitik ist, dahin zu streben, daß alle Bundesgenossen es als ein werthvolles Recht ansehen, dem

Seite

Bunde anzugehören. Die Centralisirung eines Theiles der Souveränetätsrechte in der Hand eines Einzelnen sichert den Fürsten die Gesammtheit ihrer sonstigen Rechte gegen innere Bewegungen wie gegen äußere Gefahren.

248. Bismarck an v. d. Marwitz, 24. Januar 1868 . . 420

Das Princip der Vorlage betr. die Bildung eines hannöverschen Provinzialfonds ist richtig, seine Verwerfung durch die conservative Partei ein politischer Fehler.

249. Fürst Karl von Rumänien an Bismarck, 27. Januar 1868 421

Dank für das Interesse Bismarcks an Rumänien. Graf Heinrich Keyserling. Indiscretion Demetre Bratianos in Wien.

250. v. d. Marwitz an Bismarck, 3. Februar 1868 . . 422

251. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 6. März 1868 423

252. Professor Gelzer an Bismarck, 27. Mai 1868 . . 423

253. Präsident Simson an Bismarck, 31. Januar 1869 . 424

Dank für die Ernennung zum ersten Präsidenten des Appellationsgerichts.

254. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 25. Februar 1869 425

Verdienste des Freiherrn v. Münchhausen um die Provinz Pommern: seine Versetzung nach Ostpreußen für Pommern ein Verlust.

255. Hofmarschall Graf A. zu Eulenburg an Bismarck, 10. September 1869 426

256. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 15. September 1869 427

Vorbereitungen zur Reise nach Wien, Cairo, Türkei und Palästina. Bitte, Graf H. Keyserling als Geschäftsträger von Bukarest nach Constantinopel zu senden. Vorzüge des Oberpräsidenten Horn trotz mancherlei Anfeindungen.

257. Oberhofmarschall Graf Pückler an Bismarck, 28. September 1869 428

Entschluß des Königs, den Landtag in Person zu eröffnen. Graf Beust. Reisebegleitung des Kronprinzen.

258. Fürst Karl von Rumänien an Bismarck, 22. Oct. 1869 429

Anzeige der Verbindung mit der Prinzessin Elisabeth zu Wied. Die Ernennung des Grafen Keyserling nach Con-

Seite

stantinopel. Bitte, zum Nachfolger des Grafen Keyserling Herrn v. Radowitz zu ernennen.

259. Minister Camphausen an Bismarck, 29. October 1869 431
Camphausens Empfang durch den König. Vorschläge zur Abhülfe des Deficits ohne Steuerzuschlag und erste Skizze eines Finanzreformplanes.

260. Bismarck an Präsident Delbrück, 5. November 1869 434
Camphausens Berufung in den Bundestag zu motiviren mit dem Bedürfniß präciserer Einheit der Bundesfinanzverwaltung mit der preußischen. Delbrücks Betheiligung an den Sitzungen der preußischen Minister als generell für Bismarck substituirt bedingt auch den Ministertitel für ihn.

261. Staatssecretär v. Thile an Bismarck, 8. Juli 1870 436
Benedetti bei der Königin Augusta in Coblenz.

262. Heinrich VII. Prinz Reuß an Bismarck, ? Januar 1871 436
Großfürstin Helene weiß, warum der Krieg geführt wird, Kaiser Alexander II. ist correct trotz der ihn umgebenden Damen. Scariatins Tod.

263. Kriegsminister Graf Roon an Bismarck, 3. Juli 1872 437
Bedürfniß nach Ruhe. Einreichung eines Abschiedsgesuchs.

264. Fürst Gortschakow an Bismarck, 15. November 1872 439

265. Bismarck an Fürst Gortschakow, 20. November 1872 439

266. Graf H. v. Arnim an Bismarck, 17. Januar 1873 . 440
Mittheilung des Dr. Evans von einem geplanten Mordversuch vermittelst einer vergifteten Cigarre.

267. v. Scheele an Bismarck, 9. April 1873 441
Bitte, in Sachen des Reichseisenbahngesetzes den Abg. Miquel zu hören.

268. Minister B. v. Bülow an Bismarck, 29. Juni 1873 442
Annahme des Postens eines Staatssecretärs nach erlangter Entlassung aus dem mecklenburgischen Staatsdienst.

269. Bismarck an Minister B. v. Bülow, 7. Juli 1873 . 443
Weiterführung des gegenwärtigen Zustandes bis nach Ablauf der Urlaubszeit.

270. Fürst Karl von Rumänien an Bismarck, 26. Juli 1873 444
Bitte um Gewährung einer Unterredung über die Verhältnisse an der unteren Donau. — Anlagen: 2 Meldungen von v. Radowitz.

Seite

271. Staatssecretär B. v. Bülow an Bismarck, 10. Oct. 1873 446
Meldung des Dienstantritts. Einführung durch Herrn v. Balan. Abschied vom Großherzog von Schwerin. Entgegenkommen des diplomatischen Corps.

272. Kriegsminister Graf Roon an Bismarck, 12. Oct. 1873 448
Bitte, das Abschiedsgesuch zu unterstützen mit Rücksicht auf den Rückgang der Fähigkeiten. General v. Kameke als Nachfolger im Kriegsministerium.

273. Finanzminister Camphausen an Bismarck, 10. November 1873 450
Dank für die Befürwortung der Ernennung zum Vicepräsidenten des Staatsministeriums.

274. Fürst Gortschakow an Bismarck, 10. November 1873 451

275. Bismarck an Fürst Gortschakow, 10. November 1873 452

276. Fürst Gortschakow an Bismarck, 11. November 1873 452

277. König Albert von Sachsen an Bismarck, 19. November 1873 452
Bitte um Unterstützung und guten Rath bei Antritt des Königthums, Versicherung kräftiger Unterstützung in allem, was Bismarck zum Heile des Reiches und deutschen Volkes unternehmen wird.

278. Staatssecretär B. v. Bülow an Graf H. v. Bismarck, 6. Juli 1874 453
Delegirung eines bayerischen und eines preußischen Polizeibeamten nach Kissingen zum Schutze Bismarcks.

279. Finanzminister Camphausen an Bismarck, 9. Juli 1874 454
Verhandlungen mit Friedenthal wegen Uebernahme des landwirthschaftlichen Ministeriums. Bereitwilligkeit des Königs, ihn zum Minister zu ernennen. Regierungspräsident v. Puttkamer als event. Ersatzmann, wenn Friedenthal ablehnt. Ernennung des Geh. Raths Schuhmann zum ersten Vortragenden Rath im Staatsministerium.

280. Staatssecretär B. v. Bülow an Bismarck, 14. Juli 1874 457
Glückwunsch zur Errettung aus Lebensgefahr. Eindruck des Attentats; Zusammenhang desselben mit den Hetzereien der Ultramontanen. Verhalten der Minister.

281. Finanzminister Camphausen an Bismarck, 19. Juli 1874 459
Abschluß der Verhandlungen mit Friedenthal.

Seite

282. Staatssecretär B. v. Bülow an Bismarck, 4. August 1874 460
Apathie oder gar Opposition des gläubigen Theiles der evangelischen Geistlichkeit. Die Synodalverfassung als Mittel der Besserung.

283. Bankpräsident v. Dechend an Bismarck, 6. Januar 1875 461
Einreichung von Schriftstücken zur Bankfrage zur Entlastung von einem erhobenen Vorwurf. Finanzminister Camphausen als schuldiger Theil.

284. Prinz Albrecht von Preußen an Bismarck, 1. April 1875 463
Glückwunsch zum 60. Geburtstag.

285. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 8. April 1875 463

286. Minister v. Mittnacht an Bismarck, 7. Juni 1875 . 464
Bisherige Unthätigkeit des diplomatischen Ausschusses des Bundesraths. Die verfassungsmäßige Mitwirkung des Bundesraths bei Kriegserklärungen im Namen des Reichs erheischt die Berufung des Ausschusses durch Preußen, auch wenn es nicht Mitglied desselben ist.

287. Bismarck an Minister v. Mittnacht, 16. Juni 1875. 466
Mittnachts Schreiben ein Ausdruck reichsfreundlichen Vertrauens. Nützlichkeit des diplomatischen Ausschusses für den Reichskanzler selbst, wenn auch nicht gerade in der gegenwärtigen verfassungsmäßigen Einrichtung. Der Reichskanzler wird jedem Vorschlag zur Modification erwägend näher treten, der von Seiten der im Ausschuß vertretenen Regierungen gemacht werden wird.

288. Minister v. Mittnacht an Bismarck, 11. Juli 1875 . 468
Besorgniß des Ministers v. Pfretzschner vor Vorwürfen in der bayerischen Abgeordnetenkammer wegen der Nichtactivität des diplomatischen Ausschusses. Seine Vorschläge zu einer Reform. Anfrage um gelegene Zeit zu einer Besprechung.

289. Minister v. Pfretzschner an Bismarck, 12. August 1875 470
Wahrscheinliche Vorwürfe gegen die Regierung im bayerischen Landtage. Es ist wünschenswerth, sich über die Modalitäten zu verständigen, wie der diplomatische Ausschuß in den Dienst der gemeinsamen nationalen Interessen zu stellen ist.

290. Bismarck an Minister v. Pfretzschner, 27. August 1875 472
Bereitwilligkeit Bismarcks, jeder Entwicklung unserer nationalen Institutionen förderlich zu sein. Die Angriffe im

Seite

bayerischen Landtage würden nur den nationalen Gegnern einen günstigen Kampfplatz eröffnen.

291. Bismarck an Minister Visconti Venosta, 13. October 1875 473

Der Zustand der Gesundheit gestattet nicht die Reise nach Berlin.

292. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 5. December 1875 474

Theilnahme der kronprinzlichen Familie am Tode des Grafen Wendt zu Eulenburg.

293. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 17. December 1875 475

Bitte um Vortrag über die Frage des Uebergangs sämmtlicher Eisenbahnen an das Reich.

294. Fürst Chl. zu Hohenlohe an Bismarck, 1. Januar 1876 475

Stellung des Fürsten Hohenlohe zum sog. Arnimparagraphen.

295. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 5. Jan. 1876 477

Empfehlung des Dr. Geffcken.

296. Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm, 8. Jan. 1876 477

Charakteristik des Dr. Geffcken und sein Zusammenhang mit den Ultramontanen. Feindselige Haltung Geffckens gegen die Reichsinteressen.

297. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 12. Januar 1876 479

Unbekanntschaft des Kronprinzen mit Geffckens Hinneigung zum Katholicismus und seiner grundsätzlichen Gegnerschaft gegen Preußen.

298. Graf v. Roon an Bismarck, 15. Februar 1876 . . 480

Bitte um Beförderung des Regierungsraths v. Brauchitsch.

299. Cardinal G. v. Hohenlohe an Bismarck, 5. März 1876 483

Aeußerungen des Cardinals Ledochowski zum preußischen Kirchenstreit. Cardinal Reisach als Anstifter alles Uebels.

300. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 9. Mai 1876 484

301. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 12. Mai 1876 485

Empfehlung Friedbergs für das Reichssecretariat für Justizangelegenheiten.

Seite

302. Finanzminister Camphausen an Bismarck, 17. Mai 1876 . . 486
Zurücknahme des Entlassungsgesuchs. Uebereinstimmung der Minister mit Bismarcks Vorschlägen betr. Bülow und Hofmann.

303. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 30. Juni 1876 486
Nochmalige Verwendung zu Gunsten Friedbergs und seiner Ernennung zum Staatssecretär für die Reichsjustizangelegenheiten.

304. Bismarck an Botschafter Graf Münster, 6. Juli 1876 488
Einwirkung der im Immediatbericht enthaltenen Mittheilungen über einen bevorstehenden Krieg zwischen Rußland und England auf den Kaiser. Die Beruhigungsvorstellungen an England können sich an den Text des englischen Circulars von 1875 anschließen. Bitte, die Berichte an den Kaiser durch das Ministerium zu senden.

305. Minister v. Nostitz-Wallwitz an Bismarck, 1. November 1876 489

306. Bismarck an Minister v. Nostitz-Wallwitz, 18. November 1876 490

307. Bankpräsident v. Dechend an Bismarck, 1. December 1876 491
Bemerkungen zu dem Entwurf einer Verfügung an das Reichsbankdirectorium, betr. die Silberverkäufe.

308. Bismarck an Graf Holnstein, 27. Januar 1877 . . 492
Dank für die Ernennung v. Rudharts zum bayerischen Gesandten. Russisch-französische Annäherung.

309. Gambetta—Bismarck, 1877. 1878 493

I. Graf Guido Henckel-Donnersmarck an Bismarck, 17. October 1877 493

II. Graf H. Bismarck an Graf Henckel-Donnersmarck, 30. October 1877 494

Directe Aufträge oder Mittheilungen Gambetta zukommen zu lassen, hält Bismarck nicht für rathsam. Die republikanische Staatsform ist die einzige, die eine friedliche Gestaltung der Beziehungen Frankreichs zu Deutschland dauernd ermöglichen kann. Friedliche Gesinnung der Masse des französischen Volks. Gefahren des Ultramontanismus oder eines mit ultramontaner Unterstützung gelungenen Staatsstreichs. Abneigung Bismarcks gegen Provocation irgend eines Krieges.

Seite

III. Graf Henckel-Donnersmarck an Bismarck, 23. December 1877 497
Beweise des Verlangens Frankreichs, in gute Beziehungen zu Deutschland zu treten. Graf Henckel erbietet sich, Gambetta öffentlich oder heimlich nach Varzin zu bringen. Gambettas bedingungslose Herrschaft in seiner Partei.

IV. Bismarck an Graf Henckel-Donnersmarck, 28. December 1877 499
Freude über den Wechsel in der Person des Botschafters. Bismarck ist nicht abgeneigt, mit Gambetta in persönliche Beziehungen zu treten, hält aber den Zeitpunkt in Gambettas eigenem Interesse für verfrüht.

V. Graf Henckel-Donnersmarck an Bismarck, 12. April 1878 501

VI. Graf Henckel-Donnersmarck an Bismarck, 12. April 1878 501

VII. Bismarck an Graf Henckel-Donnersmarck, 14. April 1878 502

VIII. Gambetta an Graf Henckel-Donnersmarck, 22. April 1878 503

IX. Graf Henckel-Donnersmarck an Bismarck, 23. April 1878 503

X. Graf Henckel-Donnersmarck an Bismarck, 23. April 1878 503
Gambetta ist zur Reise nach Berlin bereit.

XI. Gambetta an Graf Henckel-Donnersmarck, 24. April 1878 504
Behinderung Gambettas durch die Rücksicht auf die Debatten in der Kammer.

XII. Telegramm an Graf Henckel-Donnersmarck, 24. April 1878 505

310. Bismarck an Fürst Chl. zu Hohenlohe, 1. Januar 1878 506
Glückwunsch zum neuen Jahre und Dank für die geschickte und loyale Vertretung der deutschen Politik.

311. Fürst Chl. zu Hohenlohe an Bismarck, 5. Januar 1878 507
Dank für die Anerkennung und Zusicherung voller und unbedingter Mitwirkung.

Seite

312. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 28. Januar 1878 508
Die Entsendung nach Rom zur Beisetzung Victor Emanuels und ihre politischen Früchte. Cardinal Hohenlohe. Prinz Napoleon.

313. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 17. Februar 1878 509

314. Graf H. Bismarck an Graf Holnstein, 22. Febr. 1878 510
Annahme der Stellvertretungsvorlage im Bundesrath. Bedeutung der Vorlage. Festhalten des Reichskanzlers an der föderativen Grundlage des Reichs und den verfassungsmäßigen Rechten des Bundesraths. Mit Reichsministerien hat die Vorlage nichts zu thun, sie soll nur dem Reichskanzler die Möglichkeit bieten, sich vertreten zu lassen.

315. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 18. April 1878 513

316. Graf Otto Stolberg an Bismarck, 14. Mai 1878 . 513
Graf Andrássy wünscht Stolbergs Verbleiben in Wien bis zur Lösung der Frage, ob und wo der Congreß stattfinden soll. Falks Abgang vor Beendigung des Kampfes mit der römischen Hierarchie würde bedenklich sein. Der principielle Gegensatz zwischen den Ansichten des Kaisers und Falks läßt eine dauernde Verständigung nicht erwarten.

317. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 14. Mai 1878 516
Bereitwilligkeit des Kronprinzen zur Uebernahme der Statthalterstellung in Elsaß-Lothringen.

318. Graf Otto Stolberg an Bismarck, 28. Mai 1878 . 516
Das Entlassungsgesuch des Ministers Falk im jetzigen Augenblick sehr unbequem. Wer ist schuld an den im christlichen Leben hervorgetretenen Schäden? Der Eigensinn des Präsidenten des Oberkirchenraths, Herrmann, hat die Opposition vermehrt.

319. König Ludwig II. von Bayern an Bismarck, 30. September 1878 518
Glückwunsch zur Verlobung der Tochter.

320. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 10. October 1878 519
Simson als geeignete Persönlichkeit für den Posten eines Präsidenten des obersten Reichsgerichts.

Seite

321. Fürst Chl. zu Hohenlohe an Bismarck, 10. Dec. 1878 519
Dank für die Verleihung der Insignien des Schwarzen Adlerordens.

322. Präsident Simson an Bismarck, 19. März 1879 . 520
Annahme des Amtes eines Präsidenten des Reichsgerichts.

323. Kaiser Wilhelm an Staatssecretär B. v. Bülow, 29. August 1879 521
Eine Reise nach Wien unthunlich, Bismarck ist zu verständigen.

324. Bismarck an Staatssecretär B. v. Bülow, 30. August 1879 521
Der Besuch in Wien muß, da angekündigt, stattfinden, wegen der sonst zu befürchtenden politischen Consequenzen.

325. Staatssecretär B. v. Bülow an Bismarck, 30. August 1879 522
Einverständniß des Kaisers mit dem Besuche Bismarcks in Wien. Die Zusammenkunft des Kaisers mit dem Zaren.

326. Graf Andrássy an Bismarck, 1. September 1879 . 522
Uebereinstimmung des Kaisers Franz Joseph mit Tendenz und Resultat der Gasteiner Besprechungen über Abschluß eines deutsch-österreichischen Defensivvertrags. Kaiser Alexander will persönlich den Frieden, aber er steht unter dem Einfluß seiner andersdenkenden Umgebung. Der Vertrag eine Garantie für die Zukunft beider Reiche.

327. Bismarck an Graf Andrássy, 3. September 1879 . 524
Schwierigkeiten geographischer und politischer Art bei den Verhandlungen mit Kaiser Wilhelm über den Abschluß des Defensivbündnisses. Wandlung in der Stimmung des Zaren Alexander, bestätigt durch die Einladung um Entsendung preußischer Officiere nach Warschau. Manteuffels Sendung. Zusammenkunft in Alexandrowo. Heilsamkeit und Nothwendigkeit des unternommenen Werkes.

328. Bismarck an Graf Andrássy, 20. September 1879 . 528
Der Kaiser ist bereit, der Verabredung über eine Defensivallianz zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche zuzustimmen.

329. Cardinal Gustav v. Hohenlohe an Bismarck, 26. November 1879 529
Hoffnung klerikaler Heißsporne, die Jesuiten wieder in Preußen einzuschmuggeln.

Seite

330. Graf Lehndorff an Bismarck, 15. December 1879 . 580
Besorgniß des Kaisers über das Befinden Bismarcks.

331. Bismarck an Graf Lehndorff, 15. December 1879 . 581
Dank für die gnädige Theilnahme des Kaisers.

332. König Ludwig II. von Bayern an Bismarck, 2. Mai 1880 581
Dank für die Zusendung des Erlasses über die Kirchenfrage.

333. König Ludwig II. von Bayern an Bismarck, 17. Mai 1880 582
Dank für Zusendung der Kirchengesetze und die lichtvolle Darlegung der Verhältnisse. Schmerz des Königs über Bismarcks beabsichtigten Rücktritt von den Geschäften.

334. König Ludwig II. von Bayern an Bismarck, 15. Juni 1880 583

335. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 18. November 1880. 584
Reiseberichte über die in Rußland empfangenen Eindrücke. Unterredung mit dem Thronfolger.

336. Cardinal Gustav v. Hohenlohe an Bismarck, 25. März 1881 585
Glückwünsche zum Geburtstag.

337. Lord Ampthill an Bismarck, 1. April 1882 . . . 585
Lord Granville über Graf H. Bismarck.

338. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 7. Mai 1882 587

339. Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm, 7. Mai 1882 587
Glückwunsch zur Geburt des Enkels.

340. Präsident Simson an Bismarck, ? Januar 1883 (?) 587

341. Graf v. Seckendorff an Bismarck, 25. Januar 1883 588
Uebersendung der Denkmünze auf den silbernen Hochzeitstag des Kronprinzen.

342. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 14. Mai 1884 589

343. General v. Albedyll an Bismarck, 7. Juli 1885 . . 540
Ohnmachtsanfall des Königs in Ems. Aeußerungen des Kronprinzen über einen Verzicht auf alle Neuerungen im Falle des Thronwechsels und über den Wunsch einer Verständigung mit Bismarck. Nothwendigkeit einer solchen Verständigung. Besserung im Befinden des Kaisers.

Seite

344. Bismarck an General v. Albedyll, 16. Juli 1885 . 542
Unterredung Bismarcks mit dem Kronprinzen.

345. Kronprinzessin Victoria an Bismarck, 24. Dec. 1885 543

346. Flügeladjutant v. Plessen an Bismarck, 15. Mai 1886 544
Meldung von einem Anfall von Lähmung bei Kaiser Wilhelm.

347. Flügeladjutant Graf Lehndorff an Bismarck, 4. März 1888 544

348. Flügeladjutant Graf Lehndorff an Bismarck, 5. März 1888 545

349. Flügeladjutant v. Brösigke an Bismarck, 6. März 1888 546

350. Flügeladjutant v. Brösigke an Bismarck, 8. März 1888 546

351. Flügeladjutant v. Lippe an Bismarck, 8. März 1888 547

352. Flügeladjutant v. Petersdorff an Bismarck, 9. März 1888 547
No. 347—352 Meldungen über die letzte Krankheit Kaiser Wilhelms I.

353. Hofmarschall Graf Radolinski an Bismarck, 11. März 1888 547
Kaiser Friedrich wird die Minister in Leipzig empfangen, Bismarck bleibt überlassen, den Kaiser erst in Bitterfeld zu begrüßen.

1.

Bismarck an Albert v. Below.

Lieber Albert.

1848 12. 4.

Der sehr beschleunigte Geschäftsgang und Schluß des Landtags hat mich verhindert, diesen zweiten Brief dem ersten sogleich folgen zu lassen. Vorgestern war die letzte Sitzung; nachdem ich allein protestirt, und eine lange Verwahrung im Namen des platten Landes gegen Hansemanns*) Verschwendungen für den panier percé der Industrie eingelegt hatte**), votirte die Versammlung, durch eine sehr gute Rede von Vincke***) fortgerissen, mit großer Majorität einen Credit von 40 Mill., nachdem die 20 Mill. des Schatzes in wenig Wochen des neuen Regimes verarbeitet sein werden. Dieß Votum gab der Landtag, wie alle übrigen seit dem 1 April, unter dem Einfluß der Angst vor den Dingen, die noch kommen könnten, und gegen die innre Ueberzeugung der Majorität. Hansemann gab zwar, als er mir antwortete, eine Art von Versprechen, bis zur neuen Volksvertretung keine außerordentlichen Steuern auszuschreiben, aber wohl nur, weil er wegen der Abstimmung besorgt wurde. Nachdem man ihm die Allgewalt über den Beutel der Steuerpflichtigen in der Art, wie geschehn, eingeräumt, ist mir etwas bange vor dem Gebrauch, den er davon machen wird, da Gerechtigkeit und Besonnenheit die letzten Eigenschaften sind,

*) David Hansemann, Finanzminister, März bis September 1848.
**) Vgl. Bismarck, Politische Reden I, 53 ff.
***) Georg Freiherr v. Vincke.

1848 12. 4. die man von ihm erwarten kann. Es ist unerhört, daß der Landtag das Land auf diese Weise rechtlos machen konnte, indem man Hansemann (denn der überlistet die andern Minister doch) überließ, diese 40 Mill. auf jede beliebige Art, durch Erhöhung alter oder Einführung neuer Steuern aufzubringen; man konnte das Geld, wenn die Nothwendigkeit nachgewiesen war, bewilligen, aber man mußte Auskunft über die Art der Aufbringung fordern, für den Fall, daß es mit Anleihn nicht zu beschaffen wäre. — Du siehst, ich bin noch im frischen Aerger der Politik. Auf Wiedersehn.

Dein treuer Vetter

12 4 48. Bismarck.

2.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1851 7. 6. sende ich in der Person des Ueberbringers Ihrem Wunsche gemäß den Assessor Rudloff, um ihn für litterarische Zwecke soweit als thunlich und auch sonst zu verwenden. Ich erbitte mir bald Ihre gefällige Aeußerung über seine Brauchbarkeit und bemerke, daß er, soviel ich von ihm gesehen habe, viel guten Willen, aber dabei eine gewisse ungestüme und oft fehlgreifende Thätigkeit hat.

Daß ich Ihre interessanten Mittheilungen*) bisher nicht beantwortet habe, werden Sie in gewohnter (Güte)**) mit dem außerordentlichen Drange der Geschäfte und Ereignisse, in welchen ich mich wie in einer Tretmühle befunden habe, entschuldigen. Diese übermäßigen Anstrengungen haben auf mein

*) Berichte vom 26. und 27. Mai, Preußen im Bundestage IV, No. 1 u. 2 S. 1 ff., 5 ff.

**) Ergänzung des Herausgebers.

Nervensystem eine so ungünstige Wirkung gehabt, daß Varez mich in ein Bad bei Detmold schicken will. Wie das zu ermöglichen, ist mir noch unklar. Vor der Hand gehe ich auf 3 Tage nach der Lausitz. Mit meiner Reise nach Warschau bin ich sehr zufrieden, sie war aber ebenfalls sehr anstrengend. Den Kaiser habe ich vortrefflich gefunden; leider unsern Herrn viel weniger.

1851 7. 6.

Der Kaiser hat sich mir allerdings (als)*) ein Ichneumon gegen die Krokodil-Eier des Constitutionalismus zu erkennen gegeben, er blieb indeß für meinen Einwand, daß dieses sich selbst abspielende System durch gewaltsame Angriffe nur die ihm sonst fehlende Kraft erhalten könne, nicht unempfänglich.

Mit der Art und Weise, wie die Dinge in Frankfurt gehen, bin ich nicht ganz einverstanden und werde darüber nächstens offiziell an Herrn v. Rochow schreiben, auch Ihnen ausführlicher als ich jetzt vermag meine Ansicht mittheilen.

Graf Thun scheint auf gut österreichisch den Schwierigkeiten aus dem Wege gehen und die Dinge de facto erledigen zu wollen; das ist aber nicht unsere Position; man muß den Fragen wirklich auf den Leib gehen; und wird man dann nicht fertig, so müssen wir uns mehr und mehr von den ganzen Geschichten zurückziehen.

Oesterreich mit seinen innerlich ungeordneten Verhältnissen hat viel mehr Interesse als wir, Alles auf den Weg der Gewalt zu treiben, wobei wir dann immer mehr oder weniger das Nachziehen haben; unsere Aufgabe ist, mit Gründen der Vernunft zu kämpfen und dadurch sowie durch eigene Festigkeit den Kleinen zu imponiren. Zu diesen Aeußerungen veranlaßt mich zunächst die Hessische Sache**).

Meine Frau grüßt bestens.

---

*) Fehlt im Orig.
**) Der Kurhessische Verfassungsstreit.

1851
7. 6.

Leben Sie wohl, lieber Bismarck, und behalten Sie lieb
Ihren
ergebenen Diener und Freund
B. 7/6 51. Manteuffel.

Ihre Briefe sind mir immer sehr willkommen, ich bitte sie fortzusetzen.

3.

Edwin v. Manteuffel an Bismarck.

Berlin, den 9ten Juni 1851.

Hoher Gönner.

1851
9. 6.

Ich habe 2 Briefe von Ihnen empfangen, den ersten von Mitte Mai in Warschau, den 2ten vom 30ten Mai: beide habe ich Manteuffel mitgetheilt, auf den ersten hat er mir gesagt, daß die nöthigen Schritte in Betreff Englands und Frankreichs bereits geschehen wären, den 2ten hat er mir vorgestern zurückgeschickt, ohne daß ich Gelegenheit gehabt hätte, mit ihm über dessen Inhalt zu sprechen. An Stockhausen*) habe ich den Brief nicht gezeigt, da er diese Verhältnisse**) zu genau kennt, und darin gewiß von selbst thut, was zu thun ist. Ich halte das Ding für eins der schwierigsten. Gehen Sie die ganze Preußische Armeegeschichte durch, so werden Sie finden, daß die Preußischen Officiere immer schlechter besoldet gewesen sind als alle übrigen und immer verstanden haben, mit Anstand zu hungern und doch in Gesellschaft ihre Rolle zu spielen***). Viel richtiger als

---

*) Kriegsminister.

**) Die Besoldungsverhältnisse der preußischen Offiziere.

***) Vgl. dazu Bismarcks Brief an Leop. v. Gerlach vom 22. Juni 1851, Ausgabe von H. Kohl S. 9.

1851
9. 6.

specielle Geldzulagen halte ich die Wegschaffung des Unsinnes, daß ein baierischer, darmstädtischer oder ich weiß nicht was für ein deutscher Officier mit einem Preußischen nach dem Patent rangiren soll. Das ist nie gewesen, hat zwar in der Bundesmatrikel gestanden, war aber zu der Zeit nie in die Realität getreten. Jetzt, seit mehreren Jahren geschieht das, und das macht den Preußischen Officier todt. Soll er Preußischer Officier bleiben, so muß er als Preußischer Officier von oben hingestellt und gehalten werden. Wie ich Sec.-Lt. war, sollte ich bei einem kl(einen) d(eutschen) Fürsten Gouverneur und Rittmeister in dessen Armee werden — ich sah es als eine Beleidigung an und jetzt soll der Preußische Officier mit all den Leuten nach dem Patent rangiren — das kann er nicht verdauen, und den Punkt halte ich für wichtiger als alle Geldpunkte, die sich in letzter Instanz finden, wenn erst eine gewisse Politik: das Land gefällt mir, erobert mirs: zur Geltung kommt — und das wird sein und muß sein, denn es heißt aut, aut — aufhören oder erobern. Ich fange an zu parabeln und das will ich nicht: Ich kann Ihnen also von hier gar nichts erzählen, da ich Niemand sehe. Vom General Rochow habe ich gestern einen sehr freundlichen Brief bekommen, ich werde General Gerlach sagen, daß er die Ordensliste wünscht, denn ich selbst habe sie nicht und kenne sie nicht einmal; die Großfürsten waren hier charmant und haben sehr gefallen. Meine Frau läßt sich Ihnen sehr angelegentlich empfehlen. Bitte haben Sie die Güte, General Rochow meine gehorsamsten Empfehlungen auszusprechen und meinen Vetter herzlich zu grüßen.

In aufrichtiger Anhänglichkeit

Edw. Manteuffel.

4.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1851 21. 6. habe ich wiederum für mehre interessante Mittheilungen*) zu danken.

Ich bin in letzter Zeit hier in vielfacher Hetze gewesen. Fürst Paskiewitsch nebst unzähligen Russen macht gesellschaftliche Ansprüche, der Däne Reedz**) stellte die Geduld theils durch volksthümliche Zähigkeit theils durch obligates Stottern auf die Probe, und endlich kam noch Uhden***) mit Nöthen aller Art und Entstehung aus Cassel hier an, denn er klagt über den Curfürsten, über Hassenpflug †) und über Leiningen ††). Ueberdieß handelt es sich darum 3 Ministerien zu besetzen, Krieg, Finanzen und Ackerbau.

Mit vieler Mühe ist es mir gelungen, Stockhausen zu bewegen, zu bleiben. Er geht auf 8 Wochen auf Urlaub. Seine Gesundheit ist sehr angegriffen.

Die beiden andern Ministerien sind noch nicht besetzt. Duesberg †††) war deshalb hier, aber es ist noch nicht abgeschlossen, und im Allgemeinen ist er mir zu charakterlos und subaltern. Die Königin will Costenoble, den finde ich noch schlimmer. Witzleben §) halte ich für unbrauchbar; er hat sich auch neuerlich in der Angelegenheit der Kreis- und Provinzial-Stände sehr unpassend benommen. Bodelschwingh aus Arnsberg §§)

*) Vom 7., 11., 12. Juni, Preußen im Bundestage IV, No. 3—5 S. 8 ff.

**) Dänischer Minister.

***) Karl Alex. v. Uhden, seit 1850 preuß. Civilcommissar in Kurhessen.

†) Kurfürstl. hessischer Minister der Justiz und des Innern.

††) Graf Christian Franz von Leiningen-Westerburg war 1850 als Bundescommissar nach Kurhessen gesendet worden.

†††) Oberpräsident von Westphalen.

§) Oberpräsident der Prov. Sachsen.

§§) Karl v. Bodelschwingh, damals Regierungspräsident in Arnsberg.

wäre mir der liebste, wenn schon er für einen Intriguant gilt. Wissen Sie noch jemand zu nennen? 1851 21. 6.

Ihre Mittheilungen aus Frankfurt haben für mich hohes Interesse. Unsere letzten Propositionen müssen die dortigen Verhandlungen lebendiger machen. Ich meine, man muß die Kleinen auf die Probe stellen, geht es mit Staaten dieser Complexion nicht, nun dann muß man an andere Gestaltungen denken, fern von eigennützigen Phrasen, aber rein der Selbsterhaltung wegen. Schlimm ist es freilich, daß man den Oesterreichern noch immer nicht ganz trauen kann. Wäre dieß der Fall, so fürchtete ich gar nichts. Ich meine es vollkommen aufrichtig und ehrlich, so lange aber bei diesen nicht Gleiches Statt findet, so lange sie uns Fallen legen, wären es auch nur Eitelkeits-Fallen, so lange sind die Schwächlinge stark und Deutschland mit ihnen schwach. Wie es mit meiner Badereise wird, weiß ich nicht, noch sehe ich keine Möglichkeit.

Den 3ten August will der König in Königsberg sein.

Meine Frau trägt mir Grüße an Sie auf.

Behalten Sie uns lieb, wie ich mit vollkommenster Treue und Liebe verharre Ihr

ganz ergebener

B. 21/6. 51. Manteuffel.

5.

Otto v. Manteuffel an Bismarck*).

Ew. Hochwohlgeboren

habe ich zunächst meinen Dank zu sagen für mehre briefliche Mittheilungen**), welche ich mit hohem Interesse gelesen und (denen ich)***) meine volle Berücksichtigung zugewendet habe. 1851 11. 7.

*) Benutzt in Gedanken und Erinnerungen I, 130, 137.

**) Vom 29. Juni, 5. Juli, Preußen im Bundestage IV, No. 6—7 S. 18 ff.

***) Ergänzung des Herausgebers.

1851 11. 7.

Ueberdieß möchte ich mit Ihnen, geehrter Freund, noch eine recht lange und ausführliche Unterhaltung pflegen, indeß darauf muß ich bei dem geringen Maaß meiner heute so vielfach in Anspruch genommenen Zeit verzichten. Ich beschränke mich daher auf wenige Notizen, wegen deren Lapidar-Stil ich im Voraus um Verzeihung bitte.

1. Herr v. Rochow hat seine Abberufung von Frankfurt beantragt, ich habe dem König davon gesagt, und dieser (hat)*) Ihre Ernennung genehmigt. Der Bericht wird nun morgen abgehen und die Vollziehung der Bestallung wohl demnächst erfolgen und Ihnen hierauf zugehen. Es versteht sich dabei von selbst, daß man Herrn v. Rochow nicht brusquement wegschicken kann; ich beabsichtige ihm daher heute noch einige Worte darüber zu schreiben und glaube Ihres Einverständnisses gewiß zu sein, wenn ich in dieser Sache mit aller Rücksicht auf Herrn v. Rochows Wünsche verfahre, da ich es in der That nur Dank wissen kann, daß er die schwierige und undankbare Mission angenommen hat, im Gegensatze zu manchen anderen Leuten, die immer mit der Kritik bei der Hand sind, wenn es aber auf das Handeln ankommt, sich zurückziehen. Daß ich Sie damit nicht meine, brauche ich nicht zu versichern, denn Sie sind ja auch mit auf die Bresche getreten und werden sie, so denke ich, auch allein vertheidigen.

2. Was unsere innern Verhältnisse, namentlich die ständischen Dinge betrifft, so würde die Sache ganz leidlich gehen, wenn man darin mit etwas mehr Maaß und Geschick verführe. Westphalen ist in der Sache vortrefflich, ich schätze ihn sehr hoch und wir sind im Wesentlichen einverstanden; die Feder von Klützow**) scheint mir indeß keine recht glückliche zu sein, und es sind in der Form wohl manche nicht nothwendige Verstöße

---

*) Ergänzung des Herausgebers.
**) Director im Ministerium des Innern.

vorgekommen. Weit schlimmer aber noch ist die Attitude welche dabei die Kreuz-Zeitung einnimmt. Nicht allein triumphirt sie in ungeschickter und aufregender Weise, sondern sie will auch zu Extremen drängen, die ihr wahrscheinlich selbst nicht behagen würden. Wenn es z. B. möglich wäre und gelänge den vereinigten Landtag mit allen seinen Consequenzen pure wieder herzustellen, — und weiter könnte man doch nicht gehen — was wäre damit wohl gewonnen? Ich finde die Position der Regierung viel günstiger, wenn sie, bis eine gründliche organische Umgestaltung als nothwendig sich ergeben hat, die Sache gewisser Maaßen in der Schwebe hält. Ich hoffe und wünsche, daß man dann auch von den Provinzial-Ständen los etwa auf Communal-Stände nach alten historischen Begrenzungen, die auch in der Rhein-Provinz noch nicht verwischt und in allen alten Provinzen noch sehr erkennbar sind, zurückkommen und aus diesen die Landes-Vertretung hervorgehen lassen wird. Das sind aber Dinge, die man nicht im Sprunge erreichen kann, wenigstens nicht ohne große Stöße, die man doch zu vermeiden Anlaß hat. Die † Zeitung hat mir nun förmlich Fehde ankündigen und als Preis und Zeichen der Submission die Entlassung des pp. Quehl fordern lassen, ohne zu bedenken, daß selbst wenn ich einen fleißigen und aufopfernden Menschen Preis geben wollte, was nicht meine Absicht ist, ich es unter solchen Verhältnissen gar nicht könnte.

1851
11. 7.

Ich bitte, daß Ew. Hochwohlgeboren mir bald einmal recht offen Ihre Ansicht über Rudloff schreiben. Ich halte ihn für einen fleißigen, ehrlichen, braven Mann, aber er hat eine gewisse hastige Thätigkeit, welche nicht nur störend, sondern auch schädlich werden und sein Urtheil trüben kann. So habe ich nicht ohne Ueberraschung in einem Bericht, der wahrscheinlich aus seiner Feder geflossen ist, ersehen, daß er gegen die Cölner Zeitung, über welche ich seinen Zorn theile, angerathen hat, das Gesetz von 1849 anzuwenden, welches doch längst

1851 11. 7. antiquirt ist. Als Diplomat scheint er mir, schon seiner aufgeregten Stimmung wegen, wenig geeignet, aber als Arbeiter ist er gewiß zu brauchen.

3. Sehr wünschenswerth würde es mir erscheinen, wenn Ew. Hochwohlgeboren vor Ihrem eigentlichen Eintritt ins Amt noch einmal hierher kommen könnten. Ich bitte sich die Möglichkeit gemeinschaftlich mit Herrn v. Rochow zu überlegen und mir Ihre Entschließung allenfalls durch den Telegraphen mitzutheilen. Es ist so vielerlei zu besprechen und gegenseitig auszutauschen, daß dies gewiß nützlich sein würde. Ich bemerke indeß in dieser Beziehung, daß ich wahrscheinlich am 16. auf einige Tage aufs Land gehe und daß der König am 25ten d. M., vielleicht auch schon einige Tage früher, nach Bromberg resp. Königsberg reist. Ich werde aber bestimmt zu der Zeit hier sein, wo Sie Sich ansagen*).

Gern schriebe ich noch über mehre Dinge, allein fortwährende Störungen lassen mich nicht dazu kommen und Sie werden froh sein meiner unleserlichen Buchstaben Ende erreicht zu haben.

Meine Frau, die mich zum Thee ruft, empfiehlt sich Ihnen.

Mit unveränderter Hochachtung und Freundschaft

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

B. 11./7. 51. Manteuffel**).

---

*) Am 14. Juli sagte sich Bismarck telegraphisch bei Manteuffel an und wurde für den 15. zum König befohlen, s. das Billet des Königs an Manteuffel bei v. Poschinger, Denkwürdigkeiten des Ministers Otto Freiherrn v. Manteuffel II, 5.

**) Bismarcks Antwort vom 12. Juli s. in Preußen im Bundesrathe IV, No. 8 S. 21 ff.

6.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

erwiedere ich auf das gefällige Schreiben vom 12. d. M.*), unter Vorbehalt die übrigen Punkte später zu beantworten, daß des Königs Majestät mir zwar gesagt haben, daß es Allerhöchst Ihre Intention sei, Sie in Frankfurt zu empfangen, daß aber durchaus Nichts dagegen zu erinnern sein würde, wenn Sie und zwar bis Mainz entgegen kommen.

1851 15. 8.

Allerhöchstdieselben wollen Ihnen aber hierüber keine Vorschrift machen, sondern die Entschließung Ihnen lediglich selbst überlassen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung
Ew. Hochwohlgeboren
ergebenster Diener
Berlin, den 15. August 1851. Manteuffel.

7.

Karl v. Manteuffel an Bismarck.

Berlin den 28ten August 1851.

Fern von der Heimath, bieten sich für Sie, geehrtester Freund, doch noch Anknüpfungspunkte dar, um uns nicht ganz fremd zu werden. In dieser Beziehung habe ich mich sehr gefreut, daß Sie Veranlassung hatten, mir zu schreiben**),

1851 28. 8.

---

*) S. Seite 10 Anm. **), doch fehlt bei Poschinger der Passus, auf den sich obiger Brief bezieht.

**) Von Bismarcks Brief an Unterstaatssecretär K. v. Manteuffel ist ein Concept nicht vorhanden.

1851 28. 8. dagegen muß ich anderer Seits bedauern, daß ich Ihren mir ausgesprochenen Wünschen nicht überall nachkommen konnte. Die Stadtverordneten in Brandenburg hatten in derselben Sitzung den Bürgermeister Brandt und einen gewissen Spitta, der wenn ich nicht irre Kämmerer, jedenfalls aber Democrat ist, wieder gewählt.

Letzterer nahm die Wahl sofort an, ersterer besann sich aber noch eine Ewigkeit, weil er noch um 200 Thlr. Gehalt handelte; die Folge davon war, daß die Potsdamer Regierung, welche über Wahlen nach der alten Stadtordnung zu entscheiden hat, dem Spitta sagte, sie könne ihn nicht bestätigen, da die Einführung der Gemeindeordnung vor der Thüre sei; nachdem dieser Bescheid ergangen ist, besiegt endlich Brandt seine Bedenken, nimmt gleichfalls an und wundert sich nun, daß die Regierung ihm denselben Bescheid ertheilt, den Spitta erhalten hat. Bei dem besten Willen sehe ich nicht ein, wie hier zu helfen ist. Anderer Seits hat Brandt auch keine Veranlassung zu verzagen; wird der Gemeinderath in Brandenburg seiner Majorität nach conservativ, so ist seine Wiederwahl höchst wahrscheinlich, wird er democratisch, so bestätigen wir den gewählten Bürgermeister nicht und octroyiren Brandt. —

Was die bevorstehenden Landtage betrifft, so ist eine directe wenn schon vertrauliche Verhandlung des Ministerii mit einzelnen Abgeordneten nicht wohl ausführbar; die Sache würde nicht verschwiegen bleiben und sofort zu Spaltungen führen, wenn nicht Abgeordnete aus allen Provinzen und aus allen Ständen zu einer solchen Conferenz zugezogen würden, während fast jeder Einzelne anders behandelt sein will als selbst sein Sinnesgenosse. Dagegen hat Arnim-Criewen*) zum 3. Septbr. seiner Seits eine Zusammenkunft mehrerer Abge-

---

*) Karl Otto Friedrich v. Arnim-Criewen, Vorsitzender des kurmärkischen Provinziallandtags.

ordneten ausgeschrieben, und hier wird sich wohl Gelegenheit finden einzuwirken. Die meiste Sorge macht mir fast bei dieser ganzen Angelegenheit, daß die Leitung derselben sich in ungeschickten Händen befindet, sowohl Westphalen als Klützow sind keine politischen Köpfe, glauben das aber leider und sind eifersüchtig, daß der Ruhm ihnen nicht geschmälert werde; ob sich hierin nach der Rückkehr meines Bruders*) eine Aenderung zum besseren wird herbeiführen lassen, steht abzuwarten. Eben so sehr fürchte ich die Ungeschicklichkeit auf den Landtagen selbst; schon jetzt erheben einige unkluge Poltrons ein maaßloses Geschrei. Die ganze Sache ist darauf angelegt, daß sich die Kammern dem Gewichte des Ausspruches der Landtage beugen sollen; es ist daher erforderlich, daß die Landtage jedenfalls möglichst einmüthig sind und daß namentlich itio in partes vermieden werde. Viele Rittergutsbesitzer wollen aber mit einer Rechtsverwahrung anfangen; hierdurch wird sofort der Streit in die Versammlungen getragen, und jedes übereinstimmende Gutachten des Landtags abgeschnitten. Hierzu tritt die Erwägung, daß der Landtag gar nicht die Stelle ist, wo ein Protest anzubringen ist; das gute Recht der Rittergutsbesitzer kann durch Anerkennung der Landtage nicht verstärkt, durch Verweigerung nicht geschwächt werden. Der König und das Staatsministerium sind die Instanzen, wo Rechtsverwahrungen einzulegen sind. Ich betrachte die jetzigen Maaßnahmen als einen Versuch, durch die Reform zur Vernunft und zum Recht zurückzukehren; gelingt dieser Versuch nicht, bleibt immer noch Zeit, durch die Negation der Begründung der jetzigen Zustände dies zu erreichen. Solche Schritte werden aber besser einem muthigen Ministerio überlassen; jedenfalls haben die Rittergutsbesitzer auch dieses Mal leider Gottes nicht bewiesen, daß sie die Leute sind, solche entscheidende Schritte durchzusetzen

1851
28. 8.

*) Des Ministerpräsidenten.

1851 28. 8. oder nur zu unterstützen; die Theilnahme an den Wahlen ist eine höchst geringfügige gewesen und die Bedenken ob des Verfassungseides stecken schon im constitutionellen Geiste von Personen, denen ich dies nimmermehr zugetraut hätte. Gott bessere es; von ganzem Herzen

Ihr
aufrichtiger Freund
Manteuffel.

8.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1851 25. 9. erwiedre ich auf das gefällige Schreiben*) bezüglich des Austritts unserer Ostsee-Provinzen aus dem Deutschen Bunde, daß Sie darüber eine amtliche vertrauliche Eröffnung mit nächster Post erhalten werden, daß ich aber, wie ich vorläufig und außeramtlich bemerke, sowohl mit dem von Ihnen bisher befolgten, sowie mit dem für die Zukunft vorgezeichneten Verfahren vollkommen einverstanden bin. Es haben, wie Sie aus dem zu erwartenden Schreiben ersehen werden, die Ansichten Seiner Majestät über diesen Punkt mehrfach geschwankt, was nicht ohne Einfluß auf die ganze Behandlung geblieben ist. In neuester Zeit haben Insinuationen von Sachsen her (durch Prinz Johann, welcher ein langes Memoire des Herrn v. Beust eingesandt hat) Allerhöchsten Orts Eindruck gemacht, indem man unser Verlangen als ein auf Schwächung Deutschlands, und den Widerstand dagegen als ein Widerstreben gegen diese Schwächung dargestellt hat. Dies hat soviel gewirkt, daß

*) Vom 23. September 1851, Preußen im Bundestag I, No. 11 S. 18 f.

Se. Majestät sich bereit erklärt hat, wenn es von vielen Seiten gewünscht wird, mit den betreffenden Provinzen wieder einzutreten. Meine Gegenbemerkung, daß die Sächsischen Bedenken wesentlich auf der unbehaglichen Stimmung beruhten, welche eine nur mit Oesterreich getheilte exceptionelle Stellung Preußens hervorbringe, fand wenig Eingang, und hatte nur den Erfolg, die Sache recht schroff und vornehm zu nehmen.

1851 25. 9.

Ich bitte Ew. Hochwohlgeboren unter Bezugnahme auf diese Andeutungen die Sache sehr vorsichtig im Immediatberichte zu behandeln, wo möglich nur das fait accompli und auch dieses nicht als etwas mühsam erstrebtes zu melden. Auf das fait accompli kommt es mir in der That auch nur an; ich halte es für recht wichtig und möchte es mit möglichst wenig Geräusch erreicht sehen. Geht die Sache aber nicht, wie Sie hoffen, ganz glatt, dann bitte ich entschieden und ernst das Rauhe herauszukehren und wie Sie selbst es vorschlagen, vielleicht nach vorgehender Rücksprache mit Graf Thun zu erklären, Preußen betrachte die Sache als abgemacht, und ich will erwarten, wer einer entgegengesetzten Auffassung Folge zu geben wagen wird.

Es steht übrigens zu erwarten, daß die Preußischen Provinzialstände selbst den Antrag, aus dem Deutschen Bund auszuscheiden, hierher werden gelangen lassen.

Von Oesterreich haben wir eine an Herrn v. Prokesch gerichtete Note, worin wir, wenn auch in schonendster Form, mit der Verfassung zu brechen aufgefordert werden, erhalten. Es ist dies eine Impertinenz, auf welche ich in gleicher Weise dienen werde. Der König dagegen schwebt in großer Angst vor den Kammern, namentlich mit Rücksicht auf das verhängnißvolle Jahr 1852, von dem er sich déluge général versprechen zu müssen glaubt. Ich habe ihm gestern sehr ernst meine Meinung dahin gesagt, daß ich zunächst das Jahr 1852 gar nicht als ein Jahr großer Umstürze fürchtete, daß aber, selbst wenn Eruptionen erfolgen sollten, wir diesen unter der

1851 25. 9. Voraussetzung gewachsen sein würden, daß er fest bleibe, nichts aber würde ich für schädlicher halten, als wenn jetzt gerade den Kammern gegenüber Schwäche und Nachgiebigkeit gezeigt würde; ich riethe durchaus nicht die Verfassung zu vernichten oder zu verletzen, wohl aber das ganz verfassungsmäßige Mittel der Kammerauflösung anzuwenden, und zwar, wenn über die Frage ob Zweifel entstünden, mit Rücksicht auf das Jahr 1852 lieber zu schnell als zu spät, denn die Verfassung und das constitutionelle Prinzip wären vielmehr geneigt, durch Nachgiebigkeit zu schwächen und herabzuwürdigen, als sie dem Gouvernement Kraft zu geben vermöchten, und mit keiner Constitution würde man eine demokratische Bewegung zu beschwören im Stande sein.

Große Besorgniß macht dem König auch das ihm von Gerlach mitgetheilte Programm der von der Parthei Bethmann-Hollweg zu gründenden Zeitung*) und einzuschlagenden Bahn. Er behauptet, das Ministerium werde sich nicht halten können, die Conservativen würden sich mit den Constitutionellen verbinden und niemand für das Ministerium sein. Ich halte dies nicht für wahrscheinlich, aber selbst wenn dies der Fall wäre, und der König nur fest bleibt, fürchte ich mich gar nicht. Graf G(oltz), der offenbar der Verfasser jenes Ew. Hochwohlgeboren ohne Zweifel bekannten Programms ist, hat nicht Kraft genug den Preußischen Staat umzuwerfen, wenn er es auch noch so bös damit meint.

In der dänischen Sache erhalten Ew. Hochwohlgeboren heute ein weiteres Schreiben von mir. Ich wünschte sehr, sie bald beendigt zu sehen, bezweifle aber, daß der Herzog von Augustenburg auf irgend etwas eingeht**).

B. 25./9. 51. Manteuffel.

---

*) Das Preußische Wochenblatt.

**) Bismarcks Antwort vom 29. September 1851 s. Preußen im Bundestage IV, No. 12 S. 38 f.

9.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

Frau Gemahlin hat meiner Frau die Freude gemacht sie zu besuchen und sich erboten, einen Brief an Ew. Hochwohlgeboren mitzunehmen; ich eile daher, Ihnen zwei Worte zu schreiben, um sie mit dieser besten und sichersten Gelegenheit an Sie gelangen zu lassen.

1851
4. 10.

In der Anlage erlaube ich mir Ihnen zunächst einen ziemlich merkwürdigen Erlaß von Fürst Schw(arzenberg) den mir Prokesch vorgelesen abschriftlich zu senden. Graf Schlieffen*) hatte eine sackgrobe Depesche an Graf Arnim**) als Erwiderung aufgesetzt, worin er sagt, wir nähmen den uns ertheilten guten Rath sehr übel, weil wir ihn nicht verlangt hätten, überhaupt unsern eignen Weg kännten und gingen und sehr wohl wüßten, daß die Oesterreichischen Staats-Männer bei den wichtigen und schwierigen Aufgaben, die ihnen durch die ungeordneten Zustände in ihrem eignen Lande gestellt würden, am wenigsten Zeit und Gelegenheit hätten, über unsere Verhältnisse nachzudenken und Rathschläge zu ertheilen. Ich habe indeß, obwohl in mancher Beziehung einverstanden, doch diese Depesche nicht abgehen lassen, vielmehr vorgezogen, privatim an Arnim zu schreiben und ihm meinen Standpunkt zu bezeichnen. Die Gründe, welche mich bestimmen, werden Ew. Hochwohlgeboren sich selbst sagen, zumal mir überdies in diesem Augenblicke die Zeit fehlt, sie zu Papier zu bringen; sie beruhen im Wesentlichen darin, daß ich es für wichtig halte, gerade im gegen-

*) Graf Albert v. Schlieffen, Decernent für die deutschen Angelegenheiten im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

**) Graf Heinrich v. Arnim-Heinrichsdorf-Werbelow, preußischer Gesandter in Wien.

1851 4. 10. wärtigen Moment jede Herausforderung an Oesterreich zu vermeiden und ich eine ganz besondere Abneigung habe, bloß mit scharfen Worten zu kämpfen.

Von großem Interesse würde es indeß für mich sein zu wissen, ob etwa ähnliche Anmahnungen auch an andere Staaten ergangen sind, und in welcher Weise man sie aufgenommen hat. So eben erhalte ich Ihre telegraphische Depesche wegen des Austritts unserer Provinzen*).

Graf Westmoreland**), der von Hannover kommend gestern bei mir war, sagt mir, daß der alte König***) in der unglücklichsten Stimmung und körperlich recht leidend ist.

Gern schriebe ich mehr, aber meine Frau will soeben den Brief zu Ihrer Frau Gemahlin bringen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener und Freund

B. 4/10. 51. Manteuffel†).

Anlage.

Fürst Schwarzenberg an Freiherr v. Prokesch-Osten.

Wien, den 20. Septbr. 1851.

Hochwohlgeborner Freiherr.

1851 20. 9. Die Anwesenheit Sr. Majestät des Königs von Preußen in Ischl hat dem Kaiser, unserem allergnädigsten Herrn, die erfreulichste Gelegenheit dargeboten, sich persönlich von dem

---

*) Der preußische Antrag war am 8. October einstimmig angenommen worden.

**) John Fane Graf v. Westmorland, englischer Botschafter am Wiener Hofe.

***) Ernst August.

†) Bismarcks Antwort vom 9. October 1851 s. Preußen im Bundestag IV, No. 16 S. 45 ff.

Eindruck zu überzeugen, welchen die kurz zuvor erlassenen Kaiserlichen Handschreiben über die Regierungsform in Oesterreich auf den erhabenen Bundesgenossen Sr. Majestät hervorgebracht haben. Der König und sein erster Minister haben mit den freundschaftlichsten Glückwünschen dieses Ereigniß begleitet, durch welches dem Kaiserreiche die Bedingungen seiner Festigkeit und Wohlfahrt zurückgegeben worden sind. 1851 20. 9.

Einen Theil dieses Beifalls dürfen wir wohl, ohne uns zu täuschen, dem Gedanken zuschreiben, daß mit der monarchischen Grundlage der Verfassung Oesterreichs auch für das Preußische Königthum ein unentbehrlicher Stützpunkt wiedergewonnen ist, und wir gründen darauf die Hoffnung, daß Preußen in jenen Kaiserlichen Entschließungen einen neuen Beweggrund der engsten Verbindung mit Oesterreich erkennen werde.

Preußens König und die Staatsmänner, die ihm zur Seite stehen, haben auf der Bahn zur Wiederbefestigung der Regierungsgewalt in Preußen, und dadurch auch im übrigen Deutschland, bereits so viele muthvolle und entscheidende Schritte gethan, daß wir nicht besorgen, bei dem Berliner Cabinete einer tiefer gehenden Verschiedenheit der Ueberzeugungen zu begegnen, so oft es sich um die grundsätzliche Einwirkung beider Mächte auf den Gang der Dinge in Deutschland handelt.

Auch viele andere deutsche Regierungen geben uns ihre Genugthuung, ihre Freude über die Erhaltung der vollen Staatsgewalt in den Händen des Kaisers unverhohlen zu erkennen. In der Beseitigung des sogenannten Repräsentativsystems in Oesterreich erblicken sie einen wesentlichen Schritt zur Consolidation der politischen Zustände auch außerhalb des Kaiserstaates und verläugnen nicht den Wunsch, für ihre eignen, vielfach noch so schwankenden Verhältnisse Vortheil davon zu ziehen. Sie sagen uns aber auch zugleich, daß sie die Kraft zu entschiedenem Auftreten in ihrem Bereiche nur aus dem

1851 20. 9. gleichmäßigen, wenn auch in der Form verschiedenen Beispiele der deutschen Großmächte zu schöpfen vermögen.

Mit desto größerer Begierde erfaßt dagegen die Umsturzpartei die Hoffnung eines grundsätzlichen Gegensatzes zwischen Oesterreich und Preußen, die sie an die gegenwärtige Conjunctur wieder anknüpfen zu können wähnt. Diese Partei würde sich mit dem, was sie die Rückkehr zum Absolutismus in Oesterreich zu nennen beliebt, bis auf weiteres so zu sagen aussöhnen, wenn sie dafür Preußen in das Netz ihrer Trugschlüsse verstricken, es um seine wahre innere Lebenskraft betrügen, mit den Forderungen seiner politischen Stellung in Widerspruch bringen und zuletzt an den Abgrund der Revolution gegen seinen Willen hinreißen könnte.

Ohne Zweifel hat man aber auch in Berlin erkannt, wie viel der gegenwärtige Augenblick für die Stärkung der Monarchie in Europa und für die innere Kräftigung der Bande, welche die beiden deutschen Mächte zusammenhalten, somit überhaupt für die Wiederkehr besserer Zeiten werth ist; hoffen wir, daß es auch in Preußen der Wille des Königs seyn wird, welcher zum Heile Aller die Richtung der Politik bestimmen wird.

Preußen hat uns, seitdem das gewohnte enge Bündniß so glücklich wieder hergestellt und befestigt worden ist, wahrlich keine Veranlassung zu einer Ansprache in diesem Sinne gegeben. Um so lieber tauschen wir aber mit dem Preußischen Hofe die Betrachtungen aus, die in der gegebenen Lage der Dinge natürlich sind. Theilen daher Ew. Excellenz diese Depesche dem Herrn Fhrn. von Manteuffel mit.

Empfangen pp.

F. Schwarzenberg.

Sr. des Herrn Fhrn. von Prokesch Exc.

Berlin.

10.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

erwiedere ich auf Ihr letztes, so eben erhaltenes Schreiben*), daß heute früh Herr von Steinberg, Hannoverscher Geschäftsführer, bei mir war und mir einen Bericht des Herrn Klenze**) an Herrn von Münchhausen***) vorlegte, wonach ich ihm mündlich zugesagt habe, das Hannoversche Ministerium in der Verfassungs-Frage zu unterstützen; an Erfüllung dieses Versprechens wollte man mahnen.

1851 6. 10.

Ich habe darauf Herrn v. Steinberg gesagt, er möge antworten, ich hätte jede Erklärung hierüber abgelehnt, denn mit Herrn Klenze hätte ich derartige politische Abreden weder treffen wollen noch können, da er dazu durchaus nicht der geeignete Mann sei; überdies sei die Sache ganz rechtlicher Natur und würde von unserer Seite zwar mit wohlwollendster Rücksicht für Hannover, aber doch nur nach rechtlich-politischen Rücksichten behandelt werden. Ich halte übrigens dafür, daß der Abschluß des Vertrags†) so feststeht, daß selbst durch einen Conflict mit Hannover er nicht gefährdet sein würde. Immerhin bin ich der Meinung, daß man einen solchen zu vermeiden hat, ein-

*) Vom 4. October 1851, Preußen im Bundestag IV, No. 14 S. 40 ff.

**) Hannov. Generalsteuerdirector.

***) Hannov. Minister des Kgl. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

†) Vom 7. September, durch den sich Hannover verpflichtete, mit den dem preußisch-hannoverschen Handelsvertrag beitretenden Steuervereinsstaaten am 1. Januar 1854 in einen gemeinschaftlichen Zollverband mit Preußen und den alsdann mit diesem im Zollverband stehenden Staaten zu treten; vgl. W. Weber, Der deutsche Zollverein S. 294.

1851 6. 10. mal weil bei den weiteren Verhandlungen uns noch manche Schwierigkeiten gemacht werden können, die man besser vermeidet, sodann aber, damit Hannover nicht das Gefühl gegeben werde, es stehe unter dem Schutze von Oesterreich besser als unter dem unsrigen. Ew. Hochwohlgeboren wollen hiernach auch in Ihren Aeußerungen gegenüber Herrn von Schele *) recht freundlich sein, aber durchblicken lassen, daß ich mich einiger Maaßen über die Einmischung von Herrn Klenze in diese ihm ganz fremde Angelegenheit verwundert habe.

Von Kopenhagen habe ich gestern Abend sehr ungünstige Nachrichten erhalten; das Ministerium befindet sich in gänzlicher Auflösung, und es gewinnt den Anschein, als werde die eiderdänisch-demokratische Partei siegen. Letzteres ist indeß noch keineswegs constatirt. Budberg **) sagt mir, er sei ganz einverstanden, daß die bisherige Halbheit endlich ihr Ende finde, und er halte es für ganz unmöglich, daß namentlich jetzt, wo die Erbfolge-Angelegenheit ihrer Erledigung entgegengehe, ein demokratisches Ministerium gegen ganz Europa sich halten werde. Ich bedaure besonders, daß voraussichtlich die Regelung der Schleswigschen Verhältnisse hierdurch hinausgeschoben und somit die Occupation verlängert wird. Was die Diner-Frage ***) betrifft, so ist die Trauer †) kein Grund damit Anstand zu nehmen, wenigstens werde ich ein diplomatisches Diner geben.

Meinen letzten flüchtigen Brief werden Ew. Hochwohlgeboren durch Ihre Frau Gemahlin, für welche meine Frau wahrhaft schwärmt, erhalten haben.

Morgen Nachmittag gehe ich mit dem König auf einen Tag zur Jagd nach der Schorf-Haide.

---

*) Hannov. Bundestagsgesandter.

**) Russischer Gesandter in Berlin.

***) Zu Ehren des Geburtstags des Königs, 15. October.

†) Um den am 28. September 1851 gestorbenen Prinzen Wilhelm, Bruder des Königs Friedrich Wilhelm III.

Mit wahrer Hochachtung und dankbarer Anhänglichkeit Ew. Hochwohlgeboren 1851 6. 10.

ganz ergebener Diener und Freund

B. 6/10. 51. Manteuffel*).

11.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

1851 13. 10.

Unter den mannigfaltigen sehr willkommenen Mittheilungen in Ew. Hochwohlgeboren gefälligem Privatschreiben vom 9. d. M.**) glaube ich auf dasjenige, was Herrn Klenze und die von ihm geäußerten Ansichten über die Hannoverschen Angelegenheiten betrifft, speciell eingehen zu sollen.

Schon bei seiner hiesigen Anwesenheit hat Herr Generaldirector Klenze die Meinung ausgesprochen, daß durch den Abschluß des Vertrags vom 7. Septbr. Preußen in die Lage gekommen sey, das derzeitige Hannoversche Ministerium bei seinen Discussionen mit den Provinzialständen unterstützen zu müssen. Er stellte in vertraulichen Unterredungen die Sätze auf, daß das jetzige Ministerium Münchhausen das einzige sey, welches den Vertrag bei den jetzigen Kammern durchzubringen vermöge, und daß diesem Ministerio auch der Beistand der Kammern in ihrer jetzigen Zusammensetzung dabei ganz unentbehrlich bleibe; weil namentlich die Ritterschaften der alten Provinzial-Stände dem Vertrage feindlich seyn würden. Diese Auffassung ist aber rein individuell, und wenn sie auch anderen Personen als Herrn Klenze angehört, so sind ihr doch die gegründetsten Zweifel entgegenzustellen. Abgesehen von dem Gewichte, welches die offenkundigen finanziellen und commerziellen Vortheile des Vertrages

---

*) Bismarcks Antwort vom 12. October 1851 s. Preußen im Bundestage I, No. 17 S. 31 f.

**) Preußen im Bundestage IV, No. 16 S. 45 ff.

1851 13. 10. bei allen urtheilsfähigen Hannoveranern haben müssen, werden auch die Ritterschaften der Hannoverschen Landschaften und die alten Provinzial-Stände überhaupt aus politischen Motiven in dem Vertrage vom 7. September mit dem conservativen Preußen eine wesentliche Bürgschaft für ihre eigne Zukunft erkennen.

Die persönliche Meinung des Königs von Hannover und die des Kronprinzen ist außerdem für die Aufrechterhaltung des Vertrages, und es läßt sich wohl annehmen, daß ein jedes Ministerium dieser Meinung gerecht zu werden trachten wird. Endlich aber scheint in der That das jetzige Ministerium Münchhausen durch die Beschwerde der alten Landstände und die Verhandlung des Bundestages sich nicht für bedroht zu achten. Nach glaubwürdigen Nachrichten ist selbst von einer Minister-Veränderung nicht die Rede gewesen, und Graf Nostitz*) hegt keine Befürchtung irgend einer Art für den Vertrag, noch selbst für das Verbleiben des Herrn von Münchhausen in seiner jetzigen Stellung, sofern nur der Bundestag in seinen Beschlüssen der Hannoverschen Regierung gegenüber in milden schonenden Formen auftritt. Sonach wird Ew. Hochwohlgeboren Hauptaufgabe in dieser Angelegenheit dahin gehen, den Verhandlungen des Bundestags einen Character zu erhalten, welcher der Hannoverschen Regierung einen Ausweg aus der Verwickelung mit den alten Landständen bietet, und den von ihr zu ergreifenden Maßregeln den Anschein freiwilliger Entschließungen gewährt. Ein Mehreres dürfte unsererseits nicht erforderlich seyn, um die immer peinliche Wahl zwischen Unterstützung eines politisch unsichern Ministerii und Gefährdung des Vertrags vom 7. September zu vermeiden.

Berlin, den 13. October 1851. Manteuffel**).

---

*) Außerordentlicher preußischer Gesandter am Hofe von Hannover.

**) Eine Antwort Bismarcks auf diesen Brief Manteuffels ist noch nicht bekannt geworden.

12.

General v. Rochow an Bismarck.

S. Petersburg, den 1. November 1851.

Sehr geehrter Herr und Freund!

Mit vielem Danke habe ich Ihr geistreiches, höchst interessantes und ausführliches Schreiben vom 18.—21. v. M.*) erhalten und vermag Ihnen nicht zu schildern, welche große Freude mir dasselbe bereitet. Es war mir in der That ein großer Genuß, von Ihnen und Ihrer Wirksamkeit zu hören, ich sehe aber leider, daß noch gar Manches beim Alten ist, und wenn Sie unverdrossener Kämpe frische Kraft an die Stelle eines alten verdorrten Stammes gesetzt haben, so werden Sie doch immer mehr inne werden, daß die lederne Tretmühle in der Eschenheimer Gasse schwer in Bewegung zu setzen ist. Zwischen Wien und Berlin ist man viel übereinstimmender, als es in Frankfurt die Repräsentanten der beiden Großmächte je sein werden, weil dort auf das Präsidium so untergeordnete Kräfte influenciren. Es sind hauptsächlich die subalternen Einflüsse, welche die Verhandlungen der Sachverständigen dominiren. Fürst Schwarzenberg wird auch wohl durch Hetzereien aufgestachelt, besinnt sich jedoch wieder und es würde mit Oestreich ganz gut gehen, wenn nicht ein Prokesch-Osten in Berlin wäre und ein Herr v. Beust nicht dazwischen hiebe. Der hat auch in Bezug auf den Hannover-Vertrag ein faules Ei dazwischen gelegt. Weder Sachsen noch Bayern können den Zollverein entbehren. Es kommt aber auch auf ihn gar nicht an, aber beide stachelt die Lust und das Bedürfniß, sich politisch geltend zu machen, besonders möchte der superkluge Herr v. Beust, dem der sächsische Rock zu eng ist, gern die Rolle des Ver-

1851 1. 11.

*) Concept nicht vorhanden.

1851 1. 11. mittlers zwischen Preußen-Oestreich, die willkürlich gegen einander aufgebracht werden, spielen. Solche politische Wichtigkeit, solche Hetzereien sind unbequem, aber sie führen in gewöhnlicher Zeit zu keinem großen Uebel, doch könnten sie bei Gelegenheit einer nicht ausbleibenden Krisis gefährlich werden.

Wäre ich in Frankfurt und besäße soviel Geist wie Sie, ich würde mit dem Grafen Thun einmal ganz unumwunden über alle dgl. Hindernisse reden.

Der Herr Minister Manteuffel hat mir eine sehr gute Auseinandersetzung über den Hannover-Vertrag geschickt. In Oestreich ist der neue Tarif noch nicht publicirt. Die dortige Regierung wird Mühe haben, ihn im eignen Lande durchzuführen; der Zollverein kann seine Sätze nicht erhöhen, um sich Oestreich anzuschließen, also ist an eine Vereinigung, die allen recht sein kann, noch gar nicht zu denken. Minister Bruck, der die jetzige handelspolitische Richtung Oestreichs aufgestellt, war ein Phantast und Hock*) ist nichts Besseres — ohne positive Kenntnisse.

Sie wundern sich über die geringen Gaben von Münch**)? Er hat nicht viel, ist aber nicht so beschränkt wie ängstlich und kleinlich. Staatsmänner mit freiem Blicke dürfen Sie in den Herren des Bundes nicht suchen.

Bülow***), Oertzen †) und Schele sind die gescheutesten. Ersterer ist der fähigste Ihrer Collegen, die beiden andern haben nur einen umzäunten Gesichtskreis und lokalen Maßstab.

Ich las dem Grafen Nesselrode ††) den Ihre Negociation

---

*) Ritter v. Hock, österreichischer Ministerialrath.

**) Freiherr v. Münch-Bellinghausen, Großherzoglich Hessischer Bundestagsgesandter.

***) Dänischer Kammerherr, Bundestagsgesandter für Holstein und Lauenburg.

†) v. Oertzen-Leppin, Bundestagsgesandter für Mecklenburg.

††) Russischer Staatskanzler.

mit Augustenburg*) betr. Passus Ihres Schreibens vor. Er hat sehr über das „entweder hängen oder höflich sein" gelacht. 1851 1. 11.

Die Dänen haben uns durch ihr schlechtes Ministerium einen guten Dienst geleistet, in dem sie uns Rußland zugeführt, welches über die demokratische Richtung des Copenhagener Cabinets entrüstet ist.

Danken Sie dem ehrlichen Rudloff für den mühevollen Auszug, der mir sehr nützlich gewesen; grüßen Sie ihn und Wentzel**) bestens und rufen Sie mich dem Andenken des lieben Kelchner***) zurück. Aber was muß der arme Mann laufen, um Ihre Villa auf halb Frankfurter, halb Nassauer und halb churhessischem Ende zu erreichen. Wie geht es dem Lion Lynar†) und macht Waldersee††) noch soviel Gedichte. Dem Grafen Thun und seiner ausgezeichneten Gemahlin viele Empfehlungen, auch Ihrem Nachbar Nostitz†††) und Cowley§) sowie Frau v. Brints§§) und Tochter.

Ob ich im Winter werde loskommen können, steht dahin, ich bin in Verzweiflung und halte das Einsiedler-Leben kaum mehr aus.

In Frankreich sieht es sehr übel aus, und man muß sich beeilen, in Deutschland Ordnung zu machen. Die Aufstellung einer Ober-Polizei-Behörde ist durchaus gebieterisch. Wir dürfen uns nicht überraschen lassen.

---

*) Herzog Christian August von Schleswig-Holstein-Augustenburg.

**) Legationsrath bei der preußischen Bundestagsgesandtschaft.

***) Hofrath Kelchner war Vorstand der preußischen Gesandtschaftskanzlei.

†) Graf Ottokar v. Lynar, Attaché bei der preußischen Gesandtschaft.

††) Preußischer Bevollmächtigter in der Militärcommission des Bundestags.

†††) Freiherr v. Nostitz und Jänckendorf, Kgl. Sächsischer Bundestagsgesandter.

§) Lord Cowley, Großbritannischer Bundestagsgesandter.

§§) Schwester des Grafen Buol-Schauenstein.

1851 1. 11. Wenn der Bundestag sich jetzt nicht Folgsamkeit verschafft, dann ist es um Deutschland geschehen.

Legen Sie mich unbekannter Weise der gnädigen Frau zu Füßen und behalten Sie in gutem Andenken

Ihren

alten Verehrer und Freund

R(ochow).

13.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

1851 3. 11. In Bezug auf das Königliche Handschreiben*) von gestern erlaube ich mir einige ganz vertrauliche Bemerkungen.

Die Verwendung für Einräumung einer eventuellen Succession an den Herzog von Augustenburg nach dem Aussterben der männlichen Descendenz des Prinzen Christian ist in Copenhagen und Petersburg eingelegt. Nach dem Bericht des Freiherrn ... **) geht das dänische Cabinet darauf nicht ein. Es läßt sich nicht verkennen, daß die Anerkennung des Prinzen Christian und seiner Descendenz mit der Prinzeß von Hessen eben dadurch ein practisches Verdienst hat, daß sie alle complicirte und strittige Fragen beseitigt. Dies Verdienst der Einfachheit ginge verloren, wenn eine Stipulation zu Gunsten der eventuellen Succession des Herzogs von Augustenburg und seines Bruders hinzugefügt würde. Die eventuellen Ansprüche der Geschwister der Prinzessin Christian und der übrigen Glieder der Glücksburger Linie müßten dann gleichzeitig regulirt werden, eine schwierige Aufgabe, deren Lösung unter Erhaltung des Integritätsprinzips der dänischen Monarchie kaum

*) Vgl. Preußen im Bundestag I, S. 43 Anm. 2, ebd. No. 28 Bismarcks Immediatbericht vom 13. November 1851.

**) Name unleserlich.

zu verbürgen ist. Letztres ist durch europäische politische Interessen geboten. Graf Nesselrode findet bei der Idee große Schwierigkeit, wobei ihm diese Bedenken wohl vorschweben. Der Passus des Königl. Handschreibens ist besonders zu accentuiren, daß S. M. das Durchsetzen Ihrer Wünsche nicht verbürgen können. Nach den neusten Nachrichten ist das dänische Cabinet, namentlich Minister Bluhme bereitwillig auf die von Preußen, Oesterreich und Rußland geltend gemachten Wünsche eingegangen, so daß die allerdings vorhanden gewesene Verstimmung in Petersburg aufgehört haben dürfte. Endlich bitte ich Ew. Hochwohlgeboren den Passus, der Herzog möge die Abfindung ganz in die Hände Sr. Majestät legen, so zu verstehen, daß der Herzog sich dem Rath Seiner Majestät jedenfalls fügen wolle. Eine selbständige Geltendmachung der Ansprüche des Herzogs kann das Königliche Cabinet nicht übernehmen, auch nicht für das Resultat seiner Bemühungen einstehen, zumal es scheint, daß der Herzog die Erträge seiner Güter irrthümlich zu hoch anschlägt. Vielleicht erklärt sich die Differenz der Angaben dadurch, daß die dänische Regierung von dem Ertrage nach Abzug der Lasten, der Herzog von dem Brutto-Ertrage spricht.

1851 3. 11.

B. 3. 11. 51. Manteuffel.

14.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

sende ich im engsten Vertrauen und unter Bitte um sichere Rücksendung ein Schreiben des Grafen Nostitz zu Ihrer gefälligen Kenntnißnahme und Orientirung. Es wird nicht nothwendig sein zu bezeichnen, welche Stellung Preußen gegenüber den beabsichtigten Machinationen einzunehmen hat, vielmehr

1851 3. 11.

1851 8.11. wird es genügen, Ew. Hochwohlgeboren auf diesen kritischen Punkt aufmerksam zu machen, um Ihre volle Wachsamkeit in Anspruch zu nehmen und um die Bitte zu rechtfertigen, mir von jeder Bewegung des Gegners in dieser Richtung baldigst Kenntniß zu geben.

Herrn Delbrück*) bitte ich im Allgemeinen von der Tendenz Kenntniß zu geben, um ihm in seinen Erklärungen äußerste Vorsicht empfohlen sein zu lassen. Meine Frau trägt mir Empfehlungen an Ew. Hochwohlgeboren und Ihre Frau Gemahlin auf.

Ich bin ganz Hallali, da ich eine Staats-Ministerial-Berathung über Etats-Verhältnisse die bis um 5¼ gedauert und mit allgemeiner Unzufriedenheit geendigt hat, im Magen habe; Bodelschwingh ist von einer mehr als Westphälischen Tenacität.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener und Freund

B. 3/11. 51. Manteuffel**).

(Abschrift.) Anlage.

Graf Nostitz an Otto v. Manteuffel.

Eurer Excellenz

erlaube ich mir ganz vertraulich mitzutheilen, daß Herr v. Steinberg während seines Aufenthalts in Dresden ein Schreiben an den Minister von Münchhausen gerichtet hat, worin er sagt, es sei ihm vom Minister Beust der Auftrag geworden, Herrn von Münchhausen eine Besprechung über den An-

*) Geh. Regierungsrath Delbrück war zu den Verhandlungen des handelspolitischen Ausschusses am Bundestag delegirt.

**) Bismarcks Antwort vom 7. November 1851 s. auszugsweise in Preußen im Bundestag I, No. 22 S. 38 f.

schluß an den Zollverein zu proponiren, welche er bei Gelegenheit seiner Durchreise durch Hannover zu haben wünschte. Die Herrn von Steinberg ertheilte Antwort lautet: „Es bedarf wohl keiner Erwähnung, daß die Königl. Regierung nicht gemeint sein kann, ohne Vorwissen der Königl. Preußischen Regierung Verabredungen zu treffen, welche den Bestimmungen des gedachten Tractats zuwider laufend eine Abänderung bezwecken." Ew. Excellenz wollen daraus entnehmen, mit welcher Gewissenhaftigkeit der Minister von Münchhausen den gegen uns eingegangenen Verpflichtungen zu genügen bemüht ist. Gedachtes Antwortschreiben hat zur Folge gehabt, daß Herr v. Beust nicht in Hanover gewesen ist, auch keine Besprechung gehabt hat. Es ist außer Zweifel, daß Intriguen aller Art gegen die Verwirklichung des Zollvereins mit Hannover im Gange sind und daß man sich alle Mühe giebt, den ganzen Zollverein zu einer Angelegenheit des Bundes zu machen. — Man betrachtet ihn nämlich nach den zu erfolgenden Kündigungen und der einseitigen Aufnahme des Steuer-Vereins als faktisch aufgelöst und will bei der neuen Organisation dem Bundestag eine einflußreiche Rolle zuwenden; zu diesem Zweck werden jetzt die Staaten des Zoll-Vereins bearbeitet und ist auch Oldenburg veranlaßt worden, mit seiner Erklärung noch zu warten, obgleich es sich früher sehr willfährig erklärte. Nachdem man sich hinlänglich überzeugt, daß keiner der Zollvereins-Staaten aus dem Bunde zurücktreten kann und, selbst wenn die Regierungen es wollten, die Opposition des Landes selbst es unmöglich machen würde, hat man, wie es scheint, den oben angedeuteten Schlachtplan entworfen, als letztes Mittel, um dem durch den Beitritt Hannovers so gesteigerten politischen Einfluß von Preußen entgegen zu wirken. —

1851 8. 11.

Obgleich ich völlig überzeugt bin, daß unsere Stellvertreter in Frankfurt am sichersten beurtheilen werden, ob überhaupt

1851 8. 11. und auf welchen Wegen man gegen den Tractat vom 7. Septbr. intriguirt, so habe ich es doch für Pflicht erachtet, meine Wahrnehmungen mitzutheilen.

Im Allgemeinen ist es mir sehr lieb, wieder hier zu sein, indem es mir schon gelungen, so manche nachtheilige Gerüchte zu widerlegen, und Wahrheiten Bahn zu brechen.

Mit dem Befinden Sr. Majestät des Königs*) geht es eigentlich nicht besser, indem die Kräfte nicht zunehmen. Vorgestern war ich des Abends von 9 bis 11 Uhr bei ihm und freute mich, ihn geistig stark und theilnehmend zu finden; seit dieser Zeit ist aber kein Fortschritt wahrzunehmen, was zu großen Besorgnissen berechtigt, wenn auch nicht so schnell. Ueber die Verhältnisse für den Fall des Todes habe ich unserm gnädigsten Herrn einige Ansichten direct mitgetheilt, und hoffe, Höchstderselbe hat Ew. Excellenz davon Kenntniß gegeben.

Mit Ungeduld erwarte ich das endliche Eintreffen der hier von uns zu vertheilenden Orden, wovon ich bereits dem König Kenntniß gegeben.

Mit ausgezeichneter Hochschätzung in treuer Anhänglichkeit 2c.

Nostitz.

15.

Karl v. Manteuffel an Bismarck.

Berlin, den 13ten Novbr. 1851.

Mein sehr verehrter Freund.

1851 13. 11. Mit wahrer Freude habe ich ein Zeichen Ihrer Erinnerung in Ihrem letzten Briefe**) empfangen; auch es mir an-

---

*) Ernst August von Hannover.

**) Concept nicht vorhanden.

gelegen sein lassen, zunächst Ihren Auftrag zu erledigen. Im allgemeinen fehlt es uns hier zwar sowohl an geschickten Agenten als wie an Gelde, um dieselben zu bezahlen; indessen hat mir Herr v. Hinckeldey*) doch versprochen, Ihnen einen zuverlässigen Mann dort nachzuweisen, und Herr von Westphalen, die Kosten, wenn sie nicht zu hoch sein sollten, auf den polizeilichen Dispositionsfonds zu übernehmen. Sollte nun jenes Subject brauchbar sein, so stelle ich anheim, bei meinem Bruder die Bewilligung der desfallsigen Summe, allenfalls unter Heranziehung des Fonds des Ministerii des Innern zu beantragen. Sollte dagegen die ganze Sache noch nicht in den Gang gebracht sein, so rathe ich dieselbe bei Ihrem Ministerio anzuregen, mir aber hiervon vertrauliche Mittheilung zu machen, damit ich nachhelfen kann.

1851
18. 11.

Die von Ihnen bemängelte Ernennung von Schellwitz trifft mich nicht direkt, sondern Bode, dagegen bin ich allerdings vorher befragt worden. Ich halte es für gut, daß Schellwitz aus dem Ministerio überhaupt herausgebracht ist, und da man ihn nicht füglich absetzen oder todtschlagen konnte, hielt ich es noch für das glimpflichste, ihn nach Schlesien zu schicken, da wir dieser Provinz vorzugsweise die revolutionären landwirthschaftlichen Gesetze verdanken, diese also sich nicht beklagen kann, wenn der Vater derselben sie jetzt practisch ausführt. Gegen jede andere Verwendung des p. Schellwitz habe ich mich auf das bestimmteste erklärt. Freund Oppermann ist für die in Merseburg zu errichtende landwirthschaftliche Abtheilung als Dirigent bestimmt; leider verzögert sich die Auflösung der Generalkommission zu Stendal, die vorhergehen muß, ungebührlich.

Ich freue mich auf Ihre Gegenwart bei den Kammersitzungen viel mehr als auf die letzteren selbst. Wir werden

*) Polizeipräsident von Berlin.

1851 18. 11. einen heißen Stand haben, was noch kein Unglück wäre, wenn ich hoffen könnte, daß die Kräfte vorhanden sind, um der Sache gewachsen zu sein. Gerade mein Chef*), der vorzugsweise angegriffen werden wird, ist sehr schwach, wenn schon bei vielem guten Willen. Herr von Klützow, sein Factotum, ist noch schwächer und aventurirt sich politische Excesse zu begehen, wo ich dieselben gar nicht für nöthig halte. Meines Erachtens ist der constitutionelle Kern schon gänzlich im Absterben, es ist also nicht nöthig, ihm neuen Lebensstoff durch extreme Schritte zuzuführen, oder gar ihn auf gesundere Grundlagen zurückzuleiten, um ihn zu erhalten. Ich habe in vielen Beziehungen eine unangenehme Stellung, die indessen nun einmal ertragen werden muß. Vorläufig arbeiten wir an jedem Tage mehrere verschiedene Entwürfe zu Wahlgesetzen für die 1te und 2te Kammer, zu Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnungen aus, und kommen leider über alle diese Arbeiten zu keinem Abschlusse. Alles dies werden Sie hier während der Kammersitzung in der Nähe sehen und erleben. Mein Bruder kann bei dem besten Willen nicht Alles allein leisten, und ich kann ebensowenig meinen Chef entthronen. Dies sind jedoch Secreta, denn Westphalen hat sich hier innerhalb einer gewissen Partei sehr zu accreditiren gewußt, und will man dort zur Zeit noch nicht glauben, daß es eigentlich sehr schwach mit ihm steht.

Welche Haltung die Kammern einnehmen werden, darüber haben wir hier zur Zeit noch gar keine begründete Muthmaßungen. Jedenfalls werden Einzelne sehr schimpfen, und ich bleibe unter allen Umständen

Ihr
aufrichtig ergebener Freund
Manteuffel.

---

*) Minister v. Westphalen.

16.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

empfehle ich den Ueberbringer dieser Zeilen den Staats-Anwalt Meyer von hier, welcher über den Zweck seiner Sendung mündlich das Erforderliche vortragen wird. 1851 15. 11.

Uns ist an Auslieferung der dort verhafteten Preußen viel gelegen, weil man durch sie wohl endlich den notorisch vorhandenen und sehr weit gehenden Conspirationen auf die Spur zu kommen hofft.

Die Frankfurter Behörden wird man quovis modo im guten Zuge zu erhalten sich bemühen müssen. Welche Mittel Sie dazu anwenden wollen, überlasse ich lediglich Ihrer Erwägung; Furcht, wenn sie sich säumig zeigen, eine auf den Umsturz Preußens in ihren Mauern gerichtete Verschwörung energisch zu verfolgen, Dank für das Geleistete, Versprechen für künftig zu Leistendes, u. s. w. Zur Erstattung etwa erforderlicher Geld-Auslagen erkläre ich mich im Voraus bereit. Es wäre zu wichtig, wenn man endlich einmal etwas Mehres als Andeutungen erlangen könnte.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ergebener Diener und Freund

Berlin, d. 15. Nov. 1851. Manteuffel.

17.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1851 23. 11. danke ich für die geneigte Mittheilung vom 19. d. M.*) verbindlichst.

Ich bin nicht nur in der Flottensache vollständig mit Ihnen einverstanden, sondern unterschreibe auch den allgemeinen Theil Ihrer Betrachtungen.

Was die Flotte betrifft, so hat man da freilich mit den so schädlichen unbestimmten und unbewußten Deutschthümlern zu thun, von welchen ich neulich in einem an den König gerichteten Erguß des Exkönigs Ludwig**) eine traurige Probe erlebt habe. Er hält die Auflösung der Flotte für Verrath am Vaterlande u. s. w. Wollte man diesem Volke von Schwärmern nachgehen, so würde man in 8 Tagen festsitzen. Den Prinzen von Preußen habe ich auf diesen Standpunkt gestellt und bei ihm ziemlichen Eingang gefunden.

Was die Verhältnisse zu Oestreich im Allgemeinen betrifft, so habe ich schon vor Eingang Ew. Hochwohlgeboren Schreibens aus einer besondern Angelegenheit Veranlassung genommen, an Fürst Schwarzenberg direct zu schreiben; ich habe ihm gesagt, daß ich durchaus nicht glaubte, dieses Machiniren gehe von ihm aus, aber ich sei der Meinung, er könne es verhindern, und wenn er dann nicht bald einmal ein quos ego! ausspreche, so werde mir der Athem ausgehen, das meinige zu rufen, es werde also dann von beiden Seiten gekämpft werden, und wie ich glaubte zum Nachtheil Oestreichs. Hierauf habe ich noch keine Antwort, Graf Arnim schreibt mir aber, der Fürst sei sehr

*) Preußen im Bundestag IV, No. 20 S. 53 ff.; vgl. I, No. 29 S. 44.
**) Von Bayern.

verlegen gewesen. Sobald ich die Antwort habe, werde ich mich weiter expectoriren. 1851 23. 11.

Daß Ew. Hochwohlgeboren nicht mit Graf Thun Händel anfangen oder aufnehmen, billige ich sehr. In den mir mitgetheilten Aeußerungen des Herrn v. Nostitz*) mag etwas Wahres sein, indeß darf man dabei nicht übersehen, daß gerade das conforme Auftreten der Großmächte den Mittelstaaten fatal ist.

So lange Deutschland zweiköpfig ist, wird man immer nur dann etwas erreichen, wenn wir einig sind, und wir würden uns dabei zuletzt auch ganz leidlich stehen, wenn Oestreich nur nicht ein so wunderbarer Gesell wäre, bei dem sich unmäßige Körper-Größe und sogar Kraft mit häßlichen Krankheitsformen und daraus entstehende momentane Schwäche und Ungeschlachtheit, Conservatismus und Radicalismus, wahre Vornehmheit mit Gemeinheit, Schlauheit mit Grobheit, List mit Dummdreistigkeit vereinigt fänden. Eine Beseitigung dieser Uebelstände erscheint ebenso wünschenswerth als unmöglich, da sie tief mit der innersten Natur dieses Staates verwachsen sind. Da man nun Oestreich ebensowenig ignoriren kann, so bleibt nichts weiter übrig, als entweder drauf zu schlagen oder sich so gut es geht zu vertragen, ohne sich von ihm etwas gefallen zu lassen. Man muß also die Ueberlegenheit fühlen lassen, unter Umständen auf die Finger schlagen, wenn es niemand sieht, damit der Riese nur den Eindruck der schmerzlichen Empfindung, nicht aber die Wuth gekränkter Eitelkeit davon trägt. Ueberhaupt ist das Bedenkliche an dem Verkehr mit Oestreich, daß dasselbe da, wohin seine Kräfte reichen, unberechenbar ist und bereit va banque zu spielen. Dies darf nicht abhalten, ihm, wo man es für unerläßlich und angemessen hält, entgegenzutreten, aber ernst und rathsam eine gewisse Reservation eintreten zu lassen, wodurch man sich nicht mehr vergiebt, als wenn ein besonnener mäßig

*) Preußen im Bundestag IV, S. 55.

1851 23. 11. wohlhabender Mann eine Partie ablehnt, die ein großer Verschwender ihm anbietet. Letzterer ärgert sich darüber, daß der Andre den Gegenstand seines Neides, die gesicherte Existenz, nicht aufs Spiel setzen will; auf die Länge aber wird der Besonnene doch besser abschneiden und den Großartigen zuletzt unterstützen müssen. Den Moment wo dies geschehen soll herbeizuführen, liegt aber nicht im Interesse des Einen oder des Andern. Obwohl ich mich durchaus nicht vor den Oestreichischen Intriguen verschließe und daher nicht ihr Freund bin, sehe ich den Moment, wo dies Reich einmal zusammenbrechen möchte, doch mit großer Besorgniß kommen; leider sind meine Berichte aus Wien, offizielle und nicht offizielle, von der Art, daß in dieser Beziehung die ernstesten Bedenken mir aufsteigen. Wenn ein solcher Coloß zusammenstürzt, so kann niemand die Folgen davon berechnen, und sie können für ganz Europa höchst verhängnißvoll werden. Die Zustände sind sehr kritisch; die Ruinen können, auch wenn wir nicht von unserer Seite miniren und so den Sturz muthwillig auf unser Haus lenken, doch dasselbe beschädigen. Namentlich wünsche ich sehr, daß das Jahr 1852 erst vorüber und in Frankreich irgend etwas Solides entstanden sei. Rochow schreibt mir, daß der Kaiser*) im Ganzen mit dem Oestreichischen Gange einverstanden sei, Nesselrode aber vieles mißbillige und beide den Schwarzenberg als einen unzuverlässigen und wilden Politiker nicht achteten; er sieht Conflicte mit Rußland unvermeidlich nahe. Ich halte dagegen Schwarzenberg für den einzigen Mann, der Oestreich noch zusammen hält, bis es vielleicht später einmal der Kaiser kann, und mir würde daher an seinem Sturze, selbst wenn ich etwas dazu beitragen könnte, nichts liegen.

Den Bundestag halte ich nicht für die Form, aus Deutschland etwas zu machen, wohl aber für das Mittel, den innern Zerfall noch zu verdecken; er hat außerdem noch den nützlichen

---

*) Nicolaus I. von Rußland.

Zweck für die kleinen Staaten, deren Existenz man doch einmal nicht ableugnen kann, einen festen Punkt zu bieten, an den sie sich retten können aus völligem Versinken in den Schlamm ihrer Zustände. Ich bezweifle, daß man ohne große Europäische Umwälzungen aus diesem Zustande herauskommen wird. Die Aufgabe scheint mir zu sein, daß diese Form den gesunden Entwickelungen nicht nachtheilig sein darf, ohne deshalb ganz aus einander zu fallen oder den Nutzen zu verlieren, den sie für gewisse Verhältnisse haben kann.

1851
28. 11.

Mit den in Gemeinschaft von Oestreich einzubringenden Anträgen werde ich übrigens, wie ich mir ohnehin schon vorgenommen hatte, fortan sparsam sein.

Soeben erhalte ich Ihre Anfrage von vorgestern wegen der Kammer-Eröffnung. Ich wünschte wohl, daß Sie dazu anwesend wären, dennoch nehme ich Anstand Sie durch den Telegraphen zu rufen; bitte aber, daß Sie nicht zu spät und womöglich zur Präsidenten-Wahl, welche wohl am 1. oder 2. Dec. Statt finden wird, hier sind. Es scheint mir, daß es kein Unglück ist, wenn man Sie in Frankfurt etwas vermißt.

Da der König zum Begräbniß*) nach Hannover geht, so wird er die Kammern nicht selbst eröffnen; ich werde es Statt seiner thun, meine Eröffnungen werden sich aber nur auf Dinge der innern Verwaltung beschränken, und mein Streben wird darauf gerichtet sein, eine Adreßdebatte zu vermeiden.

Entschuldigen Sie diese weitläuftige Erklärung, ich hätte noch viel hinzuzufügen, behalte mir das aber mündlicher Besprechung vor. Den Grafen Stolberg würde ich Ihnen bestens empfehlen, wenn ich es nicht für überflüssig hielte.

Mit dankbarer Anhänglichkeit

Ew. Hochwohlgeboren

B. 23/11. 51. ganz ergebener Diener

Manteuffel.

---

*) Des Königs Ernst August, gest. 18. November 1851.

18.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

(Telegramm.)

Berlin, den 24. November 1851 10 Uhr.

1851 24. 11. Ihre Herkunft zur Kammer-Eröffnung halte ich nicht für nöthig, wohl aber wünsche ich Sie in den ersten Tagen der nächsten Woche, wo möglich Montag hier zu sehen.

Manteuffel.

19.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

1851 24. 11. Meinem heutigen unter unzähligen Störungen geschriebenen Briefe füge ich auf Veranlassung meiner Frau und im vollen Einverständniß mit derselben noch die Bitte hinzu, daß Ew. Hochwohlgeboren bei uns Ihre Wohnung und Absteige-Quartier nehmen wollen.

Sie würden das Ihnen bekannte Quartier meines Bruders, zwei freundliche Stuben, freilich nach dem Hofe einnehmen und an unserm Mittagstisch täglich, so oft Sie nichts Besseres vorhaben, ein lieber Gast sein. Auch für Unterkommen Ihres Dieners kann gesorgt werden. Sie vermeiden dadurch die immerhin unangenehme Wohnung im Gasthofe, und wir haben um so besser Gelegenheit mit einander zu sprechen.

Haben Sie keine Gründe aus Ihrer Person unsere Bitte abzulehnen, so bitte ich dringend aus unseren Verhältnissen keine herzuleiten.

In der Thron-Rede, welche ich, da der König zum Begräbniß in Hannover abwesend sein wird, halten werde,

beabsichtige ich kein Wort von auswärtiger Politik zu erwähnen; das wird einiges Geschrei geben, aber nicht mehr als jede wirkliche Darlegung, und da nach meiner festen Ueberzeugung die Kammern in Preußen die auswärtige Politik nicht machen können und dürfen, so scheint mir dies das Ehrlichste zu sein. 1851 24. 11.

Meine Frau trägt mir Empfehlungen an Ihre Frau Gemahlin auf.

Mit alter Anhänglichkeit

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener und Freund

B. 24/11. 51. Manteuffel.

20.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

erwiedere ich auf das geehrte Schreiben von vorgestern*) ganz ergebenst, daß ich mit dem von Ihnen gemachten Vorschlage ganz einverstanden bin. Das gestellte Verlangen kann man m. E. unter keinen Umständen zurückweisen, und ich würde gewiß jemand finden, den man vorschlagen könnte, wenn schon ich einräume, daß ich in diesem Augenblicke Niemand in promptu habe. Deshalb kommt mir Ew. Hochwohlgeboren Vorschlag ganz erwünscht. Der Mann ist zwar katholisch und Rheinländer, dennoch halte ich ihn für sicher. Meiner Seits hatte ich an den Rieseler Senfft**) gedacht, doch scheint es mir mehr als zweifelhaft, ob er acceptiren würde. 1851 28. 12.

*) Concept nicht vorhanden.

**) v. Senfft-Pilsach, seit 1852 Oberpräsident von Pommern, hatte große Rieselwiesenanlagen auf Staatskosten im Osten bewirkt.

1851 28. 12. Was die dortigen Verhältnisse betrifft, so theile ich Ihre Entrüstung über die kleinlichen Intriguen*) und werde Sie in den Mitteln, um sie abzuwehren, nicht im Stiche lassen, wenn schon ich doch immer um etwas kaltes Blut bitten möchte, schon um deshalb, weil man damit die Gegner am mehrsten ärgert. Ich habe gestern eigenhändig an Schwarzenberg geschrieben und meine Meinung derb ausgesprochen, indem ich ihm meiner wahren Ueberzeugung gemäß gesagt habe, daß die nothwendige Folge seines Benehmens ein Zurückziehen Preußens in eine negative Stellung sein würde, die für Oestreich sehr unbequem, für Preußen aber sehr behaglich und unangreifbar sein würde. Wie Ew. Hochwohlgeboren bemerkt haben werden, nehmen wir bereits mehr und mehr diese Stellung an, und ich bin der Ansicht, daß selbst, wenn man von dort aus gute Worte geben sollte, wir unsres eignen Vortheils wegen darin verharren müssen.

Oestreich spielt meines Erachtens jetzt ein sehr gewagtes und deshalb der Eigenthümlichkeit der dortigen Staats-Männer entsprechendes Spiel. Ich habe bestimmte Nachrichten, daß man sich Oestreichischer Seits nicht nur Louis Napoleon sehr angelegentlich nähert, sondern ihn sogar zu Einmischungen in fremde Angelegenheiten stachelt. Minister Turgot hat selbst gesagt, daß man von dorther die Aufforderung an das französische Cabinet gerichtet hat, gemeinschaftlich die Verfassung im Königreich Sardinien zu beseitigen, ebenso will man der Schweiz zu Leibe gehen, und den Instigationen gegen Belgien ist man in Wien auch nicht fremd. Es ist das eine geschickt angelegte Sache, denn für den schlechten Liberalismus in diesen Staaten wird kaum jemand anders als höchstens England in die Schranken treten, und dieses hat ohne Continental-Alliancen keine Action. Andrer Seits liegt bei Oestreich der Gedanke

*) Vgl. Bericht vom 22. December 1851, Preußen im Bundestage I, No. 38 S. 54 ff.

im Hintergrunde, sich von der Russischen Präponderanz frei zu machen, welche in Wien um so unangenehmer empfunden wird, als wir jetzt sehr gut mit St. Petersburg stehen. Auch läßt sich nicht verkennen, daß Louis Napoleon, der vermöge seiner Entstehung auf eine aventureuse Politik hingewiesen, und Fürst Schwarzenberg, der ihr durch Verhältnisse und Geschmack auch nicht abgeneigt ist, gemeinschaftlich eine formidable Macht auf die Beine bringen können, welche noch durch süddeutsche und sächsische Truppen verstärkt werden dürfte und welche eines schönen Tags überraschend schnell und bevor viel von Russischen Soldaten die Rede sein möchte, auf dem Theater erscheinen könnte. Ich weiß, daß Meyendorff*) der Entwickelung dieser Dinge mit aufmerksamem und sehr bedenklichem Blicke folgt. Unsere Stellung zu Rußland und England ist eine genau angewiesene. Palmerstons Rücktritt**) ebnet die Wege; allein es sind dabei noch manche Schwierigkeiten. Der König möchte wegen Neuenburg gar zu gern gemeinschaftliche Sache machen. Auch unsere Kammer-Wirthschaft ist recht störend; man kann doch wegen solcher politischen Möglichkeiten den Kammern nicht eine Stellung anweisen, die man ihnen bisher bestritten hat, und die ihnen in der That nicht zukommt, und wenn man es wollte, so hätte man damit doch noch nichts gewonnen, denn sie sind weder eine Macht, noch werden sie in Momenten kritischer Entscheidungen eigentliche Kraft gewähren.

1851 28. 12.

Ueber alle diese Dinge möchte ich gern mit Ew. Hochwohlgeboren ausführlich sprechen, und bitte Sie daher recht sehr zur Wieder-Eröffnung der Sitzungen, etwa zum 5ten Januar (an welchem Tage die Präsidenten-Wahl stattfindet) oder wenigstens bald nachher nach Berlin in Ihr zu Ihrem Empfange bereit-

---

*) Russischer Gesandter in Wien.

**) Infolge seiner voreiligen Billigung des bonapartistischen Staatsstreichs hatte P. das Ministerium des Auswärtigen niederlegen müssen.

1851 28. 12. gehaltenes Stübchen zu kommen. Auch der König wünscht Ihre Ankunft. Mir scheint es, daß gerade nach (der)*) dermaligen Lage der Dinge Ihre Abwesenheit von Frankfurt ein geeignetes Mittel ist zu zeigen, daß man auf die dortigen Dinge nicht zu viel Gewicht legt. Sie haben wohl die Güte mich wissen zu lassen, ob und wann ich auf Ihre Ankunft rechnen darf. Meine Frau trägt mir Empfehlungen an Ihre Frau Gemahlin und an Sie auf.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ergebener Diener

B. 28/12. 51. Manteuffel.

21.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1852 ? 1. danke ich verbindlichst für Ihre gütigen Mittheilungen vom 24. Januar**). Von den wieder beigefügten Briefen des Herrn v. Scheele und Grafen Thun habe ich mit Interesse Kenntniß genommen. Ein Urtheil darüber auszusprechen behalte ich mir vor. — Auf meinem Arbeitstische befindet sich auch noch das anliegende v. Canitzsche Schreiben, was Ew. Hochwohlgeboren zuzustellen ich bei der vorliegenden Gelegenheit nicht habe unterlassen wollen.

Mit Erwiederung Ihrer freundschaftlichen Grüße und in bekannter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin den ..***) Januar 1852. Manteuffel.

---

*) Fehlt im Orig.

**) Preußen im Bundestag IV, No. 22 S. 59.

***) Datum fehlt im Original.

22.

Bismarck an Otto v. Manteuffel.

(Ohne Datum.)*)

Ew. Excellenz

geehrtes Schreiben mit der Einlage von Herrn von Schele habe ich gestern über Köln erhalten. 1852 ? 2.

Der ehemalige Oldenburgische Staatsrath Dr. Fischer, welcher Eurer Excellenz als Verfasser mehrer politischer Schriften bekannt sein dürfte, lebt jetzt hier und beschäftigt sich unter Anderen mit Bearbeitung von Eingaben für die Rechte der Standesherrn. Theils hierdurch, theils durch andre ältere Beziehungen ist er in Verbindung mit mehren Mitgliedern der altconservativen Parthei in Oestreich getreten, namentlich mit dem Fürsten Windischgrätz und dem Grafen Wurmbrandt, von welchen beiden er Briefe vorlegte. Er betrachtet den Fürsten Windischgrätz als das Haupt der genannten Parthei in Oestreich und als den Candidaten derselben für die Nachfolge des Fürsten Schwarzenberg. Unzweifelhaft dürfte es sein, daß der Fürst Windischgrätz sich eines großen Ansehns bei allen conservativen Gegnern des jetzigen Oestreichischen Premier-Ministers erfreut, und aus guten Quellen höre ich, daß die Verbindungen des Fürsten mit dem Kaiser durch Vermittelung der Erzherzogin Sophie lebhafter sind als früher. In einem der Schreiben, die mir der Staatsrath Fischer zeigte, hebt der Fürst Windischgrätz das Bedürfniß der Verständigung mit Preußen besonders hervor, und Herr Fischer ergänzte dazu mündlich, daß seinen Nachrichten zufolge die ungeschickte Rücksichtslosigkeit in Be-

*) Die ungefähre Datirung ergiebt sich aus dem Briefe H. Fischers an Bismarck vom 24. Februar 1852, dem eine auf die Vertheidigungsschrift des Fürsten Windischgrätz bezügliche Denkschrift beigelegt war, Bismarck-Jahrbuch V, 159 ff.

1852
? 2.

handlung der deutschen Angelegenheiten dem Fürsten Schwarzenberg in ähnlicher Weise zum Vorwurf gemacht werde, wie man dem Fürsten Windischgrätz gegenüber das Mißlingen des Ungarischen Feldzugs benutzt, um ihn in den Augen Sr. Majestät des Kaisers als unfähig darzustellen. Ueber seine Operationen in Ungarn hat der Fürst vor Kurzem mit Nennung seines Namens eine Zusammenstellung aus offiziellen Aktenstücken veröffentlichen lassen, um dadurch die ihm gemachten Vorwürfe zu entkräften. Er soll, wie es vollkommen natürlich scheint, dem Urtheil auswärtiger Militärs, namentlich demjenigen Preußischer militärischer Zeitschriften mit besondrer Spannung entgegensehn. Ganz abgesehn von den augenblicklichen politischen Combinationen in Oestreich dürfte es nicht ohne Nutzen sein, den etwaigen Preußischen Sympathien einer unter allen Umständen hervorragenden Persönlichkeit in Oestreich entgegenzukommen. Ich stelle deshalb Eurer Excellenz gehorsamst anheim, entweder durch das Kriegsministerium oder den General von Gerlach dahin mitwirken zu wollen, daß in den militärischen Zeitschriften, von welchen man auswärts einen nahen Zusammenhang mit unsern offiziellen Kreisen anzunehmen pflegt, die Selbstvertheidigung des Fürsten Windischgrätz womöglich eine günstige, jedenfalls eine schonende und wohlwollende Beurtheilung finde.

Die mir vorgelegten Briefe des Grafen Wurmbrandt machten mir den Eindruck, daß der Oestreichische Adel dieser Parthei bisher weniger mit dem Erlangen politischer Bedeutung als mit der Gereiztheit über und mit der Abwehr gegen die ihm zugefügten materiellen Verluste beschäftigt ist.

v. Bismarck.

Anlage.

Graf Wurmbrandt an Staatsrath H. Fischer.

(Abschrift.) Liblin, den 27. Dezember 1851.

Verehrtester Herr Staatsrath!

1851 27. 12.

Ich beeile mich, Ihr Schreiben vom 23. d. M., welches ich soeben erhalten habe, zu beantworten, mache Sie aber im Voraus darauf aufmerksam, daß Sie meine Antwort höchst wahrscheinlich ungenügend finden werden, indem Zoll und Handel auf einem mir ziemlich fremden Felde liegen. Vor allem andern mache ich Sie auch auf meinen Standpunkt aufmerksam. Ich glaube darüber ganz klar und richtig zu sehen, daß ein Kampf zwischen dem beweglichen und unbeweglichen Vermögen besteht. Weil ich konservativ bin, so stehe ich auf Seiten des unbeweglichen Vermögens und wünsche also diesem den Sieg. Welche Mittel zum Siege führen, kann ich nur nach dem beurtheilen, was mir meine fünf gesunden Sinne sagen, eben weil ich kein Kunstverständiger bin. Mein einfacher praktischer Verstand nennt mir nun den Freihandel als Mittel und den Schutzzoll als Weg, um zu diesem Mittel zu gelangen. Es liegt nun auf der Hand, daß die Schutzzölle in fortwährend fallenden Ziffern aufgestellt, und fortwährend in einer und derselben Ziffer auf die größtmöglichste Länderstrecke ausgedehnt werden müssen. In diesem Sinne habe ich der Kreuzzeitung einen Artikel gesandt, welchen sie in No. 60 im Monat März brachte, leider aber mit Bemerkungen versah, die bei uns einen schlechten Eindruck machten und das Mißtrauen erweckten, auch die Konservativen Preußens würden es nicht scheuen, Vorwände vom Himmel zu reißen, wenn sie hierdurch Preußen auf Kosten Oesterreichs mächtiger und größer machen und ihm überhaupt einen Vortheil zuschanzen könnten. Man bemerkte schon damals, daß, wo das specifische Preußenthum anfange, die Legitimität und der deutsche Rechtssinn aufhöre.

1851
27. 12.

Wäre eine Zolleinigung wünschenswerth zwischen Oldenburg und Kroatien, wenn das letztere Land von Deutschen bewohnt wäre, so ist sie es auch, wenn Kroatien von Slaven bewohnt wird, — und ist die Einigung zwischen Oldenburg und dem slavischen Kroatien nicht wünschenswerth, so wäre sie es auch nicht, wenn die Kroaten plötzlich in Brandenburger verwandelt würden.

Ich gestehe Ihnen ganz aufrichtig, daß mir hinter dem Vorgange, welchen Preußen in der Zollfrage einschlägt, eine andere politische zu stecken scheint, nämlich die des Dualismus. Und auch dieser scheint mir in Preußen dahin ausgelegt werden zu wollen, daß ganz Deutschland in Preußen aufgehen soll, mit Ausnahme der deutschen Länder Oesterreichs, welche diesem wenigstens vor der Hand belassen werden sollen.

Es ist möglich, daß eine Zolleinigung mit den Slovaken und Kroaten einen Nachtheil für die politische Haltung Deutschlands nach sich ziehen könnte, wenn Sie unter Deutschland etwas anderes verstehen als ich — wir müssen uns über das, was Deutschland in letzterer Zeit war und künftig werden soll, nur recht klar werden.

Das eigentliche wahre Deutschland hat aufgehört, als es keine einige deutsche Kirche mehr gab. In letzter Zeit fanden wir einen Bund verschiedener Staaten Mitteleuropas unter dem ganz unpassenden und unrichtigen Namen „Deutschland". — Jetzt wünschen wir in Oesterreich ein noch engeres Bündniß, und dieses ausgedehnt auf größere Staaten, jedenfalls auf ganz Oesterreich, und haben des guten Zweckes halber nichts dagegen, daß dieser mitteleuropäische Staatenbund Deutschland genannt werde, wenn dieser Name dazu beiträgt, das Bündniß schnell und dauerhaft zu Stande zu bringen. — Wer in diesem Staatenbunde keine Kroaten will, der will faktisch ganz Oesterreich ausschließen.

Wird nun, unter was immer für plausiblen Vorwänden,

und wenn auch nicht auf einmal, sondern nur nach und nach, Oesterreich faktisch aus Deutschland ausgeschlossen, so wird unter Einem auch dem Katholicismus in Deutschland das Genick gebrochen; und dann wird es nicht schwer werden, die kleineren Staaten mit dem protestantischen Preußen zu verschmelzen.

1851
27. 12.

Ich habe Ihnen nun mit voller Offenheit und mit vollem Vertrauen in Ihre Billigkeit meine Ansicht über die Zolleinigung und über die Politik, welche Preußen hierbei befolgt, bekannt gemacht. Ich kann nicht sagen, daß dies die Ansicht der ganzen Parthei sei, doch wird sie jedenfalls von den hervorragendsten meiner politischen Glaubensgenossen getheilt. Ich bin weit davon entfernt, einem Manne von Ihrer Erfahrung zumuthen zu wollen, daß er unsere Ansicht ohne Weiteres auch zu der seinigen mache; auf Ihre bestimmt gestellte Frage jedoch, ob Sie im Interesse der Oesterreichischen konservativen Parthei wohl daran thun würden, gegen den Oesterreichischen Zollverein Opposition zu machen, muß ich Ihnen mit einem vollkommen bestimmten „Nein!" antworten. — Um jedoch noch sicherer zu gehen, werde ich morgen Ihr Schreiben sammt einer Abschrift meiner Antwort an den Grafen Wolkenstein senden und ihn auffordern, nach Rücksprache mit den dermalen in Wien anwesenden Männern der Parthei selbst zu schreiben, wenn er mit dem, was ich Ihnen geschrieben habe, nicht, oder auch nur theilweise nicht einverstanden sein sollte.

Aus dem bereits Gesagten entnehmen Sie auch, daß ich mit der Ansprache des Fürsten Hohenlohe, namentlich mit dem, was er im zweiten Absatze auf der zweiten Seite sagt, einverstanden sein muß.

23.

Hausminister Graf Anton Stolberg an Bismarck.

Berlin 1. April 1852.

Innig verehrter Freund!

1852
1. 4.

Den heutigen Tag vermag ich nicht vorüber gehen zu lassen, ohne Ihnen nicht ein Wort treuen Segenswunsches ausgesprochen zu haben. Das letzte Jahr hat mir die große Freude gebracht, Ihnen näher stehen zu können, und ich erachte solches als ein mich erfreuendes beglückendes Ergebniß einer ernsten Zeit. Der Schluß dieses Jahres hat jedoch eine Art Weihe über unsere Bekanntschaft herbeigeführt. Ich habe lebendig erkannt, wie nahe Sie mir stehen, wie ich in väterlich brüderlicher Liebe dem Mann angehöre, dessen Bestrebungen ich seit dem Jahre 1847 mit wahrer Hochachtung gefolgt bin.

Ich bin bereits alt und nach keiner Richtung hin so ringfertig, als ich es sein möchte, demungeachtet schlägt noch ein jugendlich Herz in der alten Brust, und ich habe Ihre Erhaltung in dem kürzlichen Zweikampf*) als eines der glücklichsten Ereignisse meines Lebens begrüßt. Der alte Mann reicht dem jungen ritterlichen Kämpen beim Beginn des neuen Lebensjahres in tiefer innerer Bewegung die Freundeshand auf Leben und Tod und bittet Gott den Herrn, daß Sein Segen auf Ihnen und Ihrer prächtigen Gemahlin und Ihren Kindern ruhen und der aus Seinem heiligen Wort strahlende unbedingte Glaube Sie bis zum Schluß Ihrer Erdenlaufbahn zu Seiner Ehre durchglühen möge.

Empfangen Sie auch meinen Dank für alles, was Sie

*) Mit G. v. Vincke.

und Ihre theure Gemahlin bewußt und unbewußt an Theodor*) thun. 1852 1. 4.

In treuer Freundschaft bis zum letzten Herzensschlag.

Anton Stolberg.

24.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

sage ich zwei ganz vertrauliche Worte zu der heutigen Expedition. 1852 4. 4.

Ich halte den Weg, den der König betreten will, für sehr bedenklich.

1. läßt Rußland wie mir genau bekannt ist die Theilnahme des Bundes**) als Großmacht schon aus dem Grunde nicht zu, weil auf diese Weise Oestreich und Preußen doppelt figuriren.

2. kann Preußen damit gar nicht gedient sein, denn während Oestreich außer dem Bunde doch immer noch Großmacht bleibt, ist dies bei Preußen nicht der Fall, wenigstens nicht in gleichem Maaße.

3. halte ich es bei allem deutschen Patriotismus nicht ersprießlich, daß wir in Dingen, wo wir uns auf unsere eigene Hand zur Geltung bringen können, uns von Oldenburg und Coburg Lectionen geben lassen; wegen des ad 2 angedeuteten Verhältnisses trifft dies Preußen wiederum schlimmer als Oestreich.

4. wird Oestreich gegen Rußlands Willen auf den Vorschlag gewiß nicht eingehen, uns also ablaufen lassen, und es wird dann heißen, die deutschen Sachen werden doch in Wien entschieden.

---

*) Graf Th. Stolberg, Attaché bei der Bundestagsgesandtschaft.
**) An den Londoner Conferenzen.

1852 4. 4. 5. wird Fürst Schwarzenberg, wie er das sehr gut versteht, seine Bereitwilligkeit dem Russischen Rathe zu folgen und unsern Vorschlag zu verwerfen, gehörig bei allen andern Cabinetten moussiren lassen.

6. halte ich es wirklich auch für Deutschland nicht gut, wenn man den Kleinen solche Dinge zur Entscheidung unterbreitet und ihnen Großmachtsgelüste beibringt, mit denen Frankreich vortrefflich gedient ist.

Dieß sind meine Bedenken, die ich auch wiewohl fruchtlos Sr. Majestät unterbreitet habe. Ich schreibe sie Ew. Hochwohlgeboren aus zwei Gründen:

1. damit Sie die Güte haben, meine Ansicht zu berichtigen, wenn Sie sie nicht theilen, oder

2. damit Sie, wenn Sie meiner Ansicht beitreten, meine Gründe kennen. Ew. Hochwohlgeboren mögen diese Gründe, wenn Sie damit einverstanden sind, in Ihrem Berichte immer reproduciren, damit die Sache Farbe hat, aber das, worauf es mir eigentlich ankommt, sind nicht solche allgemeine, sondern speciell aus den dortigen Verhältnissen entnommene Gründe. Diese werden hier auch mehr Effect machen.

Hochachtungsvoll, aber sehr eilig

B. 4/4. 52. Manteuffel*).

25.

Graf v. Nostitz an Bismarck.

Hannover den 6ten Apr. 1852.

Mein verehrter Freund

1852 6. 4. In der Ueberzeugung, daß es für Sie von Interesse sein wird, die Antwort des hiesigen Gouvernements auf die Oester-

*) Vgl. Bismarcks Schreiben vom 6./7. April 1852, Preußen im Bundestag I, No. 64 S. 89 ff., und das Privatschreiben Bd. IV, No. 26 S. 64 f.

reichischen Anträge zu kennen, sende ich Ihnen dieselbe in beiliegender Abschrift. 1852 6. 4.

Der plötzliche Tod des Fürsten von Schwarzenberg*) ist ein für ganz Europa, namentlich aber für Preußen höchst wichtiges Ereigniß, ich hoffe, man wird den Vortheil daraus ziehen, welchen es der preußischen Politik darbietet, und würde es nur tief beklagen können, wenn es anders sein sollte.

Hier geht es in Beziehung auf uns gut; die zerrütteten Verhältnisse im Ministerium selbst sind noch nicht geändert; eine Entscheidung kann nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Nächstens werde ich Ihnen die Ansichten des Herrn v. Schele in Betreff der Mitwirkung des Bundes für ein allgemeines Preßgesetz mittheilen.

Mit wahrer Hochschätzung und Freundschaft

Graf v. Nostitz.

26.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Telegraphische Depesche.

Aufgegeben in Berlin den 14. April 1852 12 Uhr 10 Min. Nachm.
Angekommen in Frankfurt den 14. April 1852 12 Uhr 35 Min. Nachm.

Von dem vorläufigen Privatschreiben vom 6. u. 7. d. M.**) über die Londoner Convention habe ich mit Hoffnung auf Erfolg den bewußten Gebrauch gemacht. Ich bitte nunmehr den vorbehaltenen amtlichen Bericht bald zu erstatten. 1852 14. 4.

Manteuffel***).

---

*) 4. April 1852.

**) S. o. S. 52 Anm. *).

***) Der amtliche Bericht vom 15. April ist noch nicht veröffentlicht worden, Concept ist nicht vorhanden.

27.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Telegraphische Depesche.

Abgegangen in Berlin den 15. April 1852 8 Uhr 37 Min. Vorm.
Angekommen in Frankfurt den 15. April 1852 9 Uhr 34 Min. Vorm.

1852 15. 4. Antwort auf die gestern Abend spät hier eingegangene Anfrage vom 14. d. M.*).

Ich habe bei dem Hintritt des Fürsten Schwarzenberg keine Gelegenheit vorübergehen lassen die großen Verdienste des Fürsten schriftlich und mündlich anzuerkennen, und ich habe dies sowohl in Gemäßheit der Befehle Seiner Majestät als in Folge eigner Ueberzeugung gethan. Daß Ew. Hochwohlgeboren aber, persönlich dem Fürsten fremd und Protestant, in amtlicher Eigenschaft der Seelmesse beiwohnen, scheint mir nicht angemessen. In dieser meiner Ansicht soll indeß keine Weisung für Sie liegen, sofern die Feier den Charakter der Privatbetheiligung zuläßt.

Manteuffel.

28.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1852 15. 4. übersende ich in der Anlage die gewünschte Abschrift des Briefs**), für welchen ich Ihnen sehr dankbar bin und welcher auch seinen Effect nicht verfehlt hat; der offizielle Bericht, um dessen Erstattung ich Sie ersucht habe, wird hoffentlich die Sache vollständig in Ordnung bringen. Sie ist m. E. für Preußens

---

*) Preußen im Bundestag I, No. 66 S. 94.
**) Vom 6./7. April.

Weltstellung nicht so unwichtig als man versucht sein möchte zu glauben; überdieß liegt mir daran, sie vor des Kaisers *) Ankunft erledigt zu sehn, und die täglichen Mahnungen von Budberg, Bloomfield und Bille-Brahe **) werden mir sehr lästig. 1852 15. 4.

Unsern Zollvereins-Congreß ***) werde ich wahrscheinlich erst Montag eröffnen; die Herren sind mit ihrer Ankunft etwas säumig gewesen, und ich will mich nun auch nicht zu sehr empressiren. Ich habe übrigens guten Muth; nur dürfen wir nicht schwanken. Der König, der noch vor wenig Tagen die Idee hatte, eine besondere Verhandlung in Wien einzuleiten, ist jetzt ganz correct und fast zu präcipitant; er sagte mir gestern, ich möge gleich von Anfang erklären, Preußen liege an der ganzen Geschichte nichts, wir hätten deshalb die vollständige Auflösung des Vereins vorbereitet und bäten jeden, der wollte, seiner Wege zu gehen. Das kann in einem späteren Stadium nützlich und nothwendig werden, zu Anfang scheint mir der Tabak aber zu stark, namentlich auch mit Rücksicht auf Hannover, welches ja aus Furcht vor Preußens Präpotenz so gern Baiern conserviren möchte, wiewohl die beiderseitigen Interessen schnurstracks entgegengesetzt sind.

Wir werden in Gemeinschaft mit Hannover starke Ermäßigung der Eisenzölle proponiren, was ich für sehr richtig und im Interesse unseres Schiffbaues und unserer Agricultur halte; freilich wird das in Süddeutschland Geschrei und in Oberschlesien Lamento erregen, darauf kann es aber nicht ankommen. Aus Baiern wird mir aus guter Quelle gemeldet, der König habe für alle möglichen Fanfaronaden Herrn v. d. Pfordten

*) Von Rußland.

**) Russischer, englischer, dänischer Gesandter am Berliner Hof.

***) Preußen hatte auf den April 1852 die sämmtlichen Zollvereinsstaaten zu einer Conferenz eingeladen, um auf Grund des mit Hannover abgeschlossenen Vertrags vom 7. September 1851 die Erneuerung des Zollvereins für den 1. Januar 1854 vorzubereiten; Weber a. a. O. S. 309 ff.

1852 15. 4. carte blanche gegeben, aber sei entschlossen, unter keinen Umständen aus dem Zollverein zu treten.

Nächsten Montag beginnt nun unser Kammer-Vergnügen wieder. Proh dolor! Ob und wann Sie kommen wollen, bleibt Ihnen überlassen. Sollte Noth an den Mann gehen, so erlaube ich mir zu telegraphiren.

Der König sagte mir neulich, er wünsche, daß Sie hier mit Graf Nesselrode zusammenträfen. Dieß halte ich allerdings auch für wichtig. Ich behalte mir vor, Sie von dem Tage seiner Ankunft zu unterrichten. Vorläufig steht fest, daß die Kaiserin am 9. oder 10. Mai kommt; der Kaiser wollte später eintreffen, wird aber wahrscheinlich gar nicht kommen, wenn man nicht vorher die Kammern zu Hause schickt. Nesselrodes Ankunft war auf den 5. Mai angesagt; jetzt höre ich, daß er wahrscheinlich erst mit dem Kaiser kommen wird. Rochow ist gestern früh hier angekommen, sehr wohl und frisch.

Meine Frau grüßt, und ich verharre mit ausgezeichneter Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren ganz ergebener

Diener u. Freund

Berlin, 15. April 1852. Manteuffel*).

29.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1852 20. 4. den pp. Weck**) betreffende Zuschrift habe ich an den Minister des Innern gelangen lassen, und behalte mir weitere

*) Bismarcks Antwort vom 18. April 1852 s. Preußen im Bundestag IV, No. 28 S. 69 f.

**) Ein Kaufmann aus Breslau, der sich schon 1851 dem Vertreter des preußischen Ministerresidenten bei der Stadt Frankfurt, Legations-

Mittheilungen darüber vor. Vorläufig aber erlaube ich mir zu bemerken, daß der pp. Weck mir persönlich bekannt und ein höchst unzuverlässiger Mensch ist, der mir durch versprochene Enthüllungen mehrfach Geld abgepreßt und gar nichts geleistet hat. Später hat er in London Paris Carlsruhe sich auf mich bezogen, auch wohl gedroht, er werde mein Verhältniß zu ihm veröffentlichen, was ich ruhig abgewartet habe, da er gar nichts von mir in Händen hat und nur allenfalls die nicht bestrittene Thatsache nachweisen könnte, daß ich von ihm wie von manchem Andern angeführt bin. Herrn von Glinka *) dürfte daher äußerste Vorsicht anzuempfehlen sein. Daß Weck Briefe von andern Gesandten besitzt, mag wahr sein, denn er hat sich an viele angedrängt, um Geld zu erhalten und ist ebenso zugänglich für Preußische Thaler wie für Rubel und Zwanziger und besitzt, wenn man sich einmal mit ihm eingelassen hat, eine klettenhafte Anhänglichkeit.

1852 20. 4.

Meine Eröffnungs-Rede von gestern **) werden Sie schon erhalten haben; der König war ungehalten darüber, indem er sie viel zu schwach fand. Ew. Hochwohlgeboren wissen, aus welchen Gründen ich sie mäßig gehalten habe; unnütze Vorbehalte aber wie der, den der König wollte, daß wir nämlich austreten wollten, erachte ich nicht für einen Beweis von Kraft. Daß man, nachdem die Kündigung erfolgt ist, austreten kann, versteht sich von selbst. Daß Oestreich und die Wiener Conferenzen gar nicht erwähnt, halte ich doch für ziemlich stark. Jetzt geht die Sache langsam an, und wenn nichts besonderes geschieht oder versehen wird, soll es mit Gottes Hülfe gut gehn.

(† Bunsen hetzt den König immer mehr in die Pairie hin-

---

rath Graf R. v. d. Goltz, zur Ueberwachung der Demokraten in Frankfurt angeboten hatte, vgl. v. Poschinger, Manteuffels Denkwürdigkeiten I, 375.

*) Russischer Vertreter am Bundestag.

**) S. dieselbe in Manteuffels Denkwürdigkeiten II, 109 f.

1852 20. 4. ein. Er behauptet, die größten Staats-Männer in England glaubten, daß in wenigen Jahren der Continent in zwei Theile zerfallen würde: a) protestantische Staaten mit constitutionellem System getragen von den Säulen der Pairie, b) katholisch-jesuitisch-demokratisch-absolutistische Staaten. In die letzte Kategorie stellt er Oestreich, Frankreich und Rußland. Ich halte das für ganz falsch. Solche Kategorien giebt es gar nicht. Jeder Staat hat seinen eigenen Entwicklungs Gang. Friedrich Wilhelm I. war weder katholisch noch demokratisch und doch absolut. Aber dergl. Dinge machen großen Eindruck auf Se. Majestät. Das constitutionelle System, welches die Majoritäten Herrschaft proclamirt, halte ich für nichts weniger als protestantisch †)*).

Meine Frau grüßt und hält Ihnen Ihr Zimmer bereit. Schreiben Sie mir bald einmal; da Sie bei der Ersten Kammer Frage beschäftigt sein wollen, so wünsche ich schriftliche Mittheilungen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ergebener Diener und Freund

B. 20/4. 52. Manteuffel.

30.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1852 21. 4. sende ich in der Anlage einen mir zur Beförderung gegebenen Brief Sr. Majestät. Ich kenne den Inhalt nicht, vermuthe

*) Von († bis †) in G. u. E. I, 139 nach einer Abschrift, hier berichtigt nach dem Original.

denselben aber. Gestern Abend nämlich sagte mir der König, ich solle Sie doch zu der Verhandlung über die Pairie-Bildung hieher bescheiden, da Sie sich ihm gegenüber so ganz correct und in seinem Sinne ausgesprochen hätten. Als ich einige Bedenken vorbrachte, sagte S. Majestät, Sie wüßten wohl, daß Ew. Hochwohlgeboren bei dieser Gelegenheit nicht gern kommen wollten, es könne aber nichts helfen, und brach das Gespräch ab.

1852
21. 4.

Welchen Verlauf die Sache nehmen wird, läßt sich noch gar nicht übersehen. Die Sachen nehmen hier übrigens einen eigenthümlichen Verlauf. Die erste Kammer ist in letzter Zeit zweimal Beschluß-unfähig gewesen und sie wird wohl kaum noch lange zusammen zu halten sein.

Gestern nach meinem Vortrag sagte mir der König, ich möchte doch noch zu dem eben beginnenden Concerte gegenwärtig bleiben. Mit Rücksicht darauf, daß ich derartige Einladungen schon mehrmals zurückgewiesen, that ich es. Ich fand eine Gesellschaft, die fast nur aus Familienmitgliedern und den Radziwillschen Herrschaften bestand; nur zwei Fremde waren zugegen: Graf Fürstenberg und Herr von Bethmann-Hollweg. Acht Tage zuvor hatte mir der König gesagt, daß er mit letzterem nach seinen Abstimmungen auf dem kirchlichen Gebiete gründlichst und für immer zerfallen sei.

Was soll man davon denken?

Dabei Willkürlichkeiten, schlechteste Laune u. s. w., so daß ich es vollständig satt habe.

Durch eine ganz zuverlässige Quelle habe ich den Text der Darmstädter Verabredungen. Der Kern ist: die Staaten verpflichten sich bis zum 1ten Januar 1853 mit Preußen keinen neuen Vertrag ohne Oestreich zu machen; letzteres verpflichtet sich dagegen bis dahin an sein Anerbieten, ihnen die Zoll-Revenuen zu gewährleisten, gebunden zu

1852 21. 4. sein *). Intriguen und Feigheit sind also die leitenden Gedanken!

Mit ausgezeichneter Hochachtung
Ew. Hochwohlgeboren
ganz ergebener Freund und Diener
Berlin d. 21ten April 1852. Manteuffel.

Sollten Sie kommen, so bitte ich um telegraphische Nachrichten. M.

31.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Telegraphische Depesche.

Abgegangen in Berlin den 22. April 1852 7 Uhr 55 Min. Nachm.
Angekommen in Frankfurt den 22. April 1852 9 Uhr 22 Min. Nachm.

1852 22. 4. Am Sonnabend den 24. April beginnt die Berathung der 2. Kammer über Bildung der ersten Kammer.

Manteuffel**).

32.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Telegraphische Depesche.

Aufgegeben in Berlin den 24. April 1852 10 Uhr 13 Min. Vorm.
Angekommen in Frankfurt a/M. den 24. April 1852 10 Uhr 47 Min. Vorm.

1852 24. 4. Die Berathung der zweiten Kammer über das Gesetz wegen

*) Ueber die Conferenz der mittelstaatlichen Minister in Darmstadt vgl. W. Weber a. a. O. S. 304 ff.

**) Antwort im Schreiben Bismarcks vom 23. April 1852, s. Preußen im Bundestag IV, No. 29 S. 70 ff.

Bildung der ersten Kammer beginnt heute noch nicht, vielmehr erst nächsten Montag oder Dienstag. 1852 24. 4.

Darüber, ob Ew. Hochwohlgeboren kommen, erbitte ich mir Benachrichtigung.

v. Manteuffel.

33.

Bismarck an Otto v. Manteuffel.

Telegraphische Depesche.

Citissime.

(Sogleich abzusenden.)

Ich soll kommen. Finden Ew. Excellenz nicht in der Augustenburger oder in der Sache des Prinzen Friedrich von Baden, von der mir General Gerlach schrieb*), zwingende Gründe, daß ich hier bleibe? 1852 24. 4.

Frankfurt, den 24. April 1852 Abends 6 Uhr 15. Min.

v. Bismarck.

34.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Telegraphische Depesche.

Aufgegeben in Berlin den 24. April 1852 8 Uhr 55 Min. Nachm.
Angekommen in Frankfurt den 24. April 1852 9 Uhr 15 Min. Nachm.

Nein, ich finde solche Gründe nicht. Die Debatte beginnt Montag den 26. April Mittags 12 Uhr. 1852 24. 4.

Manteuffel.

---

*) Vgl. Brief Leopolds v. Gerlach vom 15. April 1852 im Briefwechsel Gerlachs mit Bismarck, S. 26 ff.

35.

Bismarck an Otto v. Manteuffel.

Citissime. Telegraphische Depesche.

An Herrn von Manteuffel, Excellenz zu

Berlin.

1852 25. 4. Ich hoffe mit den nöthigen Einrichtungen schnell genug fertig zu werden, um heut noch abreisen zu können. Ich würde dann morgen Abend in Berlin eintreffen.

Frankfurt 25. April 1852. Vormittags 10 Uhr.

v. Bismarck.

36.

Karl v. Manteuffel an Bismarck.

(April 1852.)

1852 ? 4. Der Graf Burghausen wird im Einverständniß mit meinem Bruder und dem Ministerium ein Amendement dahin einbringen:

„erfolgt die Bildung der Ersten Kammer durch Königliche Verordnung mit Gesetzeskraft."

Ich bitte nun dafür Sorge zu tragen, daß ein ähnliches Amendement auch von der rechten Seite der 2ten Kammer gestellt werde.

Ihr

Manteuffel.

37.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Telegraphische Depesche.

Aufgegeben in Berlin den 19. Mai 1852 10 Uhr 45 Min. Vorm.
Angekommen in Frankfurt den 19. Mai 1852 11 Uhr 10 Min. Vorm.

1852 19. 5. Ew. Hochwohlgeboren stelle ich anheim, sich, wenn es Ihre Geschäfte erlauben, so einzurichten, daß Sie am nächsten Sonn-

abend oder Sonntag sich hier einfinden, indem das die beste Zeit sein dürfte, Sr. Majestät dem Kaiser*) aufzuwarten. 1852 19. 5.

Ob und wann Sie kommen, bitte ich mir telegraphisch mitzutheilen.

Manteuffel.

38.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

muß ich um Verzeihung bitten, daß ich den anliegenden Brief, der an Sie gerichtet war, erbrochen habe; es ist geschehen, weil er äußerlich als sehr eilig bezeichnet war und ich innerlich die Hand von Herrn von Winzingerode**) erkannte, und glaubte, daß der Innhalt sich auf die Nassau-Darmstädter-Rhein-Differenz, wo es sich jetzt um Gewalt-Maaßregeln handelt, bezöge. 1852 29. 5.

Mit dem Wunsche, daß Sie glücklich angekommen und bald wieder hier sein werden, und mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, den 29ten Mai 1852. Manteuffel.

39.

König Friedrich Wilhelm IV. an Bismarck.

Da Ich Meinem Gesandten in Wien, dem Grafen von Arnim, zur Wiederherstellung seiner Gesundheit einen sechswöchentlichen Urlaub zu bewilligen veranlaßt bin, und die zur Zeit obwaltenden mannigfaltigen Beziehungen mit dem Kaiserlich 1852 8. 6.

*) Von Rußland.

**) Präsident des nassauischen Staatsministeriums.

1852 3. 6. Oesterreichischen Hofe die Vertretung der diesseitigen Interessen durch einen Geschäftsträger nicht gestatten, so habe Ich beschlossen, Ihnen diese einstweilige Vertretung zu übertragen. Ich fordere Sie daher auf Sich, sobald es Ihre dortige Stellung zuläßt, zur Empfangnahme weiterer Instructionen nach Berlin und demnächst nach Wien zu begeben.

Sans-souci den 3. Juni 1852.

(gez.) Friedrich Wilhelm.
Manteuffel.

An den Bundestags-Gesandten, Geheimen Legations-Rath von Bismarck-Schönhausen zu Frankfurt a/M.

40.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1852 14. 6. Schreiben vom 12. d. M.*) habe ich heute früh von einer Reise nach Breslau zurückkehrend empfangen.

Obgleich mit Geschäften überhäuft will ich doch noch heute antworten, weniger um Bescheid auf die Hauptfrage wegen Aushändigung des Schreibens Sr. Majestät zu geben, als um Ihnen einige Notizen über hiesige Verhältnisse mitzutheilen, welche für Ihre dortigen Operationen von Einfluß sein dürften.

Was zunächst Ihre Frage wegen des Briefes**) betrifft, so finde ich mich außer Stande darüber die Befehle des Königs einzuholen, da dieser heute auf der Reise nach Erdmannsdorf von Breslau aus sich befindet und dort 2 Tage mit der Königin von Baiern zubringen wird. Eine schriftliche Anfrage würde

*) Preußen im Bundestag IV, No. 30 u. 31 S. 73 ff.
**) Friedrich Wilhelms IV. an den Kaiser, G. u. E. I, 83 ff.

aber kaum eine Zeit-Ersparniß zur Folge haben und sehr ungelegen kommen. Ich werde also vor dem 18ten d. M., wo ich Se. Majestät hier zurückerwarte, die Bestimmung nicht einholen können; überdieß liegt mir daran dieß persönlich zu thun. Bis dahin kann ich Ew. Hochwohlgeboren nur rathen, nach eigenem Gutdünken zu handeln, indem ich mich im Allgemeinen auf den Rath beschränke, auf der Reise nach Ungarn nicht zu sehr zu bestehen. Ich finde es sehr natürlich, daß der Kaiser Sie in diesem desorganisirten Lande und unter Truppen, die sehr viel zu wünschen übrig lassen, nicht gern sehen will, und ungern gesehen zu werden oder abgewiesen zu sein, ist beides gleich unerwünscht. Andrer Seits scheint mir nach dem Innhalt des Königlichen Schreibens auch eine sichere Beförderung durch Vermittlung nicht bedenklich; vielleicht ist es sogar gut, daß der Kaiser den Brief gelesen hat, bevor er Sie sieht. Ueberhaupt glaube ich, daß zu großes Empressement bei Ihrer Mission zu vermeiden ist. Darüber, was Sie beschlossen, geben Sie mir vielleicht durch den rückkehrenden Expressen Nachricht.

1852
14. 6.

Nun zu unsrer Zoll-Sache. Daß die Oldenburgischen Stände pure acceptirt haben, ist Ihnen bekannt; ich glaube also, daß wir Hannover und Oldenburg nun sicher haben, wenn schon der erstgenannte Staat noch so thut, als habe er noch die Möglichkeit eines Rücktritts*), um uns zur Nachgiebigkeit gegen Oestreich zu bestimmen. Ueberdieß braucht man dort unser Geld, um die leidige neue Organisation, die ein Deficit von 1½ Millionen in Aussicht stellt, durchzuführen.

Vor einigen Tagen war Herr v. Klindworth**) mit seinen Propositionen bei mir. Ich traue dem Mann nicht, halte ihn aber nicht für so schlecht, als man gewöhnlich glaubt; legitimirt war er durch eigenhändigen Brief des Königs von Württem-

*) Vom Vertrag vom 7. September.

**) Württembergischer Staatsrath und geheimer Preßagent.

1852 14. 6. berg*). Seine Propositionen hat er mir in dem Memoire, welches ich unter dem Siegel größter Discretion und (mit der) Bitte baldiger Rücksendung beischließe, (niedergelegt)**). Nach genommener Rücksprache mit Sr. Majestät werde ich morgen ablehnend antworten, und zwar mit folgenden Gründen: 1) könne der König oder sein Minister an den König von W. nicht schreiben, so lange er keinen Gesandten her sende, 2) seien die abzugebenden Versicherungen zwar ganz unverfänglich, aber gerade weil sie von uns wiederholentlich abgegeben seien, würde es den Schein erregen, als habe man es früher nicht ganz ehrlich gemeint, wenn man sie nochmals als Stipulation festsetzen will; 3) würde es eine Beleidigung des Königs von W. sein, wollte man seinen Patriotismus erst anrufen, anstatt vorauszusetzen, daß dieser ihn von selbst zu allem Guten treiben werde; 4) seien die Gegengaben von Württemberg doch gar zu unbestimmt und auf Schrauben gestellt. Ich gedenke dies Alles möglichst selbst einzurichten und dadurch ein gänzliches Abbrechen zu vermeiden.

Ein Schreiben von Winzingerode lege ich ebenfalls s. p. r. bei; ebenso eine Notiz von Philipsborn.

Ew. Hochwohlgeboren wollen daraus entnehmen, daß unsre Dinge gar nicht schlecht stehen.

Nun die Kehrseite: Heute Mittag war Budberg bei mir und sagte — Oestreich werde nicht nachgeben. Herr v. Prokesch habe heute eine seine Leistungen sehr anerkennende Depesche mit der Versicherung, daß man dort auf nichts mehr eingehen werde, erhalten, wir müßten daher auf alles gefaßt sein. Ich erwiederte, das wären wir, und wenn er meine Herzensmeinung als Privatmann wissen wolle, so könnte mir in unserem Interesse nichts Erwünschteres begegnen, als wenn durch vor-

*) König Wilhelm I.

**) Die in Klammern gesetzten Worte sind Ergänzungen des Herausgebers.

läufiges Zerfallen des Zollvereins wir in die unbezahlbare Lage kämen, unsern Tarif nach unserm Gutdünken zu regeln. Das schien ihn sehr zu verdrießen, denn diese Position ist allerdings unangreifbar, daß selbst die Diplomatie dagegen nichts ausrichten kann. Unsere letzte Erklärung vom 7. Juni*) hat in ganz Deutschland Enthusiasmus erregt, und man dringt jetzt nur darauf, daß wir eine kurze Frist zur Annahme unserer Basis oder zum Abbrechen setzen sollen. Damit glaube ich nun noch einige Wochen warten zu sollen. Ueberdieß gehen die Berathungen in der Conferenz ihren Weg, man wird in etwa 14 Tagen, mit dem hannöverschen Vertrage in 8 Wochen ganz fertig sein. Ich bitte nun, daß Ew. Hochwohlgeboren, nachdem Sie einmal die Initiative genommen haben, jetzt das Verhandeln nicht zu sehr suchen, sondern nach Constatirung Ihrer Willfährigkeit es Ihrer Seits an sich kommen lassen. Herrn v. Buol bitte ich auf die neuesten Artikel des „Constitutionnel" aufmerksam zu machen, wo die Darmstädter**) gelobt werden wegen ihrer Hinneigung zu Frankreich.

1852 14. 6.

Sollte Ihnen die Zeit zu lang werden, so können Sie auch einmal fortreisen, doch wird dieß wohl nicht vor der Rückkehr des Kaisers geschehen können. Herr v. Werthern***) hat um Urlaub gebeten; soll ich ihn ertheilen? Noch einige Personal-Bemerkungen. Eine höchst wichtige Person ist Herr Grünne†); ich habe ihn immer als Preußen hier bezeichnen hören; nach Ihren Mittheilungen müßte eine Wandlung mit ihm vorgegangen sein. Er hat großen Einfluß auf den Kaiser, ist klug, verschlossen,

---

*) Daß Preußen die Verhandlung über den Zolleinigungsvertrag mit Oesterreich unbedingt ablehne und erst nach gesicherter Erneuerung des Zollvereins mit Oesterreich wegen eines Handelsvertrags unterhandeln werde, W. Weber a. a. O. 314.

**) S. o. S. 59.

***) Legationssecretär bei der Preußischen Gesandtschaft in Wien.

†) Feldmarschall-Lieutenant und Generaladjutant des Kaisers von Oesterreich.

1852 14. 6. bestimmt; doch glaube ich, daß er zu gewinnen ist; es wäre schon viel werth, wenn er dem Kaiser einmal von unserer Auffassung spräche; ich bin überzeugt, daß dieser sie nicht kennt; man sagt ihm nur von unserer Negative. Graf Platen*) halte ich für sehr preußenfeindlich: ich bitte sich mit ihm sehr vorzusehen; er wünscht Hannovers Rücktritt schon um deshalb, weil er dann ein Junker-Ministerium hofft. Linden**) ist beschränkt und ganz veröstreichert, dabei intrigant und indiscret. Mit dem Verschluß Ihrer Papiere bitte ich äußerst vorsichtig zu sein und das was Sie nicht bei sich tragen zu verbrennen; im Gasthof hat man gewiß Nachschlüssel. Nun Gott befohlen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener und Freund

B. 14/6. 52. Manteuffel.

Nächsten Freitag wird Hinckeldey zu einer Polizei-Conferenz nach Wien kommen; vertrauen Sie ihm nichts an, er ist eitel und schwatzhaft.

41.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1852 15. 6. benachrichtige ich in Verfolg meines gestrigen Schreibens, daß mir zwar auf nicht offiziellem, aber glaubhaftem Wege die Nachricht zugeht, daß Herr v. d. Pfordten***) den Beistand Frank-

---

*) Hannoverscher Gesandter in Wien.

**) Württembergischer Gesandter in Wien.

***) Bayerischer Minister des Königl. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

reichs für die Darmstädter Coalition nachgesucht und dagegen Namens der betheiligten Staaten Neutralität in allen zwischen Frankreich und den beiden deutschen Großmächten eintretenden Collisions-Fällen verheißen hat. Ich hoffe in Besitz eines diesen Vorgang beweisenden Schriftstückes zu gelangen. So lange dieß noch nicht der Fall ist, kann diese Notiz freilich nicht als begründet betrachtet und gebraucht werden; ich habe aber nicht unterlassen wollen, Ew. Hochwohlgeboren davon zu Ihrer Direction Kenntniß zu geben.

1852 15. 6.

Des Königs Majestät kehren morgen, den 16. d. M. Abends hierher zurück.

Hochachtungsvoll

Berlin, d. 15. Juni 1852. Manteuffel.

42.

Résumé d'une conversation (du Cte Nesselrode) avec le Cte de Buol*).

L'Autriche, loin de désirer la dissolution du Zollverein comme résultat des conférences actuellement ouvertes à Berlin, en souhaite au contraire l'extension et la consolidation. Elle voudrait même y voir exercer une influence prépondérante par la Prusse, afin que son action n'y fût point entravée — comme elle l'est actuellement — par le véto de chacun, même des plus petits associés. L'Autriche ne songe pas à disputer la première place à la Prusse dans la direction des intérêts commerciaux de l'Allemagne. Elle ne prétend à rien autre chose qu'à obtenir dès à présent un examen de ses propositions con-

*) Vgl. Bismarcks Bericht an Manteuffel vom 25. Juni 1852, Preußen im Bundestag IV, No. 34 S. 89 ff.

signées dans le projet de traité de commerce Litt. A, et à cet effet elle s'attend à ce que la Prusse lui proposera de s'entendre avec elle sur ce point pendant la durée des négociations ouvertes avec les membres du Zollverein.

Quant au traité d'union commerciale Litt. B. entre le Zollverein et l'Autriche, celle-ci se contentera d'une assurance portant que la Prusse ne s'y oppose pas en principe et qu'elle examinera plus tard, si cette union entre deux groupes commerciaux ne promet pas des avantages réciproques.

L'essentiel pour l'Autriche est de savoir que la Prusse veut de bonne foi et sans arrière-pensée politique, prendre en mûre considération les intérêts matériels engagés dans ces questions.

Les Etats qui se sont fait représenter au Congrès commercial de Vienne croient à la possibilité de réaliser lors du renouvellement du Zollverein les stipulations éventuelles consignées dans la convention A et dans un avenir plus éloigné celles qui font l'objet de la Convention B.

Pourquoi la Prusse veut-elle se refuser à l'examen que lui demande l'Allemagne entière?

Mit Bezug auf dieses résumé ist in dem in der Anmerkung angeführten Bericht die handschriftlich auf der Abschrift des Berichts nach dem Satze „Den Passus .... aufgefaßt" (S. 90, Z. 4 v. u.) nachgetragene Randbemerkung Bismarcks einzufügen:

Herr v. Fonton sagt mir, daß das résumé ꝛc. von Graf Nesselrode in Gegenwart des Grafen Buol geschrieben und von letztrem approbirt worden sei. Er bat mich in Berlin von dieser Sinnesänderung des Grafen Buol, die er durch désaveu des résumé an den Tag lege, nicht zu sprechen.

43.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

bescheinige ich zunächst den Empfang der drei aus Wien an mich gerichteten geehrten Schreiben*). Die beiden letzten habe ich noch zu beantworten. Das mir geneigtest mitgetheilte Schreiben des Herrn v. Schele**) sende ich in der Anlage zurück. Herr v. Budberg, der gestern bei mir war, frug mich, ob ich dieses Schreiben kenne; Ew. Hochwohlgeboren Weisung gemäß und als guter Diplomat verläugnete ich dieß und blieb auch bei dieser Nothlüge, als Herr v. Budberg seine Verwunderung aussprach und bemerkte, daß Herr v. Schele die Vermuthung ausgesprochen habe, es werde mir davon Mittheilung gemacht werden. Ich habe Grund anzunehmen, daß jenes Schreiben einiger Maaßen unter Russischem Dictat geschrieben ist, wenigstens scheint es mir vielfach den Wiederhall des in Ew. Hochwohlgeboren Händen befindlichen résumé, welches Graf Nesselrode mir zugestellt hat***), zu enthalten, wonach Oesterreich die Rolle des bescheiden Bittenden und uns die des spröde Abweisenden zugetheilt wird. Ich darf voraussetzen, daß Ew. Hochwohlgeboren diese Darstellung rectificirt haben. Meiner Seits enthalte ich mich hierauf weiter einzugehen, da Ew. Hochwohlgeboren ja darüber vollständig informirt sind und füge nur hinzu, daß das Oesterreichische Intriguen-Spiel, über welches man doch Herrn v. Schele aufklären sollte, unausgesetzt fortgeht. Die Antwort, welche auf unsere Erklärung vom 7. d. M.

1852 25. 6.

---

*) Vom 15. Juni, Preußen im Bundestag I, No. 76 S. 103 ff., vom 18./19. Juni, vom 22. Juni 1852, ebend. IV, No. 82 u. 83 S. 81 ff. 87 ff.

**) S. Anhang I, 9 ff.

***) S. o. S. 69 f. No. 42.

1852 25. 6. gegeben werden soll, ist in München formulirt worden; sie hat den hiesigen Zollvereins Bevollmächtigten der Darmstädter Coalition vorgelegen, von diesen hat sie indeß Keiner den Preußischen Commissaren, die ihnen immer mit großer Offenheit entgegenkamen, mitgetheilt, wohl aber sind sie mit Herrn v. Prokesch besprochen worden. Die Zoll Bevollmächtigten haben übrigens gegen die Fassung jener Erklärung remonstrirt, da sie ihnen zu scharf schien und man immer mehr zu der Ueberzeugung gelange, daß man hier doch Ernst mache. Herr von Könneritz*), der kürzlich in Hannover gewesen, sagte mir unaufgefordert, er komme von dort mit der Ueberzeugung zurück, daß man in Hannover nicht an die Möglichkeit eines Rücktritts vom September-Vertrage denke, und er werde dies auch in Dresden sagen. So ehrlich also auch Schele sein mag, so ist es doch wohl möglich, daß er aus Liebe zum Frieden ein doppeltes Gesicht und zwar nach beiden Seiten hin ein bedenkliches zeigt. Nach meinen Nachrichten aus Hannover geht es dort recht schwach; in den Kammern sind die Demokraten geradezu die Herrschenden und das Ministerium duldet dieß, so daß je nachgiebiger man jetzt ist, doch zuletzt der coup d'état von diesen oder andern Händen wahrscheinlich durch den Bundestag ausgeführt bevorsteht. Aus Darmstadt habe ich auch Symptome großer Bedenklichkeit vor den Folgen der Coalition. In Summa scheint es mir, daß die Sache jetzt dergestalt auf der Spitze steht, daß es auf Momente des längern Ausharrens ankommt. Deshalb habe ich Ew. Hochwohlgeboren auch das bewußte Nein**) gesandt. Das hindert nicht, daß Sie in der Form so freundlich und eingehend als möglich sind, aber in der Sache allen festen Engagements, auch eigentlichen Ver-

*) Kgl. Sächsischer Gesandter in Wien.

**) Die Depesche, die nur aus dem Worte Nein besteht, ist erhalten; vgl. Bismarcks Brief vom 23. Juni 1852 an die Gattin, S. 345 f. (Ausgabe der Briefe von Fürst H. Bismarck).

handlungen zu entschlüpfen suchen*). Dergleichen würde uns hier und unsern Feinden gegenüber mehr schaden als nützen. Deshalb ist mir auch Ihr Urlaubs-Gesuch nicht unangenehm; nur bitte ich alles zu vermeiden, was Ihre Abreise als einen Bruch könnte erscheinen lassen, und ich möchte anheimstellen auszusprechen, daß die Nachrichten, die Sie aus Frankfurt erhalten hätten, Sie bestimmt hätten, selbst ohne meine Genehmigung wegzugehen. Ich habe übrigens dem König von Ihrem Gesuche gesagt und dessen Einwilligung erhalten. Ueber die Zeit Ihrer Abreise und den Weg, den Sie nehmen wollen, erbitte ich mir eventuell telegraphische Benachrichtigung, und bemerke, daß ich morgen (den 26ten) auf zwei Tage nach der Lausitz gehe, aber am 28ten wieder hier bin. Vielleicht gehe ich dem König entgegen, der am 3. oder 4ten hier wieder eintreffen wird.

1852
25. 6.

So eben erhalte ich das s. p. r. anliegende, von Ihnen bekannter Hand**) geschriebene Schreiben, welches meine Auffassung bestätigt. Ich habe, obwohl ich Rochow nicht für ganz geeignet zu der Mission halte, doch um nur die Sache fest zu machen, sofort an Rochow, der leider in Dresden ist, geschrieben und ihn angewiesen, sich an das Hoflager Sr. Majestät von Württemberg zu begeben, und dahin instruirt, daß er ohne ad specialia zu verhandeln, sich nur ganz generell den Austritt des Königs von W. aus der Coalition gegen die Befreiung von dem drohenden Spion solle stipuliren lassen.

Mit Rücksicht auf die immer mehr zur Entscheidung drängende Sachlage werden wir nun in den nächsten Tagen in der Zoll-Conferenz noch eine Erklärung abgeben, über deren Formulirung wir uns morgen einigen wollen, dahin gehend:

*) S. dazu die Correspondenz Bismarcks mit dem Prinzen von Preußen im ersten Theile des Anhangs.

**) Offenbar von der Hand des Staatsraths v. Klindworth, den Manteuffel für einen Spion zu halten geneigt war.

1852 25. 6. nachdem nunmehr der September Vertrag in den wesentlichsten Punkten durchdiscutirt und angenommen sei, nachdem wir zwei Monate ungeachtet der uns unbekannten Coalitionsbeschlüsse verhandelt hätten, nachdem wir unsere Position bei jeder Gelegenheit bestimmt und unzweifelhaft ausgesprochen, könnten wir mit Rücksicht auf die Interessen unseres Landes die bisherige Ungewißheit nicht fortbestehen lassen, wir müßten daher wissen, wer auf unserem Standpunkt stehe, und wer nicht; mit letzteren würden wir nicht ferner verhandeln. Oesterreichs soll in dieser Erklärung mit keinem Worte gedacht und überhaupt alles Verletzende vermieden werden. Es ist dabei die Absicht, zu vermeiden, daß wir nicht durch Beantwortung unserer letzten Erklärung in einen advocatischen Schriftwechsel hinein kommen. Vor der Hand soll auch noch keine Frist gesetzt, eine solche vielmehr als ferneres Zwangsmittel vorbehalten werden. Diese Erklärung wird etwa nächsten Mittwoch abgegeben werden.

Ich hoffe, daß Ew. Hochwohlgeboren aus dieser sehr confusen und mit ganz ermüdeter und verlahmter Hand geschriebenen Auseinandersetzung doch den Stand der Sache zu entnehmen vermögen werden; was an Instructionen fehlt, das werden Sie selbst Sich ergänzen. Sollte man Sie zu sehr zum Verhandeln drängen, so daß Sie ohne zu verletzen nicht ausweichen können, so bitte ich, Sich Frist zur Instructions-Einholung zu erbitten, dann wird man ja weiter sehen.

Meine Frau grüßt Sie und ich verharre mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren
ganz ergeb. Diener und
Freund

Berlin, d. 25ten Juni 1852. Manteuffel*).

---

*) Bismarcks Antwort vom ? Juli 1852 s. Preußen im Bundestag IV, No. 35 S. 92 ff.

44.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

sende ich in der Anlage Abschrift eines von Graf Buol an mich gerichteten Antwortschreibens. Abgesehen von dem freundlichen Ton, in welchem das Schreiben abgefaßt ist und wofür ich dem Herrn Verfasser sehr dankbar bin, tritt die Verschiedenheit des beiderseitigen Standpunkts darin leider sehr bestimmt hervor. Wir läugnen eine politische Seite des Zoll-Vereins durchaus nicht, wir würden dessen Auflösung gerade auch aus politischen Gründen um deshalb beklagen, weil wir daraus die Störung wesentlicher materieller Vortheile und darausfolgend Mißbehagen der Bevölkerung als nothwendige Consequenz hervorgehen sehen zu müssen glauben, allein wir sehen die politischen Folgen des Zoll-Vereins als sich von selbst ergebende aus dem freien Zusammentreten homogener Staaten an; wir wollen natürlichen und gegebenen Verhältnissen einen sachgemäßen Ausdruck durch selbstständige Vereinbarung der Regierungen geben. Dieß ist die Entstehung und der bisherige Charakter des Zollvereins gewesen. Oesterreichischer Seits wird die Sache ganz anders aufgefaßt. Man stellt den politischen Zweck an die Spitze, und die materiellen Interessen müssen sich diesem Zweck unterordnen, deshalb werden Opfer verlangt und freilich auch angeboten. Indeß wenn man auf diesem Wege auch die heterogensten Theile zusammenschmieden kann, so wird man doch entweder nichts Dauerndes erzielen oder einen Zwang anwenden müssen, welcher nichts weniger als Befriedigung zur Folge haben könnte. Grade um einen solchen Zwang zu vermeiden, enthält die Bundesacte schützende Bestimmungen, und ich bezweifle, daß man die Bundes-Verfassung den deutschen Stämmen angenehm machen dürfte, wenn

1852
26. 6.

1852 26. 6. man diese Bestimmungen formell beseitigen oder thatsächlich außer Augen setzen wollte. Ich würde, wenn ich auch ganz von dem Standpunkt Preußens, welches sich einen solchen Zwang nicht wird gefallen lassen können, absehe, niemals zu einem derartigen Schritte rathen; es würde dann vorzuziehen sein, die Selbstständigkeit der einzelnen Staaten überhaupt aufzuheben; dann würde wenigstens die Nothwendigkeit dem Zwange sich zu fügen, rechtlich nicht in Frage gestellt werden können.

Ew. Hochwohlgeboren erlaube ich mir, diese Bemerkungen ganz vertraulich mitzutheilen, und ich stelle Ihnen anheim davon in Ihren Unterredungen mit Graf Buol den geeigneten Gebrauch zu machen. Daß ich Ew. Hochwohlgeboren das Schreiben des Grafen Buol mitgetheilt habe und daß diese Bemerkungen durch dasselbe hervorgerufen worden, wollen Sie indeß unerwähnt lassen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung
Ew. Hochwohlgeboren
ganz ergebener Diener
Berlin, d. 26ten Juni 1852. Manteuffel*).

Anlage.

Graf Buol an Minister v. Manteuffel.

Ew. Excellenz

1852 21. 6. haben mich durch das sehr geehrte Schreiben vom 6. d. M., welches ich durch Herrn von Bismarck zu erhalten das Vergnügen hatte, zu dem lebhaftesten Danke verpflichtet. Diesen glaube ich nicht besser bethätigen zu können, als indem ich mir erlaube, dasselbe mit der größten Offenheit zu beantworten.

Ew. Excellenz muß ich vor allem bitten versichert zu sein,

*) Die Antwort auf dieses Schreiben enthält Bismarcks Brief von Anfang Juli, s. o. S. 74 Anm.

daß die Sendung eines so ausgezeichneten und mit dem vollen Vertrauen seines Königs beehrten Staatsmannes sowohl, als auch die freundlichen Worte, deren Ueberbringer er war, hier nur recht aufrichtig gewürdigt werden konnten. Dabei aber darf ich nicht bergen, daß die gleichzeitig von ihm mitgetheilte jüngste Erklärung an die zu Berlin tagenden Zollvereinsmitglieder und insonders die darin ausgesprochene Ablehnung der von den vorzüglichsten deutschen Regierungen projectirten Zolleinigung mit Oesterreich uns weniger angenehm berühren mußte.

1852 21. 6.

Haben wir schon innig bedauert, daß die k. preußische Regierung an den Wiener Verhandlungen, in welchen wir ihr so gern das leitende Gewicht eingeräumt hätten, an welches es durch die in langer Praxis erworbene Erfahrung vollen Anspruch hat, sich nicht betheiligen wollte, so müssen wir in dem jetzigen Stadio beklagen, daß nach den freundlichen Mittheilungen, die von dem Ergebnisse dieser Verhandlungen nach Berlin gemacht wurden, Preußen immer noch darauf beharren zu müssen glaubt, sich gegen das angebahnte Project einer Zoll-Einigung mit einer Bestimmtheit auszusprechen, die freilich eine Verständigung vorerst nicht zuläßt.

Allerdings ist der von Ew. Excellenz als ein Mittel zur Verständigung angedeutete Weg — nämlich sich vorerst über die Grundlagen zu einigen und daran rückwirkende Besprechungen anzuschließen, an sich zulässig und praktisch. Die Schwierigkeit aber läge in der, wie es mir scheint, daran geknüpften Bedingniß einer vorhergehenden Umgestaltung und Erweiterung des Zoll-Vereins, und leider haben meine Gespräche mit Herrn v. Bismarck mir über diesen Punkt keine beruhigende Aufklärung gegeben. Es will uns bedünken, daß bei der von den bedeutendsten Zollvereinsstaaten ausgesprochenen Ansicht die Realisirung dieses Projectes auf wesentliche Hindernisse stoßen würde und daß die vorausgehende Festsetzung des Prinzips der Einigung mit Oesterreich weit eher die Verstän-

1852 21. 6. digung über die in Folge des September-Vertrages einzutreten habende Erneuerung und Erweiterung des Zoll-Vereins fördern würde.

Blos auf diese Art wäre es uns möglich, unsern Einfluß auf unsere Verbündeten zum Behufe einer allseitigen Befriedigung geltend zu machen, während in der bisherigen Gestaltung der Frage ihre Lösung ebenso wenig in dem Bereiche unserer Kräfte liegt, als wir uns berufen fühlen können, auf die Ansichten der mit uns gleichgesinnten Regierungen in einem Sinne einzuwirken, der uns nicht zweckförderlich erscheint.

Noch eine Bemerkung muß ich mir erlauben Ihrer Beherzigung zu empfehlen. Ew. Excellenz sagen, daß Preußen nur einen geringen Werth auf die Fortdauer des Zoll-Vereins namentlich vom finanziellen Standpunkte aus zu legen berufen sey. — So wenig wir nun im Stande sind, in letzterer Beziehung uns ein vollgültiges Urtheil zu erlauben, so muß ich jedenfalls bedauern, daß von einem allgemeinen Standpunkte aus unsere Ansichten mit den Ihrigen nicht zusammen stimmen. Wir glauben nämlich auf den Fortgang und die Erweiterung des Institutes vielmehr einen großen Werth legen zu müssen, soweit freilich damit nicht unsere Ausschließung gemeint ist, und wir verlangen nichts besser als dieses Gefühl durch die That beweisen zu können. Dabei gehen wir allerdings so wenig vom finanziellen Gesichtspunkte aus, daß wir selbst bereit wären, pecuniäre Opfer zur Erreichung dieses Zweckes nicht zu scheuen. Wir glauben nämlich, daß der politische Karakter von dem Institute einmal nicht zu trennen ist und legen eben in Betracht der politischen Consequenzen einen so großen Werth auf seine Erhaltung. Wir sind überzeugt, daß das Verhältniß zwischen Oesterreich und Preußen kein geregeltes sein kann, daß Deutschland seinen Beruf in der Politik nicht ausfüllen wird, sobald eine der beiden deutschen Großmächte, sei es nun Oesterreich oder Preußen — neben dem

Bunde stehen wird. Die Anerkennung aber des Ausspruches, daß Deutschland mit Oesterreich in keine Zolleinigung treten darf, würde eine solche Consequenz früh oder spät nach sich ziehen. — Als weitere unerläßliche Folge einer so unnatürlichen Stellung würde die Zerrüttung aller sozialen und politischen Lagen nicht ausbleiben. Dieses Ergebniß aber zu verhindern, scheint mir die Aufgabe und der Beruf der beiden Großmächte, und es dürfte eben die Lösung dieser Handelsfrage ihnen hierzu das vornehmste und naheliegendste Mittel biethen.

1852 21. 6.

Mögen die Fachmänner auf der einen Seite sich sanguinische Hoffnungen machen oder auf der andern zu ernste Besorgnisse daran knüpfen — hierüber kann man streiten und Zweifel hegen. — Uns aber kommt wohl vor allem andern zu, den politischen Standpunkt ins Auge zu fassen und insonders zu beherzigen, daß, wo Oesterreich und Preußen nicht vereint und von demselben Standpunkte aus wirken, nichts haltbares in Deutschland zusammen kömmt. In dieser Richtung eifrig und aufrichtig mitzuwirken wird das Kaiserliche Kabinet stets bereit sein, und es hofft noch immer sich dabei mit Preußen zu begegnen. Sollten wir uns aber hierin täuschen, sollte Preußen das vorliegende Werk ohne Oesterreich vollbringen und die materielle Spaltung verlängern wollen oder selbst keinen Werth auf die Forterhaltung eines Institutes legen, das sich seit einer Reihe von Jahren bereits als so heilbringend bewährte, dann freilich würde auch die politische Einigung bedroht sein und auch wir — außer Stande den Zoll-Verein zu halten, — nunmehr die zu gewärtigenden Zwischenfälle abzuwarten und aufrichtig zu wünschen vermögen, daß die Gefahren von Deutschland möglichst lange abgewendet bleiben, die ein fortgesetzt widerstrebender Gang der beiden Großmächte naturgemäß im Gefolge haben muß.

Ich werde es als einen mir überaus schätzbaren Theil aus der Verlassenschaft des verewigten und unvergeßlichen Fürsten

1852 21. 6. von Schwarzenberg ansehen, wenn Ew. Excellenz mir dasselbe Vertrauen und in Folge hiervon dieselbe Gelegenheit zu vertraulichen Mittheilungen gewähren wollen, deren sich der verstorbene Ministerpräsident zu erfreuen hatte.

Der unbescheidene Umfang dieses Schreibens dürfte selbst Zeugniß ablegen, wie zuversichtlich ich darauf zähle, daß den Intentionen, die meine Feder geleitet, Gerechtigkeit geleistet wird.

Mit aufrichtiger Verehrung

Ew. Excellenz

ganz ergebenster Diener

Wien den 21. Juny 1852. Graf Buol.

45.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

1852 6. 7. Vermittelst einer am heutigen Tage, morgens 7½ Uhr abgegangenen telegraphischen Depesche habe ich Ew. Hochwohlgeboren davon in Kenntniß gesetzt, daß der von Ihnen gewünschte Urlaub bewilligt wird. —

Da es möglich ist, daß die gedachte Depesche erst nach Ihrer Abreise von Wien dort eingetroffen, so habe ich nicht unterlassen wollen, hiervon Ew. Hochwohlgeboren nochmals zu benachrichtigen.

Berlin, den 6. July 1852.

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten

Manteuffel.

An

den Kgl. außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Herrn v. Bismarck-Schönhausen

zur Zeit in

Halle

Hôtel des Thüringer Bahnhofs.

46.

Graf Platen an Bismarck.

Verehrtester Freund und Gönner,

Kurz nach Ihrer Abreise habe ich mich zum Grafen Buol begeben, um von ihm zu erfahren, warum er mit Ihnen über meinen Vermittelungsvorschlag zu reden vermieden hat. Graf Buol theilte mir mit großer Offenheit die Motive mit, welche ihn von einem weiteren Eingehen in die Zoll- und Handelseinigungsfrage abgehalten haben. Zuvörderst bemerkte er, wie er jede Verhandlung ohne Zuziehung der Darmstädter Coalition sorgfältig vermeiden müsse, um dieser nicht ombrage zu geben. Sodann glaubte er bestimmte Anträge von Seiten der Preußischen Regierung abwarten zu müssen, ehe er sich auf irgend eine Art von Besprechung einlassen könne. Ich stellte ihm hierauf die positive Frage, ob er meinen Vermittelungs-Vorschlag, falls er in Form von Anträgen von der Preußischen Regierung hiehergebracht würde, für geeignet halte als Basis zu demnächstigen Verhandlungen zu dienen. Er erwiederte mir hierauf, wie er seiner persönlichen Ansicht nach eine Verständigung auf dieser Basis für möglich halte, vorausgesetzt jedoch, daß die Coalitionsstaaten mit zu den Verhandlungen gezogen würden. Ich schlug ihm darauf folgenden Weg vor: Ich sei bereit, meinen Vermittelungs-Vorschlag den hier accreditirten Repräsentanten der Coalitionsstaaten mit der Bitte mitzutheilen, in Bezug auf denselben Instructionen von ihren respectiven Höfen einzuholen. Zugleich wolle ich Sie ersuchen, den Vermittelungsvorschlag Ihrer Regierung unterzubreiten und mit den nöthigen Instructionen hieher zurückzukehren, worauf denn diese Frage mit den hiesigen betreffenden Repräsentanten besprochen und zum Abschluß gebracht werden könne. Graf Buol äußerte sich mit diesem Wege vollkommen

1852
8. 7.

1852 8. 7. einverstanden und rieth mir denselben unverweilt in Ausführung zu bringen.

Ist es wirklich allerseits die Absicht den Zollverein zu erhalten, so scheint mir der vorgeschlagene Weg der geeignetste zu sein. Sind Sie derselben Ansicht, so schreiben Sie mir gefälligst mit umgehender Post.

Leben Sie wohl und behalten Sie in gutem Andenken
Ihren aufrichtigen Freund

Wien den 8ten Juli 1852. A. Graf v. Platen*).

47.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1852 20. 7. beide letzte Privatschreiben**) habe ich erhalten, und das eine schon telegraphisch beantwortet.

Was die Zoll-Vereins-Dinge betrifft, so erschweren die Zeitungen sie wesentlich.

Die von Ihnen gewünschte Desavouirung***) ist inmittelst in der Adler-Zeitung erschienen.

Heute geben wir nun unsere definitive Erklärung ab †).

Ich füge Abschrift zu Ihrer Kenntnißnahme bei, sie ist mild aber verständlich.

An Nesselrode habe ich geschrieben und ihm vorgehalten, daß sein unpassender Vermittlungs-Vorschlag nur schädlich sei,

*) Vgl. dazu Bismarcks Schreiben an Manteuffel vom 11. Juli 1852, Preußen im Bundestag IV, No. 36 S. 96 f.

**) Vom 17. Juli, Preußen im Bundestag I, No. 80 u. 81 S. 112 ff. 114 ff.

***) Der Gerüchte wegen Ueberschreitung seiner Instructionen in den Wiener Verhandlungen, s. Anhang I, 15 Anm. *).

†) Vgl. W. Weber a. a. O. S. 315 f.

was auf Grund einer längeren Unterredung mit mir der Kaiser auch anerkannt hat. 1852 20. 7.

Noch ein Curiosum: Ich hatte Recherchen angeordnet, um den Verfasser des offiziös klingenden Artikels in der Spenerschen Zeitung*) zu ermitteln. Quehl versichert, es sei ein ganz ruppiger Jude, Protégé von Meusebach**), aber seit Jahren aus dem Litterarischen Büreau entlassen. Das war richtig. Es wird Haussuchung bei ihm gehalten, und unter vielen andern hämischen Artikeln findet sich auch einer von der mir sehr wohlbekannten Hand Sr. Excellenz des Baron Prokesch.

Herr Hirsch hat auch für die Neue Preußische Zeitung Artikel geliefert.

Ich habe die Geschichte unter dem Motto: „Vertrauen erweckt Vertrauen" an Nesselrode geschrieben.

Herr Klentze insinuirt mir heute sehr fein auf Grund eines gesandtschaftlichen Berichts, Sie hätten sich in Wien als meinen baldigen Nachfolger gerirt.

Ich habe darauf erwiedert, ich glaubte das nicht, hätte aber nichts dagegen.

Meine Frau trägt mir Empfehlungen an Sie und Ihre Frau Gemahlin auf. Wir sind soeben im Begriffe aufs Land zu gehen. Ich bekomme aber täglich meine Mappen und Correspondenzen und gedenke auch bald hier zu sein.

Ich bitte diesen Brief zu vernichten und den darin enthaltenen Bemerkungen keine Folge irgendwelcher Art zu geben.

Hochachtungsvoll

20/7. (1852). Manteuffel.

---

*) Vgl. zum Inhalt desselben Bismarcks Bericht vom 15. Juli 1852, Preußen im Bundestag I, No. 79 S. 112.

**) Preußischer Consul in Bukarest.

48.

Graf Platen an Bismarck.

Wien den 30ten Juli 1852.

Bester, verehrtester Freund.

1852 30. 7. Zu meinem großen Bedauern habe ich Graf Arnim gestern gesehen. Ich sage mit Bedauern, da ich nun dem Vergnügen entsagen muß, Sie hieher*) zurückkehren zu sehen. Man erzählte mir, Sie seien mit Manteuffel zerworfen und würden von ihm in der Handelsfrage nicht mehr verwendet werden. Auch fügte man hinzu, daß mein Vermittelungs-Vorschlag keinen Eingang bei dem Preußischen Ministerio gefunden und daher keine Hoffnung vorhanden sei, irgend eine Verständigung herbeizuführen. Sind diese hier verbreiteten Gerüchte gegründet oder nicht und was ist die Ursache dieser angeblichen Differenz zwischen Ihnen und Manteuffel? Sie haben gewiß die Güte, mir in dieser Beziehung einige Aufklärung zu geben.

Nächsten Sonntag wird Beust hier erwartet. Er hat mit von der Pfordten in Leipzig gekocht und gedenkt sein sächsisch-baierisches Gericht dem Kaiserlichen Kabinet vorzusetzen. Aus welchen Ingredienzen das Gericht besteht, weiß ich nicht; werde es aber wohl bald erfahren.

Meyendorff wünscht sehnlicher denn je eine Verständigung. Er glaubt, daß Hannover gut thue seine bons offices anzubieten. Glauben Sie, daß dieselben von Ihrem Ministerio angenommen werden werden? Die Schwierigkeit liegt in der Art und Weise, wie Hannover vermitteln soll. Es ist wahrlich Schade, daß mein Vermittelungs-Vorschlag gescheitert ist; ich glaube, daß auf dieser Basis eine Verständigung herbeigeführt werden konnte. Die Reduction des zwölfjährigen Zeitraums**) auf 8 Jahr bezog sich meiner Ansicht nach aber nur auf den Zollverein und nicht

*) Als Gesandter an Arnims Stelle.

**) Des Zollvereins.

auf den Septembervertrag. Letzterer kann Preußen gegenüber dadurch nicht alterirt werden. Nur den übrigen Mitgliedern des Zollvereins gegenüber wird nach dem Vorschlage der Septembervertrag auf 8 Jahr reduzirt. Preußen und Hannover bleiben in dem abgeschlossenen Vertrags-Verhältniß, so daß nach Verlauf der 8 Jahre das jetzige Verhältniß zwischen Hannover und Preußen wieder hergestellt wird für den Fall, daß keine Zolleinigung zu Stande kommen sollte. Ich erwähne das, weil mein Vorschlag mißverstanden worden ist, und man mir den Vorwurf gemacht hat, als wenn der Vorschlag auf Kosten meines Vaterlandes gemacht sei. Daß ich einen für Hannover allein nachtheiligen Vergleich nicht machen werde, sollte sich doch von selbst verstehen. —

1852 30. 7.

Der König Otto von Griechenland ist gestern hier angelangt; er sieht sehr gelb aus, ist taub wie eine Bombe und geht nach Carlsbad. —

Zum Empfang des Kaisers werden vom Gemeinderath Triumphbögen erbaut etc. —

Josica*) ist nach Siebenbürgen. Die Fürstin Schoenburg nach Paris. Beiden habe ich Ihre Grüße hinterbracht.

Leben Sie wohl und setzen Sie mich recht bald von Ihren Plänen in Kenntniß.

Ihr
treuer Freund
A. Graf v. Platen.

49.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Gratulor ex animo**), acceptire dankbar die Pathenstelle, vor der Hand aber reise ich mit seit einer Stunde wartenden

1852 4. 8.

*) Führer der Conservativen und eine Zeit lang Kanzler von Siebenbürgen.

**) Zur Geburt des zweiten Sohnes Wilhelm.

1852 4. 8. Courier-Pferden nach Crossen, von wo ich am 14. d. M. hierher zurückkehre.

Animiren Sie den Canitz*) in der Zollsache derb aufzutreten, namentlich in Nassau, da kann er geradezu drohen.

Unverändert

Manteuffel.
4/8. (52).

50.

Graf Platen an Bismarck.

1852 13. 8. Aus Ihrem freundschaftlichen Schreiben vom 6ten d.**), verehrtester Freund, habe ich mit Bedauern ersehen, daß meine Vermuthungen in Bezug auf Indiscretionen, die man Ihnen gegenüber sich zu Schulden hat kommen lassen, gegründet sind. Ich vermag Ihnen nicht zu beschreiben, wie tief ich dies beklage. Es freut mich indessen, daß Sie mir solche Indiscretionen nicht zur Last legen. Ob ich die unschuldige Veranlassung dazu geworden, werde ich hoffentlich bald erfahren, da ich eigens deshalb nach Hannover reise. Ob ich die Grenze inne zu halten gewußt, wo die Verpflichtungen der Discretion gegen einen Freund und Edelmann aufhören und die höheren (?)***) gegen den Staat beginnen, mögen Sie, verehrtester Freund, aus der Anlage beurtheilen, welche Auszüge aus meinen sämmtlichen Berichten in Betreff Ihrer Mission enthält. Es liegt mir zu viel an Ihrer Meinung, um nicht diesen Schritt zu thun, den ich einem andern gegenüber gewiß nicht unternommen haben würde. Haben Sie die Güte, nach gemachtem Gebrauch das

---

*) Preußischer Ministerresident beim Großherzogthum Hessen, Herzogthum Nassau und der Freien Stadt Frankfurt.

**) Concept nicht vorhanden.

***) Das Fragezeichen rührt vom Schreiber des Briefes her.

Document zu vernichten. Leben Sie wohl und bleiben Sie mein Freund, wie ich stets der Ihrige bleiben werde. 1852 13. 8.

Der Ihrige

Wien, den 13ten Aug. 1852. A. Graf Platen.

Anlage.

Auszüge
aus meinen officiellen Berichten die Mission Bismarck betr.*)

1. Bericht an den Freiherrn von Schele vom 1ten Juli.

„E. E. verfehle ich nicht gehorsamst zu berichten, daß Herr von Bismarck die zwischen ihm und mir verabredete neue Fassung des Art. 1 Herrn von Manteuffel vorgelegt und am gestrigen Tage zur Antwort erhalten hat, wie bei der inmittelst preußischerseits in den Zollconferenzen abzugebenden neuen Erklärung Herr von Bismarck sich jeder bindenden Erklärung in Bezug auf eine andere Fassung der im Handelsvertrage bezüglichen Artikel bis auf Weiteres zu enthalten und etwaige desfallsige Anträge lediglich ad referendum zu nehmen habe. Diese Anheimgabe wird indessen Herrn von Bismarck nicht abhalten, durch weitere Besprechungen eine Verständigung anzubahnen.

Sowohl die Wünsche des Kaiserlichen Cabinets in Betreff einer kürzeren Dauer des Zollvereins und des Zusammentritts von Commissaren behufs der Wiederaufnahme der Zollvereinigungsfrage, als auch die geäußerten Bedenken wegen der zu leistenden Garantien habe ich zur Kenntniß des Herrn von Bismarck gebracht und mit ihm besprochen[1]). Gegen Zollcon-

*) Die Randbemerkungen auf der dem Minister eingereichten Abschrift hat mit dieser und dem Bericht vom 17. August 1852, dem sie beigelegt war, v. Poschinger in der Deutschen Revue, Apr. 1901, 26. Jahrg. Bd. II, 8 ff. veröffentlicht.

1852 13. 8. ferenzen vor dem Ablauf des erneuerten Zollvereins behufs Entscheidung der Zolleinigungsfrage hatte Herr von Bismarck nichts einzuwenden. Desto mehr Widerstand fand ich aber in Bezug auf die gewünschte Abkürzung der zwölfjährigen Erneuerung des Zollvereins auf 6 Jahr. Er sah in diesem Vorschlage Oesterreichs die Absicht, sich ein neues Compelle zur Handelseinigung zu verschaffen. Ich bemerkte ihm, wie ein zwölfjähriger Zeitraum bei den stets wachsenden Sympathien für das Freihandelssystem keineswegs im Interesse Preußens sei, worauf er mir schließlich bemerkte, daß er persönlich gegen eine Erneuerung auf 8 Jahr weniger einzuwenden habe, diesen Vorschlag jedenfalls ad referendum zu nehmen für geeignet halte.

Herr von Bismarck und ich sind nun übereingekommen, die österreichischerseits und preußischerseits vorläufig angedeuteten Modificationen im Vertrage Lit. A. zu redigiren und dieselben dann durch meine Vermittelung zur Kenntniß des Grafen Buol zu bringen. Willigt dieser in dieselben ein, so beabsichtigt Herr von Bismarck damit nach Berlin zu gehen, um sie persönlich durchzufechten."

2. Bericht an den Freiherrn von Schele vom 3ten Juli.

„Unter Bezugnahme auf meinen Bericht vom 1ten d. beehre ich mich E. E. anzuzeigen, daß ich meinen Vermittelungsvorschlag redigirt und selbigen sowohl dem Grafen Buol als auch Herrn von Bismarck übergeben habe. Derselbe lautet folgendermaßen: (folgt der Vorschlag.)

Herr von Bismarck hat im Wesentlichen diesem Vorschlage seiner persönlichen Anschauung nach beigepflichtet[2]), dabei aber bemerkt, daß er durch neuere Instructionen gehalten sei, in keiner Weise für seine Regierung bindende Erklärungen abzugeben, sondern alle Anträge lediglich ad referendum zu nehmen. Er fügte hinzu, daß er im Fall der Annahme dieses

Vorschlags Seitens der Kaiserlichen Regierung sich sofort nach Berlin begeben und denselben durchzufechten sich bemühen werde[3]). Dem Grafen Buol habe ich den Vorschlag mit der Bemerkung übergeben, daß derselbe von mir persönlich ausgehe ohne irgend ein Zuthun meiner Regierung und daß die Annahme desselben Seitens des Berliner Cabinets nicht unwahrscheinlich sei. Graf Buol versprach mir, mit Herrn von Bismark über den Vorschlag Rücksprache zu nehmen."

1852
18. 8.

3. Bericht an den Freiherrn von Schele vom 6ten Juli.

„E. E. habe ich die Ehre mitzutheilen, daß ich zu meinem Bedauern mich in meiner Hoffnung, einen Anknüpfungspunkt zu directen Verhandlungen durch meinen Vermittelungs-Vorschlag herbeigeführt zu haben, völlig getäuscht habe. Obgleich Graf Buol mir versprochen, mit Herrn von Bismark in Bezug auf den Vorschlag zu sprechen, ist unter ihnen von demselben nicht die Rede gewesen. Herr von Bismark reist heute Abend von hier nach Frankfurt ab."

4. Bericht an den Freiherrn von Schele vom 9ten Juli.

„. . Da Herr von Bismark nicht abgeneigt ist, meinen Vermittelungs-Vorschlag dem Berliner Cabinet vorzulegen und zu befürworten[4]), falls er die Ueberzeugung gewonnen habe, daß österreichischerseits etwaige auf diesem Vorschlage basirte Anträge nicht zurückgewiesen würden, so habe ich bei dem Grafen Buol angefragt, ob seiner Ansicht nach auf Grund derartiger Anträge von Seiten Preußens eine Verständigung zu hoffen stehe. Graf Buol antwortete mir, wie er dies allerdings für möglich halte. Ich habe hiervon Herrn v. Bismark in Kenntniß gesetzt."

5. Rapport au Roi en date du 13 Juin.

„Le Comte Arnim est parti hier en congé après avoir remis la direction des affaires de la légation à Mr. de Bismark.

1852 18. 8. Bien que le Comte dise de ne faire qu'une absence de six semaines tout au plus et de retourner alors sur son poste, je suis disposé à croire qu'il ne reviendra pas ici et qu'il est question de le remplacer. Si Mr. de Bismark ambitionnait ce poste, je crois qu'on le lui accorderait volontiers. Mais il paraît qu'il ne le lui convient guère."

6. Rapport au Roi en date du 16 Juin.

„Mr. de Bismark est très peu satisfait de son séjour ici et je crains qu'il n'accepte point ce poste en cas qu'on le lui offre. Il serait cependant fort à désirer, qu'il occupât un des grands postes à l'étranger, vu qu'il a de grandes chances d'être nommé un jour ministre des affaires étrangères, d'autant plus que Mr. de Manteuffel est dégoûté, dit-on, des affaires et désire vivement se retirer [5]."

Randbemerkungen Bismarcks auf der dem Minister Manteuffel eingereichten Abschrift dieser Auszüge:

[1]) Non mi ricordo!

[2]) übertrieben, cf. B(ericht).

[3]) fiel mir nicht ein!

[4]) Vorlegen, ja; befürworten, nein. — Ich habe niemals irgend welche Anträge von Seiten Preußens in Aussicht gestellt, selbst nicht zum Schein.

[5]) Dies wird der Passus sein, welcher Herrn Klenze den Stoff zu den Insinuationen geliefert hat, die er Eurer Excellenz hat machen wollen.

51.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

habe ich für mehre gütige Schreiben zu danken*). Vielfache Störungen haben mich bisher daran verhindert und auch jetzt schreibe ich Ihnen nur im Augenblicke, wo ich im Begriffe stehe, nach Putbus abzureisen.

1852
18. 8.

Zunächst also meinen Gruß an den Junker Wilhelm Otto Albrecht; möge er nur ein rechter Bär werden, die Eigenschaften dieses Raubthieres sind jetzt unerläßlich zum Fortkommen.

Daß ich an die dummen Klatschereien, die über Hannover aus Wien hierher gelangt sind, niemals geglaubt habe, darüber habe ich mich schon früher ausgesprochen und wiederhole das hiermit.

In unserer innern Politik hat sich ein Fall ereignet, welcher zu einer Veränderung unseres Cabinets allerdings Anlaß geben kann. Der König hat nämlich Radowitz zum Chef des Militär Bildungs Wesens ernannt und nach Berlin berufen.

Vom 1. Oct. d. J. an soll er seine Functionen beginnen.

Aus Gründen, die ich nicht auseinanderzusetzen brauche, glaube ich unter solchen Umständen nicht bleiben zu können, und werde dies Sr. Majestät morgen in Putbus sagen. Ich werde ganz von meiner Person, die ja am liebsten Kohl pflanzt, absehen, auch die Königliche Machtvollkommenheit nicht in Zweifel ziehen und nur auf die Consequenzen hinweisen.

Die Sache kommt gerade jetzt ganz mal à propos, denn das Stichwort in Stuttgart ist ein Bericht von Prokesch, daß ich mich nicht halten könne, gewesen. Wenn nun gleich-

*) Vom 7. und 14. August, Preußen im Bundestage IV, No. 40 und 41 S. 101 ff. 104 ff.

1852 18. 8. zeitig die Sonne Radowitz am Horizont aufgeht, so braucht man kein Oedipus zu sein, um zu sehn, wie befruchtend sie für östreichische Intriguen wirkt.

Leider verdirbt sich der Herr selbst die Partie. Ne perdons pas courage!

Württemberg läßt uns auch im Stich und hat sich den Darmstädtern ralliirt noch im letzten Momente.

Auch das darf uns nicht irre machen. Wir müssen jetzt um so fester auftreten, und so lange ich noch ein Wort zu sagen habe, wird es geschehen.

Leben Sie wohl, lieber Bismarck. Ich küsse Ihrer Frau Gemahlin die Hand und meinem Pathchen den Mund.

Meine Frau ist noch auf dem Lande, sie wird nächstens zurückkehren.

Ich komme von Putbus zum nächsten Sonnabend wieder.

Hochachtungsvoll

B. 18/8. 52. Manteuffel.

52.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1852 17. 9. erwiedre ich auf das geehrte Schreiben vom 14. d. M.*) ganz ergebenst, daß ich mit meiner Stellvertretung durch Herrn v. Kleist**) oder Herrn v. Kessel***) bei der kirchlichen Handlung, die Ihren Jüngstgebornen betrifft, sehr einverstanden bin. Beide Herren sind mir persönlich bekannt und von mir hoch geachtet, und ich werde demjenigen, der für mich auf- und ein-

*) Preußen im Bundestage IV, No. 44 S. 109 f.

**) v. Kleist-Retzow, Oberpräsident der Rheinprovinz.

***) Oberst, Commandeur der preußischen Truppen in Frankfurt a. M.

tritt, noch besonders dafür danken, verspreche auch im Voraus durch ihre Zusagen mich für gebunden zu erachten. Daß Ihre häusliche Feier durch Entziehung Ihres Hauses*) getrübt wird, bedaure ich sehr, bin aber leider außer Stande abzuhelfen.

1852
17. 9.

In der Zoll-Sache wollen wir nun nicht mehr mit Erklärungen, sondern mit Thatsachen auftreten. Wir haben daher heute schon nur noch mit unsern Verbündeten verhandelt, wobei freilich Hannover bedenkliche Erklärungen abgegeben hat.

Vom König von Württemberg habe ich einen zärtlichen, aber nichtssagenden Brief erhalten, worin er sagt, daß er sich von der Coalition trennen werde, wenn sie nicht zu vernünftigen, den Interessen Württembergs entsprechenden Entschlüssen zu bringen sei. Ich habe ziemlich bestimmt geantwortet.

Ihr Urlaubs-Gesuch habe ich Sr. Majestät vorzulegen noch nicht Gelegenheit gehabt; der König ist heute in Paretz. Einen zu warmen Vertreter werden Sie aber an mir, das bemerke ich im Voraus, nicht finden, denn mir wird ganz bange, wenn ich mich von allen Seiten verlassen sehe. Canitz**) will ja auch fort! Ich bitte also, daß Ew. Hochwohlgeboren mir umgehend sagen, ob Ihnen sehr viel an dem Urlaub gelegen und ob Sie ihn für Ihre Gesundheit unerläßlich halten.

Meine Frau empfiehlt sich Ihrer Frau Gemahlin.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin den 17. Sept. 1852. Manteuffel.

---

*) Das Haus war an einen mit einer reichen Spanierin verheiratheten Westphalen Lehmkuhl verkauft worden. Im Herbste bezog Bismarck das Haus Gallusstr. 19.

**) S. o. S. 86 Anm. *).

53.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1852 24. 9. danke ich recht sehr für das gefällige Schreiben von vorgestern*). Wir sind nun im Besitz der Münchener Erklärung. Freilich wissen wir noch nicht, ob sie die Genehmigung der Souveräne erhalten hat, aber ich glaube fest, daß alle, selbst das Badische Gouvernement, sich ihr anschließen werden, denn sie ist sehr schlau gefaßt und giebt den Ministern, welche ihre Herren zur Annahme überreden wollen, die Möglichkeit alles Mögliche hineinzulegen. Für uns halte ich sie aber nicht acceptabel. Eine Abschrift, welche mir in diesem Augenblicke nicht zur Hand ist, behalte ich mir vor demnächst an Ew. Hochwohlgeboren gelangen zu lassen. Meine Absicht ist gar nicht zu gestatten, daß die Erklärung offiziell in der Conferenz abgegeben werde, sondern schon jetzt den Bevollmächtigten zu eröffnen, daß wir sie schon jetzt nicht mehr als dazu gehörig betrachteten und daher nur von den einzelnen Staaten und zwar im diplomatischen Wege Erklärungen von ihnen entgegennehmen würden. Diese Frage wird übrigens erst morgen von den betheiligten Ministern erörtert werden.

Graf Nostitz in Hannover fing gänzlich an auszuspannen; anstatt den fortwährenden Vermittelungs-Gelüsten Hannovers entgegenzutreten, stimmte er ihnen selbst zu und empfahl sie uns. Ueberdieß forderte er jetzt, wo der kritischste Moment eintritt, nämlich der, daß Hannover sich entscheide, ob es beim Rücktritt von der Coalition mit uns ferner verhandeln wolle oder nicht, Urlaub. Ich habe daher Graf Alvensleben**) gebeten,

*) Veröffentlicht von v. Poschinger in der Deutschen Revue, April 1901, 26. Jahrg. Bd. II 14.

**) Graf Albrecht v. A., preußischer Staatsminister a. D.

sich unverzüglich nach Hannover zu begeben, und ich habe Aussicht, daß er darauf eingehn wird, wenigstens wird er morgen hierher kommen, um Rücksprache zu nehmen.

1852 24. 9.

Nach Darmstadt habe ich gestern Herrn von Rosenberg gesandt. Ew. Hochwohlgeboren Vorschlag dort Herrn Wentzel zu accreditiren, schien mir noch etwas verfrüht. Ich legte mir die Frage vor: wie würde Oesterreich, wenn es in unserer Lage wäre, dort handeln, und ich glaubte antworten zu müssen, daß es den Posten dort ohne Weiteres nicht aufgeben, sondern eine scharfe Spürnase wenn auch nicht persona grata, hinsenden würde. Beides trifft bei Herrn v. Rosenberg zu.

Ew. Hochwohlgeboren Urtheil über Klindworth halte ich für richtig. Thatsächlich kann ich zwar hinzufügen, daß er von mir schon mehre tausend Thaler empfangen hat, dennoch halte ich ihn nicht für so schlecht als seinen Ruf. Er hat wirklich Ideen und lebt ihnen, der Geldpunkt geht nebenher. Ich bitte übrigens von diesen Dingen Sich nichts merken zu lassen.

Mit hochachtungsvoller Ergebenheit

24/9. [1852]. Manteuffel.

54.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

gefälliger Bericht vom 1. September*), betreffend die Entstehung der auf die Luxemburgische Angelegenheit bezüglichen Notiz in dem Preuß. Wochenblatte vom 28. August cr., hat mir zu den sorgfältigsten Nachforschungen Veranlassung gegeben. Dieselben sind aber leider erfolglos geblieben.

1852 26. 9.

*) Concept nicht vorhanden.

1852
26. 9.

Zwei den Gegenstand betreffende Anzeigen hiesiger gewandter Polizeibeamten lege ich zur gefälligen Kenntnißnahme bei und bemerke dabei noch ganz ergebenst, daß eine dritte Person, welche in diesen Dingen sehr wohl Bescheid weiß, mir die, freilich durch Beweismittel in keiner Weise unterstützte Ueberzeugung ausgesprochen hat, daß der Geheime Rath Matthies der Verfasser jenes Artikels sei, das Material dazu aber nicht von hier, sondern von Frankfurt a. M. aus erhalten habe. Letzteres halte ich um deshalb auch für wahrscheinlich, weil Ew. Hochwohlgeboren erwähnter Bericht hier geschäftsmäßig in einer Weise behandelt worden ist, daß ein Verrath durch die Bureaux fast unmöglich erscheint, und weil der Artikel eine Erwähnung des Grafen Thun enthält, welche aus dem Berichte nicht zu entnehmen gewesen. Die gedachte Person behauptet übrigens aufs bestimmteste, daß sowohl Graf Goltz als namentlich Herr Matthies von ihrer früheren dienstlichen Beschäftigung in Frankfurt a. M. her noch Verbindungen mit der dortigen Gesandtschaftskanzlei haben. — Ich bin indeß weit entfernt, auf diese ebenfalls aller Beweise ermangelnde Angabe hin eine Anklage erheben zu wollen, habe aber nicht unterlassen mögen, Ew. Hochwohlgeboren von dem, was mir hinterbracht worden, Kenntniß mit dem ergebensten Anheimstellen zu geben, dort über die Angelegenheit weitere Nachforschungen anzustellen und mir über ein etwaiges Ergebniß derselben seiner Zeit Mittheilung zu machen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ergebenster Diener

Berlin, den 26/9. 52. Manteuffel*).

---

*) Bismarcks Antwort vom 30. September s. Preußen im Bundestage IV, No. 47 S. 114 ff.

Anlage.

Zwei Polizeiberichte.

I.

1852 26. 9.

Trotz aller angewandten Mühe hat es bis jetzt bei der besonders zu beachtenden Vorsicht noch nicht ermöglicht werden können, den Verfasser des unter dem 28sten v. M. im Preußischen Wochenblatte erschienenen Artikels „über die Maaßnahmen der Bundesversammlung in Bezug auf die Verfassungsverhältnisse in Luxemburg" sowie den Correspondenten des gedachten Blattes in Frankfurt a. M. mit Bestimmtheit zu ermitteln.

Eine sehr zuverlässige Quelle bezeichnet zwar als hervorragende thätige Mitarbeiter dieses Blattes außer dem Redacteur Dr. Jasmund — welcher eigentlich nur den Namen hergeben soll — Personen wie den Geh. Rath Matthies, den Reg.-Assessor v. d. Goltz (früher als Hülfsarbeiter im Ministerio des Innern beschäftigt), welcher Letzterer namentlich die pikanten politischen Artikel schreibt, und den Dr. Firmenich &c.; allein es wird von den Betheiligten in der Namhaftmachung der Verfasser von Artikeln eine so überaus große Verschwiegenheit beobachtet, daß es schwer hält, der Sache näher zu treten. Eine dem Dr. Firmenich nahestehende Person hat indeß bei einer unauffallenden gesprächsweisen Hindeutung auf den beregten Artikel betr. des Verfassers die Aeußerung (wörtlich) bekommen: „daß solcher von einer hohen Person und sehr gewandten Feder ausgegangen sei". Aus derselben Quelle wird gleichzeitig und zwar mit voller Bestimmtheit versichert, daß der General Radowitz sehr eng liirt mit dieser Parthei sei und bei allen deren Schritten mit zu Rathe gezogen würde, aber mit großer Vorsicht es vermeidet, irgend etwas schriftliches von sich zu geben.

Von diesem Verhältniß sowohl wie überhaupt von den Machinationen dieser Parthei soll — wie behauptet wird —

1852 28. 9. Se. Kgl. Hoheit der Prinz von Preußen unterrichtet sein und zu öftern auch den Dr. Firmenich (welchem die Leitung des Preuß. Wochenblatts mit übertragen ist) gesprochen haben.

Berlin, den 22. September 1852. Nr.

II.

Es sind mir die beiden Fragen zur Beantwortung vorgelegt worden:

I. Wer ist der Verfasser des Artikels im Preußischen Wochenblatt vom 28. August d. J. Seite 463 über die Maaßnahmen der Bundes-Versammlung in Bezug auf die Verfassungs-Verhältnisse Luxemburgs?

II. Wer überhaupt ist Correspondent des Preußischen Wochenblatts über die Bundestags-Verhandlungen in Frankfurt a. M.?

Ich habe mich demgemäß soviel als möglich bemüht, die Verhältnisse des Preußischen Wochenblatts zu ermitteln, ich bin aber dabei auf bedeutende Schwierigkeiten gestoßen. Eigentliche Literaten und Zeitungs-Correspondenten von Profession werden beim Preußischen Wochenblatte gar nicht beschäftigt, das ganze Personal der Mitarbeiter besteht aus folgenden auserwählten Personen, welche sehr schwer zugänglich sind:

1. dem Wirkl. Geheimen Ober-Regierungs-Rath Matthies,
2. Herrn Bethmann-Hollweg,
3. dessen Schwiegersohn Graf Pourtalès,
4. dem alten Kühne (sic) *),
5. dem Legationsrath Graf Goltz,
6. dem Dr. Jasmund.

Der Letztere ist mehr vorgeschobene Person, der eigentliche Redacteur ist der Geh. Rath Matthies, ohne dessen imprimatur

*) Das sic findet sich im Original. — Gemeint ist Generalsteuerdirector Kühne.

nichts gedruckt werden darf. Obwohl diese Personen sich in den Nimbus einer politischen Partei zu hüllen suchen, so bilden sie eigentlich eine solche Partei nicht, sondern sie sind in der That nichts als eine Coterie Unzufriedener, welche aus verschiedenen persönlichen Motiven mit dem gegenwärtigen Ministerium verfeindet sind und welche von Gefühlen persönlicher Animosität getrieben, dem Ministerium, namentlich dem Herrn Minister-Präsidenten, in jeder möglichen Weise zu schaden suchen. Alle diese Personen haben im Staatsdienste hohe Stellungen eingenommen, und sie besitzen deshalb noch Verbindungen in den höchsten Kreisen der Beamten-Hierarchie, es steht ihnen also ein ganz vorzügliches Material zu Gebote, und sie sind vorzüglich gefährlich. Einer der Mitarbeiter Legations-Rath Graf Goltz soll sogar besondere Beziehungen zum Hofstaat Sr. Königl. Hoheit des Prinzen von Preußen haben, wo sein Bruder*) Adjutant ist. Der Geh. Rath Matthies war Jahre lang Chef der höheren Polizei in Preußen, er versteht es also sehr wohl, die Verbindungen des Wochenblattes zu organisiren, daß solche sehr schwer zu entdecken sind, und er soll in dieser Organisation sogar jetzt eine Lieblings-Beschäftigung finden. In der Druckerei des Blattes sind alle Recherchen vergeblich, da in solche niemals Original-Correspondenzen, sondern immer nur Abschriften eingeliefert werden. Auch eine Beobachtung des Briefwechsels auf der Post liefert kein Resultat, da die betreffende Correspondenz gewöhnlich unter secreten Adressen geführt wird.

1852
26. 9.

Jeder einzelne der oben genannten Mitarbeiter bearbeitet ein bestimmtes Fach von Artikeln, man möchte fast sagen, ein bestimmtes Decernat.

Während Herr Matthies in Verbindung mit dem Dr. Jasmund außer der allgemeinen Redaction des Blattes besonders die Artikel über die Preußischen Verfassungs-Angelegenheiten

*) Graf Karl v. d. Goltz.

1852 26. 9. bearbeitet, und während Herr Kühne besonders für die Handels- und Gewerbefragen thätig ist, fällt das Fach der hier in Rede stehenden deutschen Bundes-Angelegenheiten ausschließlich dem Legations-Rath Graf Goltz zu. Graf Goltz war bei der Preußischen Bundes-Gesandtschaft in Frankfurt a. M. angestellt, das Zustandekommen einer reichen Heirath, welche er verfolgte, soll davon abgehangen haben, daß er eine selbständige Stellung als Gesandter irgendwo erhielt. Diesen Zweck soll er verfehlt haben, und deshalb soll er, wie man sagt, besonders erbittert sein. Er hat aus seiner früheren Stellung aus Frankfurt a. M. die intimsten Verbindungen mit vielen dortigen diplomatischen Persönlichkeiten, namentlich mit den Vertretern der kleineren Höfe, und aus diesen Quellen gehen ihm die secretesten Nachrichten zu. Mit Sicherheit läßt sich behaupten, daß er der Verfasser aller Artikel über die Bundestags-Verhältnisse und namentlich auch des Artikels in No.*) 463 über Luxemburg ist. Wer aber ihm diese oder jene von ihm benutzte Nachricht aus Frankfurt geliefert hat, dieses zu ermitteln, ist völlig unmöglich. Unter Preußischen Diplomaten soll namentlich der Preußische Gesandte von Savigny in Carlsruhe mit dem Grafen Goltz intim sein, und dieser soll, ohne daß er es eigentlich merkt und will, vielfach von Goltz benutzt werden. Namentlich während des letzten Aufenthaltes Sr. Majestät des Königs auf Stolzenfels soll lebhaft zwischen Goltz und Savigny correspondirt (worden) sein. Wohlunterrichtete Personen, welche es mit dem Ministerium gut meinen, sind übrigens der Ansicht, daß eine Versöhnung mit den genannten Personen, namentlich mit Goltz ev. Matthies zu wünschen sei, da diese Leute, vermöge ihrer unbestreitbaren Fähigkeiten und vermöge ihrer genauen Kenntniß der Verhältnisse durch ihr unausgesetztes zähes Wirken wirklich gefährlich werden können, zumal sie sich vielfach in den

*) Muß heißen auf S. 463.

Deckmantel einer wohlmeinenden gemäßigten Partei zu hüllen wissen. Goltz und Matthies sind die eigentlichen arbeitenden Elemente der Coterie, Bethmann-Hollweg giebt nur die Geldmittel her und Pourtalès spielt mehr den Vermittler, so daß die beiden letzteren von selbst fortfallen, wenn die beiden ersteren beseitigt sind. 1852 28. 9.

55.

Gesandter v. d. Schulenburg an Bismarck.

Sehr verehrter Gönner,

Ich benutze das freundliche Anerbieten des Herrn v. Scherff*), der morgen nach Frankfurt zurückkehrt, um mich in Ihr Andenken zurückzurufen, da es mir in der letzten Zeit nicht möglich war, Sie in Ihrer Residenz aufzusuchen, wie ich es gern gethan hätte. Mit Freuden habe ich gehört, daß Ihre Frau Gemahlin nunmehr das Wochenbett glücklich überstanden und dieses frohe Ereigniß durch ein recht heiteres Tauffest**) gefeiert worden. Ich sende Ihnen meinen herzlichsten Glückwunsch mit der Bitte, mich, wenn auch unbekannter Weise — leider bis jetzt noch — Ihrer Frau Gemahlin angelegentlichst zu empfehlen. 1852 28. 9.

Was nun die Politik betrifft, und für mich existirt hier nur eine solche Frage „der Zollverein", so sehe ich mit vielen Anderen hierselbst der nächsten Entscheidung in Berlin mit größter Spannung entgegen. Daß Kurhessen den Bairischen Propositionen in allen Stücken unbedingt beitreten würde, konnte ich, ungeachtet der vertraulichen Versicherungen des Herrn Hassenpflug, nie bezweifeln. Letzterer behauptet zwar

*) Niederländischer Bundestagsgesandter für Luxemburg und Limburg.

**) Am 22. Sept. 1852.

1852 28. 9. stets noch, daß die Hoffnung auf Erhaltung respektive in einiger Zeit zu erwartende Erneuerung des Zollvereins, nicht aufzugeben sei, ich habe indeß von Anfang an seinen Worten nie zu viel Glauben geschenkt, und weiß nicht, ob er gegenwärtig durch derartige Protestationen vielleicht nur das Odium, die Spaltung Deutschlands herbeigeführt zu haben, auf die Schultern seiner Collegen zu schieben versucht. Allerdings scheint es zuweilen, daß Letztere, unter welchen namentlich Herr v. Baumbach*) gänzlich bairisch-östreichisch gesinnt ist — ihm nicht so ganz mehr trauen, und daß sowohl beim Kurfürsten als bei der stockoestreichischen Civil-Beamtenparthei Hassenpflug anfängt, in den Geruch zu kommen, als sei er Preußen nicht abgeneigt! Hieraus mögen Sie abnehmen, wie es hier steht! Ob es noch möglich ist Hassenpflug für eine andre, unseren Plänen geneigte Politik zu gewinnen, weiß ich nicht; aber wenn man mir nur bedingte Ermächtigungen giebt, und vorherige Versprechen verlangt, wie dies wieder neuerdings geschehen — dann kann man wohl in dieser Beziehung nichts erwarten. Der Kurfürst hat, unerachtet ¾ seiner militärischen Umgebung und seines Hofstaats entschieden preußisch ist, seine Zustimmung zu den Münchener Beschlüssen gegeben; auch soll die hiesige Regierung die Nachricht empfangen haben, daß in Dresden, Darmstadt und Nassau ein Gleiches geschehen. Von Baden behauptet man, daß dies nicht der Fall sei, und in Stuttgart schwankt man noch. Ueber den Inhalt der Münchener Beschlüsse habe ich noch nichts in Erfahrung bringen können, da nur 3 Personen hierselbst solchen kennen und diese selbstredend mir Alles vorzuenthalten suchen.

Man bauet hier fortwährend noch auf Hannover, und schmeichelt sich der Hoffnung, daß ein dort vielleicht zu erwartendes Rücktreten vom Septembervertrag möglicher Weise unsere

*) Minister des Aeußern und des Kurfürstlichen Hauses.

Regierung zum Nachgeben zwingen könnte. 7/8 der Bevölkerung Kurhessens, selbst solche, welche sonst nicht in allen Stücken preußenfreundlich gesinnt sind, würden ein Auflösen des Zollvereins auf das Tiefste beklagen, und fast allgemein wird das entschiedene Auftreten und Festhalten unseres Cabinets gebilligt. Doch ich muß befürchten, Ihnen hinlänglich bekannte Dinge zu oft zu wiederholen — deshalb breche ich ab, und erlaube mir nur noch schließlich hinzuzufügen, daß man auf die Zusammenlegung des Bundeskontingents mit Darmstadt hier noch immer nicht verzichtet, wie mir der Kurfürst neulich selbst sagte. Auch fürchte ich, daß man bei Berechnung der Bundes-Exekutionskosten für das Jahr 1850 unserem Cabinet sonderbare Zumuthungen zu machen beabsichtigt.

1852 28. 9.

In hochachtungsvollster Ergebenheit

Ganz der Ihrige

Cassel d. 28sten Sept. [1852]. G. Schulenburg.

Als Nachschrift füge ich hinzu, daß nach einer soeben mit Hassenpflug gehabten Unterredung ich beinah glauben muß, daß man in München bedeutend versöhnlicher gestimmt gewesen, als wie ich bis jetzt vermuthete, und daß namentlich in der betreffenden von den Coalitionsstaaten demnächst abzugebenden Erklärung Vieles zwischen den Zeilen zu lesen ist, was man vorerst nicht hat geradezu als Concession hinstellen wollen.

56.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

schulde ich Antwort auf mehre geehrte Schreiben*). Ich bitte deshalb um Entschuldigung, werde mich aber der Angabe meiner

1852 18. 10.

*) Vom 6. und 16. October, Preußen im Bundestage IV, No. 48 und 50 S. 118 f. 120 ff.

1852 18. 10. Excusations-Gründe für überhoben erachten und nur so viel bemerken, daß keineswegs Mangel an Interesse an den mir gemachten Mittheilungen, für welche ich sehr dankbar bin, mein Stillschweigen motiviren. Besonders habe ich Ew. Hochwohlgeboren für das gefällige Schreiben von vorgestern, welches ich heute erhalten und sofort Sr. Majestät vorgelegt habe, zu danken. In Folge desselben werde ich in den nächsten Tagen an Graf Buol antworten und die Acceptation von Thun*) melden. Von Graf Arnim aus Wien erhalte ich heute ein Schreiben, worin er ebenfalls räth Thun nicht zurückzuweisen, und gleichzeitig bemerkt, daß Buol auf sein Befragen, wen man eventuell nach Frankfurt senden werde, geantwortet hat, das wisse man noch nicht. Rechberg oder Prokesch wären allerdings sehr schlimm. Ein Punkt der Divergenz zwischen Sr. Majestät und mir beruht noch immer in der Auffassung des Bundestags. Se. Majestät sind nur zu geneigt, dieß Institut mit allen möglichen Attributionen der Macht und Würde zu bekleiden, während ich, ohne irgend dessen Bedeutung für die Dauer der dermaligen politischen Verhältnisse zu verkennen und ohne es herabwürdigen oder schwächen zu wollen, doch nie vergessen kann, daß Preußen dort unter Oesterreichischem Präsidio sitzt, und ich eine Machtstellung des Bundestags, welche dem Balanciren**) Preußens mit dem Gewicht seiner ganzen Bedeutung Eintrag thäte, nicht zu fördern vermag.

Haben Sie doch die Güte mich wissen zu lassen, ob und in welcher Weise Sie mit Klindworth in Verbindung stehen. Ist letzteres der Fall, so wollen Sie ihn wissen lassen, daß er in den nächsten Tagen einen Brief von mir zu erwarten habe, von dem ich hoffte, daß er seinen Wünschen entsprechen

*) Der an Stelle des Frhrn. v. Prokesch als österreichischer Gesandter in Berlin in Aussicht genommen worden war.

**) Anders läßt sich das flüchtig geschriebene Wort nicht entziffern, wenngleich der Ausdruck etwas auf Schrauben gestellt erscheint.

werde*). Gleichzeitig bitte ich ihm zu sagen, daß er mich verpflichten würde, wenn er mir seinem Versprechen gemäß seine Ideen bezüglich der Umgestaltung der Verfassungen in den deutschen Ländern mittheilen wollte**). 1852 18. 10.

Ew. Hochwohlgeboren erhalten in der Anlage ein Mémoire bezüglich der Zoll-Angelegenheit. Die Veranlassung dazu ist folgende. Ich hatte vernommen, daß man in Wien von Herrn Lackenbacher***) ein Memoire hat ausarbeiten lassen, welches an Graf Nesselrode gegeben und worin unser Verfahren in der Zollsache vom politischen Standpunkte aus beleuchtet und als vollständig revolutionär bezeichnet worden. Ich habe mit Rücksicht hierauf, obwohl ich leider das Lackenbachersche Opus nicht erlangen konnte, die anliegende Arbeit verfassen lassen und dafür gesorgt, daß sie sowie ein französischer Auszug in Nesselrode's Hände gelangt ist. Den Erfolg kenne ich noch nicht. Vielleicht können Ew. Hochwohlgeboren davon bei vorkommenden Gelegenheiten auch einigen Gebrauch machen. Ob Sie dasselbe an Schulenburg, Rosenberg, Savigny mittheilen wollen, stelle ich Ihrer Erwägung anheim. Der davon zu machende Gebrauch müßte wenigstens insofern ein discreter sein, als es nicht als eigentliche Staatsschrift, welche vom Preußischen Cabinete ausginge, betrachtet werden dürfte. In dem Schreiben von Buol an mich sind recht dringende aber doch verblümte Andeutungen, wir möchten uns nur mit Oesterreich privatim verständigen, dann werde sich alles von selbst finden. Ich bin einiger Maaßen in Verlegenheit, was ich darauf antworten soll, denn ich halte, da Oesterreich die Sache einmal politisch d. h.

*) Vgl. dazu den Bericht des Regierungsassessors Zitelmann vom 26. October 1852, der diesen Brief persönlich in der Villa des Staatsraths in Oberrheinsberg abzugeben hatte. Deutsche Revue, April 1901 (26. Jahrg., Bd. II S. 31 ff.).

**) S. a. a. O., S. 32.

***) Herr v. Lackenbacher, ein Jude, dessen sich die österreichische Regierung damals gern zu preußenfeindlicher Agitation bediente.

1852 18. 10. mit andern Worten zur Unterdrückung Preußens dienend aufsaßt, eine Verständigung weder für möglich, noch für wünschenswerth. Ich habe ziemlich sichere Nachrichten aus Wien, welche bekunden, daß man dort mit dem Verlauf der Sache, selbst wenn Preußen ganz allein bleiben sollte, nicht zufrieden sei, weil man dann den besten Fisch nicht mitgefangen habe. Wenn Preußen sich aber in einem Oesterreichischen, d. h. katholisch-schutzzöllnerischen Netze fangen läßt, dann ist es verloren, und dazu werde ich nie meine Hand bieten.

Herr von Savigny behauptet, die Umkehr des Königs von Württemberg sei durch Russischen Einfluß bewirkt worden — und er motivirt dieß damit, daß diese Macht wünschen müsse, Oesterreich immer nach Deutschland hingewendet zu sehen, damit dessen Kräfte sich nicht dem Slawismus zuwendeten. Mir scheint dieß fast etwas zu fein, wenn schon es mit der österreichischen Redens-Art von Herauswerfen aus Deutschland oder mit Meyendorffs Leidenschaftlichkeit einiger Maaßen zusammentrifft.

Graf Arnim schreibt mir aus Wien, er wisse aus guter Quelle, daß Kübeck*) geäußert habe, der Oesterreichische Tarif beweise sich schon jetzt als unhaltbar, man müsse, um die inländische Industrie zu retten, zu höheren Zöllen wieder zurückkehren.

Wenn wir wirklich ganz allein bleiben sollten, so halte ich das nicht für ein großes Unglück; ich täusche mich zwar nicht darüber, daß viele, die uns jetzt loben, sich in bittere Tadler verwandeln werden, aber andere Staaten werden uns dann schon suchen und vermissen, während sie uns jetzt fürchten und verabscheuen.

Der nächste Kanonen-Schuß wird Manches nicht bloß in Deutschland sondern in Europa umgestalten.

Wegen Ihrer Kammer Wahl will ich Ew. Hochwohlgeboren

*) Präsident des österreichischen Reichsrathes.

keine Vorschrift machen. Der König wünscht Sie hier zu sehen, Ihre Bedenken verkenne ich aber nicht. Herr v. Westphalen versichert, er habe sich in keinem Wahlkreise beworben. 1852 18. 10.

Meine Frau empfiehlt sich Ihnen und Ihrer Frau Gemahlin.

Mit unveränderter Hochachtung
Ew. Hochwohlgeboren
ganz ergebener Diener und Freund
Berlin, den 18. Oct. 1852. Manteuffel.

57.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

geehrtes Schreiben von vorgestern*) veranlaßt mich Ihnen einige Worte über den Stand unserer Zoll-Angelegenheit zu sagen. 1852 19. 11.

Als Herr v. Prokesch sich hier in hochtönenden Phrasen erging, daß man in Oesterreich von höheren politischen Rücksichten geleitet unter allen Umständen eine Verständigung mit Preußen wolle, daß man jeden Handelsvertrag, der von den feindseligsten Federn des Finanz Ministerii redigirt sein möchte, unterzeichnen wolle, daß aber nur das auf Revolution speculirende Preußen an der Nichtzustandebringung eines so leichten und nahe liegenden Arrangements Schuld sei, als ähnliche Klänge auch aus Petersburg und aus Meyendorffs Feder mir zukamen, beauftragte ich Graf Arnim in Wien an rechter Stelle zu fragen, was es mit diesen Redens Arten für eine Bewandtniß habe. Es waltete dabei das doppelte Interesse vor, ein-

*) Concept nicht vorhanden.

1852 28. 9. Se. Kgl. Hoheit der Prinz von Preußen unterrichtet sein und zu öftern auch den Dr. Firmenich (welchem die Leitung des Preuß. Wochenblatts mit übertragen ist) gesprochen haben.

Berlin, den 22. September 1852. Nr.

II.

Es sind mir die beiden Fragen zur Beantwortung vorgelegt worden:

I. Wer ist der Verfasser des Artikels im Preußischen Wochenblatt vom 28. August d. J. Seite 463 über die Maaßnahmen der Bundes-Versammlung in Bezug auf die Verfassungs-Verhältnisse Luxemburgs?

II. Wer überhaupt ist Correspondent des Preußischen Wochenblatts über die Bundestags-Verhandlungen in Frankfurt a. M.?

Ich habe mich demgemäß soviel als möglich bemüht, die Verhältnisse des Preußischen Wochenblatts zu ermitteln, ich bin aber dabei auf bedeutende Schwierigkeiten gestoßen. Eigentliche Literaten und Zeitungs-Correspondenten von Profession werden beim Preußischen Wochenblatte gar nicht beschäftigt, das ganze Personal der Mitarbeiter besteht aus folgenden auserwählten Personen, welche sehr schwer zugänglich sind:

1. dem Wirkl. Geheimen Ober-Regierungs-Rath Matthies,
2. Herrn Bethmann-Hollweg,
3. dessen Schwiegersohn Graf Pourtalès,
4. dem alten Kühne (sic) *),
5. dem Legationsrath Graf Goltz,
6. dem Dr. Jasmund.

Der Letztere ist mehr vorgeschobene Person, der eigentliche Redacteur ist der Geh. Rath Matthies, ohne dessen imprimatur

*) Das sic findet sich im Original. — Gemeint ist Generalsteuerdirector Kühne.

nichts gedruckt werden darf. Obwohl diese Personen sich in den Nimbus einer politischen Partei zu hüllen suchen, so bilden sie eigentlich eine solche Partei nicht, sondern sie sind in der That nichts als eine Coterie Unzufriedener, welche aus verschiedenen persönlichen Motiven mit dem gegenwärtigen Ministerium verfeindet sind und welche von Gefühlen persönlicher Animosität getrieben, dem Ministerium, namentlich dem Herrn Minister-Präsidenten, in jeder möglichen Weise zu schaden suchen. Alle diese Personen haben im Staatsdienste hohe Stellungen eingenommen, und sie besitzen deshalb noch Verbindungen in den höchsten Kreisen der Beamten-Hierarchie, es steht ihnen also ein ganz vorzügliches Material zu Gebote, und sie sind vorzüglich gefährlich. Einer der Mitarbeiter Legations-Rath Graf Goltz soll sogar besondere Beziehungen zum Hofstaat Sr. Königl. Hoheit des Prinzen von Preußen haben, wo sein Bruder*) Adjutant ist. Der Geh. Rath Matthies war Jahre lang Chef der höheren Polizei in Preußen, er versteht es also sehr wohl, die Verbindungen des Wochenblattes zu organisiren, daß solche sehr schwer zu entdecken sind, und er soll in dieser Organisation sogar jetzt eine Lieblings-Beschäftigung finden. In der Druckerei des Blattes sind alle Recherchen vergeblich, da in solche niemals Original-Correspondenzen, sondern immer nur Abschriften eingeliefert werden. Auch eine Beobachtung des Briefwechsels auf der Post liefert kein Resultat, da die betreffende Correspondenz gewöhnlich unter secreten Adressen geführt wird.

1852 26. 9.

Jeder einzelne der oben genannten Mitarbeiter bearbeitet ein bestimmtes Fach von Artikeln, man möchte fast sagen, ein bestimmtes Decernat.

Während Herr Matthies in Verbindung mit dem Dr. Jasmund außer der allgemeinen Redaction des Blattes besonders die Artikel über die Preußischen Verfassungs-Angelegenheiten

*) Graf Karl v. d. Goltz.

1852 26. 9. bearbeitet, und während Herr Kühne besonders für die Handels- und Gewerbefragen thätig ist, fällt das Fach der hier in Rede stehenden deutschen Bundes-Angelegenheiten ausschließlich dem Legations-Rath Graf Goltz zu. Graf Goltz war bei der Preußischen Bundes-Gesandtschaft in Frankfurt a. M. angestellt, das Zustandekommen einer reichen Heirath, welche er verfolgte, soll davon abgehangen haben, daß er eine selbstständige Stellung als Gesandter irgendwo erhielt. Diesen Zweck soll er verfehlt haben, und deshalb soll er, wie man sagt, besonders erbittert sein. Er hat aus seiner früheren Stellung aus Frankfurt a. M. die intimsten Verbindungen mit vielen dortigen diplomatischen Persönlichkeiten, namentlich mit den Vertretern der kleineren Höfe, und aus diesen Quellen gehen ihm die secretesten Nachrichten zu. Mit Sicherheit läßt sich behaupten, daß er der Verfasser aller Artikel über die Bundestags-Verhältnisse und namentlich auch des Artikels in No.*) 463 über Luxemburg ist. Wer aber ihm diese oder jene von ihm benutzte Nachricht aus Frankfurt geliefert hat, dieses zu ermitteln, ist völlig unmöglich. Unter Preußischen Diplomaten soll namentlich der Preußische Gesandte von Savigny in Carlsruhe mit dem Grafen Goltz intim sein, und dieser soll, ohne daß er es eigentlich merkt und will, vielfach von Goltz benutzt werden. Namentlich während des letzten Aufenthaltes Sr. Majestät des Königs auf Stolzenfels soll lebhaft zwischen Goltz und Savigny correspondirt (worden) sein. Wohlunterrichtete Personen, welche es mit dem Ministerium gut meinen, sind übrigens der Ansicht, daß eine Versöhnung mit den genannten Personen, namentlich mit Goltz ev. Matthies zu wünschen sei, da diese Leute, vermöge ihrer unbestreitbaren Fähigkeiten und vermöge ihrer genauen Kenntniß der Verhältnisse durch ihr unausgesetztes zähes Wirken wirklich gefährlich werden können, zumal sie sich vielfach in den

---

*) Muß heißen auf S. 463.

Deckmantel einer wohlmeinenden gemäßigten Partei zu hüllen wissen. Goltz und Matthies sind die eigentlichen arbeitenden Elemente der Coterie, Bethmann-Hollweg giebt nur die Geldmittel her und Pourtalès spielt mehr den Vermittler, so daß die beiden letzteren von selbst fortfallen, wenn die beiden ersteren beseitigt sind. 1852 26. 9.

55.

Gesandter v. d. Schulenburg an Bismarck.

Sehr verehrter Gönner,

Ich benutze das freundliche Anerbieten des Herrn v. Scherff*), der morgen nach Frankfurt zurückkehrt, um mich in Ihr Andenken zurückzurufen, da es mir in der letzten Zeit nicht möglich war, Sie in Ihrer Residenz aufzusuchen, wie ich es gern gethan hätte. Mit Freuden habe ich gehört, daß Ihre Frau Gemahlin nunmehr das Wochenbett glücklich überstanden und dieses frohe Ereigniß durch ein recht heiteres Tauffest**) gefeiert worden. Ich sende Ihnen meinen herzlichsten Glückwunsch mit der Bitte, mich, wenn auch unbekannter Weise — leider bis jetzt noch — Ihrer Frau Gemahlin angelegentlichst zu empfehlen. 1852 28. 9.

Was nun die Politik betrifft, und für mich existirt hier nur eine solche Frage „der Zollverein", so sehe ich mit vielen Anderen hierselbst der nächsten Entscheidung in Berlin mit größter Spannung entgegen. Daß Kurhessen den Bairischen Propositionen in allen Stücken unbedingt beitreten würde, konnte ich, ungeachtet der vertraulichen Versicherungen des Herrn Hassenpflug, nie bezweifeln. Letzterer behauptet zwar

---

*) Niederländischer Bundestagsgesandter für Luxemburg und Limburg.

**) Am 22. Sept. 1852.

1852 28. 9. stets noch, daß die Hoffnung auf Erhaltung respektive in einiger Zeit zu erwartende Erneuerung des Zollvereins, nicht aufzugeben sei, ich habe indeß von Anfang an seinen Worten nie zu viel Glauben geschenkt, und weiß nicht, ob er gegenwärtig durch derartige Protestationen vielleicht nur das Odium, die Spaltung Deutschlands herbeigeführt zu haben, auf die Schultern seiner Collegen zu schieben versucht. Allerdings scheint es zuweilen, daß Letztere, unter welchen namentlich Herr v. Baumbach*) gänzlich bairisch-östreichisch gesinnt ist — ihm nicht so ganz mehr trauen, und daß sowohl beim Kurfürsten als bei der stockoestreichischen Civil-Beamtenparthei Hassenpflug anfängt, in den Geruch zu kommen, als sei er Preußen nicht abgeneigt! Hieraus mögen Sie abnehmen, wie es hier steht! Ob es noch möglich ist Hassenpflug für eine andre, unseren Plänen geneigte Politik zu gewinnen, weiß ich nicht; aber wenn man mir nur bedingte Ermächtigungen giebt, und vorherige Versprechen verlangt, wie dies wieder neuerdings geschehen — dann kann man wohl in dieser Beziehung nichts erwarten. Der Kurfürst hat, unerachtet ¾ seiner militärischen Umgebung und seines Hofstaats entschieden preußisch ist, seine Zustimmung zu den Münchener Beschlüssen gegeben; auch soll die hiesige Regierung die Nachricht empfangen haben, daß in Dresden, Darmstadt und Nassau ein Gleiches geschehen. Von Baden behauptet man, daß dies nicht der Fall sei, und in Stuttgart schwankt man noch. Ueber den Inhalt der Münchener Beschlüsse habe ich noch nichts in Erfahrung bringen können, da nur 3 Personen hierselbst solchen kennen und diese selbstredend mir Alles vorzuenthalten suchen.

Man bauet hier fortwährend noch auf Hannover, und schmeichelt sich der Hoffnung, daß ein dort vielleicht zu erwartendes Rücktreten vom Septembervertrag möglicher Weise unsere

*) Minister des Aeußern und des Kurfürstlichen Hauses.

Regierung zum Nachgeben zwingen könnte. 7/8 der Bevölkerung Kurhessens, selbst solche, welche sonst nicht in allen Stücken preußenfreundlich gesinnt sind, würden ein Auflösen des Zollvereins auf das Tiefste beklagen, und fast allgemein wird das entschiedene Auftreten und Festhalten unseres Cabinets gebilligt. Doch ich muß befürchten, Ihnen hinlänglich bekannte Dinge zu oft zu wiederholen — deshalb breche ich ab, und erlaube mir nur noch schließlich hinzuzufügen, daß man auf die Zusammenlegung des Bundeskontingents mit Darmstadt hier noch immer nicht verzichtet, wie mir der Kurfürst neulich selbst sagte. Auch fürchte ich, daß man bei Berechnung der Bundes-Exekutionskosten für das Jahr 1850 unserem Cabinet sonderbare Zumuthungen zu machen beabsichtigt.

1852
28. 9.

In hochachtungsvollster Ergebenheit

Ganz der Ihrige

Cassel d. 28ften Sept. [1852]. G. Schulenburg.

Als Nachschrift füge ich hinzu, daß nach einer soeben mit Hassenpflug gehabten Unterredung ich beinah glauben muß, daß man in München bedeutend versöhnlicher gestimmt gewesen, als wie ich bis jetzt vermuthete, und daß namentlich in der betreffenden von den Coalitionsstaaten demnächst abzugebenden Erklärung Vieles zwischen den Zeilen zu lesen ist, was man vorerst nicht hat geradezu als Concession hinstellen wollen.

56.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

schulde ich Antwort auf mehre geehrte Schreiben*). Ich bitte deshalb um Entschuldigung, werde mich aber der Angabe meiner

1852
18. 10.

*) Vom 6. und 16. October, Preußen im Bundestage IV, No. 48 und 50 S. 118 f. 120 ff.

1852 Excusations-Gründe für überhoben erachten und nur so viel
18. 10. bemerken, daß keineswegs Mangel an Interesse an den mir gemachten Mittheilungen, für welche ich sehr dankbar bin, mein Stillschweigen motiviren. Besonders habe ich Ew. Hochwohlgeboren für das gefällige Schreiben von vorgestern, welches ich heute erhalten und sofort Sr. Majestät vorgelegt habe, zu danken. In Folge desselben werde ich in den nächsten Tagen an Graf Buol antworten und die Acceptation von Thun*) melden. Von Graf Arnim aus Wien erhalte ich heute ein Schreiben, worin er ebenfalls räth Thun nicht zurückzuweisen, und gleichzeitig bemerkt, daß Buol auf sein Befragen, wen man eventuell nach Frankfurt senden werde, geantwortet hat, das wisse man noch nicht. Rechberg oder Prokesch wären allerdings sehr schlimm. Ein Punkt der Divergenz zwischen Sr. Majestät und mir beruht noch immer in der Auffassung des Bundestags. Se. Majestät sind nur zu geneigt, dieß Institut mit allen möglichen Attributionen der Macht und Würde zu bekleiden, während ich, ohne irgend dessen Bedeutung für die Dauer der dermaligen politischen Verhältnisse zu verkennen und ohne es herabwürdigen oder schwächen zu wollen, doch nie vergessen kann, daß Preußen dort unter Oesterreichischem Präsidio sitzt, und ich eine Machtstellung des Bundestags, welche dem Balanciren**) Preußens mit dem Gewicht seiner ganzen Bedeutung Eintrag thäte, nicht zu fördern vermag.

Haben Sie doch die Güte mich wissen zu lassen, ob und in welcher Weise Sie mit Klindworth in Verbindung stehen. Ist letzteres der Fall, so wollen Sie ihn wissen lassen, daß er in den nächsten Tagen einen Brief von mir zu erwarten habe, von dem ich hoffte, daß er seinen Wünschen entsprechen

*) Der an Stelle des Frhrn. v. Prokesch als österreichischer Gesandter in Berlin in Aussicht genommen worden war.

**) Anders läßt sich das flüchtig geschriebene Wort nicht entziffern, wenngleich der Ausdruck etwas auf Schrauben gestellt erscheint.

werde*). Gleichzeitig bitte ich ihm zu sagen, daß er mich verpflichten würde, wenn er mir seinem Versprechen gemäß seine Ideen bezüglich der Umgestaltung der Verfassungen in den deutschen Ländern mittheilen wollte**). 1852 18. 10.

Ew. Hochwohlgeboren erhalten in der Anlage ein Mémoire bezüglich der Zoll-Angelegenheit. Die Veranlassung dazu ist folgende. Ich hatte vernommen, daß man in Wien von Herrn Lackenbacher***) ein Memoire hat ausarbeiten lassen, welches an Graf Nesselrode gegeben und worin unser Verfahren in der Zollsache vom politischen Standpunkte aus beleuchtet und als vollständig revolutionär bezeichnet worden. Ich habe mit Rücksicht hierauf, obwohl ich leider das Lackenbachersche Opus nicht erlangen konnte, die anliegende Arbeit verfassen lassen und dafür gesorgt, daß sie sowie ein französischer Auszug in Nesselrode's Hände gelangt ist. Den Erfolg kenne ich noch nicht. Vielleicht können Ew. Hochwohlgeboren davon bei vorkommenden Gelegenheiten auch einigen Gebrauch machen. Ob Sie dasselbe an Schulenburg, Rosenberg, Savigny mittheilen wollen, stelle ich Ihrer Erwägung anheim. Der davon zu machende Gebrauch müßte wenigstens insofern ein discreter sein, als es nicht als eigentliche Staatsschrift, welche vom Preußischen Cabinete ausginge, betrachtet werden dürfte. In dem Schreiben von Buol an mich sind recht dringende aber doch verblümte Andeutungen, wir möchten uns nur mit Oesterreich privatim verständigen, dann werde sich alles von selbst finden. Ich bin einiger Maaßen in Verlegenheit, was ich darauf antworten soll, denn ich halte, da Oesterreich die Sache einmal politisch d. h.

*) Vgl. dazu den Bericht des Regierungsassessors Zitelmann vom 26. October 1852, der diesen Brief persönlich in der Villa des Staatsraths in Oberrheinsberg abzugeben hatte. Deutsche Revue, April 1901 (26. Jahrg., Bd. II S. 31 ff.).

**) S. a. a. O., S. 32.

***) Herr v. Lackenbacher, ein Jude, dessen sich die österreichische Regierung damals gern zu preußenfeindlicher Agitation bediente.

1852 18. 10. mit andern Worten zur Unterdrückung Preußens dienend aufsaßt, eine Verständigung weder für möglich, noch für wünschenswerth. Ich habe ziemlich sichere Nachrichten aus Wien, welche bekunden, daß man dort mit dem Verlauf der Sache, selbst wenn Preußen ganz allein bleiben sollte, nicht zufrieden sei, weil man dann den besten Fisch nicht mitgefangen habe. Wenn Preußen sich aber in einem Oesterreichischen, d. h. katholisch-schutzzöllnerischen Netze fangen läßt, dann ist es verloren, und dazu werde ich nie meine Hand bieten.

Herr von Savigny behauptet, die Umkehr des Königs von Württemberg sei durch Russischen Einfluß bewirkt worden — und er motivirt dieß damit, daß diese Macht wünschen müsse, Oesterreich immer nach Deutschland hingewendet zu sehen, damit dessen Kräfte sich nicht dem Slawismus zuwendeten. Mir scheint dieß fast etwas zu fein, wenn schon es mit der österreichischen Redens-Art von Herauswerfen aus Deutschland oder mit Meyendorffs Leidenschaftlichkeit einiger Maaßen zusammentrifft.

Graf Arnim schreibt mir aus Wien, er wisse aus guter Quelle, daß Kübeck*) geäußert habe, der Oesterreichische Tarif beweise sich schon jetzt als unhaltbar, man müsse, um die inländische Industrie zu retten, zu höheren Zöllen wieder zurückkehren.

Wenn wir wirklich ganz allein bleiben sollten, so halte ich das nicht für ein großes Unglück; ich täusche mich zwar nicht darüber, daß viele, die uns jetzt loben, sich in bittere Tadler verwandeln werden, aber andere Staaten werden uns dann schon suchen und vermissen, während sie uns jetzt fürchten und verabscheuen.

Der nächste Kanonen-Schuß wird Manches nicht bloß in Deutschland sondern in Europa umgestalten.

Wegen Ihrer Kammer Wahl will ich Ew. Hochwohlgeboren

---

*) Präsident des österreichischen Reichsrathes.

keine Vorschrift machen. Der König wünscht Sie hier zu sehen, Ihre Bedenken verkenne ich aber nicht. Herr v. Westphalen versichert, er habe sich in keinem Wahlkreise beworben. 1852 18. 10.

Meine Frau empfiehlt sich Ihnen und Ihrer Frau Gemahlin.

Mit unveränderter Hochachtung
Ew. Hochwohlgeboren
ganz ergebener Diener und Freund
Berlin, den 18. Oct. 1852. Manteuffel.

57.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

geehrtes Schreiben von vorgestern*) veranlaßt mich Ihnen einige Worte über den Stand unserer Zoll-Angelegenheit zu sagen. 1852 19. 11.

Als Herr v. Prokesch sich hier in hochtönenden Phrasen erging, daß man in Oesterreich von höheren politischen Rücksichten geleitet unter allen Umständen eine Verständigung mit Preußen wolle, daß man jeden Handelsvertrag, der von den feindseligsten Federn des Finanz Ministerii redigirt sein möchte, unterzeichnen wolle, daß aber nur das auf Revolution speculirende Preußen an der Nichtzustandebringung eines so leichten und nahe liegenden Arrangements Schuld sei, als ähnliche Klänge auch aus Petersburg und aus Meyendorffs Feder mir zukamen, beauftragte ich Graf Arnim in Wien an rechter Stelle zu fragen, was es mit diesen Redens Arten für eine Bewandtniß habe. Es waltete dabei das doppelte Interesse vor, ein-

*) Concept nicht vorhanden.

1852 19. 11. mal uns vor ungerechten Beschuldigungen zu bewahren, zweitens aber auch die uns namentlich von Hannover in ungünstiger Weise angebotene Vermittelung abzuwehren.

Graf Arnim hat dann im Allgemeinen Graf Buol ganz außerordentlich herabgestimmt gefunden; man offerirt: Aufgeben der Zoll-Einigung, 12jährige Dauer und Beschränkung auf einen beiden Theilen vortheilhaften, die gegenseitige Freiheit nicht beeinträchtigenden Handelsvertrag, man verlangt nicht, daß wir nach Wien kommen, sondern will nach Berlin oder wohin wir sonst wollen, senden. Man will nur für Oesterreich und nicht für die Coalitionsstaaten, aber nur mit Preußen verhandeln und den übrigen Staaten Accessionen vorbehalten. Es bleibt also eigentlich nur die allerdings bedeutungsvolle Frage der Zeit als Schwierigkeit zurück. Aber auch über diese hinfort zu kommen, zeigt sich Aussicht. Wir haben nämlich mit Braunschweig schon abgeschlossen und gedenken in den nächsten Tagen mit den Thüringischen Staaten abzuschließen. Sobald das geschehen ist, können wir den Zoll-Verein als reconstruirt, d. h. die Coalitions-Staaten als ausgeschieden betrachten; und dann können wir ohne Inconsequenz mit Oesterreich verhandeln. Graf Buol hat dieserhalb bereits eine Note an Graf Arnim gerichtet, diese ist indeß noch nicht beantwortet und wird die Erwiderung hier entworfen, aber nicht eher abgelassen werden, als bis jene Voraussetzung, Reconstituirung des Zoll-Vereins erfolgt ist. So liegt die Sache. Alles was Herr v. Dalwigk von Verhandlungen fabelt, ist gelogen; man kann es keine Verhandlung nennen, wenn Oesterreich den Wunsch mit uns zu verhandeln zu erkennen giebt und wir noch nicht einmal geantwortet haben.

Daß, wenn wir einmal zu Verhandlungen kommen, die Sache sehr schnell erledigt sein kann, vielleicht um das Resultat zu sichern, erledigt sein muß, ist richtig.

Eine sehr schlimme Rolle bei der ganzen Sache spielt

Hannover; und ich muß an mich halten, dies nicht zum Schaden des Einverständnisses Herrn v. Schele derb zu sagen. Dort weigert man sich nicht nur, einen Bevollmächtigten hieher zu senden, sondern hat sich auch nicht entblödet, in Oldenburg ganz schlimm gegen uns zu agitiren und Braunschweig geradezu von Ratification der Tractate abzumahnen. In Oldenburg hat man tüchtig geantwortet; in Braunschweig scheint man zu schwanken. Die Herren Hannoveraner wünschen, daß wir mit Oesterreich direct verhandeln; sollten sie denn wirklich nicht einsehen, daß zur Erreichung des Wunsches die Vorbedingung in der Möglichkeit der Verhandlung beruht.

1852 19. 11.

Ich werde Ihnen, geehrter Freund, dankbar sein, wenn Sie mir bald hierüber Ihre Meinung sagen und Sie Sich namentlich darüber aussprechen, ob Sie in meinem Gange Bedenken sehen.

Se. Majestät sind plötzlich sehr antinapoleonisch und meinen, daß der Präsident mit allen Revolutionnairs unter einer Decke spiele.

Das lange englische Memorandum gegen die Ziffer III.*) findet Se. Majestät vortrefflich; ich finde es confus und um so mehr ungenügend, als ich schon jetzt weiß, daß es die Engländer gereut. Nichtsdestoweniger stimme ich darin überein, daß man, wenn irgend möglich, die Engländer beim Worte halten muß. Deßhalb werden wir auch auf die von ihnen vorgeschlagene Conferenz in London eingehen. Oesterreich scheint dazu keine Lust zu haben.

Hochachtungsvoll

19/11. [1852]. Manteuffel.

Wenn ein Arrangement mit Oesterreich gelingen soll, so ist es nothwendig, daß nicht davon gesprochen werde und Leiden-

*) Für Louis Napoleon.

1852 19. 11. schaften und Zeitungen davon fernbleiben. Deshalb finde ich es sehr thöricht, daß Herr v. Dalwigk solche Reden führt und würde sie lieber desavouiren als genehmigen*).

58.

Herzog Christian August von Schleswig-Holstein-Augustenburg an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

1852 5. 12. hatten die Güte, als ich vor Kurzem Ihnen äußerte, daß ich auf 10 bis 12 Tage zur Jagd nach Coburg gehen würde, mir zu versprechen, im Fall inzwischen bey Ihnen etwas für mich eintreffen würde, mich dorthin davon in Kenntniß setzen zu wollen. Mit Beziehung hierauf, erlaube ich mir Sie zu benachrichtigen, daß ich am 7ten cr. nach Coburg zu gehen und den 18ten oder 19ten c. wieder nach Frankfurt, woselbst ich endlich ein Haus gefunden habe, zurückzukehren gedenke.

Sollte innerhalb dieser Zeit etwas für mich bey Ihnen eintreffen, würden Sie mich sehr verbinden, wenn Sie die Güte haben wollten, mir auf solchen Fall nach Coburg zu schreiben, oder sollte meine Gegenwart in Frankfurt erforderlich seyn, so werde ich auf den ersten Wink von Ihnen bereit seyn sofort zurückzukehren.

Ich vermuthe indessen, daß, bis zu der Zeit meiner Rückkehr, aus Kopenhagen nichts eintreffen wird und ich somit dem Vergnügen und der Zerstreuung der Jagd ungestört mich hingeben kann, einer Zerstreuung, die ich um so mehr bedarf, als die vielen Unannehmlichkeiten und Kränkungen, die man

*) Antwort Bismarcks vom 24. November, Preußen im Bundestag IV, No. 54 S. 129 ff.

dänischer Seits mir nicht ersparen zu wollen scheint, sehr störend auf meine Gesundheit wirken und mich in eine Gemüthsstimmung versetzt haben, die zu überwinden mir oft sehr schwer wird und die mich entschuldigen muß, wenn ich gegen meinen Willen bisweilen eine gereizte Stimmung an den Tag lege, für welche ich um nachsichtige Beurtheilung bitten muß. 1852 5. 12.

Die betreffenden Actenstücke, wie sie von Conferenzrath Garlieb mir mitgetheilt sind, habe ich reinschreiben lassen, so daß sie zur Unterschrift bereit liegen und demnach, meiner Seits, Alles zur schnellen Abmachung des Ganzen vorbereitet ist.

In der Hoffnung in kurzer Zeit Ihnen mündlich die Versicherung meiner vollkommensten Hochachtung erneuern zu können, bin ich

Euer Hochwohlgeboren
ergebener
Chr. August Schl.-Holstein.

Homburg d. 5ten Dec.
1852.
In größter Eile.

59.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Nachdem vor etwa Jahr und Tag die dortigen Banquiers von Rothschild hier anwesend gewesen waren und bei dieser Gelegenheit von ihnen der Wunsch zu verstehen gegeben worden, diesseitige Hofbanquiers zu werden, sprachen Ew. Hochwohlgeboren auf desfallsige Rückfrage sich dahin aus, daß die Herren v. Rothschild für etwaniges Wirken im Preußischen Interesse hinlänglich durch Geldvortheile bis jetzt entschädigt seien*). — Dem zu Folge ist damals die Sache nicht weiter betrieben und 1852 30. 12.

*) Dieser Bericht ist nicht veröffentlicht.

1852 30. 12. zurückgelegt worden. — In neuerer Zeit hat jedoch eine Anregung derselben wiederum stattgefunden und dies veranlaßt mich Ew. Hochwohlgeboren gefällige Aeußerung nochmals zu erbitten, ob jetzt die Verhältnisse etwa andere sind. Im Allgemeinen bemerke ich dabei, daß es, nach meiner Ansicht, nicht ganz leicht sein möchte, einem so großartigen Banquier-Geschäfte etwanige Geldvortheile nachzurechnen. Sollten Dieselben sich jetzt für die Verleihung des Titels als Hofbanquiers aussprechen zu können glauben, so stelle ich anheim, mir einen gehörig motivirten amtlichen Antrag dieserhalb geneigtest vorzulegen.

Berlin, den 30. December 1852.

Manteuffel.

(Nachschrift.)

Ich bemerke, daß es eines motivirten Antrags von Ew. Hochwohlgeboren nicht einmal bedarf, sondern daß es mir genügt zu wissen, daß Dieselben nicht Grund haben, gegen die Charakterisirung sich auszusprechen. Sollten die Rothschilds noch vorherrschende antipreußische Tendenzen verfolgen, so würde ich dieß allerdings als einen solchen Grund betrachten.

Mein Interesse bei der Sache besteht, im engsten Vertrauen gesagt, darin, daß man den p. Rothschild von seinen hitzigen Bestrebungen, die Wiener Valuta zu bessern, einiger Maaßen abbringt, und daß man ihn für eine Eisenbahn-Anleihe, welche wir vielleicht machen werden, günstig stimmt.

Meinen herzlichen Glückwunsch für Sie und die Ihrigen.

Unverändert

Manteuffel *).

---

*) Bismarcks Antwort vom 5. Januar 1853 s. Preußen im Bundestage IV, No. 56 S. 132. Der dort erwähnte, aber noch nicht veröffentlichte amtliche Bericht — auch ein Concept desselben ist nicht vorhanden — folgte laut handschriftlicher Notiz auf dem Original des Briefes vom 30. Dezember am 10. Januar 1853 nach.

60.

Friedrich Wilhelm IV. an Otto v. Manteuffel.

P. 2. Jan. 53.

Bester Manteuffel — Einige Zeitungen (Hamb. Nachr., Cöln. Ztg) geben Nachricht von der Einführung des dänischen Commandos beym Holsteinschen Contingent. Das darf nach m(einer) Meinung der Deutsche Bund, hätte er noch ein Fünkchen Ehre im Leibe, geradezu nicht dulden. Wir müssen zu Frankfurt eine ehrenvolle, teutsche Sprache führen, auch wenn er*) uns aus anerzogener Unehrenhaftigkeit nicht hören will — Teutschland aber soll und wird uns hören. Vale.

1853 2. 1.

F.W.R.

Bestätigt sich die Angabe der Zeitungen, so autorisir' ich Sie, dies Blättchen dem H. v. Bismark im Original zuzusenden und das Nähere mit ihm zu berathen.

61.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

wollte ich durch Graf Stolberg einen ausführlichen Brief schreiben. Leider bin ich dazu nicht gekommen, und auch der heutige Tag läßt mir nur einen Augenblick. Dieser Tag hat übrigens so viel odiosa gebracht, daß ich Ihnen nicht gern unter deren Eindruck schreiben möchte. Einiges davon kann ich Ihnen aber doch nicht schenken.

1853 4. 1.

1. Arnim telegraphirt, daß Prokesch nach Frankfurt a/M

*) Der Bund.

1853 4. 1. ernannt sei. Ich werde mich bemühen, es noch zu hindern, und sogar mit Bernstorff drohen. Halten Sie das aber nicht für Ernst.

2. Varennes*) sagt mir, daß die Russischen Creditive in Paris nicht angenommen werden würden, und daß, wenn die unsrigen dann nicht abgegeben würden, die brouille ernstester Art fertig sei. Ich glaube nun zwar, daß dieß ein Schreckschuß ist, allein möglich ist es doch und unser Entschluß, uns mit Rußland auf ganz gleicher Linie zu halten, steht fest. Krieg braucht daraus noch nicht zu folgen, sondern nur die Vertretung durch Geschäftsträger.

Leider werde ich soeben wieder gestört und muß mich daher darauf beschränken, Ihnen und den Ihrigen die aufrichtigsten Glückwünsche zum neuen Jahre darzubringen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ergebener Diener und Freund

B. 4/1. 53. Manteuffel**).

62.

Freiherr v. Prokesch-Osten an Bismarck.

Wien 18. Jänner 1853.

Hochwohlgeborner Freiherr,

1853 18. 1. Wenn ich zu der von Sr. Majestät dem Kaiser mir übertragenen Stellung den besten Willen mitbringe, so gehe ich auch nicht ohne Hoffnung nach Frankfurt, weil ich unter den Mitarbeitern an dem gemeinsamen Werke Sie, hochwohlgeborner

---

*) Französischer Gesandter in Berlin.

**) Antwort Bismarcks vom 7. Januar 1853 f. in Preußen im Bundestag IV, No. 57 S. 132 f.

Freiherr, dort finden werde. Die Ehrenhaftigkeit Ihres Charakters und Ihrer Gesinnungen, die Gabe höherer Anschauung und Auffassung, das beredte Wort und die liebenswürdige Form habe ich Gelegenheit gehabt schon in Berlin würdigen zu lernen und der auf dem Bundesfelde gesammelte Schatz von Erfahrungen wird Ihrem Wohlwollen die Mittel an die Hand geben, mich Ihnen herzlichst zu verpflichten. Sie haben meinen unter schwierigen Verhältnissen stets gleich gebliebenen Bestrebungen, die Einigung zwischen Oesterreich und Preußen zu fördern, die Anerkennung nie versagt. Ich werde auch fortan dies Ziel im Auge behalten, welches die Kraft und Würde Deutschlands verbürgt und die geregelte Entwicklung der Interessen beider Reiche zugleich am wirksamsten sicher stellt. Ich werde mich mit Ihnen auf diesem Wege begegnen und wir werden ihn zusammen machen. In diesem Glauben komme ich.

1853
18. 1.

Noch kann ich den Tag meines Eintreffens nicht bestimmen, aber ich denke, er wird in die letzte Woche dieses Monats fallen. Wahrscheinlich nehm' ich den kürzesten Weg, wobei ich mich auch mit meiner lieben Frau zusammen finden und ihre häuslichen Rathschläge einholen kann.

Wenn ich auf den Schluß meines Aufenthaltes in Berlin zurückblicke, mir die gnädigen Aeußerungen Sr. Majestät Ihres erhabenen Königs und Herrn ins Gedächtniß führe und das Vergnügen bedenke, das mich erwartet, mit Ihnen zusammenzugehen, so bin ich geneigt, Frankfurt mit Ruhe und Heiterkeit entgegen zu blicken.

Genehmigen Sie, hochwohlgeborner Freiherr, den Ausdruck meiner innigsten Hochachtung, mit der ich die Ehre habe zu seyn

Ihr

aufrichtigst ergebener

v. Prokesch-Osten.

63.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1853 1. 2. gefällige Rückfrage vom 29. v. M.*) über die Zweifel, welche entstanden sind, ob dem Freiherrn von Prokesch nach dessen Ankunft in Frankfurt a. M. mit Rücksicht darauf, daß derselbe als Feldmarschall-Lieutenant noch der Kaiserl. Oesterreichischen Armee angehört, von dem Commandeur der in Frankfurt a. M. garnisonirenden Preußischen Truppen, General v. Herwarth, mit dem dortigen Preußischen Offizier-Corps die Aufwartung zu machen sei, hat mir Veranlassung gegeben, die Befehle Sr. Majestät des Königs hierüber einzuholen.

Allerhöchstdieselben haben Sich hierauf dahin auszusprechen geruht, wie es allerdings in dero Intentionen liege, daß dem Baron von Prokesch dieser Besuch gemacht werde, indem Se. Majestät in Beobachtung der Höflichkeits-Formen bei der Ankunft des gedachten Kaiserlichen Gesandten von Preußischer Seite Nichts versäumt wissen wollen, schon aus dem Grunde, weil der nicht angenehme Eindruck, den die Ernennung desselben hervorgebracht, auf diese Weise für das diesseitige Interesse um so leichter benutzt werden könne, je weniger man Preußischer Seits markire, daß man durch diese Ernennung sich verletzt fühle.

Dem in Rede stehenden Besuche einen rein militärischen Charakter durch eine vorherige Anmeldung zu geben und dadurch die Deutung, als gelte derselbe dem Präsidial-Gesandten, auszuschließen, wird nicht schwer zu ermöglichen sein**).

---

*) Concept nicht vorhanden.

**) Vgl. dazu die Correspondenz zwischen Bismarck und Prokesch, Bismarck-Jahrbuch III, 69 ff.

Hiernach wollen Ew. Hochwohlgeboren das Weitere gefälligst in die Wege leiten. 1853 1. 2.

Berlin, den 1. Februar 1853. Manteuffel.

N. S. Ew. Hochwohlgeboren Ansicht über die Haltung der Presse gegenüber dem französischen Kaiserthum*) theile ich ganz und habe auch eine Rectificirung der †Zeitung bereits in Anregung gebracht, was indeß nach den bekannten Verhältnissen nicht leicht ist. Ich sage mir, Preußen steht ohnehin auf dem Vorposten gegen Louis Napoleon und muß sich besonders hüten, seine ohnedieß nicht sehr nachhaltigen Kräfte in einem Präliminarkriege aufzuzehren, was nur die Folge haben würde, daß wir im Momente der Entscheidung nichts mehr in die Wagschaale zu werfen hätten. Ueberdieß dürfen wir uns von Oesterreich und Rußland nicht ins Schlepptau nehmen, sondern müssen uns suchen, aber auch finden lassen. Sehen uns diese Staaten ohnehin schon engagirt, so legen sie auf uns keinen Werth. Die Kaiser-Rede ist uns in dieser Beziehung günstig. Sie ist ein Handschuh, viel mehr den Ultras des Legitimismus als uns hingeworfen, die wir ja von Maria Theresia den Titel Parvenu erhielten und vielleicht in dem Innern der Hofburg zu Wien noch erhalten. Diese Rücksichten haben bisher meine Ansichten in dieser Frage bestimmt. Ich bitte dieß aber aus nahe liegenden Gründen sehr geheim zu halten.

Hochachtungsvoll

Manteuffel.

$\frac{1}{2}$ (1853).

---

*) Vgl. Bericht vom 28. Januar 1853, Preußen im Bundestag IV, No. 61 S. 139 f. und Brief an L. v. Gerlach vom 27. Januar 1853, S. 55 ff. der Ausgabe von H. Kohl.

64.

Freiherr v. Prokesch-Osten an Bismarck.

1858
14. 2.

Wegen des Artikels der Presse*), hochwohlgeborner und

*) Den ein Journalist Kehner im Auftrage des Ritter Braun, eines Beamten der österreichischen Gesandtschaft in Frankfurt, verfaßt haben sollte. In dem Artikel, dat. Wien 8. Februar, hieß es: „Der preußische Legationsrath und Bundestagsgesandte v. Bismarck hat bekanntlich nach der Abreise des Grafen von Thun aus Frankfurt durch freiwillige Uebertragung die österreichische Stimme in der Bundesversammlung und mit ihr interimistisch den Vorsitz geführt. Herrn v. Bismarcks Soiréen waren im Laufe dieses Interregnums viel besucht, von einer besonderen Thätigkeit der Bundesversammlung hat man aber während der Zeit wenig vernommen. Doch scheint sich der interimistische Präsident an diese Ausnahmestellung so gewöhnt zu haben, daß er sie gar zu gern in eine dauernde verwandeln möchte. Wenigstens begegnen wir in dem Berliner ministeriellen Blatt „Die Zeit" einem sehr legationsräthlichen Artikel aus Frankfurt, der plötzlich in die Präsidialbefugnisse Oesterreichs Zweifel setzt und jenen alten preußischen Wunsch nach Alternirung des Vorsitzes wieder durchschimmern läßt.

Es war wirklich höchst zeitgemäß, mit solchen Ansprüchen in einem Augenblicke aufzutreten, wo Oesterreich, indem es sich mit einem einfachen Handelsvertrage begnügte, deutlich genug zu erkennen gab, daß es, anstatt der ihm zugemutheten politischen Pläne, bloß materielle Verbesserungen im Auge hat. Die Haltung Oesterreichs zeigt in jeder Beziehung klar genug, daß es nirgends in den Bereich fremder Machtstellung einzugreifen gesonnen ist, daß es aber sein eigenes Recht mit jener Kraft und Ausdauer zu sichern gedenkt, welche viele Blätter der Geschichte zu rühmen wissen. Das Recht des Vorsitzes in der Bundesversammlung ist ihm durch die Bundesacte zugesichert, und wir hoffen, daß es Niemandem ernstlich einfallen wird, dieses Recht anzutasten.

Gänzlich verfehlt in seiner logischen Begründung und nicht sehr delikat in staatsmännischer Beziehung erscheint vollends der Versuch des erwähnten Frankfurter Briefes, gegen die Persönlichkeit des Kaiserlich österreichischen Präsidialgesandten Mißtrauen zu erwecken. „Wenn sich Herr v. Prokesch," heißt es dort, „um die Vertretung der specifisch österreichischen Politik Verdienste erworben hat, so liegt darin allein noch keine Gewähr seines Eifers für eine erfreuliche und nach allen Seiten hin befriedigende Gestaltung der deutschen Bundesverhältnisse. Im Gegentheil kann man sich der Besorgniß nicht erwehren, daß seine

verehrtester Herr College, habe ich mich in Wien beklagt*). Heute fällt mir der anliegende der Cölner Zeitung in die Hand, der insoferne ganz interessant ist, als er einen Blick in das Geheimniß dieser legalen Giftbereitung erlaubt.

1853 14. 2.

Erstens wird eine Thatsache erfunden und als Wahrheit hingestellt. So hier die angegebene Losung der österreichischen Blätter: „Ausdehnung der Befugnisse des Bundestages". Daß sicher kein einziges österreichisches Blatt, auch das albernste nicht (und es gibt deren viele alberne), diese Prätension aufgestellt hat, daß also die Thatsache eine Lüge ist, das ist eben ihre Kraft, denn jede Lüge hat für die Gaumen corrompirter Völker einen besonders wohlgefälligen Geschmack, wie der Verwesungsproceß des haut goût für die feinsten Feinschmecker.

Hat man nun das Corpus delicti geschaffen und den Gegnern um den Hals gehängt, so ist die Sache schon halb

bisherige vorzugsweise Accentuirung der österreichischen Politik dem allgemeinen deutschen Interesse Eintrag thun möchte." Auf diese Behauptung ließe sich ganz einfach mit dem gar sehr zutreffenden Sprüchwort antworten: „Wer nicht für sich zu sorgen weiß, wird auch Andern nichts leisten." Die Förderung der österreichischen Interessen ging, wie alle Welt weiß, mit den allgemeinen deutschen fortwährend Hand in Hand; namentlich knüpft sich an die frühere Stellung des Herrn von Prokesch die Auflösung der Union und die Vereitelung anderer Sonderbundspläne, Ereignisse, die gewiß einen allgemein deutschen Charakter haben."

*) Vgl. Prokeschs Schreiben an Graf Buol vom 13. Februar 1853, Aus den Briefen des Grafen Prokesch von Osten (Wien 1896) S. 294 f. Die Stelle lautet: „Herr v. Manteuffel sandte an Herrn v. Bismarck ein Blatt der in Wien erscheinenden „Presse" vom 9., das einen persönlichen Angriff auf diesen enthält. Herr v. Bismarck beklagte sich bei mir darüber. Ich drückte ihm mein Bedauern darüber aus, daß man in Berlin solchen Mist auffaßt und ihm vor die Augen bringt. Ich weiß leider, daß man dort durch die eigene Brille sieht und hinter jedem Zeitungsgeschmiere die Regierung wittern will. Für mich, der ich mich des guten Einvernehmens mit meinem preußischen Collegen befleiße (was an sich nicht ganz leicht ist), sind derlei Mißgriffe der Wiener „Presse" nicht angenehm."

1853 14. 2. gelungen. Jetzt kommen Dünkel, Hohn, Witz, tugendhafte Entrüstung und vor allem persönliche Angriffe; hiebei erforscht man die Nieren und Gewissen, holt alles Brauchbare als ebensoviel Erwiesenes hervor. Dieser Calcül der Unverschämtheit ist nicht ohne Talent; er rechnet auf die Dummheit der Leser.

Drittens wird irgend einer Macht oder Person, die man reitzbar hält, geschmeichelt; die Leidenschaften werden gekitzelt und aufgestachelt, bis sie das Urtheil und den gesunden Blick verwirren. Zuletzt wird irgend ein Motto als Resultat des Zustandes ausgesprochen und dadurch der Zustand erwiesen.

Wahrlich, was muß dieses Gesindel für eine Meinung von den Regierungen haben, um von seinem rothen Lappen sich Effekt zu versprechen!

Diese Herzensergießungen zum Morgengruße!

Ihr

14. Febr. (1853). v. Prokesch-Osten.

65.

Quehl an Bismarck.

Euer Excellenz

1853 11. 3. soll ich zuvörderst im Auftrage des Herrn Minister Präsidenten vorläufig benachrichtigen, wie Hochderselbe mit Ihren Auffassungen und Verfahren dem Herrn v. Prokesch gegenüber vollkommen einverstanden ist. Herr v. Manteuffel wird in demselben Sinne mit Sr. Majestät sprechen, und es wird sich — obschon Se. Majestät sehr zu gemeinschaftlichen Schritten mit Oesterreich gegen England hinneigen — wohl gerade bei dieser Veranlassung eine gute Gelegenheit bieten, Oesterreich auf das unpassende Verfahren des diplomatischen Dichters aufmerksam zu machen. Es ist nämlich gestern eine große Note von Oesterreich gekommen, der sich Preußen (gegen

England) anschließen soll. Obschon unsere Heißblütigen schon lange sehr ungestüm „energische Maßregeln“ gegen England verlangen — als ob man etwa England mit einer kräftigen Rede vernichten könnte, wie einen Gesetz-Paragraphen in der zweiten Kammer — setzt Herr v. Manteuffel diesen Anstürmen große Nüchternheit und Ruhe entgegen. Nach seiner Ansicht wird daher auch jetzt Oesterreich wenn auch in freundlichster Weise abschläglich zu bescheiden sein. Gerade in diesen Bescheid werden sich einige Randglossen zu Prokesch einweben lassen. — Besonders haben sich Se. Excellenz über Ihre Baiern betreffende Aeußerungen*) gefreut und ermächtigen Sie im Sinne Ihrer Auffassungen die freundlichsten Beziehungen zu dem bairischen Gesandten zu unterhalten. — Obschon Ihnen das sehr gleichgültig sein wird, kann ich doch nicht umhin, Hochdenselben meine große Freude darüber auszusprechen, daß sich Ihre und des Ministerpräsidenten Auffassungen so regelmäßig begegnen und daß Preußen gerade auf dem Punkte, der jetzt fast der einzige seiner Aktivität ist, einen so durch und durch preußischen Vertreter besitzt. Einen Vertreter, der glücklicher Weise zur Erkenntniß des Richtigen auch diejenige Thatkraft besitzt, die weder erlernt noch erkauft werden kann, sondern die, wie man demüthig bekennen muß, eine Gabe Gottes ist. Gewiß ist es sehr zu beklagen, daß man Sie Beide nicht in hundert Theile theilen und dann mit diesen Manteuffels und Bismarcks die sämmtlichen Gesandtschafts-, Geschäftsträger- rc. Posten versorgen kann. Leider wird freilich die Aussicht auf die erfreulichen Früchte, die ein Zusammenwirken wie das des Herrn Minister Präsidenten mit Ihnen tragen könnte, durch die hiesigen Ver- und Entwickelungen etwas getrübt. Die doctrinär-feudal-pietistische Partei einerseits und der gute Herr

1853
11. 3.

---

*) Im Berichte vom 8. März 1853, Preußen im Bundestag I, No. 155 S. 206 ff.

1853 11. 3.

v. Hinckelbey, der allerdings den Vorzug hat, gar kein Prinzip, sondern nur sein liebes Ich zu vertreten, andererseits erschweren nicht allein Herrn v. Manteuffel seine Stellung, sondern ich fürchte fast, daß sie diese Stellung mehr und mehr erschüttern. Hiezu kommen die vortrefflichen Collegen unseres Chefs, von denen die einen ebenso kurzsichtig wie schwach, die andern (eigentlich Herr v. Bodelschwingh allein) aber ränkesüchtig sind und sich mit großen Dingen tragen. Wie kann nun ein Reich bestehen, das in sich selbst uneins ist? Doch ich verlasse für heute dies Thema mit einer Bitte, welche durch das Interesse für die Sache motivirt ist und in demselben ihre Entschuldigung findet. Ew. Excellenz Auffassung, Wort und Rath gilt bei dem Herrn Minister Präsidenten sehr viel, vielleicht so viel, wie bei diesem seltenen Charakter überhaupt irgend eine Stimme gelten kann. Auf Herrn v. Manteuffel ist nämlich ein Einfluß gegen seine eignen Intentionen überhaupt nie denkbar, wohl aber eine Ermuthigung, nach diesen Intentionen zu handeln, ebenso möglich wie vielleicht nothwendig. Ich halte dafür, daß, wenn Herr v. Manteuffel nicht bald zu einer recht bemerkbaren Aktivität übergeht, er nicht dem Schicksale des Mohren entgehen wird, der seine Schuldigkeit gethan hatte. Ihm selbst freilich wäre damit kein großer Schade gethan, im Gegentheil, wenn ich persönlichen G e f ü h l e n für ihn folgen wollte, könnte ich ihm nur wünschen, daß er bald erlöst und einer bessern Zeit vorbehalten werde. Aber eine pessimistische Politik ist und bleibt immer eine schlechte, und da mit Herrn v. Manteuffel ein System fällt, das unter gegebenen Verhältnissen das einzig richtige zu sein scheint, so habe ich keinen sehnlicheren Wunsch, als ihn unter günstigeren Verhältnissen noch bleiben zu sehen. Meine Bitte an Ew. Excellenz ist nun keine andre, als daß Sie ihn ermuthigen, mehr aktiv zu sein, unbrauchbare Freunde oder gefährliche Gegner zu beseitigen — überhaupt das auszuführen zu suchen, was er für nothwendig selbst er-

kennt. In offner Schlacht selbst fallen ist jedenfalls rühmlicher und besser als durch Intriguen allmählig beseitigt zu werden. Abgesehen aber von Ihrem persönlichen Verhältniß zum Herrn Minister Präsidenten traue ich Ihnen diejenige staatsmännische Voraussicht im höchsten Grade zu, die Sie im allgemeinen wie im eigenen Interesse auf das lebhafteste wünschen läßt, daß Preußens Aktion nach Außen nicht durch inneres Siechthum aller Basis beraubt werde. Verzeihen Sie die Eile dieser flüchtigen Zeilen.

1853 11. 3.

Mit aufrichtiger Verehrung und Ergebenheit

Ew. Excellenz

ganz ergebenster Diener

Berlin 11. 3. 53. Quehl.

66.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

werden gestern eine telegraphische Depesche wegen des Verkaufs zweier zur deutschen Marine gehörigen Schiffe*) erhalten haben. Dieselbe ist auf dringendes Verlangen des Prinzen Adalbert K. H. erlassen worden, da ich aber zuvor weder mit dem Kriegsminister**) noch mit dem Finanz-Minister***) Rücksprache nehmen konnte, so habe ich eine bestimmte Weisung um so weniger ertheilen mögen, als ich selbst der Meinung bin, daß es gut ist, wenn die Sache endlich einmal ausgetragen wird und doch wenig Aussicht vorhanden ist, daß die gedachten

1853 15. 3.

---

*) „Hansa“ und „Erzherzog Johann“.

**) Eduard v. Bonin.

***) Karl v. Bodelschwingh.

1858 Schiffe für unsere Rechnung erworben werden. Ueber die
15. 3. Sachlage erbitte ich eine baldige Mittheilung*).

Das was Ew. Hochwohlgeboren über die Stellung Preußens zu Oesterreich schreiben**), halte ich durchaus für richtig. Es ist das die alte traditionelle Politik unsres Hofes, in welche man um so mehr zurückkehrt, je mehr man sich in die früheren Gleise wieder findet, welche nur während eines wilden Schneetreibens und von unkundigen Fuhrleuten (Radowitz und v. der Pfordten) verlassen werden konnten. Ich habe dies seit längerer Zeit erkannt, und wenn auch Se. Majestät gestachelt von dem Gefühl momentanen Verletztseins nicht ganz mit mir einverstanden waren, so hoffe ich doch die Sachen dahin zu führen, wohin sie eigentlich gehören.

Ich habe deshalb auch, wie Ew. Hochwohlgeboren gesehen haben werden, in den Zollvereins-Sachen die mittleren deutschen Staaten geflissentlich und mehr als Oesterreich es wünschte, geschont, ohne doch, wie ich glaube, Preußen etwas vergeben zu haben. Diese Staaten können doch nur mit uns gehen, und man muß ihnen das Gefühl geben, daß wenn sie unsere Führung suchen, sie ihnen nicht vorenthalten wird. Sind wir nur erst im Gange, so wird sich unsere Schwerkraft, sowohl die materielle als noch mehr die intellectuelle, schon in einer Weise geltend machen, welche mehr wirkt als alle Vertrags-Stipulationen. Auch hat mein Verfahren schon ganz gute Früchte getragen; die Staaten sind hier ganz außerordentlich zuthulich und verlangen so zu sagen aus der Hand zu fressen. Nichts desto weniger erhalte ich heute von Sr. Kgl. Hoheit dem Prinzen von Preußen einen Brief, der vom hohen Olymp herab Rechenschaft von meinen Thaten abfordert und sie als Concessionen

*) S. Bericht Bismarcks vom 17. März 1858, Preußen im Bundestag IV, No. 64 S. 146 f.

**) Im Bericht vom 8. März, Preußen im Bundestag I, No. 155 S. 206 ff.

für Oesterreich stigmatisirt. Es ist in der That entmuthigend, wenn man für alle Mühe, Sorge und guten Willen sich solch Urtheil sprechen lassen muß. Ich habe übrigens Sr. Majestät Genehmigung dazu, gegen Baiern besonders zuvorkommend zu sein und bitte Sie in gleichem Sinne zu handeln.

1853
15. 3.

Von den Zoll-Vereins Staaten ist es wiederum Hannover, welches uns die vermehrten Schwierigkeiten macht. Ich sehne mich unendlich nach einem Ende dieser Tracasserien.

Meine Frau trägt mir auf, Ihnen für Ihren ebenso gütigen als amüsanten Brief verbindlichst zu danken. Sie hat denselben zur Zeit recht ernstlichen Unwohlseins (erhalten) *). Seit länger als 3 Wochen leidet die arme Frau wie Barez sich ausdrückt an einer Entzündung der Knochenhaut im Gesicht, was man auf deutsch wohl Ziegen Peter nennt.

Gestern ist die feierliche Erwählung des Prinzen Karl zum Herrn-Meister des St. Johanniter-Ordens gewesen. Ich habe dabei, obgleich ich Nöthigeres zu thun hatte, auch figuriren müssen.

Unsere Kammer Debatten gehen ihren langsamen Gang. Vor Mitte Mai werden wir nicht fertig.

Daß Ew. Hochwohlgeboren mit Prokesch Ihre Noth haben, finde ich natürlich, ich wünsche nur, daß Sie ihn sich recht fest rennen lassen.

Mit Graf Thun komme ich ziemlich gut aus. Nur in catholicis ist er sehr scharf. Ich habe jetzt eine Depesche von ihm, wonach er uns zu Collectiv-Maßregeln gegen England veranlassen soll. Das geht aber durchaus nicht aus Gründen, wie sie in der an Ew. Hochwohlgeboren gerichteten Instruction enthalten sind. Es wird aber nicht leicht sein, die Pille des abschläglichen Bescheids zu überzuckern. Ich werde in allen Vorder Sätzen Recht geben, nur die Folgerungen bescheiden-

*) Fehlt im Original.

1853 15. 3. lichst in Zweifel ziehen, zunächst ausführen, daß die Post Chikanen durchaus kein würdiges und auch kein wirksames Mittel seien, dann hervorheben, daß die Schweiz uns ja viel näher sei als England, ferner ausführen, daß England uns schnell alle Willfährigkeit für strenge Paß Controlle zu erkennen gegeben (was richtig ist) und endlich anführen, daß ich Grund hätte, an dem Mitgehn von Frankreich, sogar von Rußland zu zweifeln. Den Deutschen Bund auf dieses glatte Terrain zu bringen, würde ich entschieden abrathen.

Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung
Ew. Hochwohlgeboren
ganz ergebener Diener

B. 15/3. 53. Manteuffel*).

67.

Bismarck an Otto v. Manteuffel.

Pro Memoria**).

1853 30. 5. Anknüpfend an meinen heutigen Bericht über das Verhalten einiger Gesandten in der Kettenburgischen Verhandlung***) erlaube ich mir nachstehend einige vertrauliche Bemerkungen über die Persönlichkeit meiner Collegen überhaupt für den Fall, daß es Eure Excellenz interessiren sollte, von denselben Kenntniß zu nehmen.

Herr von Prokesch dürfte hinreichend in Berlin bekannt

---

*) Bismarcks Antworten vom 17. und 24. März 1853 s. in Preußen im Bundestag IV, No. 64 und 65 S. 146 ff.

**) Dieses Pro Memoria ist mit Auslassungen und vielen Fehlern in Preußen im Bundestage I, No. 186 S. 254 ff. gedruckt; ich gebe es hier nach dem Originalconcept.

***) Preußen im Bundestag I, No. 185 S. 254 ff. Der mecklenburgische Kammerherr v. d. Kettenburg hatte sich beim Bundestag wegen angeblicher Beschränkung der Religionsfreiheit beschwert.

sein, um weitere Andeutungen über seine Persönlichkeit unnöthig zu machen; indeß kann ich nicht umhin zu bemerken, daß die Ruhe und Leichtigkeit, mit welcher er falsche Thatsachen aufstellt oder wahre bestreitet, meine in dieser Beziehung ziemlich hochgestellten Erwartungen doch übertrifft und ihre Ergänzung findet in einem überraschenden Grade von Kaltblütigkeit im Fallenlassen eines Gegenstandes oder Veränderung der Front, sobald das falsum, von welchem er ausgeht, unausweichbar zur Anerkennung gebracht wird. Nöthigenfalls deckt er einen derartigen Rückzug durch ein Aufbrausen sittlicher Entrüstung oder durch einen oft sehr persönlichen Angriff, mit welchem er die Discussion auf ein neues und heterogenes Gebiet überträgt. Seine hauptsächlichen Waffen in dem kleinen Kriege, welchen ich da, wo die Interessen divergiren, mit ihm führen muß, sind

1853
30. 5.

1. passiver Widerstand, d. h. die Verschleppung der Sachen, durch welche er mir die Rolle eines unruhigen und nach der Natur der Sachen oft kleinlichen Mahners zuschiebt, und

2. beim Angriff das fait accompli anscheinend unbedeutender Uebergriffe der Präsidialmacht, die gewöhnlich so berechnet sind, daß die Zurückweisung von meiner Seite den Charakter eines Aufsuchens von Streitpunkten oder einer sylbenstechenden Kritik annehmen muß.

Es ist danach kaum möglich für mich, ihm gegenüber nicht den Schein der Unverträglichkeit auf mich zu ziehen, wenn ich nicht den Interessen Preußens in einem Maße vergeben will, welches aus jeder Nachgiebigkeit Anlaß zur Steigerung entnehmen würde. Noch in den letzten Tagen war ich genöthigt, ihn wegen eigenmächtigen Aufnehmens einer Anleihe von 37000 fl. für den Festungsbau zur Rede zu stellen, bei welcher Gelegenheit er sich auf „Hunderte" von Präcedenzfällen, von denen er mir jedoch keinen einzigen namhaft zu machen wußte, berief. Demnächst behauptete er, daß eine gewisse discretionäre

1853 30. 5. Gewalt für das Präsidium zur Geschäftsführung unerläßlich sei, daß zu Zeiten des Grafen Münch*) Niemand gewagt haben würde, über dergleichen Kleinigkeiten eine Erinnerung zu machen, und daß es zur Erhaltung eines guten Einvernehmens zwischen uns und Oestreich nicht beitragen könne, wenn jede Handlung des Präsidenten einer übelwollenden Recension von Seiten des preußischen Gesandten ausgesetzt sei. Meine Widerlegung dieser Auffassungen veranlaßte ihn zu der Aeußerung, daß meine Führung des Präsidiums von Niemand in allen Details geprüft worden sei, um sich zu überzeugen, ob sie nicht ebenfalls zu Ausstellungen Gelegenheit gebe, und daß er einer etwaigen Beschlußnahme der Bundesversammlung mit der Gewißheit entgegensähe, daß letztere das Verfahren des Präsidiums nicht desavouiren werde. Sollte dies dennoch der Fall sein, so werde er die „Kleinigkeit der erwachsenen Zinsen" aus eigner Tasche bezahlen. Ich erwiderte, daß mir der letztere Weg eine erfreuliche und die einzig angemessene Lösung der entstandenen Schwierigkeit zu sein scheine, und ich, wenn der Herr Präsidialgesandte es mir gestatten wolle, mich lieber an den Kosten zur Beseitigung der Sache persönlich betheiligen wolle, als dieselbe zur amtlichen Verhandlung bringen, da ich kaum erwarten könne, daß meine Regirung geneigt sein werde, an Zinszahlungen für eine unmittelbar nach einer Sitzung, allein vom Präsidium, ohne Wissen der übrigen Gesandten aufgenommene Anleihe Theil zu nehmen. Die Geringfügigkeit des betreffenden Objects gewähre uns aber dabei eine große Erleichterung zur Beseitigung eines Präcedenzfalles, dessen Wiederholung die betreffenden Regirungen, falls er ohne Monitum passirte, leicht in ausgedehnterem Maße gewärtigen könnten. Ich behielt mir schließlich eine amtliche Erklärung für den Zeitpunkt

*) Graf Eduard Joachim von Münch-Bellinghausen, von 1823 bis 1848 österreichischer Präsidialgesandter.

vor, wo die Sache officiell zu meiner Kenntniß gelangen würde, was bisher nur durch Privatmittheilungen des Geheimen Regierungsraths Crüger geschehn sei. Ich habe mit Rücksicht auf den Besuch Sr. Majestät des Königs in Wien und auf die Möglichkeit, daß politische Folgen sich an denselben knüpfen, sowohl in diesem wie in andern ähnlichen und gleichzeitigen Fällen es vermieden, amtlich und mit derjenigen Entschiedenheit, zu welcher das Sachverhältniß mich berechtigen konnte, den Präsidialgesandten in seine Schranken zurückzuweisen, und bin gleichzeitig bemüht gewesen, die Discussion in das Geleise freundschaftlicher Verständigung zurückzuführen, so oft Herr v. Prokesch dasselbe verließ. Indessen kann ich nach Lage der Sache auf die Frage zurückkommen, sobald es mir aufgetragen wird.

1853
30. 5.

Den Bayerischen Gesandten, Herrn von Schrenk, rechne ich zu den besten Elementen der Versammlung sowohl seiner Befähigung als seinem Charakter nach; er ist ein gründlicher und fleißiger Arbeiter, dabei praktisch in seinen Auffassungen und Urtheilen, wenn auch seine mehr juristische Bildung und Denkungsweise ihn mitunter etwas rechthaberisch macht, und einem leichteren Fortgang der Geschäfte hemmend entgegentritt. Im amtlichen Verkehr ist er offen und gefällig, so lange sein in der That hochgesteigertes und sehr reizbares Nationalgefühl geschont wird, eine Schwäche, welcher Rechnung zu tragen ich mir besonders angelegen sein lasse.

Unser sächsischer College, Herr von Nostitz, flößt mir weniger Vertrauen ein. Er hat im Grunde eine, wie mir scheint, althergebrachte Hinneigung zu Preußen und seinem politischen System, welche unter anderm aus einem mehr rationalistischen als orthodoxen Protestantismus und der Furcht vor ultramontanen Bestrebungen Nahrung zieht. Ich glaube aber und es sollte mir lieb sein, wenn ich ihm unrecht thäte, daß ihm im Ganzen persönliche Interessen höher stehn als politische

1853 30. 5. und die Geschmeidigkeit seines Charakters gestattet ihm, die letzteren unter einem jeden für die ersteren zuträglichen Lichte aufzufassen. Seine Vermögensverhältnisse sind — wie ich höre und wie durch sein gesellschaftliches Auftreten bestätigt wird — in keiner günstigen Lage und hängen neben seinen unverkürzt für Verbesserung der eignen Lage verwendeten Gehaltsbezügen noch dadurch mit seiner hiesigen Stellung zusammen, daß er hier ein eignes, von ihm bewohntes Haus besitzt, für welches er vor 1848 einen erheblichen Kaufpreis gezahlt und dessen seit 5 Jahren betriebene Vermiethung sich als unthunlich erwiesen hat. Sein politisches Verhalten ist daher durch den Wunsch bedingt, jedenfalls in seiner amtlichen Stellung zu verbleiben, und bei der jetzigen Richtung der sächsischen Regirung hat allerdings Oestreich mehr Gelegenheit ihn in seiner Stellung zu befestigen wie Preußen. Dieser Umstand hindert Herrn v. Nostitz zwar nicht, jede auffällige Verletzung Preußens zu vermeiden, soweit es seine Instructionen irgend zulassen, aber er bildet dabei mit seiner großen Arbeitskraft, Intelligenz und langen Erfahrung die wirksamste Stütze aller Bestrebungen Oestreichs in der Bundes-Versammlung. Er hat ein besonderes Geschick in Abfassung von Referaten und Anträgen über bedenkliche Streitfragen, in welchen er dem Vortrage eine anscheinend vermittelnde Färbung zu geben weiß, ohne den Interessen Oestreichs, sobald der unbestimmten Fassung die richtige Auslegung zu Hülfe kommt, irgend etwas zu vergeben. Erst wenn seine Vorträge die Grundlage späterer Verhandlungen werden, stellt es sich gewöhnlich heraus, daß der eigentliche Zweck, zu dem sie verfaßt wurden, in scheinbar absichtslosen und beiläufigen Worten niedergelegt ist. Wenn in Dresden ein Revirement im Preußischen Sinne einträte, würde die wichtige persönliche Unterstützung, welche Herr von Nostitz vermöge seines Verstandes und seiner Erfahrungen und des durch beide erworbenen Ansehns zu leisten vermag, mit derselben

Sicherheit für Preußen in die Wagschale fallen wie jetzt für Oestreich, falls nicht ein zu starkes Band in dem Umstande liegt, daß einer seiner Söhne in der östreichischen Ingenieur-Akademie erzogen wird und binnen Kurzem als Offizier in die Kaiserliche Armee tritt.

1853 30. 5.

Für Hanover ist Herr von Bothmer seit ein paar Tagen hierher zurückgekehrt; zu meinem Bedauern höre ich aber von ihm, daß sein längeres Verbleiben hier auf keine Weise gesichert ist. Er ist nicht nur ein grader und Vertrauen erweckender Charakter, sondern auch der einzige unter meinen Collegen, der Unabhängigkeit genug besitzt, um mir bei nothwendig werdenden Reclamationen gegen das Präsidium einen mehr als passiven Beistand zu leisten.

Das grade Gegentheil von ihm stellt sich in Herrn von Reinhard*) dar; wenn Herr von Bothmer in seinen Arbeiten gründlich, klar und objectiv ist, so tragen die des württembergischen Gesandten den Stempel der Oberflächlichkeit, Verworrenheit und Selbstgefälligkeit, drei Eigenschaften, welche überhaupt die hervorragenden Kriterien seiner ganzen Erscheinung darstellen, und wenn man einen hohen Grad von Unaufrichtigkeit dazu rechnet, ihn als ein Mitglied der Bundesversammlung erscheinen lassen, dessen Ausscheiden aus der letztern für uns als ein großer Gewinn zu betrachten sein dürfte. Ich weiß nicht, ob sein Abgang von Berlin mit Umständen verknüpft gewesen ist, welche nachhaltige Abneigung gegen Preußen in ihm zurückgelassen haben, oder ob verworrene politische Theorien, über welche er leichter und mit mehr Vorliebe als über praktische Geschäfte sich ausspricht, ihn an die Schädlichkeit des preußischen Einflusses in Deutschland glauben lassen, jedenfalls aber übersteigt seine Antipathie gegen uns das Maß, welches man bei seinem Landesherrn nach der

*) Württembergischer Bundestagsgesandter.

1853 30. 5. politischen Lage Württembergs voraussetzen darf, und habe ich Grund anzunehmen, daß er seinen Einfluß auf seine Instructionen und seine Thätigkeit, soweit sie von letzteren unabhängig ist, prinzipiell zum Nachtheil Preußens geltend macht.

In der Discussion über die Kettenburgsche Frage glaube ich sogar annehmen zu müssen, daß er auf eigne Verantwortung ein Verhalten beobachtet, von dem er nicht wünschen kann, daß es zur persönlichen Kenntniß Seiner Majestät des Königs von Württemberg kommt*).

In seinem Benehmen gegen mich persönlich liegt nichts, was auf eine derartige Gesinnung zu schließen berechtigen würde, und nur selten kommt in der Discussion ein Moment, in welchem, gemäßigt durch eine gewisse Furchtsamkeit die verhehlte Bitterkeit gegen Preußen durchbricht. Beiläufig bemerkt ist er derjenige, der zu den Sitzungen stets als Letzter und zu spät erscheint und in denselben durch Mangel an Aufmerksamkeit und demnächstiges mißverständliches Eingreifen in die Discussion zu vielen zeitraubenden Wiederholungen Anlaß giebt.

Der Badische Gesandte, Freiherr von Marschall, ist nicht ohne Verstand und geschäftliche Brauchbarkeit; im übrigen aber eine subalterne Natur, die sorgfältig bemüht ist, die Verantwortung für ein selbständiges Urtheil von sich abzuwenden und in der unzweifelhaftesten Sache einen mittleren Standpunkt zu finden, von welchem aus es möglich wäre, beiden Theilen Recht oder doch keinem Unrecht zu geben; muß es aber sein, so neigt auch er, sei es aus verwandschaftlichen Rücksichten seiner Familienglieder in östreichischen Diensten, sei es wegen stärkerer Scheu seiner Regirung vor Wien als vor Berlin mehr auf die Seite Oestreichs als auf die unsre. Eine Unterstützung

*) Vgl. dazu Bismarcks Bericht vom 29. Mai 1853, Preußen im Bundestag I, No. 184 S. 251 ff.

gegen das Präsidium, wie beispielsweise bei Behandlung der Geschäftsordnung, für welche er Referent ist, habe ich schwerlich von ihm zu erwarten. Die Neutralität oder wenn man will das Hinken auf beiden Seiten, welches ihm eigen ist, findet auch in der gemischten Ehe einen Ausdruck, in welcher er mit einer eifrigen Katholikin lebt.

1853
30. 5.

Unser Kurfürstlicher College, Herr v. Trott, nimmt an den Geschäften so wenig Antheil als möglich, befaßt sich namentlich nicht mit Referaten und Mitwirkung in Ausschüssen und ist vielfach abwesend unter Substitution des Vertreters von Darmstadt*). Er zieht den Aufenthalt auf dem Lande und die Jagd der Betheiligung an den Verhandlungen bei weitem vor und macht mehr den Eindruck eines jovialen und wohlbeleibten Gutsbesitzers als eines Gesandten. Er beschränkt sich darauf, kurz und genau aus seiner Instruction abzustimmen, und wenn letztere von dem Minister Hassenpflug ohne Ausnahme nach den Weisungen Oestreichs eingerichtet wird, so scheint es mir doch, daß eine persönliche Unterstützung durch Herrn von Trott Oestreich oder den Staaten der Darmstädter Coalition ebensowenig zu gut kommt als uns eine Parteilosigkeit, welche dem hessischen Gesandten durch seine Abneigung gegen Geschäfte und wie ich gern glaube durch das Widerstreben seiner an sich ehrlichen Natur gegen das Intriguensystem ebensosehr erleichtert wird, wie durch seine in früheren Zeiten unzweifelhafte Sympathie für die Interessen Preußens. Seine Familie ist sehr zahlreich und seine Vermögenslage nicht glänzend.

Ein feindseligeres Element finden wir in dem Großherzogl. Hessischen Gesandten Freiherrn von Münch-Bellinghausen. Wenn derselbe schon durch seine verwandschaftlichen Verhältnisse mit dem früheren Präsidial-Gesandten gleiches Namens an die Interessen Oestreichs geknüpft ist, so wird sein Antago-

*) v. Münch-Bellinghausen.

1853 30. 5. nismus gegen Preußen noch erheblich geschärft durch starken und wie ich glaube aufrichtigen Eifer für die katholische Kirche. Im Privatverkehr ist er ein Mann von angenehmen Formen und kann ich auch über sein amtliches Verhalten insofern nicht klagen, als ich einen Hang zur Intrigue oder Unaufrichtigkeit über das Maß der von der antipreußischen Politik seiner Regirung gebotenen Zurückhaltung hinaus nicht wahrgenommen habe. Im übrigen ist er ein natürlicher Gegner der Preußischen Politik überall, wo diese mit Oestreich und der katholischen Kirche nicht Hand in Hand geht, und kann ich den Eifer, mit welchem er seine Meinung mir gegenüber nicht selten in der Discussion vertritt, nur für einen Beweis der Aufrichtigkeit seiner politischen und religiösen Ueberzeugungen halten. Eine Anomalie ist es jedenfalls, daß ein protestantischer und augenblicklich mit den katholischen Bischöfen in Conflict stehender Souverän durch Herrn von Münch beim Bunde vertreten wird. Ebensowenig kann den rheinbündischen Tendenzen des Herrn von Dalwigk und des Prinzen Emil von Hessen die politische Auffassung des Herrn von Münch entsprechen, welche mehr der sogenannten großdeutschen, in Preußen durch die Reichensperger und andre vertretenen Richtung angehört. Herr von Münch war ein lebhafter Vertheidiger der bis zum vorigen Herbst auf dem Bundes-Palais stehenden schwarz-roth-goldenen Fahne und des nationalen Elements in der übrigens von ihm bekämpften Bewegung von 1848.

Herr von Bülow, der Vertreter Dänemarks, ist einer der gescheutesten Köpfe in der Versammlung, und ich bedaure, daß die Stellung des Staates, den er vertritt, ihm nicht gestattet, erheblichen Antheil an den laufenden Geschäften zu nehmen. Die Haltung der östreichischen Politik entspricht natürlich den Wünschen des Cabinets von Copenhagen mehr als die unsrige, indessen beobachtet Herr von Bülow in allen nicht dänischen Fragen eine ziemlich parteilose Zurückhaltung, wie denn auch

die meisten zwischen Preußen und Oestreich obwaltenden Streitfragen von einer Natur sind und aus einer Zeit stammen, daß Dänemark die Betheiligung daran prinzipiell vermeidet und die Abstimmungen des Herrn von Bülow gewöhnlich nur neben einer stereotyp gewordenen Verwahrung der Rechte seines allergnädigsten Herrn die Erklärung enthalten, daß er noch ohne Instruction sei. Die Verhandlungen sowohl am Bunde als in der Augustenburger Angelegenheit haben mir Gelegenheit gegeben, Herrn v. Bülow als einen gewandten und einsichtsvollen Geschäftsmann kennen zu lernen, dem sowohl im offiziellen wie im Privatverkehr ein angemessenes und gefälliges Benehmen eigen ist.

1858
30. 5.

Zu unsern treuesten Bundesgenossen gehört Herr v. Scherff*), der sich für seine Person ganz den Preußischen Interessen hingiebt, auch einen Sohn in unserm Militärdienst hat; er ist ein erfahrner und selbst bis zur Aengstlichkeit vorsichtiger Geschäftsmann. Die letztere Eigenschaft sowie die Natur des Einflusses, den Se. Majestät der König der Niederlande auf die Luxemburger Instructionen übt, verhindern ihn oft, mir in den Sitzungen diejenige Unterstützung zu gewähren, welche ich andernfalls von ihm erfahren würde. Außerhalb der Sitzungen habe ich stets mit Vertrauen auf ihn zählen können, wenn ich seinen Rath in Anspruch genommen habe oder wenn es sich darum handelte, mir mit seinem Einfluß auf einen andern oder mit einzuziehenden Erkundigungen zu Hülfe zu kommen. Bei Sr. Königlichen Hoheit dem Prinzen von Preußen steht Herr von Scherff und dessen Familie mit Recht in besondrer Gnade.

An seinem Nachbar in der Sitzung, dem Freiherrn von Fritsch, habe ich nichts zu wünschen, als daß seine Kraft, die Preußischen Interessen zu unterstützen, seinem Willen gleich-

*) S. o. S. 101.

1858 30. 5. kommen möchte. Er ist seiner Politik nach ein ehemaliger Gothaer, dabei aber ein aufrichtiger, achtungswerther Mann; die Instructionen seiner Höfe sind mit einer Hingebung, die unsre lebhafte Dankbarkeit verdient, in allen wichtigen Fragen dahin gerichtet, sich dem Preußischen Votum anzuschließen, und würde diese Unterstützung noch werthvoller werden, wenn Herrn von Fritsch in höherem Grade das Bewußtsein beiwohnte, seine Ueberzeugungen selbständig vertreten und ihnen Geltung verschaffen zu können.

Nassau-Braunschweig werden durch den Freiherrn von Dungern vertreten, einen inoffensiven Charakter, der weder durch persönliche Fähigkeiten noch durch politisches Ansehn irgend einen Einfluß auf die Bundesversammlung ausübt. Wenn der Gegensatz, welcher in den meisten Fragen zwischen der Haltung Braunschweigs und Nassaus besteht, sich in den meisten Fällen zu Gunsten der nassauischen d. h. der östreichischen Ansicht löst, so sind hierauf zwar einerseits die verwandschaftlichen Beziehungen des Herrn von Dungern und seiner Gemalin zu Familien, die im östreichischen Interesse stehn, und die größere persönliche Scheu des Gesandten, der 2 Söhne im östreichischen Militärdienste hat, vor dem Ressentiment Oestreichs als vor dem Preußens nicht ohne Einfluß; hauptsächlich aber liegt der Fehler in dem Umstande, daß Braunschweig durch einen Diener des Herzogs von Nassau vertreten wird, der sich hier in der unmittelbarsten Nähe seines von östreichischen Einflüssen beherrschten Hofes befindet, mit Braunschweig aber wohl nur so nothdürftige Beziehungen unterhält, daß dieselben kaum als ein Aequivalent der 5000 Gld, welche Seine Hoheit der Herzog Wilhelm zu dem Gehalt desselben zugiebt, betrachtet werden können.

Der Mecklenburgische Gesandte Herr von Oertzen rechtfertigt in allen Beziehungen den Ruf eines ehrenwerthen Mannes, unter dem ich ihn schon vor seiner Stellung gekannt

habe. In der ersten Zeit nach dem Wiederzusammentritt des Bundestags war bei ihm wie bei einer großen Anzahl seiner Landsleute eine Hinneigung zu Oestreich nicht zu verkennen; es scheint mir aber unzweifelhaft, daß seine zweijährige Beobachtung der Mittel, welche die östreichische Politik durch das Organ des Präsidiums hier zur Anwendung bringt, in der ehrliebenden Natur des Herrn von Oertzen, ungeachtet auch er einen Sohn im östreichischen Heere hat, eine Reaction erzeugt hat, die mich auf ihn persönlich vollständig und auf seine politische Unterstützung insoweit zählen läßt, als es seine Instructionen, über deren Natur ich im Ganzen nicht klagen kann, nur immer gestatten. Jedenfalls kann ich bei ihm unter allen Umständen auf ein offnes und ehrliches Verfahren rechnen. Er bearbeitet als Referent vorzugsweise die Bentinckschen und andre Reclamations-Sachen mit vieler Gründlichkeit, wenn ich auch die Richtigkeit seines Urtheils nicht immer anerkennen kann. Seine Haltung bei Discussionen ist jederzeit ruhig und vermittelnd.

1853 30. 5

Der Vertreter der 15ten Curie ist Herr von Eisendecher, ein Mann, dessen freundliches Entgegenkommen und anscheinend grades ehrliches Wesen, verbunden mit Witz und Lebhaftigkeit in der Unterhaltung, mich anfangs für ihn eingenommen hatte. Bei längerer Beobachtung hat sich mir indeß die Ueberzeugung aufgedrängt, daß seine äußere Erscheinung ihm nur als Maske für einen ziemlich hohen Grad von Verschlagenheit dient, und daß man ihm, wie das Sprichwort sagt, nicht über den Weg trauen kann. Er war früher ein sehr avancirter Gothaer, und wenn man seinen Worten glauben dürfte, so wäre diese Färbung naturgemäß übergegangen in eine lebhafte Sympathie für Ausbildung des Bundes als starker einheitlicher Centralgewalt, indem er auf diesem Wege durch Hülfe Oestreichs einen Ersatz zu finden meint für die fehlgeschlagenen Einheitsbestrebungen im Preußischen Sinne. Ich will wünschen, daß dies das wahre Motiv ist für seine unverkennbare Parteinahme

1853
30. 5.

gegen Preußen, sogar in den Fällen, wo unsre Interessen mit denen Oldenburgs ganz unzweifelhaft identisch sind, auch ohne Rücksicht auf die allgemeine politische Sympathie, welche bei Oldenburg und seinem Regenten für Preußen vorausgesetzt werden darf. Wenn es aber auch unzweifelhaft wäre, daß mir unbekannte politische Interessen irgend einer Art dabei im Spiele sind, so scheint es mir doch, als ob Herr von Eisendecher auch in diesem für die Beurtheilung seines Charakters günstigeren Falle seinen eignen Abneigungen gegen Preußen oder gegen dessen jetzige Regirung einen stärkern Einfluß auf seine Amtshandlungen gewährte, als dies mit den Pflichten gegen seinen Herrn verträglich ist [1]). Dem Vernehmen nach ist die Curiat-Verfassung von der Art, daß beide Anhalt und beide Schwarzburg, wenn sie unter sich einig sind, Oldenburg überstimmen; es fragt sich daher, ob es nicht in unsrer Macht liegt, uns der Vota der 4 kleineren Staaten und somit der Stimme der Curie mehr als bisher zu versichern.

Mit mehr Einfachheit und weniger List legt der Vertreter der 16ten Curie, Freiherr von Holzhausen, seinen Einfluß für Oestreich in die Wagschale und sagt man von ihm, daß er sich seine Instructionen in den meisten Fällen, auch wenn er vollkommen Zeit hat, sie einzuholen, selbst mache und etwaigen Reclamationen seiner Committenten durch Stillschweigen oder durch eine geschickte Benutzung der großen Anzahl der Mitglieder der Curie und des Mangels an Verbindung unter

[1]) In dieser Ansicht werde ich noch dadurch bestärkt, daß die Oldenburgische Regirung in Folge der von uns unmittelbar in Oldenburg veranlaßten Schritte Herrn v. Eisendecher, ohne dessen Bericht einzufordern und zu seiner anscheinend großen Ueberraschung angewiesen hat, wegen der matrikularmäßigen Umlegung der Centralverwaltungs-Kosten von 534,898 fl. 33 kr. sich unsrer Auffassung anzuschließen.

denselben zu begegnen weiß. Dazu kommt, daß die meisten der kleinen Fürsten für ihre föderale Diplomatie den Aufwand nicht machen mögen, der zu einer regelmäßig eingerichteten Kanzlei und Correspondenz erforderlich sein würde, und daß sie mit den verwendbaren Mitteln, falls Herr von Holzhausen, der nach dem Tode des Freiherrn von Leonhardi als Mindestfordernder die Stelle erhielt, ihnen den Dienst aufkündigt, schwerlich einen so stattlichen Vertreter wie dieses wohlhabende, mit mehren Großkreuzen und dem Titel eines wirklichen Geheimen Raths geschmückte Mitglied der ältesten Frankfurter Patricierfamilie für sich würden gewinnen können. Die nächsten Verwandten des Herrn von Holzhausen, der selbst unverheirathet und kinderlos ist, sind im Dienste Oestreichs. Außerdem weist der ungewöhnlich stark ausgebildete Familienstolz dieses Herrn mit seinen ganzen Erinnerungen in das mit der Herrlichkeit des heiligen römischen Reichs eng verknüpfte reichsstandliche Patriciat zurück, und die ganze Stellung Preußens scheint ihm eine revolutionäre Usurpation, welche den wesentlichsten Antheil an der Zerstörung der Privilegien derer von Holzhausen hat. Sein großes Vermögen läßt mich annehmen, daß die Bande, welche ihn an Oestreich knüpfen, nur die ehrgeiziger Bestrebungen, wie etwa das Verlangen nach einem Kaiserlichen Orden oder nach der Erhebung der Familie in den östreichischen Grafenstand sind, nicht aber pekuniäre Interessen, wenn man nicht etwa den Besitz erheblicher Summen Métalliques als solches ansehn will.

1853 30. 5.

Was die Gesandten der freien Städte anbelangt, so treten ihre Persönlichkeiten bei dem öfteren Wechsel weniger consequent hervor, besonders wenn man die Vielseitigkeit der Factoren, welche zu Ertheilung der Instructionen mitwirken, in Anschlag bringt. Gegenwärtig anwesend hier sind die Herrn Kirchenpaur für Hamburg und Harnier für Frankfurt. Beide gehören, wenn man die Bundesversammlung in zwei Hälften theilen

1853 30. 5. will, der fähigeren an, auch beide der Gothaer Partei, der Vertreter Hamburgs der Rechten, der Frankfurter der Linken derselben. Ersterer scheint, so weit man es von ihm beanspruchen kann, und so weit die ihm ihre Entstehung verdankende Neuner-Verfassung nicht in Frage kommt, ein grader, nachdenkender und Zutrauen erweckender Mann zu sein, der 2te aber das Gegentheil.

Wenn mir Ew. Excellenz schließlich verstatten, die Resultate meines gehorsamsten Vortrags kurz zusammenzufassen, so dürften dieselben in Folgendem bestehen:

Von allen Bundestags-Gesandten sind den diesseitigen Interessen ihrer persönlichen Ansicht nach nur die Herrn v. Fritsch, v. Scherff und v. Oertzen ergeben; Ersterer folgt dabei zugleich den Instructionen der von ihm vertretenen Regirungen.

Für Oestreich dagegen sind persönlich, ohne daß man von den Regirungen, welche sie vertreten, ein Gleiches behaupten kann, die Herrn v. Eisendecher, v. Holzhausen und v. Dungern in Betreff Braunschweigs.

Außer diesen schließen sich Oestreich, der Instruction ihrer Regirung gemäß, an: Herr v. Nostitz, Herr v. Reinhardt, v. Münch, v. Trott, der jedoch gemäßigter als sein College für Hessen-Darmstadt auftritt und Herr v. Dungern für Nassau.

Eine theils unabhängigere, theils vermittelnde Stellung nehmen ein die Herrn v. Schrenk, v. Bothmer, v. Bülow, v. Marschall und die Vertreter der Freien Städte, doch sind auch bei der Haltung dieser östreichische Influencirungen nicht selten bemerkbar.

Frankfurt a./M., den 30. Mai 1853.

v. Bismarck.

68.

Freiherr v. Prokesch an Bismarck.

Hochwohlgeborner Freiherr,

Gegen meine Erwartung ist die Sache wegen der 100000 fl.*) noch nicht ins Reine gebracht. Ich zog gestern noch das Protokoll zurück, sistirte den Druck und strich heute in Gegenwart des Herrn Legations-Rath v. Wentzel den ganzen Paragraph durch**). Er wird mir hierauf eine Anzeige an das Präsidium über die Einzahlung (d. h. über die Ermächtigung zu derselben) machen***), worin diese Summe abermals als Vorschuß bezeichnet wird. Da ich auf diese amtliche Mittheilung die Weisung an die Kassenabtheilung basiren müßte, so könnte diese die Summe auch nur als Vorschuß nehmen, der Rückstand auf die Umlage von 1851 bliebe daher offen und somit müßte ich den § des Protokolls wieder restituiren.

1853 3. 6.

Um die Sache auszugleichen, schlug ich ihm eine Fassung der Anzeige vor, worin sowohl das hemmende Wort „Vorschuß“ als das vielleicht anstößige „Rückstand“ vermieden ist. Er glaubt aber anfragen zu müssen. So unlieb mir das Verzögern des Drucks des Protokolls ist, so warte ich doch bis morgen Abends und allenfalls bis Sonntag Mittag, wo dann Nachmittags die Unterschriften vollends gesammelt werden können und am Montag der schon im Zuge befindliche Satz zum Drucke bereit gemacht werden kann.

Ich kann mir nicht denken, daß in der an sich so klaren Sache noch ein Anstand eintrete.

Der Himmel segne Ihre Anwesenheit in Berlin. Ge-

*) Für den Ulm-Rastatter Baufonds.

**) Vgl. die Schreiben Wentzels an Bismarck vom 3., 4. u. 6. Juni, Bismarck-Jahrbuch VI, 49 ff.

***) Ergänzung des Herausgebers.

1853 3. 6. währen Sie mir Gerechtigkeit für meine unwandelbaren ausgleichenden Bemühungen. Legen Sie mich auch Sr. Majestät, Ihrem allergnädigsten Herrn, ganz unterthänigst zu Füßen.

Hochachtungsvoll

Frankfurt 3. Juni (1853). v. Prokesch-Osten.

69.

König Friedrich Wilhelm IV. an Bismarck.

Rüdersdorff 12 Sptb. 53.

1853 12. 9. Theuerster Bismark — Es waltet in den Regionen meines Bruders Wilhelm ein Mißverständniß, dessen Lösung zu Allseitiger Befriedigung nothwendig wird. In Dobberan erhielt ich einen Brief von ihm mit Jammergeschrey über Manteuffels nun feststehenden Abgang, welchen er (mit Recht) als Calamität bezeichnete. Ich forderte von Wilhelm die Lösung dieses Räthsels, da ja grade seit 3 Wochen Alles beygelegt sey, meine Persévérance gesiegt habe. Er antwortete mir vor etwa 8 Tagen „er freue sich — aber es sey Ihnen bester Bismark ein Brief aus Puttbus*) zugegangen, welches Inhalt Sie wie ihn selbst zu keinem andern Schlusse habe bringen können" — Gestern in Sans-souci frug ich ihn nach dem Autor jenes Briefes und — er nannte mir Gerlach (Polte) — heut hab' ich Gerlach constituirt. Derselbe versichert hoch und theuer Ihnen aus Puttbus nichts**) dergl. geschr(ieben) zu haben***).

Da haben Sie den Schlamassel. Entwirren Sie ihn mir und Wilhelm und — so bald als möglich. Vale.

FWR.

---

*) Dreifach unterstrichen.

**) Zweifach unterstrichen.

***) Vgl. Gerlachs Brief an Bismarck aus Putbus vom 15. Sept. 1853, Briefwechsel S. 107 f.

70.

Bismarck an König Friedrich Wilhelm IV.

(Bruchstück.)

1853 ? 9.

... gen des Generals von Gerlach zu berichtigen, und war es mir aus diesem Grunde sehr lieb, daß ich am folgenden Tage endlich einen Brief von letzterem erhielt, der auf unverdächtige Weise darthat, daß der Schreiber alles anwenden wolle, um Herrn von Manteuffel zum Bleiben zu vermögen, weil er keinen thunlichen Ersatz für denselben wisse. Dieser Brief konnte etwa den 10. oder 12. August geschrieben sein, da er mit der langsamen Schirrmeister-Gelegenheit über Cöln nach Frankfurt gegangen, und mir von dort nach Ostende nachgeschickt, am 17. oder 18. an mich gelangte; er enthielt über die Entscheidung der Hauptfrage nichts Bestimmtes; überhaupt keine neuen Thatsachen; mein einziger Grund mitzutheilen war daher der, daß sein Inhalt mir geeignet schien, S. K. H. zu überzeugen, daß ... ich erinnere mich des Wortlauts nicht, aber, obschon ich mich der wörtlichen Fassung nicht erinnere, so weiß ich doch soviel, daß von der Hoffnung auf Herrn von Manteuffels Bleiben, von der politischen Nothwendigkeit desselben, und von Anbahnung eines erneuten Vertrauens des Freiherrn von Manteuffel zum General von Gerlach darin, dem Sinne nach, wenn auch nicht mit diesen Worten, die Rede gewesen ist; denn da der Brief neue Thatsachen nicht enthielt, so war der einzige Grund der mich veranlassen konnte Sr. Königlichen Hoheit dem Prinzen den Inhalt desselben, ich weiß nicht mehr ob ganz oder theilweis, mitzutheilen ... *).

---

*) Vgl. Bismarcks Brief an L. v. Gerlach vom 28. September 1853, Ausg. von H. Kohl, S. 99 ff.

71.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1854 6. 1. habe ich schon längst schreiben wollen, ohne jedoch dazu Zeit finden zu können. Auch heute werden nur wenige Zeilen Ihnen die Ueberzeugung gewähren, daß ich Ihrer in alter Freundschaft gedenke.

„Ex oriente lux“ sagt Prokesch; dieß Licht ist aber vor der Hand ziemlich versteckt, wenigstens sehe ich dort nur Finsterniß und die Möglichkeit, daß sich von dort ein feuerspeiender Berg entwickelt. Es spielen bei der Sache — und das ist meine einzige Hoffnung — viele vorgefaßte Meinungen und gegenseitige Exaltationen mit, welche sich doch endlich einmal verfliegen müssen. Ich für meine Person bin fest überzeugt, daß der Kaiser*) persönlich nicht den Krieg und keine Eroberung will. Weniger fest ist meine früher auch vorhandene Ueberzeugung, daß England nicht den Krieg will. Nach der Affaire von Sinope**) scheint es den Engländern damit wirklich Ernst zu sein. Im Allgemeinen ziehen sie aber doch wohl den Frieden vor. Frankreich ist jetzt merklich kühler als England, Baraguay d'Hilliers***) sagt ganz laut in Constantinopel, daß Frankreich nicht den Beruf habe, die Perser zu Gunsten der Indischen Besitzungen Englands zu bekriegen, und Drouyn de L'Huys†) nimmt auch in seinen Aeußerungen viel mehr einen elegischen als einen dithyrambischen Ton an. Die miserabelste Rolle bei der Sache spielt jeden Falls Oesterreich, welches wie eine Maus in der

*) Von Rußland.

**) Seeschlacht, 30. Nov. 1853, in welcher der russische Admiral Nakhimoff ein türkisches Geschwader unter Osman Pascha schlug.

***) Französischer General und Botschafter in Constantinopel.

†) Seit 28. Juli 1852 Nachfolger Turgots als Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

Falle bald zu dieser bald zu jener Oeffnung heraussieht und die Nase überall da zurückzieht, wo man draufschlägt. Graf Buol widerruft heute, was er gestern gesagt hat. Man kann dem Grafen daraus einen so großen Vorwurf nicht machen. Denn abgesehen davon, daß die Stellung Oesterreichs mit einer reducirten Armee, zerstörtem Credit und nicht organisirten Völkerschaften als unmittelbar betheiligte Macht in der That eine verzweifelte ist, soll nach sehr zuverlässigen Nachrichten, die mir aus Wien zugehen, die Wirthschaft dort im Central-Punkt eine höchst traurige sein. Graf Buol hat weder beim Kaiser noch bei seinen Collegen Geltung, das Militär-Cabinet Sr. Majestät pfuscht ab und zu in die Diplomatie hinein und verschiebt Alles, überdieß ist Meyendorff so unliebenswürdig und verdrießlich wie möglich. Was Oesterreich eigentlich will, ist schwer zu sagen. Vor allen Dingen wohl so lange als möglich sich aus der Sache, die ihm doch wegen der Nachbarschaft auf die Nägel brennt, herauszuhalten. Man will es mit dem Kaiser von Rußland nicht verderben, gleichwohl giebt Herr v. Hübner*) in Paris die wunderbarsten Erklärungen ab, so daß polizeiliche Nachrichten sogar versichern, Oesterreich habe dort, um den Stoß von seinen Italienischen Grenzen abzuwenden, Propositionen wegen Ueberlassung unserer Rhein Provinz an Frankreich gemacht. Ich glaube dieß zwar nicht, will aber doch den Gedanken an solche Abfindung im Hinblick auf frühere Vorgänge des Hauses Habsburg-Lothringen nicht ganz unmöglich halten.

1854
6. 1.

Wir haben uns bisher so ziemlich in unsrer ursprünglichen Stellung maintenirt. Die Mission des Grafen Pourtalès nach London hat den Zweck, das Terrain dort besser, als es der unpraktische Bunsen**) der Preußischen Wahrnehmung zu bringen

*) Oesterreichischer Gesandter in Paris.
**) Preußischer Gesandter in London.

1854 6. 1. versteht, zu erforschen und vertrauliche Erklärungen zu provociren. Er wird demnächst zurückkehren. Er hat eine wesentliche Spaltung im Englischen Cabinet gefunden, indem Aberdeen *) entschieden Oesterreichisch ist, während Clarendon **) von diesem Staat nichts wissen will. Graf Pourtalès hat übrigens vorzugsweise und mit Energie hervorgehoben, daß, wenn wir neutral bleiben wollen, kein Teufel uns davon abhalten könne.

Sehr wichtig wird es sein, welchen Eindruck die Nachricht von dem Befehl des Einlaufes ins Schwarze Meer in Petersburg machen wird. Ich möchte nach früheren Nachrichten annehmen, daß darauf mit einer Kriegs Erklärung geantwortet werden würde, bemerke indeß, daß Budbergs Sprache und Rochows Berichte jetzt milder klingen.

Was unsere Häuslichkeit betrifft, so haben die Familien Scenen in der Kammer noch nicht begonnen; morgen wird mit der Westphälischen Gemeinde Ordnung der Anfang gemacht. Am Montag bringe ich den Vertrag mit Oldenburg wegen des Jahdehafens ***) ein. Ich werde so wenig große Worte als möglich machen, um nicht Leidenschaften aufzuregen, doch wird die Sache in England nicht gern gesehen werden.

In den letzten Tagen war Minister v. Beust, der commis voyageur, hier angeblich, um seinem Oncle, dem alten Werther†), Condolenz Visite zu machen, in Wahrheit, um zu spioniren und die Münchener Reise zu verdecken. Der König, bei dem Minister v. Beust sich ausdrücklich melden ließ, hat ihn zur Tafel gezogen, aber möglichst schlecht behandelt. Mit mir

*) Englischer Premierminister.

**) Staatssecretär für die auswärtigen Angelegenheiten.

***) Durch Staatsvertrag vom 20. Juli 1853 brachte Preußen zwei Landstreifen am Ost- und Westende der engsten Stelle des Jahdebusens käuflich an sich zum Zwecke der Anlegung eines Kriegshafens („Wilhelmshaven“).

†) Wilhelm Freiherr v. Werther, Oberstmarschall.

wollte er auch Politik sprechen, ich habe ihn aber von Elb- schifffahrt und Gerichts Verfassung unterhalten. Er soll sehr unzufrieden abgereist sein; das würde ich bedauern, wenn an ihm noch etwas zu verderben wäre. 1854 6. 1.

In meinem eigenen Hause geht es mir, Gott sei Dank, gut, Frau und Kind sind gesund und ich auch leiblich. Am Nachmittag des 1. Feiertags fuhren wir aufs Land, haben in Falkenhain gewohnt und am 3. Festtage gejagt. Tags darauf sind wir hierher zurückgekehrt.

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Frau Gemahlin so wie Ihren Kindern viel Glück zum neuen Jahre. Meine Frau grüßt. Schreiben Sie mir bald einmal und nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich nicht pünktlich antworte.

Mit ausgezeichneter Hochachtung und alter Freundschaft

Ihr

ganz ergebener Diener

Berlin, den 6. Januar 1854. Manteuffel.

72.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Von der am 26ten erfolgten Abreise Ew. Hochwohlgeboren nach Carlsruhe*) habe ich durch den Legations-Rath Wentzel auf 1854 28. 1.

*) Der Erzbischof Vicari von Freiburg in Verbindung mit den Bischöfen von Rottenburg, Limburg, Fulda und Mainz hatte im März 1851 das in den Staaten der oberrheinischen Kirchenprovinz (Württemberg, Baden, Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt und Nassau) geltende Recht des Staates circa sacra bestritten und trotz erheblicher Zugeständnisse im Jahre 1853 erklärt, daß er alle der kirchlichen Ordnung, dem westfälischen Frieden, der Reichsdeputationsordnung, den Bullen der Päpste Pius VII. und Pius VIII. widerstreitenden Gesetze für unverbindlich halte und danach verfahren werde. Bismarck trat entschieden

1854 28. 1. telegraphischem Wege Nachricht erhalten und beeile mich Ihnen noch besonders meinen Dank für die entgegenkommende Weise zu sagen, mit welcher Ew. Hochwohlgeboren in meine Wünsche und Auffassungen eingegangen sind. Wie auch die Lage der speziell kirchlichen Angelegenheit in Carlsruhe sein möge in diesem Augenblick, so darf ich mich jedenfalls der Hoffnung hingeben, daß Ew. Hochwohlgeboren Gegenwart auch jetzt sowohl für diesen besondern Fall, als namentlich auch in allgemeineren Beziehungen für das Verhältniß Preußens zu Baden von ersprießlicheren Folgen sein werde.

Ich habe in meinem letzten Schreiben darauf aufmerksam gemacht, wie wichtig die Wahl einer festen und entschiedenen Persönlichkeit zu einer vertraulichen Sendung nach Rom sein würde, wenn die Großherzogliche Regierung, wie ich aus dem Ihnen mitgetheilten Bericht des Kgl. Gesandten in Carlsruhe*) entnehmen mußte, eine solche beabsichtigt. Heute kann ich nicht umhin, Ew. Hochwohlgeboren in Betreff einer solchen Sendung noch einige Bedenken auszusprechen, welche sich mir bei reiflicher Erwägung der jetzigen Sachlage aufdrängen.

Der in jenem Bericht gemeldeten Uebereinkunft, die durch Vermittelung des Bischofs von Mainz**) zu Stande gekommen sein sollte, ist durch Zeitungs Nachrichten, deren Grund oder Ungrund ich noch nicht beurtheilen kann, widersprochen worden. Sollten die Verhandlungen wirklich gescheitert sein, oder die Regierung wenigstens durch eine etwaige Uebereinkunft sich nicht so die Hände gebunden haben, daß sie bestimmte Versprechungen über demnächst mit Rom anzuknüpfende Unter-

---

für die Pflicht Preußens ein, die badische Regierung in ihrem Kampfe gegen hierarchische Uebergriffe moralisch zu unterstützen; man vgl. die Berichte vom 29. Nov. 1853, Preußen im Bundestage I, No. 214 S. 319 ff., vom 7. u. 25. Januar 1854, ebend. IV, No. 73 S. 160 f., No. 75 S. 166 ff., vom 31. Jan. u. 1. Febr., No. 232—234 S. 350 ff.

*) v. Savigny.

**) Freiherr v. Ketteler.

handlungen gegeben: so würde, dünkt mich, sehr zu erwägen sein, ob nicht in dem gegenwärtigen Stadium es besser sei, eine solche Verhandlung mit Rom für jetzt zu versagen, jedenfalls den ersten Schritt dazu nicht von Seiten der Regierung zu thun. Denn die Sachlage hat sich m. E. seit jenem früheren Zeitpunkt, wo die Großherzogliche Regierung eine Berufung auf Rom dem Erzbischof freistellte und von der Anknüpfung einer allgemeinen Unterhandlung die Vermeidung eines factischen Conflicts hoffen konnte, wesentlich verändert.

1854
28. 1.

Der Päpstliche Stuhl hat in der Allocution, welche Ew. Hochwohlgeboren bekannt sein wird, von der Unterdrückung der Kirche und von den gerechtfertigten Forderungen der Bischöfe in einer Weise gesprochen, durch welche er für diese letzteren entschieden Parthei genommen hat.

Es scheint mir hiernach wenigstens sehr zweifelhaft, ob es noch der Klugheit angemessen ist, sich in einer Form an den Päpstlichen Stuhl zu wenden, durch welche sie nur zu leicht als eine bittende oder sich entschuldigende erscheinen würde. Nach dem Erscheinen dieser Allocution würde die Anknüpfung einer Unterhandlung mit Rom kaum einen andern Eindruck als den einer moralischen Niederlage hervorbringen können.

Die Badische Regierung würde vielmehr jetzt in vollem Rechte sein zu erklären, daß sie allerdings die Absicht gehabt habe, sich direct nach Rom zu wenden und dort eine Verständigung zu versuchen; daß sie aber diesen Gedanken aufgeben müsse, nachdem Rom so entschieden für den Erzbischof Parthei genommen; sie sehe sich daher genöthigt, sich einfach auf die bestehenden Verhältnisse und den gesetzlichen status quo zurückzuziehen.

Wie die Verhältnisse sich gestaltet haben, und nach der — soweit sich hier beurtheilen läßt — nicht mehr zweifelhaften Erfahrung, daß die Bestrebungen der ultramontanen und hier-

1854 28. 1. archischen Parthei im Lande nicht den Anklang gefunden haben, den sie gehofft, scheint mir diese ruhig abwartende Stellung die günstigste, welche die Badische Regierung haben kann. Sie wird ihren Gegnern am besten dadurch imponiren, daß sie zeigt, sie könne es an sich kommen lassen; während jede Beeiferung ihrerseits zur Beilegung des Streits ihr als Schwäche wird gedeutet werden, wodurch sie den Gegnern einen großen Vortheil in die Hand geben wird. Sie sollte das feste Selbstvertrauen, durch welches allerdings eine solche abwartende Stellung allein haltbar wird, um so weniger verlieren, als sie einerseits eine moralisch feste Stellung inne hat, andererseits der Besitz der materiellen Macht in den Händen der Regierung immer eine Waffe und ein Vortheil ist, deren Werth die Gegner wohl zu würdigen verstehen.

Es wird noch immer in ihren Händen liegen, entweder bei dem alsdann nicht unwahrscheinlichen Entgegentreten der Gegner einen günstigen Augenblick zur Unterhandlung zu wählen (wobei sie immer im Vortheil sein wird, wenn die Gegner, nicht sie, die Unterhandlung wünschen und erbitten) oder ohne weitere Unterhandlung auf dem Wege einer consequenten und besonnenen inneren Gesetzgebung die Verhältnisse zu ordnen und die Grenzen abzustecken, welche das Verhältniß des Staats zur Kirche bezeichnen.

Wenn man erwägt, wie wenig nach der prinzipiellen Römischen Auffassung zu hoffen ist, auf dem Wege der Unterhandlung von Rom jemals Zugeständnisse in Betreff der jura circa sacra zu erlangen, wie geschickt aber Rom sich dem als unabänderlich erkannten festen Willen in der Praxis anzubequemen weiß, so möchte sich der letztere Weg wohl in vieler Beziehung empfehlen. Es würde dabei allerdings sehr darauf ankommen, das Wesentliche und das Unwesentliche zu sondern und bei einer aufrichtigen Liberalität der Kirche gegenüber doch zugleich mit großer Festigkeit und Klarheit an dem Bedürfniß

einer starken Kirche festzuhalten. Ohne die Preußischen Zustände als Muster empfehlen zu wollen, würden wir mit den auf diesem Boden gewonnenen Erfahrungen der Regierung vielleicht nützlich sein können und zu jeder Mittheilung bereit sein. 1854 28. 1.

Die Hauptsache aber für den Augenblick würde sein, daß die Regierung sich weder einschüchtern noch durch scheinbare Nachgiebigkeit zu unerfüllbaren Hoffnungen verleiten lasse und sich vor Allem nicht durch Eile und Eifer das Terrain verderbe, indem sie ein Gefühl der Schwäche und ein Bedürfniß der Beilegung zeigte, wozu nach meiner Ansicht kein Grund vorhanden ist. Die Zeit läuft in diesem Falle für die Regierung; das hat sich schon jetzt bewährt und dürfte auch für die Zukunft nicht zu bezweifeln sein.

Ich brauche Ew. Hochwohlgeboren nicht erst bemerklich zu machen, daß die obige Darlegung nicht unmittelbar für die Großherzogliche Regierung bestimmt ist. Wir können nicht die Absicht haben, derselben unseren Rath über das von ihr einzuschlagende Verfahren aufzudringen. Ich habe vielmehr die vorstehenden Bemerkungen, wie sie sich vom hiesigen Standpunkt aus mir ergeben haben, zunächst nur Ihnen zur eigenen Erwägung vorlegen wollen und überlasse Ihrer Beurtheilung, davon, sei es durch Vorlesen, sei es in Ihren Unterhaltungen denjenigen Gebrauch zu machen, den Sie nach der Ihnen nun gewordenen Anschauung der Verhältnisse für geeignet erachten. Es ist mir aber allerdings wünschenswerth, daß die Großherzogliche Regierung auch diese Gesichtspunkte ins Auge fasse und dieselben ihrem ganzen Umfange nach einer reiflichen Erwägung unterziehe. Der Ausgang des Conflicts in der Ober-Rheinischen Kirchen-Provinz kann von entscheidenden Folgen für die ganze Stellung, ich will nicht sagen, der Römischen Kirche, sondern der ultramontanen Parthei in Deutschland werden, und wenn die Badische Regierung ausharrt und abwartet, so kann dieser Conflict

1854 28. 1. der Ausgang und Anknüpfungs-Punkt werden, um eine gemeinsame Basis für die Stellung der protestantischen Regierungen in Deutschland zur katholischen Kirche zu gewinnen und auf Grundlage der gemeinsamen Interessen einen Zusammenhang der Regierungen unter sich zu schaffen, welcher allen Betheiligten wiederum eine feste Stellung sichern würde.

Berlin 28. Januar 1854.

Manteuffel*).

73.

Graf Eberhard zu Stolberg an Bismarck.

Berlin 1/2. 54.

1854 1. 2. Polde**) und mein Vater***) bitten Dich möglichst bald hier zu erscheinen, Du wirst gewiß einen guten Grund haben oder finden. Es geht hier Alles höllisch durch einander, und in den nächsten Tagen möchte doch eine Entscheidung nicht zu vermeiden sein, wenn Englands und Frankreichs Rückäußerungen vorliegen. Ich behaupte nicht, daß Du hier Annehmlichkeiten entgegengehst, aber ich glaube, es ist beinahe so nöthig wie 50 vor der Oesterreichischen Geschichte. Empfiel mich Deiner Frau Gemahlin zu Gnaden.

Dein treu ergebener

E. Stolberg.

*) Bismarcks Antwort vom 1. Februar 1854 s. Preußen im Bundestag IV, No. 234 S. 358 f.

**) General Leopold v. Gerlach.

***) Graf Anton zu Stolberg-Wernigerode, Oberstkämmerer und Minister des Kgl. Hauses.

74.

Graf Eberhard zu Stolberg an Bismarck.

Berlin 5/2. 54.

Lieber Freund

Es scheint nicht, daß es in Deiner Absicht liegt uns hier zu besuchen, und doch wird es von verschiedenen Seiten dringend gewünscht, zunächst von Polden und meinem Vater, dann auch von Budberg und Thun, letzterer macht nebenbei noch die Anforderung, man möge Dich sobald wie es irgend geht, nach Wien senden ꝛc. Daß Albert P(ourtalès) alle orientalischen Angelegenheiten bearbeitet, daß er täglich mehr Terrain gewinnt, die österreichische, englische ꝛc. Correspondenz besorgt, geht aus dem guten französischen Styl hervor, den nachgerade alle Noten und Schriftstücke, welche aus dem Ministerium hervorgehen, angenommen haben; daß Albert aber seine frühere politische Anschauung beibehalten, daß er unter anderm zu denen gehört, welche sich eher entschließen, an die Spitze der Revolution als ihr entgegenzutreten, geht aus den Redensarten hervor, welche Manteuffel seit einigen Wochen den russischen und österreichischen Bestrebungen entgegensetzt; daß wir demnächst zwischen zwei Stühlen sitzen werden, möchte man befürchten. Noch einmal soll ich Dich Namens der beiden erstgenannten bitten, auf dem Kampfplatz zu erscheinen.

1854 5. 2.

Empfiel mich Deiner verehrten Frau Gemahlin zu Gnaden und komme bald, vielleicht könntest Du Hans*), der längst die Absicht hat, bewegen, zur selben Zeit hier zu sein.

Dein treu ergebener

Eberhard**).

---

*) Kleist-Retzow.

**) Bismarcks Antwort am 6. 2. 1854: „nicht ungerufen" (handschriftlich auf dem Briefe bemerkt); vgl. Bismarcks Brief an L. v. Gerlach vom 3. Februar 1854, Ausg. v. H. Kohl, S. 124 ff.

75.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Telegraphische Depesche.

Berlin 24. Februar 1854. 5 Uhr 50.

1854 24. 2. Oesterreich will Rußland einen Termin zur Räumung der Donaufürstenthümer setzen, sonst den Krieg machen. Man wird von uns die Aufstellung eines Armee-Corps fordern. Diese Nachricht ist geheim, aber sicher.

Manteuffel.

76.

Bismarck an Otto v. Manteuffel.

Telegraphische Depesche.

Frankfurt, 27. Febr. 1854. 2 Uhr.

1854 27. 2. Nach einigen in Carlsruh bei dem Durchlauf gelesenen telegraphischen Depeschen zwischen Wien und dem französischen Ministerium ist am Freitag zwischen Oestreich und Frankreich ein Vertrag abgeschlossen.

Bismarck.

77.

Handschriftliche Notizen Bismarcks aus dem März 1854*).

1854 ? 3. Wir können Oestreich nicht die allgemeine Zusicherung geben mit ihm zu gehn und auch den Bund dahin disponiren zu helfen, wenn wir nicht wissen, wohin Oestreich will.

*) Für die Unterredung mit dem Prinzen von Preußen?

Ein Bündniß zur Defensive mit gegenseitiger Garantie der Gränzen ohne weitre Bedingungen war möglich, wenn Oestreich neutral bleiben wollte; will es aber Krieg führen, so müssen wir wissen, gegen wen, zu welchem Zweck, mit welchen Mitteln, ehe wir von seinen Entschlüssen die unsrigen abhängig machen können.

1854 ? 8.

Unsre bisherigen Interessen sind defensive, die Ausdehnung unsrer Defensive ist durch unsre Bundespflichten bedingt; deutsche Interessen zu vertheidigen, weigern wir uns nicht, können aber bisher nicht beurtheilen, ob das, was Oestreich mit den vereinten preußisch-deutsch-östreichischen Kräften beginnen will, innerhalb der deutschen Interessen liegt.

Will Oestreich erobern, will es die russische Armee angreifen? Zu beidem kann es unsre Mitwirkung nicht ohne Weitres verlangen, will es nur Ruhe innerhalb seiner jetzigen Gränzen, zu deren Behuf Versprechungen von Rußland und Erlaubniß, Unruhen auch auf türkischem Gebiet innerhalb gewisser Demarkationslinien zu unterdrücken, auch Gebiete besetzt zu halten, so helfen wir ihm mit Wort und Feder dazu. Wirklichen militärischen Beistand kann es nur verlangen, wenn Deutschland in Kriegsgefahr geräth, ohne daß Oestreich solche durch muthwillige Aggression provocirt. Darüber hinaus reicht weder unsre Pflicht noch unser Interesse; und sollen wir weitergehn, so muß Oestreich uns ein bestimmtes gemeinsames Ziel nennen und sein Vorhaben definiren.

Quid et ubi, quibus auxiliis, cur quomodo quando.

Auf der Rückseite eines Zettels (Einladung zu einer am 14. März 1854, Vorm. 10½ Uhr, in Wilhelmstr. 76 abzuhaltenden Conferenz).

Die Regirung ist entschlossen, Preußen unter allen Umständen die ihm gebührende Mitwirkung zur Erhaltung des Europäischen Gleichgewichtes zu wahren, bisher aber müssen wir uns sagen, daß Preußen nicht in gleichem Maße wie andre Staaten vermöge seiner geographischen Lage und seiner überseeischen Verbindungen der Beruf obliegt.

78.

Entwurf zu einer Erklärung in der Kammer *).

1854 ? 8.

Die Regirung Sr. Majestät des Königs ist den Ereignissen, durch welche der Friede im Osten gestört und in weiterem Umfange bedroht ist, mit der ernstesten Aufmerksamkeit gefolgt und hat sich in jedem Augenblick die Pflichten gegenwärtig gehalten, welche ihr einerseits durch die europäische Machtstellung Preußens, andrerseits durch die speziellen Verhältnisse dieses Landes und durch seine Beziehungen zum übrigen Deutschland auferlegt werden.

In jenen Pflichten lag der Beruf Preußens, seine Anstrengungen der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens zu widmen und darf sich die Königliche Regirung dem befriedigenden Bewußtsein hingeben, zur Erreichung dieses Zweckes keins der sich darbietenden Mittel unversucht gelassen zu haben. Sie hat in dieser Richtung nicht nur ihren Einfluß und das Vertrauen, dessen sie sich bei den auswärtigen Mächten erfreut, geltend gemacht, sondern auch auf den Conferenzen zu Wien ihre eifrigen Bemühungen mit denen von — vereinigt, um den zwischen Rußland und der Pforte entstandnen Streit zu friedlichem Austrag zu bringen. Die Königliche Regirung hat keinen Anstand genommen, bei dieser Gelegenheit ihre rechtliche Ansicht von der Sache in den Protokollen niederzulegen und den zur Erhaltung des Friedens gethanen Schritten der Conferenz durch ihre Mitwirkung das volle Gewicht der Gemeinschaftlichkeit zu geben; sie hat aber geglaubt, ehe sie über dieses Maß hinaus der Freiheit ihrer Entschließungen entsagte, ehe sie namentlich Verbindlichkeiten einging, welche unmittelbar oder mittelbar zu einer thätigen Betheiligung an dem ausbrechenden Streite führen konnten, die

*) Eigenhändige Aufzeichnung Bismarcks.

Opfer, welche sie dadurch dem Lande auferlegen würde, und die speziellen Interessen Preußens, welche auf dem Spiele stehn, sorgfältig und gewissenhaft gegen einander abwägen zu sollen. Wir müssen uns sagen, daß Preußen vermöge seiner geographischen und politischen Lage nicht in gleichem Maße wie andre Staaten befähigt und berufen ist, zum Schutze der Integrität des türkischen Reiches handelnd in einen Streit einzugreifen, dessen ursprünglichen Gegenstand nicht die Interessen unsres Vaterlandes, sondern die Privilegien und der Einfluß bilden, welche andre Mächte in den Ländern der Pforte in Anspruch nehmen. Wenn wir aus diesen Umständen das Recht ableiten, uns zu thatsächlichem Eingreifen in den Kampf nicht in erster Linie verpflichtet zu finden, so kann es dem landesväterlichen Herzen Sr. Majestät des Königs nur wohlthun, für Preußen die Segnungen des Friedens noch länger zu erhalten, als es den unmittelbarer betheiligten Mächten ihrerseits thunlich erscheint. In diesem Sinne ist S. Majestät der König entschlossen, dem Preußischen Volke die von einem Kriege unzertrennlichen Opfer nur dann anzusinnen, wenn die wahren und eigenthümlichen Interessen des Landes, unter denen die Ehre und die Unabhängigkeit Preußens obenanstehn, einen solchen Entschluß gebieterisch fordern. Wir verlassen damit nicht den Boden der Wiener Protokolle und die Stellung, welche wir durch die Erklärungen der Regirung Sr. Majestät auf demselben eingenommen haben; wenn die Herbeiführung und Erhaltung des Friedens der wesentliche Zweck der Wiener Conferenzen war, so werden wir mit demselben nicht in Widerspruch treten, wenn wir erneuten Anbahnungen friedlicher Bestrebungen, so lange es unsre besondern Verhältnisse erlauben, auch dann noch eine Stätte bewahren, wenn andre Staaten durch ihre von der unsrigen verschiedne Lage sich veranlaßt sehn zu den Waffen zu greifen. Wie wir für unser Verhalten bei gerechter und unbefangner Würdigung der Verhältnisse auf die Zustimmung der auswärtigen Mächte

1854
? 8.

1854 F 8. überhaupt rechnen dürfen, so sind es insbesondre die Rücksichten auf unsre deutschen Bundesgenossen (und das Bewußtsein des Einverständnisses mit Oestreich?)*), welche einen hervorragenden Antheil an den Entschließungen der Königlichen Regirung haben. Es liegt den Absichten Sr. Majestät des Königs fern, in einer schwankenden und zweifelhaften Neutralität den günstigen Augenblick abzuwarten, um sie aufzugeben, sondern wie Allerhöchstderselbe von der Königlichen Pflicht durchdrungen sind, Preußen und Deutschland vor den Leiden des Krieges zu bewahren, so lange als es beider Würde und Wohlfahrt gestatten, ebenso fest sind sie entschlossen, jedem Bundesgenossen treu zur Seite zu stehn, der durch seine geographische Lage berufen sein möchte, zur Vertheidigung deutscher Interessen das Schwert zu ziehn.

Die Königliche Regirung darf hoffen, sich auf diesem Wege einer selbständigen und nationalen Politik der vollen Zustimmung des Landes und insbesondre dieses Hohen Hauses zu erfreuen; sie darf sich aber auch nicht verhehlen, daß eine glückliche Durchführung derselben nur dann gesichert erscheint, wenn sie mit dem festen, deutlich ausgesprochnen Entschluß gepaart ist, einem jeden Versuch, von welcher Seite er auch käme, der dahin gerichtet wäre, Preußen aus der in freier Selbstbestimmung gewählten Bahn zu drängen und die Kräfte dieses Landes andern Interessen als den eignen dienstbar zu machen, mit allen Mitteln entgegenzutreten, welche Gott zur Wahrung deutscher Unabhängigkeit in die Hände Sr. Majestät des Königs (oder des Königs von Preußen) gelegt hat.

Diesen festen Entschluß glaubt S. Majestät im jetzigen Augenblick dadurch bethätigen zu sollen, daß Allerhöchstdieselben von den Kammern die Mittel fordern, um die in der gegenwärtigen ernsten Lage der europäischen Politik einzunehmende neutrale Stellung mit allem Nachdruck zu wahren und aufrecht

*) Klammern und Fragezeichen stammen von Bismarck.

zu erhalten. Der Finanzminister wird Ihnen die nähern desfallsigen Vorlagen machen.

1854
? 8.

Die Königliche Regirung legt Ihnen, meine Herren, den Weg, den sie gehn will, offen dar; je unzweideutiger in der Bewilligung der begehrten Mittel die Entschlossenheit hervortritt, mit welcher das ganze Land eine freie und feste Haltung seiner Regirung zu stützen bereit ist, um so mehr vermindert sich die Wahrscheinlichkeit, daß die Regirung Anmuthungen ausgesetzt sein wird, welche sie nöthigen könnten, zur Verwendung der verlangten Mittel zu schreiten, und die Regirung rechnet um so zuversichtlicher auf eine rückhaltlose Unterstützung ihrer Absichten von Seiten der Landesvertretung, als sie Ihnen die Gewißheit geben kann, daß die Allerhöchsten Entschließungen, welche zur Benutzung des verlangten Credites führen könnten, keiner Rücksichtnahme einen Einfluß gestatten werden, welche nicht streng innerhalb des Kreises der eignen Interessen Preußens und seiner deutschen Bundesgenossen läge. Noch niemals haben die Regenten Preußens, wenn sie im Namen der höchsten Güter, im Namen der Ehre und Selbständigkeit Preußens, von dem Lande ein Opfer und ein Pfand des Vertrauens gefordert haben, eine andre Antwort von ihrem Volke erhalten als den Ausdruck der freudigen Hingebung mit Gut und Blut, und auch Sie, meine Herren, werden mit uns die Ueberzeugung theilen, daß Ihre Stimme treu die Gesinnung des ganzen Landes wieder giebt, wenn Sie in die Hände Sr. Majestät vertrauensvoll die Mittel legen, die Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen jeden Versuch einer Beeinträchtigung zu schützen und das Erbe tapfrer Väter auch durch diese schweren Zeiten ungeschmälert auf unsre Kinder zu bringen.

79.

Entwurf zu einer Ansprache an die Kammern *).

Meine Herren,

1854 ? 3. Die politischen Verhältnisse in Europa gestalten sich mehr und mehr in so drohender Weise, daß es die ernste Pflicht der Regierung Sr. Majestät ist, die herannahenden Gefahren fest ins Auge zu fassen und die Mittel in Erwägung zu ziehen, welche zur Abwehr derselben von unserem Vaterlande anzuwenden sind.

Der Russisch-Türkische Streit hat von Anfang an die Aufmerksamkeit des Cabinets seiner ganzen Bedeutung nach in Anspruch genommen. Die Regierung war sich dabei doppelter Pflichten bewußt, welche einer Seits aus der Stellung unseres Staates als Europäischer Macht, anderer Seits aus den speciellen Verhältnissen Preußens und Deutschlands herzuleiten sind.

In ersterer Beziehung glaubte die Regierung zunächst die ihr zukommende Stelle dadurch wahren zu müssen, daß sie die vollständige Freiheit ihrer Entschließungen und Handlungen sich vorbehielt, Alles zurückwies, was sie in dieser Freiheit hemmen konnte. Als demnächst in Wien eine Conferenz sich bildete, welche sich die Aufgabe stellte, jenen unseligen Streit, den das Russische Cabinet als eine nur die Pforte und Rußland betreffende Sache behandelt sehen wollte, zum Austrag zu bringen, hat Preußen keinen Anstand genommen, sich bei diesen Berathungen zu betheiligen und mit seiner rechtlichen Ansicht von der Sache nicht zurückgehalten. Die Regierung ist sich der darüber zeugenden (?) Protokolle und der daraus folgenden Consequenzen vollkommen bewußt.

Dieselbe hat aber — und hier tritt die zweite Seite der

*) Von Manteuffels Hand.

Sache in Betracht — niemals eine Verpflichtung übernommen, selbstthätig in diesen Streit einzugreifen. Wir mußten uns sagen, daß Preußen und das übrige Deutschland, um die Integrität der Pforte zu schützen, sich in viel ungünstigeren und schwereren Verhältnissen befände als alle andern betheiligten Staaten, daß der ganze Streit, welcher um den politischen Einfluß in Constantinopel entstanden, Preußische und Deutsche Interessen nur in so entfernter Weise berühre, daß eine vorschnelle Betheiligung an dem Kampfe dem Lande Opfer auferlegen könne, welche mit den möglicher Weise zu erzielenden Vortheilen nicht im richtigen Verhältnisse ständen. Deshalb ist es in dem gegenwärtigen Augenblick der Standpunkt einer völlig freien, nicht einer gebundenen Neutralität, welche bezüglich des thatsächlichen Auftretens die Regierung im wahren Interesse des Landes sich anweisen zu müssen für verpflichtet erachtet. Es soll das keine schwankende und zweifelhafte Neutralität etwa mit dem Hintergedanken sein, günstige Umstände zur Aufgabe derselben abzuwarten, sondern eine durch die Interessen des Landes gebotene. Wir verlassen damit nicht den Boden der Wiener Protokolle, und wenn deren wesentlicher Zweck von Haus aus darauf gerichtet war, den Frieden herbeizuführen, und wenn andere Staaten sich zur Erreichung desselben nach ihrer besonderen Lage veranlaßt gesehen haben zu den Waffen zu greifen, so wird es uns nicht im entgegengesetzten Sinne ausgelegt werden können, daß wir, so lange unsere besonderen Verhältnisse es gestatten, für die Anbahnung des Friedens eine Stätte zu bewahren uns bemühen. Wenn wir dabei auf die Zustimmung aller Staaten rechnen zu können glauben, so sind es besonders die Rücksichten auf Oesterreich und das übrige Deutschland, welche uns leiten. Wir sind immer überzeugt, dabei im Interesse beider zu handeln. Was namentlich Oesterreich, mit dem wir im vollsten Einverständniß uns befinden, betrifft, so verhehlen wir uns nicht, daß dasselbe vermöge

1854
? 3.

1854 seiner geographischen Lage berufen sein könnte, deutsche Inter-
? 3. essen wahrzunehmen. Geschieht dieß, so kann es auf uns zählen.

Wir werden uns bemühen, diese Politik mit äußerster Mäßigung und Umsicht zu verfolgen, und wir hoffen, auf diese Weise noch auf längere Zeit dem Lande die Segnungen des Friedens (zu erhalten)*).

80.

Freiherr v. Rosenberg an Bismarck.

Hochgeehrtester Herr von Bismarck.

1854 7. 4. Euer Hochwohlgeboren bin ich erst jetzt im Stande etwas Näheres über den Stand der Verhandlungen mitzutheilen. Auf Antrag Oestreichs ist mit General Heß der Entwurf eines Schutz- und Trutzbündnisses verabredet worden. Die gegenseitige Garantie erstreckt sich auf die außerdeutschen Provinzen, jedoch nur für die Dauer des Kriegs und nicht, wie Oestreich wollte, für die Ewigkeit. Wenn Oestreich vorgeht, so kann es auf die Unterstützung Preußens nur rechnen, sobald letzteres mit diesem Vorgehen sich einverstanden erklärt hat. Die näheren Verabredungen über den Zeitpunkt, Ort und Umfang der Aufstellungen sind vorbehalten. Dagegen soll der Deutsche Bund zum Beitritt aufgefordert werden, wobei der Art. 47 der Schlußakte maaßgebend sein würde. Gleichzeitig soll eine Sommation

---

*) Ergänzung des Herausgebers. — Die endgültige Fassung, in der die Erklärung am 18. März sowohl in der ersten als in der zweiten Kammer verlesen wurde, s. in den Stenograph. Berichten der Preuß. Landtagsverhandlungen 1853/54, I. Kammer S. 451 ff., II. Kammer II, 619 ff., jetzt auch in Manteuffels Denkwürdigkeiten II, 407 ff.

an Rußland Halt zu machen gerichtet werden, der wir uns in milderer Form anschließen würden. Der König wünschte eine gleichlautende Vorlage bei der Bundesversammlung, jedoch will Oestreich seinen besonderen Standpunkt mit Rücksicht auf das ihm von Rußland anvertraut gewesene Vermittleramt und die Truppenaufstellungen in Ungarn darlegen und begehrt deshalb blos, daß Preußen die Oestreichische Vorlage unterstütze. Die Oestreichische Mittheilung für die Bundesversammlung kennen wir noch nicht. Die näheren militärischen Abreden sollen mit Heß getroffen werden, doch ist darüber noch nichts festgestellt.

1854 7. 4.

Sie werden fragen, weshalb wir uns mit Oestreich eingelassen? Leider war kein anderer Ausweg. Oestreich will vorgehen und zwar direkt gegen Rußland, unsere Weigerung hätte es um so weniger davon abgehalten, als inzwischen die Russen die Donau überschritten und die neueste Petersburger Friedensallure doch wohl nicht ehrlich gemeint ist, vielmehr sich der Erfolglosigkeit bewußt ist. Dessenohnerachtet bewirbt sich der König darum, daß die 3 Mächte auf der Rajah-Emancipationsbasis in Verhandlungen eintreten. Dies sind die Resultate des Herzogs Georg*), der übrigens zu diesem letzten Vermittleramte sich selbst erboten hat.

Außerdem wird heute in Wien ein Protokoll mit den 3 Mächten gezeichnet, welches lediglich die früheren Protokolle bekräftigen soll. So geneigt man an gewisser Stelle war, Oestreich Zugeständnisse zu machen, so schreckte man vor Unterzeichnung des Protokolls zurück. Manteuffel hätte alsdann seine Entlassung genommen, ebenso wie Heydt**), Bonin und Simons***). Alsdann würde wohl Gröben†) das Minister-

*) Von Mecklenburg-Strelitz.
**) Handelsminister.
***) Justizminister.
†) General Graf Karl Joseph v. der Gröben.

1854 Präsidium erhalten haben. Die Ministerkrisis ist nicht gehoben,
7. 4. sondern nur verschoben, da Manteuffel kein Vertrauen bei der Hofparthei besitzt. Die morgende Discussion in der Kammer dürfte zur Beseitigung der Erwägungen führen.

Bunsen ist angewiesen worden Urlaub zu nehmen*). Er kommt wohl nach Berlin.

Ich werde den Minister ersuchen, Euer Hochwohlgeboren den Text des Bündnißentwurfs vertraulich mitzutheilen, denn es ist dadurch allerdings ein fester Standpunkt gewonnen. Seien Sie froh, den wöchentlichen Krisen und täglichen Intriguen entrückt zu sein.

Ihrer werthen Frau Gemahlin, an die ich der Sicherheit wegen die Adresse zu richten gewagt habe, bitte ich mich inständigst zu empfehlen, ebenso Wentzel.

Ganz der Ihrige!

(Berlin) 7. 4. 54. Rg.

81.

Bismarck an König Friedrich Wilhelm IV.

An Se. Majestät den König.

1854 Bei meinem zweitägigen Aufenthalt in Baden haben
25. 4. S. Kgl. Hoheit der Prinz von Preußen mir die Ehre erzeigt, über die Umstände Höchst Seiner Abreise von Berlin mit mir zu sprechen. In Bezug auf die politische Auffassung traten mir aus den Worten Sr. Königlichen Hoheit ungefähr dieselben Gesichtspunkte entgegen, die sich in dem längeren Schreiben Sr. Königlichen Hoheit entwickelt finden, von welchem Eure Majestät die Gnade hatten, mir bei meiner Abschieds-Audienz Einsicht zu

---

*) Vgl. G. u. E. I, 112.

verstatten. Der Ausdruck, welchen S. Königliche Hoheit diesen Ansichten im Gespräch gab, trug durchgehends das Gepräge der Ergebung in Eurer Majestät Willensmeinung, auch bei abweichender persönlicher Ueberzeugung. In so weit das in dem ebenerwähnten Schreiben nicht in demselben Maße der Fall gewesen, so glaubten S. Königliche Hoheit diesen Mißstand durch die letzten vor Ihrer Abreise an Eure Majestät gerichteten Zeilen gehoben zu haben, indem dieselben eine nachdrückliche Verurtheilung jedes Protestes im Namen der Armee und die Erklärung, daß ein solcher nicht beabsichtigt gewesen, enthalten hätten. Ich erlaubte mir die unterthänigste Bemerkung, daß somit für dasjenige, was somit in das erste Schreiben über die Absichten Sr. Königlichen Hoheit hinaus hätte gelegt werden können, Genugthuung gegeben worden sei; daß indeß der danach stehen bleibende Inhalt des Briefes doch von der Natur sei, um Eure Majestät einen weiteren eintretenden Schritt von Seiner Königlichen Hoheit erwarten zu lassen. Höchstdieselben erwiderten mir, daß ein solcher Schritt schon längst geschehn sei, wenn Sie nicht geglaubt hätten, daß durch den letzten aus Berlin geschriebenen Brief auch in der Meinung Eurer Majestät das Vergangene gesühnt und abgethan sei; nachdem ein am Tage vorher eingegangner Brief des Grafen v. d. Gröben bereits den Beweis geliefert habe, daß dies nicht der Fall sei, würden S. Königliche Hoheit sich beeilen, durch ein im Concept bereits entworfnes Schreiben Eure Majestät zu versichern, wie wenig es in der Absicht gelegen habe, die Allerhöchstdenselben schuldigen Rücksichten zu verkennen und wie leid es Sr. Königlichen Hoheit thue, wenn der Inhalt jenes Schreibens zu entgegengesetzten Eindrücken habe Anlaß geben können. Ein desfallsiges Schreiben des Prinzen wurde noch vorgestern abgeschickt und wird sich bereits in Eurer Majestät Händen befinden. Bei meiner Entlassung sprach mir S. Königliche Hoheit wiederholt die Hoffnung aus, daß dieser Schritt zu Eurer Majestät Aller-

1854 25. 4.

1854 25. 4. höchster Befriedigung gereichen und daß durch Eurer Majestät Gnade alle Hindernisse einer ungetrübten Freude des Wiedersehens beseitigt sein würden. Eure Majestät wollen entnehmen, daß die Bereitwilligkeit zu einleitenden Schritten schon vorhanden war, bevor ich Eurer Majestät Befehl gemäß Sr. Königlichen Hoheit Rechenschaft gab von den Eindrücken, die ich bei Eurer Majestät empfangen hatte.

Frankfurt 25./4. (1854).

v. Bismarck.

82.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

1854 27. 4. danke ich verbindlichst für das geehrte Schreiben vom 24ten d. M.*) Hier sind erhebliche nova nicht vorgekommen; denn dahin rechne ich nicht, daß die Westmächte sowohl durch die Minister gegen unsere Gesandten in Paris**) und London***), als auch durch die hiesigen Gesandten†) gegen mich in einer unangenehmen Weise drängend und drohend auftreten. Graf Esterhazy††) schlägt hier das Thema an, daß wir Oesterreich geflissentlich zu den Westmächten drängten, indem wir ihm unsere Stütze entzögen und nur Schwierigkeiten machten. Nach Mittheilungen aus Wien werden wir diesen unangenehmen Sterblichen bald wieder von hier los sein und den Grafen Thun wieder sehen.

---

*) Nicht veröffentlicht.

**) Graf Maximilian v. Hatzfeldt.

***) Bunsen.

†) Marquis Moustier und Lord Bloomfield.

††) Oesterreichischer Gesandter.

Der Prinz von Preußen regte bei einer übrigens nicht sehr zufriedenstellenden Conversation den Gedanken an, daß Darmstadt, sofern es wirklich die Absicht hege, mit uns auf einen besseren Fuß zu kommen, vielleicht aus dem Umstande, daß der Prinz als Gouverneur für Mainz bestimmt sei, Veranlassung nehmen könnte, ihm ein dortiges, wie er behauptet, leerstehendes Regierungs-Gebäude als Wohnung anzubieten. Der Prinz bat mich den Gedanken anregen zu lassen. Ich bemerkte, und damit war der Prinz ganz einverstanden — daß ein solches Anerbieten, sofern es nicht mit weiteren Erklärungen verbunden sei, keinen Falls genügen werde, daß ich aber nicht in Abrede stellen wolle, daß dasselbe einen angemessenen Anknüpfungs-Punkt für dortige Erklärungen abgeben könne. Der Prinz stellte mir anheim, darüber an Otterstedt*) zu schreiben. Dieß schien mir doch nicht recht angemessen; ich ziehe es daher vor, Euer Hochwohlgeboren den Gedanken hinzugeben, mit dem Anheimstellen denselben in Ihnen geeignet erscheinender Weise — wobei Otterstedt nicht ausgeschlossen sein dürfte, zu utilisiren.

1854 27. 4.

Ihren geneigten Aeußerungen, ob Sie etwas und was Sie hierauf gethan haben, darf ich wohl entgegensehen.

Der Prinz ist jetzt in Weimar und geht in wenigen Tagen nach Coblenz zurück. Vielleicht fragt er auf der Durchreise nach der letzten Sache. Ich bitte dann meines Schreibens Erwähnung zu thun.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

B. 27/4. 54. Manteuffel.

---

*) Früher preußischer Ministerresident in Darmstadt, dann bei der Gesandtschaft in Lissabon als Legationsrath thätig, damals in Weimar (?).

83.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1854 30. 4. habe ich für zwei geehrte Schreiben*) zu danken. Vorher waren mir schon einige Aeußerungen von Ew. Hochwohlgeboren über die schwebenden Tagesfragen, welche in Briefen an General von Gerlach**) niedergelegt waren, zur Kenntniß gekommen.

Vor Allem möchte ich Ew. Hochwohlgeboren bitten, die Sache wie sie nun einmal ist und liegt als fait accompli anzunehmen. Ueber vollendete Thatsachen sich den Kopf zerbrechen, thut einmal nicht gut, nützt wenigstens nichts. Die Aufgabe ist, mit dem was man in Händen hat zu wirthschaften.

Nach meinem Dafürhalten sind wir unsererseits nicht eben stark obligirt, und wenn man sagt, daß die Sache doch gewisse Haken habe, an denen man uns festhalten könne, so erwiedere ich darauf, daß zum Festhalten zwei gehören, einer, der da hält und einer, der sich halten läßt, und sodann, daß diese Haken gegenseitige sind; hätten wir den Oesterreichern dergleichen nicht gegeben, so hätten wir auch keine bekommen, und dieß wechselseitige Klammersystem ist es ja eben, was wir wollen. Man muß sich eben davor hüten, dieses nun in seinem Effect so darzustellen, als ginge der Zweck dahin, Oesterreich nur von dem Vorgehen gegen Rußland zurückzuhalten. Hiermit würden zwei Uebelstände verbunden sein. Zunächst verlören wir dadurch jedes Gewicht für das, was wir Rußland sagen; denn wenn man es nicht schon ohnehin wüßte, so brauchte man nur

---

*) Vom 25. April, Preußen im Bundestag IV, No. 82 S. 190 ff., vom 26./27. April, ebd. II, No. 2 u. 3 S. 3 ff.

**) Vgl. Bismarcks Briefe vom 9., 13., 17. und 21. April, Ausg. v. H. Kohl, S. 139 ff.

die Meusebachischen Berichte*) zu lesen, um sich davon zu überzeugen, daß die Russen auf leere Worte gar nichts geben, sie ihrer Seits auch in keiner Weise halten, vielmehr mit brutalster Nichtbeachtung aller Versprechungen und Verträge auf dem Wege der Thatsachen vorgehen und höchstens achselzuckend den Mangel der zugesagten bienveillance mit nécessité de guerre entschuldigen, welche indeß in dem Abreißen Preußischer Cocarden u. s. w. doch nicht ohne Schwierigkeit zu erkennen ist. Mit solchen Leuten muß man eventuell doch auch durch Thatsachen zu sprechen sich vorbehalten. Der zweite, wichtigere Uebelstand aber würde der sein: wir würden dann den ganzen Druck der Westmächte allein auf uns laden. Welchen Gebrauch Oesterreich davon machen könnte, brauche ich nicht darzulegen. Mit etwas lebhafter Phantasie könnte schließlich folgendes Raisonnement der Westmächte als möglich gedacht werden: Preußen erfüllt nicht den ihm obliegenden Beruf, eine Vormauer gegen das Andrängen slavischer Elemente zu sein, Preußen ist daher ein unnützes Glied in der Europäischen Staaten Familie, und es ist besser, Oesterreichs Alleinmacht zu stärken; überdieß bietet Preußen vortreffliche Theilungs-Objecte für Oesterreich, Sachsen, Baiern u. s. w. Daß dergleichen Reden schon an sehr bestimmender Stelle gehalten werden, ist mir genau bekannt. Daraus folgt noch nicht, daß es damit Ernst sei, noch weniger, daß man ohne Weiteres die Sache als abgemacht zu betrachten hätte, vielmehr würde von mehren Seiten bedeutend mitzusprechen und zu handeln sein, indeß muß man doch die Augen aufmachen und sich darüber nicht täuschen, daß ein solcher Sirenen-Gesang nicht überall Wachs in den Ohren finden würde.

1854
30. 4.

Daß Bunsens Entfernung inmittelst bewirkt ist, wird Ew. Hochwohlgeboren bekannt sein. Die Sache hat, wie ich nicht verkenne, im gegenwärtigen Moment ihr Bedenkliches; wie die

*) v. Meusebach war preußischer Consul in Bukarest, vgl. Denkwürdigkeiten Leopolds v. Gerlach II, 141.

1854 30. 4. Sachen aber einmal liegen, mußte ein kurzer Entschluß gefaßt und ausgeführt werden. Dieß ist, wenn auch nicht ohne Schwierigkeit geschehen. Der Prinz von Preußen ist darüber sehr ungnädig. Das kann ich aber nicht ändern.

Baron von Werther wird wahrscheinlich nach Petersburg gehen; er ist heute hier angekommen.

Leben Sie wohl. Meine Frau empfiehlt sich Ihnen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

B. 30/4. 54. Manteuffel.

84.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

1854 5. 5. General v. Gerlach theilt mir soeben mit, daß des Königs Majestät Ew. Hochwohlgeboren Behufs Besprechung über die Behandlung des Oesterreichisch-Preußischen Bündnisses am Bunde hier anwesend zu sehen befohlen, und daß der Herr General in diesem Sinne Ew. Hochwohlgeboren bereits geschrieben habe*). In Gemäßheit dieses Allerhöchsten Befehles, von dem mir übrigens vorher nichts bekannt gewesen, darf ich keinen Anstand nehmen, Ew. Hochwohlgeboren ganz ergebenst zu veranlassen, Sich unverzüglich hierher zu verfügen. Mit Rücksicht auf die beim Bundestage bevorstehenden Verhandlungen dürfte Ihr Aufenthalt hierselbst nicht von langer Dauer sein können.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, d. 5. Mai 1854. Manteuffel**).

*) Briefwechsel S. 166; vgl. Gerlachs Denkwürdigkeiten II, 144 f.

**) Bismarck begab sich am 6. Mai nach Berlin und blieb dort bis zum 16. Mai.

85.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

danke ich verbindlichst für das geehrte Schreiben von gestern*). 1854 27. 5.
Daß die Angelegenheit des Bündnisses ihren langsamen Weg geht, dagegen ist nichts zu sagen; wir können beim Lapsus temporis wohl nur gewinnen, und ich würde der deutschen Gründlichkeit und der mittelstaatlichen Würde sehr dankbar sein, wenn es ihnen gelänge, die Schwebe so lange zu halten, bis das Eis in der Ostsee und der Schnee auf dem Balkan ihren Feldzug begönnen. Ich fürchte nur, daß die Ereignisse sich nicht bei diesen Germanismen aufhalten, sondern darüber zur Tages-Ordnung übergehen werden.

Aus Wien habe ich übrigens von Graf Alvensleben gute Berichte. Der Kaiser hat sich obwohl sehr bedenklich gegen Rußland, doch mäßig und durchaus nicht westmächtlich ausgesprochen, und auch Graf Buol hat nach Weisungen des Kaisers sein früheres gereiztes Wesen fallen lassen und mit seinem Herrn mehr die Selbstständigkeit des Bündnisses accentuirt. Auch aus andern Symptomen entnehme ich, daß es keine Redens-Art ist, wenn Oesterreich sagt, es vermeide den Krieg mit Rußland. Ich weiß aus sicherer Quelle, daß Herr Hübner in Paris mit Veröffentlichung von Documenten droht, welche beweisen sollen, daß Oesterreich längst losgeschlagen hätte, wenn Preußen nicht als Hemmschuh gedient hätte. Welche Documente das sein sollen, weiß ich zwar nicht, aber aus der Sache geht hervor, daß Oesterreich den Druck der Westmächte auf uns ableiten will, auch fängt der Nimbus deutscher Primats-Opferwilligkeit einiger Maaßen an zu verbleichen, und man scheint,

*) Preußen im Bundestag II, No. 12 S. 20 f.

1854 nach einem andern Schiboleth zu suchen. Allerdings ist die Aus-
27. 5. hebung der 95000 Mann*) ein bedenkliches Symptom, indeß der Boden, auf dem sie gewachsen, scheint mir der finanziellen Leichtsinns zu sein. In Rußland scheint man die Oesterreichischen Maaßnamen als sehr bedenklich zu betrachten. Die Zeitungs Nachrichten von dem Zurückgehen der Russen und ihrer Aufstellung am Sereth, sowie von dem Rücktransport ihres Kriegs-Materials über den Pruth werden durch Consular-Bericht bestätigt. Dagegen werden immer mehr Truppen im südlichen Polen an der Galizischen und Siebenbürgischen Grenze concentrirt. Ich halte es gar nicht für unmöglich und finde in dem bisherigen Verlauf dieser unglücklichen Angelegenheit ähnliche Vorgänge, daß Rußland und Oesterreich bloß aus gegenseitigem Mißtrauen und Mißverständniß handgemein werden. Wenn dann noch wir am Rhein engagirt werden sollten, so würde das: Prügelst du meinen Juden u. s. w. in sehr unangenehmer Weise aufgeführt und den Franzosen ein weniger schwieriges Kriegstheater sowie eine gute Gelegenheit zur Umgestaltung der Land-Carte von Europa geboten. Ohne uns Oesterreich in die Arme zu werfen, müssen wir uns doch hüten, ihm das Gefühl der Isolirung zu geben; nur wenn wir dieß vermeiden, können wir auf seine Action einwirken. In Oesterreich ist man auf die Darmstädter Conferenz**) sehr aufgebracht; dieß schadet nichts, aber man darf sich nicht dazu drängen einen Theil des odii auf sich zu nehmen. Kaltes Blut und nicht zu viel Handlung! scheint mir jetzt unser Programm sein zu müssen. Glaubt man uns in Wien mit der Darmstädter Conferenz identificirt, so verlieren wir unsern Einfluß, der schon im Entstehen ein heilsamer gewesen. Ueberhaupt begreife ich die Kurzsichtigkeit Vieler nicht, welche ewig auf Entschiedenheit hin-

*) Vgl. Handschreiben des Kaisers von Oesterreich an Minister v. Bach vom 15. Mai 1854, Jasmund, Aktenstücke I, No. CCXXV S. 305 f.
**) Der Mittelstaaten.

drängen. Diese Entschiedenheit wäre nichts Andres als das Aufgeben des Preußischen Standpunktes und Aufopferung für eine der beiden Parteien. Warte man doch ruhig ab: le jour viendra.

1854
27. 5.

Mit dem letzten in Wien abgefaßten Conferenz-Protokoll hat sich Herr v. Meyendorff ganz einverstanden erklärt; und ich finde auch, daß die Anerkennung des relativen Standpunkts im Eingange mit der Schluß-Phrase nicht zu theuer bezahlt ist.

Privat-Correspondenzen sagen freilich, daß Meyendorff durch Brunnow ersetzt werden solle. Dieser ist aber auch ein Mann der Protokolle, nicht des Kriegs.

Einiges Befremden erregt das verlängerte Verweilen der französischen Flotte bei Kiel; man behauptet, man wolle uns damit drohen. Moustier spricht in neuerer Zeit freilich mit einem Anflug von Schwermuth, doch leidlich freundlich.

In der Anlage übersende ich einen Brief von Nostitz über Hannoversche Verhältnisse zur gefälligen Kenntnißnahme.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

B. 27/5. 54. Manteuffel.

Anlage.

Graf Nostitz an Otto v. Manteuffel.

Ew. Excellenz sage ich den verbindlichsten Dank für die so überaus freundliche und genügende Art, womit Sie die in meinem letzten Schreiben ausgesprochene Bitte zu erfüllen die Güte gehabt. Ich hänge mit Leib und Seele an der Wohlfahrt und der Ehre Preußens und habe für deren Erhaltung freudig und oft mein Leben gewagt; Ew. Excellenz können daher denken, welches große Interesse ich in der jetzigen großen Crisis an allen Verhandlungen unseres Kabinets nehme. — Aus

1854
26. 5.

1854 26. 5. diesem Gesichtspunkte betrachtet wird das Nachstehende eine freundliche Aufnahme finden.

Die von Preußen zu befolgende Politik kann jetzt nur darin bestehen, allen Einfluß anzuwenden, um bis zum Spätherbst, wo sowohl zu Lande wie zur See die Kriegsoperationen aufhören müssen, Oesterreich von jedem Schritt abzuhalten, welcher ein thätiges Einschreiten auf einem oder dem andern Kriegstheater zur Folge haben könnte, zugleich müssen wir in Collisions-Fällen den steten Vermittler zwischen Oesterreich und Rußland machen.

Geschieht dies in rechter Weise, so können wir die Hoffnung hegen, daß im Lauf des Winters eine friedliche Lösung der Europäischen Crisis erziehlt werden kann.

Das zwischen Oesterreich und Preußen abgeschlossene Bündniß ist eine richtige Basis für eine solche Friedens-Politik.

Hat Preußen, wie wir zu hoffen berechtigt sind, durch dieses Bündniß wirklichen Einfluß auf die Beschlüsse des Wiener Cabinets und dadurch zugleich eine wohlthätige Einwirkung auf die Beschränkung des ausgebrochenen Krieges, innerhalb seiner bisherigen Grenzen erhalten, so muß sorgfältig alles directe und indirecte Rütteln an diesem Vertrage vermieden werden, man muß sich ohne in eine nähere Beleuchtung oder Prüfung desselben einzugehen, fest daran halten, und so lange beruhigen, bis die in § 2 des Vertrags bezeichneten Fälle eintreten. Ein jetziges specielles Eingehn auf die den Worten des Vertrages zu gebende Deutung würde ganz neue Verhandlungen hervorrufen, das gegenseitige Vertrauen und die gehabte Wirkung nach Außen schwächen, vielleicht den ganzen Vertrag in Frage stellen; wir müssen nicht durch das Auflockern des mit Oesterreich geschlossenen Bündnisses, sondern durch die moralische und physische Kraft, welche uns dasselbe gewährt, auf die Haltung Oesterreichs und die Beschlüsse der kriegführenden Mächte

wirken; — das ist meine Ansicht, und in dieser Richtung habe ich auch auf das hiesige Kabinet zu wirken gesucht. 1854 26. 5.

Herr von Lütcken*) hat mich heut auf das bestimmteste versichert, daß er nur in dem innigen Einverständniß der beiden Großmächte ein Heil für die übrigen Staaten des Bundes erblicke und keine Maasregel genehmigen werde, welche das Bündniß zwischen Oesterreich und Preußen erschüttern könne; in dieser Art ist auch Herr von Lenthe**) für Bamberg***) instruirt worden.

Ew. Excellenz bitte ich dies Schreiben als ein bloß vertrauliches zu betrachten.

Hannover, den 26ten May 1854.

Graf v. Nostitz.

86.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Tetschen, d. 9. Juni 1854.

Ew. Hochwohlgeboren

sage ich für das geehrte Schreiben vom 6. d. M.†), welches mir hierher nachgesandt worden, meinen verbindlichen Dank und benutze einige freie Augenblicke, welche mir vor dem Vortrage bei des Königs Majestät bleiben, um darauf zu erwiedern. Der Gegenstand Ew. Hochwohlgeboren Schreibens, die Bamberger Beschlüsse und die darauf zu ertheilende Antwort, sind hier vielfach Gegenstand der Besprechung zwischen Graf Buol und mir gewesen. Es verhandelt sich mit ihm nicht angenehm; 1854 9. 6.

---

*) Hannoverscher Ministerpräsident.

**) Hannoverscher Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

***) Zur Conferenz der Mittelstaaten, die am 25. Mai zusammentrat; vgl. Jasmund a. a. O. I, No. CCXXVIII u. CCXXVIII a.

†) Nicht veröffentlicht.

1854 9. 6. er bringt seine auch in den Détails ziemlich festgestellte Ansicht mit, und ist schwer davon abzubringen, indem er Wesentliches von Unwesentlichem nicht immer scharf trennt. Er legt großen Werth darauf, daß die Antwort-Note gleichlautend sei und hier festgestellt werde. Ich hatte daher die günstigere Position, ihm mit der Negative entgegentreten zu können, und so wird hoffentlich das Elaborat, mit dessen Abfassung jetzt noch die Federn der Geheimen Räthe beschäftigt sind, Ihren Wünschen entsprechen, wenigstens werde ich mit Nachdruck darauf halten, daß alles Scharfe und Spitze herausbleibe und auch präjudicirliche Theorien fern gehalten werden*). An sich betrachte ich den Vorgang nicht gleichgültig, wiewohl ich vermieden habe, hier meine Auffassung hervortreten zu lassen, da ich namentlich den Kaiser darüber sehr gereizt fand und mir es gut schien, diese Rolle nicht zu theilen. Unter andern Verhältnissen könnte der Vorgang zu einer sehr wirksamen Waffe oder Löffel gegen die Bamberger Herren benutzt werden, indeß darauf muß man einmal verzichten, und dann bleibt immer die Sonderstellung eine recht bedenkliche.

Die Frage wegen Auslegung des Zusatz-Artikels**), ob nämlich die Russische Antwort, um genügend befunden zu werden, von beiden Seiten als solche anerkannt werden müsse, oder ob die Ansicht einer Macht schon entscheidend sei, ist von Graf Buol gegen Alvenslebens Voraussicht auch ventilirt worden. Er ging dabei so weit zu sagen, daß wenn wir die letzte Alternative nicht anerkennen wollten, dem Kaiser weiter nichts übrig bleiben würde, als sich in vertragsmäßige Verbindungen mit den Seemächten einzulassen, wozu er bisher noch nicht geschritten sei. Ich zog mich, ohne meine Position aufzugeben,

*) Vgl. die gleichlautende Note beider Regierungen vom 16. Juni 1854, Jasmund a. a. O. I, No. CCXXIX.

**) Zum Bündniß vom 20. April 1854; s. dieses, sammt Zusatzartikel, Jasmund a. a. O. I, No. CCXXII S. 302 ff.

darauf zurück, daß wir uns über eine Actio nondum nata nicht streiten und zunächst die Petersburger Antwort abwarten wollten. Graf Buol blieb aber dabei, daß er hierüber Beruhigung haben müsse und solche auch vom Kaiser begehrt werden würde. Ich versicherte, daß wir auch ohne contractliches Engagement doch bessere und treuere Bundesgenossen sein würden, als Frankreich und England trotz allen Verträgen; dabei ist es aber geblieben, ohne daß eine wechselseitige Befriedigung oder Verständigung eingetreten wäre. Ob die Allerhöchsten Herrschaften sich noch von der Sache orientiren werden, weiß ich nicht, wünsche es aber nicht.

1854
9. 6.

Der Kaiser klagt besonders darüber, daß wir noch kein militärisches Lebens-Zeichen von uns gegeben, worauf ich ihn mit Darstellung der Landwehr-Einrichtung, Inaussichtstellung von Pferde-Ankäufen u. s. w. zu beschwichtigen gesucht habe.

Im Allgemeinen geht Buol etwa von folgender Auffassung aus: Als im J. 1828/29 die Russischen Uebergriffe gegen die Pforte Statt fanden und Fürst Metternich sich zu schwach fühlte, denselben entgegenzutreten, da gab er sich alle Mühe, Frankreich und England dagegen anzuregen, aber vergeblich, deshalb das für die Türkei und den Oesterreichischen Einfluß und deutschen Handel schmähliche Ende. Jetzt ist man glücklicher; die Westmächte sind ins Geschäft gegangen, sie überzeugen sich aber mehr und mehr, daß sie ohne Oesterreichs und Deutschlands Hülfe nichts Wesentliches effectuiren können. Läßt man sie nun ganz im Stiche, so riskirt man, daß sie der Sache überdrüssig dieselbe aufgeben und dann Oesterreich nicht nur die Nachtheile in der orientalischen Frage, sondern auch die Rache Rußlands zu tragen hat, der Friede wird also auf Kosten Oesterreichs und Deutschlands geschlossen. Rußland will wirklich keine Territorial-Vergrößerung, es weiß, daß es schon zu groß ist, aber es will ohne die Mühe des Gouvernirens dennoch Herrschen durch Suprematie und Protectorat; dieses will

1854 9. 6. es zunächst über die Europäische Türkei und nachmals auch über Deutschland ausdehnen. Den Anfang dazu hat es auch hier schon mit Erfolg gemacht, denn die Bamberger geriren sich als Hospodare unter Russischem Schutze. Es ist hohe Zeit, einem solchen Bestreben entgegenzutreten, womit indeß nicht gesagt sein soll, daß Rußland verkleinert werden müsse; im Gegentheil soll das vermieden werden, und dieß ist ein Grund, weßhalb man sich bemühen muß, die Sache bald zur Erledigung zu bringen; denn ein Friede, der in diesem Jahre zu Stande kommt, kann noch ohne Territorial-Abtretung Seitens Rußlands zu Stande kommen, später wird das unmöglich sein, da dann die Westmächte gegen andere Staaten z. B. Schweden Verbindlichkeiten eingegangen haben werden. Ueberdieß muß Oesterreich aus finanziellen Gründen baldigst Beendigung wünschen. Das ungefähr Buols Raisonnement. Ich gebe es, ohne meine Gegenbemerkungen zu erwähnen, weil letztere für Sie kein Interesse haben werden und im ersteren mehres Richtige sich findet.

Soeben geht mir ein Bericht von Bockelberg*) zu, wonach Herr v. der Pfordten über seine Bamberger Erfolge ganz den Kopf verloren haben soll. In Hannover und Cassel ist man kleinlaut. Ich soll heute Mittag mit Beust in Pillnitz essen und bin begierig, wie er sich geriren wird.

Leben Sie wohl und schreiben Sie mir bald wieder.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Manteuffel**).

---

*) Preußischer Gesandter in München.

**) Die Antwort Bismarcks vom 16./17. Juni 1854 s. Preußen im Bundestag IV, No. 83 S. 192 ff.

87.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

danke ich ergebenst für das geehrte Schreiben vom 17. d. M. Es thut mir leid, daß meine Zeit mir nicht erlaubt, auf Ihre politischen Raisonnements erschöpfend einzugehen. Ich finde darin Vieles richtig und Alles interessant; in manchen Punkten aber differire ich. Mir scheint es, daß man sich, um eine rechte und allein Preußische Politik zu machen, vor allen Dingen aller tendenziösen Auffassungen und Bestrebungen enthalten und den Ereignissen recht unbefangen gegenübertreten muß, und dieß um so mehr, je weniger bei uns die Elemente einer auf Erweiterung gerichteten Politik vorhanden sind und es sonach mehr darauf ankommt, glücklich und ehrenvoll durchzukommen als Erwerbungen zu machen. Daß zu letzteren eine außerordentlich günstige Gelegenheit vorhanden wäre, wenn man, mit Entschiedenheit auf die eine oder die andere Seite tretend, in den Kampf sich einmischte, ist mir sehr klar, und ich kann wohl sagen, daß ich nicht ohne Schmerz und Widerstreben diese Trauben für saure erkläre. Vergegenwärtigt man sich nun bloß die Thatsachen der nächsten Vergangenheit, ganz abgesehen von dem weiter zurückliegenden aber doch unläugbaren Umstande, daß der Kaiser Nicolas diese höchst traurige Geschichte allen Warnungen (auch den meinigen, schriftlichen wie mündlichen) ungeachtet heraufbeschworen hat, so darf man nicht vergessen, daß Se. Majestät aus eigener Bewegung Oesterreich ein Schutz- und Trutzbündniß angetragen und sehr erfreut gewesen ist, dasselbe dort angenommen zu sehen. Daß bei den dießfälligen Verhandlungen Oesterreich den Schutz und Trutz sich zu stipuliren trachtet und zur Bedingung des Abschlusses macht, wo es dieses Schutzes und dieses Trutzes bedarf, kann

1854 22. 6.

1854 22. 6. man ihm nicht verdenken, und ohne ein Eingehen auf dieses Verlangen wäre das Bündniß überhaupt nicht zu machen gewesen. Hat man es aber gemacht, so mag man es immerhin eine verlorene Schlacht nennen — die Ansichten darüber können getheilt sein (ich wenigstens betrachte es nicht so) — (so) folgt daraus, daß man es halten und auch sich nutzbar machen muß; dieß kann man aber nur, indem man mit Consequenz den eingeschlagenen Weg geht, sich seinerseits nicht ziehen und zerren läßt, vielmehr sich bemüht, zu sich zu ziehen. Ich meinestheils bin überzeugt, daß wir durch dies Bündniß Rußland einen größern Dienst erzeigt haben, als wenn wir offen für dasselbe Partei genommen hätten, und bin anderer Seits überzeugt, daß ohne dieses Bündniß wir heute entweder mit der ganzen Welt im Kriege wären, ohne daß Rußland uns einen Mann zu Hülfe senden könnte, oder mit den Westmächten in einem viel näheren und engeren Bunde ständen, als es jetzt der Fall ist. Ich kann mich in dieser Ansicht irren, aber ich glaube einiger Maaßen die bestimmenden Verhältnisse und Personen zu kennen, und nicht selten sind meine Voraussagungen eingetroffen. Wenn man die Verhandlungen unbefangen durchgeht, so kann man nicht anders als einräumen, daß Oesterreich bisher correct verfahren ist. Die einzige Incorrectheit, die man ihm vorwerfen kann, ist die voreilige Absendung der Depesche nach Petersburg*), aber diese Maaßregel findet ihre eigene Bestrafung darin, daß wir nun an eine Antwort, die auf eine nicht erwiederte Invitation und vielleicht vor Eingang unserer Depesche ergeht, im Sinne des Bündnisses nicht oder wenigstens nicht strict gebunden sind. Das sind die Dinge, die man sich offen halten muß, ohne voreilig alle Punkte auf die I zu setzen. Was die Bamberger betrifft, so verdanken sie meinen Bemühungen die höfliche und eingehende Antwort, welche

*) vom 3. Juni, Jasmund a. a. O. I, No. CCXXXI S. 317 f.

1854 22. 6.

sie erhalten haben. Aber Verlaß ist auf diese Herren allesammt nicht, was schon daraus hervorgeht, daß sie fortwährend auf die Bundes-Verfassung, also auf die Zwangsjacke provociren, die man uns anlegen wollte, die wir aber leise abzustreifen alle Veranlassung haben. Will Oesterreich uns dabei helfen, so wollen wir das dankbar acceptiren. Die Bamberger Herren haben, wie mir scheint, nicht klug operirt. In vielen Punkten bin ich der Sache nach mit ihnen einverstanden, aber sie mußten erst accediren und dann ihre Ansichten — am besten durch Preußen geltend machen. Dadurch, daß sie erst auf die*) Bundes-Verfassung pochen und dann darin eine Trias bilden und große Politik auf eigne Hand machen wollen, haben sie ihr Spiel nicht nur vor der Zeit aufgedeckt, sondern demselben auch von Hause aus eine verkehrte Richtung gegeben. Ob die Presse das so wie anderes hätte sagen oder verschweigen sollen, lasse ich dahin gestellt, ich habe mich darum wenig bekümmert, aber etwas Discreditirung dieser Herren kann immer nicht schaden.

Doch genug von diesem Thema, welches ich doch hier nicht erschöpfen kann.

Die Nachrichten vom Kriegs-Schauplatze sind fortwährend für die Russischen Waffen sehr ungünstig. Die Russen haben Turnu, Mugurelli und Semnitza geräumt und sind aus Turtukai geworfen. Die Entsatztruppen rücken mehr und mehr an Silistria heran. Die verwundeten Generale Gortschakoff und Lüders sollen sich leidlich befinden, aber Schilder in Lebens-Gefahr sein.

Se. Majestät haben auf der Preußischen Reise durch Graf Münster**) vom Kaiser einen höchst erzürnten Brief, der namentlich gegen Oesterreich von Vorwürfen überströmt, erhalten.

---

*) Orig.: der.

**) Preußischer Militärbevollmächtigter am russischen Hofe.

1854 22. 6. Die Prinzeß von Preußen soll zur silbernen Hochzeit vom Kaiser ein so werthvolles Armband erhalten haben, daß dem Glanze der Brillanten selbst die politische Leidenschaft hat weichen müssen.

Ich gehe noch heute Abend dem König bis Bromberg entgegen und kehre morgen mit ihm nach Berlin zurück.

Leben Sie recht wohl. Verzeihen Sie mein Geschmiere.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin d. 22ten Juni 1854. Manteuffel.

88.

Bismarck an Otto v. Manteuffel*).

1854 27. 6. Soviel ich mir nach gelegentlichen Unterredungen mit meinen Collegen von den Bamberger Staaten bisher ein Urtheil habe bilden können, ist die große Mehrheit der Regirungen letzterer durchaus geneigt, Anknüpfungspunkte zum Einlenken zu suchen und zu benutzen; nur die Gesandten von Baiern und Sachsen haben in der Art eine Zurückhaltung gegen mich beobachtet, daß sie über die Intentionen ihrer Regirungen noch gänzlich im Unklaren zu sein erklärten. Ich habe es mir angelegen sein lassen, in Ausführung des Erlasses vom 16 Juni cr. die Ueberzeugung zu verbreiten, daß ein irgend wie bedingter Beitritt auf ein Entgegenkommen von unsrer Seite auf keine Weise zu rechnen habe, und es scheint mir, als ob die Betheiligten, mit Ausnahme der beiden genannten Regirungen, mehr bemüht sind, einen schicklichen Weg zum Einlenken, als

*) Gedruckt in Preußen im Bundestage IV, No. 84 S. 197, aber mit Fehlern, deshalb hier nach dem Concept berichtigt.

die Mittel zum ferneren Widerstand zu finden. Ich darf voraussetzen, daß Eurer Excellenz Erklärungen, welche meine Annahme bestätigen, bereits vorliegen, und daß die große Mehrzahl der Bundesstaaten ihre Bereitwilligkeit, im Schoße der Versammlung dem Bündniß beizutreten, in kurzem aussprechen werden; wenn diese Erklärungen zum Theil in allgemeinen und nicht durchaus präcisen Ausdrücken gefaßt sein sollten, so würde doch meines Erachtens aus diesem Umstande für die beiden Großmächte kein Grund erwachsen, die Anbringung der Sache am Bunde aufzuhalten, indem ich nicht zweifle, daß die Schwerkraft der Ereignisse und der diesseitigen Machtverhältnisse in dem jetzigen Stadium die Entschließungen der Bundesversammlung in das von den beiden Großmächten vorgezeichnete Geleise drängen wird. Ganz unumwundne Erklärungen der Bereitwilligkeit am Bunde, dem Vertrage beizutreten, erwarte ich allerdings nicht von allen Seiten, theils wegen der Schwierigkeit, aus der in Bamberg eingenommenen Stellung mit Anstand einzulenken, theils auch wegen der Zweifel, die darüber obwalten, ob eine einfache Beitritts-Erklärung von Seiten der Bundesversammlung dieser letzteren als dem dritten Contrahenten im Vertrage ganz dieselben Rechte sichern würde, wie den beiden ursprünglichen Paciscenten, d. h. ob das Einverständniß der Bundesversammlung ebenso gut wie das von Preußen oder Oestreich für gewisse Fälle vorbehalten bleibt, oder ob der Consens der beiden Großmächte unter allen Umständen ausreichend ist, um ohne weitre Befragung der Bundesversammlung den casus foederis festzustellen. Meines geh. Dafürhaltens dürfte es nicht einmal in unsrem Interesse liegen, diese Frage schon jetzt zum Nachtheil der Bundesversammlung zu entscheiden, und uns dadurch eines Mittels der Hemmung und des Widerstandes gegenüber von Oestreich zu begeben, von dem sich noch nicht voraus sehen läßt, ob und inwieweit wir eines solchen bedürfen werden.

1854 27. 6.

1854
27. 6.

Ich habe schon vor einigen Tagen durch den Regirungs-Rath Q. eine Anfrage an die Central-Preßstelle richten lassen, ob dort von einem durch die in Bamberg vertretnen Juristen verabredeten Congreß Etwas bekannt sei; ich habe nunmehr mit Sicherheit darüber Folgendes erfahren, was Ew. Excellenz vielleicht schon durch anderweite Mittheilungen bestätigt finden. Die in Bamberg versammelten Minister haben vor dem Auseinandergehn die Verabredung getroffen, nach Eingang der Rückäußerung von Preußen und Oestreich und im Falle diese sich nicht durch ein einfaches Ja oder Nein auf telegraphischem Wege beantworten ließe, sich von Neuem zu versammeln und zwar hier in Frankfurt. Dieser Zeitpunkt wäre nun jetzt allerdings eingetreten, indeß hat man auf die Ausführung des Planes verzichtet, weil man nachgerade die Ueberzeugung gewonnen hat, in Bamberg sein Ziel überschossen zu haben. Man ist dort augenscheinlich nicht darauf gefaßt gewesen, in Berlin sowenig Anklang zu finden und von Wien so entschieden zurückgewiesen zu werden. Sowohl hierdurch, als durch die laute Manifestation der öffentlichen Meinung ist man von dem durch die lange Friedenszeit geförderten Souverainetätsschwindel zu größerer Nüchternheit gelangt; mehre der betheiligten Staaten, insbesondre Baden und Nassau und — wie ich annehmen darf — auch Hanover und Kurhessen, haben unaufgefordert erklärt, sich an der verabredeten Frankfurter Conferenz nicht betheiligen zu wollen. Ueberhaupt scheint entschiedne Uneinigkeit im Lager der Mittelstaaten zu herrschen, und von Seiten aller Uebrigen hört man Vorwürfe gegen die Leidenschaftlichkeit und Selbstüberschätzung der Herrn von Beust und von der Pfordten, durch welche man sich in Bamberg habe verleiten lassen, in die Materie der Europäischen Politik selbst einzugehn, anstatt die Entscheidung über die Anschlußfrage lediglich der Bundesversammlung zuzuschieben.

Aus guter Quelle höre ich außerdem, daß man in Bam-

berg allerdings auch von einem Fürstencongreß gesprochen hat, welcher zur Schlichtung der ganzen orientalischen Frage in Brüssel im Monat August zusammenkommen solle, zu welchem die Anregung von dem König Leopold ausgegangen sei und sich einer lebhaften Sympathie von Seiten der Königin Victoria erfreuen sollte. Als meine Quelle für letztre Nachricht kann ich im Vertrauen meinen hanöverschen Collegen*) bezeichnen.

1854 27. 6.

Den öffentlichen Blättern nach sollte der einige Tage hier anwesende Oberst Kowalewsky den Auftrag gehabt haben, auf die Regirungen der Mittelstaaten im russischen Sinne einzuwirken; ich habe angewandter Bemühungen ungeachtet nicht erfahren können, daß er in dieser Richtung irgend welche Beziehungen gepflogen hätte. Außer einigen Excursionen nach Wiesbaden und Baden-Baden ist in Betreff seines hiesigen Verhaltens Nichts zu beobachten gewesen, und hat er seine weitre Reise oder Rückreise jedenfalls nicht von hier aus angetreten.

Der Wirkliche Geheime Rath Bunsen befindet sich augenblicklich in Heidelberg; ebendaselbst hält sich Heinrich von Gagern auf, der dort seine Kinder in der katholischen Confession erziehen läßt; seine Frau ist katholisch und sein Bruder Max**) bekanntlich vor einiger Zeit zur katholischen Kirche übergetreten. Der Prinz Felix Hohenlohe, Präsident der Darmstädter Bank und des ehemaligen Vereins zum Schutze vaterländischer Arbeit, verkehrt ebenfalls viel in Heidelberg, gewöhnlich in Begleitung des in ultramontanen Geschäften vielfach benutzten Fürstl. Reußischen Legationsraths Freiherrn von Bursian, desselben, der vor einiger Zeit in Aufträgen der Fürstin von Ysenburg-Birstein in Berlin anwesend und von Sr. Majestät zur Tafel gezogen worden war. Dieser p. Bursian kam ursprünglich als

*) Graf v. Kielmansegge.

**) Rath im österreichischen Ministerium des Kaiserlichen Hauses.

1854 27. 6. Zeitungscorrespondent zur Parlamentszeit hier her, war dann als Privatsecretair in Diensten der Herrn von Belly und später des Prinzen Hohenlohe. Er ist ein übelberufener Intriguant im Dienste unsrer Gegner. Man erzählt hier, daß er von der französischen Spielgesellschaft, welche jetzt in Nauheim etablirt ist, 2000 fl. empfangen hat, um den Einfluß seines Prinzipals, des Fürsten Hohenlohe — Schwiegersohn des Kurfürsten — für Ertheilung der Spielconcession zu gewinnen. In Berlin scheint Bursian mit der Spenerschen Zeitung, wahrscheinlich auch mit andern Blättern, in Verbindung zu stehn.

König Ludwig*) wird von Cöln aus einen Besuch in Coblenz machen. J. K. H. die Frau Prinzessin von Preußen hat Sr. Majestät durch ein directes Anschreiben des prinzl. Hofmarschall-Amts an die Bairische Gesandschaft eine Einladung zu diesem Zwecke zugehn lassen, welche der König Ludwig im allgemeinen zwar angenommen, aber die Wohnung im K. Schloß abgelehnt hat.

Frankfurt, 27. Juni 1854. v. Bismarck.

89.

Bismarck an Otto v. Manteuffel.

Vertraulich. (Concept.)

Ew. Excellenz,

1854 8. 7. von sämmtlichen deutschen Regirungen mit Ausnahme von Würtemberg ist Einverständniß zum Bündniß vom 20. April vorhanden; auch Seitens der Niederlande, wie es scheint. Würtemberg lehnt nach der Aeußerung von Herrn v. Reinhardt wenigstens pro tempore ab; derselbe hofft, daß bei der Ab-

*) Von Bayern.

stimmung am Bundestage der König pure beitreten werde, um nicht mit Dänemark in der Minorität zu bleiben. Herr v. Reinhardt ist seiner Familientraditionen wegen dem imperialistischen Frankreich zugewandt, obwohl seine Frau eine Russin ist. Herr v. Titoff*) ist nach Stuttgart hier durchgereist. — A. Malet**) theilte mir eine für München bestimmte scharfe englische Note mit, in welcher dem dortigen Cabinet gesagt wird, daß es sich in Dinge mische, die außerhalb seiner Competenz lägen und daß ein fernerer Widerstand gegen die Politik der großen Mächte vollständig „harmless" sei. Nach Dresden ist eine ähnliche Note ergangen. Die vertrauliche Expedition in Betreff des Einrückens in die Wallachei habe ich durch Graf Bock erhalten. Daß die Nachricht von der Absicht Oesterreichs nach Berlin gemeldet sei und dort Verstimmung erregt habe, wurde mir hier am 30. Juni schon erzählt und wie ich glaube aus ursprünglich englischer Quelle. Außerdem ist diese Thatsache bereits in der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 2. Juli in einer Berliner Correspondenz enthalten. 1854 3. 7.

Frankfurt, 3. Juli 1854. v. Bismarck.

90.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

ersuche ich ergebenst das anliegende Briefchen an meinen Bruder, der wie ich vermuthe, jetzt in Frankfurt ist, gelangen zu lassen. Der Innhalt ist nicht von Wichtigkeit und enthält wesentlich meinen Glückwunsch zu seinem auf den 9. d. M. fallenden Geburtstage. Sollten Sie ihn nicht ermitteln können, so bitte ich 1854 7. 7.

*) Russischer Gesandter in Stuttgart.

**) Englischer Gesandter am Bundestag.

1854 7. 7. den Brief mir zurücksenden zu wollen. Ich gehe heute aufs Land, kehre aber übermorgen wieder zurück.

Aus Wien habe ich leidliche Nachrichten; Graf Alvensleben telegraphirt, daß auch dort die Russische Antwort*) einen guten Eindruck gemacht, freilich hatte Graf Buol noch nicht mit Baraguay darüber gesprochen. Ich habe es hier vermieden, den fremden Diplomaten die Details mitzutheilen und gesagt, dieß würde erst dann geschehen, wenn wir unsere Ansichten mit Wien darüber ausgetauscht hätten.

Graf Henckel telegraphirt, daß in London die Erbitterung aufs Höchste gestiegen sei und Zwangs-Maaßregeln gegen Preußen beabsichtigt würden. Voyons! Die Einigkeit mit Oesterreich müssen wir so lange als möglich zu erkennen geben. Doch ich will keinen politischen Brief schreiben.

Leben Sie wohl. Mit ausgezeichneter Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

B. 7/7. 54. Manteuffel**).

91.

Legationsrath Wentzel an Bismarck.

Euer Excellenz

1854 9. 7. haben bereits auf telegraphischem Wege den allgemeinen Inhalt der Russischen Antwort***) erfahren. Die Nachricht des Prinzen

---

*) Auf die Note vom 3. Juni; die russische Antwort vom 29. Juni s. Jasmund a. a. O. I, No. CCXXXVII S. 325 ff.

**) Bismarcks Antwort vom 11. Juli 1854 s. Preußen im Bundestag IV, No. 86 S. 201 ff.

***) Auf die preußische Note vom 12. Juni, Jasmund a. a. O. I, No. CCXXXII S. 319; die russische Antwort vom 30. Juni 1854 s. bei Jasmund a. a. O. I, No. CCXXXVIII S. 327 f.

Karl ist richtig, daß man sich hier damit zufrieden erklären und sich in diesem Sinne in Wien aussprechen wird. Die von Herrn v. Manteuffel auf einige Tage unternommene Reise zeigt am besten, daß es jetzt nichts Dringendes giebt. 1854 9. 7.

Die Kurhessische Sache kam zur richtigen Stunde. Von Oesterreich ging gleichzeitig durch Graf Thun eine dringende Befürwortung der Hassenpflugschen Pläne ein, wenige Stunden später ein Privatbrief des Ministers Uhden*), dessen Unterstützung Hassenpflug nachgesucht hatte. Minister Uhden spricht sich in Ihrem Sinne aus; nur ist sein Vorschlag versöhnlich, er meint, man könnte es Kurhessen anheimstellen, die Sache auch an den Bund zu bringen, und im Allgemeinen unsere Unterstützung in Aussicht stellen. Er ist indessen gleichfalls der Ansicht, daß die Bundesversammlung auch die Anträge jeder einzelnen Kammer zu prüfen hat, die von der andern Kammer nicht gestellt sind. Der Punkt, in dem er abweicht, ist eigentlich nur der, daß er gegen eine neue Verhandlung mit den Kammern ist. Graf Schlieffen**) hatte Ihren Bericht noch nicht, der Minister scheint ihn mit nach Potsdam genommen zu haben, wohin er eine Stunde nach meiner Ankunft ging. Auf meinen mündlichen Vortrag erklärte er sich aber ganz mit Ihrer Auffassung einverstanden und wollte die Sache in diesem Sinne dem Minister vortragen.

Hinsichtlich des Prokesch'schen Bettzeugs***) war er von Ihrem Separatvotum sehr erbaut und meinte, er hielte es doch für gut, in einem gemäßigten Widerspruch fortzufahren und die Bemerkungen unseres Freundes zu beantworten. Oesterreich sage ja selbst immer, daß eine Meinungsverschiedenheit in Nebenfragen der entente cordiale keinen Eintrag thun könne.

---

*) Damals Chefpräsident des Obertribunals in Berlin.

**) Decernent für die deutschen Angelegenheiten.

***) So deutlich im Original; worauf sich die Bemerkung bezieht, ließ sich nicht ermitteln.

1854 9. 7. Im Ministerium will man dabei bleiben, daß die Kriegsbesatzung in Rastatt nicht bundesmäßig anerkannt sei.

In Betreff Landaus habe ich weniger Geneigtheit gefunden, Bayern Alles zuzugestehen. Ich habe mir vorbehalten, mit Graf Waldersee*) und Graf Schlieffen noch näher darüber zu sprechen. Man scheint Landau lieber ganz den Bayern überlassen zu wollen. Was man einräumte, wird nur geschehen, um Ihrer Befürwortung nachzukommen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung verbleibe ich

Euer Excellenz ganz gehorsamster

Berlin, den 9. Juli 1854. Wentzel.

92.

Cabinetsrath Niebuhr an Bismarck.

Mein verehrtester Freund,

1854 10. 7. Sie werden wissen, daß die russische Antwort in Wien gut aufgenommen ist und man sich sogar erboten hat, in Paris und London im Sinne des Friedens zu wirken. Das Einrücken in die Walachei ist contremandirt.

Durch Legationsrath Wentzel werde ich ausführlich und mit Unbefangenheit schreiben.

Empfehlen Sie mich Ihrer Frau Gemahlin recht angelegentlich.

In treuster Gesinnung

Ihr

P(otsdam) 10/7. 54. N.

---

*) Kriegsminister.

93.

Graf Wrschowetz an Bismarck.

Baden den 19. 7. 54.

Des Prinzen Carl Königliche Hoheit bittet Ew. Hochwohlgeboren die Anlage gefälligst weiter befördern zu wollen. 1854 19. 7.

Der Prinz hat politisch beruhigende Nachrichten erhalten und findet darin eine Bestätigung derselben, daß Manteuffel, der Träger der russischen Antwort, befohlen ist, nach Wien und München zu gehen.

Mit der vorzüglichsten Hochachtung
Ew. Hochwohlgeboren
ganz ergebener
Hugo Graf Wrschowetz.

94.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

danke ich verbindlichst für das geehrte Schreiben vom 21. d. M.*). 1854 28. 7. Ein Theil der darin enthaltenen Bemerkungen wird durch die inmittelst Ihnen zugegangene Depesche seine Erledigung gefunden haben. Daß wir übrigens nicht zu zaghaft Oesterreich gegenüber uns aussprechen, wird Euer Hochwohlgeboren die in Abschrift anliegende Depesche, welche ich indeß geheim zu halten bitte, beweisen.

Wir haben heute die Oesterreichische Antwort auf unsere Depesche vom 15. d. M.**) erhalten. Man ist zwar dort auf

---

*) Preußen im Bundestag IV, No. 88 S. 207 ff.

**) In Form eines Erlasses an Graf Alvensleben, s. u. S. 198 f. Anm. H.

1854 unsern Wunsch, die Russische Antwort nicht der Beschluß-
23. 7. fassung der Conferenz zu unterbreiten, eingegangen, allein die Note, mit welcher die Russische Antwort nach Paris und London mitgetheilt wird*), ist von der Art, daß man die zurückweisende Antwort der Seemächte unschwer vorher sieht, und die Depesche, welche uns und unsere vertragsmäßigen Verpflichtungen betrifft, ist ziemlich scharf geschrieben. Von allen diesen Dingen erhalten Ew. Hochwohlgeboren Abschriften, nur ist heute die Zeit zu deren Anfertigung nicht vorhanden.

In der Anlage sende ich Euer Hochwohlgeboren Abschrift eines heute hier eingegangenen Immediat-Berichts des Grafen Alvensleben**), welchen ich Sr. Majestät bereits (vor)gelesen habe. Allerhöchstdieselben haben mir befohlen, darüber zunächst Euer Hochwohlgeboren Gutachten zu fordern. Indem ich diesem Befehle hierdurch nachkomme, bemerke ich ergebenst, daß meine eigne Ansicht über die Alvenslebensche Idee, welche mir überhaupt noch keine recht klare und mehr durch den Wunsch und Zweck, ein Gegengewicht gegen Oesterreich zu erlangen, hervorgerufen als in das System hineingewachsen zu sein scheint, keine definitiv festgestellte ist***). Ich bin noch immer davon über-

*) S. Jasmund a. a. O. No. CCXLI S. 330 ff.

**) S. Preußen im Bundestage IV, S. 210 f. Anm. 1.

***) Graf Alvensleben stellte zur Erwägung, ob es sich nicht empfehle, zu den aus dem preußisch-österreichischen Vertrage herrührenden Verhandlungen mit den sog. „Bambergern" eigene Bevollmächtigte von der Bundesversammlung zu bestellen. „Wie diese Bevollmächtigung zu veranlassen ist, muß ich den Eröffnungen an den Bundesgesandten überlassen; es fragt sich aber, wie die Bundesbevollmächtigten, wenn sie ernannt sind, am zweckmäßigsten benutzt werden können (um Preußens Stellung Oesterreich gegenüber nach Möglichkeit zu verbessern). Da, wie Eurer Königlichen Majestät ich allerunterthänigst angezeigt habe, es nicht unwahrscheinlich ist, daß die französisch-englische Erwiderung den beiden deutschen Mächten nicht direct sondern durch die Conferenz zugehen wird, so könnte es sich fragen, ob nicht die Bundesbevollmächtigten oder Einer derselben an der Conferenz Theil zu nehmen hätte. Obwohl dies den Vortheil darbieten würde, daß Preußen unter den

zeugt, daß die Rolle eines Haupts der Bamberger für uns weder eine nützliche noch ungefährliche ist, und daß man gegen Oesterreich so scharf und bestimmt auftreten mag als man will, dieß aber doch immer am besten auf eignen Beinen und nicht mit Bamberger Stützen zu geschehen hat. Man darf sich dabei nicht von trügerischen Rücksichten leiten lassen, z. B. daß man dadurch eine günstigere Stellung in der Bundes-Versammlung gewinnen könnte u. s. w. Euer Hochwohlgeboren wissen am besten, wie lange dauernd und wie fest dergleichen Dinge sind. Nichts desto weniger will ich Euer Hochwohlgeboren ermächtigen, falls Sie einen geeigneten und ungefährlichen Weg zur Erreichung der Alvenslebenschen Idee zu finden wissen, dazu mit Vorsicht die Einleitungen zu treffen. Daß die Sache sehr

1854
23. 7.

---

gegenwärtigen Verhältnissen dadurch Unterstützung und mithin einen moralischen Beistand gewänne, so kann ich es doch nicht für correct und muß es in anderer Beziehung für bedenklich halten, daß der Bund nicht etwa mit allen Krieg führenden Mächten, sondern nur mit einem Theile derselben in fortgesetzte Berathungen tritt und dadurch in Verwickelungen mancherlei Art hineingezogen wird. Dagegen dürfte sich der Ausweg empfehlen, daß bei allen Verhandlungen und Entschließungen, welche sich direct oder indirect auf die Ausführung des preußisch-österreichischen Vertrages beziehen, eine Vorberathung der beiden deutschen Mächte mit den Bundesbevollmächtigten stattfindet und daß dies namentlich auch dann und zwar zuvor eintritt, wenn Consequenzen des Vertrages irgend einer Art in den Kreis der Conferenzverhandlungen hineingezogen werden sollen. Es ist klar, daß hierdurch eine moralische Hemmung Oesterreichs gegen ein zu weites Eingehen desselben auf die Wünsche und Interessen der Westmächte erreicht wird. Außerdem befindet sich Preußen dabei auf einem bundesrechtlichen Standpunkte und sichert sich in einer Frage, wo seine und des Bundes Interessen zusammenfallen, die Sympathien des letzteren, ohne auf irgend eine Art Oesterreich ostensibel entgegenzutreten. Eurer Königlichen Majestät muß ich die Prüfung dieser Ansicht anheimgeben, bemerke indessen, daß, wenn darauf einzugehen wäre, sehr schnell gehandelt werden müßte, indem die Zuziehung der Bundesbevollmächtigten besonders bei dem Eingange der Anforderungen der Westmächte von Nutzen wäre, und letzterer leicht sehr bald erfolgen kann."

1854 28. 7. discret behandelt werden muß, leidet keinen Zweifel, denn die Erbitterung der Westmächte gegen uns ist auf einen hohen Punkt gediehen, und ein noch so freundlicher Kuß von Sachsen oder Baiern scheint mir immerhin die Gefahren einer Englischen Blokade nicht aufzuwiegen.

Des Königs Majestät haben mir zu erwägen gegeben, ob ich nicht mit nach München gehen oder nachkommen wolle; ich bin indeß nicht dafür, weil ich dieß für eine Demonstration halten möchte, welche durch entsprechenden Vortheil nicht aufgewogen würde. Wenn aber Se. Majestät darauf bestehen, so werde ich mich schließlich nicht weigern.

Die Briefe meines Vetters, des Obersten von Manteuffel aus Wien, haben mir bei aller Tüchtigkeit des Berichterstatters keinen guten Eindruck gemacht. Buol ist ganz in den Händen von Bourqueney, und der Kaiser, der viel Sentiment gezeigt, hat doch in der Conversation diejenige Sprödigkeit durchblicken lassen, welche von einem bereits fest und unabänderlich gefaßten Entschluß Zeugniß giebt. Daß man entschlossen ist vorzugehen, beweist eine mir heute zugehende telegraphische Nachricht, wonach General Heß am 16. d. M. bei Burtschava die Grenze der Wallachei überschritten hat. Was daraus entstehen wird, ob ein feindliches Begegnen mit den Russen, eine Kriegs-Erklärung Seitens derselben, weiß Gott.

Leben Sie wohl. Mit ausgezeichneter Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, den 23. Juli 1854. Manteuffel*).

---

*) Bismarcks Antwort vom 25. Juli 1854 s. Preußen im Bundestag IV, No. 89 S. 215 ff., Privatschreiben vom 28. Juli a. a. O. II, No. 82 S. 52 f.; die in dem Privatschreiben erwähnte Anlage ist der unter No. 95 abgedruckte Bericht.

95.

Bismarck an Otto v. Manteuffel*).

1854 25. 7.

In der Erklärung, mittelst welcher Preußen und Oestreich in der Sitzung vom 20 d. M. den Beitritt des Bundes zu dem Vertrage vom 20 April c. beantragt haben**), ist von beiden Mächten die Zusicherung gegeben: der Bundesversammlung, sofern sie dem Bündnisse beigetreten sein wird, die Antwort Rußlands mitzutheilen, und mit ihr im Geiste des Vertrages darüber in vertrauensvolles Einvernehmen zu treten. Der Zeitpunkt, wo die Bundesversammlung diese Mittheilung erwarten darf, ist nunmehr eingetreten, und scheint eine Beschleunigung derselben in unserm Interesse zu liegen, da der Einfluß welchen die Bundesversammlung auf die Würdigung und Behandlung der russischen Antwort üben wird, voraussichtlich der diesseitigen Auffassung zu Gute kommt. Der Geschäftsgang am Bunde ist ohnehin schwerfällig, und die Hülfsmittel, welche die Betheiligung des Bundes uns bei den Bestrebungen gewähren kann, unsre Beurtheilung der russischen Antwort als die im Sinne des Vertrages maßgebende geltend zu machen, gehn verloren, wenn sie nicht mit Schnelligkeit vorbereitet werden. Der Bairische Gesandte***) sprach gegen mich die Voraussetzung aus, daß die Mittheilung der Antwort Rußlands von dem Münchner Cabinet in Berlin und Wien werde urgirt werden, wenn sie nicht bald in Ausführung der in der Sitzung vom 20 gegebenen Zusage von selbst erfolge. Er deutete an daß die bisherige Vorenthaltung derselben zu der unwillkom-

---

*) Der Bericht ist schon in Preußen im Bundestage II, No. 81 S. 47 ff. veröffentlicht, aber mit so vielen Fehlern, daß der nochmalige Abdruck nach dem Originalconcept nothwendig ist.

**) Separatprotokoll über die Bundestagssitzung vom 20. Juli 1854, S. 728 a.

***) Freiherr v. Schrenck.

1854 25. 7. menen Annahme leite, daß die deutschen Regirungen erst dann zu einer eiligen Kundgabe ihrer Adhäsion würden berufen werden, wenn über die Sache durch Einigung der beiden Großmächte schon entschieden sein werde. Auch wenn eine Mahnung dazu von einer der Bundesregirungen nicht jetzt schon erfolgt, dürfte es dem Wiener Cabinete kaum unerwartet sein, wenn wir dasselbe auffordern, nunmehr auf dem von ihm selbst vorgezeichneten Wege mit der ungesäumten Mittheilung jener Antwort an die Bundes-Versammlung mit uns vorzuschreiten. Der nach Anleitung des Art. 49 der Schlußacte zu wählende Ausschuß besteht bereits, sowie er bei Gelegenheit der gemeinschaftlichen Vorlage vom 24 Mai ernannt wurde. Der betreffende Theil des gestrigen Beschlusses lautet: „Die zur Ausführung des vorstehenden Beschlusses (Beitrittes) erforderlichen Maßregeln bleiben besondrer Beschlußfassung vorbehalten; mit der Vorbereitung derselben wird der in der Sitzung vom 24 Mai gewählte besondre Ausschuß mit der Befugniß beauftragt, sich zu diesem Zwecke mit dem Militärausschusse in Verbindung zu setzen.“ Von Oestreich wird dieser Passus auf die dem Bunde demnächst anzusinnenden militärischen Vorkehrungen vorzugsweise bezogen werden wollen, indem baldige Unterhandlungen nach Art. 49 dort wohl nicht in der Absicht liegen. Nach dem vorstehenden Wortlaut des Beschlusses, in Verbindung mit den beiden vorletzten Absätzen der Preußisch-Oestreichischen Vorlage vom 20 c. scheint es mir indessen natürlich, daß dieser bestehende Ausschuß als mit Rücksicht auf Art. 49 bevollmächtigt, betrachtet wird. Eigne Bevollmächtigte, wie sie nach diesem Artikel „zu dem Unterhandlungsgeschäft selbst“ ernannt werden sollen, scheinen für jetzt nicht erforderlich zu sein. Die betreffende Stelle hat dergleichen Bevollmächtigte offenbar nur für den Fall im Sinne, daß der Bund mit fremden Mächten unterhandelt, nicht aber mit zwei Bundesgliedern welche obenein Mitglieder des betheiligten Ausschusses sind.

1854
25. 7.

Die Bedenken des Grafen Alvensleben gegen eine Theilnahme des Bundes an der Wiener Conferenz theile ich vollständig; derselben steht, außer den angegebnen Gründen, auch die entschiedne Abneigung der Bundesstaaten selbst entgegen. Meine Collegen haben wiederholt gegen mich geäußert, daß ihre Regirungen nicht in den Fall gesetzt zu werden wünschten, den von der Wiener Conferenz eingenommenen Standpunkt zu dem ihrigen zu machen, oder die bisherigen Protokolle ausdrücklich als für sie verbindlich anzuerkennen. Dagegen dürften sie bereitwillig und dankbar auf das System eingehn, für die Zukunft dasjenige was von deutscher Seite auf der Conferenz vorgebracht wird, zwischen Preußen, Oestreich und dem Bunde, oder wenigstens dem Ausschusse, vorher zu vereinbaren, soweit die Gegenstände als mit dem Bündniß connex zu betrachten sind. Erst dann wird letztres zu seiner vollen Bedeutung gelangen, wenn auf Grund desselben eine Politik, für welche ganz Deutschland einsteht, auf der Conferenz geltend gemacht wird. In dieser Richtung würden auch die zu erwartenden Gegenpropositionen der Westmächte, theils als Material zur Entscheidung über die russische Antwort, theils nach dem Sinne des Bündnisses überhaupt, einen Gegenstand der dem Bunde zugesagten „Einflußnahme" bilden.

Die Bestellung „eigner Bevollmächtigten" würde auch aus dem Grunde zu verschieben sein so lange es thunlich ist, weil die Personalfrage große Schwierigkeiten darbietet. Abgesehn von der alsdann ins Spiel kommenden Eifersucht, ist der Bairische Gesandte zu ängstlicher Jurist, aber zur Noth noch geeignet; der Sächsische *) von dem Präsidium persönlich abhängig, der Hanöversche **) taub, der Würtembergische ***) confus, der

*) v. Nostitz und Jänckendorf.
**) Graf v. Kielmansegge.
***) v. Reinhard.

1854 25. 7. Badische*) ängstlich und haarspaltend, der Kurhessische**) arbeitsscheu und derangirt, der Darmstädter***) ganz Oestreicher. Der Dänische†) und der Mecklenburgische††) wären die brauchbarsten; aber vermöge ihrer Sonderstellung zum Bündniß kaum möglich. Etwas Andres als Baiern bliebe kaum übrig.

Wenn meines gehorsamsten Dafürhaltens hier am Bunde für jetzt nur die baldige Mittheilung der russischen Antwort und der zu ihrer Beurtheilung nöthigen Materialien erforderlich ist, so kann ich, bei unvollkommner Kenntniß der augenblicklichen Sachlage in Wien, nur höherem Ermessen anheimstellen, ob es zweckmäßig ist, solche Schritte welche dort eine besonnenere Stimmung hervorbringen könnten, sowohl selbst zu thun, als von Seiten andrer deutschen Regirungen herbeizuführen. Schon der vertrauliche Erlaß an den Grafen Alvensleben†††) enthält in diesem Sinne Wendungen welche gewiß ihren Eindruck nicht verfehlen§), und die Haltung Oestreichs

---

*) Freiherr Marschall v. Bieberstein.

**) v. Trott.

***) Freiherr v. Münch-Bellinghausen.

†) v. Bülow.

††) v. Oertzen-Leppin.

†††) Vom 15. Juli, als Antwort auf die österreichische Depesche vom 12. Juli, in welcher Buol darauf hinwies, daß der Fall eines activen Vorgehens Oesterreichs binnen kurzem statthaben könne und daher der Augenblick eingetreten sei, bei der preußischen Regierung auf die durch Art. 2 der Convention vom 20. April vorbedungene Mobilmachung nöthigenfalls förmlich anzutragen.

§) „Wir haben uns bisher bemüht und werden uns ferner angelegen sein lassen, ein Hervortreten divergirender Ansichten zu vermeiden, weil wir uns selbst sagen, daß dadurch sowohl Oesterreichs als unser Gewicht wesentlich geschwächt wird und somit die Aussicht immer mehr schwindet, den Leidenschaften der streitenden Parteien einen starken Damm entgegenzustellen. Wir würden aber auch bei diesem Bestreben eine gewisse Linie nicht überschreiten und z. B. unserer in der Wortfassung des Bündnisses selbst begründeten Ueberzeugung Geltung ver-

würde sich ohne Zweifel ruhiger entwickeln, wenn dem Grafen Buol auch von andern Bundesgenossen die Gewißheit gegeben würde, daß nicht jede Politik Oestreichs Aussicht auf die Hülfe Deutschlands hat, sondern nur eine solche welche dem Sinne und Wortlaut des Bündnisses entspricht. Die Aeußerungen eingeweihter Personen, das zusammenhängende System welches sich in der Bearbeitung der öffentlichen Meinung durch die vertrautesten Agenten und offiziösen Blätter darstellt, namentlich aber das Verhalten des Wiener Cabinettes selbst gegenüber der russischen Antwort, berechtigen zu der Annahme, daß die östreichische Politik nicht mehr erhaltend und friedliebend, sondern ehrgeizig und kriegerisch ist. Die Constellation zu Erwerbungen ist günstig, die Rüstungskosten sind fortgeworfen, wenn die aufgestellte Armee nicht genutzt wird; das Bündniß bietet eine Assecuranz gegen übeln Ausgang, und darüber hinaus hält man sich fest überzeugt, daß Preußen und Deutschland im eignen Interesse nöthig finden werden Oestreich

1854 25. 7.

---

schaffen, daß die bewaffnete Macht Sr. Majestät fremden, der Tendenz des Bündnisses fern liegenden Zwecken durch dasselbe in keiner Weise dienstbar gemacht werden kann. Ich lasse mich hier auf eine nähere Erörterung der uns in dieser Beziehung zur Seite stehenden Vertragsbestimmungen nicht ein, weil ich der Ansicht bin, daß eine solche Discussion, sofern sie nicht zur unerläßlichen Nothwendigkeit wird, besser unterbleibt. Das aber nehme ich keinen Anstand auszusprechen, daß Se. Majestät eine außerhalb des Bündnisses stehende Autorität, die über dessen Auslegung und Bedeutung einen Urtheilsspruch zu fällen habe, niemals anerkennen wird. Des Königs Majestät werden daher für die Armee in nächster Zeit diejenige Waffenbereitschaft eintreten lassen, welche Allerhöchstdieselben unter den jetzigen kritischen Zeiten für geboten erachten; es wird dies aber nicht wegen der Kluft, die zwischen den Anerbietungen Rußlands und den Anforderungen der Westmächte besteht, und nicht wegen eines etwaigen hierdurch gebotenen activen Vorgehens Oesterreichs, sondern nur deshalb geschehen, um in jedem Momente die Stellung Preußens, sowohl wenn es sich um Erfüllung vertragsmäßiger Pflichten als um die Wahrung eigener Interessen handelt, gebührend wahrzunehmen."

1854 zu decken, so unangenehm ihnen dessen Politik auch sein mag.
25. 7. Nur die bestimmte Beseitigung dieser letztern leichtsinnigen und unbilligen Hoffnung wird das Wiener Cabinet vielleicht abhalten, muthwillig mit Rußland Händel zu suchen. Große Stücke können wir auf die Mittelstaaten nicht bauen; aber wir können den Grad von Vertrauen bei ihnen wiedergewinnen, den wir vor 1848 besaßen, und der in ihrer größern Gleichartigkeit mit uns als mit Oestreich wurzelt. Sie sind jetzt antifranzösisch, vielleicht mit Ausnahme von Darmstadt. Die Ursache dieser Erscheinung mag theils in persönlichen Dispositionen der regirenden Herrn, theils in Revolutionsfurcht und in dem Umstande liegen, daß die jetzige Herrschaft in Frankreich nur auf zwei Augen steht, und daß sichre Objecte der Begehrlichkeit, welche durch Frankreich erworben werden könnten, nicht mehr vorhanden sind. Die geistlichen Güter, Reichsstädte und kleinen Territorien sind vertheilt, und die 7 Jahre harter Dienstbarkeit welche man, um diese Rahel zu erwerben, im Rheinbunde durchgemacht hat, sind in zu guter Erinnerung, um der Neigung eine Lea durch ähnliche Knechtschaft zu verdienen, nicht die Wage zu halten. Demungeachtet kann ein fortgesetzter von Preußen und Oestreich gegen die Mittelstaaten geübter Zwang denselben bald die Lust erwecken, lieber selbständig als unter der Vormundschaft dieser beiden Mächte mit Frankreich zu gehn. Es kommt dahin schließlich, wenn die Regirungen nicht wenigstens bei Preußen eine Anlehnung und eine kräftige Vertretung der wirklichen deutschen Interessen, ohne die von Oestreich sogenannten, finden. Bezeichnend ist, daß Frankreich die Züchtigung der Bamberger durch Noten allein den Engländern überläßt, sich selbst aber freundlich zu den Mittelstaaten fortwährend zu stellen sucht.

Wenn ich kein unbedingtes Vertrauen auf eine dauernd gute Gesinnung der Bamberger gegen uns setze, so fürchte ich daß ihre Gefühle für uns immer noch treue Hingebung zu nennen

sind, im Vergleich mit denen, die Graf Buol, Bach*) und andre Epigonen Schwarzenbergischer Politik, im Bündniß mit den Ultramontanen, im Innern ihrer Herzen gegen uns hegen. Das jetzt in Oestreich gehandhabte System germanisirender Centralisation bedarf zur Lösung seiner Aufgabe einer engern organischen Verbindung mit, und einer strafferen Hegemonie in Deutschland. Die Strebungen der Ultramontanen gehn für jetzt mit denen der ehrgeizigen Wiener Hand in Hand. Für beide ist Preußens Machtstellung in Deutschland der härteste und schwerste Stein des Anstoßes. Derselbe verliert an Bedeutung in demselben Maße, als der Unterschied zwischen Preußens und Oestreichs physischer Kraft zunimmt, und sich in seiner Bedeutung demjenigen nähert, welcher zwischen Preußen und Bayern stattfindet. Je höher Oestreich steigt, desto mehr schrumpft der Abstand zwischen uns und den Mittelstaaten für den Maßstab der Politik zusammen. Wir können also, abgesehn von allen übrigen in der orientalischen Frage liegenden Motiven für unsre Entschließungen eine Vergrößerung Oestreichs nicht zugeben, wenn wir nicht mindestens in demselben Maße wachsen.

1854 25. 7.

Wenn Oestreich zum Kriege mit Rußland gelangt, so wird es sich auf die Dauer der Mitwirkung zu denjenigen Plänen, welche die Westmächte in Betreff einer Herstellung Polens haben möchten, nicht mit Erfolg widersetzen können. Diese Pläne sind bisher in London und Paris niemals ehrlich zurückgewiesen worden, und dürften, als einziges Mittel zu einer nachhaltigen Verminderung der russischen Macht, früher oder später mit mehr Entschiedenheit in den Vordergrund treten. Oestreichs Interesse gegen die Herstellung Polens ist minder tief gehend, als das von Preußen und Rußland, schwerlich so tief, daß man deshalb nach dem Bruch mit Rußland sich mit dem Westen zu entzweien nöthig halten würde. Ich glaube

*) Oesterreichischer Minister des Innern.

1854 25. 7. sogar daß Oestreich gern die Donauländer wählen würde, wenn es zwischen diesen und Galizien optiren müßte. Jene sind deutscher Sprache und Regirung zugänglicher, als die polnische Provinz, die Bevölkerung inoffensiv, sie sind reicherer Entwicklung fähig, und passen geographisch und commerciell besser zu Oestreich, als das außerhalb der Karpaten dem Kaiserstaate angeklebte Galizien. Letztres ist, bei offnen Grenzen, der russischen Macht und etwaigen polnischen Insurrectionen leicht zugänglich. Die Gefahren welche die polnische Nachbarschaft für die Ruhe von Ungarn bieten würde, finden ein Gegengewicht in der Vermehrung der den Magyaren feindlichen Elemente der Serben und Walachen. Außerdem bietet die Herstellung Polens an und für sich dem Oestreichischen System Vortheile:

1. Preußen wird geschwächt und in Schach gehalten.
2. Die Gefahr des Panslavismus hört auf, wenn zwei mächtige Slavenstaaten verschiedner Religion und Nationalität bestehn.
3. Europa erhält einen wichtigen Staat rein katholischer Confession mehr.
4. Polen, unter Oestreichs Hülfe hergestellt, wird vor der Hand Oestreichs sichrer Verbündeter.
5. Die Herstellung Polens bietet Oestreich vielleicht die einzige dauernde Garantie gegen wirksame Vergeltung von Seiten Rußlands, sobald die italiänischen Angelegenheiten Streit zwischen Oestreich und Frankreich herbeiführen, oder ersteres sonst wie in Verlegenheit kommt. Schlimmsten Falls würde das Wiener Cabinet sich mit dem Vorschlage helfen Polen von Neuem zu theilen, ohne die Donauländer dann aufzugeben. Ich gehe nicht soweit zu behaupten, daß Oestreich die Herstellung Polens freiwillig betreiben werde; aber wenn die Westmächte ernstlich darauf drängen, so wird es sich

nur mit stumpfen Nägeln wehren, vorausgesetzt daß die Donauländer als Lohn in Aussicht stehn. 1854 25. 7.

Herr von Prokesch verläßt mich eben, um bis zum Sonntag bei seiner Frau in Badenweiler zu bleiben, die Sitzung für morgen ist ausgesetzt. Aus seinen flüchtigen Aeußerungen entnehme ich, daß die östreichische Absicht ist, die russische Antwort vor der Hand hier nicht mitzutheilen, und die „Einflußnahme" des Bundes nach Art. 49 lediglich auf den Fall eigentlicher Friedensunterhandlungen zu deuten. Die Mittheilung der russischen Antwort, meint er, könne lediglich „zur Kenntnißnahme" an die Bundes-Versammlung erfolgen*); ob und wann der Ausschuß über dieselbe verhandeln solle, das müsse von unserm, Prokesch's und meinem, Ermessen abhängen, worunter ich verstehe daß es unterbleiben soll. Dem entgegenzuwirken halte ich im Augenblick für unsre dringendste Aufgabe.

v. Bismarck.

96.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

sende ich in den Anlagen einige Abschriften, welche Euer Hochwohlgeboren interessiren werden, und die im Allgemeinen den Standpunkt bezeichnen, den wir in der Frage jetzt einnehmen. Die kleineren und mittleren deutschen Mächte werden diesen Standpunkt für sich sehr angenehm finden und sich an uns drängen. Nach meiner Ansicht muß man sie keineswegs zurückweisen, denn es liegt darin der wahrheitsgemäße Ausdruck der Thatsache, daß Preußen mehr als Oesterreich berufen ist deutsche Interessen zu vertreten; man muß diese Zuneigung vielmehr zu nähren und zu utilisiren suchen; aber man darf zwei Dinge oder vielmehr eine Alternative nicht übersehen. 1854 26. 7.

*) Orig.: mitgetheilt werden.

1854
26. 7.

Alle diese mittleren Staaten (vielleicht mit Ausnahme von Baden) sind naturgemäß Feinde Preußens, weil sie in ihm ihren dereinstigen Verschlinger erkennen, abgesehen noch von andern Motiven des Neides der Mißgunst und historischen Reminiscenzen; diese Feindschaft wacht unfehlbar, wir mögen noch so liebenswürdig sein und uns benehmen wie wir wollen, wieder auf, sowie ihre aus dem Gefühle ihrer Schwäche herkommende Furcht beseitigt ist, sowie sie den jetzt unter ihren Füßen schwankenden Boden wieder fest fühlen. Es sind nun nur zwei Fälle möglich, entweder ein solcher Zustand tritt, ohne daß es zu großen politischen Katastrophen kommt, wieder ein, dann wird auch der Abfall von uns nicht auf sich warten lassen, oder es ereignet sich das Gegentheil, es kommt zu einem allgemeinen Kriege, wobei die Kräfte der verschiedenen Staaten in großem Maaßstabe angestrengt werden, dann gehen dieselben unfehlbar ihrem Untergange entgegen. Ein Kurhessischer, ein Darmstädter, ein Königlich Sächsischer patriotischer Krieg gehört zu den Unmöglichkeiten, es muß dann mit den Dynastien nothwendig eine Aenderung eintreten; welcher Art diese sein wird, das ist schwer vorher zu sehen und wird von den Ereignissen zum Theil wohl auch von unserm Verhalten abhangen. Wenn wir uns aber herbeilassen wollten, für den Fortbestand der Staaten in ihren jetzigen Verhältnissen gewisse Garantien zu übernehmen, so würden wir uns, das ist meine feste Ueberzeugung, nicht bloß zu etwas für uns möglicher Weise Nachtheiligem, sondern auch zu Unmöglichem verpflichten. Deshalb sehen jene Staaten so ängstlich nach Rußland, weil sie das Gefühl ihrer Unfähigkeit aus eigener Kraft zu existiren im Leibe haben. Ich bin weit entfernt, Haugwitzsche Politik*) anrathen zu wollen, aber ich meine, daß wie die Hitze der letzten

*) D. h. Anschluß an Frankreich zur Lösung der deutschen Frage im preußischen Sinne.

Wochen so auch die politische Hitze der letzten Jahre einen Zustand der Reife herbeigeführt, den man bedauern, aber nicht läugnen kann und der einem nicht ganz unachtsamen Wirthe die Verpflichtung auferlegt, an die Ernte-Arbeit zu denken, da sonst vielleicht der Nachbar sich hineinmischt. 1854 26. 7.

Euer Hochwohlgeboren werden ersehen, daß diese Zeilen nicht auf die Münchener Ausstellung berechnet sind.

Ich sehe mit Interesse Ihren Mittheilungen aus München entgegen*), wünsche, daß es Ihnen dort gut gehen möge, und verharre mit ausgezeichneter Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, d. 26. Juli 1854. Manteuffel.

97.

Legationsrath Wentzel an Bismarck**).

Frankfurt a/M. 3. August 1854.

Euer Excellenz

habe ich telegraphisch bereits gemeldet, daß Herr v. Prokesch ermächtigt ist, die Russische Antwort***) vorzulegen. Alle meine Bemühungen, die Vorlage noch heute zu machen, waren vergeblich. Er meinte, er müsse sich mit Ihnen persönlich verständigen und könne von seiner Instruction, die Antwort nur dem Ausschusse vorzulegen, nur abgehen, wenn er sich auf seine Verabredungen mit Ihnen beziehen könne. Unsere Befürwortungsnoten nach London und Paris†) sind zwar zu Ihrer 1854 3. 8.

*) Preußen im Bundestag IV, No. 90 S. 218 ff.
**) Bismarck befand sich seit dem 1. Aug. in Berlin.
***) Vom 17./30. Juni, s. o. S. 188, Anm. ***).
†) Vom 24. Juli, Jasmund a. a. O. I, No. CCLXII S. 332 ff.

1854 3. 8. persönlichen Kenntnißnahme hierher mitgetheilt, aber wohl gleichfalls zur Vorlegung an die Bundesversammlung bestimmt. Eine Autorisation wird freilich von Berlin noch erfolgen müssen.

Wie ich gestern schon hörte, hat Herr v. Prokesch gesagt, es schwebten jetzt wegen der weiteren Behandlung der orientalischen Sachen am Bunde zwischen Berlin und Wien Verhandlungen. Führten diese zum Resultat, so würde in der nächsten Sitzung eine Vorlage erfolgen, dann könne einige Tage später der erforderliche Beschluß gefaßt werden und sei er dafür, demnächst einige Wochen keine Sitzung zu halten. Zu einem Vertrauten hat er geäußert, er werde keinen Falls am 18. ein Diner geben, man vergüte ihm nichts dafür und er sei nicht so bezahlt, um sich solche große Kosten zu machen. Heute hat er mir nun mitgetheilt, daß ihm wegen Mobilisirung eines Theils des Bundesheeres zwar Mittheilungen von Wien zugegangen seien, daß er aber noch keine Anweisung zu Anträgen habe, er hoffe, Euer Excellenz würden hierüber aus Berlin Instructionen mitbringen. Man hat wohl in Berlin schon Nachricht von der Oesterreichischen Circulardepesche vom 28. v. M., wonach Oesterreich 100—150000 Mann, Preußen 100—200000 Mann, die übrigen Bundesstaaten die Hälfte ihres Contingents aufstellen sollen? Die Maaßregel wird auf den Vertrag vom 20. April gestützt*).

Ueber den Inhalt der heutigen Sitzung habe ich bereits telegraphisch gemeldet. Ich bitte die Eile zu entschuldigen, aber der Postschluß ist nahe. Noch bemerke ich, daß Herr von Talleyray am 15ten ein großes Diner in Gala geben wird. Herr v. Prokesch glaubt wegen der Aussetzung der Sitzungen dann nicht hier zu sein. Er sprach von seiner Absicht, 2 bis 3 Sitz-

*) Diese Depesche ist m. W. nicht veröffentlicht, doch vgl. Manteuffels Depesche an die Königlichen Missionen in Deutschland vom 3. August 1854, Jasmund a. a. O. No. CCXLIV S. 339 f.

ungen, falls Ew. Excellenz einverstanden wären, auszusetzen, heute noch zu mir, indem er bemerkte, daß wenn Preußen mit der Mobilmachung einverstanden und diese beschlossen sei, es für die Bundesversammlung ja nichts mehr zu thun gebe. 1854 3. 8.

Mit ausgezeichneter Hochachtung verharre ich

Euer Excellenz gehorsamster Diener

Wentzel.

98.

Legationsrath Wentzel an Bismarck.

Frankfurt a/M. 4. August 1854.

Euer Excellenz

danke ich gehorsamst für die gütigen Mittheilungen von gestern*), die sich mit meinem Schreiben gekreuzt haben. Wo man die österreichische Circular-Depesche vom 28ten v. M. hier kennt, ist man der Ansicht, daß wir nicht auf die Mobilisirungs-Vorschläge Oesterreichs eingehen werden und daß auch die übrigen Deutschen Bundesstaaten keine Mobilmachung wünschen möchten. Die Vorlegung der Russischen Antwort wird nun in der nächsten Sitzung erfolgen und wird Ihre Rückkehr schon deshalb mit Sehnsucht erwartet. 1854 4. 8.

Die Dänische Beitritts-Erklärung habe ich mir von Herrn v. Brenner**) geben lassen und füge ich sie bei. Ich finde sie nicht so verklausulirt, als es behauptet wurde.

Herr v. Oertzen geht heute auf 14 Tage nach Mecklenburg, ist aber bereit, sogleich zurückzukehren, sobald es nach Ihrer Ansicht rathsam ist. Man hofft allgemein, daß nach der nächsten

---

*) Bismarck-Jahrbuch V, 10 f.

**) Freiherr v. Brenner-Felsach, österreichischer Legationsrath und Director der Bundeskanzlei.

1854 4. 8. Sitzung 2 bis 3 Sitzungen ausfallen werden. Ihre Meinung wird hierüber entscheiden.

Graf Bentinck ist seit gestern wieder hier. Er verlangt die Intervention des Bundes, wird aber überall Zurückweisung finden, indem man seinen Vertrag mit Oldenburg für verbindlich hält.

Mit ausgezeichnetester Hochachtung verharre ich

Euer Excellenz

gehorsamer Diener

Wentzel.

99.

Cabinetsrath Niebuhr an Bismarck*).

Putbus 22. August 1854.

Verehrtester Freund!

1854 22. 8. Ungefähr 8 Wochen lang bin ich außer Stande gewesen, irgend einen vernünftigen Brief zu schreiben. Ich war durch verschiedenen Kummer und Aerger krank und so nervös geworden, daß ich kaum mehr eine Feder halten konnte, dann mußte ich noch 3 Wochen lang in Driburg curiren und kam gänzlich entkräftet vor 8 Tagen nach Charlottenburg. Ich komme hier vermöge einer mir sonst ungewöhnlichen Dickfelligkeit wieder zu Kräften, und werde nach und nach ein vernünftiger Mensch. Eine der ersten Proben davon soll dieser Brief seyn: lange dauert es vielleicht nicht, daß ich vernünftig bleibe. Wenn man seine Zeit nicht bloß mit dem Verstande, sondern auch mit dem Herzen durchlebt, kann man jeden Tag in Gefahr seyn, rasend zu werden.

Ich verkenne gewiß nicht gute Intentionen, wenn sie auch

---

*) Ein Stück dieses Briefes ist in G. u. E. I, 103 f. veröffentlicht.

meiner Ueberzeugung nach nicht an der (richtigen) Stelle und noch weniger richtig ausgeführt sind, und ebenso wenig das Recht von Interessen, wenn sie auch demjenigen, was ich für richtig halten muß, schnurstracks widersprechen. Aber ich verlange Wahrheit und Klarheit, und deren Mangel kann mich zur Desperation bringen. Mangel an Wahrheit nach außen kann ich unserer Politik nun nicht zum Vorwurf machen: wohl aber Unwahrheit gegen uns selbst. Wir würden ganz anders dastehen und Vieles unterlassen haben, wenn wir uns die eigentlichen Motive eingestanden hätten, statt uns beständig vorzuspiegeln, daß die einzelnen Acte unserer Politik Consequenzen der richtigen Grund-Gedanken derselben seyen. Die fortgesetzte Theilnahme an den Wiener Conferenzen nach dem Einlaufen der englisch-französischen Flotte in die Dardanellen und jetzt zuletzt die Unterstützung der westmächtlich-östreichischen Forderungen in Petersburg haben ihren wahren Grund in der kindischen Furcht „aus dem Concert européen herausgedrängt zu werden" und „die Stellung als Großmacht zu verlieren", die größten Albernheiten, die zu denken sind; denn von einem Concert européen zu sprechen, wenn 2 Mächte mit einer dritten im Kriege sind, ist doch geradezu ein hölzernes Eisen, und unsere Stellung als Großmacht verdanken wir doch wahrhaftig nicht der Gefälligkeit von London, Paris und Wien, sondern unserem guten Schwerte. Ueberdem aber spielt überall eine Empfindlichkeit gegen Rußland mit, die ich vollkommen begreife und auch theile, der man aber jetzt nicht nachgeben kann, ohne zugleich uns selbst zu züchtigen.

1854 22. 8.

Wo man nicht wahr gegen sich selbst ist, ist man allemal auch nicht klar. Und so leben und handeln wir zwar nicht in solcher Unklarheit, wie in Wien, wo man wie ein Schlaftrunkener alle Augenblicke handelt, als ob man schon im Kriege mit Rußland wäre: aber wie man neutral und Friedensvermittler seyn und zugleich Propositionen wie die letzten der

1854 22. 8. Seemächte empfehlen (kann), verstehe ich mit meinen schwachen Verstandeskräften nicht.

1854 23. 8. 23/8. Gerlach läßt Ihnen Folgendes sagen, mit der Bitte es durchzudenken und ev. die Reifwerdung vorzubereiten.

Schon seit längerer Zeit hat der König sich mit dem Gedanken herumgetragen, den Art. 2 des Vertrags vom 20. April durch einen article unique statt des nun selig entschlafenen, wenn auch nicht durch einen gleich uniquen zu ergänzen*). Gestern entwickelte er uns beiden von Neuem diesen Gedanken, der neue article unique soll durch Preußen, Oestreich und einen in Frankfurt zu wählenden Bevollmächtigten der übrigen Bundes-Staaten (Minister eines der Königreiche) zu Stande gebracht werden. Anfänglich bezeichnete der König als Gegenstand Schutz des östreichischen Territoriums gegen einen russischen Einbruch. Als jedoch Gerlach und ich bemerkten, daß dies nicht Ergänzung der durch Wegfall des article unique entstandenen Lücke seyn würde und überdem der Fall durch den Hauptvertrag schon vollständig vorgesehen sey, stand er ab. Wir hoben darauf hervor, wie wichtig es seyn würde, wenn ein neuer article unique nach beiden Seiten gewandt wäre, und bezeichneten als Beispiel der möglichen Gegenstände: 1) Garantie der ungestörten Besetzung der Donau-Fürstenthümer durch Oestreich bis zum Abschluß des Friedens; 2) Verabredung der bundesmäßigen Verhinderung jedweder Occupation eines Theils des Bundesgebiets (Französische Winterquartiere in Holstein, Mecklenburg, Rügen), auch wenn diese Occupation mit Genehmigung der betr. Einzel-Regierung erfolgt sey. Der König nahm diese Gedanken ad referendum, nachdem man beiderseits darüber übereingekommen war, daß eine Weigerung Oestreichs auf solche zweischneidige Vorschläge einzugehen, wohl

*) Vgl. Gerlachs Denkwürdigkeiten II, 202 f.

zu erwarten sey, aber diese Erwartung nicht von der Sache abhalten dürfe. 1854 28. 8.

Ich theile Ihnen die Sache absichtlich und auf Gerlachs Wunsch so ausführlich und historisch mit.

Der neue General-(Polizei-)*)Director**) ist hier, weil es ihm gelungen war, die Ueberzeugung zu erwecken, daß er in Berlin nicht sicher vor den Nachstellungen seiner Feinde sey. Noch ist immer Streit darüber, ob er Unterstaatssecretair werden soll — wogegen er ist, um nicht die Macht, die Annehmlichkeiten und Revenuen des Polizey-Präsidiums zu verlieren Nachdem er seine Einnahme von 3600 Thlr. officiell auf 8000 per fas et nefas zu steigern gewußt, hat er jetzt aus den Ersparnissen der Schutzleute sich eine Sommerwohnung in Rummelsburg gebaut und läßt eine Chaussee dahin durch die Droschkenfuhrherrn bauen. Sonst lebt er augenblicklich von einem neuen 18. März und einer an der Eifel stationirten französischen Armee von 10000 M. (im Incognito von Bergleuten). Bey dieser unseligen Geschichte leidet des Königs Autorität und Ruhe, gehen die Minister zu Grunde und am letzten Ende auch der Hühnerpascha ***) selbst.

Der König ist sehr angegriffen. Auf der Reise hierher bekam er Durchfall und wurde fiebrig, und er kann sich noch gar nicht erholen. An Anfang des Badens ist noch nicht zu denken.

Ich habe meine Frau in Driburg viel wohler verlassen, als ich sie hingebracht, darf hoffen, von den durch ihren Zustand herbeigeführten Sorgen einigermaßen befreit zu werden. Diese häusliche Betrübniß zu der öffentlichen und der unseligen Unruhe meines Lebens war etwas zu viel.

---

*) Ergänzung des Herausgebers.
**) v. Hinckeldey.
***) Spitzname für Hinckeldey.

1854 28. 8. Empfehlen Sie mich Ihrer Frau Gemahlin recht angelegentlich.

Gerlach grüßt bestens. Mit aufrichtiger Anhänglichkeit

Ihr

treu ergebenster

Niebuhr.

100.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

1854 7. 9. erhalten in der Anlage Abschrift einer soeben mir zugehenden telegraphischen Depesche des Herrn Wentzel. Wie die Dinge jetzt stehen, finde ich mich nicht veranlaßt, die Sitzung zu verlangen. Ich stelle ergebenst anheim, ob unter solchen Umständen Euer Hochwohlgeboren Ihren Land-Aufenthalt um einige Tage verlängern wollen. Die Reise nach Dresden scheint mir jetzt weniger nothwendig, doch würde ich wünschen, daß Euer Hochwohlgeboren über Hannover zurückkehren und dort mit Herrn v. d. Lücken*) sprächen, der ganz Oesterreicher zu sein scheint. Zu sehr die Rückkehr zu verspäten, möchte ich nicht rathen.

Meine ganz ergebenen Empfehlungen an Ihre Frau Gemahlin und Ihren Herrn Schwiegervater**), der sich meiner vom Vereinigten Landtage vielleicht noch erinnert.

Hochachtungsvoll

B. 7/9. 54. Manteuffel.

---

*) S. o. S. 175 Anm. *).
**) v. Puttkamer.

Anlage.

Telegraphische Depesche.

An den Minister-Präsidenten Herrn v. Manteuffel
Excellenz
zu
Berlin.

Da es für die beabsichtigte nächste Sitzung an erheblichen Vorlagen fehlt und um einen Ausschußbericht über die Oesterreichischen Fragen in der orientalischen Angelegenheit vorzulegen, die Ausschüsse, deren Mitglieder zum Theil noch abwesend, zunächst zusammentreten und sich darüber verständigen müssen, so wird Herr v. Prokesch, der heute auf einige Tage verreist, die Sitzung vom 14. d. M., wie er mir sagt, ausfallen lassen, falls Preußischer Seits nicht etwa auf den Wiederzusammentritt gedrängt würde. 1854 7. 9.

Euer Excellenz stelle ich ehrerbietigst anheim, Herrn v. Bismarck zu benachrichtigen, daß hiernach seine Anwesenheit am 14. hier nicht nöthig.

Frankfurt a/M. 7. Septbr. 1854.

Wentzel.

101.

Legationsrath Wentzel an Bismarck.

Frankfurt 11. September 1854.

Euer Excellenz

gütiges Schreiben vom 9ten*) habe ich soeben erhalten. Ich möchte auch glauben, daß man Ihre Rückkehr nach Berlin wünscht, wenn Sie nicht Nachricht von dort bekommen haben, da ich auf Ihre Anweisung ausdrücklich anheim gegeben hatte, Ihnen Mittheilung zu machen und zwar davon, daß Ihre Anwesenheit hierselbst noch nicht nöthig sein dürfte. Mir war die 1854 11. 9.

*) Bismarck-Jahrbuch V, 12 No. XIV.

1854 11. 9. Fassung der telegraphischen Depesche wegen der Unbestimmtheit schwer geworden, ich hätte gern ganz einfach telegraphirt „es ist keine Sitzung". Die Verantwortung wollte ich indessen nicht auf mich nehmen. Prokesch ist nach Trier gegangen, um die dortigen Alterthümer kennen zu lernen. Seinen Freund Linde*) wird er wohl auch besuchen, derselbe ist dicht bei Trier angesessen. Während ich schreibe, erhalte ich die gewöhnliche Kanzlei-Anzeige, daß am 14ten keine Sitzung stattfindet. Da Prokesch noch nicht zurück ist, so muß er wohl geschrieben haben, oder es ist von Wien Weisung gekommen. Zugleich wird der Ausfall der Sitzung des Militär-Ausschusses von morgen angezeigt. Ich werde es nach Berlin melden.

Heute früh besuchte mich Graf Kielmansegge, um zu hören, wie unsere Instruction über die Oesterreichischen Fragen laute. Er wollte noch keine bestimmte haben, doch schien es mir, daß er vorläufig angewiesen ist, sich der von Preußen in einer Circular-Depesche ausgesprochenen Auffassung anzuschließen. Die Depesche ist hierher nicht mitgetheilt. Graf Kielmansegge wünschte, Ew. Excellenz möchten noch länger bleiben, damit die Orientalische Sache noch ruhen bleibe. Er sagte mir ferner, daß Herr v. Schrenck eine Instruction entre deux habe, Bayern verlange Aufklärungen und sei nicht gegen einige Garantien Rußlands. Danach scheint Bayern wieder die Vermittlerrolle zwischen Preußen und Oesterreich übernehmen zu wollen. Herrn v. Münchs Instruction ist ganz österreichisch. Weiter habe ich noch nichts gehört. Auffallend ist es, daß die österreichischen Blätter mit einem Male viel friedlicher lauten. Das wird wohl auf Befehl geschrieben. Denn daran läßt sich doch nicht glauben, daß man in Wien zur Besinnung komme. Ich glaube Oesterreich wird versuchen, mit uns einen neuen April-Vertrag zu schließen, aber noch größere Concessionen verlangen, um, wenn

*) Bundestagsgesandter für Liechtenstein.

wir ablehnen, alle Schuld auf uns zu schieben. Bei den kleineren deutschen Höfen soll sehr gewühlt werden und einige sollen schon mehr zu Oesterreich sich hinüber ziehen lassen. 1854 11. 9.

Graf Kielmannsegge sprach von einem Schreiben des Herrn Minister-Präsidenten, welches vor etwa 14 Tagen in Darmstadt eingegangen und wonach eine Anknüpfung aufs Ungewisse hinausgeschoben sei. Die Quelle ist Herr v. Brunnow*), der das Schreiben gelesen haben will und geäußert haben soll, daß danach allerdings von Darmstadt keine Schritte geschehen könnten. Ich kenne den Zusammenhang nicht. Sollte etwa Herr v. Dalwigk, unzufrieden mit der Correspondenz des Großherzogs, die Sache in die Hand genommen und dadurch vereitelt haben? Mir thut es für meine Person leid, da die Hoffnungen auf die Residentur für den Augenblick wieder vereitelt sind.

Zitelmann**) ist seit vorgestern Abend zurück.

Meine Frau empfiehlt sich Ihnen und mit mir Ihrer Frau Gemahlin angelegentlichst.

Mit ausgezeichnetester Hochachtung verharre ich

Euer Excellenz

gehorsamer Diener

Wentzel.

102.

Graf R. v. d. Goltz an Bismarck.

Berlin den 31. October 1854.

Verehrter Freund!

Heute verlasse ich Berlin, um mich nach meinem neuen Bestimmungsorte***) zu begeben. Ich kann es nicht thun, ohne 1854 31. 10.

---

*) Russischer Gesandter am Bundestag.

**) Regierungsassessor, der Bundestagsgesandtschaft für Preßangelegenheiten attachirt.

***) Athen, wohin er als preußischer Ministerresident geschickt wurde.

1854
31. 10.

Ihnen, wenn auch in großer Eile, einige Worte des Abschieds zuzurufen. Zuvörderst meinen aufrichtigen Dank für Ihre Theilnahme an meiner Reactivirung. Die mir zu Theil gewordene Bestimmung, unangenehm, wie der Art an und für sich ist, muß mir unter den obwaltenden Umständen die erwünschteste sein. Möglichst schnell Berlin im Rücken, möglichst weit davon weg, möglichst wenig in der Lage, für Preußen handelnd aufzutreten, das ist es, was sich leider Gottes heut zu Tage Jeder wünschen muß, der Preußen nicht gern untergehen, auch nicht langsam immer tiefer in den Schmutz sinken sehen möchte, am allerwenigsten in die Versuchung geführt sein will, selber dabei mitzuhelfen. Mit welchen Gefühlen ich scheide, ist schwer auszusprechen. Es ist traurig, die halbe Mediatisirung, welcher sich gegenwärtig Preußen zu unterwerfen im Begriff steht, noch als den relativ günstigeren Weg, als die einzig mögliche Rettung vor dem Tode betrachten zu müssen. Aber verzweifeln möchte man, wenn man sieht, daß man nicht mehr blos die Leitung der Angelegenheiten zu bedauern hat — das wäre ein vorübergehendes Unglück —, sondern daß das Gift unpreußischer Gesinnung immer weiter frißt, daß es sich bereits der früher edelsten Elemente des Landes bemächtigt hat, daß der Kern des preußischen Adels anfängt, am Schmutze Wohlgefallen zu finden und mit den lebhaftesten Sympathien dahin zu blicken, wo der bloße Begriff „Gentleman“ etwas völlig Unbekanntes ist. Fehler, Unwissenheit kann man verzeihen; aber das Vergessen aller Preußischen Traditionen, das Verhöhnen jedes berechtigten Preußischen Ehrgeizes, die servile Anbetung eines fremden Monarchen, die feige Friedensliebe des Louis Philippeschen Epiciers, das Alles bei dem Preußischen Junker anzutreffen, ist mir zu viel. Das Reich der Demokratie muß dadurch angebahnt werden, wenn der Urwähler honettere Gesinnungen zeigt als das Blatt der would be Aristokratie, wenn innerhalb der letzteren alle Begriffe von militärischer Ehre, Patriotismus,

Treue allmälig — Dank den Predigten halb verrückter Parvenüs — auf den Kopf gestellt werden. 1854 31. 10.

Warum ich Ihnen das Alles schreibe? Weil ich kaum an etwas Andres denke und weil ich glaube, daß dergleichen Betrachtungen jetzt bei Ihnen gerade einen fruchtbaren Boden finden müssen. Sie haben seit 4 Jahren, besonders aber in der letzten Zeit reiche Erfahrungen gemacht und Ihr praktischer Sinn muß Sie, seitdem Sie an den Geschäften sind, auf die Unmöglichkeit gewisser sophistisch-doctrinärer Theorien aufmerksam gemacht haben. Die Resultate liegen außerdem klar genug vor Augen. Wohin sind wir angelangt?

Sie sind mehr wie jeder Andere in der Lage, dieses selbstmörderische System vernichten zu helfen, wie auch seine Verderblichkeit zu erkennen. Um Ihre Kraft wäre es ferner mehr schade, wie um jede andere, wenn sie mit denen zusammengeworfen würde, welche seit 5 Jahren systematisch auf die Zurückverwandelung der Großmacht Preußen in den Kurstaat Brandenburg hinarbeiten und jetzt fast hoffen dürfen, ihrem Ziele nahe zu sein. Alles, worum ich Sie bitte, ist daher, daß Sie auch den Schein der Solidarität mit diesen Menschen meiden und, sobald die Gelegenheit es zuläßt, sich gegen sie wenden. Ich glaube, Ihre Freundlichkeit gegen mich nicht besser erwiedern zu können, als indem ich Ihnen dies so offen als dringlich ans Herz lege.

Mein Brief ist wohl sehr unzusammenhängend geworden; ich bin in größter Eile. Möchten wir uns in besseren Zeiten auf demselben Boden zusammenfinden!

Ganz der Ihrige

Goltz.

103.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

1854 30. 11. danke ich verbindlichst für Ihr geneigtes Schreiben v. (27.)*) d. M.**). Allerdings glaube ich auch, daß Sie in diesem Augenblicke nicht füglich werden von Frankfurt abwesend sein können, und daß Ihre Stelle in der Ersten Kammer daher für den Anfang wird leer bleiben müssen. Dieß bedaure ich nicht nur für mich persönlich, sondern auch für die Kammer, welche, ein neuer und mehr oder weniger unschmackhafter politischer Brei, wohl eines erprobten und energischen Hefenstoffes bedürfen wird, wenn sie vor dem Verderben bewahrt und zu einem guten Brot- oder Kuchen-Teig gemacht werden soll. Doch die alte Regel: Herrendienst geht vor! muß wohl auch hier Platz greifen.

Euer Hochwohlgeboren schreiben mir nichts über die neueste Gestaltung unserer politischen Dinge. Ich bin Ihnen dankbar dafür, denn ich weiß, daß Sie nach Ihren Briefen an General v. Gerlach***) damit nicht einverstanden sind, und daß Sie gegen das fait accompli nicht zu Felde ziehen wollen. Aus demselben Grunde und überdieß, weil ich die Motivirung Ihrer Ansicht nicht genau kenne, will und muß ich mich einer Widerlegung derselben enthalten, bitte aber doch Ihnen mit zwei Worten sagen zu dürfen, wie ich die Sache aufgefaßt habe. Als unsere Differenz mit Oesterreich schärfer hervortrat, als die Darmstädter Coalition in Masse von uns abfiel oder doch im Abfallen begriffen war, so daß Graf Buol mit Recht zu Herrn v. d. Pfordten sagen konnte, die absolute Majorität für Oesterreich liege bereits in seinem Tischkasten†), da richteten

*) Datum fehlt im Original.

**) Preußen im Bundestage, II, No. 59 S. 104 ff.

***) Vgl. Bismarcks Briefe an Gerlach (Ausg. v. H. Kohl), S. 177 f.

†) Vgl. Gerlachs Denkwürdigkeiten II, 242.

wir die bekannten Fragen an Oesterreich*). Dieses hat uns darauf in zwei ostensibeln und in einer geheimen Depesche**) geantwortet. Die ersteren waren im Grunde abweisend, die letztere aber eingehend. Ich verkenne die verschiedenen Hinterthüren, die sich auf gut Oesterreichisch in der letzten finden, nicht, aber Herr v. Budberg selbst erkennt an, sie enthalte ein Programm, wie es selbst Rußland nicht anders verlange. Gleichwohl hätten wir, — das erkenne ich vollkommen an —, die Sache unschwer zum Bruche treiben können, ohne uns für den Moment in eine große Gefahr zu stürzen. Was wäre aber der Erfolg gewesen? Oesterreich wäre dann entschieden in das Lager der Westmächte getreten, hätte auf dem Bundestage ein Votum gegen uns provocirt, dem wir uns nicht hätten fügen dürfen, — genug alle Dinge wären dann auf die Spitze und zum Bruche getrieben worden. War es dazu der richtige Moment? Wir wußten, daß die Werbungen der Westmächte um Oesterreichs Gunst lebhafter waren als je, wir wußten, daß der Kaiser von Rußland im Begriffe stand, die 4 Punkte***) anzunehmen, was er oder seine Diplomaten nur zu lange verzögert hat (Budberg hat die Depesche hier 8 Tage im Pult gehabt), wir wußten, daß die Oesterreichische Strömung gerade jetzt in Deutschland herrschte und daß Herr v. d. Pfordten, auf den ich als Staatsmann nach meinen letzten Erfahrungen gar nichts

1854
30. 11.

---

*) Durch die Depesche vom 30. October 1854 schlug Manteuffel vor: Oesterreich solle sich durch eine förmliche Uebereinkunft verpflichten, gemeinschaftlich mit den andern contrahirenden Theilen an Rußland eine neue Aufforderung zur Annahme der Grundlagen des Friedens zu richten; erst das Ergebniß dieses Schrittes solle darüber entscheiden: 1) ob Deutschland sich verpflichte oder nicht, Oesterreichs Position in den Donaufürstenthümern zu vertheidigen, 2) ob Deutschland ihm seine ganze Freiheit der Handlungsweise gegen Rußland zugestehen wolle oder nicht, Jasmund a. a. O. I, No. CCLXVI u. CCLXVIa S. 383 ff.

**) Alle datirt vom 9. November, Jasmund a. a. O. CCLXVIII bis CCLXX S. 387 ff.

***) S. Anhang Bd. I, 25 Anm.**)

1854 30. 11. gebe, der aber immerhin die politische Meinung in Baiern bestimmt, uns die Nichtbeachtung des Oesterreichischen soit disant Entgegenkommens übel genommen hätte. Unter diesen Umständen haben wir Oesterreich nachgegeben*). Man macht nun den Vorwurf, daß wir für diese Concession keine genügende Gegenconcession stipulirt haben. Darauf erwiedere ich: Eine vollständig genügende Gegenconcession d. h. eine solche, welche Oesterreich den Westmächten gegenüber compromittirt hätte, war überhaupt nicht zu erlangen, eine solche zu machen, hatte Oester-

---

*) Durch den Zusatz-Artikel vom 26. November zur Convention vom 20. April. Derselbe lautete:

„Die immer bedrohlicher werdende Lage der Europäischen Angelegenheiten hat die Allerhöchsten Höfe von Wien und Berlin veranlaßt, das Bedürfniß eines die Bestimmungen des Vertrags vom 20. April d. J. ergänzenden Einverständnisses in nähere Erwägung zu ziehen.

Die Allerhöchsten Souveräne sind sich in der Ueberzeugung begegnet, daß es für die Theilnehmer des durch den Bundesbeschluß vom 24. Juli erweiterten Bündnisses vor Allem darauf ankommt, gemeinschaftlich auf die Annahme einer von ihnen für geeignet gehaltenen Grundlage für die künftigen Friedensverhandlungen hinzuwirken. Sie erkennen eine solche in denjenigen vier Präliminarpunkten, für deren Annahme Oesterreich und Preußen sich bereits bei dem Kaiserlich russischen Hofe verwendet haben, und werden daher angelegentlich bemüht sein, dieser Grundlage Geltung zu verschaffen.

Wenn sich hieran die Hoffnung auf Anbahnung einer friedlichen Verständigung knüpft, so erheischt doch der Ernst der gesammten Lage Europas und das Bedürfniß, das Ziel des angestrebten Friedens mit Nachdruck zu verfolgen, die Bürgschaft eines engverbündeten Auftretens des gesammten Deutschlands. Von diesem Gedanken geleitet und die Gefahren würdigend, die ein Angriff auf die Oesterreichischen Truppen nicht nur bei Betretung des Kaiserlichen Gebiets sondern auch in den Donaufürstenthümern für Deutschland herbeiführen könnte, wollen Se. Majestät der König von Preußen gegen Allerhöchst ihren erhabenen Verbündeten, Se. Majestät den Kaiser von Oesterreich, hierdurch auch für den letzten Fall die Verpflichtung zu gemeinsamer Abwehr übernehmen und rechnen mit Zuversicht darauf, eine gleiche Bereitwilligkeit auch seitens der übrigen deutschen Verbündeten durch Annahme des gegenwärtigen Zusatzartikels bekundet, und eintretenden Falls bethätigt zu sehen.“ (Jasmund a. a. O. CCLXXIV S. 396 f.)

reich weder Lust noch Muth, und darauf bestehen, hätte eben geheißen die Sache zum Bruche treiben. Anstatt keiner bestimmten Concession schien es anständiger, den Act lieber als eine Liberalität Preußens, was er wirklich ist, hinzustellen. Wirklich erlangt aber haben wir doch Folgendes: 1854 30. 11.

1) Die Oesterreichische Geheime Depesche, welche nun gewisser Maaßen unser Eigenthum wird, und auf welche ein eigenhändiger Brief des Kaisers sich besonders bezieht*).

2) Oesterreich hat vor dem Bundesbeschlusse den Zusatz-Artikel mit uns gezeichnet und damit anerkannt, daß wir mehr leisten als wozu wir durch den Aprilvertrag verpflichtet sind, daß wir aber dieses Mehr uns nicht durch willkürliche Auslegungen Oesterreichs oder Bundesbeschlüsse auflegen lassen, sondern uns dazu durch selbstständige Verträge engagiren, was für alle Zukunft wichtig ist.

3) Wir haben sowohl Oesterreich als den Westmächten die Ueberzeugung gegeben, daß Ersteres bei uns eine Stütze finden kann, also nicht nothwendig an die letzten gewiesen ist. Gegeben haben wir dafür die Verpflichtung zu einer Handlung, die wir, so lange wir nicht im Kriege mit Oesterreich, doch kaum würden haben unterlassen können, eine Verpflichtung, mit welcher Oesterreich allenfalls Mißbrauch treiben kann, welche wir aber doch immer mehr oder weniger in der Hand haben, denn die Beurtheilung darüber, was ein Angriff ist, wird doch immer in unserer Hand sein, auch wird die Executions-Vollstreckung zu unserer Heranziehung namentlich dann schwierig sein, wenn die Nothwendigkeit eintritt. Ich bilde mir durchaus nicht ein, daß wir mit unserem Artikel Oesterreich gewonnen oder für alle künftigen Fälle ehrlich gemacht haben, allein wir haben den vielleicht anbrüchigen Faden, der uns zusammenhielt, doch in Etwas verstärkt und haben gleichzeitig dem Russischen Cabinet

*) Vgl. Gerlachs Denkwürdigkeiten II, 243 f.

1854 30. 11. die Möglichkeit gewährt, seine Friedensbestrebungen noch an den Mann zu bringen, die für uns momentan ungünstige Situation aber wenigstens zeitweise von uns geschoben und interim aliquid fit, vielleicht der Friede, vielleicht etwas Anderes. Was die Oesterreichische Apotheker-Rechnung betrifft, die uns nach Euer Hochwohlgeboren letztem Schreiben*) (welches mir soeben zugeht, und für welches ich verbindlich danke) droht, so kann ich mir kaum denken, daß man diese Unverschämtheit haben sollte, indeß räume ich ein, daß das Feld des Möglichen in dieser Beziehung ein sehr weites ist. Das beste Gegenmittel scheint mir zu sein, daß man die Sache je eher je lieber und zwar noch zu einer Zeit, wo man auf die Reputation etwas zu geben Grund hat, zur Sprache bringt und Oesterreich selbst veranlaßt, dergleichen unanständige Voraussetzungen abzulehnen.

Rußland hat nun, wie mir Baron v. Werther**) meldet, in der That den Fürsten Gortschakoff zur einfachen Annahme der 4 Punkte nach der ursprünglichen Fassung autorisirt***). Ich erwarte morgen darüber Oesterreichische Mittheilungen.

Unsere Kammern-Eröffnung hat heute Statt gefunden. Ich höre, die 2te Kammer soll ziemlich wild gesinnt sein, auch in der ersten wird es nicht an Opposition fehlen.

Leben Sie wohl und lassen Sie bald wieder etwas von sich hören.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, den 30ten Novbr. 1854. Manteuffel.

Bei der Motivirung unseres Verfahrens habe ich absichtlich ein wichtiges Moment fortgelassen, nämlich das, daß der König

*) Preußen im Bundestage II, No. 60 S. 106 ff.

**) Preußischer Gesandter in Petersburg, vgl. die Depesche Werthers an Manteuffel in Gerlachs Denkwürdigkeiten II, 250.

***) S. Jasmund a. a. O. I, No. CCLXXV S. 397.

von vornherein entschieden war und in einem eigenhändigen Briefe an den Kaiser eigentlich schon vielmehr zugesagt hatte, was ich durch den Zusatz in dem Sinne, daß zwischen der verlangten Form und der angebotenen Concession Connexität Statt finde, zu schwächen und zu mäßigen suchte. 1854 30. 11.

M.*).

104.

Freiherr v. Rosenberg an Bismarck.

Geehrtester Herr von Bismarck,

Es hat mir aufrichtig leid gethan, daß die gegenwärtigen Verhandlungen in Frankfurt a./M. Ihre Herüberkunft nach Berlin gehindert und dadurch auch mir die Gelegenheit geraubt haben, Euer Hochwohlgeboren Unterstützung für eine Angelegenheit in gewohnter streng vertraulicher Weise mir zu erbitten, der Sie bereits im Frühjahr Ihre einflußvolle Thätigkeit haben zuwenden wollen. Ich wage dies jetzt auf schriftlichem Wege zu versuchen. 1854 4. 12.

Wie Sie erfahren haben werden, hatten die Beziehungen zwischen dem Prinzen von Preußen und Seinem Königlichen Bruder vor dem letzten Aufenthalt des Ersteren in Berlin eine recht befriedigende Gestalt angenommen. Dessenohngeachtet hat der Prinz von Preußen Bedenken getragen, sein hiesiges Verweilen weiter auszudehnen und ist mit dem Entschlusse fortgegangen, erst am 18. Januar, also in 7 Wochen hieher zurückzukehren. Mir sind die dazwischen liegenden Umstände nicht bekannt, die den Prinzen in einer so schweren ereignißreichen Zeit wiederum nur zu einem überaus kurzen Aufenthalt veranlaßt haben, doch schien es mir, als wenn S. Majestät der König nicht übermäßigen Werth auf die verlängerte Gegenwart des Prinzen gelegt und diesem eine solche

*) Bismarcks Antwort vom 8./9. December 1854 s. Preußen im Bundestag II, No. 66 S. 115 ff.

1854 Wahrnehmung genügt habe, um seine Abreise zu beschleunigen.
4. 12. Man mag indeß einer politischen Richtung angehören, welcher man wolle, so wird man es nicht mehr zu verkennen im Stande sein, daß die gegenwärtigen Zeitverhältnisse wohl ernst genug sind, um, wie im J. 1848, Partheiunterschiede unter allen Wohlgesinnten zu verwischen und alle einflußreichen Personen in der Erkenntniß und Verfolgung des eignen — nicht Russischen oder gegen Rußland coalirten — Interesses zusammen zu schließen. Ich glaube, daß vor dieser Nothwendigkeit auch die bei manchen Personen geringere Theilnahme für die Stellung des Prinzen von Preußen zurücktreten, und die Ueberzeugung allseitige Geltung sich verschaffen müsse, daß die Fremdlingseigenschaft des muthmaaßlichen Thronfolgers, zumal da seiner Persönlichkeit im In- und Auslande eine nicht gering zu veranschlagende Bedeutsamkeit beigelegt wird, unsere Interessen und namentlich unsere Stellung nach Außen fortdauernd beeinträchtigt, des künftigen Nachtheils nicht zu gedenken, der daraus erwachsen dürfte, daß der Vater des zum Thron gelangenden Prinzen den wichtigsten Entschließungen der jetzigen Regierung gegenüber bald ignorirend bald protestirend sich verhält. Will man ein Mehreres, nämlich thatsächliche Annäherung dieses hohen Herrn an die Handlungen des Kabinets, so wird man bei einiger Einsicht in gewisse Verhältnisse es einräumen müssen, daß der Aufenthalt in Coblenz auf*) die Stimmung des Prinzen ebenso wenig wohlthätig einzuwirken vermag als auf*) seine Gesundheit. Diesen letzteren Gesichtspunkt hat Manteuffel vor kurzem dem Könige gegenüber geltend gemacht und vorgeschlagen, daß S. Majestät dem Prinzen noch am letzten Tage Seines Hierseins den Wunsch zu bleiben ausdrücke. Indessen hat der König den Prinzen abreisen lassen. Ist durch die räumliche Entfernung die Herbeiführung einer baldigen

*) Orig.: für.

Rückkehr zwar erschwert, so ist sie doch nicht ganz unmöglich gemacht. Zuvörderst dürfte es nicht nothwendig sein, daß eine förmliche Anrufung zur Theilnahme an den Staatsgeschäften vorausgehe. Vielmehr dürfte eine beide Theile weniger engagirende Einladung z. B. zu einem Hoffest u. dgl. genügen. Doch durch wen ist dies zu vermitteln? — Die wenigen mir zugänglichen Personen, welche in dieser Sache nützlich sein könnten, halte ich im vorliegenden Falle nicht für geeignet, einestheils weil sie nicht häufig genug dem Könige nahen, anderntheils den klaren Blick einbüßen, um in dieser Beziehung unpartheiisch vorzugehen. Dagegen frage ich Sie, ob nicht General G.*) die Sache übernehmen möchte? Könnten Sie vielleicht dazu mitwirken? oder mir sonst einen andern Weg bezeichnen? Sollten Sie dazu die Hand bieten, so bin ich gern bereit, dem General G. — wenn er es erfordern sollte, meine Dienste gegenüber dem Coblenzer Hofe zur Verfügung zu stellen, allein Sie werden mich nicht tadeln, wenn ich Bedenken trage, aus meiner unbedeutenden Stellung heraus die Initiative zu ergreifen.

1854 4. 12.

Der Traktat vom 2. Dezember**) wird die Situation wohl bedeutend aufklären; wenn man es wieder für gut hält, sich zu alliiren, so wird man hoffentlich es nunmehr übers Herz bringen, sich an einen der wichtigeren Factoren der Coalition zu wenden, statt an den Geschlepptaueten.

Ihrer verehrten Frau Gemahlin bitte ich mich zu Füßen zu legen und den Ausdruck meiner unbegrenzten Ergebenheit zu genehmigen, in der verharrt

Ew. Hochwohlgeboren
gehorsamster
Rosenberg.

Berlin 4. Dezbr. (1854).

*) Gerlach (?)

**) Oesterreichs Anschluß an die Westmächte, Jasmund a. a. O. CCLXXVIII S. 398 ff.

105.

O. v. Arnim an Bismarck.

Berlin den 6. Dezember 1854.

Lieber Otto.

1854
6. 12.

Angesichts der folgenschweren Entschließungen, die wir bald werden fassen müssen, frage ich bei Dir an, ob Du es nicht möglich machen kannst, unter irgend einem Vorwande etwa als Mitglied der Ersten Kammer auf einige Zeit hieher zu kommen. Ich glaube, es ist die ganze Kälte und nüchterne Berechnung eines klaren Verstandes, der von allen Sympathien und Antipathien absieht, erforderlich, um uns aus der Lage glücklich heraus zu führen, in die wir gerathen und die verwickelter wie je ist. Hier wirst Du gewiß viel Gutes stiften, manches Böse verhindern können, in Frankfurt höchstens das Letztere; komme daher, wenn Du irgend kannst, und zwar bald, ehe es zu spät ist.

In der Zweiten Kammer, in der die Rechte dank dem Ministerio für die rechtzeitige Entnahme einer großen Anzahl ihrer Mitglieder zur Bildung der Ersten Kammer, in glänzender Minorität ist, hat Vincke einen Antrag gestellt, die Thronrede durch eine Adresse zu beantworten. Wie dieselbe gefaßt werden wird, läßt sich leicht denken, denn ich theile nicht die Meinung Derer, welche glauben, es sei überhaupt die ganze Adresse noch zu hintertreiben*). Von allen Seiten erhält somit die Regierung Anstoß, einen festen Entschluß zu fassen, gebe Gott einen glücklichen.

Grüße Nanne herzlich von

Deinem

treuen Schwager

Arnim.

---

*) Der Antrag Vincke auf Erlaß einer Adresse wurde schließlich abgelehnt.

106.

Freiherr v. Rosenberg an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren wollte ich mir ganz ergebenst gestatten, den Ueberbringer dieser Zeilen, Reg.-Assessor von Gundlach, der unserer Mission in Carlsruhe beigegeben ist, aufs angelegentlichste zu empfehlen. Sie werden, verehrtester Herr v. Bismarck, in der Angelegenheit, über die ich Ihnen in meinem letzten Briefe zu sprechen wagte*), vielleicht schon etwas gethan haben. Der Prinz wird natürlich wünschen, das Weihnachtsfest in dem Kreise der Seinigen zuzubringen, indeß wäre es doch gut, wenn Er Gelegenheit fände, bald darauf hieher zu kommen, da die hiesigen Verhältnisse gewiß bald recht ernst und verwickelt werden. Der Vertrag vom 2. Dezember ist zur puren Annahme für uns schon aus dem Grunde unannehmbar, als er mehrere Dinge enthält, wie den Notenaustausch vom August und die Durchmarschverhältnisse in den Donaufürstenthümern, die uns nicht berühren, oder von denen es vielmehr besser ist, sich fern zu halten. Auch hat der König überhaupt wenig Neigung, einen Vertrag einzugehn, selbst wenn er eine ganz andere Fassung erhielte. Dagegen scheint Manteuffel der Ansicht zu sein, daß man jetzt den Westmächten sich nähern müßte, weil es später nicht so ehrenvoll, vielleicht nur gezwungen geschehen wird, weil es jetzt im Interesse des Friedens noch am vortheilhaftesten ist, und weil wir endlich, wenn wir die bindende Form den Contrahenten vom 2. Dezember zugestehen, in der Sache vielleicht weniger umfassende Concessionen werden zu machen brauchen. Indeß sehe ich voraus, daß wir uns auf einen Notenaustausch beschränken werden. Die Oestreicher werden wohl nächstens die incarnirtesten Alliirten der Westmächte sein. Die Illusion, Oestreich von dieser verhäng-

1854 12. 12.

*) S. o. No. 104 S. 223 ff.

1854 12.12. nißvollen Coalition abzuhalten, war recht trügerisch, und nur zu lange hat man daran festgehalten, weil man die Wiener Zustände nie richtig aufgefaßt hat.

Graf Arnim dürfte ein erstes Opfer der Enttäuschung werden. Sollte Alvensleben gewählt werden und annehmen, so wird er sich vor einer Wiederholung jener Leichtgläubigkeit zu hüten haben, die er bei seiner letzten Mission gezeigt hat, und die uns keinen geringen Schaden verursachen mußte.

Von Thuns Rückkehr*) ist keine Rede mehr, obwohl noch nichts Definitives feststeht. Der König war bei dem gestrigen Galatheater recht stark enrhumirt und hat deshalb keinen Cercle gehalten, worüber die Diplomatie etwas ungehalten fortging.

Ihre Frau Schwester habe ich das Vergnügen gehabt, recht wohl zu sehn.

Euer Hochwohlgeboren geehrtester Frau Gemahlin bitte ich mich zu Füßen zu legen und Herrn Wentzel zu grüßen.

Ihr
aufrichtigst ergebener Diener
Rosenberg.

Berlin
den 12. Dzbr. 54.

107.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

1854 17.12. habe ich für mehre geehrte Schreiben**) zu danken. Daß dieß bisher unterblieben, hat lediglich seinen Grund darin, daß ich in letzter Zeit durch so vielfache und dringende Geschäfte in Anspruch genommen worden, daß mir keine freie Minute blieb. Heute schreibe ich vor dem Russischen Diner, und Träger dieser Zeilen

*) Als Gesandter nach Berlin.

**) Vom 8./9. u. 11. December 1854, Preußen im Bundestag II, No. 66 und 69 S. 115 ff. 122 f.

wird unser gemeinschaftlicher Freund, der sogenannte kleine Röder*) sein. 1854 17. 12.

Seit meinem letzten Briefe haben sich die Umstände allerdings wesentlich und in einer Weise geändert, welche hier bedeutend überrascht hat. Ich kann nicht sagen, daß ich unter den Ueberraschten war, denn ich habe Derartiges immer kommen sehen, auch haben die Gesandten in London**) und Paris***) nicht ermangelt, darauf vorzubereiten, wenn schon der alte taube Arnim auch davon kein Wort erfahren hat. Gestern ist mir nun von den drei Gesandten†) der Vertrag††) offiziell mit der Einladung zum Beitritt mitgetheilt worden, und zwar einschließlich des Zusatz-Artikels. Letzteren soll ich sehr geheim halten, ich nehme aber keinen Anstand, Euer Hochwohlgeboren zu Ihrer persönlichen Instruction den Innhalt anzugeben. Dieser geheime Artikel ist ganz kurz, enthält nichts über die vier Punkte und deren Auslegung und sagt nur, daß, wenn der Fall des Art. V eintrete, also der Friede bis Ende 1854 nicht gesichert sei, dann die Bestimmungen des Art. III bereits eintreten, d. h. der Abschluß eines Offensiv- und Defensiv-Bündnisses eintreten soll.

Ich gedenke nun zu der Sache ungefähr folgender Art mich zu äußern, und zwar nach Paris und London: Ihr habt ein Bündniß zur Erreichung des Friedens gemacht, das stimmt mit unseren Ansichten überein, wir sind sogar gegen einen Eurer Mitverbündeten schon in dieser Richtung verpflichtet; dem Vertrage so wie er da liegt, beizutreten, ist ganz unmöglich, denn wir können nicht zugeben, daß, wenn Oesterreich Krieg mit Rußland machen will, wir deshalb dasselbe thun; es muß also

*) Eugen v. Röder.
**) Graf v. Bernstorff.
***) Graf Maximilian v. Hatzfeldt.
†) Graf Esterhazy, Moustier und Bloomfield.
††) Vom 2. December.

1854 17. 12. mit uns ein besonderer Vertrag gemacht werden, aus dem auch Art. II als auf uns nicht anwendbar, fortgelassen werden muß; sodann aber müssen wir, bevor wir dazu nur in Unterhandlung treten, auf die Oesterreich bereits bekannte Auslegung der 4 Punkte kommen, damit wir causa cognita unsern Entschluß fassen können; erklärt Euch also hierauf; sodann wollen wir sehen *).

In Frankfurt bitte ich die Dinge möglichst kühl aufzufassen, namentlich aber auf den Militair-Ausschuß ein aufmerksames Auge zu haben und General Reitzenstein**) fortwährend in Fühlung zu halten. Es kann nicht in unserem Interesse liegen, durch Mobilmachungsbeschlüsse u. dergl. gedrängt zu werden; alle Mittel des Hinhaltens werden uns daher erwünscht erscheinen. Bedarf es dazu diesseitiger Instructionen, so bitte ich mir es zu schreiben. Unsere Aufgabe wird überhaupt fortan sein, möglichst als Europäische Macht aufzutreten, nachdem wir die Erfahrung gemacht, daß die kleinen deutschen Staaten doch kein Material, das irgend brauchbar wäre, abgeben. Zum Hinhalten werden sie aber wohl gern sich pretiren. Das Alles muß mit möglichster Freundschaft gegen Oesterreich geschehen. Denn je mehr man Grund hat mit ihm unzufrieden zu sein, um so weniger darf man ihm Anlaß zu gegründeten Beschwerden geben, um so weniger auch darf man thun, was man in Wien wünscht. Ganz bestimmt weiß ich, daß man dort nichts lebhafter wünscht, als daß uns eine Annäherung an die Westmächte nicht gelinge, obwohl man uns hier das Gegentheil versichert. Graf Buol hat gesagt, man werde uns zu den Verhandlungen ohne Adhäsion an den Vertrag auf keinen Fall zulassen; ich habe geantwortet, darauf legten wir gar keinen Werth.

---

*) Vgl. Manteuffels Depeschen nach Paris (London) und Wien vom 19. December 1854, Jasmund a. a. O. I, No. CCLXXXI u. CCLXXXII S. 402 ff.

**) Preußischer Bevollmächtigter zur Bundesmilitärcommission.

Se. Majestät haben den, wie mir scheint, unglücklichen Gedanken einer Mission des Herrn v. Usedom nach London sich nicht ausreden lassen. Er soll der Königin von England besonders antikatholische Reden halten; das hilft jetzt zu gar nichts und macht nur das annäherungslustige Frankreich bös. Indeß, was ist da zu thun? 1854 17. 12.

Herr v. Usedom erhält von mir nichts als das Reise-Geld. Ich gebe ihm keine Zeile mit. Ich schriebe gern noch mehr, aber meine Stunde hat geschlagen.

Leben Sie wohl. Schreiben Sie mir bald.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, den 17. Dez. 1854. Manteuffel*).

108.

Assessor Zitelmann an Bismarck.

Der Herr Ministerpräsident ist gestern Mittag zurückgekehrt und hat sich sofort nach Charlottenburg begeben, um Sr. Majestät dem Könige Vortrag zu halten. Wie man mir mittheilt, sind gestern Depeschen aus Wien und Paris eingegangen. Nach denselben hätten die Conferenzen in Wien nur einen vorläufigen vertraulichen Charakter und wären bestimmt eine Verständigung über die Präcisirung der 4 Punkte herbeizuführen. Der schleunige Zusammentritt soll hauptsächlich auf Anlaß des Grafen Buol stattgefunden haben, der auf diese Weise Preußen einen neuen Beweis seiner bundesfreundlichen Gesinnung zu geben beabsichtigte. 1854 31. 12.

---

*) Bismarcks Antwort vom 19. December 1854, Preußen im Bundestag II, No. 71 S. 124 ff.

1854
31. 12.

Man glaubt hier nicht, daß die qu. Conferenzen ein Resultat haben werden, da Oesterreich fest entschlossen sein soll, das Kriegsglück zu versuchen, nachdem Frankreich sich verpflichtet hat, etwaige Unruhen in Italien zu unterdrücken. Nach den Pariser Nachrichten besteht der Kaiser auf der Eroberung Sebastopols und ist in keiner Weise geneigt, einen Frieden ohne dessen Schleifung abzuschließen. — Unter diesen Umständen setzt man in die Wiederherstellung des Friedens nur geringe Hoffnung.

In pflichtschuldiger Ehrerbietung

Euer Excellenz

ganz gehorsamer Diener

Berlin 31. 12. 54. Zitelmann.

109.

Assessor Zitelmann an Bismarck.

Euer Excellenz!

1855
3. 1.

In der orientalischen Angelegenheit ist eine Note von Wien aus hier eingetroffen, in welcher die diesseitige Mobilmachung gefordert wird*), da ein Angriff Rußlands auf die Ostgrenze des Kaiserstaats zu befürchten sei; ferner will Oesterreich am Bundestage den Antrag auf Mobilmachung des halben Contingents stellen. Eine Antwort hierauf ist noch nicht festgestellt, indessen scheint man zur Ablehnung pro tempore bereit. Der Herr Ministerpräsident hat sich heute nach Potsdam begeben, und es ist daher möglich, daß diese Sache zum Vortrag kömmt.

Euer Excellenz

ganz gehorsamster Diener

Berlin 3. 1. 55. Zitelmann.

*) Vom 24. December 1854, Jasmund 1, No. CCLXXXIV S. 405 f.

110.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Berlin, 5. Januar 1855.
in der II. Kammer.

Euer Hochwohlgeboren

danke ich für die beiden letzten geehrten Schreiben*). Deren Inhalt ist bei meinem Erlasse nach Wien**) nicht unberücksichtigt geblieben. Nur eine Nuance Ihrer Auffassung wollte Se. Majestät durchaus nicht Platz greifen lassen, nämlich die, daß wir die Stellung des Zurücktretens stillschweigend acceptiren. Der König hält dieß für ganz unmöglich und gab mir nicht undeutlich zu verstehen, daß er glaube, diese Ansicht sei Euer Hochwohlgeboren von hier aus suppeditirt und zwar von General v. Gerlach, mit welchem Se. Majestät über dieselbe Sache kürzlich eine lebhafte Discussion gehabt***).

1855 5. 1.

Ueber die Vorgänge in Wien bitte ich Euer Hochwohlgeboren das unbedingteste Stillschweigen und größte Discretion zu beobachten; hierfür sprechen zwei Gründe, einmal, daß die Mittheilung selbst auf sehr vertraulichen Einblicken beruht, zweitens aber, daß hier mit der Wahrheit in der That schlimmer Mißbrauch getrieben werden kann, um Oesterreich und namentlich den Kaiser durch Compromittirung noch schärfer in das jenseitige Lager zu treiben.

Die Friedens-Hoffnungen sind im Allgemeinen sehr gering.

---

*) Vom 1. und 3. Januar 1855, Preußen im Bundestag II, No. 75 u. 76 S. 130 ff.

**) Vom 5. Januar, Jasmund a. a. O. I, No. CCLXXXVII S. 409 f., Manteuffels Denkwürdigkeiten III, 4 ff.

***) Dieser Ansicht widerspricht Bismarck im Briefe vom 7. Januar, Preußen im Bundestag II, No. 77 S. 139 ff.

1855 5. 1. Die Westmächte machen kein Hehl daraus, daß sie ihn zwar wünschen, aber nicht eher, als bis Sebastopol genommen ist. Da nun dieser Erfolg ziemlich im weiten Felde liegt und nach meinen Nachrichten die Russen am 12. Januar sogar in die Offensive übertreten wollen, so sehe ich die Möglichkeit des Friedens nicht ab. Fürst Gortschakoff hat sich in der Conferenz selbst meines Erachtens nicht ganz klug benommen*), so gut er auch nachher operirt hat.

Des Königs Majestät gaben mir zu bedenken, ob ich Euer Hochwohlgeboren nicht hierher citiren sollte, um wie Allerhöchstderselbe sich ausdrückte „an der Quelle" zu schöpfen. Ich trage aber Bedenken dieß gerade jetzt zu thun, wo Sie dort vielleicht sehr nöthig sind, stelle indeß zur Erwägung, ob Sie es für angemessen halten, und stelle event. telegraphische Anfrage anheim.

Soeben sind wir bei der Präsidenten-Wahl gründlich geschlagen**), und es rückt nun die Frage der Kammer-Auflösung ernstlich näher. Vielleicht könnte man auch nur einfach schließen.

Meiner Seits muß ich aber schließen, wünsche Ihnen und den Ihrigen Glück zum neuen Jahr und verharre mit ausgezeichneter Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Manteuffel***).

Berlin, d. 5. Januar 1855.

---

*) Orig.: genommen.

**) Gewählt wurde Graf Schwerin-Putzar, der Führer der liberalen Oppositionspartei.

***) Bismarcks Antwort vom 7. Januar s. Preußen im Bundestag II, No. 77 S. 139 ff. Bismarck reiste am 8. nach Berlin und aß am 10. Januar beim Könige, Gerlachs Denkwürdigkeiten II, 268.

111.

Legationsrath Wentzel an Bismarck.

Frankfurt 12. Januar 1855.

Euer Excellenz

kann ich nicht viel Neues von hier melden. Die Situation ist durch die Eröffnung von Verhandlungen in Wien eine andere geworden, der Oesterreichische Mobilisirungs-Antrag hat sich dadurch für den Augenblick von selbst erledigt. Ich zweifele nicht, daß es unsere Ablehnung gewesen ist, die Oesterreich zu scheinbarer Nachgiebigkeit in der Form bestimmt hat und daß es die Mobilisirung eher durchzusetzen glaubt, wenn der Friede nicht erreicht wird. Denn daß man alle Schuld auf Rußland schieben würde, ist gewiß. Herr v. Prokesch erzählt hier, daß Graf Buol es gewesen, der dem Fürsten Gortschakoff die Brücke zu den Verhandlungen gebaut. Mir hat er gesagt, daß Oesterreich sich jetzt in London und Paris bemühe, einen Waffenstillstand zu vermitteln.

1855 12. 1.

Die Frage, ob und wie Preußen in die Wiener Conferenz eintreten würde, beschäftigt jetzt die Leute. Mir scheint, daß Oesterreich nach dem Vertrage vom 20ten April und dem Zusatz-Artikel nicht ohne uns verhandeln darf und daß, wenn es dies dennoch thut, diese Verträge dadurch von selbst ihre Wirksamkeit verlieren. Man sollte aber denken, daß die Westmächte unsere Zuziehung wünschen müssen. Denn unser Beitritt zu den etwaigen Verträgen muß ihnen nothwendig sein, und deshalb werden sie sich wohl schwerlich der Gefahr aussetzen, daß wir künftig den Beitritt ablehnen, weil wir nicht bei den Verhandlungen gefragt sind. — Gestern sind 2 Depeschen, die Zuziehung des Bundes zu den Wiener Conferenzen betr., über

1855 12. 1. Cöln eingegangen. Ich werde suchen, darüber die hiesigen Ansichten zu hören, ohne natürlich danach zu fragen.

Herr von Schrenck, den ich heute besuchte, fürchtete, daß Oesterreich den Frieden nicht wolle. Herr v. Prokesch hatte ihm gestern gesagt, daß Oesterreich nicht weiter mit den Westmächten gehen würde, sobald es sich durch die Russischen Anerbietungen befriedigt fühlte. Herr v. Schrenck war über diese vague Aeußerung insofern verwundert, als darin die Möglichkeit einer Trennung Oesterreichs von den Westmächten liege. Allein was sind Prokesch'sche Reden!

Auffallend war mir eine Bemerkung von Herrn v. Schrenck. Er wiederholte, daß Bayern seine Truppen nicht nach der jetzigen Absicht Oesterreich überlassen würde, fügte aber hinzu, daß man, wenn es zur Mobilmachung käme, einen Bundes-Oberfeldherrn wählen müsse, der dann kein anderer als der General v. Heß sein könne, damit Einheit in das Ganze komme. Ich stellte ihm vor, daß diese Wahl gerade die am wenigsten passende wäre, merkte aber wohl, daß Bayern glaubt, wir würden, um nur keinen Oesterreichischen Oberfeldherrn zuzulassen, uns lieber damit einverstanden erklären, daß die nicht Preußischen und Oesterreichischen Truppen unter einen Bayerischen General gestellt werden.

In einem Leitartikel der Postzeitung empfahl Herr v. Prokesch vor einigen Tagen die Werbungen als deutsche Sache. Ich habe bei Gelegenheit eines Berichts über diese Angelegenheit, auf welche die Residentur wachen soll, den Artikel dem Herrn Minister eingereicht.

Wentzel.

112.

König Friedrich Wilhelm IV. an König Johann von Sachsen.

Charlottenburg den 18. Januar 1855.

Allertheuerster Freund,

Als Haupt-Antwort auf Deinen so interessanten und lieben Brief, send ich Dir anliegend den Entwurf einer Note*), die für die deutschen Höfe bestimmt ist. Ich hoffe (aber weiß es nicht) daß ihr Inhalt Deine Wünsche befriedigen wird. Antworte mir offen und unumwunden. Sage mir vor Allem, was Du als ein Mehreres wünschen möchtest und in wie weit Du das Auftreten Preußens in Teutschland und in specie zu Frankfurt etwa noch amplificirt, kühner, deutlicher, Andere für die gute Sache (der Blut-Ersparniß teutscher Landes-Kinder) gewinnender wünschen möchtest. Ich bin Dir nur gar zu gern gehorsam und sagst Du „nicht 10 sondern 12", es fehlt noch der und der Drucker, so thue ich es; wenn es irgend möglich ist.

1855 18. 1.

Ad vocem Usedom kann und will ich Dir mit unumwundener Offenheit dienen. Ich habe durch ihn den Engl. Hof und Cabinet wissen lassen, 1. Ich hätte meine Stellung als Mitglied der Wiener Conferenz und Consignataire des Protokolls vom 9. April**) allertreulichst erfüllt, auch dann noch, als die übrigen Mächte mir angekündigt „ich sey aus der — Conferenz ausgeschieden" (wegen Alvenslebens Privat-Weigerung, einer anzusetzenden***) Berathung derselben beizuwohnen) 2. Diese meine Stellung, als Glied der Wiener Conferenz, die eine freiwillige gewesen, wolle ich nunmehr, wenn England es wolle,

*) Vom 17. Januar 1855, Text in Jasmund a. a. O. I, No. CCXCIII S. 416 f., Manteuffels Denkwürdigkeiten III, 6 f.

**) Jasmund a. a. O. I, No. CCXIX S. 299 f.

***) Zweimal unterstrichen.

1855 18. 1. zu einer verpflichteten Stellung, Kraft eines Tractates, verwandeln — aber 3. ein Mehreres als was ich ohnedem (als Conferenz-Mitglied) gethan haben würde, thäte ich nicht. So würde ich unter keiner Bedingung den Krieg an Rußland erklären als in den 4 Fällen, 1. Russ. Marsch auf Byzanz, 2. Incorporation der Donau-Lande, 3. Casus foederis mit Oesterreich (aus dem Bündniß vom 20. April nebst 2 Zusatz-Artikeln) u. 4. eine Russische Kriegserklärung, Invasion, Beleidigung &c.

Die Sachen standen nicht gerade günstig aber keineswegs schlecht zu London, als ich durch die letzte Antwort unsers Kaiserl. Neffen (überbracht durch Oberst Edwin von Manteuffel) die Erklärung von Preußens Ausschluß von den Friedens-Verhandlungen, erhalten habe. Jetzt steht Alles anders! Ich erkläre jetzt zu London und Paris, daß ich zwar immer noch bereit wäre, einen Traktat mit Beiden abzuschließen auf der eben angeführten immuablen Grundlage. Conditio sine qua non sey aber nunmehr geworden „meine vorhergehende Zulassung zum Friedens-Congreß"

Schluß.

FW.

113.

Friedrich Wilhelm IV. an Otto v. Manteuffel.

Charlottenburg, 22/1. 55.

1855 22. 1. Bester Manteuffel. Hier ist der Brief König Johanns*). Ich finde ihn durch und durch beherzigenswerth, und glaube, es wäre gut, daß Bismark instruirt werde, deutlich die Kriegsfälle mit Rußland (als unerschütterliche Norm meines Verhaltens) herzuzählen. Also „1. Incorporazion der Moldau &c., 2. Marsch

*) Nicht vorhanden.

auf Stambul, 3. Angriff der Russen auf Oesterreich, sowohl in dessen Erbstaaten als in den Fürstenthümern, 4. Beleidigung Preußens oder des Bundes, 5. Zurücknahme der 4 Punkte und 6. Kriegs-Erklärung gegen Preußen. Ein Mehreres thäte Preußen gewiß nicht."

1855
22. 1.

Wedell abonde in unserm Sinne. Er will Sie besuchen und morgen nach reiflichem Durchdenken geschäftlich mit Ihnen verhandeln. Vale

FWR.

114.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Berlin, 23. Januar 1855.

1855
23. 1.

Ew. Hochwohlgeboren finden in der Anlage, ausschließlich zu Ihrer persönlichen Kenntnißnahme, Abschrift eines Schreibens, das S. Majestät der König kürzlich an den König Johann von Sachsen gerichtet haben*). In der darauf erfolgten Rückäußerung hat Letzterer Sich mit der diesseitigen Auffassung, sowie sie in den officiellen Schriftstücken und namentlich in dem Circular vom 17ten ausgesprochen ist, im Allgemeinen völlig einverstanden erklärt, und nur ein recht klares und bestimmtes Aussprechen in demselben Sinne am Bunde empfohlen. Seine Majestät, unser Allergnädigster Herr, halten dies ebenfalls für rathsam und haben mich daher beauftragt, dies Ew. Hochwohlgeboren gleichfalls zu empfehlen, zu welchem Behufe ich eben das Allerhöchste Schreiben in Abschrift hier beigefügt, damit Ew. Hochwohlgeboren sich, namentlich in Betreff der Kriegsfälle gegen Rußland, bei sich darbietenden geeigneten Anläßen in entsprechender Weise äußern können.

Manteuffel.

*) S. o. S. 237 f. No. 112.

115.

v. Savigny an Bismarck.

Theuerster Freund,

1855
2. 2.

Vor allem meinen herzlichen Dank für Ihr Schreiben vom 28.*), welches mir übrigens erst am 30., ohne Postzeichen von Frankfurt auf dem Couvert, zugegangen ist.

In Folge direkter telegraphischer Weisung aus Berlin hatte ich bereits in dem von Ihnen gewünschten Sinne hier gewirkt und die Zusicherung des Herrn v. Rüdt **) erlangt, daß Herr v. Seutter***) angewiesen werden sollte, in Beziehung auf die Wahlfrage des Bundesfeldherrn zu erklären, daß Baden in dem gegenwärtigen Stadium von Betreibung dieser Angelegenheit Abstand nehme.

Baiern hofft, wie ich annehme, aus der gegenseitigen jalousie von Oestreich und Preußen den Vortheil für sich in Anspruch zu nehmen, den eine neutrale Wahl eines Feldherrn jetzt haben könnte. Meine Berichte sende ich Ihnen offen. Die Situation, wie sie sich jetzt gestaltet hat, kann man als eine durchaus günstige für Preußen acceptiren. Doch wird es sich jetzt darum handeln müssen, auch für die spezifisch Preußische Politik bestimmte Zielpunkte ins Auge zu fassen. Dann erst steuern wir mit Sicherheit vorwärts. Das Hemmen der Oestreichischen Ambition ist für uns zwar schon ein bedeutendes Resultat, es wird sich aber wieder vernichten, wenn wir nicht endlich einmal aus der bloßen Negation heraustreten. Für das

*) Nicht veröffentlicht; Concept nicht vorhanden.

**) Freiherr Rüdt von Collenberg-Bödigheim, badischer Minister des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

***) Seutter von Lötzen, Oberst, badisches Mitglied der Bundesmilitärcommission.

erste handelt es sich darum, Deutsche Politik zu treiben, und in dieser findet unsere europäische Position den unerläßlichen Boden. Wir müssen uns aber auch davor hüten, blos als eine Avantgarde von Rußland zu erscheinen, sonst ist die Agitation gegen uns allzuleicht.

1855
2. 2.

Den kleineren deutschen Genossen gegenüber ist es erforderlich, mit voller Sicherheit und vollem Selbstbewußtsein aufzutreten, nicht um ihre Allianz zu werben, sondern uns zu ihrem Schutze bereit zu erklären, doch nur auf dem Boden der Bundesverträge, die zur Zeit ganz Europa gegenüber einen festen rempart bilden können.

Ihre Ansicht über das Unzweckmäßige der Wedellschen Sendung *) erkenne ich vollständig an; es schwächt unsern gegenwärtigen Sieg über Oestreich vollständig ab; und wird nach dieser Richtung hin exploitirt werden.

Jetzt Festigkeit und Courage in Berlin, so ist alles gewonnen, nur muß man wissen, welchem Ziel man zusteuert, und nicht bloß, wie man Verlegenheiten aus dem Wege gehen will.

In Berlin ist alles zu durchsichtig, und das macht es unmöglich, im Auslande das volle moralische Gewicht Preußens zur Anerkennung zu bringen.

Theilen Sie mir wiederum durch Ihre Fingerzeige einige Gesichtspunkte mit, die mir hier dienen können. Ich bin jetzt wieder recht thätig und gern.

General Willisen und Schlegell sind hier angelangt, um Miniésbüchsen zu besehen. Eine militairisch-politische Bedeutung hat ihre Sendung nicht. Doch wird man dies glauben, und das thut zur Zeit nichts.

---

*) nach Paris. Zweck der Sendung Wedells, wie der Usedoms nach London war zu ermitteln, ob und auf welcher Basis Preußen seinen Beitritt zur Convention vom 2. December 1854 vollziehen sollte.

1855 2. 2. Wie denken Sie Sich eventuell die Wahl des Bundesfeldherrn?

Meine Frau grüßt, und ich empfehle mich der Ihrigen.

Ihr
treu ergebener
Carlsruhe, d. 2. Februar 1855. Savigny.

116.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

1855 5. 2. danke ich verbindlichst für Ihre Mittheilung von gestern*). Sie enthält zum Theil die Antwort auf meine kurz vorher abgegangene telegraphische Anfrage.

Von hier wird alles Mögliche geschehen, um in dem von Euer Hochwohlgeboren angedeuteten Sinne zu wirken. Ein Umstand aber ist, wie Sie wissen, unsere Schwäche und unsere Stärke zugleich, nämlich der, daß wir schnell bedeutende Truppen-Massen aufzustellen im Stande, aber nicht in der Lage sind, dieselben, namentlich die Landwehren, stehen zu lassen.

Nichtsdestoweniger unterliegt es gar keinem Zweifel, daß wir im Falle einer Französischen Invasion in Süddeutschland nicht nur aufstellen, sondern auch marschiren würden, und habe ich davor, daß dieß hier Schwierigkeiten finden möchte, nicht die geringste Besorgniß. Letztere bezieht sich nur auf das Stadium, welches jeden Falls eintreten wird, wo die französischen Truppen in Frankreich versammelt sind, und nun den Süddeutschen Regierungen successiv stärker und stärker zugeredet

---

*) Schreiben vom 3. Februar 1855, Preußen im Bundestag II, No. 86 S. 154 ff.

resp. gedroht wird, ohne daß die Grenze berührt oder ein Mann in Bewegung gesetzt wird. Während dieser Zeit, die beliebig ausgedehnt werden kann, Truppen aufzustellen, ist für uns fast unmöglich. Ich bin übrigens der festen Ueberzeugung und es wird wichtig sein, diese den süddeutschen Regierungen beizubringen, daß ehe man unserer nicht ganz sicher ist, keine 60000 Franzosen nach den Donau-Fürstenthümern marschiren, noch weniger in Süddeutschland sich etabliren, vorausgesetzt freilich, daß die süddeutschen Staaten nicht selbst die Garantie ihrer Sicherheit übernehmen und ihre Armeen mit den französischen vereinen. Etwas Muth sollten diese Herren doch auch wenigstens affectiren.

1855
5. 2.

Ueberhaupt kann ich nicht dringend genug warnen, diesen Herren und ihren Gesandten zu viel zu trauen. Eine halbe Stunde, nachdem ich Euer Hochwohlgeboren Schreiben von vorgestern*) erhalten, erfuhr ich, daß man im französischen Gesandtschafts-Hôtel sogar die Worte kannte, welche Euer Hochwohlgeboren in jenem Schreiben und vermuthlich auch in der darin erwähnten vorläufigen Besprechung**) gebraucht hatten. Namentlich wurde mir gesagt, Euer Hochwohlgeboren hätten vorgeschlagen, vorläufig Herrn Prokesch einen Blick in das Arsenal thun zu lassen, welches die Bundes-Verfassung gegen Oesterreichs Vorgehen biete, und hätten die Zusicherung ertheilt, daß in den westlichen Provinzen Preußens einige Armee-Corps mobil aufgestellt werden würden. Herr Moustier versichert, daß ihm dieß von einem der Herrn, die Euer Hochwohlgeboren zu Ihren besten Freunden rechnen, unmittelbar direct mitgetheilt worden. Ob dieß möglich, werden Euer Hochwohlgeboren am besten zu beurtheilen im Stande sein.

---

*) Preußen im Bundestag II, No. 85 S. 153 f.

**) mit den Bundestagsgesandten von Württemberg (v. Reinhard), Sachsen (v. Nostitz u. Jänckendorf) und Mecklenburg (v. Oertzen-Leppin).

1855 5. 2. Das Gefährliche, worüber man sich durch die in letzter Zeit erlangten Erfolge nicht täuschen lassen darf, bleibt immer, daß wir in der Zeit der eigentlichen Krisis auf unsere Bundes-Genossen nicht rechnen können, vielmehr die Desertion zu erwarten haben. Dieser Umstand darf unsere Handlungen nicht bestimmen, muß aber in dem Calcül berücksichtigt werden.

Von den Westmächten wird jetzt wieder schärfer gedrängt. Die Franzosen kündigen die Blokade der Ost-See-Häfen für den Fall an, daß wir fortfahren Waffen nach Rußland auslaufen zu lassen.

Leben Sie wohl. Mit ausgezeichneter Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

B. 5/2. 55. Manteuffel *).

117.

v. Savigny an Bismarck.

Theuerster Freund,

1855 8. 2. Anliegend meine neue Sendung nach Berlin zu gefälliger Einsicht.

Marschall handelt bestimmt nur nach den ihm ertheilten Instructionen. Die Schwenkung liegt hier und documentirt sich sehr sichtbar. Aehnliche jämmerliche Erfahrungen werden wir mit nächstem überall machen. Von dem Großherzog von Darmstadt schrieben Sie mir ja neulich auch**), daß er indig-

---

*) Bismarcks Antwort vom 11. Februar s. Preußen im Bundestag II, No. 91 S. 164 ff.

**) Der Brief ist noch nicht veröffentlicht.

nirt sey über Oesterreich, und jetzt agirt er dessenohngeachtet gegen uns. 1855 8. 2.

Die Sache ist hier aber eine andere, und ich werde sie, soweit es geht, auch persönlich aufnehmen.

Willisen hat hier durchaus nicht politisirt. Er kam von Erfurt, nicht aus Berlin und reiste von hier nach Suhl zu der Gewehrfabrik.

Sein Auftreten hat aber alles in Bewegung gesetzt und ist möglicherweise geschickt benutzt worden, um Baden noch weiter nach Oestreich hinüberzuführen, damit der Verdacht ganz wegfiele, als handle es sich um einen militairischen Anschluß an Preußen.

Die Berichte des Herrn v. Meysenbug*) aus Berlin, der sehr genau mit Esterhazy zusammenhängt, mögen hier auch dahin gewirkt haben, daß man an ein schnelles und plötzliches Umschlagen von Preußen zu den Westmächten geglaubt hat.

Unser Kampf mit Oestreich, auch der diplomatische, ist ein ungleicher. Bei Oestreich setzt man die größte Festigkeit voraus, bei unserem Cabinet schließlich immer Nachgiebigkeit. Ersterem sind alle Mittel gleich, um zum Erfolg zu kommen, wir können weder versprechen noch drohen! Das fühlt sich in kritischen Momenten, so wie in dem gegenwärtigen, gleich durch.

Niemand fürchtet uns, und dafür hat unsere Politik seit 1848 redlich gesorgt.

Ganz der Ihrige.

Savigny.

Carlsruhe, d. 8. Februar 1855.

---

*) Badischer Gesandter in Berlin.

118.

Graf Alexander Keyserling an Bismarck.

Raikküll, d. 13/25. Februar 1855.

Theurer Jugendgenosse.

1855 25. 2. Deine Zeilen vom 29ten Dec.*) durch einen Reisenden des Hauses de Luze wurden mir in Mitau übergeben, wo ich mich einige Tage unter alten Bekannten mit heiteren Erinnerungen ergötzte. Sie trugen so sehr dazu bei, mich in die Zeiten der eignen jugendlichen Träume zurückzuversetzen, daß Mr. Layard bei der Entdeckung der ersten Keilschriften von Ninive nicht größere, gewiß aber weniger begründete Freude empfunden hat, als mir der Anblick Deiner Schriftzüge erregte. Sie sind fester geworden, übrigens unverändert und zeugen von mehr Charakter, als ein Diplomat mit Bequemlichkeit gebrauchen kann, wie es mir an den verschiedenen Höfen, die ich mit den Augen eines Paläontologen bisher habe beobachten können, geschienen hat. Erinnerst Du Dich nicht dessen, daß Du mir in wahrscheinlich lichten Momenten vorhergesagt hast: Constitution unvermeidlich, auf diesem Wege zu äußeren Ehren, außerdem muß man innerlich fromm sein? Ich wollte Dich besternte Excellenz als weiser Pilger, als armer Bruder Graurock, als ein Versenkter in den Freuden des ewigen Geistes dann aufsuchen. Das Geschick hat gezeigt, daß ich in der Ausführung der Jugendträume schwächer gewesen bin als Du. Nachdem ich in einer innigen Allianz mit dem Präsidenten der Geologischen Gesellschaft von Frankreich und England, — die beiläufig sich besser bewährt hat als die entsprechenden politischen Alliancen, — Rußland geognostisch durchforscht hatte und in hochmüthiger Selbstzufriedenheit auf den einsamen Pfaden der Wissenschaft

*) Concept nicht vorhanden.

nach neuen Eroberungen für den menschlichen Verstand herum- jagte, wurde mir die Verpflichtung zu Theil, eine Frau glück- lich zu machen, ein Landgut mit den hier zu Lande daran hängenden Regierungs-Verpflichtungen einträglich zu bewirth- schaften, Kinder zu erziehen, ja selbst große Lümmel zu bessern. Von der einen Seite standen Tausende längst verstorbener, höchst interessanter, urweltlicher Bestien; — von der anderen Seite meine Mitmenschen, unter denen, nicht zu läugnen, recht langweilige; wäre nicht die Nothwendigkeit des schnöden Ge- werbes und Erwerbes hinzugetreten, ich hätte mich nicht ent- schlossen, die im Capua der Gedankenwelt verwöhnten Hände an die rauhe Wirklichkeit zu legen. Nach hartem Kampfe ist es mir gelungen, den stolzen Verstand zu bändigen und die Aufgaben des Herzens zu würdigen. Also meine Frau hält jetzt sehr viel von mir, meine Bauern sind unter meiner Regierung zufriedener als zuvor, an Kindern habe ich als Natur- forscher nur eines von jeder Sorte mir angelegt, ein Weiblein und ein Männlein, mit denen ich mich gern beschäftige und die mich dafür lieben. Ich erziehe vortreffliche Pferde, feine Schafe, edle Schweine und mittelmäßige Rinder; steigere den Ertrag von Feldern und Wiesen durch Be- und Entwässerung, habe die Frohne abgelöset und mich zum Präsidenten des Esthländischen Vereins der Landwirthe aufgeworfen. Ein esthländischer Land- wirth ist übrigens ein universeller Mensch, namentlich ein Jurist. Ich spreche daher in meinem Hause Recht über die 10 Tausend Menschen meines Kirchspiels, der Pastor schreibt es auf. Auf den Landtagen hört man mich an, und ich sitze im Rathe der Männer in Reval. Im Kleinen habe ich auch erfahren, daß Politik dasjenige Gebiet ist, auf dem mit dem größten Auf- wande von Charakter und Geist das Geringste producirt wird. Willst Du ein Land sehen, wo man ohne Büreaukratie lebt und zwar viel besser als mit studirten Juristen und Schreibern, so komme her. Mein Magen gewährt mir weniger Freuden;

1855
25. 2.

1855 25. 2. ich bin mäßig. Auf einen Wolf habe ich vor 6 Wochen vorbeigeschossen, bin eben ein unvollkommener Jäger geblieben.

Schreibe mir, wenn Deine Zeit es erlaubt, über Reval, Rannafer nach Raiküll, lauter R's. Gott erhalte Dich, und führt er uns mal zusammen, so wird es ein froher Tag für Deinen alten Freund sein. Neuer Freund ist ein neuer Wein, laß ihn alt werden, so wird er Dir wohl schmecken!

Alexander Keyserling.

119.

v. Savigny an Bismarck.

Theurer Freund,

1855 27. 2. Anliegend eine kleine durchaus nicht interessante Expedition. Nehmen Sie davon Einsicht, wenn es Ihnen behagt.

Der Abgang von Prokesch wurde hier schon seit 3 Wochen als sicher angenommen. Was sagen Sie dazu? Rechberg ist viel gescheiter und weit gefährlicher für uns.

Wie steht es in Berlin? Kommt der Vertrag in Paris zu Stande?

Wer geht von uns nach Wien? Was denkt man in Berlin über den Bairischen Oberfeldherrn? Bitte um einige Worte der Erwiderung.

Werden wir mobil machen?

Wie steht Manteuffel mit seiner Kreditforderung zu der Majorität der Kammern?

Tausend Schönes Ihrer gütigen Gemahlin.

Ihr

Carlsruhe, d. 27. Februar 1855. Savigny.

Kommt der Prinz von Preußen noch nach Frankfurt?

120.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Telegraphische Depesche.

Berlin, 2. März 1855 11 Uhr 50 Min. (chiffr.).
Eing. Frankfurt a. M. 2. März 1855 12 Uhr 45 Min.

1855 2. 3.

Die Erkrankung des Kaisers von Rußland hat, wie die soeben eingehende telegraphische Depesche meldet, eine so gefährliche Wendung genommen, daß sein baldiges Ende erwartet wird. Er hat bereits die heiligen Sakramente erhalten. Dieß zu Ihrer persönlichen Notiz.

Manteuffel.

121.

v. Savigny an Bismarck.

Theuerster Freund,

1855 5. 5.

Nach langem Stillschweigen hören Sie heute einmal wieder von mir. Einsicht in meine unbedeutende Berichterstattung steht Ihnen zu Gebote. Haben Sie etwa einstweilen genaue Kenntniß erlangt von einer andern geheimen Circulardepesche Oesterreichs, welche nach Angabe des Herrn v. Manteuffel an die vom 11. Januar*) anschließend die Drohung enthielte, Oesterreich werde ausscheiden aus dem Deutschen Bunde, falls man ihm nicht unbedingt folge**)?

*) Muß heißen: 14. Januar. In dieser (Jasmund a. a. O. I, No. CCXCI S. 418 f.) wurde den deutschen Regierungen mitgetheilt, daß der Präsidialgesandte trotz Preußens abweichender Ansicht Weisung erhalten habe, beim Bunde die Mobilisirung der halben oder ganzen Contingente und die Wahl eines Bundesoberfeldherrn zu beantragen.

**) Eine erste geheime Circulardepesche erging am gleichen Tage und war nur an einzelne, der österreichischen besonders befreundete

1855 5. 5.

Bitte darüber einige Worte Antwort.

Hier ist man viel vorsichtiger geworden; der Regent hat wohl eingesehen, daß der Gang seines Ministers ihn isoliren werde, und daß er sich Preußen entfremde, was er natürlich weniger wünscht als sonst jemand.

Die Anwesenheit Ihres Collegen Kielmansegge hat seiner Zeit in Carlsruhe ganz gut gewirkt. Ich fand den Hannoveraner in der Orientalischen Sache sehr vernünftig. Er gestand es, daß ihm Graf Rechberg nach seiner Ankunft in Frankfurt a/M.*) gesagt habe: „Prokesch überläßt mir die Oesterreichische Stimmführung ganz isolirt in der Bundesversammlung, wir haben vorläufig alles Terrain verloren.“ Hat Rechberg seitdem wieder Stimmen gewonnen?

Wie liegt die Sache überhaupt für uns, haben unsere Genossen einigermaßen Muth, bei ihrer bessern Ueberzeugung fest auszuharren?

Die Zeit ist jetzt für uns, nutzen wir diesen günstigen Umstand!

Regierungen gerichtet. Sie enthielt die Frage, ob sie, falls kein dem österreichischen Antrag günstiger Beschluß am Bunde zu Stande komme, bereit seien, ihre Truppen Oesterreich zur Verfügung zu stellen, gegen Gewähr ihres Besitzstandes und einen entsprechenden Antheil an dem durch den Krieg erlangten Gewinn (Jasmund a. a. O. I, No. CCXCII S. 415 f.); vgl. Manteuffels Erlaß vom 30. Januar an den Gesandten Graf Arnim in Wien, Denkwürdigkeiten III, 7 f.; ihr folgte am 25. April eine zweite mit der Androhung des Austritts Oesterreichs aus dem Bunde, wenn sich die deutschen Bundesgenossen nicht durch Bundesbeschluß oder einzeln in verbindlicher Weise für Oesterreichs Politik erklärten, vgl. Bismarcks Berichte vom 30. April, 5., 8., 18. Mai, 9. u. 12. Juni, Preußen im Bundestag II, No. 119 S. 216, No. 122 S. 220 f., No. 123 S. 222 f., No. 124 S. 223 ff., No. 129 S. 231 ff., No. 130 S. 234. Mit dem zuletzt erwähnten Schreiben übersandte Bismarck dem Minister eine Abschrift der Depesche.

*) Am 8. März führte Freiherr v. Prokesch den Grafen Rechberg als seinen Stellvertreter in die Bundesversammlung ein.

Wie stehen Sie denn jetzt mit Manteuffel? 1855

Ihrer Frau Gemahlin bitte ich mich herzlichst zu empfehlen. Sie selbst aber, lieber Freund, mögen mir treu und gut bleiben. 5. 5.

Ihr

Savigny.

Carlsruhe, Freitag den 5. May 1855.

122.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

werden heute eine Circular-Depesche erhalten, mit welcher Sie hoffentlich zufrieden sein werden. Sie erlauben mir aber bei dieser Gelegenheit noch privatim eine Bitte auszusprechen, welche dahin geht, daß Sie in Ihren Aeußerungen recht vorsichtig sein wollen. 1855 10. 5.

Euer Hochwohlgeboren wissen, auf welchem Terrain Sie Sich bewegen, daß Frankfurt a/M. das erste Klatschnest der Welt ist, daß die kleindeutsche Diplomatie das erbärmlichste Wesen der Welt ist. Euer Hochwohlgeboren können sich aber auch kaum denken, wie das Echo, welches von Frankfurt her zu uns kommt, wunderbar und verdreht klingt, wie die hiesigen faulen Geister die Aeußerungen Euer Hochwohlgeboren colportiren und verdrehen und Consequenzen daraus ziehen, die ganz unglaublich sind.

Kerls wie Meysenbug und Consorten machen sich ein Vergnügen daraus, die Gunst des französischen Gesandten sich mit Referaten und Glossen über Ihre Aeußerungen zu erkaufen, und so sehr ich dieß verachte, so meine ich doch, daß man diesen

1855 10. 5. Schurken die Möglichkeit solcher Infamien möglichst wenig geben sollte.

Leben Sie wohl. Nächstens mehr.

Mit ausgezeichneter Hochachtung
Euer Hochwohlgeboren
ganz ergebener Diener

B. 10/5. 55. Manteuffel.

123.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Telegramm.

**Abgegangen in Berlin den 26. Nov. 1855 9 Uhr 9 Min. Nachm.
Angekommen in Frankfurt a. M. den 26. Nov. 1855 9 Uhr 43 Min. Nachm.**

1855 26. 11. Des Königs Majestät werden Euer Hochwohlgeboren zur Eröffnung des Landtages gern hier sehen, überlassen es aber Ihrer Beurtheilung, ob wichtige Gründe Ihrer Herkunft entgegenstehen.

v. Manteuffel.

124.

Leopold v. Gerlach an Bismarck.

Telegramm.

**Aufgegeben in Charlottenburg den 26. Nov. 1855 12 Uhr 22 Min. Nachm.
Angekommen in Frankfurt den 26. Nov. 1855 2 Uhr 20 Min. Nachm.**

1855 26. 11. Ihre Zuschrift vom 24.*) habe erhalten und dem Könige vorgetragen. Der König erwartet Ihr Erscheinen im Herrenhause, wenn nicht besonders wichtige Geschäfte in Frankfurt Ihr Dortbleiben nöthig machen.

v. Gerlach.

*) Bismarcks Brief an Gerlach vom 24. November s. Ausgabe von H. Kohl, S. 261 f.

125.

General Graf Münster an General Gerlach*).

[Ende Dez. 1855.]

1855 ? 12.

Hier der ebenso interessante als unterhaltende Brief meines alten Schulkameraden. Er fragt nach meinen Aeußerungen. — Ich sage: Rußland macht einen schlechten Frieden, wenn man die Form nur irgend genießbar bereitet und sich der gros mots enthält. Wäre ich Kaiser Alexander, so würde ich den schlechten Frieden nicht annehmen. Er braucht es nicht. Die schwarze Meer-Flotte war kein Luxusartikel — Rußland bedurfte derselben, um Gewicht in die orientalischen Fragen zu werfen. Hätte man zur Zeit der Menzikoffschen Sendung**) gewußt, was man wollte, oder die Tragweite derselben in Petersburg übersehen, so wäre mit Hülfe jener Flotte und einiger Energie alles leicht zu machen gewesen. Bei Sinope 2c. arbeitete sie gut — und war überhaupt mehr werth als eine gleiche Zahl von Schiffen in der Ostsee.

Sagen Euer Excellenz an Bismarck neben meinem Gruß, daß ich seinen Bericht mit Hingebung bei einer Stubenwärme von etwa 20° vorgelesen, und daß er mir wie herrliche Musik gegen das Gewäsch von Reumont, Wagener und Goltz 2c. erschienen sei, trotzdem mir die Zunge gegen das Ende allerdings wie ein lederner Lappen im Munde gehangen hat.

Das Bild: „Bockelberg mit dem Ueberschuh“ — ist kostbar und verdient eine sichtliche Darstellung***).

G. M(ünster).

---

*) Der Brief ist undatirt, doch beweist die Bezugnahme auf Bismarcks Brief an Gerlach vom 21. December 1855 (Ausgabe von H. Kohl, S. 262 ff.), daß er Ende des Jahres 1855 geschrieben ist.

**) Nach Constantinopel, März 1853.

***) S. a. a. O. S. 265.

126.

Graf Platen an Bismarck.

Hannover den 29ten Dec. 1855.

Verehrtester Freund!

1855
29. 12.

Der am 22ten d. erfolgte Erlaß des Gesetzes, die Beschränkung der Zuständigkeit der Schwurgerichtshöfe betr., wird ohne Zweifel ein gewaltiges Geschrei nicht nur bei den Demokraten und Constitutionellen verursachen, sondern auch bei sonst gutgesinnten aber zu sehr an Formen klebenden Conservativen. Es ist überhaupt zu erwarten, daß dies Gesetz die verschiedenartigste Beurtheilung erfahren wird. Da es meinem Collegen und besonders mir daran gelegen ist, daß dieser Schritt der Königl. Regierung bei Ihnen, verehrtester Freund, in seinem wahren Lichte erscheint, erlaube ich mir Ihnen Abschrift von einer Circular-Depesche zu übersenden, welche die Motivirung des Gesetzes enthält. Zugleich verfehle ich nicht hinzuzufügen, daß uns hauptsächlich zwei Vorwürfe gemacht werden werden, nämlich erstens der, daß der § 122, auf den das Gesetz sich stützt, nicht zutreffend ist, und zweitens, daß bei der bevorstehenden nahen Zusammenberufung der Stände der Erlaß des Gesetzes ein Eingriff in deren Befugnisse sei. In Bezug auf den ersten Punkt bemerke ich, daß allerdings der § 122 auf andere Fälle als den vorliegenden zielt. Dem Wortlaute nach aber paßt er, denn es ist wahrlich ein außerordentlicher und auch das Staatswohl ernstlich bedrohender Fall, wenn eine Schmähschrift wie die Auricher ungestraft bleibt, wenn es den Unterthanen erlaubt ist, ihrem Souverän Wortbruch vorzuwerfen und dem Bunde und der Regierung Hohn zu sprechen. Wollte man die Königliche Autorität nicht im Schmutze liegen lassen, so mußte schnell geholfen werden und einem Scandale Einhalt geschehen, der alles Regieren unmöglich macht. Was

sodann den zweiten Vorwurf betrifft, so erkenne ich an, daß vom ständischen Standpuncte aus der Erlaß des Gesetzes so kurz vor der Zusammenberufung der Kammern eine Beschränkung der ständischen Mitwirkung begreift. Aber will man den Zweck, so muß man auch vor den Mitteln nicht zurückschrecken. Ein solches Gesetz durch die Kammern zu kriegen, ist unmöglich, und hatten wir daher nur die Wahl, das Gesetz ohne ständische Mitwirkung zu erlassen oder nichts zu thun. Außerdem muß man nicht übersehen, daß die Stände das Recht haben, auf Wiederaufhebung des Gesetzes anzutragen und die Regierung verpflichtet ist, diesem Antrage dann Folge zu leisten.

1855
29. 12.

Mit der Bitte, unseren jüngsten Schritt in der Reaction aus diesem Gesichtspuncte zu betrachten, sage ich Ihnen ein herzliches Lebewohl und bitte Sie mir Ihre so werthen freundschaftlichen Gesinnungen zu bewahren.

Der Ihrige
A. Gr. v. Platen*).

127.

Graf Platen an Bismarck.

Hannover 2/12. 56.

Verehrtester Freund!

Soeben erhalte ich die Nachricht, daß der Königl. Dänische Minister Scheel von Altona, wo er sich seit einigen Tagen befindet, nach Berlin sich begeben wird. Der Zweck dieser Reise ist eine Entrevue mit Herrn von Manteuffel, den er von den Gefahren in Kenntniß setzen will, welche eine Beschwerde in der holsteinischen Angelegenheit am Bunde zur Folge haben

1856
2. 12.

*) Bismarck beantwortete den Brief laut handschriftlicher Notiz am 7. Januar 1856.

1856 2. 12. würde. Er will Ihrem Minister-Präsidenten vorstellig machen, daß eine Intervention des Bundes den Sturz des Ministerii, die Abdankung des Königs, den Sieg der scandinavischen Partei und die Gründung der scandinavischen Union zur Folge haben werde. Diese letztere Perspective soll der Schreckschuß für Ihr Gouvernement sein, was ein Scandinavien nicht mit gleichgültigen Augen ansehen könne. Zugleich will er bei Herrn von Manteuffel die Ansicht zur Geltung bringen, daß die Bevölkerung Holsteins für das jetzige gouvernementale System und nur die Ritterschaft dagegen sei, um auf diese Weise Sonderinteressen zu verfolgen; finden seine Vorstellungen Gehör, so will er mit illusorischen Concessionen hervorrücken und damit den Frieden mit Preußen erkaufen. Die Befürchtungen, die Herr v. Scheel in Berlin rege machen will, sind völlig unbegründet. Die scandinavische Partei in Dänemark ist nicht im Geringsten gefährlich, da sie weder zahlreich noch mächtig ist. Herr v. Scheel exploitirt diese Gespenstergeschichte zu seinem eigenen Vortheile. Es ist dies ein mot d'ordre, welches er allen Repräsentanten im Auslande gegeben hat. Ich weiß aus zuverlässiger Quelle, daß er in Petersburg, London und Paris in diesem Sinne wirken läßt. Sorgen Sie nur dafür, mein verehrtester Freund, daß diese unbegründeten Befürchtungen nicht in Berlin Wurzel fassen und daß man sich dort nicht mit unbedeutenden Concessionen abspeisen läßt, die Dänemark gestatten würden, die Herzogthümer wie bisher mit Füßen zu treten. Ich baue auf Ihren deutschen Sinn für Recht. —

Von Paris wird mir soeben Folgendes über die Neuenburger Angelegenheit geschrieben:

Ayant eu occasion de voir hier le Comte Walewski*), je lui ai parlé des affaires de la Suisse et de la persistance du conseil fédéral à réfuser la mise en liberté des prisonniers.

---

*) Französischer Minister des Auswärtigen.

„Nous avons été très mécontents, m'a-t-il dit de ce refus, et nous avions tout fait pour obtenir le résultat désiré. Monsieur Dufour*) qui était parti d'ici bien pénétré du prix que nous attachions à cette concession, a fait part au conseil fédéral de l'espoir très fondé, qu'aurait eu ensuite le gouvernement français de pouvoir par ses bons offices à Berlin faire résoudre la question de Neufchâtel selon le voeu de la Suisse. Toutes nos instances ont été vaines, le refus a été formel. — L'on nous a demandé pour prix de la mise en liberté des prisonniers une garantie formelle relative à Neufchâtel que nous ne pouvions donner. Par suite il ne nous restait autre chose à faire que de nous retirer de l'affaire, de rendre à la Prusse sa parole et sa liberté d'action. Que résoudra-t-on à Berlin en regard d'une situation où l'on s'est engagé d'honneur, je l'ignore et selon le parti qu'on y prendra, les conséquences en deviendront plus ou moins graves. Une invasion en Suisse ne serait pas une chose indifférente, la neutralité et l'indépendance de ce pays étant placées sous une garantie européenne."

1856 2. 12.

So hat sich Walewski ausgesprochen. Der Rückhalt, mit dem er es gethan, scheint mir ein Grund mehr zur Annahme zu sein, daß man Ihrerseits sehr vorsichtig zu Werke gehen muß. Uebrigens scheint mir aus der Thronrede hervorzugehen, daß man nochmals Verhandlungen mit den europäischen Großmächten anzuknüpfen gedenkt.

Von Baiern ist mir eine Instruction mitgetheilt, welche Herr v. d. Pfordten dem Herrn von Schrenk in der Neuenburger Angelegenheit ertheilt hat. Pfordten trägt Schrenk auf, in vertraulichem Benehmen mit Ihnen zu erwägen, was nun weiter zu thun sei, insbesondere, ob auf diejenigen Verhandlungen eingegangen werden solle, zu welchen die Schweiz sich

*) Schweizerischer General.

1856 2. 12. bereit erklärt hat und ob etwa der Bund seine Vermittelung anbieten solle. Diese Instruction ist mir mitgetheilt und Herr von d. Pfordten wünscht meine Ansicht zu wissen. Mir scheint, daß die Bundesversammlung nichts weiter zu thun hat als weitere Anträge Preußens abzuwarten.

Leben Sie wohl, verehrtester Freund, und verzeihen Sie, daß ich Sie mit diesen Zeilen belästigt habe.

Der Ihrige
A. Gr. Platen.

128.

Graf Platen an Bismarck.

Hannover 9/3. 57.

Verehrtester Freund,

1857 9. 3. Bei Ihrer letzten Anwesenheit hieselbst habe ich Ihnen, wie Sie wissen, ein Pro Memoria der holsteinischen Conservativen nebst meinen Bemerkungen mitgetheilt, habe aber dabei die Bitte vergessen, beide Actenstücke streng confidentiell zu behandeln und vor allen Dingen den holsteinischen Conservativen gegenüber, falls dieselben in nächster Zeit nach Frankfurt kommen sollten, nichts von meiner Indiscretion zu sagen, da ich eigentlich zu einer Mittheilung weder beauftragt noch befugt war. Ich darf also in dieser Beziehung so wie in allen übrigen auf Ihre Discretion zählen. Wahrscheinlich wird mein Vetter Baron Blome in nächster Zeit nach Frankfurt kommen und ich möchte nicht gerne, daß er erführe, daß ich sein Opus Ihnen mitgetheilt habe. Gelegentlich senden Sie wohl mein Exemplar mir zurück, da ich es zu meinem Pro Memoria nöthig habe.

Ist es wahr, daß Oesterreich dem Berliner Cabinet seine vollständige Mitwirkung in der holsteinischen Sache zugesagt hat unter der Bedingung, daß Preußen in der Piemontesischen Frage auf Seiten Oesterreichs trete? Es wird mir dies von

Paris geschrieben, und es wäre mir erwünscht zu wissen, ob und inwieweit diese Nachricht begründet ist. 1857 9. 3.

Ueber die Angelegenheit der Jahde-Bahn habe ich Erkundigungen eingezogen. Eine directe Bahn von Minden auf den Jahde-Busen können wir nicht zugeben, da sie unserem Interesse in materieller Beziehung entgegen ist. Dagegen sind wir nicht abgeneigt, eine Bahn von Osnabrück nach Oldenburg zuzugeben, wenn Preußen uns dagegen einige Concessionen in Bezug auf andere Bahnen macht. Oldenburg wird sich mit dieser Bahn von Osnabrück über Quakenbrück nach Oldenburg wahrscheinlich einverstanden erklären, und kommt es nur auf Preußens Opferwilligkeit an. In nächster Zeit wird Ihrem Gouvernement eine desfallsige Eröffnung zugehen. Uebrigens scheint mir von Preußen ein zu großer Werth auf eine directe Bahn von Minden nach dem Jahde-Busen gelegt zu werden. Die Hauptsache für Preußen ist eine Eisenbahn-Verbindung zwischen diesen beiden Puncten, und ob man diesen Zwischenraum in 6 oder 8 Stunden zurücklegt, ist wahrlich ziemlich gleichgültig.

Ihre letzte Anwesenheit in Hannover hat den hiesigen Diplomaten wieder viel Kopfbrechen verursacht und zu absurden Depeschen Veranlassung gegeben. Ein Diplomat in einer kleinen Stadt, der sich nicht zu beschäftigen weiß, ist wirklich ein schrecklich ridicüles Thier! Unter diesen Thieren ist hier der Baier Herr von Perglas unstreitig das größte, da er neben den lächerlichsten Prätensionen hinter dem unschuldigsten Dinge etwas ungeheuer Wichtiges wittert und dabei mit seltener Geschicklichkeit immer vorbeischießt.

Leben Sie wohl, verehrtester Freund, und behalten Sie in gutem Andenken

Ihren

aufrichtigen Freund

A. Gr. Platen.

129.

Freiherr v. Rosenberg an Bismarck.

Paris 9. Mai 1857.

Mein verehrtester Gönner,

1857 9. 5. Sie werden mit besonderer Freude es erfahren haben, daß sich der Besuch des Prinzen Napoleon*) so bald verwirklicht hat. Ich denke mir, daß Sie dabei nicht ganz unschuldig gewesen sind**). Hier ist die Sache mit einem so großen Geheimniß behandelt worden, daß das diplomatische Corps (namentlich auch Kisseleff)***) erst aus den Berliner Zeitungen die Sache erfahren haben und bis heute noch nicht den wahren Grund dieser politischen Demonstration verstehen wollen. Sie wittern sämmtlich irgend ein anderes Motiv dahinter, tappen indeß darüber im völligen Dunkel. Die Oestreicher trösten sich darüber, daß es gerade Plombplomb†) ist, der zum Vermittler eines neuen (conservativen) Allianzverhältnisses auserkoren wurde, und die Engländer sehen in des Prinzen Napoleon Reise während der Anwesenheit des Russischen Großfürsten††) eine ihnen wohlgefällige Demonstration gegen Rußland; im Grunde werden aber sowohl Oestreich wie England darin einen Wink erblicken, daß Frankreich auch anderweitig sich durchzuhelfen versteht, und müssen über diese Annäherung an Preußen sich mehr ärgern, als unsere Berliner Altconservativen dies thun sollten.

Der Prinz Napoleon hatte sich kurz vor seiner Abreise noch besondere Renseignements über das Berliner Terrain erbeten, wobei ich ihm nützlich sein konnte. Meines Erachtens wird er

*) In Berlin.

**) Zu vgl. Bismarck an Gerlach 11. April und 2. Mai 1857, Ausgabe von H. Kohl, S. 311 ff. 314 ff.

***) Russischer Gesandter in Paris.

†) Spitzname des Prinzen Napoleon.

††) Constantin.

sich mehr als homme de sciences und Bewunderer unserer militärischen Einrichtungen zu geriren haben, als daß er auf irgend ein politisches Thema eingehe. Mein Rath war, daß er sein Tagebuch über seine letzte Reise nach Lap- und Island benutze, um das Interesse des Königs anzuregen. Außerdem dürfte er wenig und dies womöglich in deutscher Sprache zu sprechen für gut finden. Doch weiß ich nicht, wie der Eindruck seiner Persönlichkeit namentlich bei den Damen des Hofes sein wird, da dies stets für ihn eine Klippe war*). Hatzfeldt ist ausnahmsweise nach Fontainebleau eingeladen, worin wohl auch mehr eine sachliche, als wie gewisse Leute stets wähnen — eine persönliche Attention liegt. Es scheint mir klar, daß der Kaiser bei seinen nächsten Plänen auf England wenig zu rechnen anfängt. Bisher hat Lord Palmerston ihn nur in allerlei englische Händel verstrickt und wird es stets thun, solange das Gebilde einer westmächtlichen Solidarität noch nicht durch andere politische Nothwendigkeiten verdrängt ist. Letztere treten jetzt immer mehr hervor. Wir brauchen nur an die Donaufürstenthümer und die skandinavische Frage zu denken. An uns wird es sein, kein allzugroßes empressement (à la Orloff)**) zu zeigen und die Wege, die von Paris zu uns und über uns fort nach Petersburg führen, zu ebnen; das Weitere wird die europäische Situation an die Hand geben.

1857 9. 5.

Rothan***) hat mit großer Freude erfahren, daß Sie sich dem Grafen Walewski gegenüber günstig über ihn ausgesprochen haben. Er ist auch in Bezug auf die Reise des Prinzen Napoleon unserem Interesse förderlich gewesen, und Sie würden ihm eine große Genugthuung verschaffen, wenn es Ihnen gelänge, für ihn den ihm längst zugedachten Orden zu erlangen. Eine an Manteuffel direct gerichtete Bitte würde besser zum

*) Man vgl. dazu den Bericht Gerlachs, Denkwürdigkeiten II, 490 f.
**) Vertreter Rußlands auf dem Pariser Congreß.
***) Legationssecretär bei der französischen Gesandtschaft in Berlin.

1857 9. 5. Ziele führen, als wenn die Sache durch die Ministerialbureaux ihren Weg nähme. Die Reise des Prinzen Napoleon könnte ja den äußern Anlaß bilden.

Sollten Sie mir die Freude machen wollen, einmal an mich zu schreiben, so wollen Sie mit der bloßen Aufschrift meines Namens ohne Hinzufügung des amtlichen Titels den Brief nach 115 rue de Lille richten. Er kommt alsdann sicher an.

Die nächste Stellung unseres Ministeriums den Kammern gegenüber ist mir völlig unklar. Derartige Zustände können doch eigentlich nicht fortdauern. Dies wird es indeß nicht hindern, daß sie doch fortdauern. Die Tochter der Madame Kalergis*) ist nun in declarirter Weise mit dem jungen Grafen Coudenhove**) verlobt worden. Adieu.

Ihr
aufrichtigst ergebener
Rosenberg.

Der Großfürst C(onstantin) wird hier außerordentlich gut aufgenommen, jedoch ist der Empfang nicht ganz von einer gewissen Rücksicht für England frei. Man sucht die zum Uebermuth so geneigten Russen doch von Zeit zu Zeit daran zu erinnern, daß man auf England große Rücksichten nehmen müsse (??).

130.

Graf Karl v. d. Goltz an Bismarck.

Berlin, den 15. Dec. 57.

Mein verehrter Freund!

1857 15. 12. — — — Man sagt, es gehen in Preußen allein 200 Rittergüter zum Teufel. Wären es auch nur die Hälfte, so wäre es traurig genug. In Hamburg hat man auch nicht helfen wollen,

---

*) Die Wittwe des Johann v. Kalergis war Marie, Gräfin von Nesselrode-Ereshoven.

**) Franz Graf Coudenhove.

jetzt gehen die Dankadressen über unsre Köpfe nach Wien. Recht politisch kann ich das nicht finden. Die Lübecker sind auch hier und wollen nur 600000 Thlr. haben und werden sie nicht bekommen, obgleich 30 Millionen in Barren in den Kellern der Bank und 7 bis 8 im Staatsschatz liegen. Dem Prinzen*) geht es wieder ganz gut, in Charlottenburg ist es indeß beim Alten; nicht von einem Tage, sondern von Stunde zu Stunde ändert sich der Zustand, und daher kommen auch die widersprechenden Gerüchte. Wie es im Januar sein wird, kann niemand mit Gewißheit voraussagen. Wahrscheinlich ist das Schlimmste, d. h. Verlängerung der Stellvertretung auf weitere 3 Monate, d. h. Verlängerung und Befestigung der ministeriellen Omnipotenz. Inzwischen wird auf die Reise des Prinzen Vater zur Hochzeit**) gedrängt. Ich halte es für leichtsinnig in einer Zeit der Krise über Wasser zu gehen, finde überhaupt, daß es nicht gut aussieht. Es wäre indeß nicht das erste Mal, daß weiblicher Einfluß mich überwunden hätte, und so sehe ich denn in dieser Frage und obgleich der Prinz noch keine Entscheidung getroffen hat, einer Niederlage entgegen. Heut haben wir großes ministerielles Diner.

1857
15. 12.

Empfehlen Sie mich Ihrer Frau Gemahlin und seien Sie versichert der aufrichtigen Freundschaft

Ihres ergebenen C. v. d. Goltz.

131.

Der Prinzregent von Preußen an den Kaiser von Oesterreich.

Berlin, den 15. Februar 1858.

Ew. Kaiserliche Majestät haben die Gnade gehabt, durch Allerhöchst Dero Gesandten, den Baron Koller, mir die schmeichel-

1858
15. 2.

*) Von Preußen.
**) Des Sohnes Friedrich Wilhelm mit der Prinzessin Victoria.

1858 15. 2. hafteste Theilnahme bei Gelegenheit der Vermählung meines Sohnes mit Ihrer Kgl. Hoheit der Princess Royal von England in so gütiger Weise aussprechen zu lassen, daß ich mich beeile, Ew. Kaiserlichen Majestät meinen ebenso unterthänigen als tief gefühltesten Dank für diesen Beweis der Fortdauer Allerhöchstdero mich beglückenden Gesinnungen für meine Familie zu Füßen zu legen. Nicht minder darf ich diesen Dank aussprechen für die ungemein gnädige Aufnahme der Deputation, welche ich, gewiß im Sinne meines Königs und Herrn, Namens der preußischen Armee zur Leichenfeier des Feldmarschalls, Grafen Radetzky, nach Wien sendete, um die tiefbegründete Theilnahme auszusprechen, die wir bei dem großen Verlust empfinden, den Ew. Kaiserliche Majestät und Allerhöchstdero Armee durch das Hinscheiden dieses mit Lorbeeren gekrönten greisen Feldherrn erlitten haben.

Indem ich meines Königlichen Bruders erwähnte, kann ich nicht umhin, das schwere Verhängniß zu berühren, welches der Himmel über Preußen durch die schmerzliche Art der Erkrankung des Königs einbrechen ließ. Ew. Kaiserliche Majestät haben zu wiederholten Malen Allerhöchst Ihre innige Theilnahme an diesem Ereigniß auszusprechen geruhet. Die gesammte Königliche Familie sieht sich dafür zum aufrichtigsten Dank verpflichtet, während ich insbesondere mich dazu um so mehr aufgefordert fühle, als es Allerhöchstdenen gefallen hat, mir in dem mir überkommenen schweren Amte besondere Beweise des gnädigsten Vertrauens zu geben. Ew. Kaiserliche Majestät werden Sich überzeugt halten wollen, wie es mein eifrigstes Bestreben sein wird, während der hoffentlich nur kurzen Zeit, in welcher ich den König, meinen Bruder, in der Leitung seiner Regierung noch zu vertreten haben werde, die freundschaftlichen Beziehungen, welche zwischen Ew. Kaiserlichen Majestät Regierung und der unsrigen bestehen, nicht nur zu erhalten, sondern zu befestigen.

1858
15. 2.

In dieser Beziehung bin ich beglückt gewesen, eine Uebereinstimmung bei Ew. Kaiserlichen Majestät Bundestags-Gesandten*) in dem von der Preußischen Regierung gestellten Antrag über die Benutzung des durch die unglückliche Pulver-Explosion in Mainz freigelegten Terrains zur Verstärkung dieses Hauptbollwerks Deutschlands auf seinem westlichen Kriegstheater gefunden zu haben. Ein günstigerer Moment als der durch jenes traurige Ereigniß herbeigeführte, um etwas Bedeutendes auf dem dominirendsten Punkte der Festung Mainz zur äußern und innern Vertheidigungskraft derselben zu schaffen, dürfte sich nicht leicht wieder darbieten, um so mehr, als es sich nicht um eine Vervielfältigung der Werke dieses nur schon zu ausgedehnten Waffenplatzes handelt, sondern um den Kehlschluß eines vorhandenen Fortifications-Systems, nämlich der Bastionen Bonifaz, Martin und Alexander. Die nicht unbedeutenden Geldopfer, welche hierzu erforderlich sein würden, dürften von allen deutschen Regierungen bereitwilligst gebracht werden, wenn denselben das Unternehmen in seinem wahren Lichte, nämlich als ein nationales dargestellt wird, in welcher Darstellung ich hoffen darf Ew. Kaiserlichen Majestät Regierung mit der diesseitigen wiederum in beglückender Uebereinstimmung anzutreffen.

Ein zweiter Antrag, der hinsichtlich seines nationalen Charakters noch höher und wichtiger sich darstellt, welchen die preußische Regierung beim Bundestage einzubringen die Einleitung trifft, ist die Uebertragung der Qualität einer Bundesfestung von Landau auf Germersheim**). Ew. Kaiserlichen Majestät erleuchtetem strategischen Blicke brauche ich es nicht erst vorzuführen, wie viel wichtiger die Festung Germersheim als Rheinübergang für den Deutschen Bund ist, als die Festung Landau, welche weder einen Fluß-Uebergang noch sonst einen

*) Graf Rechberg.

**) Vgl. dazu Bismarcks Berichte an Manteuffel vom 11. u. 14. Januar, Preußen im Bundestag III, No. 104 u. 105 S. 210 ff.

1858 Sperrpunkt irgend einer Art darbietet. Mit wie wenig Kräften
15. 2. dieselbe in ihrer strategischen Wirkung zu paralysiren ist, hat die Erfahrung der Blokade derselben durch die Freischärler 1849 bewiesen. Durch Vergrößerung und Verstärkung Landaus diesem Waffenplatz eine größere Bedeutung zu geben, ließe sich bei seiner strategisch völlig unwichtigen Lage nicht rechtfertigen. Wie unter solchen Umständen Landau überhaupt zu einer Bundesfestung erklärt werden konnte, läßt sich nur damit beantworten, daß nach dem Frieden von 1815 auf der ausgedehnten deutschen Grenze von Mainz bis Basel außer Landau nicht ein einziger befestigter Punkt sich vorfand und man daher demselben die Bundesfestungsqualität beilegte. Seitdem indessen Germersheim und Rastatt erbaut sind, ist die Nichtigkeit Landaus erst recht zu Tage getreten, so daß die Frage nahe liegt, ob dasselbe überhaupt als Festung zu erhalten wünschenswerth ist, eine Frage, der auch Preußen bei mancher seiner kleinen Festungen nahe getreten ist. So nah an der Grenze liegend, nur wenig Tagemärsche von den Hauptwaffenplätzen des Nachbarlandes entfernt, bei den beflügelten Transportmitteln, sowie den sich täglich überbietenden Erfindungen weittragender Wurfgeschosse sind kleine Festungen, welche in keinerlei Art eine strategisch wichtige Lage haben, nur gemacht, vom Feinde in wenig Tagen eingeäschert zu werden und in dessen Hände zu fallen. Germersheim dagegen bietet allein schon als Rheinübergang eine große Wichtigkeit dar und eignet sich als solcher ganz vorzugsweise zu einer Bundesfestung an Deutschlands Westgrenze, und je gerechtfertigter etwaige Verstärkungen dieses Platzes wären, je ungerechtfertigter wären sie bei Landau.

In engster Verbindung mit der Uebertragung der Bundesfestungsqualität von Landau auf Germersheim steht die Besatzungsfrage derselben. Nach den bestehenden Bundesbestimmungen gehören zur Kriegsbesatzung von Landau auch die

Contingente der Hohenzollernschen Fürstenthümer. Mit dem Uebergange derselben an Preußen ist diese Besatzungspflicht ebenfalls auf uns übergegangen. Bei der Vertauschung Germersheims mit Landau würde diese Pflicht Preußens also gleichfalls auf erstere Festung übergehen. Da nun Ew. Kaiserlichen Majestät Regierung mit der des Großherzogthums Baden den Antrag beim Bundestage gestellt hat, die eventuelle Kriegsbesatzung Rastatts zur Hälfte schon im Frieden hineinzulegen, so würde ein gleiches Verlangen an die Kgl. bayrische Regierung hinsichtlich des Friedens-Mitbesatzungsrechts Germersheims von preußischer Seite zu stellen gerechtfertigt sein. Bei den Verhandlungen der Bundesmilitärcommission hat man die Verstärkung der Rastatter Friedensgarnison durch Kaiserlich österreichische Truppen dadurch mit zu motiviren gesucht, daß die Kaiserliche Regierung in der numerischen Truppenstärke in den westlichen Bundesfestungen nicht hinter der der preußischen Armee zurückstehen dürfe. Wenngleich eine Verstärkung der Friedensbesatzung von Rastatt an sich nicht nothwendig erscheint, indem bei den erhöhten Communicationsmitteln der Neuzeit die benöthigte Kriegsbesatzung wohl immer rechtzeitig aus Ew. Kaiserlichen Majestät Staaten in Rastatt eintreffen würde, und es daher bei den gegenwärtig gültigen Bundesbestimmungen über die Rastatter Besatzungsverhältnisse verbleiben könnte, so darf im andern Falle doch auch Preußen sich den Ehrenpunkt nicht rauben lassen, in der Besatzungsstärke der Bundesfestungen im Kriege nicht hinter Ew. Kaiserlichen Majestät Armee zurückzustehen. Diese Gleichstellung würde erreicht, falls die künftige Bundesfestung Germersheim im Frieden und Kriege von preußischen Truppen mitbesetzt würde, wenn es nicht vorzuziehen wäre, Rastatt und Germersheim zu gleichen Theilen von den Truppen der Landesregierungen und Kaiserlich österreichischen und Königlich preußischen Truppen im Frieden und Kriege besetzt zu sehen.

1858
15. 2.

1858 15. 2. Unendlich beglückt würde ich mich fühlen, wenn die beiden von mir aus wahrem deutschen Nationalinteresse angeregten Fragen von Mainz und Germersheim Ew. Kaiserlichen Majestät volle Zustimmung fernerhin erhielten, in welchem Falle die Beistimmung der Bundesstaaten nicht zu bezweifeln sein würde. Sollten diese indessen wider Erwarten namentlich aus finanziellen Rücksichten die Zustimmung zu den fraglichen beiden Anträgen verweigern, so wird Ew. Kaiserlichen Majestät Regierung sowohl wie die preußische das beruhigende Bewußtsein behalten, zum wahren Wohle Deutschlands etwas Wichtiges angestrebt zu haben, und dann für uns nichts weiter übrig bleiben, als uns auf den Boden des bestehenden Bundesrechts zu stellen.

Mich Ew. Kaiserlichen Majestät fernerer Gnade allerunterthänigst empfehlend, verbleibe ꝛc.

Prinz von Preußen.

132.

Graf Platen an Bismarck.

Verehrtester Freund,

1858 9. 3. Zimmermann*) hat mir die vollständige Characteristik von Graf Rechberg gerade so mitgebracht, wie sie jetzt von Ihnen in Ihrem freundlichen Schreiben vom 7ten d.**) enthalten ist, und habe ich die Ueberzeugung daraus gewonnen, daß es nicht lange mehr mit diesem kleinen Tyrannen gehen wird. Daß man sich diesen Terrorismus nicht länger ohne Gegenwehr gefallen lassen kann, versteht sich von selbst; hoffentlich machen wir eine glückliche Campagne mit Mund und Feder, aber ohne Schwerdtstreich gemeinschaftlich gegen ihn. Hat aber Rechberg eine gehörige Ohrfeige bekommen, so daß er einen Denkzettel für die Zu-

*) Generalsecretär des hannöverschen Gesammtministeriums.
**) Concept nicht vorhanden.

kunft hat, so wird es meiner Ansicht nach rathsam sein, daß man erst einmal wieder Waffenstillstand mit ihm schließt, um der holsteinischen Sache selbst nicht zu schaden, welche sonst wegen dieses Intermezzo's in Stillstand gerathen könnte.

1858
9. 3.

Daß ich Heimbruch*) nicht fallen lassen werde in dieser Sache, brauche ich wohl nicht erst Ihnen zu versichern. In diesem Augenblicke aber eine Demonstration zu seinen Gunsten zu machen, halte ich nicht für räthlich, da ich sonst riskire, daß Rechberg in den Fürstenstand erhoben und das alte Weib Nostitz**) in die Mühle geschickt wird, wo alte Weiber jung gemacht werden.

Wegen der gemeinschaftlichen Anträge***) hat Heimbruch heute Instruction mittelst Telegramm's erhalten. Ob diese Anträge nächsten Donnerstag oder später gestellt werden, überlasse ich Ihnen.

Freund Beust ist in größter Aufregung, glaubt Deutschland in Gefahr und hofft es retten zu können durch Aufrechthaltung des § 19 der Geschäftsordnung. Sobald Professor Pfordten†) von diesem Beustschen Rettungsversuch Kenntniß erhalten haben wird, eilt er gewiß nach Paris, um von der dortigen Conferenz eine Garantie für § 19 der Geschäftsordnung zu erwirken. Ueberbieten muß er jedenfalls. Hügel††) und darin unterstützt von Reinhard wird†††) inmittelst unter dem Schutze des § 19 fortfahren Siegellack zu machen. Meysenbug§) wird Nervenzucken bekommen, wenn er unsere Anträge hört; viel-

*) Hannöverscher Bundestagsgesandter.

**) General Graf Nostitz.

***) Betr. eine Reform der Geschäftsordnung am Bunde.

†) v. d. Pfordten war vor Uebernahme des Ministeriums des Auswärtigen in Sachsen Professor des römischen Rechts in Erlangen, bezw. Leipzig.

††) Württembergischer Minister der Auswärtigen Angelegenheiten.

†††) Orig.: werden.

§) Badischer Minister der Auswärtigen Angelegenheiten.

1858 9. 3. leicht wird er aus Schreck katholisch und geht entweder ins Kloster oder in die Wiener Staatskanzlei, um mit seiner brüderlichen Liebe*), Biegeleben**) und Werner***), fromme Psalmen zu singen.

Leben Sie wohl, wehren Sie Sich tapfer und grüßen Sie Heimbruch.

Hannover 9/3. 58.

Der Ihrige

A. Gr. Platen.

133.

Fürst Gortschakow an Budberg.

Peterhoff, le 16 juillet 1858.

1858 16. 7. D'après les dernières informations d'Oubril †) cette lettre Vous trouvera déjà à Berlin.

Je suppose que Vous vous serez fait rendre compte des dépêches qu'Oubril nous a adressées en Votre absence. Je puis donc reprendre les questions où il les a laissées.

La principale, je dirai presque la seule palpitante, est celle du Danemarck. Je n'ai rien à ajouter à ce que, sous ce rapport, j'ai écrit en dernier lieu à Oubril. Nous regrettons vivement l'incident soulevé par l'opposition inattendue du Cabinet de Berlin.

Mr de Werther est venu me voir ici pour m'exprimer le regret du Baron de Manteuffel de l'usage fait par le Cabinet de

---

*) Hof- und Ministerialrath im österreichischen Ministerium des Aeußern.

**) Decernent für die deutschen Angelegenheiten im österreichischen Ministerium des Auswärtigen.

***) Unterstaatssecretär im österreichischen Ministerium des Auswärtigen.

†) Rath an der russischen Botschaft in Paris.

Copenhague de quelques paroles échangées entre le Président du Conseil et Monsieur de Plessen*), si je ne me trompe, à un dîner qui a eu lieu chez Vous. Monsieur de Manteuffel admet — et ici je Vous citerai un texte qui nous a été donné par Werther: daß er sich dahin geäußert, daß die Außerkraftsetzung der dänischen Gesammtverfassung nothwendig sei, bevor wir zu befriedigenden Verhandlungen mit Dänemark gelangen könnten.

1858 16. 7.

Monsieur de Plessen n'a pas dit autre chose à son Gouvernement. L'usage maladroit et indiscret, je l'admets, que le Cabinet de Copenhague a fait d'un entretien confidentiel en le citant dans un acte public, ne saurait être imputé à Monsieur de Plessen. Je le regrette ainsi que Monsieur de Manteuffel, et certes avec nous il ne serait pas exposé à un semblable inconvénient. Mais il me semble aussi que Monsieur le Président du Conseil est trop haut placé par sa position et la supériorité de son intelligence, pour se laisser influencer par la seule considération que cette publicité d'une réflexion confidentielle donne à la Prusse aux yeux de l'Allemagne l'apparence de vouloir diriger à elle seule la question.

Dans la position faite il nous paraît que la seule considération à peser est d'examiner, si la concession faite par le Danemarck est un pas sérieux et autorise l'entrée en négociation qu'il demande. Or, je serais dans une forte erreur, si tel n'était pas le cas. Le Cabinet de Copenhague déclare qu'il suspend la Constitution générale dans son application aux Duchés. Cela veut dire que les délégués réciproques n'ont pas à s'en préoccuper dans la négociation qui s'entamerait entre eux, ou du moins que cette constitution suspendue n'est plus un obstacle matériel à une entente. Je ne prétends pas affirmer qu'on aboutira à cette entente. Cela dépendra de la modération et de la sincérité apportées de part et d'autre.

*) Baron Otto v. Plessen, dänischer Gesandter in Petersburg.

1858 16. 7. Je veux seulement constater que l'entrée en négociation est immensément facilitée, et cela par le Danemarck.

Monsieur de Manteuffel étant absent, ce que je viens de Vous dire n'a pas d'application immédiate, à moins que Vous ne soyez mis dans le cas d'entretenir Monsieur Balan*) de cette question. Alors Vous voudrez bien puiser Votre langage dans les réflexions que je Vous communique. Au reste, j'espère toujours que cela finira par s'arranger au moyen de quelque biais et que nous n'aurons pas le chagrin de voir reculer au moment où un bon pas vers le but nous paraissait fait. Sous ce rapport je compte surtout et essentiellement sur le caractère conciliant et l'esprit supérieur de Monsieur de Manteuffel.

G.

134.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

1858 20. 7. benachrichtige ich ergebenst, daß es meine Absicht ist, nächsten Donnerstag übermorgen, den 22. d. M. Morgens früh 7 Uhr von hier nach Frankfurt a/M. zu gehen und am folgenden Morgen so zeitig als möglich nach Baden-Baden mich zu begeben. Es würde mir angenehm sein, wenn es Euer Hochwohlgeboren convenirte mich zu begleiten.

Die dänische Sache, welche meines Erachtens mit äußerster Vorsicht zu behandeln ist, wird natürlich den Gegenstand meiner Besprechung mit Euer Hochwohlgeboren bilden; ich will aber mit diesen Zeilen in keiner Weise vorgreifen, und halte überhaupt dafür, daß man die Sache in den bundesmäßigen Formen sich abklären lassen muß. Im Allgemeinen befinde ich mich mit demjenigen, was Euer Hochwohlgeboren über diese An-

*) Unterstaatssecretär.

gelegenheit zu berichten und zu schreiben hatten, ganz im Einklange. 1858 20. 7.

Ich wünsche nicht, daß in Frankfurt von meiner Durchreise vorher gesprochen werde, wollte mir aber doch erlauben, Euer Hochwohlgeboren durch diese Zeilen ein kleines Aviso zu geben.

Mit ausgezeichneter Hochachtung
Euer Hochwohlgeboren
ganz ergebener Diener
Manteuffel.

P.S. Morgen Abend bereits geht der Wirkliche Legationsrath v. Kehler*), den Euer Hochwohlgeboren ja auch kennen, nach Frankfurt. Er wird sich bei Ihnen melden, und ich denke ihn auch mit nach Baden zu nehmen, besonders um die Antwort nach Wien zu redigiren. Der Mann ist etwas heftig, es ist ihm also kaltes Wasser aufzulegen; er kennt aber die Sache genau.

Berlin den 20. Juli 1858. M.

135.

Graf R. v. d. Goltz an Bismarck.

Verehrter Bundestagsgesandter!

Auf Ihre mit gewohnter Beharrlichkeit wiederholten Vorschläge erwidert der Prinz folgendes: 1858 28. 7.

1. Der Prinz wünscht den König zu sehen; er wird deshalb 1 Stunde lang in Wiesbaden bleiben und per Extrazug nach Rüdesheim weiter reisen.

2. Die Prinzeß Carl wird von hier aus ersucht werden, Sich 1 Stunde später in Eltville zur gemeinschaftlichen Fahrt nach Rüdesheim zu begeben.

*) Vortragender Rath im Ministerium der ausw. Angelegenheiten in Berlin.

1858 28. 7. 3. Dagegen wollen Sie gef. den König davon benachrichtigen lassen, daß der Prinz in Reisekleidern sein wird, und dafür Sorge tragen, daß in Wiesbaden auf oder in der Nähe des Bahnhofs ein Zimmer bereit gehalten wird, in welchem die beiden hohen Herren Sich ungestört besprechen können.

Zugleich bitte ich, die Eisenbahndirektion davon zu avertiren, daß der Prinz einen Extrazug gebrauchen wird, der in Eltville anhalten muß.

Endlich erlaube ich mir zur Vereinfachung des Geschäftsganges in ähnlichen Fällen zu bemerken, daß nicht Alvensleben sondern meine geringe Person persönlicher Adjutant des Prinzen ist, dergl. Sachen wie die vorliegenden und alle Reiseangelegenheiten in mein Ressort schlagen.

Ganz Ihr ergebener

Baden, den 28. 7. 58. C. v. d. Goltz.

136.

Otto v. Manteuffel an Bismarck*).

Euer Hochwohlgeboren

1858 12. 10. danke ich recht sehr für Ihr gütiges Schreiben vom 9. d. M.**). Die Antwort auf die darin gestellte Frage wegen Begehung des Geburtstages Sr. Majestät werden Sie inmittelst durch meinen amtlichen Circular-Erlaß erhalten haben.

(* Unsre große Haupt- und Staats-Action ist inmittelst wenigstens im ersten Akt erledigt. Die Sache hat mir viel Sorge, Unannehmlichkeit und unverdienten Verdruß gemacht. Noch gestern habe ich darüber von Gerlach einen ganz empfindlichen

*) Ein Theil des Briefes — hier wiederholt — ist in G. u. E. I, 199—201 veröffentlicht.

**) Concept nicht vorhanden.

Brief erhalten *). Er glaubt, daß damit die Souveränetät halb zum Fenster hinausgeworfen sei. Ich kann das beim besten Willen nicht erkennen, meine Vorstellung von der Sache ist folgende: 1858 12. 10.

Wir haben einen dispositionsfähigen, aber regierungsunfähigen König; derselbe sagt sich selbst und muß sich sagen, daß er seit länger als Jahresfrist nicht hat regieren können, daß die Aerzte und er selbst anerkennen müssen, der Zeitpunkt, wo er wieder selbst würde regieren können, lasse sich auch entfernt nicht angeben, daß eine unnatürliche Verlängerung der bisherigen Vollmachts Ertheilung nicht am Orte und dem Staate eine sich selbst allein verantwortliche Spitze nothwendig sei; aus allen diesen Erwägungen gibt der König dem zunächst zur Krone Berufenen den Befehl, das zu thun, was für solchen Fall in der Landesverfassung vorgeschrieben ist. Die Bestimmungen der letzteren, welche gerade in diesem Punkte correct und monarchisch abgefaßt sind, werden demnächst zur Anwendung gebracht und das, wenn auch nach der Erklärung des Königs überflüssige, immerhin aber in der Verfassung mit gutem Grunde vorgeschriebene Landtagsvotum wird eingeholt, aber streng auf Beantwortung der Frage beschränkt: Ist die Einsetzung einer Regentschaft nothwendig? mit andern Worten: Ist der König mit **) genügendem Grund von den Geschäften entfernt? Wie man diese Frage verneinen will, ist mir nicht ersichtlich; immerhin wird es noch manche, namentlich formale Schwierigkeit zu überwinden geben. Namentlich fehlt es für die in der Verfassung vorgesehene gemeinschaftliche Sitzung ***) an einer Geschäftsordnung. Diese wird man improvisiren müssen, indessen hoffe ich doch, daß man in etwa fünf Tagen mit der

*) Manteuffel, Denkwürdigkeiten III, 326 f., ebd. Manteuffels Antwort vom 9. October, S. 327 f.

**) Orig.: ohne.

***) Beider Kammern.

1858 12. 10. Beschlußfassung zu Stande sein wird, so daß dann der Prinz den Eid leisten und die Versammlung schließen können wird. Andre Vorlagen, namentlich solche, welche auf Geldbewilligungen sich beziehen, werden natürlich für diese Sitzung gar nicht beabsichtigt. Wenn Ihre Geschäfte es erlauben, so würde ich wünschen, daß Sie Sich zum Landtage hier einfinden und womöglich vor dessen Eröffnung hier sind. Ich höre von wunderbaren Anträgen der äußersten Rechten, die man vielleicht im allgemeinen Interesse, sowie in demjenigen dieser Herren verhindern könnte.

Westphalens Entlassung gerade im gegenwärtigen Momente*) ist mir sehr unerwünscht gewesen. Einmal schon hatte ich, als er selbige verlangte, sie gehindert. Jetzt wollte der Prinz sie ihm aus ganz freier Entschließung und ohne seinen Antrag ertheilen und schickte mir ein darauf bezügliches Privatschreiben an Westphalen**) mit dem Befehle, sofort die Ausfertigung vorzulegen. Ich that letzteres indeß nicht, und sandte auch das eigenhändige Schreiben nicht ab, sondern machte beim Prinzen Gegenvorstellungen bezüglich der Opportunität des Momentes, Gegenvorstellungen, welche nach nicht geringer Mühe auch durchschlugen. Ich ward ermächtigt, die Maßregel wenigstens aufzuhalten und den Brief bei mir liegen zu lassen. Da schrieb Westphalen am 8. d. Mts. an den Prinzen sowohl wie an mich ein ganz wunderbares Schreiben***), worin er mit Zurücknahme früherer Erklärungen seine Contrasignatur der zu erlassenden und bereits festgestellten Ordres davon abhängig machte, daß auch noch die vom Prinzen zu erlassenden Ordres speciell dem Könige zur Genehmigung vorgelegt würden, ein Verlangen, welches in der That mit Rücksicht auf den in den

*) Am 9. October, sein Nachfolger wurde Flottwell.

**) Vom 6. October, s. dasselbe mit dem begleitenden Schreiben an Manteuffel in Manteuffels Denkwürdigkeiten III, 319 f.

***) Manteuffels Denkwürdigkeiten III, 325.

letzten Tagen verschlimmerten geistigen Zustand des Königs an Widersinnigkeit grenzte. Da verlor der Prinz die Geduld und machte mir Vorwürfe, nicht sogleich sein Schreiben abgeschickt zu haben, und die Sache war nun nicht mehr zu halten. Flottwells Wahl ist ohne all' mein Zuthun aus dem Prinzen selbstständig hervorgegangen, sie hat, wie Manches gegen sich, so auch Manches für sich*).

1858 12. 10.

Heute Nachmittag ist denn unser armer König hier durch nach Leipzig auf der Tour nach Meran gereist. Da jeder Empfang verboten war, so hatte ich mich unter der Menschen-Menge im Ueberrock auf dem Bahnhof eingefunden. Ich ward aber erkannt und in den Wagen des Königs gerufen. Er klagte schmerzlich über seinen Kopf und sagte, seit 4 Wochen gehe es ihm ja viel schlimmer als früher, er wisse gar nicht, was daraus werden solle. Die Scene war unbeschreiblich traurig.

Doch genug von unsern innern Dingen, die in der That recht betrübt sind, und mir vielen Aerger gemacht haben und noch Kummer machen.

Was die äußeren Verhältnisse betrifft, so erwarte ich mit einiger Ungeduld Ihre Erwiederung auf mein gestriges Schreiben wegen der Oesterreichischen Eröffnungen in Betreff Rastatts. Meine Correspondenz mit Buol ist Ihnen wohl vollständig bekannt; Sie haben mir aber darüber eine Meinung noch nicht ausgesprochen. Durch diesseitiges Zögern möchte ich die Sache nicht hinhalten**).

In der Holsteiner Sache nimmt jetzt plötzlich Schweden so lebhaft Partei für Dänemark, daß Le coq***) ganz kopfscheu

) Von (an bis hieher in G. u. E. nach einer Abschrift veröffentlicht, hier mit kleinen Berichtigungen nach dem Original wiederholt.

**) Bismarcks Antwort vom 12. October, Preußen im Bundestag III, No. 197 S. 429 ff.

***) Geheimer Rath im Ministerium des Auswärtigen.

1858 12. 10. wird. Wie das zusammenhängt, weiß ich noch nicht. Der Prinz ist immer noch erregt in der Sache, und der kleine Ysenburg*) giebt sich trotz aller meiner Abmahnungen noch immer fruchtlose und übel placirte Mühe, Herrn Zimmermann**) zu bekehren, der geradezu sagt, alles Andere sei ihm gleichgültig, wenn man nur zur Executions-Vollstreckung je eher je lieber gelange. Daß die Execution Zweck sein soll, scheint mir gegen alle, nur nicht gegen die Hannoverschen Rechtsprinzipien zu verstoßen. Doch machen derartige Berichte auf den Prinzen Eindruck. Von Wien bin ich noch ohne Antwort. Die dahin gerichtete und Euer Hochwohlgeboren bekannte diesseitige Depesche***) war dem Prinzen gar nicht genehm, und erst nach zweimaliger Aenderung erklärte er sich zögernd einverstanden.

Ich bitte mich Ihrer Frau Gemahlin zu empfehlen.

Wir hatten Trauer durch den Tod eines Schwagers Larisch, der namentlich meine Frau sehr schmerzlich berührt hat.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, den 12. October 1858. Manteuffel.

137.

Minister v. Schleinitz an Bismarck.

1858 7. 11. Seine Königliche Hoheit der Prinz-Regent haben allergnädigst geruht, mich an Stelle Seiner Excellenz des Herrn Freiherrn von Manteuffel zum Staats- und Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu ernennen.

---

*) Preußischer Gesandter in Hannover.

**) S. o. S. 268, Anm. *).

***) Vom 6. October, vgl. Preußen im Bundestag III, S. 426, Anm. 1.

Indem ich Eure Hochwohlgeboren hiervon ergebenst in Kenntniß zu setzen mich beehre, spreche ich die Hoffnung aus, durch Ihre gütige Mitwirkung in den Stand gesetzt zu werden, dem Allerhöchsten Vertrauen in der Verwaltung des mir anvertrauten Postens zu entsprechen, und ersuche Eure Hochwohlgeboren, die Depeschen-Berichte 2c. fortan unter meiner Adresse hierher einzusenden. 1858 7. 11.

Empfange Eure Hochwohlgeboren bei diesem Anlasse die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Berlin, den 7ten November 1858. Schleinitz.

138.

Bismarck an Minister v. Schleinitz.

(Concept.)

Eurer Excellenz

hohen Erlaß, die Uebernahme der Geschäfte des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten betreffend, habe ich heut zu erhalten die Ehre gehabt. Mit meinem Danke für die geneigte Mittheilung verbinde ich meinen ehrerbietigen Glückwunsch und die Versicherung, daß ich jederzeit bemüht sein werde, das Vertrauen, welches Hochderselben geehrtes Schreiben ausspricht, zu rechtfertigen und mir zu erhalten. Bei dem Wohlwollen, welches Eure Excellenz mir bisher gewährt haben, und aus dem Bewußtsein meines regen Eifers für den Königlichen Dienst darf ich die Hoffnung schöpfen, daß Hochdieselben meine amtlichen Leistungen mit Nachsicht beurtheilen werden. 1858 ? 11.

Mit 2c.

v. Bismarck.

139.

Minister v. Schleinitz an Bismarck.

Eurer Hochwohlgeboren

1858 13. 11. säume ich nicht meinen verbindlichsten Dank abzustatten nicht blos für die freundlichen Worte, mit denen Sie mich in meiner neuen Stellung haben begrüßen wollen, sondern ganz insbesondere auch für die in Ihrem Privat-Schreiben vom 9. d. M.*) enthaltene, den Stempel äußerster Lebensfrische und Naturtreue an sich tragende Schilderung des Eindrucks, den unsere Ministerial-Veränderung auf den bundestäglichen Mikrokosmus hervorgebracht hat. Wäre man genöthigt, diesen Herrn die Richtigkeit ihrer Prämissen zuzugestehn, so ließe sich gegen die Logik der daraus gezogenen Consequenzen schwerlich viel einwenden. Ich hege das feste Vertrauen, daß die Dinge nicht so kommen werden, wie man es von gewissen Seiten in prophetischem Wohlwollen für unvermeidlich zu halten scheint. Um auf der schiefen Fläche, die man uns so bereitwillig als unsere naturgemäße Basis anweist, nicht nach links hinabzurutschen, wird es vor allen Dingen darauf ankommen, sich nicht auf die schiefe Fläche zu stellen; dies einzusehn sollte man uns, die wir die letzten 10 Jahre nicht mehr als andre Leute geschlafen haben, doch billig zutrauen.

Mittheilungen, wie sie Ihr Schreiben vom 9ten enthält, haben nicht blos einen theoretischen, sondern einen sehr großen praktischen Werth für mich und können, natürlich ohne irgend eine Gefahr der Compromittirung für Sie nach mehr als einer Seite hin zu heilsamen Einwirkungen von mir benutzt werden. Es bedarf daher auch gewiß keiner besonderen Versicherung, wie sehr Sie meinen Wünschen entsprechen werden,

*) Concept nicht vorhanden; doch vgl. den Brief vom 12. November 1858 an Frau v. Arnim, Bismarckbriefe (8. Aufl.) S. 242 ff.

wenn Sie fortfahren wollen, in derselben vertraulichen Weise mich auch ferner von Ihren Wahrnehmungen auf diesem Gebiete in Kenntniß zu erhalten. 1858 18. 11.

In aufrichtigster Hochachtung
Eurer Hochwohlgeboren
ganz ergebenster
Berlin, den 13. November 1858. Schleinitz.

140.

Minister v. Schleinitz an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

danke ich verbindlichst für die im gegenwärtigen Augenblicke doppelt interessante Mittheilung vom 1. und 3ten d. M.*), auf deren Inhalt hier näher einzugehen ich um so mehr unterlassen darf, als Ihr bevorstehender Besuch, zu dem der Prinz-Regent mit Vergnügen Seine Zustimmung ertheilte und der auch mir sehr willkommen ist, mir Gelegenheit geben wird, mündlich auf die Sache zurückzukommen. 1859 9. 1.

Mit den aufrichtigsten Neujahrs-Wünschen
Euer Hochwohlgeboren
ganz ergebenster
Berlin, d. 9. Januar 1859. Schleinitz.

141.

J. L. Motley an Bismarck.

Rome 16. Feb. 1859.

My dear Bismarck—

Are you really going to St. Petersburg? I have seen rumours to that effect from time to time, in the newspapers, 1859 16. 2.

---

*) Concept nicht vorhanden.

1859 16. 2. but I always took it for granted that they were only rumors. But now, it seems to be stated so formally that it must be a settled thing. I wish you could find time,—(I know you have very little to spare) to write me a single line, just to say if the fact is really so. I cant tell you how much disappointed I am. I really dont know whether it is a political advancement for you or not—but it seems to me that you and Mme de Bismarck are so happy and contented in Frankfort, and that you have so much less of the „pomp and circumstance“ of courts—which I know is a bore to both of you—to make me doubt whether you will be at first much gratified by plunging into the arctic circle whither you seem to be bound.

But I confess that my emotions on the subject are very selfish. I always thought that I had you safe in Frankfort—and that I was sure to see you very often—as long as I remained in Europe, which—off and on—is likely to be for the greater part of my life—but now that you are going to Petersburg, it seems to me as though you were about migrating to the planet Jupiter.

Russia is so much farther off, in every respect, than America. Does your wife like the idea of removing from Frankfort. Pray give her my kindest regards and good wishes, and say to her how deeply disappointed I am to lose the opportunity of seeing you all again—I wished so much to introduce my wife and children to you and yours, and we even have talked of spending a year or two in Frankfort, as I dont think that Rome agrees much with any of us.

Do write me a word or two, if you can spare a few moments' time, and tell me what your plans are, why you are going to Russia and when, how your wife likes it, and all the other ifs and ands—I have n't written to you before, because I knew, that you did n't care much for correspondence, and

would be glad perhaps not to be obliged to write.—Now you must write, for I dont like to think that I have lost my hold upon you forever.

1859 16. 2.

I have seen Canitz here this winter. He seems desirous of getting appointed to this place, but I infer from what he says that he is likely to remain at Naples. There is a young English lady here to whom it is said that he is engaged to be married—but it is not officielly announced. She is a Miss W . . . ., very young, pretty, and with a handsome fortune. The family occupy apartments in the same palazzo with us, and we have exchanged calls and cards—but we have not yet seen very much of them. I am sure I wish Canitz every happiness, for he is certainly one of the best hearted, excellent fellows in the world. We had the pleasure of seeing him very often during his brief visit here—rather the oftener, you will infer, from the propinquity of lodgings, which I have alluded—and my wife likes him as much as I do.

Pray tell me if you have heard of Keyserling*)—and if you know his address. He ows me a letter since May, having let our correspondence drop in the most flagitious manner. I dont know his address now, or I would write to him again—but I am quite ignorant whether he has returned to Courland or has remained in Paris. Who is to be your Prussian minister here? You were kind enough to give me a letter of introduction to Mr. von Thiele, but he had already left his post before we arrived, and, as I understand, is not to return. If the new minister—whoever he may be—happens to be an acquaintance of yours, perhaps you would not object to send me a line of introduction to him.

Thus far, I have not been able to get into the papal

*) Graf Hermann Keyserling.

1859 16. 2. Archives, and doubt very much whether I shall succeed. Our minister here is very obliging, and in doing all that he can, but I suspect that there is no key which will unlock those secrets to a protestant. Meantime I am working hard at the materials which I brought with me, from other Archives—particularly those of Belgium, Holland, Spain and England, and have got enough work on my hands to last me for years. Nevertheless I shall have finished two or three volumes, I suspect, before you will have read the first work*). Pray tell Mad^me de B. that I hope one of these days she will read the work for „old acquaintance sake“. If she objects to reading English, there is a German translation—published in Dresden—and two French translations, one published in Brussels, the other in Paris. Pray forgive this egotism—for it is the egotism of friendship, not of vanity. I cant help wishing that you would both sometimes recall me to your memory, and I know no better way than by asking her to sometimes read a chapter or two of my writings. I am sure I shall never forget her and you—our early friendship, and the to me delightful days we have passed together since it is has been renewed. I always feel when I am with you, as if twenty years had rolled off my back in one lump, like a knapsack, as if my shoes were not covered with the dust of the long life's turnpike along which we have been tailing since the early days.

God bless you and yours, my dear Bismarck. May you prosper and succeed—as you deserve to succeed—domi militiaeque. Write me half dozen lines, as soon as you conveniently can,

---

*) The rise of the Dutch Republic, 3 Bde. 1856; damals arbeitete M. an der History of the United Netherlands, die in 3 Bänden 1860 erschien.

and with best regards to your wife and children believe me most sincerely your friend

1859 16. 2.

J. L. Motley.

Address
aux soins de
Tarlonia & Cie.
Rome.

142.

Unterstaatssecretär v. Gruner an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

eile ich mit der Bitte um Nachsicht für die Flüchtigkeit dieser Zeilen rasch noch unter Benutzung der sichern Gelegenheit zu schreiben.

1859 28. 2.

Der Vorgang in dem Militair-Ausschusse*) ist sehr ernsthaft, und ich finde für ihn keinerlei Rechtfertigung. Er wird uns große Verlegenheiten bereiten. Ihr letzter Bericht**) trifft m. E. die Sache in ihrem Kern. Doch sind die Sachsen nicht zufrieden mit dem Vorgehen ihres Commissars***) und werden deshalb den Anträgen entgegentreten, welche Aufsehen erregen-

*) Die Bundesmilitärcommission hatte sich einen Uebergriff in das Gebiet der Politik erlaubt, indem sie an den Militär-Ausschuß selbständige Anträge in Betreff von Maßregeln zur Vertheidigung des Bundesgebiets für den Fall eines Angriffs auf die österreichischen Besitzungen in Italien richtete. Der preußische Militärbevollmächtigte, General Dannhauer, hatte den Anregungen des Feldmarschall-Lieutenants v. Schmerling nachgegeben, ohne sich mit dem politischen Vertreter Preußens am Bunde zuvor ins Vernehmen zu setzen und ohne Rückfrage bei der Königlichen Regierung.

**) Vom 26. Februar 1859, Preußen im Bundestag III, No. 220 S. 474 ff.

***) Oberst v. Spiegel.

1859 28. 2. der und provocirender Natur sein könnten. Sollte der Vorgang nicht so ernst hier genommen werden, wie er ist, (was ich jedoch nicht annehme) so würde ich es sehr beklagen.

In Betreff des Legationssekretairs ist nie im Ernst an Rechenberg gedacht; nur er selbst hat wohl den Wunsch gehabt, nach P.*) zu kommen. Ich habe Ihren Wunsch, daß die Entscheidung bis zu Ihrer Ankunft vertagt werde, Herrn von Schleinitz mitgetheilt und glaube annehmen zu dürfen, daß der Herr Minister damit einverstanden ist.

Der Petersburger Posten ist im höchsten Maaße wichtig und wird es mit jedem Tage mehr. Ich verkenne den Werth der Frankfurter Stellung in keiner Weise; aber die allgemeine politische Bedeutung der Petersburger ist ohne Vergleich größer und weit bedeutender. Wir erwarten hier sehr viel von Ihrer dortigen Thätigkeit; Sie besitzen dort Vertrauen und können und werden dort der Krone und dem Lande die wichtigsten Dienste leisten. Petersburg ist nichts weniger als ein „ehrenvolles Exil", wie Sie hier meinten. Ich habe die Hoffnung, daß Sie bald ganz dieser Auffassung entsagen werden.

Ich hoffe, Sie werden mit dem Inhalte des heute abgehenden Erlasses zufrieden sein.

Hoffentlich ist Ihr Befinden wieder gut. Jeden Falls wäre es höchst wünschenswerth, daß Sie die Güte hätten, Herrn v. Usedom noch ein Paar Tage mit den dortigen Verhältnissen bekannt zu machen. Der Ort und die Stellung sind nicht leicht schwieriger gewesen als gegenwärtig. Der neueste Vorgang bestätigt es.

Nochmals die Bitte um Nachsicht für die Flüchtigkeit dieser Zeilen.

Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung und Ergebenheit

Berlin 28/2. 59. v. Gruner.

---

*) Petersburg.

143.

Bismarck an Minister v. Schleinitz*).

Petersburg den 12. May 1859.

Eurer Excellenz

sage ich meinen gehorsamsten Dank für die so reiche und interessante Expedition, welche ich vorgestern Abend durch Feldjäger Hahn erhalten habe. Im Laufe des gestrigen Tages habe ich Gelegenheit gefunden, mich in der allgemeinen Richtung der mir zugegangnen Mittheilungen gegen den Fürsten Gortschakow auszusprechen. Mein beifolgender Bericht**) enthält darüber Näheres, und erlaube ich mir in diesen Zeilen eine andre Seite der Frage zur Sprache zu bringen, welche ich in amtlicher Form nicht mit derselben Offenheit zu berühren wage, da ich noch nicht weiß, bis zu welchem Grade sie Eurer Excellenz als verdammliche Ketzerei erscheinen wird. 1859 12. 5.

Aus den acht Jahren meiner Frankfurter Amtsführung habe ich als Ergebniß meiner Erfahrungen die Ueberzeugung mitgenommen, daß die dermaligen Bundeseinrichtungen für Preußen im Frieden eine drückende, in kritischen Zeiten eine lebensgefährliche Fessel bilden, ohne uns dafür dieselben Aequivalente zu gewähren, welche Oestreich, bei einem ungleich größern Maße eigner freier Bewegung, aus ihnen zieht. Beide Großmächte werden von den Fürsten und Regirungen der kleinern Staaten nicht mit gleichem Maße gemessen; die Auslegung des Zweckes und der Gesetze des Bundes modificirt sich nach den Bedürfnissen der östreichischen Politik. Ich darf mich

*) Der Brief ist zwar schon von Hesekiel und seitdem öfters veröffentlicht worden, aber mit so viel Fehlern und Lücken, daß seine Wiedergabe nach einer zu den Privatakten genommenen Abschrift sich nöthig macht.

**) Die Berichte Bismarcks aus Petersburg sind leider noch nicht veröffentlicht.

1859 Eurer Excellenz Sachkenntniß gegenüber der Beweisführung
12. 5. durch detaillirtes Eingehn auf die Geschichte der Bundespolitik seit 1850 enthalten, und beschränke mich auf die Nennung der Rubriken von der Wiederherstellung des Bundestages, der deutschen Flottenfrage, der Zollstreitigkeiten, der Handels-, Preß- und Verfassungsgesetzgebung, der Bundesfestungen Rastatt und Mainz, der Neuenburger und der orientalischen Frage. Stets haben wir uns derselben compacten Majorität, demselben Anspruch auf Preußens Nachgiebigkeit gegenüber gefunden. In der orientalischen Frage erwies sich die Schwerkraft Oestreichs der unsrigen so überlegen, daß selbst die Uebereinstimmung der Wünsche und Neigungen der Bundesregirungen mit den Bestrebungen Preußens ihr nur einen weichenden Damm entgegenzusetzen vermochte. Fast ausnahmslos haben uns unsre Bundesgenossen damals zu verstehn gegeben oder selbst offen erklärt, daß sie außer Stande wären, uns den Bund zu halten, wenn Oestreich seinen eignen Weg gehe, obschon es unzweifelhaft sei, daß das Bundesrecht und die wahren deutschen Interessen unsrer friedlichen Politik zur Seite ständen; dies war damals wenigstens die Ansicht fast aller Bundesfürsten. Würden diese den Bedürfnissen oder selbst der Sicherheit Preußens jemals in ähnlicher Weise die eignen Neigungen und Interessen zum Opfer bringen? Gewiß nicht, denn ihre Anhänglichkeit an Oestreich beruht überwiegend auf solchen Interessen, welche beiden das Zusammenhalten gegen Preußen, das Niederhalten jeder Fortentwickelung des Einflusses und der Macht Preußens als dauernde Grundlage ihrer gemeinschaftlichen Politik vorschreiben. Ausbildung des Bundesverhältnisses mit östreichischer Spitze ist das natürliche Ziel der Politik der deutschen Fürsten und ihrer Minister; sie kann in ihrem Sinne nur auf Kosten Preußens erfolgen und ist nothwendig nur gegen Preußen gerichtet, so lange Preußen sich nicht auf die nützliche Aufgabe beschränken will, für seine

gleichberechtigten Bundesgenossen die Assecuranz gegen zu weit gehendes Uebergewicht Oestreichs zu leisten, und das Mißverhältniß seiner Pflichten und seiner Rechte im Bunde, ergeben in die Wünsche der Majorität, mit nie ermüdender Gefälligkeit zu tragen. Diese Tendenz der mittelstaatlichen Politik wird mit der Stätigkeit der Magnetnadel nach jeder vorübergehenden Schwankung wieder hervortreten, weil sie kein willkürliches Product einzelner Umstände oder Personen darstellt, sondern ein natürliches und nothwendiges Ergebniß der Bundesverhältnisse für die kleinern Staaten bildet. Wir haben kein Mittel, uns mit ihr innerhalb der gegebenen Bundesverträge dauernd und befriedigend abzufinden.

1859
12. 5.

Seitdem unsre Bundesgenossen vor neun Jahren unter der Leitung Oestreichs begonnen haben, aus dem bis dahin unbeachteten Arsenal der Bundesgrundgesetze die Prinzipien ans Tageslicht zu fördern, welche ihrem Systeme Vorschub leisten können, seit die Bestimmungen, welche nur eine Bedeutung im Sinne ihrer Stifter haben konnten, soweit sie von dem Einverständnisse Preußens und Oestreichs getragen werden, einseitig zur Bevormundung preußischer Politik auszubeuten versucht werden, haben wir unausgesetzt das Drückende der Lage empfinden müssen, in welche wir durch die Bundesverhältnisse und ihre schließliche historische Entwickelung versetzt worden sind. Wir mußten uns aber sagen, daß in ruhigen und regelmäßigen Zeiten wir das Uebel durch geschickte Behandlung wohl in seinen Folgen abzuschwächen, aber nichts zu seiner Heilung zu thun vermochten. In gefahrvollen Zeiten, wie es die jetzigen sind, ist es zu natürlich, daß die andre Seite, welche sich im Besitz aller Vortheile der Bundeseinrichtungen befindet, gern zugiebt, daß manches Ungehörige geschehn sei, aber im „allgemeinen Interesse“ den Zeitpunkt für durchaus ungeeignet erklärt, um vergangne Dinge und „innere“ Streitigkeiten zur Sprache zu bringen. Für uns aber kehrt eine

1859 12. 5. Gelegenheit, wenn wir die jetzige*) unbenutzt lassen, vielleicht nicht sobald wieder, und wir sind später von Neuem auf die Resignation beschränkt, daß sich in regelmäßigen Zeiten Nichts an der Sache ändern läßt.

Seine Königliche Hoheit der Prinz-Regent haben nach dem Rathe Eurer Excellenz eine Haltung angenommen, welche den ungetheilten Beifall aller derer hat, denen ein Urtheil über Preußische Politik beiwohnen kann und die sich dasselbe nicht durch Partheileidenschaften getrübt haben. In dieser Haltung sucht ein Theil unsrer Bundesgenossen durch unbesonnene und fanatische Bestrebungen uns irre zu machen. Wenn die Staatsmänner von Bamberg**) so leichtfertig bereit sind, dem ersten Anstoß des Kriegsgeschreis der urtheilslosen und veränderlichen Tagesstimmung zu folgen, so geschieht das vielleicht nicht ganz ohne tröstende Hintergedanken an die Leichtigkeit, mit der ein kleiner Staat im Fall der Noth die Farbe wechseln kann. Wenn sie sich aber dabei der Bundeseinrichtungen bedienen wollen, um eine Macht wie Preußen ins Feuer zu schicken; wenn uns zugemuthet wird, Gut und Blut für die politische Weisheit und den Thatendurst von Regirungen einzusetzen, denen unser Schutz unentbehrlich zum Existiren ist; wenn diese Staaten, deren gesammter Bestand Einem Drittheil unsrer Armee militärisch nicht gewachsen ist, uns den leitenden Impuls geben wollen, und wenn sie als Mittel dazu bundesrechtliche Theorien in Aussicht nehmen, mit deren Anerkennung alle Autonomie preußischer Politik aufhören würde — dann dürfte es meines Erachtens an der Zeit sein, uns zu erinnern, daß die Führer, welche uns zumuthen, ihnen zu folgen, andern Interessen dienen als Preußischen, und daß sie die Sache Deutschlands, welche sie im Munde führen, so verstehn, daß

*) Da Oesterreich der Hülfe Preußens im Kriege gegen Frankreich bedurfte.

**) Die Mittelstaaten.

sie nicht zugleich die Sache Preußens sein kann, wenn wir uns nicht aufgeben wollen. 1859 12. 5.

Ich gehe vielleicht zu weit, wenn ich die Ansicht äußere, daß wir jeden rechtmäßigen Anlaß, welchen unsre Bundesgenossen uns bieten, mit Eifer ergreifen sollten, um die Rolle der Verletzten zu übernehmen und aus dieser zu derjenigen Revision unsrer gegenseitigen Beziehungen zu gelangen, deren Preußen bedarf, um in geregelten Beziehungen zu den kleinern deutschen Staaten dauernd leben zu können. Ich glaube, wir sollten den Handschuh, den Baiern uns hinwerfen zu wollen scheint, bereitwillig aufnehmen und kein Unglück, sondern einen Fortschritt zur Krisis der Besserung darin sehn, wenn eine Majorität in Frankfurt einen Beschluß faßt, in welchem wir eine Ueberschreitung der Competenz, eine willkürliche Aenderung des Bundeszweckes, also einen Bruch der Bundesverträge finden können, je unzweideutiger die Verletzung zu Tage tritt, desto besser. In Oestreich, Frankreich, Rußland finden wir die Bedingungen nicht leicht wieder so günstig, um uns eine Verbesserung unsrer Lage in Deutschland zu gestatten, und unsre Bundesgenossen sind auf dem besten Wege, uns vollkommen gerechten Anlaß dazu zu bieten, auch ohne daß wir ihrem Uebermuthe durch unsre eigne Geschicklichkeit in unauffälliger Weise nachhelfen. Sogar die Kreuzzeitung wird, wie ich eben aus der Sonntagsnummer ersehe, in ihrem blinden Eifer stutzig bei dem Gedanken, daß eine Frankfurter Majorität ohne Weitres über die Preußische Armee disponiren könnte. Nicht bloß an diesem Blatt habe ich bisher mit Besorgniß die Wahrnehmung gemacht, welche Alleinherrschaft sich Oestreich in der deutschen Presse durch das geschickt angelegte Netz seiner Beeinflussung geschaffen hat, und wie es diese Waffe zu handhaben weiß. Ohne dieselbe wäre die sogenannte öffentliche Meinung schwerlich zu dieser Höhe montirt worden; ich sage die sogenannte, denn das wirkliche Gros der Bevölkerung ist niemals für den

1859 Krieg gestimmt, wenn nicht die thatsächlichen Leiden schwerer
12. 5. Bedrückung es gereizt haben. Es ist so weit gekommen, daß kaum noch unter dem Mantel allgemein deutscher Gesinnung ein Preußisches Blatt sich zu Preußischem Patriotismus zu bekennen wagt. Die allgemeine Piepmeierei (verzeihen Eure Excellenz diesen so bezeichnenden Ausdruck)*) spielt dabei eine große Rolle, nicht minder die Zwanziger, die Oestreich zu diesem Zwecke niemals fehlen. Die meisten Correspondenten schreiben für ihren Lebensunterhalt, die meisten Blätter haben die Rentabilität zum Hauptzwecke, und an einigen unsrer Berliner und andrer Blätter vermag ein erfahrner Leser leicht zu erkennen, ob sie eine Subvention Oestreichs wiederum erhalten haben, sie bald erwarten, oder sie durch drohende Winke herbeiführen wollen. Die Kreuzzeitung thut gratis, was Koller**) irgend wünschen kann. Die andern combiniren ihre Richtungen nach den Rücksichten, welche sie theils auf die Subvention, theils auf das Abonnement zu nehmen haben.

Ich weiß nicht, ob wir nicht unsre offiziöse Einwirkung auf die Presse zu sehr eingeschränkt haben, und ich glaube, daß wir einen erheblichen Umschlag in die Stimmung bringen könnten, wenn wir gegen die Ueberhebungen unsrer deutschen Bundesgenossen, besonders Baierns, die Saite selbständiger Preußischer Politik in der Presse anschlügen. Vielleicht geschehn in Frankfurt Dinge, welche uns den vollsten Anlaß dazu bieten. Baiern kann seine 108000 M. (?) unmöglich lange demonstrativ auf den Beinen halten; das Münchner Cabinet wird seit dem Eintritt Schrenks, wenn dieser seiner Vergangenheit nicht untreu wird, sich viel entschiedener als bisher an Oestreich anschließen, und Pfordten***) wird das Be-

*) Piepmeier war in den vierziger Jahren der Typus für den charakterlosen Philister.

**) Oesterreichischer Gesandter in Berlin.

***) Der an Schrencks Stelle bayrischer Bundestagsgesandter geworden war.

dürfniß haben, die Augen der Welt auf die Berathungen der Bundesversammlung zu lenken. 1859 12. 5.

In diesen Eventualitäten kann sich, wie Eure Excellenz mir bereits in einer telegraphischen Depesche andeuteten, die Weisheit unsrer militärischen Vorsichtsmaßregeln noch nach andern Richtungen hin bethätigen und unsrer Haltung Nachdruck geben. Dann wird das Preußische Selbstgefühl einen ebenso lauten, und vielleicht folgenreicheren Ton geben, als das bundestägliche. Das Wort „Deutsch" für „Preußisch" möchte ich gern erst dann auf unsre Fahne geschrieben sehn, wenn wir enger und zweckmäßiger mit unsern übrigen Landsleuten verbunden wären, als bisher; es verliert von seinem Zauber, wenn man es schon jetzt, in Anwendung auf seinen bundestäglichen Nexus, abnützt.

Ich fürchte, daß Eure Excellenz mir in diesem brieflichen Streifzuge in das Gebiet meiner frühern Thätigkeit ein ne sutor ultra crepidam im Geiste zurufen; aber ich habe auch nicht gemeint, einen amtlichen Vortrag zu halten, sondern nur das Zeugniß eines Sachverständigen wider den Bund ablegen wollen. Ich sehe in unserm Bundesverhältniß ein Gebrechen Preußens, welches wir früher oder später ferro et igni werden heilen müssen, wenn wir nicht bei Zeiten in günstiger Jahreszeit eine Kur dagegen vornehmen. Wenn heut lediglich der Bund aufgehoben würde, ohne etwas andres an seine Stelle zu setzen, so glaube ich, daß schon auf Grund dieser negativen Errungenschaft sich bald bessre und natürlichere Beziehungen Preußens zu seinen deutschen Nachbarn ausbilden würden, als die bisherigen. Wenn wir zu ihnen analoge Verhältnisse hätten, wie Oestreich vermöge der jetzt angefochtenen Verträge sie zu den italiänischen Herzogthümern hatte, so läge mutatis mutandis schon darin ein großer Fortschritt für uns.

v. Bismarck.

144.

Bismarck an General Gustav v. Alvensleben.

Petersburg 14. Mai 59.

Lieber Alvensleben

1859 14. 5. Die anliegende Abschrift eines Briefes an Schleinitz hatte ich eigentlich für den Fürsten von Hohenzollern*) bestimmt; nachdem sie aber fertig war, wurde ich zweifelhaft, wie Se. Hoheit sich wohl im innersten Herzen zu diesen Dingen stellen mag, und ob er es nicht übel nimmt, wenn ich ihm eine Abschrift eines Briefes an seinen Collegen Schleinitz schicke, als ob ich den Herrn nicht so viel Intimität unter einander zutraute, daß sie sich von selbst einander mittheilen werden, was ihnen zu wissen frommt. Ich glaube auch, daß Schleinitz mein Schreiben Sr. K. H. dem Regenten nicht vorenthalten wird, obschon ich kaum hoffe, daß es dort goutirt wird. Wenn Sie Neigung und Gelegenheit haben, dem Prinzen den Funken Königlichen Ehrgeizes in diesem Sinne anzublasen, so möchte ich Sie bitten, den Inhalt der Anlage so zu benutzen, daß ich Ihnen in Form besondern Briefes dieselben Dinge wie an Schleinitz geschrieben, was ja doch nur auf Kopf und Schwanz ankommt, und auf den Irrthum, ob Sie schon die innere Excellenz auch äußerlich führen oder nicht. Es ist sonst immer ein Element von Mißtrauen und Verstimmung, wenn ich an Schleinitz schreibe, und gleichzeitig Ihnen Abschrift schicke, und der Prinz das etwa verlauten läßt.

Ich darf annehmen, daß meine Frau nun endlich das blutende Herz von Frankfurt losgerissen haben wird, und sich Ihres Wiedersehns in Berlin bereits erfreut hat. Ich hoffe sie im Juni oder July aus Pommern abholen zu dürfen, da ich

---

*) Karl Anton, Präsident des Staatsministeriums.

sie unter allen diesen der deutschen Sprache und Sitte unkundigen Völkerschaften nicht ihrem Schicksale überlassen kann. 1859 14. 5.

Leben Sie wohl und grüßen Sie die wenigen die es verdienen von Ihrem

treu ergebenen
v. Bismarck.

Aufschrift des Couverts:

An
den Königl. General-Major und Adjutanten
Sr. K. Hoheit des Prinzen Regenten
Herrn von Alvensleben
Hochwohlgeboren
Berlin
Leipziger Str. 41.

Auf der Rückseite des Couverts mit Bleistift von der Hand des Prinzregenten:

Während Ihrer Abwesenheit im Depeschen-Paket eingetroffen und von mir erbrochen.

W. P.R.

145.

Bismarck an Minister v. Schleinitz.

Petersburg 29. Mai 1859.

Eurer Excellenz

zeige ich mit Rücksicht auf den von mir geäußerten Wunsch, Petersburg auf 4 Tage verlassen zu dürfen, gehorsamst an, daß sich der Fürst Gortschakow am Mittwoch den 1 Juni auf 14 Tage nach Zarkoe Selo begiebt, um dort eine Cur zu gebrauchen, deren er in Folge wiederholter Halsleiden und Heiserkeiten bedarf. Er hat uns dabei den Wunsch ausgedrückt, während dieser Zeit nur in besonders dringenden Fällen geschäftlich aufgesucht zu werden. Es würde also ein Nachtheil 1859 29. 5.

1859 29. 5. für den Dienst durch meine kurze Abwesenheit um so weniger zu besorgen sein. Die Stadt fängt überhaupt bei der seit 8 Tagen anhaltenden Hitze an, sich mit überraschender Schnelligkeit zu entvölkern, und wir Diplomaten werden mehr und mehr auf den Umgang mit einander beschränkt, worin kein Fortschritt auf dem Gebiete geselliger Annehmlichkeit zu entdecken ist. Insbesondre sind die deutschen Collegen für mich ein chronisches Uebel, dessen Leiden mir soeben bei einer Berathung über das unter unsrer (Preußischen) Protection stehende deutsche Armenhaus wieder besonders anschaulich geworden sind, und über dessen ärztliche Behandlung ich noch nicht mit mir einig werden kann. Obschon ich ihnen, auf Grund von Frankfurter Antecedentien und Verläumdungen, keine persona grata bin, so machen sie doch den landsmannschaftlichen Anspruch, auf mich in Betreff politischer Mittheilungen angewiesen zu sein, weil sie den Fürsten Gortschakow fast niemals sehn, und er sich auf große Politik mit ihnen nur in den engsten amtlichen Grenzen einläßt. Die Dreistigkeit, mit welcher mir unter dieser Rubrik die indiscretesten Fragen à brûle-pourpoint gestellt werden, übersteigt jede Voraussicht eines wohlerzognen Politikers, und besonders entwickelt Graf Károlyi*) die rücksichtsloseste Entschlossenheit nach dieser Richtung hin, stets unter dem Vorwande unsres bundesfreundlichen Verhältnisses. Ich mag mich nun solchen Fragen gegenüber verhalten wie ich will, so entgehe ich doch niemals dem Mißbrauch meiner Antworten. Färbe ich meine Auslassung einigermaßen rücksichtsvoll für den Frager, d. h. im östreichisch-mittelstaatlichen Sinn, so höre ich schon am andern Tage von Gortschakow, daß ihm durch belgische, englische, griechische (der Fürst Soutzo ist ein Günstling des Ministers) Canäle zu Ohren gekommen ist, Preußen fange doch an, der Mehrheit seiner Bundesgenossen nachzugeben, da sogar

*) Oesterreichischer Gesandter in Petersburg.

ich der Gerechtigkeit ihrer Auffassungen zugänglich geworden sei. Weiche ich der Antwort aus, so heißt es, daß ich mich nur mit Russen, Franzosen und Engländern einlasse, gegen den deutschen Landsmann aber den boutonnirten Großmachts-Vertreter spiele. Vertrete ich ehrlich den Standpunkt unsrer Regirung, indem ich uns die Initiative in Deutschland gewahrt wissen will, und mich bemühe, Illusionen aufzuklären und leidenschaftlichen Hoffnungen keine Ermuthigung zu geben, so werde ich in den hiesigen deutschen Kreisen und in Berichten nach Hause als Bonapartist und Verschwörer gegen Deutschland angeklagt, mit allen den Uebertreibungen und Entstellungen, welche ich von Frankfurt her gewohnt bin, und welche seit 8 Jahren so oft ihren Ausdruck in Beschwerden über mich, bis in die fürstlichen Privat-Correspondenzen hinein, gefunden haben. Der Uebelstand ist, daß die Vertreter der kleinern Staaten nichts zu thun haben, oder sich doch für die Geschäfte, welche der Schutz ihrer Landsleute mit sich bringt, nicht interessiren, sondern auf Klatschereien hin große Politik treiben, wenn ihnen der geschäftliche Anhalt dazu fehlt. Graf Münster*) geht glücklicher Weise am Mittwoch fort. Er ist der Aufgeregteste, unter seiner Hülle niedersächsischen Phlegmas, und vermöge unsrer näheren persönlichen Bekanntschaft ist es für mich doppelt schwierig, auf die Fragen die er als „guter Freund" zur Discussion bringt, mich als Diplomat so auszusprechen, daß ich möglichst wenig Stoff zur Berichterstattung und zur Beschwerde gebe. Könneritz**) affichirt eine lebhafte Begeisterung für Preußen, schilt über Beust und über Oestreich und spricht, als ob er unter einem Ministerium Carlowitz fungirte. Montgelas***) ist in tiefster Verstimmung über die Entwerthung der östreichischen Papiere, und scheint sonderbarer Weise das Mittel, diesem abzuhelfen, in der Verall-

1859
29. 5.

*) Hannöverscher Gesandter in Petersburg.
**) Kgl. Sächsischer Gesandter in Petersburg.
***) Bayerischer Gesandter in Petersburg.

1859 29. 5. gemeinerung des Krieges zu erblicken. Auf meinen Wunsch, daß in Deutschland Sammlungen für unsern hiesigen Wohlthätigkeitsverein veranlaßt werden möchten, entgegnete er, daß in Baiern kein Kreuzer eingehn werde, weil alle reichen Leute am Rande des Ruins ständen; sein Schwiegervater (Seinsheim) habe seinen Etat von 6 Pferden auf 2 herabsetzen müssen, und der reiche Graf Schönborn sei in der peinlichsten Lage, da jedermann sein Vermögen in Metalliques angelegt habe. „Daher," setzte er noch hinzu, „kommt auch bei uns die zornige Stimmung gegen Napoleon."

Fürst Gortschakow hat mir heut einen Erlaß an Budberg über seine letzte Unterredung mit Károlyi vorgelesen, und bittet mich Eurer Excellenz zu schreiben, daß Budberg denselben auf Verlangen mittheilen dürfe; er stimmt mit dem Inhalt meines letzten Immediatberichtes.

Mit der ausgezeichnetsten Verehrung verharre ich

Eurer Excellenz

gehorsamster

v. Bismarck.

146.

Minister v. Schleinitz an Bismarck.

Berlin, d. 24. Juni 1859.

Eurer Hochwohlgeboren

1859 24. 6. empfinde ich das Bedürfniß endlich einmal meinen wärmsten Dank auszusprechen für die vielen und interessanten Privatmittheilungen, die Sie im Laufe der letzten Monate an mich haben richten wollen.

Ihr letzter umfassender Bericht über die längere Conversation mit dem Kaiser hat auf den Prinzen Regenten einen

sehr guten Eindruck gemacht. Auch mir ist es sehr erfreulich gewesen, daß man unsere Mobilmachung in Petersburg so ruhig, billig und verständig zu beurtheilen scheint. Für mich ist dabei die Betrachtung entscheidend gewesen, daß Preußen in Zeitläuften, wie die jetzigen, einer activen schlagfertigen Armee gar nicht entbehren kann, daß aber eine solche ohne ganze oder theilweise Mobilisirung überhaupt nicht besteht, und daß man daher zu dieser immerhin sehr lästigen und bedenklichen Maßregel schreiten muß, wenn nicht von Haus aus auf eine rasche und energische Action verzichtet werden soll. Was den Umfang der Aufstellungen betrifft, so hätte ich mich allerdings gern mit etwas wenigerem begnügt, denn die Schwierigkeit, so große Massen unbeschäftigt unter den Waffen zu halten, wird ohne Zweifel noch vielfach in störender, vielleicht gefährlicher Weise dem Gange einer bemessenen und leidenschaftslosen Politik in den Weg treten. Glücklicherweise ist der Kriegsfuror in Preußen beinahe gänzlich erloschen und im übrigen Deutschland doch auch im Abnehmen begriffen, und zu diesem letzteren Resultate hat unsere Mobilmachung, die den guten Leuten den Ernst der Lage vor Augen geführt, nicht unwesentlich beigetragen. In unseren maßgebenden Kreisen ist besonders seit einigen Tagen gleichfalls eine bei weitem ruhigere und objectivere Anschauung hervorgetreten, und so darf man an der Hoffnung festhalten, daß Preußen entweder sich ganz aus diesem Kriege fernhalten oder es doch mindestens vermeiden werde, sich in ganz kopfloser Weise und unter den ungünstigsten Constellationen hineinzustürzen. Wir werden in diesen Tagen in Petersburg und London Mittheilungen machen, die den ersten Anstoß zu einer Verständigung über eine gemeinschaftliche Friedens- und Vermittelungsbasis geben sollen. Sie werden dort hoffentlich befriedigen, da sie nichts präjudiziren und sich in Form und Inhalt von der Prätension eines Ultimatums oder eines endgültigen und unabänderlichen Entschlusses fern halten. Es ist wichtig,

1859
24. 6.

1859 24. 6. daß diese Schritte in Petersburg einer möglichst friedlichen und eingehenden Aufnahme begegnen, um dadurch unser Cabinet auf dem Standpunkt der Gemeinsamkeit mit den andern neutralen Mächten so lange als möglich festzuhalten. Gar zu lange darf die Ungewißheit freilich auch nicht dauern, denn das halten wir nicht aus; da ganz in der Kürze eine große Schlacht bevorzustehen scheint*), ist indeß auch zu hoffen, daß bald der Moment der friedlichen Intervention gekommen sein wird. Die Richtigkeit des von Ihnen selbst vielfach angedeuteten Factums, daß mancherlei gegen Ihre Person und gegen Ihre amtliche Wirksamkeit gerichtete Insinuationen hierher gelangt sind, vermag ich allerdings nicht in Abrede zu stellen, kann jedoch zugleich hinzufügen, daß es mir gelungen ist, mit Ihren Berichten in der Hand denselben mit Effekt entgegenzutreten. Wenn ich mir nichtsdestoweniger die Bitte gestatte, daß Euer Hochwohlgeboren Sich auch in Ihren außeramtlichen Gesprächen und Beziehungen möglichst dem Standpunkte Ihrer Regierung conformiren möchten, so ist diese Bitte vielleicht ganz überflüssig, allein der Wunsch, den Angriffen der Gegner nach keiner Seite hin eine Blöße darzubieten, hat mich dennoch vermocht, sie Ihnen auszusprechen.

Die militärische Deputation zur Einweihung des Denkmals für Kaiser Nicolaus wird in Petersburg erscheinen und mit ihnen der erst perhorrescirte, nun erbetene Münster**). Der Prinz-Regent ist auf diese Idee sehr bereitwillig eingegangen und freut sich im Grunde, daß auf diese Weise der ihm selbst sehr schmerzliche Mißton in den Beziehungen zu seinem kaiserlichen Neffen definitiv beseitigt wird.

Die Bewilligung des von Ihnen für nächsten Monat ge-

---

*) Sie wurde am selben Tage bei Solferino geschlagen.

**) Graf Hugo zu Münster, früher Militärbevollmächtigter in Petersburg.

wünschten Urlaubs wird, denke ich, keine Schwierigkeiten haben. Indessen, wer weiß, wo bis dahin die Welt steht. 1859 24. 6.

Mit aufrichtigster Hochachtung und Ergebenheit

ganz

Ihr

Schleinitz.

147.

Unterstaatssecretär v. Gruner an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

befinden Sich in diesem Augenblicke auf demjenigen Punkte, welcher für uns der bei Weitem wichtigste ist. Wir treiben hier nach dem Kriege hin, wenn nicht namentlich das Russische Cabinet uns in unsern Friedensbemühungen entschieden unterstützt. Die Depesche, welche eine allgemein gehaltene Anfrage ausspricht, befindet sich in Ihren Händen. Gewiß wird Ihr Einfluß und Ihre Thätigkeit ihr eine möglichst gute Aufnahme bereiten. — Hier sieht es sehr trübe aus — in Wien, wie es scheint, ganz trüb. Wir erwarten in diesen Tagen Goltz auf Urlaub. 1859 1. 7.

Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung und Ergebenheit

Berlin 1/7. 59. v. Gruner.

148.

Bismarck an Minister v. Schleinitz.

(Eigenhändiges Concept.)

Berlin 25. September 1859.

Eurer Excellenz

beehre ich mich verabredeter Maßen zu melden, was ich hier mit Budberg*) besprochen habe. Ich konnte aus seinen Aeuße- 1859 25. 9.

---

*) Damals russischer Gesandter in Berlin.

1859 25. 9. rungen schließen, daß die Frage, ob und wie die beiden allerhöchsten Herrn zusammentreffen könnten, schon Gegenstand der Erwägung und Mittheilung an Budberg gewesen ist und daß der Kaiser auf der einen Seite die Zusammenkunft lebhaft wünscht, während er auf der andern findet, daß sie nicht in unmittelbarer Nähe Sr. Majestät des Königs statthaben könne, so lange der Zustand des hohen Kranken von der Art sei, daß jeder Zutritt auch der äußern Form nach untersagt bleibe. Der Kaiser ist der Ansicht, daß es ebenso wie für sein eignes Gefühl auch auf die öffentliche Meinung von peinlicher Wirkung sein werde, wenn er sich am diesseitigen Hoflager zum Besuche einfinde, ohne einem so nahen Verwandten wie dem Könige in einem so schweren Leiden irgend einen unmittelbaren Beweis der Theilnahme geben zu können.

Nach meiner Auffassung der Gefühlsweise des Kaisers kann ich mir wohl denken, daß Budbergs Version einfach wahr ist, daß ein etwaiges Streben, die Zusammenkunft nach Warschau zu verlegen, keinen Antheil an seinen Aeußerungen gegen mich hat, wenn schon er andeutete, daß das Erscheinen des Kaisers Franz Joseph in Warschau nicht außer dem Bereiche der Möglichkeit läge. Jedenfalls habe ich ihm gesagt, daß ein neuer Besuch Sr. Königlichen Hoheit des Regenten in Warschau nach meiner persönlichen Auffassung den für uns wünschenswerthen Eindruck in der politischen Welt verfehlen werde. Er brachte darauf Breslau zur Sprache und fragte, ob dort wohl Truppen genug wären, um dem Kaiser eine Revue zu geben. Ich sagte, daß es mir des durchsichtigen Vorwandes, einige Regimenter zu sehn, gar nicht zu bedürfen scheine, sondern daß der frühere Besuch S. Königlichen Hoheit des Regenten, die verwandschaftlichen Beziehungen und die schwebenden politischen Fragen es gewiß vor aller Welt natürlich erscheinen ließen, wenn der Kaiser mit seinem Durchlauchtigen Oheim zusammenkäme. Budberg stimmte dem bei, wünschte es selbst lebhaft

und meinte nur, daß irgend eine vertrauliche Anregung, eine Andeutung, daß sein Besuch gern gesehn werden würde, etwa durch Loën *) dem Kaiser den Anstoß geben möchte, wenn er nach Preußen kommen sollte. Wäre der König in seinem leidenden Zustande nicht in der Residenz anwesend, so würde es, nach den Dispositionen des Kaisers nichts der Art bedürfen, um ihn nach Berlin zu führen; so aber scheine Breslau der einzige geeignete Ort.

1859 25. 9.

Der Fürst Gortschakow wird sich schon einige Tage vor dem Kaiser in Warschau einfinden. Wenn S. Königliche Hoheit es vielleicht für angemessen hält, daß ich mich zur Zeit der dortigen Ankunft des Kaisers an das dortige Hoflager begebe und eine Einladung nach Breslau vermittle, so würde ich um geneigten Befehl darüber bitten, damit ich meine Einrichtungen rechtzeitig treffen kann. Meine Ueberzeugung, daß die Entrevue überhaupt politisch von sehr günstigem Eindruck sein würde, kann ich nur gehorsamst wiederholen.

Mein Freund Unruh**) hat mich gestern hier aufgesucht; er sagt, daß die Antwort auf die Stettiner Adresse günstig gewirkt habe, und erzählte mir als Zeichen der Stimmung, daß der sonst sehr avancirte Democraten-Häuptling Metz aus Darmstadt in Fr(ankfurt) ausgerufen habe: lieber das schärfste Preußische Militärregiment als die kleinstaatliche Misere. Er hoffte in den Zeitungen bald eine diesseitige Antwort auf die östreichische Note an (den) H(erzog) von C(oburg)***) zu lesen,

*) Preußischer Militärbevollmächtigter in Petersburg.

**) Vgl. dazu die Erinnerungen von H. Victor von Unruh, herausg. von v. Poschinger, S. 194 ff. 207 ff.

***) Die Förderung, die Herzog Ernst von Coburg dem Gedanken der Gründung einer großen nationalen Partei (des „Nationalvereins") zu Theil werden ließ, hatte den Grafen Rechberg zum Erlaß einer Note an den Herzog von Coburg bestimmt, in der er gegen Ansichten Verwahrung einlegte, welche im Munde eines souveränen Fürsten ganz besonders tadelnswerth wären. Auch an die preußische Regierung hatte

1859 25. 9. in welcher wenigstens die Mangelhaftigkeit der Bundes-Verfassung anerkannt würde.

Ich gehe heut nach Reinfeld bei Zuckers in Pommern ab; für meine Reise mit Familie nach Petersburg wollte ich mir einen großen Diligence-Wagen auf die Gränze bestellen, wozu ich die Bestellung etwa 10 Tage vorher machen muß. Ich würde daher Eurer Excellenz sehr dankbar sein, wenn ich Weisungen, die auf Beschleunigung oder Verzögerung meiner Reise von Einfluß wären, nach Reinfeld zeitig zugeschickt erhielte.

v. Bismarck.

149.

Minister v. Schleinitz an Bismarck.

Baden d. 29. Sept. 1859.

Verehrter Freund,

1859 29. 9. die Art und Weise, wie Sie das Thema der Entrevue mit Herrn v. Budberg besprochen, ist in vollster Uebereinstimmung mit dem, was unser Allergnädigster Herr in dieser Beziehung denkt und wünscht. Zwar meint S. Königliche Hoheit, daß, da Niemand, selbst nicht die eignen Geschwister den kranken König sehen, auch der Kaiser von Rußland füglich dieselbe Position acceptiren könne und sich aus diesem Grunde von einem Besuche in Berlin nicht abhalten zu lassen brauche. Allein auch der Prinz ist der Ansicht, daß unter den obwaltenden Umständen eine Zusammenkunft an einem dritten Orte vielleicht vorzuziehen sei, und er erklärte sich mit Breslau vollkommen einverstanden. Ich werde nun entweder durch Loën, von dem weder der Prinz noch ich wissen, ob er den Kaiser auf seiner Reise begleitet oder nicht,

sich Rechberg gewendet, um über den Herzog Beschwerde zu führen, erhielt aber von dort eine ziemlich scharfe Antwort, vgl. Herzog Ernst, Aus meinem Leben II, 522 f.

oder durch Budberg den weitern Impuls geben, damit die Sache möglichst bald ins Reine komme. Da hiernach die Wahrscheinlichkeit dafür spricht, daß die Idee zur Ausführung kommen werde, und wenn dieß auch in der Eremitage*) nicht geschehen sollte, jedenfalls das Decorum zu verlangen scheint, daß Sie während der Anwesenheit des Kaisers in Warschau Sich dort einfinden, so scheint es mir das Zweckmäßigste zu sein, wenn Sie Ihrer Abreise nach Petersburg vorläufig noch Anstand geben, was hoffentlich mit nicht zu großen Nachtheilen und Unbequemlichkeiten hinsichtlich der Beschwerden der Uebersiedelung Ihrer Familie verbunden sein wird.

1859 29. 9.

Die Unruh'sche Mittheilung constatirt ein ebenso merkwürdiges als erfreuliches Factum. Den Wunsch wegen Veröffentlichung unserer Antwort in Sachen Oesterreich contra Coburg werden wir denke ich bald erfüllen können.

Zum Schlusse entledige ich mich der Aufträge zweier schönen Damen, indem ich Ihnen von Seiten Ihrer Majestät der Königin von Holland**) deren lebhaftes Bedauern auszudrücken habe, Sie wegen einer angeblichen Veränderung in Ihrer äußern Erscheinung hier auf der Promenade nicht sogleich, sondern erst ex post erkannt zu haben, während die Fürstin Obolenski mich ersucht hat, Ihnen zu sagen, wie sehr Sie ihr hier fehlen, wobei sie meiner Feder überläßt, Sie gleichzeitig in ihrem Namen mit einer Fülle von Liebenswürdigkeiten zu überschütten. Diesem erfreulichen Mandate mit Vergnügen, wenngleich wegen Mangels an Zeit und Raum nur summarisch entsprechend bin ich mit innigster Hochachtung

Ihr

treu ergebenster

Schleinitz.

---

*) Zu Warschau.

**) Sophie, Tochter des Königs Wilhelm I. von Württemberg.

150.

Minister v. Schleinitz an Bismarck.

Berlin den 31. December 1859.

Verehrter Freund,

1859 31. 12. Zu wie großer und aufrichtiger Freude es mir gereicht, daß nun Ihre Reconvalescenz*) als eine Wahrheit in des Wortes weitester Bedeutung betrachtet werden kann, brauche ich Ihnen nicht zu sagen. Diese Freude würde allerdings eine noch größere sein, wenn Ihre Gesundheit Ihnen schon jetzt oder in nächster Zukunft gestattet hätte, einen Posten wieder einzunehmen, auf welchem Sie gerade jetzt unentbehrlich und meiner Ueberzeugung nach durch Niemand auch nur in provisorischer Weise zu ersetzen sind. Indessen war der jetzige Zustand nicht mehr zu halten, theils der Sache wegen, theils gegenüber den wiederholten Andeutungen, die von Petersburg gekommen sind. Wir sind jetzt in der That, hinsichtlich unserer diplomatischen Vertretung beim Russischen Cabinet, auf dem vollständigsten Nullpunkt angelangt; daß dieß in einem Augenblicke, wo Oesterreich dem Grafen Thun**) carte blanche gegeben hat, auf jede Bedingung hin das alte Verhältniß mit Rußland wieder herzustellen und wo es demnach von höchster Wichtigkeit ist, diese Bestrebungen zu überwachen, die mit der persönlichen Stellung und der Zukunft des Fürsten Gortschakoff in so nahem Zusammenhange stehn, als ein durchaus unzulässiger Zustand bezeichnet werden muß, das, mein verehrter Freund, wird gewiß Niemand bereitwilliger anerkennen als Sie Selbst. Der Congreß ist seit der brochure de l'Empereur überhaupt wieder sehr zweifelhaft geworden, wenn indessen Gortschakoff vorläufig

*) Bismarck war Anfang November in Hohendorf an schwerer Lungenentzündung erkrankt, die ihn bis Anfang März 1860 dort festhielt.

**) Oesterreichischer Gesandter in Petersburg.

Petersburg auch nicht verlassen sollte, so würde doch wohl eine provisorische Anordnung nicht länger zu umgehen sein. Was die Candidaten betrifft, die hierbei in Erwägung kommen, so ist ihre Zahl sehr gering, von Werthern konnte bei den mir bekannten und von Ihnen hervorgehobenen Verhältnissen nicht die Rede sein. Harry Arnim wäre gewiß eine an sich sehr geeignete Persönlichkeit, allein, da er auch nur Legationssekretär ist, so konnte man ihn nicht ohne sanglante Verletzung dem 1. Sekretär und interimistischen Geschäftsträger in Petersburg*) vorsetzen, es sei denn, daß diesem gleichzeitig ein anderer Posten hätte gegeben werden können, was für den Augenblick unthunlich ist. Unter diesen Umständen erschien als die einzige geeignete und zugleich disponible Persönlichkeit Graf Perponcher, auf den die Wahl des Prinzen Regenten nun auch gefallen ist und der in außerordentlicher Mission nach Petersburg abgehen soll, was allerdings nicht vor Mitte künftigen Monats wird geschehen können, da er bis dahin durch seine Obliegenheiten am Hofe des Prinzen Friedrich Wilhelm hier festgehalten wird. Mein amtliches Schreiben vom heutigen Tage ist dazu bestimmt, Sie von dieser Allerhöchsten Entscheidung in Kenntniß zu setzen, die wie ich hoffe sich Ihrer Billigung zu erfreuen haben wird. Was die häuslichen und pecuniairen Arrangements betrifft, so werden auch diese gewiß sich in einer für Sie befriedigenden Weise erledigen lassen; was ich hierzu beitragen kann, wird sicherlich geschehen. Ich brauche nicht zu wiederholen, daß das vor allen Dingen sowohl für den Regenten als für mich maßgebende bei der Regulirung dieser Verhältnisse der Wunsch ist, die Bedürfnisse des Dienstes so viel als möglich mit den Rücksichten auf das, was Sie Selbst für räthlich halten, und insbesondere auch auf Ihre Gesundheit in Einklang zu bringen. Können Sie, wie es mir beinahe

1859
31. 12.

*) Prinz Croy.

1859 31. 12. wahrscheinlich, in den strengen Wintermonaten nicht nach Petersburg zurückkehren, so wird es uns sehr erwünscht sein, Sie wenigstens so bald als möglich hier zu sehn, und Ihr Anerbieten, dem Gros unserer ehrenwerthen Pairs die Fragen auswärtiger Politik in richtiger Beleuchtung vorzuführen, wird eventualiter dankbarlichst acceptirt.

Mit den besten Wünschen für einen möglichst rapiden Fortgang Ihrer Genesung und mit aufrichtigster Freundschaft

Ihr

treu ergebener

Schleinitz.

151.

Minister v. Schleinitz an Bismarck.

Baden-Baden 25. Juni 1860.

Verehrter Freund,

1860 25. 6. meinen schönsten Dank für die beiden interessanten Privatbriefe vom 9. und 14. d. M.*), die ich erst jetzt Muße finde zu beantworten, wenngleich auch hier der Muße nicht viel zu erübrigen ist.

Zuvörderst muß ich der Vermuthung entschieden entgegentreten, die Sie aus einigen Aeußerungen Gortschakoffs entnommen haben, wonach wir vor einigen Monaten dem dortigen Cabinet Eröffnungen gemacht hätten, welche als Aufforderungen zur Errichtung einer Coalition gegen Frankreich aufgenommen und ablehnend beantwortet seien. Wir haben uns vergeblich den Kopf zerbrochen, um herauszubringen, was hiermit gemeint sein könne, und der größeren Sicherheit wegen habe ich auch Perponcher noch vor dessen Abreise ad articulos über dies angebliche Conat vernommen. Auch er erinnert sich nicht, weder

*) Concepte nicht vorhanden.

etwas gesagt noch geschrieben zu haben, was nur im Aller- 1860 25. 6.
entferntesten zu der erwähnten Auslegung habe Veranlassung geben können. Und wenn die ganze Sache daher nicht auf einem Mißverständnisse von Ihrer oder von Gortschakoffs Seite beruht, so wäre noch zu ergründen, welche tiefere Absichten diesen poetischen Insinuationen zum Grunde liegen könnten. Das Referat über Ihre Audienz beim Kaiser macht einen erfreulichen und zugleich einen peinlichen Eindruck. Erfreulich, insofern als sich in allen Aeußerungen des Kaisers seine edle uneigennützige und Preußen freundliche Gesinnung wiederspiegelt. Peinlich, insofern der treffliche Herr sich abmüht uns für eine Idee zu gewinnen, der, wenigstens nach seiner eignen Auffassung, keine recht praktische Seite abzugewinnen ist. Er wünscht ein intimeres Verhältniß mit uns und Frankreich hauptsächlich aus dem Grunde, um den Kaiser Louis Napoleon durch die anständige Gesellschaft, in die man ihn auf diese Weise versetzt, von unanständigen Dingen abzuhalten. Damit können wir ganz einverstanden sein, und zu diesem Ende werden wir Rußland stets unsere aufrichtigste und eifrigste Mitwirkung gewähren. In derselben Absicht, die den Kaiser Alexander hierbei leitet, haben wir uns schon seit langer Zeit und unausgesetzt bemüht in möglichst freundschaftlichen und wohlwollenden Beziehungen mit unserm westlichen Nachbarn zu leben. In diesen Bemühungen werden wir auch ferner fortfahren, allein wird ein Verhältniß, das nicht einen mehr oder weniger exclusiven Charakter annimmt und nicht ganz specielle, die Zwecke Frankreichs fördernde Zwecke verfolgt, dem Imperator an der Seine auf die Länge genügen? Ich glaube es kaum, vermuthe vielmehr, daß wir durch eine vorzugsweise Intimität mit Frankreich nach und nach und ohne es zu wissen und zu wollen in die Sphäre seiner Politik hineingezogen werden würden. Wenn man die einzelnen jetzt vorliegenden politischen Fragen beobachtet, so leuchtet auf den ersten Blick

1860 25. 6. ein, daß keine einzige sich darunter befindet, in welcher Frankreichs Zwecke die unsrigen oder die unsrigen zugleich Frankreichs Zwecke wären. Derselbe Mangel an Uebereinstimmung scheint mir im wesentlichen auch zwischen der Russischen und Französischen Politik stattzufinden oder sollte wenigstens stattfinden. Denn auch Rußland kann an und für sich weder in der savoyischen noch in der italienischen Frage die Politik Frankreichs gutheißen, und wenn es sich ihr nicht lebhaft widersetzt, so geschieht es in der vielleicht sehr trügerischen Hoffnung, auf andern Gebieten, namentlich im Oriente wichtige Gegenleistungen für seine Complaisancen zu erkaufen. Die orientalische Frage wird Frankreich aber erst loslassen (poser), wenn es seinerseits den besten Handel damit machen zu können glaubt. Demnach würde die entente selbst zwischen Rußland und Frankreich auf sehr schwachen Füßen stehen, allein was sollten wir und gar noch als Dritter in diesem Bunde für eine Rolle spielen, wenn es nicht die des geprellten Alten wäre? Für uns giebt es kein Compensations-Object, da wir vorläufig den so äußerst patriotischen deutschen Bundesgenossen gegenüber nicht daran denken können, sie, wie Graf Ugolino es mit seinen Kindern machte, zu verspeisen in der wohlwollenden Absicht, ihnen einen Vater zu erhalten. Die Unmöglichkeit eines speciellen Bündnisses oder einer speciellen entente mit den Imperatoren des Ostens und des Westens schließt aber nicht aus, ich wiederhole es, daß wir mit beiden uns auf den freundschaftlichsten Fuß zu stellen suchen. Rußland gegenüber ist dies ja glücklicher Weise das natürliche und normale Verhältniß. Und Frankreich gegenüber wird, wie Fürst Gortschakoff ganz richtig sagt, für die nächste Zukunft die eben stattgehabte Entrevue*) ihre wohlthätige Wirkung hoffentlich nicht verfehlen. In Frankreich ist gerade, um diese Wirkung zu erreichen, das entsprechende mot

*) In Baden-Baden, 16. Juni 1860.

d'ordre nach allen Seiten hin gegeben; Presse und allerhöchste Umgebung wiederholen à l'envie den Ausdruck der kaiserlichen Befriedigung über eine vollständige Reussite des Badener Rendezvous. Aufmerksame Beobachter meinen, daß der Kaiser auf einen noch herzlicheren und wärmeren Empfang gerechnet habe, und daß ihn namentlich die an Kälte grenzende Indifferenz des deutschen Publikums um so unangenehmer berührt habe, als er sich bei seiner Reise vor 3 Jahren (nach Stuttgart) nicht über ähnliche Symptome der öffentlichen Stimmung zu beklagen gehabt habe. Allein n'importe, es ist ein parti pris, daß die Entrevue über alle Erwartungen reussirt und den Frieden wesentlich befestigt haben soll, und so wollen denn auch wir sie in diesem Sinne auszubeuten suchen. Für uns ist es jedenfalls sehr erfreulich, daß der Prinz-Regent bei dieser Veranlassung nach allen Seiten hin auf eine äußerst glänzende Weise abgeschlossen hat. Jedermann rühmt sein einfaches, natürliches, würdiges Benehmen dem Kaiser Napoleon gegenüber, dem er, wie wir aus Paris hören, sehr gefallen und imponirt hat. Aber auch auf die deutschen Fürsten hat sein männliches offenes und energisches Auftreten einen äußerst wohlthätigen Eindruck gemacht. Sie haben sich überzeugt, daß es ihnen nicht gelingen werde, ihn nach ihrer Pfeife tanzen zu lassen oder zu einer Systems-Aenderung zu bewegen, wozu verschiedene, wenn auch nur individuelle Anläufe gemacht worden sind. Mehr oder weniger sind alle diese Herren doch nicht blos in dem Lichte sondern auch in dem eignen Gefühle als Vasallen Preußens hier erschienen, und das ist jedenfalls ein erfreuliches und neues Symptom der Zeit. Wie sich die Sachen weiter entwickeln werden, hängt von mancherlei äußern Umständen, vor allem aber von der Gestaltung der großen politischen Verhältnisse ab. Was letztere und in specie den Orient betrifft, so sehe ich nicht ab, weshalb wir nicht in dieser für Rußland so wichtigen Frage die Russische Politik nach

1860 25. 6.

1860 25. 6. Kräften unterstützen sollten, das wird um so leichter und unverfänglicher sein, je mehr wir uns davon überzeugen, daß es sich in der That darum handelt, de rattacher et non pas de faire tomber la proie.

Mit aufrichtigster Freundschaft

Ihr
treu ergebener
Schleinitz.

152.

Minister v. Schleinitz an Bismarck.

Berlin den 3. August 1860.

Verehrter Freund,

1860 3. 8. Empfangen Sie meinen besten Dank für die wiederholten und interessanten Privat-Mittheilungen, die Sie mir in letzter Zeit haben zugehen lassen wollen, und versagen Sie mir nicht den General-Pardon für die Unterlassungssünden, die ich dadurch begehe, daß ich jetzt wie früher diese Mittheilungen nicht ebenso pünktlich und ausführlich beantworte, als sie mir gemacht wurden.

Mit der Teplitzer Zusammenkunft*) haben wir alle Ursache zufrieden zu sein. Es ist dadurch auf der einen Seite eine gewisse Beruhigung, das Gefühl einer größeren Sicherheit hervorgerufen worden, welches sich auch bereits in Handel und Wandel auf erfreuliche Weise bemerkbar macht, auf der andern Seite (Frankreich) wird dadurch die Ueberzeugung gefördert werden, daß eine übergreifende und aggressive Politik diesseits des Rheins und hoffentlich schon ein Stückchen jenseits desselben, doch einem ziemlich compacten und wohlorganisirten Widerstande begegnen würde. Das ist nicht blos für Deutschland selbst sehr wichtig, sondern auch in Beziehung auf die-

*) 26. Juli 1860.

jenigen kleineren Zwischenländer, die ihre natürliche Anlehnung an Deutschland finden, und die nur allzu leicht den Muth verlieren, wenn ihnen nach dieser Seite hin der Boden unter den Füßen weicht. Daß man auch in Petersburg unsern Intuitionen in Beziehung auf die Teplitzer Zusammenkunft volle Gerechtigkeit widerfahren läßt und die Gelegenheit benutzt hat, um sich in so wohlwollender Weise für uns auch dem Wiener Cabinet gegenüber auszusprechen, hat hier nur einen sehr guten Eindruck machen können, und verpflichtet uns namentlich gegen Fürst Gortschakoff zu einer Erkenntlichkeit, der ich Sie den entsprechenden Ausdruck zu geben bitte. Viel mehr als gute Vorsätze, mit denen bekanntlich der Weg zur Hölle gepflastert ist, ist bis jetzt freilich von Seiten des Oesterreichischen Cabinets nicht bemerkbar gewesen. Die Zukunft wird lehren, wie ernst es damit gemeint ist, und nach dem Maße dessen, was in dieser Hinsicht wirklich geschieht, werden wir unsere Gegenleistungen zu bemessen haben. — Nachdem Rußland seinen article additionel zu dem syrischen Traktat hat fallen lassen, wird die Unterzeichnung des letzteren wohl keinen Anstand mehr erleiden; wir unsererseits würden auch den Russischen Wünschen hierin gern gerecht geworden sein, und es scheint mir, daß die Engländer in ihrem Argwohn zu weit gegangen sind, wenn sie selbst die ziemlich inoffensive Fassung, wie sie zuletzt vorgeschlagen war, zurückweisen zu müssen glaubten. Da in Beziehung auf die orientalische Frage für uns und so lange wir an der Erhaltung des türkischen Reiches nicht verzweifeln, die Hauptsache immer die sein wird, den Charakter der Gemeinsamkeit und der Collectivität bei allen zu thuenden Schritten festzuhalten und gefährlichen Scissionen unter den Mächten entgegen zu arbeiten, so haben wir es nur mit großer Befriedigung aufnehmen können, daß Rußland, um das allgemeine Einverständniß nicht in Frage zu stellen, die gewünschte Clausel hat fallen lassen.

1860
8. 8.

1860 8. 8. Mein Circular-Erlaß wegen der Trennung der Materien, auch in den Immediatberichten, hatte wesentlich eine Erleichterung unserer Canzlei zum Zweck, da deren Kräfte zur Bewältigung der massenhaften Schreiberei kaum noch ausreichen. Die Schwierigkeiten, die eine solche Trennung oft darbieten mag, verkenne ich keineswegs, und es muß natürlich in dieser Beziehung der discretionären Beurtheilung jedes Missions-Chefs überlassen werden, in wie weit er in jedem einzelnen Falle die allgemeine Regel festhalten zu können glaubt. Wegen Abstellung der Mißbräuche, die mit dem Depeschenbeutel getrieben werden und auf die mich aufmerksam gemacht zu haben, ich Ihnen sehr dankbar bin, habe ich das Erforderliche angeordnet. Welche Bewandtniß es mit der die Fortsetzung der Werke Friedrichs II. enthaltenden Kiste hat, ist jetzt von mir aufgeklärt und Ihnen mitgetheilt worden. Nachdem aber einmal die Eröffnung an Gortschakow gemacht worden, bleibt nichts übrig, als sie in Erfüllung gehen zu lassen; indessen glaubt der Prinz, daß es genügt, wenn Sie im Auftrage S. Königlichen Hoheit das Geschenk mit einigen verbindlichen Worten an den prince-ministre begleiten. — Den Dank, den Sie mir dafür spenden, daß Ihnen Ihre letzte Gehalts-Rate ohne Abzug gezahlt worden ist, wünschte ich in noch höherem Grade verdienen zu können, als es in der That der Fall ist. Während meines Aufenthaltes in Baden war mir der Entwurf einer Verfügung an Sie vorgelegt worden, durch welche Ihnen die Herauszahlung einer sehr namhaften Summe aufgegeben wurde. Ich nahm Anstand, diese Verfügung zu zeichnen, da mir die ganze Sache doch einigermaßen zweifelhaft erschien, und ich mir eine nähere Prüfung vorbehalten wollte. Auf diese Weise schwebt die Sache noch, und ich werde mir demnächst nochmals einen gründlichen Vortrag über dieselbe halten lassen. Was ich irgend mit meinem Gewissen verträgliches zu einer für Sie möglichst befriedigenden Lösung thun kann, soll gewiß geschehen. Vielleicht

können Sie mich selbst sub rosa noch mit einigen Argumenten ausrüsten, die ich zu Ihren Gunsten geltend zu machen gern bereit bin. — Mit dem Säuerling Montgelas und seiner nicht minder säuerlichen Gattin haben wir allerdings keine beneidenswerthe Acquisition und jedenfalls gegen Bray einen sehr üblen Tausch gemacht. Es ist unbegreiflich, daß man in München solche Wahlen treffen kann, besonders in einem Augenblicke, wo man sehr preußenfreundlich thut, wenn man es auch vielleicht re vera nicht ist. 1860 3. 8.

In aufrichtigster Freundschaft herzlichst der Ihrige

Schleinitz.

153.

Bismarck an Fürst Gortschakow.

(Concept.)

Petersburg $\frac{\text{3. Sept.}}{\text{22. Aug.}}$ 1860.

Durchlauchtigster Fürst.

Endlich sind mir von Herrn von Olfers die Werke Friedrichs des Großen zugegangen, nachdem Seine Königliche Hoheit der Regent mir schon im Frühjahr in Berlin mündlich zugesagt hatte, daß die Sendung mir gleich nach meiner Abreise hierher folgen solle, um den Gesinnungen für Eure Durchlaucht einen Ausdruck allerhöchster Bestätigung zu verleihn, als deren bereitwilligen und aufrichtigen Vertreter Sie mich seit Jahren kennen. 1860 3. 9.

Ein Mißverständniß hatte mich schon vor einigen Wochen in einer mit Supplementen des für Se. Majestät bestimmten Exemplars gefüllten Kiste das Eurer Durchlaucht zugedachte Exemplar vermuthen lassen, welches ich hierbei zu überreichen mich beehre.

Genehmigen Eure Durchlaucht den Ausdruck unwandelbarer Verehrung.

(gez.) v. Bismarck.

154.

Minister v. Schleinitz an Bismarck.

Berlin, den 21. September 1860.

Verehrter Freund,

1860 21. 9. Die verschiedenen in der Form von Privatbriefen Ihrerseits in letzter Zeit an mich gerichteten Mittheilungen sind mir, ohne Zweifel in ununterbrochener Vollständigkeit, während meines ländlichen Aufenthalts in Thüringen, wo es mir zwar nicht an Zeit, aber wohl an sicherer Gelegenheit und an Stoff gebrach, um sie in angemessener Weise zu beantworten, zugegangen. Seit zwei Tagen in die Residenz zurückgekehrt, habe ich zunächst eine solche Masse angesammelten Stoffes in Form bisher retinirter diplomatischer Conversationen und geschriebener Aktenstücke vorgefunden, daß ich mich auch heute nur auf wenige Zeilen beschränken muß, die zunächst den Zweck haben, Ihnen für Ihre interessante Correspondenz meinen Dank auszusprechen und Ihnen die vorläufige Mittheilung zu machen, daß es mir, zwar nicht ohne harte Kämpfe, aber dennoch gelungen ist, den über Ihrem Haupte schwebenden Gehaltsabzug glücklich abzuwenden.

Der eigenhändige Brief des Regenten, der Ihnen heute zugeht, um durch Ihre Vermittelung dem Kaiser zugestellt zu werden, hat den Zweck, einigermaßen vorbauend die Richtung zu bezeichnen, die unser allergnädigster Herr bisher in seinen Zusammenkünften festgehalten hat, und die er auch bei dem Warschauer Rendezvous nicht zu verlassen wünscht. Ob dies ganz mit des Kaisers und des Fürsten Gortschakoff Absichten stimmt, die vielleicht bei ihnen selbst noch nicht ganz feststehen und über die jedenfalls für uns noch ein gewisses Dunkel schwebt, wird erwartet werden müssen. Es versteht sich von selbst, daß die Warschauer Zusammenkunft für uns vor allen Dingen den Charakter einer gegen England gerichteten Demonstration nicht

machen darf, eine Gefahr, die bei den von Fürst Gortschakoff wiederholt betonten continentalen Interessen vielleicht zu absichtlich angedeutet ist, um auf einen tiefer gehenden Plan des Russischen Cabinets in dieser Beziehung schließen zu lassen. Jedenfalls haben wir auf unserer Hut zu sein, selbst wenn Frankreich in Warschau nicht eben in Person, was mir indessen gar nicht außer dem Bereich der Möglichkeit zu liegen scheint, sondern nur durch seinen Geist vertreten sein sollte. — Gestern ist Ihr Telegramm wegen der Abberufung des Gesandten aus Turin richtig hier eingetroffen. Budberg hatte mir kurz vorher schon von der Sache gesprochen. Wir sind übereingekommen, die angekündigte motivirte Mittheilung, die nicht vor nächstem Dienstag hier sein kann, abzuwarten. Prima facie scheint mir die Sache doch große Bedenken zu haben. Das was sich zwischen Piemont und Rom unter unsern Augen begiebt, ist zwar der Art, daß Hugo Grotius, Pufendorf, Vatel und der selige Wheaton*) Einiges dazu zu sagen haben würden, allein es ist im Grunde doch nur eine neue kaum vermehrte und verstärkte Auflage dessen, was in Beziehung auf Toscana, die Herzogthümer, die Romagna und neuerdings Neapel als landläufige Münze piemontesischer Politik in Curs gesetzt worden ist, ohne daß die Mitglieder des Europäischen Areopags auch nur bis zur Höhe eines bescheidenen Protestes sich erhoben hätten. Die Abberufung auf Grund eines ganz analogen Verhaltens gegen Rom würde mir daher ein logischer Hiatus zu sein scheinen, der um so bedenklicher wäre, als er in einen nicht wünschenswerthen Causal-Nexus mit dem französischen Beispiel gebracht werden könnte, das gerade in diesem Falle nachzuahmen sich aus mancherlei Gründen kaum empfehlen dürfte. Doch das und Anderes sind nur vorläufige Eindrücke, und bevor wir uns definitiv entschließen, wird jedenfalls die russische Mittheilung abzuwarten sein.

1860
21. 9.

*) Autoritäten in Sachen des Völkerrechts.

1860
21. 9.

Die Großfürstin Helene, die mich heute empfangen und mit einer längeren Unterredung beehrt hat, wird übermorgen Abend nach Petersburg abreisen, zu derselben Zeit begiebt sich der Prinz-Regent zum Empfange der Königin Victoria nach Aachen.

Mit aufrichtigster Freundschaft

ganz Ihr

Schleinitz.

155.

Unterstaatssecretär v. Gruner an Bismarck.

Verehrtester Herr v. Bismarck!

1860
28. 9.

So eben erhalten wir eine Nachricht von größter Unannehmlichkeit. Vor 8 Tagen sollte ein Feldjäger mit dem Russischen Schiffe an Sie abgehen. Von Seiten der Englischen Gesandtschaft ward uns darauf die Nachricht, der Englische Gesandte in Petersburg reise mit diesem Schiffe nach Petersburg zurück, und wir könnten diese sichere Gelegenheit benutzen. Darauf wurde diejenige Expedition nach der Englischen Gesandtschaft gesendet, welche Sie mit diesem Briefe empfangen. Während wir Sie längst im Besitze dieser Expedition und vor Allem des Schreibens Sr. Königlichen Hoheit des Regenten an S. Majestät den Kaiser Alexander glaubten, geht diesen Augenblick uns die Expedition wieder zu. Der Depeschenbeutel der Englischen Gesandtschaft war in Stettin geblieben, ist eben erst von dort zurückgekommen und einem unserer Kanzleidiener, der zufällig gerade auf der Englischen Gesandtschaft war, ist sofort auch unsere darin befindliche Expedition mitgegeben worden. Es ist keine Zeit zu verlieren; die Expedition muß fort, und ich eile nur, Ihnen (neben ein Paar amtlichen Zeilen) diese Worte der Erklärung zu schreiben, um Sie in den Stand zu setzen,

die verspätete Ueberreichung des Schreibens an den Kaiser zu erklären und zu entschuldigen. 1860 28. 9.

Sobald wir genau den thatsächlichen Zusammenhang ermittelt haben, telegraphiren wir, wenn sich noch ein neuer Erklärungsgrund ergeben sollte.

Ich muß schließen, damit die Sachen nicht zu spät fortkommen.

Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung und Ergebenheit
Berlin 28/9. (1860). Gruner.
Freitag Abend.

156.

Prinz Karl von Preußen an Bismarck.

Soeben erhalte ich eine Einladung zum heutigen Diner bei Michail Nikolagewitsch; sogleich schickte ich zu meinem Bruder*) um übereinzukommen dasselbe absagen zu lassen, worauf er mir wissen läßt: das ginge nicht, indem heute en famille der Geburtstag eines kleinen Großfürsten dort gefeiert werden soll, und er habe bei Ihnen, verehrter Bismarck, bereits absagen lassen. 1860 18. 11.

Unter diesen Umständen muß ich mich auch dazu entschließen, so schwer es mir auch wird!

Der jüngere Bruder hätte wohl erst mein assentiment einholen können, ehe er sich zur Absage entschloß, das thut er aber nie.

Ich bitte um Erlaubniß zwischen 12 und 1 Uhr Ihnen und Ihrer Frau Gemahlin persönlich meine Entschuldigungen wiederholen zu dürfen.

Freundlichst
Carl Prinz v. Preußen.

Sonntag Morgen
9 Uhr
6./18. 11. 60.

---

*) Prinz Albrecht.

157.

Fürst Karl Anton zu Hohenzollern an Bismarck.

Euer Excellenz

1860 22. 11. ersuche ich ergebenst, Beigeschlossenes an seine Bestimmung gefälligst befördern lassen zu wollen. Es enthält eine auf meine Veranlassung geschriebene kunsthistorische Abhandlung, worin der Beweis zu führen versucht wird, daß Raphael auch auf dem Gebiet der Kupferstecher-Kunst thätig gewesen sei. Dem Verfasser Prof. Andreas Müller zu Düsseldorf habe ich meine Vermittlung zugesagt, und die Zusendung an die Academie der Künste ist lediglich eine Aufmerksamkeit des Verfassers, zu welcher ihn das Novum seiner Entdeckung berechtigen dürfte.

Hier Alles still und in voller Arbeit für den kommenden Landtagskampf. Die äußere Lage der Verhältnisse wird der innern zu Hilfe kommen müssen — denn wir haben viel Geld gebraucht und werden noch vieles brauchen, um die Armee-Reform zur Wahrheit zu machen. Die Gemeinsamkeit der Ueberzeugung von der Nothwendigkeit dieser Reform wird hoffentlich dem Ministerium jene Lust und compakte Einheit verleihen, welche für Durchführung dieser Lebensfrage nöthig ist.

Eurer Excellenz stetes Wohlergehen von Herzen wünschend, verbleibe ich hochachtungsvollst und ergebenst

Berlin 22. Novbr. 60. Fürst zu Hohenzollern.

158.

Minister v. Schleinitz an Bismarck.

Berlin den 30. Novbr. 1860.

Verehrter Freund,

1860 30. 11. Der Feldjäger, den ich Ihnen heute schicke, bringt Alles zu Ihren Händen, was sich etwa in neuerer Zeit an interessantem

und mittheilbarem Stoff hier angesammelt hat. Von großer Wichtigkeit ist es aber nicht. Die in Ihrem letzten politischen Berichte (durch General Hopfgarten überbracht) erwähnte Russische Mittheilung ist mir durch Budberg vorgestern gemacht worden, und ich habe mich sowohl aus deren Tenor als aus den mündlichen Aeußerungen des Gesandten überzeugt, daß es dem dortigen Cabinet erwünscht sein wird, wenn wir uns auch unsrerseits gegenwärtig über den Gegenstand der Warschauer Besprechungen*) mit dem französischen Hofe in direktes Einvernehmen setzen. Demgemäß wird Pourtalès**) alsbald mit entsprechender Instruction versehen werden, obgleich ich mir von diesen Pourparlers kein übermäßig glänzendes Resultat verspreche. Indessen muß man par acquit de conscience doch das Seinige thun, um es des lieben Friedens willen auch ferner nicht an den entsprechenden coups d'olivier dans l'eau fehlen zu lassen. Seit gestern ist hier im Publikum das Gerücht stark akkreditirt, daß Oesterreich ernstlich damit umgehe, sich in der Rolle des Kaufmanns von Venedig zu versuchen, wäre das richtig, woran ich vorläufig mir zu zweifeln erlaube, so würden wir von dieser Seite vorläufig aller Nöthe überhoben sein. Daß es in Oesterreich trotz der Oktroyirung vom 20. Oktober schlimm aussieht, und comparativ vielleicht schlimmer als vorher, ist nicht zu verkennen, und ich habe das Gefühl, daß eine Catastrophe, wenn auch zunächst nur eine finanzielle, nicht mehr Monate, vielleicht kaum Wochen auf sich warten lassen wird. — Die liberalen Anwandlungen des Kaisers der Franzosen unterliegen mannigfacher Deutung, ich glaube, daß doch zunächst nur eine Stärkung gegen die in letzter Zeit nicht unbedeutend gewachsene katholische Bewegung bezweckt ist, für ganz unbedeutend halte ich die Zugeständnisse jedenfalls nicht und glaube, daß sie im Großen und Ganzen für eine friedlichere und weniger remuante Politik

1860
30. 11.

*) 21.—26. October.
**) Gesandter in Paris.

1860 30. 11. einige Chancen gewähren dürften. Gewährt man erst den Franzosen das Recht zu schwatzen, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß sie sich mit der Zeit in Freiheit und Opposition hineinräsonniren, und das kann gegen gewisse Tendenzen ein heilsames Gegengewicht abgeben. — In Warschau scheint man, nach den Aeußerungen Kisselews, den Regenten so verstanden zu haben, als habe S. Königliche Hoheit sich anheischig gemacht, die diplomatischen Beziehungen mit Sardinien abzubrechen, sobald die neuen Annexionen thatsächlich vollzogen sein würden. Dies ist indeß, wie ich des Prinzen Aeußerungen aufgefaßt habe, nicht der Fall, Allerhöchst Derselbe hat für diesen Fall nur eine neue Erwägung der Frage in Aussicht gestellt; und allerdings kann diese nicht ausbleiben, wenn, wie zu erwarten, wir demnächst, d. h. wahrscheinlich, nachdem der Ausspruch des italiänischen Parlaments erfolgt sein wird, offiziell von der Bildung des neuen Königreichs Italien in Kenntniß gesetzt werden. Ob man sich dann zur Abberufung entschließen wird, will ich dahin gestellt sein lassen, daß jetzt dazu kein geeigneter Moment wäre, ist mir aber nicht zweifelhaft, obgleich Bayern (!?) jetzt mit dieser Maßregel vorgehen wird und uns dringend aufgefordert hat, uns diesem Beispiele anzuschließen. Budberg scheint mir übrigens auch nicht mehr sehr lebhaft für den diplomatischen Bruch zu plaidiren und im Stillen der Ansicht zu sein, daß wir im Grunde nicht übel gethan haben, seinem früheren Drängen nicht nachzugeben. Der für den Augenblick hier Alles in den Hintergrund drängende topic ist die scandalöse Schwarck-Stieber'sche Angelegenheit*). An die tendenziösen Enthüllungen knüpft sich ein ebenso tendenziöses Entrüstungs- und Wuth-Geheul, und wenn die Sache an sich, bei näherer Betrachtung auch zu ziemlich winzigen Proportionen zusammenschrumpft, so

*) Im Proceß Schwarck-Stieber handelte es sich um einen Fall von Beamtenbestechung durch Annahme von Geschenken Seitens des Polizei-Assessors Stieber.

wird sie doch unfehlbar als Waffe in den Händen der Antagonisten Preußens besonders im übrigen Deutschland nur allzugute und willkommene Dienste leisten. 1860 30. 11.

Mit aufrichtiger Freundschaft

Ihr

treu ergebener

Schleinitz.

159.

Minister v. Schleinitz an Bismarck.

Berlin 25. Dezember 1860.

Verehrter Freund

Ich höre so eben, daß Ihr Feldjäger in Gumbinnen angelangt ist und habe beschlossen, ihn sogleich nach Petersburg zurückkehren zu lassen, um einige auf sichre Beförderung harrende Pièces Ihnen nicht länger vorzuenthalten. Es bezieht sich dies insbesondre auf die Schriftstücke, welche die Warschauer Besprechungen und die vier Punkte zum Gegenstand haben. In der Antwort auf die Thouvenelsche Depesche an Montebello*) beschränken wir uns darauf Akt zu nehmen von dem, was sie Acceptables enthält, d. h. von der Zusicherung, daß militärische Maßregeln zum Schutze deutschen Gebiets und auf deutschem Gebiete von Frankreich nicht als eine Verletzung der Neutralität in dem eventuellen Oesterreichisch-Italiänischen Kriege werden betrachtet werden. Daß wir indessen durch diese Akt-Nahme der Haltung Deutschlands für den Fall eines solchen Krieges nicht präjudiziren wollen und können, habe ich gleichzeitig anzudeuten für nöthig gefunden. Die Haltung Deutschlands wird aber meiner Ansicht nach wesentlich nur davon abhängen, was es 1860 25. 12.

*) Napoléon Auguste, Herzog von Montebello, war französischer Gesandter in Petersburg, Thouvenel Minister des Auswärtigen.

1860 25. 12. ohne Ueberschätzung seiner Kräfte thun kann, um Venetien bei Oesterreich zu erhalten, denn daß Deutschland bei der Erhaltung dieses Oesterreichisch-Italiänischen Besitzthums nicht blos aus Gründen militärischer Sicherheit sondern auch wegen der unausbleiblichen Folgen der Lostrennung wesentlich betheiligt ist, darüber bin ich immer weniger zweifelhaft. Die strategischen Vortheile des berühmten Festungsvierecks sind im Interesse Deutschlands nach dem Urtheil aller Sachverständigen durch keine andre Combination auch nur annähernd zu ersetzen. Außerdem ist nicht abzusehen, weshalb die italiänische Nationalitätsbewegung die Oesterreichische Grenze ungestraft überschreiten und die deutschen respektiren sollte, da diese Landestheile an sich schließlich eben so entschieden Italiänisch sind als Venetien nur irgend sein kann. Daß gegen solche Ueberschreitung durch Verträge, Garantien und wie sonst dergleichen papierne Bürgschaften heißen mögen, keine irgend wie beruhigende Gewähr geleistet werden kann, das sollte nach allem, was sich unter unseren Augen zuträgt und nach den heillosen Principien, zu denen selbst Großmächte sich ungescheut bekennen, wohl jedermann einleuchten. Endlich aber, und das ist die Hauptsache, handelt es sich um eine revolutionäre Bewegung, die unter der Devise der Nationalität lediglich für die Firma des kaiserlichen Frankreichs operirt und die es sich zur Aufgabe gestellt hat, alle Deutschland feindlichen Völker und Völkerchen in Aufruhr zu bringen, um alsdann, wenn dies Unternehmen gelungen sein, wenn uns nach Osten hin vom Adriatischen bis zum Baltischen Meere ein Gürtel trennender und hostiler Elemente umgeben wird, am Rheine ganz gemächlich im Trüben zu fischen. Durch die Lostrennung von Venetien wird die Revolution nicht geschlossen werden, sondern einen neuen und gefährlichen Durchbruch erhalten. Das sollte sich vor allen Dingen auch Rußland gesagt sein lassen. Ihre günstigen Erwartungen von dem künftigen einheitlichen Königreich Italien

vermag ich nicht zu theilen. Ich will zugeben, daß es unter Umständen wohl einmal unser Alliirter wird sein können, glaube aber, daß wir es viel constanter in den Reihen unsrer Gegner, namentlich im Gefolge Frankreichs als unter der Zahl unserer Freunde erblicken werden. Dazu kommt, daß es uns wirklich als Verbündeter, und zwar nach keiner Seite hin, beim besten Willen erhebliche Dienste nicht würde leisten können, während es als Gegner im Verein mit Andern sehr unbequem, ja sogar gefährlich werden kann. Wir können deshalb unmöglich, wie es England wünscht, im Sinne des Verkaufs von Venetien auf Oestreich drücken oder ihm auch nur eine Proposition machen, die wenn sie uns gemacht würde, uns veranlassen müßte, den Proponenten aus der Thür zu werfen. Daß Preußen keinen Beruf hat, außerhalb des eignen Landes den Champion und resp. den Don Quixote der Legitimität zu machen, darüber bin ich mit Ihnen ganz einverstanden. Das hindert aber nicht, daß wir der Revolution da, wo sie unser Macht- und unser Interessen-Gebiet überschreitet, doch mit allen Mitteln entgegentreten sollten. Ob und wie weit wir dies in Italien thun werden, ist wie gesagt, weniger eine politische als eine militärische Frage, und das Unglück der Situation ist, daß bei dem dermaligen Zustande Oestreichs kein Mensch zu sagen im Stande ist, ob überhaupt und in welchem Grade auf diese Macht bei einem allgemeinen tohu bohu noch zu rechnen ist.

1860 25. 12.

Die uns gestern durch Ihre Vermittelung zugegangene Nachricht von dem Tode Minutoli's*) ist mir, da er jedenfalls ein Opfer seines Diensteifers, wenn auch eines übertriebenen geworden, sehr schmerzlich. Für seine zahlreiche Familie und seine alte 82jährige Mutter ist es ein schwerer Schlag.

Verzeihen Sie, verehrter Freund, die Flüchtigkeit und

---

*) Ehemaliger Polizeipräsident von Berlin, damals preußischer Gesandter in Teheran; er starb am 5. Nov. auf einer Reise durch das südliche Persien.

1860
25. 12.

Mangelhaftigkeit der gegenwärtigen Zeilen, denen ich nur noch die besten Wünsche für Ihr Wohlergehen, auch in dem bevorstehenden neuen Jahre, und in der gegenwärtigen, für Sie wahrscheinlich weniger als für Ihre Kinder erfreulichen Weihnachtszeit hinzufügen will.

Mit aufrichtiger Freundschaft

Ihr

treu ergebener

Schleinitz.

Dem schönsten Danke für die durch Prinz Croy überbrachte Caviar-Sendung sehe ich mich im Hinblick auf Schwarck-Stieber veranlaßt die Verwahrung anzuschließen, daß Wiederholungen solcher Wohlthat nur unter Beifügung der betreffenden Factura, deren Betrag in der nächsten Liquidation aufzunehmen und von mir einzuziehen wäre, auf ein aufrichtiges, durch Gewissensbisse nicht getrübtes Eljen meines Magens würden zu rechnen haben.

160.

Graf Nesselrode*) an Bismarck.

1860
30. 12.

Herzlichen Dank werthgeschätzter HErr von Bismarck für den Pommerschen Vogel. Ich nehme ihn mit desto mehr Vergnügen an, als ich ihn als einen Repreſentanten der alten echt Pommerschen Gesinnungen betrachte. Gänse spicken ist nach meiner Meinung nützlicher als in Kammern hochtrabende liberale Reden zu halten.

Noch eine Bitte hätte ich an Sie, nehmlich dem Staatssecretär Reutern eine Unterredung zu gewähren. Er ist Mitglied des Accise-Comités, und wünscht sich bei Ihnen über

*) Früherer russ. Reichskanzler.

diesen für Rußland so wichtigen Gegenstand zu belehren. Würden Sie wohl so gefällig sein, ihm einen Tag und eine Stunde zu bestimmen, wo er sich bei Ihnen melden könnte.

1860
30. 12.

Ihr
treuergebener
Gr. Nesselrode.

Sonntag den 18/30. Dec^{r} (1860).

161.

Bismarck an Großfürst Constantin.

(Concept.)

Petersbourg $\frac{6\ \text{Fevr.}}{25\ \text{Jan.}}$ 61.

Monseigneur

j'ose m'écarter des procédés réguliers à adresser immédiatement à Votre Altesse Impériale ces lignes destinées à porter à Sa connaissance le désir d'un sujet prussien d'être admis à l'honneur d'une audience, pour soumettre à l'auguste appréciation de Votre Altesse Impériale les résultats des observations qu'il a été à même de faire pendant un séjour de 5 ans à N...*) sur l'Amour. C'est le s(ieur) Aug. Luhdorf, négociant d'Elberfeld qui, en passant par St. Pétersbourg pour visiter sa patrie, vient de solliciter la faveur d'être admis en présence de Votre Altesse Impériale. Il loge hôtel Kaiser, W. O. 13 ligne. L'intérêt constant que prend Votre Altesse Impériale à protéger les établissements maritimes de la Sibérie orientale et à en développer la prospérité, m'encourage à ne pas refuser mon entremise dans des circonstances où elle se trouve dénuée de

1861
6. 2.

*) ? Sehr undeutlich geschrieben; wahrscheinlich Abkürzung für Nikolajewsk, worauf auch die Erwähnung der établissements maritimes de la Sibérie orientale hinweist.

1861 6. 2. toute attribution officielle et où l'indulgence de Votre Altesse Impériale seul peut la rendre admissible. Daignez agréer etc.

Bismarck.

162.

Minister v. Schleinitz an Bismarck.

Berlin, den 14. Februar 1861.

Verehrter Freund

1861 14. 2. — — — Hoffentlich legt man dem Amendement Vincke*) in Rußland keine ungehörige, d. h. über die vier Wände des Abgeordnetenhauses hinausreichende Tragweite bei. Der König hat in seiner Antwort auf die Adresse, welche re vera noch etwas schärfer lautete, als es in den Zeitungen gedruckt zu lesen ist, darüber auch keinen Zweifel gelassen. Der Lazarus-Orden wäre für den westphälischen Freiherrn eine ganz angemessene Belohnung, die ihm von Herzen zu gönnen wäre. — In der Holsteinschen Sache theile ich vollständig Ihre Ansicht und habe mich in den Commissionsverhandlungen ganz in diesem Sinne anfangs gegen eine widerspenstige Majorität, schließlich jedoch unter allgemeiner Zustimmung ausgesprochen. Im Plenum war die Temperatur für die ganze Sache so kühl, daß es mir mit Rücksicht auf die dänischen Rodomontaden nicht geeignet schien, noch mehr kaltes Wasser in diesen lauwarmen Kessel zu gießen, während ich mich auf der andern Seite auch nicht für berufen halten konnte, die ministerielle Kriegsfackel zu schwingen. Unter diesen Umständen schien mein Schweigen mehr als je Gold zu sein. In der öffentlichen Meinung haben unsere Abgeordneten durch die vierwöchentlichen Geburtswehen

*) Der Abg. v. Vincke-Hagen hatte in die Adresse des Abgeordnetenhauses einen Passus einfügen lassen, des Inhalts, daß die Consolidirung Italiens eine europäische Nothwendigkeit sei.

der Adresse und das schließliche Resultat derselben, welches Niemandes wahre Meinung ausdrückt, eben nicht gewonnen. Die Oesterreichisch-Russische Botschafter-Frage scheint doch allmählig ihrer Verwirklichung näher zu rücken. Nach allem, was ich über Stackelberg höre, würden wir uns zu dieser Wahl Glück wünschen können.

1861
14. 2.

Das Publikum ist hier seit einiger Zeit sehr friedensselig und ein naher Ausbruch dürfte allerdings auch kaum zu befürchten sein. Ob den Piemontesen aber jetzt, nachdem Gaëta capitulirt hat*), der Kamm nicht schwillt und das Friedensprogramm über den Haufen geworfen werden wird, muß dahin gestellt bleiben. In Paris soll man über die angeblich kriegerischen Reden des Königs anfangs einigen Kummer bezeigt, scheint sich aber jetzt über die Allerhöchsten Absichten vollständig beruhigt zu haben.

In aufrichtigster Freundschaft und Hochachtung

Ihr

treu ergebener

Schleinitz.

163.

Minister v. Schleinitz an Bismarck.

Berlin, d. 5. März 1861.

Verehrter Freund,

Prinz Croy kehrt heute nach Petersburg zurück, um wieder als eine der festen Säulen der dortigen Gesandtschaft einzutreten, und ich hoffe, daß es Ihnen dann mit Hinzurechnung des neuen Attaché's an den nöthigen Arbeitskräften nicht fehlen wird. Croy hat mir anvertraut, daß er sich in Paris mit der Tochter des Herzogs Delorge verlobt habe, daß diese Ver-

1861
5. 3.

*) 13. Februar 1861.

1861 5. 3. lobung aber vorläufig noch nicht publicirt werden soll. Ob er damit umgeht, diese Matrimonial-Velleitäten bald zu realisiren, weiß ich nicht und hoffe in casu quod sic, daß die K. Mission zu St. Petersburg dadurch einen neuen ornamentalen Zuwachs erhalten wird. — Die Warschauer Angelegenheit*) ist nicht schön und hat hier begreiflicher Weise keinen sehr guten Eindruck gemacht. Es ist dabei eine Mischung von Mangel an Voraussicht und Schwäche hervorgetreten, die für ernstere Schwierigkeiten nichts Gutes zu prognosticiren scheint. Eine Adresse wie die an den Kaiser abgesandte ist gleichfalls ein in Rußland sehr bedeutungsvolles Novum. In Oesterreich gehn die Dinge schlecht, und wie man um den Conflikt mit Ungarn herumkommen will, ist mir nicht recht klar. Ungarn will nur Personal-Union und die Oesterreichische Regierung kann diesem Verlangen nicht nachgeben, ohne damit aus der Reihe der großen Mächte auszuscheiden. Entspinnt sich aber ein Kampf in und um Ungarn, so wird auch derjenige um Italien nicht ausbleiben. Abgesehen von dem, was außerdem und anderwärts noch geschehen kann, scheinen mir also die Aspecten für den Sommer keineswegs durchaus harmlose zu sein. In der syrischen Sache kommt es im Grunde darauf an, sich über einen Termin der Verlängerung der Occupation zu vereinigen, der pour tout délai von allen Betheiligten acceptirt werden kann. Wenn Aussicht auf Erfolg sich zeigt, entschließen wir uns vielleicht, einen solchen Vermittlungsvorschlag zu machen. Die Dänen haben dem erneuten Andrängen Europas, vor allen Dingen nun das Provisorium zu ordnen und zu diesem Ende namentlich das Budget den Holsteinischen Ständen vorzulegen, bis jetzt nicht nachgeben zu können geglaubt. Sie scheinen den Zeitpunkt für günstig zu halten, um ein ihren Wünschen entsprechendes Definitivum durchzusetzen. Es ist recht gut, daß

*) In Warschau war es am 25. und 27. Februar zu Conflikten gekommen, bei denen das russische Militär mit den Waffen eingreifen mußte.

Europa sich bei dieser Gelegenheit überzeugt, daß eine Verständigung mit Dänemark nicht gerade zu den leichten Aufgaben gehört. — Ob, was unsere innern Angelegenheiten anlangt, die beiden Cardinal-Punkte der Session, Grundsteuer und Militairbudget, durchgehen werden, ist noch zweifelhaft und scheint von Umständen abzuhängen, die noch außer aller Berechnung liegen. — Morgen wird die Gaeta-Ceremonie mit großem Pomp gefeiert, es ist gut, daß England dazu Veranlassung giebt, sonst würde des Geschreies und Gespöttes von Seiten der Liberalen kein Ende sein. 1861 5. 3.

Mit aufrichtigster Freundschaft

Ihr herzlich ergebener

Schleinitz.

164.

Minister v. Schleinitz an Bismarck.

Berlin den 21. Juni 1861.

Mein lieber Bismarck.

Je mehr alte Unterlassungssünden ich gegen Sie auf dem Gewissen habe, um so mehr Werth lege ich darauf, mir nicht noch eine neue aufzubürden, und beeile mich daher, Ihnen auf Ihre freundlichen Zeilen vom 15. d. M.*) eine Erwiederung zugehen zu lassen. Ich begreife vollkommen die vielfachen und wohlbegründeten Motive, die es Ihnen wünschenswerth machen, Ihrer nordischen Residenz für eine Zeitlang den Rücken zu kehren, und werde dieselben daher sofort zur Kenntniß S. Majestät des Königs bringen und auf das Wirksamste befürworten. Die Stellvertretungsfrage wird sich hoffentlich auf eine befriedigende Weise erledigen lassen. Croy hat sich zwar trotz der Krankheit 1861 21. 6.

*) Concept nicht vorhanden.

1861 21. 6. seines Vaters mit patriotischer Hingebung zu sofortiger Rückkehr nach Petersburg bereit erklärt, falls dies erforderlich sein sollte, ich habe mich jedoch bemüht, diesen edlen Eifer in möglichst schonender Weise abzukühlen, wie Sie dies aus dem Ihnen abschriftlich mitgetheilten Erlaß an den westphälischen Ritter de Lorge ersehen haben werden. Ich hoffe auch, daß Schlözer für ein nicht zu langes Interimisticum vollkommen genügt und daß daher neben den landüblichen Stellvertretungskosten Ihnen keine weiteren Opfer aus Ihrer urlaubsweisen Abwesenheit erwachsen werden. — Die afrikanische Temperatur, unter der wir seufzen, herrscht hier augenblicklich nicht blos in der äußern Natur vor, sondern weht sciroccoartig auch in den gouvernementalen Regionen, innerhalb welcher sich demzufolge entschiedene Symptome zunehmender Schwäche und bevorstehender Auflösung zu erkennen geben. Doch betrifft dies lediglich Interna, auf die mir nicht gestattet ist hier näher einzugehen.

In der auswärtigen Politik geht es dagegen augenblicklich nicht eben stürmisch zu. Nur der langjährige Krebsschaden unserer Politik, die vermaledeite Schleswig-Holstein-Lauenburgsche Frage macht uns mit Recht Sorge und periodischen Kopfschmerz. Die Ihnen bekannte Idee, durch die der Hallschen Depesche vom 22. März entsprechende Erklärung*) wegen

*) Nach dem Vorschlage des Ministers v. Schleinitz sollte Dänemark um die ihm von Bundeswegen drohende Execution herumkommen, indem es in der Bundesversammlung oder an die Cabinette von Berlin und Wien die Erklärung abgab: daß für das laufende Finanzjahr der Zuschuß des Herzogthums Holstein aus seinen besonderen Einnahmen zum gemeinschaftlichen Budget der Monarchie vorläufig auf die Quote Holsteins an derjenigen Summe eingeschränkt werde, die in dem Normalbudget vom 28. Februar 1856 als der von den einzelnen Landestheilen aus den besonderen Einnahmen derselben zu leistende Gesammtzuschuß aufgeführt sei. — Dänemark gab diese Erklärung unter Vorbehalt seines Rechts auf nachträgliche Erhöhung des Beitrags am 29. Juli ab, Staatsarchiv, herausg. von Aegidi u. Klauhold I, No. 60 S. 171 f.

des Budgets vorläufig um die Klippe der Execution wegzukommen, scheint doch in Copenhagen auf einige Schwierigkeit zu stoßen. Man glaubt dort offenbar, vielleicht nicht mit Unrecht, daß der Augenblick zu einer Unterhandlung über das Definitivum unter den Auspicien der Europäischen Mächte im dänischen Interesse ein günstiger ist, und bringt daher den Incident-Punkt, um den es sich pro tempore doch ausschließlich handelt, mit der Regulirung des Definitivums in eine untrennbare und völlig ungerechtfertigte, ja wie mir scheint, unmögliche Verbindung. Leider wird das dänische Cabinet in diesem Bestreben wesentlich durch England unterstützt, das gleichfalls auf die definitive Regulirung auf dem Wege Europäischer Conferenzen wahrhaft versessen ist. Auch in Petersburg scheint man sich für das Zustandekommen der uns mißliebigen Conferenzen lebhaft zu interessiren, was vielleicht zum Theil dem Feuereifer des Herrn v. Mohrenheim*) zuzuschreiben ist, der, wie mir vorkommt, sich an diesen Conferenzen die Sporen verdienen möchte. Wie wir um die fatale Execution wegkommen wollen, falls Dänemark auf die ihm suppeditirte Idee überhaupt nicht oder nicht in einer acceptablen Weise eingeht, ist mir zwar nicht deutlich, indessen bin ich überzeugt, daß jedenfalls vor Ausführung der Execution eine zunächst diplomatische Intervention der Europäischen Mächte derselben ein unübersteigliches Hinderniß zu bereiten suchen wird. Ich bin zwar ganz damit einverstanden, daß wir den Europäischen Conferenzen möglichst entgegenzuarbeiten haben werden, allein ich gestehe, daß ich für meine Person deren Zustandekommen nicht als so absolut nachtheilig und unannehmbar betrachten kann, als dies ziemlich allseitig geschieht. Weigern wir uns ganz unbedingt auf solche Conferenzen einzugehen, so sind wir offenbar der Gefahr ausgesetzt, daß die andern Mächte sich um so leichter

1861
21. 6.

*) Russischer Gesandter in Kopenhagen.

1861 21. 6. hinter unserm Rücken nicht blos ohne uns sondern gegen uns verständigen. Etwas Schlimmeres könnte auch das Ergebniß einer Conferenz kaum sein.

Die Huldigungsfrage bildet nach wie vor eine große Schwierigkeit, da die Meinung S. Majestät des Königs und der Mehrzahl seiner Räthe über den der Feier zu gebenden Inhalt von einander abweicht. Wie dem indessen sei — so viel läßt sich wohl schon jetzt mit Sicherheit sagen, daß der Akt der Huldigung nicht vor dem Herbst (Anfang October) wird stattfinden können. Ihr Wunsch, Sich dabei, sei es als getreuer Vasall sei es als Staatsbürger, zu betheiligen wird Sie indeß wie ich hoffe nicht abhalten, Ihren Urlaubsgedanken schon früher Folge zu geben.

Der König beabsichtigt, wenn die Lage der Geschäfte es erlaubt, Ende dieses oder Anfangs des nächsten Monats von hier abzureisen, ohne Zweifel zunächst nach Baden, wo S. Majestät Kissinger Brunnen zu trinken beabsichtigt. Sobald Ihnen Allerhöchsten Orts der Urlaub bewilligt ist, werde ich Sie telegraphisch davon benachrichtigen, um Ihnen die Möglichkeit zu gewähren in kürzester Frist Petersburg zu verlassen. Schließlich will ich Ihnen noch für Ihre wiederholten Privat-Mittheilungen im Laufe des verwichenen Frühjahrs meinen wärmsten Dank sagen, was freilich längst hätte geschehen sollen. Sie haben durch die darin enthaltenen zahlreichen und interessanten Notizen und die ihnen beigegebene humoristische Würze nicht blos mir, sondern auch unserm Allergnädigsten Herrn, dem ich mich für ermächtigt gehalten habe, auch von dem Inhalt Ihrer Privat-Correspondenz Mittheilung zu machen, inmitten einer schwülen und schweren Zeit hin und wieder ein heiteres Intermezzo vorgeführt, für das wir stets ebenso empfänglich als erkenntlich gewesen sind.

Mit aufrichtiger Freundschaft

herzlich der Ihrige

Schleinitz.

165.
Bismarck an die Fürstin Menchikoff.

Samedi. (Spätherbst 1861?)

Madame

une indisposition un peu plus grave qu'à l'ordinaire, m'empêche de franchir même la petite distance qui nous sépare et de Vous demander verbalement, si Vous avez encore à Votre disposition l'exemplaire du Statut organique*) que feu l'Empereur avait eu l'intention d'octroyer au Royaume de Pologne, et que j'ai vu chez Vous il y a quelques semaines. Comme il paraît que cette pièce, après avoir été ensevelie dans les cartons pendant près de trente ans, est destinée à une résurrection au moins partielle, je Vous serais infiniment obligé, si Vous vouliez me la prêter pour un quart d'heure en cas que Vous la tenez encore.

1861 (Herbst)

La dernière fois que je Vous ai emprunté un livre à Bade, c'était l'analyse d'une plaie imaginaire au coeur d'un égoiste; aujourd'hui je Vous demande la recette du cataplasme qu'un coeur trop peu égoiste se propose d'appliquer sur une plaie réelle mais incurable.

J'implore Votre pardon, Madame, si Vous me trouvez voisin importun, et je Vous prie d'agréer l'expression de mon dévouement le plus sincère.

v. Bismarck.

166.
Fürstin Menchikoff an Bismarck.

Je suis au désespoir de ne pouvoir pas Vous envoyer le petit volume en question, il était à mon beau-père, qui est parti ce matin pour Moscou. Cependant je vais tâcher de

1861 (Herbst)

*) Vom 14./26. Februar 1832.

1861 (Herbst) Vous l'obtenir ailleurs, puisque cela Vous intéresse; mais je crains que les concessions accordées n'arrivent trop tard aujourd'hui; elles étaient rien moins que libérales.

Mille compliments affectueux; je suis bien fâchée de Vous savoir souffrant.

Psse. Menchikoff.

167.

Minister Graf v. Bernstorff an Bismarck.

Telegraphische Depesche.

Berlin, 17. März 1862.

1862 17. 3. Se. Majestät haben Eure Excellenz zu andern diplomatischen Functionen bestimmt. Im Allerhöchsten Auftrage ersuche ich Sie, Ihre Vorbereitungen so zu treffen, daß Sie Petersburg verlassen und sich hierher begeben können, sobald Ihnen Ihr Abberufungsschreiben zugeht, welches Seiner Majestät sogleich zur Vollziehung vorgelegt und Ihnen zugesandt werden wird. Zu Ihrem Nachfolger ist Graf Goltz bestimmt, und wollen Sie anfragen.

v. Bernstorff.

168.

Bismarck an Minister v. Bernstorff.

Telegramm.

Petersburg 22 März 1862.

1862 22. 3. Fürst Gortschakow war im Auftrage des Kaisers bei mir, um die Glückwünsche Sr. Majestät für des Königs Majestät zu überbringen und mich zur Tafel einzuladen. Gleichzeitig

bitte Eure Excellenz, die allerunterthänigsten Glückwünsche der Gesandschaft Sr. Majestät zu Füßen zu legen. Bei Hof Tafel zur Feier des Tages. 1862 22. 3.

Telegramm vom 17 dankbar erhalten, und bin nunmehr bereit, zu reisen, sobald (ich) nach Eingang des Abberufungsschreibens die Abschieds-Audienzen gehabt haben werde.

v. Bismarck.

169.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Rhede von Marseille, an Bord der engl. Yacht J. M. der Königinn „Osborne“ 21/10 62.

Ich sage Ihnen meinen verbindlichen Dank für das Schreiben, welches ich heute durch den Major von Schweinitz erhielt*). 1862 21. 10.

Möge es Ihnen gelingen, wie Sie es mir ausdrücken, in der gegenwärtigen schwierigen Lage des Verfassungslebens unseres Landes die von Ihnen selbst bezeichnete, dringend nothwendige Verständigung mit der Landes-Vertretung herbeizuführen.

Mit gespannter Aufmerksamkeit folge ich dem Gange der Dinge bei uns, und werde es Ihnen sehr danken, wenn Sie mich von dem ferneren Verlaufe der Berathungen im Schooße des Staats-Ministeriums wie auch von den Verhältnissen der auswärtigen Angelegenheiten unterrichten lassen wollen.

Ich verbleibe

Ihr

ergebener

Friedrich Wilhelm KP.

---

*) Concept nicht vorhanden.

170.

Flügeladjutant v. Schweinitz an Bismarck.

Geehrter Herr v. Bismarck!

1862 10. 11. Se. Königliche Hoheit der Kronprinz trägt mir auf, Ihnen für Ihre Mittheilungen per Feldjäger zu danken und Ihnen zu sagen, daß er im Augenblick keine Zeit habe, Ihnen zu antworten, fernere Briefe ihm aber erwünscht sein würden. Ich bemerkte Sr. Königlichen Hoheit, daß es gar nicht Ihre Absicht sei, ihn zu einer politischen Korrespondenz zu nöthigen, sondern daß Sie es nur für nothwendig erachteten, daß er im Zusammenhang mit den Vorgängen bliebe. Der Prinz sagte dann noch, ich möge Ihnen schreiben, daß er Ihnen seine hier empfangenen Eindrücke mündlich mittheilen werde.

Nachdem ich mich hiermit des hohen Auftrages entledigt, erlaube ich mir Folgendes vertraulich hinzuzufügen:

Der Kronprinz, gewöhnt von seinen Onkels ꝛc. besonders aber von den höchsten Dienern des verstorbenen Königs ignorirt oder geringschätzend behandelt zu werden, ist empfänglich für die Ihm zukommenden Aufmerksamkeiten; Ihr erstes Schreiben, welches ich überbrachte, und mehr noch die Sendung eines Couriers haben den Prinzen angenehm berührt.

Daß Se. Majestät nicht nach England gereist sind*), wie es Sein Wunsch war, giebt man an Bord der Osborne Ihnen Schuld; die Frau Kronprinzessin bedauerte es lebhaft.

Hier in Neapel hat der Prinz nichts von dem angenommen, was ihm von Seiten des Gouvernements angeboten wurde; nur als die Herrschaften den Vesuv besteigen wollten, theilte ich es dem General Lamarmora mit und stellte ihm anheim, einige Sicherheitsmaßregeln zu treffen: er ließ einige Com-

*) Zum Besuch der Weltausstellung.

pagnien Bersaglieri eine Felddienstübung bis an den Krater machen. Gestern Abend war der General zum Diner an Bord, und heute werden ihm beide Prinzen*) einen Besuch machen. 1862 10. 11.

Mit den Ihnen bekannten Gesinnungen bin ich

Ihr

aufrichtig ergebener

Neapel, 10. 11. 62. v. Schweinitz.

171.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

21./12. 62.

Auf Ihre gestrige Anfrage erwiedere ich, daß ich nach wie vor den üblichen Anzeigen der anberaumten Staatsministerial-Sitzungen entgegensehe; nur wünsche ich in den Fällen, daß vertrauliche oder besonders wichtige Fragen zur Erörterung kommen, eine besondere Anzeige zu erhalten. 1862 21. 12.

Der heutigen Sitzung beizuwohnen, bin ich durch mehrere bereits anberaumte Audienzen verhindert. Ihr ergebener

Friedrich Wilhelm KP.

172.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Die Ordens-Vorschläge-Berathungen kenne ich aus früherer Erfahrung als geeignet „an den Wänden zu kratzen" wegen Mangel an Interesse!! Ich komme also nicht. 1862 27. 12.

27/12. 62 Friedrich Wilhelm, KP.

---

*) D. h. der Kronprinz und der Prinz v. Wales.

173.

Freiherr v. Vincke-Olbendorff an König Wilhelm.

Allerdurchlauchtigster Großmächtigster König!
Allergnädigster König und Herr!

1862 31. 12. Eure Königliche Majestät wollen allergnädigst geruhen, in gewohnter Weise wie seit 20 Jahren, meine allerunterthänigsten, innigsten Glückwünsche beim Wechsel des Jahres entgegen zu nehmen. Möge Gott Eure Majestät segnen und stets in seinen gnädigen Schutz nehmen! Dieses ist das aufrichtige inbrünstige Gebet eines Eurer Majestät bis in den Tod treu ergebenen Dieners und Unterthans.

Mit schwererem Herzen als je sehe ich in die Zukunft. Eure Königliche Majestät wage ich nicht weiter mit meinen Ansichten zu belästigen, weil ich doch wahrscheinlich die allerhöchste Zustimmung nicht finden würde. Nur eines kann ich nicht unterlassen auszusprechen, weil es meinerseits eine Untreue gegen Eure Majestät sein würde, wenn ich es hier verschwiege: ich fürchte, Eure Majestät sind über die Stimmung des bei weitem größten Theiles des Volkes getäuscht. Das Volk hängt treu an Eurer Majestät, aber es hält auch fest an dem Recht, welches ihm der Artikel 99 der Verfassung unzweideutig gewährt. Möge Gott die unglücklichen Folgen eines großen Mißverständnisses in Gnaden abwenden.

In tiefster Ehrfurcht und unerschütterlicher Treue ersterbend
Eurer Königlichen Majestät

allerunterthänigster

Olbendorf b. Grottkau den 31. Dezember 1862.

Frhrr. v. Vincke
Oberstlieutenant a. D.*)

---

*) Die Antwort des Königs s. G. u. E. I, 303 f.

174.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Unter meinen Papieren von der Reise her aufbewahrt, und erst jetzt bei dem Ordnen herausgenommen. 1863 11. 1.

11/1 63.

Friedrich Wilhelm KP.*)

175.

Minister v. d. Heydt an Bismarck.

Eure Excellenz

gestatten mir wohl ein ganz vertrauliches Wort in persönlicher Sache. 1863 24. 1.

Am Tage meiner Entlassung hatten Eure Excellenz die Güte, ohne irgend eine Anregung von meiner Seite aus eigner Bewegung in wohlwollendster Weise zu bemerken, ein Minister, der 14 Jahre zu Allerhöchster Zufriedenheit gedient, werde sicher nicht ohne ein öffentliches Zeichen Allerhöchster Anerkennung entlassen werden. Auch späterhin nahmen Eure Excellenz mehrmals Veranlassung, wieder ohne Anregung von meiner Seite, eine öffentliche Anerkennung in Aussicht zu stellen, indem Sie das letzte Mal beifügten, die Ausführung der Allerhöchsten Intention sei nur für den Fall verschoben, daß ein Wieder-Eintritt ins Ministerium unmittelbar erfolge, was nun aber nicht Platz greife. Als Eure Excellenz am Entlassungstage mich frugen, welche Auszeichnung mir am liebsten sein würde, erlaubte ich mir mit schuldiger Offenheit zu sagen, daß diejenige,

---

*) Als Anlage ist das in Bd. I, S. 33 veröffentlichte Concept des Telegramms vom 29. October 1862 beigefügt.

1863 24. 1. welche mir vor der Krönung schon durch Herrn v. Auerswald angeblich im Allerhöchsten Auftrag angekündigt war, der Stern zum Hohenzollernorden, mir sehr werth sein würde.

Alles dies ist Eurer Excellenz wohl bei Ihren anderweiten ernsteren Geschäften entfallen.

Wenn nun außer Herrn v. Manteuffel, der, weil er gegen seinen Willen entlassen wurde, jede Anerkennung ablehnte und außer Einigen, die bei ihrer Entlassung durch dauernde gute Stellen sich verbesserten, meines Wissens kein Minister ohne eine öffentliche Anerkennung entlassen worden ist, wenn ich zudem weder Pension noch Wartegeld beziehe, so darf ich ohne Unbescheidenheit diese ganz ergebensten Zeilen mir wohl vertrauensvoll für den Fall gestatten, daß nicht etwa absichtlich die Ausführung der Allerhöchsten Intention unterblieben ist. Jedenfalls rechne ich zuversichtlich auf eine geneigte discrete Benutzung dieser Zeilen, die ich an Ew. Excellenz in der That nicht richten würde, wenn Sie mir nicht bei meinem Austritt so gütig und wohlwollend entgegengekommen wären.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Berlin 24. Jan. 1863. von der Heydt *).

176.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

1863 24. 2. Einige Tage früher und über Carlsruhe nach England reisend, wollte ich nur bemerken, daß ich morgen früh abgehe.

Sollten Sie wünschen, irgend etwas Besonderes mir für England ad hoc zufertigen zu lassen oder sonst wie papierliche Sendungen wünschen, so reist mein Adjutant Oberstlieutenant

---

*) Vgl. Bd. I, S. 45 No. 30.

v. Obernitz am Sonntag Abend ab und kann also Ihnen zu Diensten stehen, da er mich unterwegs trifft. 1863 24. 2.

Auf Wiedersehen nach dem 10. März.

Ihr ergebenster

$\frac{24}{2}$ 63. Friedrich Wilhelm KP.

177.

Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm.

Berlin 25 Februar 1863
schon abgereist *).

Eurer Königlichen Hoheit

sage ich meinen ehrfurchtsvollen Dank für das mir so eben zugehende gnädige Schreiben vom gestrigen Tage, und werde ich am Sonntag den Oberst-Lieutenant von Obernitz um Mitnahme von Depeschen für Graf Bernstorff bitten. 1863 25. 2.

Zugleich erlaube ich mir die unterthänigste Anfrage, ob Eure Königliche Hoheit befehlen, daß ich Höchstdenselben vor der Abreise über die augenblickliche Sachlage Vortrag halte, wozu ich die Stunde alsdann gnädigst zu bestimmen bitte. Was ich schriftlich vorlegen kann, enthält das unterthänigst beigefügte Concept einer gestern Abend an Graf Goltz abgegangenen Depesche, von der ich leider eine Reinschrift im Augenblick nicht besitze. Eure Königliche Hoheit wollen daher das Aeußere der Anlage mit Nachsicht beurtheilen.

In tiefer Ehrfurcht verharre ich

Eurer Königlichen Hoheit

unterthänigster

v. Bismarck.

---

*) Nachträglich darunter bemerkt.

178.

Oberpräsident Senfft von Pilsach an Bismarck.

Euer Excellenz

1868 9. 5. bitte ich um Erlaubniß, den anliegenden Bericht an das Königliche Staatsministerium mit diesem Schreiben zu begleiten. Dasselbe ist bestimmt, einen integrirenden Theil jenes Berichts abzugeben, und ich richte es nur deshalb persönlich und vertraulich an Euer Excellenz, damit es nicht dem gewöhnlichen Gange durch die Bureaus verfalle.

Zur Sache selbst bemerke ich Folgendes. Wie es scheint, ist von der Fortschrittspartei ausgesprengt worden, daß Seine Königliche Hoheit der Kronprinz derselben zugethan sei. Soviel steht jedenfalls fest, daß Letzteres in weiten Kreisen geglaubt wird und daß ebendeshalb alle Bemühungen der Staatsregierung auf diese Kreise wieder Einfluß zu gewinnen, naturgemäß fehlschlagen. Nicht nur von dem geringen Volke, sondern auch von gebildeten Männern wird die Ermahnung: treu zu Seiner Majestät dem Könige und zu Allerhöchstdessen Regierung zu halten, — öfter mit der Entgegnung zurückgewiesen, daß des Königs Majestät bereits alt sei, des Kronprinzen Königliche Hoheit aber, sobald Höchstderselbe zur Regierung komme, ein democratisches Ministerium berufen werde; man dürfe es daher mit der Fortschrittspartei nicht verderben.

Sollen nun die großen Gefahren beseitigt werden, die das Vaterland umlagern, so ist die Ausrottung jenes verderblichen Vorurtheils unbedingt erforderlich. Es kommt also darauf an, daß des Kronprinzen Königliche Hoheit Sein völliges Einverständniß mit den politischen Principien des Königs in irgend einer Weise entschieden und öffentlich ausspreche. Auch insofern erscheint dies dringend geboten, als dadurch den Gefahren eines erneuten Attentats entgegen gearbeitet wird, die das theure

Leben Seiner Majestät des Königs so ernst bedrohen. Dem Königlichen Staatsministerio stelle ich daher gehorsamst anheim: des Kronprinzen Königliche Hoheit um den Erlaß einer solchen Erklärung zu bitten. 1863 9. 5.

In Ehrerbietung beharre ich

Euer Excellenz

ganz gehorsamer Diener

Stettin 9. Mai 1863. Senfft v. Pilsach.

179.

Minister v. der Heydt an Bismarck.

Eure Excellenz erlauben mir wohl, Ihnen zu den jüngsten leider gebotenen Maaßnahmen*) meinen theilnehmenden Glückwunsch auszusprechen. Eine kräftige Handhabung der Autorität erscheint jetzt als das erste Erforderniß, dem alle andern Rücksichten unterzuordnen sind. 1863 7. 6.

Um so bedauerlicher und störender ist der wohl nur aus mißlichen Eingebungen hervorgegangene Vorfall in Danzig. Wenn je, so muß jetzt ein König im eigenen Hause Herr sein, und daß es so sei, darf Keinem zweifelhaft sein. Nach meinem Dafürhalten müßte die Inspektions-Reise kurz abgeschnitten, es müßten Duncker und Brunnemann durch Königliche Ordre ihrer Stellung sofort enthoben, und Sr. Königlichen Hoheit jede offizielle Aeußerung über Politik durch Ordre untersagt werden, insofern sie den Zweck hätte, einen Tadel gegen die Maaßnahmen der Regierung anzudeuten. Ich halte dies für eine nicht zu verschiebende unerläßliche Nothwendigkeit.

---

*) Preßverordnungen vom 1. Juni 1863.

1863 7. 6. Wenn nur nirgends geschwankt, wird die gehoffte Wirkung um so schneller eintreten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Euer Excellenz

ganz ergebenster

Berlin 7. Juni 1863. v. d. Heydt.

180.

Kriegsminister v. Roon an Bismarck.

1863 11. 6. Der König hat mir sehr eingehend und ausführlich von der Kronprinzlichen Frage gesprochen, mir auch mitgetheilt, was er dem Kronprinzen durch Hauptmann v. Loucadou geantwortet, nämlich Verzeihung und Belehrung in väterlicher Weise, aber kein Wort davon, daß S. Königliche Hoheit zum Schrippenfest*) berufen sei. In Babelsberg (bei Pückler und Manteuffel) war nichts davon bekannt. Ich glaube daher nicht an diese Berufung. Näheres heut Abend!

Ihr

Berlin 11. Juni 63. v. Roon.

181.

Prinz Heinrich VII. Reuß an Bismarck.

Paris den 21. Juny 1863.

Verehrtester Chef.

1863 21. 6. Aus meinen heut abgehenden Berichten werden Sie ersehen, daß der Kaiser nur ganz kurz unserer Stellung zur polnischen Sache Erwähnung that; er sprach in einem auffallend

*) Ein alljährlich dem Lehrbataillon gegebenes Fest, bei dem ein Berliner Gebäck (Schrippen) vertheilt wird.

1863
21. 6.

trockenen und etwas verlegenen Tone, und so, als wenn es ihm unangenehm wäre, etwas zu tadeln, was, wie er recht gut einsehen wird, nicht zu tadeln ist. So ließ er sich auch nicht in weitere Discussion ein, als ich ihm die sonnenklare Berechtigung unseres Verhaltens auseinandersetzte. Es kann nun verschiedene Ursachen geben, weshalb er nicht weiter discutirt hat, ich habe aber den Eindruck, daß er eben davon überzeugt ist, im Grunde nichts vorwerfen zu können, und jedenfalls sich derartiger Aufstellungen von Principien enthält, wie sie sein Minister*) neulich dem Grafen Goltz in meiner Gegenwart zu machen für gut hielt.

Herr v. Budberg, den ich gestern sogleich nach meiner Rückkehr besuchte, hat mir im Vertrauen erzählt, daß ihm Drouyn neulich, als er ihn gedrängt hat, den eigentlichen practischen Grund der französischen Einmischung in die polnischen Angelegenheiten anzugeben, ganz naiv gestanden hat, daß, wenn Polen unabhängig sei, Frankreich eine kräftige Handhabe habe, um zugleich auf Preußen und auf Oestreich zu drücken. Wenn ich nun auch nicht im geringsten daran zweifle, daß dies der einzige halbwegs vernünftige Hebel der französischen Politik ist, so ist es doch originell, den Pferdefuß so ungenirt blicken zu lassen.

Darin stimmen alle Urtheile überein, die ich hier habe sammeln können, daß Drouyn de L'huys der heftigste Polen-Agitator und zugleich der für uns am unfreundlichsten Gesinnte ist. Seine große Ambition, seinen Namen auch, wie seine Vorgänger, durch irgend eine große That verewigen zu können, mag ihn wohl vorwärts treiben. Ferner glaubt er sich durch diesen Eifer beim Kaiser liebes Kind zu machen, und die Angst, zu seinen Seidenwürmern und Yacks zurückzukehren, ist maaßlos. Wenn es ihm nur nicht so geht, wie manchem seiner Vor-

*) Drouyn de L'Huys, Nachfolger Thouvenels als Minister des Auswärtigen.

1863 21. 6. gänger, die in der Idee, dem Kaiser zu Gefallen zu thun, durchgingen und, einmal über das Ziel hinausgeschossen, vom Herrn im Stich gelassen wurden.

Ich habe mir angelegen sein lassen, während meines Aufenthaltes in Fontainebleau soviel wie möglich unbekannte Geschichten über die Gräuelthaten der Polen zu erzählen, die direkt oder indirekt dem Kaiser zu Ohren kommen. Dabei ist mir Heeckeren*) behülflich gewesen, die bekannte Trompete des hiesigen Terrains. Dieser, der immer in Geldunternehmungen steckt und deshalb Frieden braucht, hat dem Kaiser tagtäglich von dem Abscheu der Departements vor einem Krieg für Polen vorgepredigt. Seine Berichte haben einen gewissen Werth, weil er als Wahl-Agitator in den Elsaß geschickt worden (war) und dort einen namhaften Sieg für die Regierung davon getragen hatte.

Ich habe Metternich**), nicht in Ihrem Auftrag sondern als eine Privatbemerkung gesagt, daß er sich durch seine politische Haltung hier bei allen Cabinetten und namentlich bei den Conservativen in Deutschland mehr oder weniger verdächtig gemacht habe. Er erwiederte mir, daß er dies wohl wisse, daß er aber nicht anders handeln könne, weil Oestreich vor Allem Frieden brauchte und man, wenn Frankreich wolle, auf allen Seiten bedroht sein würde. Außerdem sei er auch überzeugt, daß die Theilnahme Oestreichs an den Collectiv-Schritten der Westmächte diese eher zurückhalten als vorwärts treiben 2c. 2c. Er wird jetzt begreiflicher Weise sehr cajolirt; ich bin aber nicht der Ansicht andrer, welche behaupten, daß Metternich die östreichische Politik seiner angenehmen Hofstellung zum Opfer bringe; er pflegt seine Hofstellung mit großer Sorgfalt, um eben seiner Politik zu dienen.

Aus den Zeitungen ersehe ich, daß Sie nicht mit nach

*) Baron v. Heeckeren, französischer Senator, der von Kaiser Napoleon III. wiederholt zu vertraulichen Missionen benutzt wurde.

**) Fürst Richard Metternich, österreichischer Botschafter in Paris.

Carlsbad, sondern nach einem andern Bade gehen. Das thut mir leid für die res publica, für Ihre Gesundheit aber mags besser sein. Ich wünsche besten Erfolg und bin mit aufrichtiger Ergebenheit

1863
21. 6.

Ihr
gehorsamster
H. VII. Reuß.

182.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck*).

Stettin 30. Juni 1863.

Aus Ihrem Schreiben vom 10ten Juni d. J.**) habe ich ersehen, daß Sie meinen Protest gegen den Preß-Einschränkungs-Erlaß, den ich am 3ten Juni aus Graudenz absendete, dem Staats-Ministerium amtlich mitzutheilen, auf Befehl Sr. Majestät des Königs unterlassen.

1863
30. 6.

Ich kann mir freilich denken, daß es Ihnen nicht unerwünscht sei einen Vorgang, der wie Sie selbst anerkennen, in seinen Folgen allgemeine Bedeutung erlangen könnte, als eine bloße persönliche Angelegenheit zu behandeln. Es würde zu nichts fruchten, wenn ich auf jener Mittheilung bestände [1]), die ohnehin, wie ich aus Ihren Worten schließen darf, in nicht amtlicher Weise, doch stattgefunden haben wird. Es liegt mir aber daran, mich Ihnen gegenüber deutlich in Bezug auf die Alternative auszusprechen, welche Sie mir stellen: dem Ministerium die Aufgabe, die es sich vorgesetzt, zu erleichtern oder zu erschweren.

*) Der Brief ist bei Margarethe v. Poschinger, Kaiser Friedrich, II, 22—24, schon veröffentlicht, aber mit Ungenauigkeiten, so daß ein nochmaliger Abdruck nothwendig ist.

**) Orig.: Mts. — Concept des Schreibens vom 10. Juni ist nicht vorhanden.

1863 30. 6. Ich kann sie Ihnen nicht erleichtern, denn ich befinde mich allerdings in prinzipiellem Gegensatz zu demselben.

Loyale Handhabung der Gesetze und Verfassung, Achtung und Wohlwollen gegen ein leicht zu führendes, intelligentes und tüchtiges Volk — das sind die Prinzipien, von denen meiner Meinung nach jede Regierung in ihrem Verfahren gegen das Land geleitet sein muß. Ich vermag die in der Verordnung vom 1. Juni cr. ausgeprägte Politik mit diesen Prinzipien nicht in Einklang zu bringen.

Sie suchen mir zwar die Verfassungsmäßigkeit jenes Erlasses nachzuweisen und Sie versichern, Sie und Ihre Collegen seien Ihrer Eide eingedenk. Ich aber meine, daß eine Regierung ein stärkeres Fundament bedürfe als mindestens höchst zweifelhafte Auslegungen, die dem gesunden Menschenverstande des Volkes nicht einleuchten. Sie selbst berufen sich darauf, daß auch Ihre Gegner die Ehrlichkeit Ihrer Ueberzeugungen achten. Ich lasse diese Behauptung unerörtert[a]), aber wenn Sie dem Urtheil Ihrer Gegner einigen Werth beimessen, so müßte doch der Umstand Ihnen Bedenken einflößen, daß die entschiedene Mehrheit der gebildeten Klassen unseres Volks die Verfassungsmäßigkeit des Inhalts der fraglichen Verordnung verneint. Daß dies geschehen würde, wußte das Ministerium vorher. Es wußte ebenso vorher, daß der Landtag den Inhalt jenes Erlasses niemals vorher genehmigt haben würde, machte dem Landtage keine Vorlage, schloß ihn, und publizirte wenige Tage darauf die Verordnung auf Grund von Artikel 63 der Verfassung.

Wenn das Land in diesem Verfahren eine loyale Handhabung der Verfassung nicht erkennt, so möchte ich fragen, was hat das Ministerium gethan, um die öffentliche Meinung zu seiner Ansicht zu bekehren? Es hat kein anderes Mittel gefunden, sich mit der öffentlichen Meinung auseinanderzusetzen als ihr Schweigen aufzuerlegen.

Es ist überflüssig, ein Wort darüber zu verlieren, wie sich die Verordnung zu der Achtung und dem Wohlwollen verhält, die einem willigen, loyalen Volk gebühren, das aber, weil die Regierung seine Stimme nicht hören will, zur Rolle des Stummen verurtheilt wird.

1863
30. 6.

Und welches sind die Erfolge, die Sie sich von dieser Politik versprechen? Beruhigung der Gemüther, Herstellung des Friedens?

Glauben Sie durch neue Kränkungen des Rechtsgefühls die Gemüther beruhigen zu können?

Aber freilich, Sie erwarten einen günstigeren Erfolg neuer Wahlen [3]). Mir scheint es gegen die menschliche Natur zu sein, einen Umschwung von Stimmungen zu hoffen, welche durch das Verfahren der Regierung nur fortwährend gesteigert und gereizt werden.

Ich will Ihnen sagen, welchen Erfolg Ihrer Politik ich vorhersehe:

Sie werden so lange an der Verfassung deuteln, bis dieselbe ihren Werth in den Augen des Volks verliert. Sie werden dadurch einerseits anarchische Bestrebungen, die über die Verfassung hinausgehen, wachrufen. Sie werden andererseits, mögen Sie es wollen oder nicht, von einer gewagten Interpretation zur anderen, bis zu dem Anrathen des nackten unverschleierten Verfassungsbruchs getrieben werden.

Diejenigen, welche Seine Majestät den König, meinen allergnädigsten Herrn Vater, auf solche Wege führen, betrachte ich als die allergefährlichsten Rathgeber für Krone und Vaterland [4]) [5]).

Friedrich Wilhelm KP.

P.S.

Ich habe schon vor dem 1. Juni d. J. von dem Recht, den Sitzungen des Staatsministeriums beizuwohnen, nur sehr eingeschränkten Gebrauch gemacht. Sie werden es nach meinen

1863
2. 7.

1863 2. 7. vorstehend ausgesprochenen Ueberzeugungen begreiflich finden, daß ich Seine Majestät den König bitten werde, mich fortan während der Dauer des jetzigen Ministeriums der Theilnahme an jenen Sitzungen gänzlich enthalten zu dürfen.

Ein fortgesetztes öffentliches und persönliches Aussprechen des Gegensatzes, in dem ich mich zum Ministerium befinde, würde weder meiner Stellung noch meiner Neigung entsprechen. Ich werde mir jedoch in allen sonstigen Beziehungen für die Aeußerung meiner Meinung keinen Zwang auflegen, und das Ministerium darf darauf rechnen, daß es lediglich von demselben und seinen weiteren Schritten abhängen wird, ob ich trotz meines innersten Widerstrebens mich werde gezwungen sehen, ein ferneres öffentliches Auftreten nicht zu scheuen, wenn es von der Pflicht geboten erscheint.

2. Juli 63. FW. KP.*)

Randbemerkungen Bismarcks:

1) Nein. 2) Wenig höflich. 3) Nein. 4) Ich nicht. 5) Leicht fertig ist die Jugend mit dem Worte!

183.

Graf F. zu Eulenburg an Bismarck.

Berlin Dienstag 7. Juli 63 früh.

Verehrter Freund,

1863 7. 7. In der Anlage übersende ich Ihnen

1. einen Bericht vom Oberpräsidenten Horn vom 2. Juli,
2. drei Polizei-Rapporte vom 4., 5. und 6. Juli.

Alles mit der Bitte um Rückgabe.

---

*) Die Nachschrift ist in Putbus zugefügt worden.

Aus letzteren werden Sie sehen, wie es bis zum Sonnabend Abend hergegangen ist*). Vorgestern und gestern ist Alles ruhig gewesen, und somit ist die Sache zu Ende. Dafür, daß Bernuth**) zum ersten Male solch eine Geschichte durchgemacht hat, hat er sich recht umsichtig und ruhig benommen. Die Schutzmannschaft, die ich alle Abende mit Warmbier, Butterbrod und Wurst habe füttern lassen, verdient das größte Lob: ich will es ihr heute durch einen Parolebefehl ertheilen.

1863
7. 7.

Auf Ihre mir gestern Abend spät zu Händen gekommene Anfrage wegen Errichtung eines Fräuleinstiftes in der Lausitz, kann ich vor der Hand nur antworten, daß die Statuten desselben eingereicht, aber so confus sind, daß mehrere Aenderungen haben angeordnet werden müssen.

Roon war gestern bei mir. Er war ganz entzückt von dem Schauspiel, welches der Bürgermeister Stroffer in Herford ihm vorgeführt hatte, und will dem Könige ausführlich darüber berichten***).

Witzleben aus Magdeburg schreibt mir, daß man in Sangerhausen damit umgehe, den früheren Direktor der Oberrechenkammer Seiffarth, dessen Sie sich ja wohl noch aus der Depeschen-Diebstahls-Geschichte†) her erinnern, als Vertreter der Stadt ins Herrenhaus zu wählen, und erbittet eine vorläufige Aeußerung Seiner Majestät darüber, ob diese Wahl Aussicht auf Bestätigung hätte. Ich glaube, es ist besser, gleich von vorn herein dahin zu wirken, daß sie nicht auf den p. Seiffarth fällt.

Von Bodelschwingh erfahre ich, daß Pommer-Esche gegen die Ernennung von Graf Villers zum Vice-Präsidenten in

*) In der Oranienstraße zu Berlin gab es wegen der Exmission eines Schankwirthes seit dem 29. Juni Tag für Tag Pöbelzusammenrottungen, die in der Nacht zum 4. Juli die Polizei zum Gebrauch der Waffen zwangen.

**) Polizeipräsident von Berlin.

***) Vgl. Roons Denkwürdigkeiten, 4. Aufl., Bd. II, 149 ff.

†) Vgl. Gerlachs Denkwürdigkeiten II, 346 ff.

1868 7. 7. Coblenz nichts zu erinnern hat. Ich habe daher den Immediatbericht bereits abgehen lassen.

Mit den Gefühlen herzlichsten Neides wegen Ihres Aufenthaltes in den grünen Bergen bin ich vor wie nach

Ihr

aufrichtig ergebenster

Eulenburg.

184.

Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm.

(Concept.) Carlsbad 10 Juli 1863.

Eurer Königlichen Hoheit

1863 10. 7. zeige ich unterthänigst an, daß ich die Ehre gehabt habe, Höchstdero Schreiben vom $\frac{\text{30 Juni}}{\text{2 July}}$ zu erhalten.

Eure Königliche Hoheit sagen darin, daß eine fortgesetzte persönliche Aussprache des Gegensatzes, in welchem Höchstdieselben Sich zum Ministerium befinden, Ihrer Stellung und Ihrer Neigung nicht entspreche. Ich glaube daher Eurer Königlichen Hoheit Intention nachzukommen, wenn ich mich einer Entgegnung auf das Urtheil, welches Eure Königliche Hoheit über das Verfahren der Königlichen Regirung fällen, in Ehrerbietung enthalte.

Was die Stellung betrifft, welche Eure Königliche Hoheit für die Zukunft der Regirung Sr. Majestät des Königs gegenüber einnehmen wollen, so ist dieselbe von solcher Tragweite für das Wohl und die Zukunft des Staates, daß diese Frage meines unterthänigsten Dafürhaltens vor Beendigung der gegenwärtigen Kur, ohne Beeinträchtigung der während derselben vorgeschriebenen Schonung des Königs bei Allerhöchstdemselben nicht wird zur Sprache gebracht werden können

v. Bismarck.

185.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

14/7. 63.

Indem ich für den Brief vom 10. Juli danke, eile ich auf den Schlußpassus mich beziehend, Sie auf das Entschiedenste zu ersuchen, S. Majestät dem König nicht eher von meiner Absicht Mittheilung zu machen, als bis Sie entweder durch S. Majestät oder durch mich erfahren, daß dieselbe Allerhöchsten Orts bekannt geworden ist. Wenn ich Ihnen schrieb, daß ich S. Majestät bitten werde, mich von dem Beiwohnen der Sitzungen des Staatsministeriums zu entbinden, so war ich durchaus nicht gewillt, daß S. Majestät durch Sie jenen Entschluß erfahren soll. Ich weiß sehr wohl, daß S. Majestät jetzt während und auch nach der Brunnenkur geschont werden muß, und werde zu einer mir gelegen erscheinenden Zeit selber mit Sr. Majestät über meine Ansichten und Pläne reden. 1863 14. 7.

Somit erwarte ich ganz bestimmt, daß Sie nicht eher von jenem Kapitel mit dem Könige sprechen, als bis Sie hören, daß S. Majestät um mein Vorhaben weiß.

Friedrich Wilhelm KP.

186.

Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm.

(Concept.) B. 16 7 63.

Nachdem ich soeben Eurer Königlichen Hoheit Schreiben vom 14 zu erhalten die Ehre gehabt habe, beeile ich mich Höchstdenselben unterthänigst anzuzeigen, daß ich des Schreibens Eurer Königlichen Hoheit vom 2 c. gegen Seine Majestät den 1863 16. 7.

1863 16. 7. König bisher nicht erwähnt habe und mich nach Eurer Königlichen Hoheit Befehl auch ferner der Initiative in dieser Beziehung enthalten werde. Einige der seit dem 2 c. in den öffentlichen Blättern verbreiteten Mittheilungen über den Inhalt des Briefwechsels Eurer Königlichen Hoheit mit dem Könige sind vorgestern unerwartet durch Zeitungsblatt zur Kenntniß Seiner Majestät gelangt. Allerhöchstdieselben ließen mich in Folge dessen im Augenblicke meiner Abreise nochmals rufen und befahlen mir nachzuforschen, wie diese Notizen an die Weserzeitung gelangt seien.

Eurer Königlichen Hoheit melde ich unterthänigst, daß ich am Sonnabend Berlin wieder verlasse, um mich in Regensburg dem Gefolge Seiner Majestät nach Gastein anzuschließen, indem der König mir befohlen hat, bei der bevorstehenden Begegnung mit dem Kaiser von Oestreich anwesend zu sein.

v. Bismarck.

187.

Bismarck an General v. Manteuffel.

Telegramm.

Berlin den 16 Juli 1863.

An General von Manteuffel

Carlsbad.

1863 16. 7. Ich habe den Brief*) nicht erwähnt und bitte auch Sie desgleichen zu thun. Absender hat mich seitdem ausdrücklich darum ersucht.

v. Bismarck**).

---

*) Des Kronprinzen vom 30. Juni (2. Juli).

**) Vgl. Brief des Kronprinzen an Bismarck vom 3./9. 1863 G. u. E. I, 322.

188.

Geheimrath v. Lecoq an Bismarck.

Eurer Excellenz

beehre ich mich in der Anlage die mir gewogentlich aufgegebene Denkschrift über die Ansprüche des Augustenburger Hauses an Schleswig und Holstein zu überreichen. Ich habe mich bemüht, die Denkschrift so abzufassen, daß dieselbe auch für Personen verständlich ist, welche mit den sehr complicirten Bestimmungen, man könnte sagen: Irrsalen des deutschen Staats- und Privat-Fürstenrechts, nicht vertraut sind. Darum habe ich juristische Digressionen vermieden und mich auf die allgemein bekannten Rechtssätze beschränkt. Nach meiner Ueberzeugung haben übrigens wirklich die Sonderburger Linien alle Beide, die Augustenburger und die Glücksburger, gar kein Recht auf die Succession in Holstein, da beide durch die ungleichen Heirathen ihrer Vorfahren ausgeschlossen sind. Diese Frage wird nur complicirt durch den Umstand, daß diese Nebenlinien, wenn sie sich wieder in die dänische Königsfamilie, wie der Vater des jetzigen Primkenauers that, hineinheiratheten, nach der lex regia in Dänemark, ihrer Mißheirathen ungeachtet, successionsfähig bleiben. Dies ist auch der wahre Grund des Mißvergnügens des Augustenburgers, der es bitter beklagt, daß er nicht von Mutterseite zur Succession auf den dänischen Thron berufen ist. Die Mißheirathen der Glücksburger Linie sind für den jetzigen König ohne alle Bedeutung, da er lediglich durch die Cession seines Schwagers, des Prinzen Friedrich von Hessen, und als Gemahl der jetzigen Königin auf den Thron berufen ist.

1864
8. 1.

Zu meiner Ausarbeitung habe ich mehr Zeit gebraucht als ich voraussetzte, weil die richtige Darstellung viel Nachschlagen in Büchern erforderte: Eure Excellenz wollen den Verzug,

1864 3. 1. sowie die schlechte, oft unordentliche Schrift geneigt entschuldigen; ich laborire an einem Catarrh, welcher mich sehr plagt und in mein Zimmer bannt. Sollte Eure Excellenz einen Zusatz oder eine Abänderung des Aufsatzes wünschen, so stehe ich dennoch jeden Augenblick zu Befehl und bitte nur um Entschuldigung, wenn ich ungebührlich viel niese.

Verehrungsvoll

ganz gehorsamst

v. Lecoq.

Berlin 3. Januar 1864.

189.

Kriegsminister v. Roon an Bismarck.

Berlin 20. Januar 1864.

1864 20. 1. Anbei erfolgen die mir übersandten Anlagen zurück. Morgen hoffe ich den König zu sehen und ruhig zu finden. In die begonnene militairische Aktion darf, weil sie eine entscheidende politische Bedeutung hat, keinerlei Hemmung gebracht werden. Gibt es daher berechtigte Zweifel über die Grenzen der Oesterreichischen Mitbetheiligung, so möchte ich beanstanden, daß sie sogleich ergründet werden. Ist der Krieg „um die Occupation Schleswigs" faktisch ausgebrochen, so wird die betreffende Sonde angelegt werden müssen — nicht früher. Das schließt doch die kräftigsten gemeinsamen Operationen innerhalb Schleswigs nicht aus, und es wird, dem Streben der Diplomatie den Krieg in den Grenzen des Herzogthums zu localisiren gegenüber, doch jedenfalls die militairische Möglichkeit einer derartig gemäßigten Aggression in reifliche Erwägung zu nehmen sein. Ich bezweifle diese Möglichkeit, will aber gern aus der Instruction*) Alles fortlassen, was auf die Fortsetzung des Krieges

*) Für den Feldmarschall v. Wrangel.

jenseit der Königs-Au hindeutet, wenigstens vorläufig. Denn was in diesem Betracht etwa versäumt sein sollte, kann nachgeholt werden. Ich lasse demgemäß die Instruction umschreiben, und schicke sie Ihnen morgen.

1864
20. 1.

Erlassen Sie mir nochmals auf mein tiefes Bedauern in Betreff des heutigen Vorfalls und soweit ich ihn, wider meine Absicht, verschuldet, zurückzukommen. An diesem Mißverständniß darf aber Preußen nicht zu Grunde gehen, darf die Revolution keine Leiter zur Macht finden. — Ich verstehe jetzt Ihre Einwürfe. Als Sie solche heute im Cabinet vortrugen, verstand ich sie nicht, würde sie kein militairisch erzogener Mensch verstanden haben. Darum Billigkeit, Nachsicht! wenn sie auch an maaßgebender Stelle nicht verstanden wurden und ungeduldige Aeußerungen hervorriefen.

Es geht absolut nicht an, daß Sie die Parthie, solcher Mißverständnisse halber, verloren geben und die Bahn frei machen. Das schließt nicht aus, daß der Versuch gemacht werden muß zu ergründen, in wie weit gewisse Uebellaunigkeiten auf Mangel an Vertrauen deuten, und diesen Versuch will ich morgen machen. Schiene ein solcher Mangel obzuwalten, so bliebe nur übrig das Verlorne wiederzugewinnen, oder darauf zu verzichten, und — das Feld zu räumen. Da dies aber nicht geschehen darf, so ist event. der erste Theil der Alternative ins Auge zu fassen.

Wir müssen eben alle Schwierigkeiten überwinden oder wir werden verhöhnt und verflucht werden. Und warum sollten wir die Parthie verloren geben? Blos deswegen, weil in einigen Fällen Vortrag und Auffassung auf verschiedenem Niveau standen und die Brillen, durch die man die Dinge sah, verschiedener Färbung waren? Gewiß nicht!

Also, mein edler Bärenjäger, kalte Ruhe und — das Ziel, die Rettung vor demokratischer Anarchie, fest im Auge — fort mit der ärgerlichen Wallung! Bitten Sie um Gleichmuth

1864 20. 1. und ein stilles Herz — und ich hätte vielleicht nichts schreiben sollen als diese eine letzte Zeile.

In Treue
Ihr
v. Roon*).

190.

König Wilhelm an Kriegsminister v. Roon.

Berlin 2. 4. 64.

1864 2. 4. Der Finanz Minister hat mir schon zu wiederholten Malen die Ansicht ausgesprochen, daß es zur Erleichterung der Finanzen sehr wünschenswerth sei, wenn es die Umstände gestatteten, einzelne, auf die Kriegsstärke gesetzten Truppen zu réduciren und hat namentlich auf die Infanterie des 6ten Armee Corps hingewiesen, da der Zweck, den deren Augmentation hatte, erreicht sei. Wenngleich Letzteres gegründet ist, so ist es doch bereits nöthig geworden, eine Brigade dieses Corps nach F. a/O. zu ziehen, um, wegen Sicherung der Verhältnisse in Berlin, die abgerückte 9te Brigade zu ersetzen, so daß die Verringerung der Kopfzahl jener Brigade nicht angänglich ist. Nächstdem hat der Minister Bismarck schon wiederhohlentlich es bei mir zur Sprache gebracht, daß durch die Verwendung des größten Theiles der Garde Division vor Düppel die Besetzung von Jütland zu schwach geworden ist, so daß der mit dieser Besetzung zu erreichende politische Zweck nicht mehr in Erfüllung gehet, weshalb er auf Vermehrung der Truppen daselbst dringt. Wenn also die Nachsendung einer Brigade Infanterie dieserhalb als nöthig erkannt werden sollte, so wäre dies wiederum ein Grund gegen jede Verminderung der Einmal augmentirten Truppen. Dazu kommt die noch im Steigern begriffene Be-

*) Bismarcks Antwort vom 21. Jan. 1864 s. Bismarck-Jahrbuch III, S. 262 f.

wegung im Posenschen und Westpreußen, so daß daselbst eher eine Vermehrung als Verminderung der Truppen in Aussicht zu nehmen ist, während die Küsten Bewachung eine Schwächung derselben nicht erlaubt.

1864
2. 4.

Ich veranlasse Sie also sofort mit dem Minister Präsidenten und Finanz Minister in Conférenz zu treten, um obige Gesichtspunkte zu erörtern und mir gemeinschaftlich zu berichten.

Wilhelm.

191.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Hauptquartier Flensburg $\frac{5}{4}$ 64.

1864
5. 4.

Ich sage Ihnen meinen verbindlichen Dank für die mir bisher gemachten politischen Mittheilungen, sowie für Ihren Brief vom 30ten März cr.*). Es hat mich interessirt, aus dem Letzteren zu ersehn, daß Sie die Anhörung der verfassungsmäßigen Landes-Vertretung der Herzogthümer über die Succession-Frage wünschen, wie auch daß die Mitwirkung der Bundes-Truppen zur Vertheidigung der Ostküste Holsteins in Aussicht steht.

Was Ihre an mich gerichtete Frage betrifft: ob es nicht thunlich sein werde, mit den vorhandenen Kräften wirksamer als es bisher geschehen von Jütland Besitz zu nehmen, oder ob dazu die Heranziehung von Verstärkungen nöthig sein wird, womit Sie die Bitte an mich verbinden, meinen Beistand zur

*) Abschrift nicht vorhanden; aus dem Original theilt Philippson, Das Leben Kaiser Friedrichs III. S. 145 Anm. 1 folgende Stelle mit: „Frankreich stellt als Programm für die Conferenzen die Entscheidung der Bevölkerung im Wege der Abstimmung, nach Analogie von Savoyen und Nizza, auf. Ich habe einstweilen darauf erwidert, daß wir selbst wünschen, daß die verfassungsmäßige Vertretung der Herzogthümer über die Successionsfrage gehört werde.“

1864 5. 4. Occupation des gesammten Festlandes Dänemarks eintreten zu lassen, habe ich Folgendes zu erwiedern.

Vom militärischen Standpunkt aus betrachtet erscheint mir die vorhandene Truppenzahl genügend, um durch Streifzüge Jütland zu Contributionen zu zwingen, so daß dieses Land empfindlich gedrückt werden kann. Truppen heranzuziehen, bloß um derartige Dienste zu verrichten, erscheint mir bis jetzt noch nicht motivirt. Ich vermag jedoch eine endgültige Entscheidung dieser Frage erst dann zu treffen, wenn es unseren braven Truppen endlich einmal geboten sein wird, einen entscheidenden Schlag gegen die Dänen auszuführen, worauf wir seit 8 Wochen harren, da alsdann wohl auf eine größere Nachgiebigkeit des Feindes als bisher, gerechnet werden kann.

Was die politische Seite Ihrer an mich gerichteten Frage betrifft, so bin ich zu meinem Bedauern außer Stande, eine Unterstützung eintreten zu lassen, da mir die Zielpunkte unserer Politik nicht bekannt sind.

Ihr

ergebenster

Friedrich Wilhelm KP.

192.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Hauptquartier Flensburg 17. April 1864.

1864 17. 4. Für Ihre beiden Schreiben vom 11ten und 12ten April cr.*) danke ich Ihnen verbindlichst. Ihre Mittheilung vom 11ten war

*) Concepte nicht vorhanden. Aus dem Schreiben vom 11. April theilt Philippson a. a. O. Anm. 1 u. 2 die beiden folgenden Stellen mit: „Für die preußische Stellung auf der Conferenz erscheint es vortheilhaft, daß Preußen nicht allein die Herrschaft über die Herzog-

mir sehr interessant; freilich vermag ich mir daraus nicht eine Anschauung der Ziele unserer Politik zu bilden, die mich in den Stand setzen würde, irgend eine bestimmte Maßregel mit Ueberzeugung von meinem Standpunkt aus zu unterstützen. 1864 17. 4.

Ich halte es nicht für richtig, daß es zu früh sei mit einem festen Programm vor die Oeffentlichkeit zu treten, und ich besorge, daß wir nichts dabei gewinnen, wenn wir die definitive Lösung in die Länge zu ziehen suchen, viel mehr, daß wir dadurch die europäische Verwicklung nur steigern würden.

Wie dem aber auch sei — wir sollten ein festes Programm wenigstens für uns haben, dessen Verwirklichung dann freilich immer noch von den Umständen abhängen würde. Statt dessen finde ich in Ihrer Mittheilung nur das Programm, „nach den Umständen zu handeln", wenn ich nicht etwa aus einzelnen Andeutungen auf gewisse Hintergedanken schließen soll, die man Ihnen beilegt, und mit denen allerdings manche Ihrer früheren Aeußerungen, namentlich in den letzten Conseils, denen ich

thümer in Händen habe, sondern daß der Bund, dessen Forderungen weiter gehn als die Preußens und der weniger durch europäische Verantwortlichkeit genirt ist, die Disposition über Holstein äußerlich behält und von Preußen in der Conferenz vorgeschoben werden kann ... Wenn ich glaube, daß die Conferenz, auf welcher wahrscheinlich Baron Beust den Bund vertreten wird, zu keinem friedlichen Resultat führt, so sehe ich darin kein Unglück. Nach der jetzigen politischen Constellation würde ein Abschluß, welcher heut oder in Kurzem erfolgte, weder unsern noch den deutschen Interessen genügen. Beide lassen es, meines unterthänigsten Dafürhaltens, wünschenswerth erscheinen, daß die definitive Lösung der Frage sich in die Länge zieht, und daß inzwischen die Occupation der Herzogthümer, wenn es sein kann, länger als Jahr und Tag dauert und verstärkt wird. Wie hoch wir uns das Ziel stecken können, welches sich ohne Schaden für die Monarchie erreichen läßt, kann nur die Zeit lehren; bevor wir mit festen Programmen vor die Oeffentlichkeit treten, werden wir die Stellung der Großmächte zu einander sich deutlicher entwickeln lassen müssen und dabei unsre militärischen Vortheile so scharf als möglich verfolgen, unsre Truppenzahl auf der Halbinsel, im Vergleich zu der Oestreichs, allmählich vermehren."

1864 17. 4. vor meinem Abgang zur Armee beiwohnte, übereinzustimmen scheinen.

Ueber diese Hintergedanken einer preußischen Vergrößerungs-Politik will ich meine Meinung nur kurz dahin aussprechen, daß deren Verfolgung unsere ganze deutsche Politik völlig verfälschen und daß sie Europa gegenüber uns wahrscheinlich eine Niederlage bereiten würde. Es wäre nicht das erste Mal, daß Preußen versuchte feiner als alle Andern zu sein, um sich schließlich zwischen zwei Stühle zu setzen.

Den Bayerischen General Frhr. von der Tann habe ich wiederholt gesehen, aber über Politik nicht gesprochen.

Die letzten Depeschen werden Sie durch Herrn v. Alvensleben erhalten haben.

Ihr
ergebenster
Friedrich Wilhelm KPz.

193.

Prinz Heinrich VII. Reuß an Bismarck.

Cassel, den 6. Juni 1864.

Verehrtester Chef,

1864 6. 6. Ich bin heut früh von Bückeburg zurückgekehrt und denke mir, daß es Ihnen vielleicht angenehm sein dürfte, zu hören, daß Sie in jenem kleinen Staate sehr warme Freunde besitzen. Man hat mir dies in einer Weise ausgesprochen, daß ich nicht an der Aufrichtigkeit dieser Gesinnungen zweifeln kann. Der Fürst*) gilt zwar für einen Sonderling und ist sehr à cheval auf seinem Recht und auf der Unantastbarkeit des Bundesrechts; er geht aber dabei von dem richtigen Grundsatz aus, daß es nicht die Aufgabe der kleinen Souveräne sei, den Großstaaten

*) Adolph.

durch unnütze Nadelstiche die Existenz der kleinen Staaten fühlbar zu machen und dadurch bei Ersteren den Wunsch zu nähren, Letztere verschwinden zu sehen. Er ist vollkommen davon überzeugt, daß die Norddeutschen Fürstenthümer ihre natürliche Anlehnung an Preußen haben, und sagte mir u. a.: „so lange Herr von Bismarck am Ruder ist, und die wahren Grund-Ansichten Sr. Majestät des Königs durch ihn unterstützt werden, so lange sind wir sicher, daß unsere Rechte nicht geschmälert werden, und so lange können wir auch vertrauensvoll der Führung Preußens in der großen Politik folgen." Er gab mir vollkommen Recht, als ich ihm bemerklich machte, daß, wenn in Berlin der Kampf gegen die Revolution und also auch für alle deutsche Fürsten ausgefochten würde, man auch Preußischerseits verlangen könnte, von Letzteren in diesem Kampfe unterstützt zu werden und nicht, wie dies leider so viel geschähe, durch kleinlichen Particularismus in dem Fortschreiten auf diesem Wege aufgehalten zu werden.

1864 6. 6.

Er klagte über die Unfähigkeit der meisten seiner Standesgenossen, diese Wahrheit einzusehen, und darüber, daß seine Bemühungen, dieselben davon zu überzeugen, immer gescheitert wären. In Wien sei man mit seiner Hinneigung zu Preußen sehr unzufrieden, um so mehr, als man bisher immer gewohnt gewesen wäre, auf ihn rechnen zu können, und habe er schon verschiedene ungnädige Aeußerungen von Seiten des dortigen Hofes erfahren müssen.

Der Regierungs-Präsident von Lauer, ein durchaus conservativer Mann, der wohl früher mehr östreichische Sympathien gehabt hat, stimmt nunmehr in allen Stücken mit seinem Fürsten überein.

Wenn Sie in dem Fürsten einen ergebenen Freund haben, so sind Sie bei der Fürstin Mutter*) schon bis in das Stadium

*) Ida, geb. Prinzessin von Waldeck und Pyrmont.

1864 6. 6. eines höheren Wesens avancirt, eine Art von Glaubens-Artikel für sie geworden. Sie hat mir besonders aufgetragen, Sie zu grüßen und Ihnen zu sagen, wie sehr sie sich freuen würde, Sie in Carlsbad wieder zu sehen.

Prinz Friedrich von Holstein-Glücksburg, den ich in Bückeburg traf, kam soeben von einer Conferenz zurück, die er in Cöln mit seinem Bruder dem Herzog*) gehabt hatte. Er sagte mir, sie seien übereingekommen, sich fortdauernd ruhig zu verhalten, und ihres Bruders, des Königs**) wegen, sich auf keine Demonstrationen einzulassen. Sollte aber durch den Beschluß der Mächte die Augustenburgische Linie zur Nachfolge in den Herzogthümern berufen werden, so würden die Brüder die ersten sein, dies anzuerkennen. Dann würden sie allerdings in die Lage versetzt werden, „freundvetterliche" Abkommen mit dem neuen Herzog, die Hausgüter betreffend, abzuschließen.

Mit stets gleicher Verehrung bin ich

Ihr

sehr ergebener

H. VII. P. Reuß.

194.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Neues Palais $\frac{17}{6}$ 64.

1864 17. 6. In Folge einer Unterredung, die ich soeben mit Sr. Majestät dem Könige hatte, ist es mir erwünscht, die Relation Ihrer Unterredung mit dem Erbprinzen von Augustenburg***) noch

---

*) Karl.

**) Christian IX.

***) Vom 1. Juni, Staats-Anzeiger vom 2. Juli 1865, vgl. Sybel, Die Begründung des Deutschen Reichs III, 337; die Aufzeichnung des Herzogs bei Janssen und Samwer, Schleswig-Holsteins Befreiung S. 731 ff., Anlage No. 36.

einmal durchzulesen. Als Sie neulich mir eine Abschrift nebst dem Depeschen-Paquet zukommen ließen, war ich im Begriff abzureisen, und las jenes Papier nur flüchtig durch. Wenn Sie die Gefälligkeit hätten, mir durch den Ueberbringer dieses Billets jene Relation zukommen zu lassen, so würde sehr dankbar sein

1864 17. 6.

Ihr
ergebenster
Friedrich Wilhelm KPz.

195.

Fürst Gortschakow an Bismarck.

Kissingen, le $\frac{27 \text{ Juin}}{9 \text{ Juillet}}$ 1864.

Verehrtester Freund,

Loën*) a été le bien venu. Je ferai de mon mieux pour qu'il réponde à Votre attente en qualité de Telegraphen-Station ou de Brieftaube, quoique pour le moment le mouvement des événements journaliers se soit ralenti.

1864 9. 7.

Quant aux lignes principales et aux questions d'avenir qui dessinent plutôt un horizon plus éloigné, sans qu'il soit permis de les perdre de vue, je me réserve d'en causer avec Vous avec l'effusion qu'autorisent les excellents rapports qui ont toujours existé entre nous. Sous ce rapport j'ai reçu avec un plaisir tout particulier, par un télégramme d'Oubril la confirmation de l'espoir que, lors de notre séjour à Berlin, Vous y ferez une apparition. — Loën Vous a envoyé l'itinéraire de l'Empereur. Je n'accompagnerai pas Sa Majesté dans les petites excursions qu'Elle va faire. Je partirai d'ici le 3/15 Juillet pour être à Berlin le 4/16, au plus tard le 5/17 et j'en repartirai avec Sa Majesté le 7/19 au soir.

*) Militärbevollmächtigter in Petersburg.

1864 9. 7. Les artistes de Paris et de Londres nous ont fait dire bien des choses auxquelles ni l'un ni l'autre nous avons jamais pensé. Je ne me préoccupe pas outre mesure de cette manoeuvre dont les ficelles sont visibles. Après un bref démenti nous nous abstiendrons de toute explication qui aurait l'air d'une justification dont nous n'avons pas besoin.

Veuillez, je Vous prie, me mettre aux pieds du Roi. J'ai été très-heureux d'apprendre, toujours par Oubril, que Sa Majesté a renoncé à intercaler les fatigues d'une visite à Vienne entre les deux cures de Carlsbad et de Gastein. On ne saurait environner d'assez de garanties une santé si précieuse et la conservation du plus beau caractère chevaleresque de notre époque.

Je ne veux pas vous fatiguer par des considérations politiques qui trouveront plus naturellement place dans la causerie intime sur laquelle je compte; mais je ne saurais terminer sans Vous prier de compter invariablement sur les sentiments d'attachement sincère que je Vous porte.

Gortchacow.

196.

Herzog von Morny an Bismarck.

Paris 7. 7bre (1864).

Mon cher ministre

1864 7. 9. J'ai vu S. M. comme je vous l'avais promis et lui ai raconté notre conversation. L'Empereur vous est très reconnaissant des sentiments que vous m'avez exprimés à son endroit, il a tout à fait approuvé mes objections. Il croit que ne pas bouger convient mieux à la situation de tout le monde cette année; après les évènements de toutes sortes qui se sont passés dans les différents pays, et les impressions que ces

évènements ont causées, une démarche quelconque donnerait lieu à des interprétations plus ou moins absurdes et génantes. Le repos sera donc préférable. 1864 7. 9.

Néanmoins Il comprend très bien vos scrupules au sujet de l'apparence, qu'aurait une conférence à trois. Il vous remercie des efforts que vous faites pour l'empêcher et dans le cas où elle aurait lieu malgré vous, du procédé que vous êtes d'avis d'employer pour y porter remède.

Voilà le résumé de mon action que je vous donne tout à fait en confiance et pour vous seul, enchanté d'avoir eu l'occasion de vous rencontrer à Baden; quoique vous ne m'ayez pas donné des fleurs, comme le prétend l'Indépendance, je vous prie de croire à mes sentiments distingués et dévoués.

Morny*).

197.

Heinrich VII. Prinz Reuß an Bismarck.

Cassel, den 21. Sept. 64.

Verehrtester Chef.

Gestern bin ich von meiner Fahrt nach Schwalbach zurückgekehrt. Ich fand die hohe Frau aus Westen**) sehr zufrieden über den Besuch unseres Königs. Sie hat persönlich ein großes tendre für ihn und war auch angenehm berührt durch das empressement was Seine Majestät gezeigt habe, sie aufzusuchen. Dies, sowie die ganze Aufnahme, die sie in Deutschland findet, haben überhaupt einen sehr günstigen Eindruck gemacht, der sich hoffentlich erhalten wird. 1864 21. 9.

Weniger angenehm präoccupirt war die Kaiserin durch die

*) Präsident des französischen Gesetzgebenden Körpers, Sohn der Königin Hortense und ihres Großstallmeisters des Grafen Flahault, demnach unächter Halbbruder Napoleons III.

**) Kaiserin Eugenie.

1864 21. 9. Frage, ob sie nach Baden gehen sollte oder nicht. Die Königin hat sie durch die Herzogin von Hamilton dorthin einladen lassen. Sie hatte sich noch zu nichts entschieden und wollte vorerst an den Kaiser darüber schreiben. Sie sagte mir: si le Roi y était, j'irais certainement!

Da die Kaiserin beabsichtigt, ihre Kur bis in den October hinein zu verlängern, so dürfte es sich ja vielleicht gerade so treffen, daß der König noch dort wäre.

Daß der Kurfürst nun doch nicht nach Berlin geht, hat darin seinen Grund, daß er besorgt ist, der Kaiser Alexander könnte dort unfreundlich gegen ihn sein. Der Kaiser hat ihn nämlich einmal hier auf dem Bahnhof, als der Kurfürst mit seinen arkadischen*) Prinzen ihn empfangen wollte, ziemlich kalt behandelt, und er besorgt nun ein Gleiches. Trotzdem will er den Kaiser aber heut Abend auf der Durchreise empfangen. Es war bereits Alles für die Reise nach Berlin bestimmt, als dem Herrn diese Skrupel kamen, die kein Mensch begreift.

Ich würde Ihnen sehr dankbar sein, wenn ich bald mein Rappell-Schreiben erhalten könnte, und bin mit aufrichtigster Verehrung

Ihr

sehr ergebener

H. VII. P. Reuß.

198.

Unterstaatssecretär v. Thile an Bismarck.

(Auszug.)

Berlin, den 13. Oktober 1864.

1864 — — — — — — — — — — — — — — —

13. 10. Dies vorausgesetzt, war es im Grunde nur e i n e Frage,

---

*) d. h. unebenbürtigen.

welche Stoff zu einer eingehenden Verhandlung darbot: der Termin für die Einführung des neuen Tarifs. 1864 18. 10.

Bei allen sonstigen, an unsere Verträge mit Frankreich sich anknüpfenden Meinungsverschiedenheiten war darüber stets Einverständniß vorhanden gewesen, daß die an Frankreich zugestandenen Tarif-Ermäßigungen, vorbehaltlich besonderer Verständigung mit Nachbarstaaten, namentlich Belgien und der Schweiz, zu verallgemeinern seien. Auf diesem Gesichtspunkte beruht der dem Vertrage vom 28. Juni d. J. beigefügte neue Zolltarif und aus diesem Gesichtspunkte folgt, daß der neue Tarif gleichzeitig mit der Ausführung des Handelsvertrages vom 2. August 1862 in Wirksamkeit zu treten hat. So wenig die Folgerichtigkeit dieser Ergebnisse in Abrede gestellt wurde, so fand doch die Anerkennung desselben in äußeren Rücksichten Schwierigkeiten. Zunächst wurde als im Interesse der Industrie und des Handels wünschenswerth bezeichnet, daß sofort ein bestimmter Tag als Termin für die Einführung des Tarifs festgesetzt werde. Der Artikel 38 des Handelsvertrages bestimmt nur, daß die Ratificationen sobald als möglich auszutauschen sind und daß der Vertrag 2 Monate nach Austausch dieser Ratificationen in Kraft treten soll, und dem Austausch dieser Ratificationen muß nicht nur die Ratification des jetzt abgeschlossenen Beitritts-Vertrages, sondern auch die von uns wiederholt, zuletzt unter Nr. 10 des Schlußprotokolls vom 28. Juni d. J. zugesagte nachträgliche Verhandlung mit Frankreich vorhergehen. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß in einem Theile der Vereinsstaaten die zur Einführung des Tarifs unerläßliche Zustimmung der Landesvertretungen noch einzuholen sei, und daß es im Interesse des Zollvereins liege, vor Einführung des Tarifs seine commerziellen Beziehungen zu andern Ländern — Großbritannien, Belgien, die Schweiz, Italien — zu regeln. Die Berathung der Landesvertretungen und die Verhandlung mit anderen Staaten erfordere Zeit, und

1864 18. 10. es sei die Besorgniß nicht abzulehnen, daß vor Ablauf dieser Zeit der Handelsvertrag, also auch der neue Tarif in Wirksamkeit treten müsse. Es wurde deshalb von mehreren Seiten dringend befürwortet, daß für die Einführung des Tarifs und des Handelsvertrages eine geräumige Frist — etwa bis zum 1. Juli k. J. vereinbart werde. Wir hatten gegenüber diesen Erwägungen vor allen Dingen geltend zu machen, daß dem Zollverein jede Berechtigung fehle, über den Termin für die Ausführung des Handelsvertrages vom 2ten August 1862 einseitig irgend eine Bestimmung zu treffen. Wir machten ferner darauf aufmerksam, daß dieser Ausführung die zur Ratification des vorliegenden Vertrags bestimmten 4 Wochen, die nachträgliche Verhandlung mit Frankreich, die Mittheilung des Ergebnisses dieser Verhandlung an die Vereinsregierungen, die Zustimmung der letzteren zu dem Ergebniß, die Ratification der Verträge mit Frankreich und die vom Austausch der Ratificationen an laufende zweimonatliche Frist vorhergehen müsse, daß zur Durchlaufung aller dieser Stadien eine Zeit von 6 Monaten kaum ausreichen werde und daß dieser Zeitraum, wenn man sich nur ernstlich Mühe gäbe, ausreichen müsse, um die nöthigen Verhandlungen im Innern und nach Außen zu Ende zu bringen. Wir lehnten endlich den Versuch nicht ab, bei den nachträglichen Verhandlungen mit Frankreich an Stelle des vom Tage des Ratifications-Austauschs abhängigen einen bestimmten Ausführungstermin zu verabreden. In Anerkennung dieser Gründe ist die von uns vorgeschlagene Verabredung unter No. 1 des Schlußprotokolls getroffen worden.

Ich kann diese Mittheilung nicht schließen, ohne einer Frage zu erwähnen, zu deren Erwägung die soeben geschlossenen Verhandlungen Gelegenheit geben, und welche beiläufig schon oben berührt ist. Die Königlich Großbritannische Regierung hat ihren nach Inhalt des Circulars vom 9. April 1862 schon damals gestellten Antrag auf Abschluß eines Handels- und Schifffahrts-

Vertrages mit dem Zollverein vor Kurzem dringend erneuert. Es liegt ferner im Interesse des Zollvereins, seine handelspolitischen Beziehungen zu Belgien definitiv zu ordnen, nicht nur, um dieselben von der gegenwärtig auf ihnen lastenden Unsicherheit zu befreien, sondern auch, um auf eine günstigere Gestaltung einzelner Bestimmungen des Belgischen Zolltarifs hinzuwirken. Nicht minder entspricht es dem Interesse des Zollvereins, sich durch einen Handelsvertrag mit der Schweiz sowohl die von der letzteren neuerdings an Frankreich gemachten Zugeständnisse anzueignen, als auch weitere für wünschenswerth zu erachtende Verkehrserleichterungen zu sichern. Endlich liegt die Eventualität nicht fern, daß auch mit anderen für den Verkehr des Zollvereins wichtigen Ländern commerzielle Verhandlungen einzuleiten sein werden.

1864 18. 10.

Unbeschadet des Benehmens, welches nach Maßgabe der Vereinsverträge wegen solcher Verhandlungen in jedem einzelnen Falle eintreten muß, glaubten wir die Vereinigung von Bevollmächtigten sämmtlicher Vereinsregierungen benutzen zu sollen, um einen allgemeinen Gesichtspunkt zur Sprache zu bringen, welcher für alle jene in Aussicht stehende Verhandlungen gleichmäßig präjudiciell ist.

Die Handelsverträge, welche im Laufe der letzten 4 Jahre von Großbritannien mit Frankreich, Belgien und Italien, von Frankreich mit Italien, Belgien und der Schweiz abgeschlossen sind, beruhen sämmtlich auf dem Grundsatze der beiderseitigen Behandlung der gegenseitigen Einfuhr und Ausfuhr auf dem Fuße der meistbegünstigten Nation, mit andern Worten: auf der gegenseitigen Garantie gegen differentielle Begünstigung dritter Staaten. Durch die Anerkennung, welche dieser Grundsatz solchergestalt in einer Reihe auf lange Dauer abgeschlossener Verträge von der Mehrzahl der hervorragenden Handels- und Industrie-Staaten Europas erfahren hat, ist er in dem Maße zu einer Grundlage der internationalen Handelsverhältnisse der

1864 13. 10. europäischen Staaten geworden, daß die Gestaltung der vertragsmäßigen Beziehungen des Zollvereins zu diesen Staaten, durch dessen Stellung zu jenem Grundsatze geradezu bedingt wird. Wollte der Zollverein denselben ablehnen, so würde er auf die vertragsmäßige Regelung seiner Verhältnisse zu der Mehrzahl der, für seinen Verkehr wichtigsten Staaten verzichten müssen, will er ihn annehmen, so wird die befriedigende Regelung dieser Verhältnisse voraussichtlich wenig Schwierigkeiten darbieten.

Der Zollverein hat sich, abgesehen von dem Verhältniß zu Oesterreich, von differentiellen Begünstigungen einzelner Länder grundsätzlich und thatsächlich mehr fern gehalten, als bis vor wenigen Jahren die meisten anderen Länder. In dem Handelsvertrage mit Frankreich ist diesem Lande die Behandlung auf dem Fuße der meistbegünstigten Nation zugestanden. Ueber die Generalisirung aller an Frankreich gemachten Tarif-Concessionen hat, wie oben bemerkt, niemals ein Zweifel bestanden. Nach diesen Vorgängen schien es uns weder einem grundsätzlichen noch einem praktischen Bedenken zu unterliegen, auch mit andern europäischen Staaten die Behandlung der gegenseitigen Einfuhr und Ausfuhr auf dem Fuße der meistbegünstigten Nation zu vereinbaren, unbeschadet derjenigen Beschränkungen, welche dieser Grundsatz durch die bevorstehenden Verhandlungen mit Frankreich zu Gunsten Oesterreichs erfahren möchte, und wir sprachen daher die Erwartung aus, daß vorbehaltlich der eben bezeichneten Beschränkung, die Anerkennung dieses Grundsatzes bei Verhandlungen mit anderen europäischen Staaten von keiner Seite einem Bedenken begegnen werde.

Sachsen, Baden, Kurhessen, Großherzogthum Hessen, Thüringen, Braunschweig, Oldenburg, Nassau und Frankfurt schlossen sich unserer Auffassung vollständig an. Auch Bayern, Württemberg und Hannover erhoben gegen dieselbe keinerlei prinzipielle Bedenken, zogen es aber vor, sich über den Grund-

satz bei dem, in einzelnen Fällen erforderlichen Benehmen auszusprechen. Unser Zweck war durch diese vorläufige Discussion erreicht. 1864 18. 10.

v. Thile.

(Abschrift.) Anlage.

Schlußprotokoll.

Verhandelt Berlin, 12ten Oktober 1864.

I. Zum Separat-Artikel 3 des Vertrages vom 28. Juni 1864.

Man ist darüber einverstanden, daß der, dem Separatartikel 3 des Vertrages vom 28. Juni 1864 beigefügte Zolltarif gleichzeitig mit dem Vollzuge des Handels-Vertrages mit Frankreich, jedoch unter Beachtung der vertragsmäßig feststehenden Fristen in Wirksamkeit zu setzen ist.

Die Preußischen Bevollmächtigten erklären, daß ihre Regierung die vor dem Vollzuge des gedachten Vertrages mit Frankreich zu führenden Verhandlungen sofort nach Ratification des Vertrages vom heutigen Tage einleiten und soweit es irgend thunlich beschleunigen werde. Die übrigen Bevollmächtigten ertheilen die Zusage, daß ihre Regierungen die Erklärung über das Ergebniß dieser Verhandlungen in kürzester Frist abgeben werden.

199.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

La Faraz bei Veraz 18/11 64.

Mit verbindlichem Dank erhalten Sie beifolgend die mir zur Einsicht zugesandten Depeschen. 1864 18. 11.

Es freut mich aufrichtig, daß der Friede endlich ratificirt, und die Herzogthümer somit für immer befreit, nun mehr einen

1864 18. 11.

selbständigen Theil des Deutschen Bundes ausmachen werden. Möge nun bald auch der Meistberechtigte unter den Bewerbern in sein rechtmäßiges Erbe als Herzog eingesetzt werden und hierdurch jene Angelegenheit mit dem würdigen Schlusse beendigt sein. Mit unserem Könige freue ich mich über seine und seines tapferen Heeres Erfolge, und mache Ihnen mein Compliment über das Glück, welches Sie in der Herzogthümer- wie in der Zollvereins-Frage auf Ihrer Seite hatten.

Die Rendsburger Angelegenheit wird wohl bald ihre Erledigung finden, wie auch die Besetzung der Elbherzogthümer ihrer Regelung durch die mir gestern seiten des Kriegs-Ministeriums zugegangenen Mittheilungen entgegengeht. Unterhaltend finde ich die verschiedenartigen Auffassungen und Auslegungen der italienisch-französischen Convention, die wohl momentan noch in ihrer Wiege schlummert!

Ich verstehe sehr wohl die Motive, welche Sie bewegten in der Zoll- und Handelsfrage Oesterreich ein gewisses Entgegenkommen zu zeigen, und giebt das Reservat in Bezug auf den bloß verhandelnden Charakter jener Annäherung vorläufig eine Art Garantie vor künftigen Concessionen oder Veränderungen unseres Standpunktes. Um so gewichtiger ist für mich Ihr Wort: daß wir keine Zoll-Einigung wollen und daß Oesterreich stets an unserem Willen scheitern wird. Unter solchen Umständen kann ich meine sonst entschiedene Abneigung gegen ein noch so geringes Stückchen Entgegenkommen mäßigen, der Zukunft weitere Belehrung anheimstellend.

In der Köln-Trierer Bischofswahl-Angelegenheit beklage ich auf das Tiefste das dem Trierer Kapitel gemachte Zugeständniß des Listenverfahrens. Dieses, erst in Trier bei Arnoldi's Wahl ins Leben gerufene, sonst nicht gebräuchliche, auch bei den Verhandlungen vor Abschluß der Convention von 1821 entschieden unsererseits abgewiesene Verfahren ist den Jesuiten und Ultramontanen für ihre Zwecke sehr willkommen.

Die Regierung spielt ein Hazardspiel, kann leicht dupirt werden. Hingegen wird sie sicher gehen, wenn der in der Convention bezeichnete Weg der Einigung durch den Regierungs-Kommissar mit dem Kapitel über die persona grata vor Beginn jeglicher Wahl beibehalten wird. Nach meiner Ansicht darf nicht eher geruht werden, als bis Kommissar und Kapitel vollständig fertig durchgekämpft haben, und die persona grata ganz unzweifelhaft feststeht, so daß die Kapitels-Wahl nur noch eine äußere Ceremonie bleibt.

1864 18.11.

Der gegenwärtige abermals in Trier zugelassene Listen-Modus, muß in Rom wie auch bei den Jesuiten als ein sehr willkommener Präcedenz-Fall begrüßt werden und wird die Kölner Sache nur erschweren. Denn, so werden wir's zu hören bekommen, warum in Köln die Liste verbieten, wenn selbige in Trier angängig erschien?

Ich habe meine ganze Aufmerksamkeit auf jene 2 erledigten Bischofs-Sitze gerichtet, deren künftige Verwalter uns entweder die größten Feindseligkeiten oder aber wesentliche Stützen bereiten könnten. Ich weiß, daß die vernünftigen Katholiken unserer Lande sehnlich auf einen endlich gemäßigten, besonnenen Erzbischof harren, wie es einst v. Spiegel*) war, denn selbst die Rheinländer sprechen es laut aus, daß die Regierung Ernst machen müßte, dem täglich mehr um sich greifenden Einfluß der Jesuiten und Ultramontanen gegenüber, da die westlichen Bischöfe jeder in seiner Art, durch That oder durch Gewährenlassen, jenem Treiben die Thore weit geöffnet hätten, und mithin die verderblichsten Verwickelungen sich vorbereiteten. Möge denn in Trier die Wahl auch wirklich den Regierungscandidaten treffen! Für Köln lege ich es Ihnen dringend ans Herz, falls nicht das Schisma innerhalb des Domcapitels bereits eine directe Vereinbarung mit Rom herbeiführt, jeden-

*) Erzbischof von Köln, † 2. August 1835.

1864 18. 11. falls kein Listen-Verfahren aufkommen zu lassen, sondern durch einen evangelischen Regierungs-Kommissar die persona grata feststellen zu lassen.

Ihr
ergebener
Friedrich Wilhelm KPz.

P.S. Ich bitte um einige Tage Bedenkzeit in der Schweinitz-v. d. Burg'schen Frage.

200.

General Graf v. Nostitz an Bismarck.

Verehrteste Excellenz,

1864 26. 11. Ew. Excellenz wird es eine wohlthuende Genugthuung gewähren, wenn ein Mann, der in einem langen, sehr bewegten Leben vielfache Beweise treuer Vaterlandsliebe gegeben, bei der Ihnen gewordenen, so wohlverdienten Ernennung zum Ritter des schwarzen Adler-Ordens seine aufrichtige Freude darüber ausspricht, und (Sie) als Collegen herzlich begrüßt. Unser vortrefflicher König hat auf dem Schlachtfeld unterstützt durch seine tapfre Armee und im Cabinet durch Ihren ebenso weisen als energischen Rath, Preußen die Stellung in Europa wieder gegeben, welche es einst besessen, zu welcher Friedrich der Große festen Grund gelegt.

Das Vaterland wird seinem König und denen, die ihm so kräftig beigestanden, dafür treuen Dank bewahren, und die preußische Geschichte ihre Nahmen unsterblich machen.

Mit wahrer Hochachtung
Ew. Excellenz
aufrichtig ergebenster
Graf v. Nostitz
General der Kavallerie.

Zobten
bei Loewenberg in Schlesien
den 26. Nov. 1864.

201.

Präsident Ludwig v. Gerlach an Bismarck.

1865
2. 1.

I. Wenn der König das Beitzkesche Ehrengerichtsurtheil nicht bestätigt, so würde eine natürliche Folge sein, daß künftig die Ehrengerichte in solchen Fällen auf Freisprechung erkenneten, was doch ein arges Uebel wäre. Will der König gnädig sein, so kann er ihn ja nach Befinden nach einiger Zeit begnadigen oder rehabilitiren.

II. In der Schleswig-Holsteinschen Sache ist ein Hauptgrund die Rechtsbeständigkeit der Entsagung des alten Augustenburgers und deren Verbindlichkeit für sein ganzes Haus, an welcher ich als Jurist keinen Zweifel habe. Es ist dieß zugleich ein Ehrenpunkt für Preußen und für Sie selbst, verehrter Freund, da Sie dieselbe vermittelt haben. Aber gerade hierüber ist altum silentium.

Mit verbindlichem Dank für Ihr gütiges Vertrauen

der Ihrige

2. Jan. 65. L. v. Gerlach.

202.

Appellationsgerichtspräsident Adolph v. Kleist an Bismarck.

Verehrtester Freund

1865
7. 6.

Ich wage es nicht, mich in diese höchst delicate Angelegenheit*) ungefragt einzumischen, am wenigsten Ihre Frau Gemalin hineinzuziehen und bin deshalb schon gestern Abend, als sie

*) Bismarck hatte den Abg. Virchow wegen des in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 2. Juni gegen den Ministerpräsidenten erhobenen Vorwurfs der Unwahrhaftigkeit auf Pistolen fordern lassen.

1865 7. 6. dieselbe berührte, gar nicht darauf eingegangen, halte mich aber verpflichtet, Ihnen den soeben erhaltenen Brief von Gerlach zu Ihrer Kenntnißnahme mitzutheilen mit dem Bemerken, daß ich damit vollkommen einverstanden bin, die Beleidigung an sich auch nicht für so erheblich halte, um solchen Ausgang zu erfordern, daß alle Männer von Ehre, die ich darüber gesprochen habe, derselben Ansicht waren und daß es ein sehr schlimmes Präcedens für alle Minister Sr. Majestät des Königs wäre, wenn solche Angelegenheiten solchen Ausgang nehmen müßten.

Mit alter Verehrung Ihr

treu ergebenster

Berlin 7/6. 65. v. Kleist.

Ich bitte um gütige Rücksendung von Gerlachs Brief, allenfalls ohne alle Antwort, bin aber natürlich zu jeder Thätigkeit und Theilnahme bereit.

203.

v. Natzmer an Bismarck.

Verehrtester Bismarck

1865 7. 6. Du wirst es mir wohl verzeihen, und der größten Verehrung für Dich, welche mich dazu treibt, zu Gute halten, wenn ich mich unberufen in Deine Angelegenheiten mische, um mir die Bitte zu gewähren: an Deine Stelle treten zu dürfen, wenn eine tückische Kugel Dich an der Fortsetzung verhindern sollte. Die Laune des Schicksals ist unerforschlich, und bin ich über Deine Angelegenheit so aufgeregt, daß ich es Dir gar nicht aussprechen kann.

Nochmals bitte ich Dich, meine Zudringlichkeit zu verzeihen, die Absicht nicht zu verkennen, und die Versicherung meiner

Ergebenheit für alle Fälle zu gestatten, mit der ich in größter Verehrung stets sein werde 1865 7. 6

Dein

Dich hochschätzender

Berlin, d. 7/6. 65. C. E. Ratzmer.

204.

Bismarck an Professor Virchow.

Berlin 8 Juni 1865.

Eure Hochwohlgeboren

haben in der Sitzung vom 2 d. M. eine persönliche Beleidigung gegen mich ausgesprochen, indem Sie meine Wahrheitsliebe in Zweifel zogen. Ich habe Sie am folgenden Tage durch Herrn v. Puttkamer*) ersuchen lassen, mir hierfür die Genugthuung zu gewähren, zu welcher ich mich berechtigt halte. Nach Ihrer damaligen Rückäußerung durfte ich hoffen, daß Sie die Angelegenheit im Wege einer Ehrenerklärung erledigen würden; die durch Ihre Abwesenheit unterbrochnen Verhandlungen darüber haben dieses Resultat nicht ergeben. 1865 8. 6

Ich bin daher in der Nothwendigkeit, die am 3 c. verlangte Genugthuung wiederholt von Ihnen zu fordern, und erbitte Ihre Erklärung, ob Sie bereit sind, meinem durch Herrn v. Puttkamer an Sie gestellten Verlangen zu entsprechen. In diesem Falle ersuche ich Sie, einen Ihrer Freunde zu bezeichnen, der mit dem Herrn Kriegsminister, welcher die Güte haben will, mir als Zeuge zu dienen, die nähern Verabredungen wegen Ort und Stunde trifft.

Ihrer gefälligen Antwort entgegensehend bin ich

Eurer Hochwohlgeboren

ergebner Diener

v. Bismarck-Schönhausen.

---

*) Bernh. v. Puttkamer, Hauptmann im 2. Garde-Regiment.

205.

Kriegsminister v. Roon an Bismarck.

Berlin 8. 6. 65.

Lieber B.!

1865 8. 6. Soeben 9½ Uhr kehre ich von Virchow zurück. Er war schon um 7 Uhr ausgegangen. Jetzt fahre ich in die Kammer, wo ich, wenn thunlich, meinen Auftrag ausrichten will. Aber — Alles wohl überlegt — es scheint mir für Sie kaum ausführbar, das fragliche Geschäft abzumachen und Abends nach Stralsund zu reisen. Ich werde indeß mein Bestes thun.

Ihr

v. Roon.

206.

Kriegsminister v. Roon an Virchow.

Berlin 8. 6. 65.

1865 8. 6. Nachdem ich gestern Abend und heute früh Sie in Ihrer Wohnung zu treffen vergeblich versucht habe, um einen übernommenen Auftrag auszurichten, stelle ich Ew. Hochwohlgeboren anheim, mir für einen Augenblick Ihre Gegenwart im Ministerzimmer zu schenken; den geeigneten Moment überlasse ich Ihnen zu wählen.

Hochachtungsvoll

v. Roon.

207.

Kriegsminister v. Roon an Bismarck.

Berlin 8. 6. 65.

1865 8. 6. Auf Forckenbecks Antrag hat der Präsident*) erklärt, daß Virchow sich nicht schlagen dürfe, daß das Haus allein zu

*) Grabow.

befinden habe, ob ein Minister beleidigt sei. Ich habe geantwortet: „der Mann sei der Wächter seiner eignen Ehre, niemand sonst*)!“ 1865 8. 6.

Es wird darüber seit 3/4 Stunden fort discutirt. Jetzt brüllt der Löwe vom Stamme Juda. — Der stenographische Bericht soll Ihnen sobald als möglich zugehen.

v. Roon.

Das an Virchow meinerseits gerichtete Billet ist unbestellbar, da er nicht ins Haus gekommen ist. Das Billet lege ich bei.

208.

Minister F. zu Eulenburg an Bismarck.

Telegraphische Depesche.

Aufgegeben in Prenzlau den 8. Juni 1865 9 Uhr 18 Min. Vorm.
Angekommen in Berlin den 8. Juni 1865 9 Uhr 28 Min. Vorm.

Geben Sie gleich Nachricht nach Stralsund. 1865 8. 6.

Eulenburg.

209.

Bismarck an Minister F. zu Eulenburg.

Telegramm.

Berlin 8 Juni 1865.

Minister Graf Eulenburg.
Stralsund.

Heut früh mehrstündige Debatte auf Antrag Forckenbeck, Duell für Abgeordneten unzulässig erklärend. Von Virchow eigne Erklärung über Annehmen oder Ablehnen noch nicht erreicht. 1865 8. 6.

Bismarck.

---

*) Vgl. Kriegsminister v. Roon als Redner II, 338 ff.

210.

v. Hennig an v. Keudell.

Ew. Hochwohlgeboren

1865 8. 6. haben mich nicht weiter benachrichtigt, ob Sie die Aussicht auf eine Ausgleichung der zwischen Herrn v. Bismarck und Herrn Professor Virchow obschwebenden Differenz für nicht mehr vorhanden ansehn.

Professor Virchow wünscht die Sache zu beendigen und hat mich beauftragt, Ihnen mitzutheilen, daß er von der Ansicht ausgehe, er habe seinerseits das Mögliche zu einer Ausgleichung gethan, indem er sich bereit erklärt hat, die von Bismarck gewünschte Erklärung unter einer unverfänglichen Bedingung abzugeben. Da hierauf bis zu diesem Augenblick keine Antwort eingelaufen ist, so habe ich den weiteren Auftrag, Ihnen anzuzeigen, daß Professor Virchow ein Duell bestimmt ablehnt und zwar um so mehr, als die Angelegenheit ohne seine Schuld in die Oeffentlichkeit gekommen und heute sogar im Abgeordnetenhause zur Sprache gebracht worden ist. Seine politischen Freunde und auch der Herr Präsident des Hauses haben ihm die Pflicht auferlegt, das Duell nicht anzunehmen.

Ich bitte Sie Herrn v. Bismarck hiervon unterrichten und ihn zugleich davon in Kenntniß setzen zu wollen, daß Professor Virchow bereit ist, die zugesagte Erklärung unter der von mir formulirten Bedingung im Hause abgeben zu wollen, wobei ich ausdrücklich bemerke, daß es ihm nur auf den Sinn und nicht auf den Wortlaut der letzteren ankommt.

Mit bekannter Hochachtung und Ergebenheit

Berlin, 8/6. 65. Hennig.

211.

v. Keudell an Kriegsminister v. Roon.

Berlin, den 8. Juni 1865.

Ew. Excellenz

beehre ich mich die Anlage zu hochgeneigter Kenntnißnahme mit der gehorsamsten Anzeige vorzulegen, daß ich Herrn von Hennig erwidert habe, ich sei bei der jetzigen Sachlage zur Entgegennahme von Erklärungen des Herrn Professor Virchow nicht mehr ermächtigt. 1865 8. 6.

v. Keudell.

212.

Kriegsminister v. Roon an Bismarck*).

Br. m. mit der Bemerkung, daß Herr Virchow meinem Boten mit dem Ihnen bekannten Briefe geantwortet, er werde heute Abend zwischen 7 und 8 Uhr zu mir kommen. Er ist bis jetzt — 9 Uhr — nicht erschienen. Unter diesen Umständen halte ich die Angelegenheit im Hinblick auf die heutigen Vorgänge im Abg.-Hause im Wesentlichen für erledigt. 1865 8. 6.

Berlin 8/6. 65. v. Roon.

213.

Professor Virchow an Kriegsminister v. Roon.

(Ohne Datum, Expeditionsvermerk: Pr. 8/6. 65 Abds. 9 Uhr.)

Ew. Excellenz

erwidere ich auf das gefällige Schreiben vom heutigen Tage ganz ergebenst, daß Herr v. Hennig in meinem Namen heute Herrn v. Keudell benachrichtigt hat, 1865 8. 6.

---

*) Im Anschluß an v. Keudells Brief.

1865 8. 6.

1) daß ich das Duell ablehne,

2) daß ich noch gegenwärtig bereit bin, die von dem Herrn Minister-Präsidenten gewünschte Erklärung im Hause abzugeben, sobald mir die Zusicherung des Herrn Ministerpräsidenten ertheilt wird, daß er seiner Aeußerung über Hannibal Fischer*) keinen für den Berichterstatter (oder die Kommissions-Mitglieder) persönlich beleidigenden Sinn habe unterlegen wollen.

Da ich in diesem Zugeständniß bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen bin, so würde es mir erwünscht sein, eine etwaige weitere Verhandlung über den Wortlaut der Erklärungen nicht persönlich, sondern, wie bisher, durch Vermittelung des Herrn v. Hennig zu führen.

Genehmigen Euer Excellenz die Versicherung der ausgezeichneten Hochachtung, mit der ich zeichne

Ew. Excellenz

ganz ergebenster

R. Virchow

Mitglied des Hauses der Abgeordneten.

214.

Kriegsminister v. Roon an Bismarck**).

1865 8. 6.

Nach meiner Auffassung reicht es aus, daß Hr. V. das Duell ablehnt, um ... Ich würde darauf allein mich

*) In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 1. Juni 1865 hatte Bismarck mit Bezug auf den Antrag der Commission, die von der Regierung geforderten Gelder für den Kieler Hafen abzulehnen, gesagt: „Ich glaubte, wir würden nicht genug gefordert haben, Sie würden das Bedürfniß haben, noch bestimmter und schneller die maritimen Unternehmungen zu fördern; ich war nicht darauf gefaßt, in dem Bericht der Commission eine indirecte Apologie Hannibal Fischers zu finden, der die deutsche Flotte unter den Hammer brachte."

**) Als Randbemerkung auf Virchows Brief.

stützen. Weitere Verhandlungen — zu denen ich übrigens bereit bin — werden zu gar nichts führen. Das ist unzweifelhaft, um so mehr, als Herr Virchow die persönliche Verhandlung mit mir ablehnt und den andern — Hennig vorschiebt, auf dessen Antrieb die heutige parlamentarische Comödie gespielt hat. — 1865 8. 6.

v. R.

215.

Regierungsrath Zitelmann an Bismarck.

Virchow war bis gegen 12 Uhr in der Charité; dort holte ihn der rothe Becker*) ab und brachte einen Brief von Hennig mit. Beide fuhren darauf nach dem Abgeordneten-Hause. Es ergiebt sich hieraus, daß die Scene im Abgeordneten-Hause mit Vorwissen Virchows stattgefunden hat. — 1865 8. 6.

Zitelmann.

216.

Regierungsrath Zitelmann an Bismarck.

Virchow hat um 2 Uhr zu Taddel**) erklärt, er nehme das Duell nicht an; Herr v. Hennig werde noch heute an Herrn v. Puttkamer deswegen schreiben. — 1865 8. 6.

Zitelmann.

217.

Graf Arnim-Boytzenburg an Bismarck.

Verehrteste Excellenz!

Vom Lande zurückgekehrt, vernehme ich die Lage der Virchowschen Angelegenheit. Da manche der Ew. Excellenz — 1865 8. 6.

*) Hermann Heinrich Becker, Mitglied der Fortschrittspartei, später Oberbürgermeister von Köln.

**) Abgeordneter, Mitglied der Fortschrittspartei.

1865 8. 6. näherstehenden Personen abwesend sind, so bitte ich über mich zu bestimmen, falls ich in derselben irgendwie nützlich sein kann, andernfalls aber Ihre Zeit nicht mit einer Antwort zu beschränken. —

Gott sei mit Ihnen.

Der Ihrige

Berlin, den 8. Juny 1865. Graf Arnim-Boytzenburg.

218.

General Graf Nostitz an Bismarck.

Berlin, d. 9. Juny 1865.

Verehrte Excellenz

1865 9. 6. Die Ihnen gewidmete aufrichtige Theilnahme erhält auch mich in steter Besorgniß über das End-Resultat Ihres gegen Herrn Virchow gethanen Schrittes und entschuldigt meine Indiscretion, Sie um ein vertraulich Wort in dieser Sache zu bitten. Ich hoffe, Sie schlagen es nicht ab.

Mit wahrer Hochachtung

Graf v. Nostitz.

219.

Minister F. zu Eulenburg an Bismarck.

Stralsund 9. Juni 1865.

1865 9. 6. Besten Dank für das Telegramm, verehrter Freund. Sie glauben nicht, in welcher Unruhe wir gestern den ganzen Tag über geblieben sind. Ueberm Diner blieben mir die Bissen im Munde stecken, bis endlich ein beruhigendes Telegramm von Roon und endlich Abends spät auch das Ihrige kam. Lassen

Sie es sich nicht verdrießen, mir noch einmal zu telegraphiren oder zu schreiben, wie die Sache sich definitiv geregelt hat. Ich bin heute und morgen in Putbus. Gestern ging hier alles gut. Nur der Gedanke an Sie beunruhigte Ihre Freunde. 1865 9. 6.

Von ganzem Herzen der Ihrige

Eulenburg *).

220.

Kriegsminister v. Roon an Bismarck.

Berlin 18. 6. 65.

Im heutigen Morgenblatt der National-Zeitung lese ich, der Kronprinz sei gestern aus Pommern zurückgekehrt und habe sich nach Potsdam begeben. Wissen Sie davon? Haben Sie es etwa veranlaßt mit Bezug auf die morgen stattfindende Conseil-Sitzung? 1865 18. 6.

Falls Sie nichts davon wissen, werde ich das Faktum durch telegraphische Anfrage festzustellen suchen, was ich sonst, um des damit verknüpften Aufhebens willen, vermeiden möchte. Ich bin sehr unpaß. Guten Morgen!

Ihr

v. Roon.

221.

Bismarck an Kriegsminister v. Roon.

Telegraphisch erfahre ich eben, daß der Kronprinz in Potsdam ist und bis morgen früh bleibt. Ich werde, wozu ich in dem Telegramm die Aufforderung sehe, S. Königliche Hoheit 1865 18. 6.

*) In der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 17. Juni 1865 gab Virchow die von ihm geforderte Ehrenerklärung, Stenogr. Berichte 1865, S. 2250—2253.

1865 18. 6. um eine Audienz nach der Tafel bitten, zu der ich um 2 hinüberfahre. Soll ich sagen, daß Sie ihn auch sehn möchten, oder sind Sie zu unpaß? Jedenfalls wünsche ich von Herzen Besserung.

Ihr

v. Bismarck.

222.

Kriegsminister v. Roon an Bismarck.

Berlin 18/6. 65.

1865 18. 6. Ich würde es heute nicht unternehmen können nach Potsdam zu fahren und dort die immerhin schwierige und aufregende Verhandlung zu führen.

Ihr

v. Roon.

223.

Kriegsminister v. Roon an Bismarck.

Erdmannsdorf 9. Juli 1865.

Lieber Bismarck!

1865 9. 7. Der Ober-Präsident v. Senfft hat mir vor meiner Abreise von Berlin den Entwurf eines Schreibens an S. Majestät gezeigt, worin er auseinandersetzt, wie wichtig es für die Zukunft des Kronprinzen wie des Landes sei, wenn der Erstere auch als Spitze der Civilverwaltung der Provinz, deren Statthalter er heißt, eingesetzt werde, mit Einem Worte, daß er nicht blos commandirender General, sondern auch Ober-Präsident von Pommern werde. Damit ist die Bitte um die eigene Verabschiedung Senffts verbunden, während die Nothwendigkeit eines jungen thatkräftigen Ablatus an seiner Stelle hervorgehoben wird. Senfft erklärte gleichzeitig, daß er diesem Projekt natürlich eine weitere Folge nicht geben

werde, falls es Ihnen nicht passe; er habe mit Ihnen darüber reden, aber nicht correspondiren wollen und stelle mir nun Alles weitere anheim, da Sie abgereiset. Er fügte hinzu, daß er früher schon dem Kronprinzen davon gesprochen und die Antwort erhalten habe, der Herr traue sich die erforderlichen Eigenschaften nicht zu; die Frau Kronprinzeß habe dagegen ausgerufen: „Lieber heut als morgen.“ —

1865 9. 7.

Natürlich habe ich den alten Projektmacher verpflichtet, die Sache auf sich beruhen zu lassen, bis Sie sich darüber geäußert. Ich war bisher zu abgespannt, um darüber zu schreiben; jetzt mahnt mich Senfft, und ich überwinde meine Abspannung. Senfft habe ich eröffnet, daß es zur Würdigung seines Projekts sehr wesentlich, wer der Ablatus sein solle; ich fragte, an wen er dabei gedacht; er antwortete, an den verstorbenen Werthern. Sie werden begreifen, daß ich Mühe hatte, ihm nicht ins Gesicht zu lachen. — Ich will Ihnen nicht verhehlen, daß ich die Pläne Senffts eigentlich nur für Simulation halte, um zu erfahren, wie wir mit dem Kronprinzen stehen und welche innere Politik wir zu machen denken; denn es liegt auf der Hand, daß wir keinen Ober-Präsidenten einsetzen werden, der nicht mit uns durch Dünn und Dick geht. Ich wußte bereits durch Moritz*), daß Senfft allerlei bedenkliche Reden über Verfassungs-Eid u. s. w. geführt, und die Nothwendigkeit angedeutet, sich vor solchen Eventualitäten zurückzuziehen, weil er nicht die Verantwortlichkeit des Eindrucks auf sich laden wolle, den es machen müsse, wenn selbst er, Senfft, bei gewissen Maaßregeln, die er nicht mitmachen könne, seinen Abschied fordere; darum sei es besser, er gehe vorher. Seine Liebhaberei für krumme Wege hat ihm nun eingegeben, jenes bereits vor Jahren gefaßte Projekt jetzt zu produziren, um durch unsere etwanige Genehmigung desselben zu erfahren, daß wir nichts Gefährliches

*) v. Blanckenburg.

1865 9. 7. vorhaben. Ich habe ihm geschrieben, er müsse zunächst den Ablatus in petto nennen, den er neulich noch nicht gewußt.

Ueber das Projekt selbst zu sentiren, halte ich für überflüssig, da die Vortheile, Nachtheile und Schwierigkeiten der Ausführung auf der flachen Hand liegen. Ich hätte Sie überhaupt mit dem Schwindel nicht behelligt, wenn ich Senfft nicht gesagt, ich würde es Ihnen mittheilen. Also gelegentlich ein Wort darüber!

Ich bin am 5. hier eingetroffen und zwar wie S. Majestät Ihnen vielleicht mitgetheilt, nach Entgegennahme verschiedener Loyalitäts-Demonstrationen, die mir von Herrn von Elsner*) u. A. zubereitet waren. Hier, wo es sehr schön, wo Alles schön, außer meinem Zipperlein und Asthma, wird mir von den Loyalen viel vorgeklagt über den schlechten Einfluß der benachbarten Seehandlungs-Fabrik, welche zu besichtigen ich Bodelschwingh versprechen mußte.

Wie geht es Ihnen? Man sagte mir in Berlin, Sie hätten ein rheumatisches Bein? ich komme an manchen Tagen nicht von der Stelle.

In herzlicher Ergebenheit und vollkommener Resignation

Ihr

v. Roon.

224.

Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm.

Carlsbad den 15 Juli 1865.

Durchlauchtigster Kronprinz
Gnädigster Herr

1865 15. 7. aus dem anliegenden Auszuge wollen Eure Königliche Hoheit den wesentlichen Inhalt derjenigen Eröffnungen gnädigst ersehn,

*) Johann Gottfried Elsner, ein hervorragender schlesischer Landwirth.

welche Seine Majestät der König befohlen haben, theils am 11 d. M.*) theils am gestrigen Tage an das Wiener Cabinet zu richten. Die Kürze der Zeit und das Mißverhältniß der hiesigen Arbeitskräfte zu den laufenden Geschäften machen es unmöglich, dem Courier eine vollständigere Darstellung des umfangreichen Schriftwechsels mitzugeben, welcher in den letzten Tagen zwischen hier und Wien stattgefunden hat. Die Anlage enthält aber die Darstellung der daraus hervorgegangenen Situation. Um auf alle Eventualitäten, welche aus derselben sich entwickeln können, vorbereitet zu sein, wollen des Königs Majestät die Beschaffung der für eine etwaige Mobilmachung nöthigen Geldmittel, ohne Contrahirung einer Anleihe, anordnen und zugleich solche Verbesserungen der militärischen Ausrüstung, welche ohnehin in Aussicht standen, mit möglichster Beschleunigung ins Werk setzen lassen. Um in dieser Beziehung die nöthigen Beschlüsse zu fassen, wird in Regensburg am 21 d. M. eine Conseil-Sitzung abgehalten werden, zu welcher ich die Minister auf allerhöchsten Befehl heut einlade. Seine Majestät waren zwar der Meinung, daß die Entfernung Eurer Königlichen Hoheit die Betheiligung nicht gestatten werde; ich glaube indessen, Höchstdieselben, so schleunig als es in Ermangelung eines telegraphischen Chiffres möglich ist, von der Sachlage in Kenntniß setzen zu sollen. Sollten Eure Königliche Hoheit nicht nach Regensburg kommen, so bitte ich unterthänigst, nach dem Conseil und nach einer Unterredung, welche ich am Tage darauf mit Baron von der Pfordten haben soll, weiteren Bericht erstatten zu dürfen. Zugleich erlaube ich mir die ehrerbietige Anfrage, ob Eure Königliche Hoheit nicht befehlen, daß Höchstdenselben aus dem auswärtigen Ministerium ein Chiffre behufs sicherer telegraphischer Correspondenz übersandt werde. Die Benutzung desselben wird einem der Adjutanten Eurer König-

1865 15. 7.

*) Vgl. Sybel, Begründung des Deutschen Reichs IV, 149.

1865 15. 7. lichen Hoheit gewiß bekannt sein, und ist auch ohne besondere Anleitung nicht schwierig. Ich stelle unterthänigst anheim, Höchstdero Befehle in dieser Beziehung direct an Herrn v. Thile gelangen zu lassen.

Im politischen, wie besonders im finanziellen Interesse, um das Sinken der Course der vom Staate zu verwerthenden Effecten zu verhüten, erlaube ich mir die Nothwendigkeit der sorgfältigsten Geheimhaltung der Situation und der zu fassenden Entschließung ehrfurchtsvoll hervorzuheben.

In Ehrfurcht verharre ich

Eurer Königlichen Hoheit

unterthäniger Diener

v. Bismarck.

225.

Kriegsminister v. Roon an Bismarck.

Telegramm.

Erdmannsdorf, den 15. Juli 1865, 6 Uhr 40 Min. Vorm.
Ankunft 8 Uhr 40 Min. Vorm.

1865 15. 7. Meine Kur muß die Reise gestatten; ich werde am 19ten oder 20ten in Regensburg eintreffen.

v. Roon.

226.

Kriegsminister v. Roon an Bismarck.

Berlin 14/12. 65.

1865 14. 12. Ich war heut 1/2 1 an Ihrer Thür, nicht aber an Ihrem Bette, um Sie zu bitten, — vielleicht überflüssigerweise — zum Freitag Abend und Sonnabend keine Staats-Ministerial-Sitzung anzusetzen, bei welcher meine Gegenwart etwa erwünscht wäre, weil ich auf 36 Stunden verreisen will.

Hoffentlich haben Sie so gut als lange geschlafen? — Se. Majestät scheinen geneigt, 2 Infanterie-Regimenter aus Schleswig zurückzuziehen. 1865 14. 12.

Ihr

v. Roon.

227.

Marquis Wielopolski an Bismarck.

Monsieur le Comte,

Depuis qu'il m'a été donné de faire la connaissance de Votre Excellence, je n'ai cessé de suivre avec un constant et sympathique intérêt les phases de votre noble et courageuse carrière. 1866 8. 5.

La nouvelle de l'attentat*) commis contre votre personne m'a vivement ému: je m'empresse de témoigner à Votre Excellence toute ma joie de la conservation de vos jours et de vous en féliciter sincèrement.

Avec tant d'autres je forme des voeux ardents pour que, Dieu aidant, votre grande oeuvre s'accomplisse, afin de devenir un abri de la vraie civilisation et un rempart de l'ordre social, que des menées anarchiques, pratiquées de côtés opposés tantôt dans les bas fonds de la société, tantôt à son sommet au nom d'un pouvoir aveuglé, font aujourd'hui chanceler sur ses bases.

Recevez, Monsieur le Comte, l'assurance de mon véritable et profond respect.

Dresde ce 8 Mai**) 1866.
(Ostra-Allée 11.)

Le M[qui]s Wielopolski.

---

*) Vom 7. Mai (Blind).
**) Orig.: Avril.

228.

Hofmarschall A. zu Eulenburg an Bismarck.

Adjutantur Sr. Königlichen Hoheit des Kronprinzen.

Neues Palais bei Potsdam, den 24. Mai 66.

Hochgeborner Herr Graf!

1866 24. 5. Euer Excellenz soll ich Seiner Königlichen Hoheit des Kronprinzen Bedauern darüber aussprechen, daß Höchstderselbe Sie und Ihre Frau Gemahlin heute gar nicht begrüßt hat. Seine Königliche Hoheit sandte mich noch ab, um Euer Excellenz zu suchen, doch fuhr Ihr Wagen eben aus dem Palais.

In größter Hochachtung und Verehrung
Euer Excellenz
gehorsamster
A. Eulenburg.

229.

Freiherr Anton v. Gablenz an Bismarck.

Hochgeborner Herr Graf.

1866 11. 6. Die Depesche vom 4ten d., die mir als eine vertrauliche an Herrn von Savigny mitgetheilt wurde, lese ich jetzt veröffentlicht und finde zwei Momente darin, die muthmaßlich zu Reclamationen Veranlassung geben werden. Einmal heißt es: „von einer unpartheiischen Seite in Wien entgegennahm" ꝛc.*).

---

*) In der Depesche vom 4. Juni (Staatsarchiv XI, No. 2300 S. 72 ff., Hahn, Fürst Bismarck I, 431 ff.) heißt es: „Ich kann Eurer Excellenz ... vertraulich mittheilen, daß zu derselben Zeit, als wir die oben erwähnte persönliche Mittheilung dem Hofe zu Wien machten, der König ... bereitwillig einen Vorschlag zur directen Verständigung von einer unparteiischen Seite in Wien entgegennahm und Sr. Majestät

Dieser Satz könnte so verstanden werden, als ob ich mich als ein von Wien Beauftragter gerirt hätte. 1866 11. 6.

Das ist nun eben nicht der Fall gewesen und ich bitte dies eintretenden Falls aufzuklären. —

Sodann möchte ich fragen, ob, wenn von Ew. Excellenz die authentische Quelle zu nennen verlangt wird, ich genannt werde? ich muß allerdings vertreten, was ich auch vertraulich sagte, ich muß es aber auf mich nehmen und darf Niemand compromittiren, deßhalb wünschte ich es zu wissen, wie Ew. Excellenz derartige Anfragen beantworten werden. —

Ehrerbietungsvoll

Ew. Excellenz

ganz ergebenster

Berlin — Freiherr v. Gablenz.

den 11ten Juni 1866.

230.

Professor Gelzer an Bismarck.

Sr. Excellenz

dem Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten

Grafen von Bismarck!

Excellenz!

Ew. Excellenz wissen, wie ich voraussetze, daß ein rein confidentieller Auftrag an Se. Majestät den König mich hieher führte. Am Schlusse der Audienz gab Se. Majestät mir an- 1866 13. 6.

---

dem Kaiser von Oesterreich, ohne Betheiligung des Ministeriums mittheilte, um sich zu vergewissern, ob Se. Majestät noch von dem Wunsche, den Frieden zu erhalten, angetrieben werde. Der Vorschlag war, die Fragen über Schleswig-Holstein und die Bundesreform gemeinschaftlich zu verhandeln und durch diese Verbindung die Lösung beider zu erleichtern."

1866 13. 6. heim, ob ich über den Gegenstand meiner Mission mich vertraulich aussprechen wolle.

Anfangs hielt mich die Erwägung davon zurück, daß Ew. Excellenz inmitten der ungeheuren Spannung dieser Tage schwerlich eine Viertelstunde finden könnten zu einem ruhigen Gespräche, wie es allein mit der Natur meines Auftrages verträglich wäre.

Die vergleichsweise gegen heute idyllischen Tage unserer Neuenburger Conferenzen (Januar bis April 1857) haben nun einer ganz anderen Temperatur der Weltlage den Platz geräumt.

Dennoch glaubte ich schließlich es nicht unterlassen zu dürfen, wenigstens bei Ew. Excellenz anzufragen, ob Sie mich sehen wollen?

In schuldiger Ehrerbietung Ew. Excellenz Entscheidung entgegensehend — achtungsvoll

Dr. H. Gelzer
o. Professor der Geschichte an der Universität Berlin — zur Zeit in Basel.

Berlin, 13. Juni 1866
Hôtel de Rome 24.

231.

Prinz Friedrich Karl an Bismarck.

Ober Commando der 1. Armee.

H. Q. Görlitz d. 15. Juni 1866.
Morgens 10 Uhr.

Eure Excellenz

1866 15. 6. ich weiß bis zur Stunde nicht, welche Entschlüsse die Regierung gefaßt hat, namentlich ob am 16ten der Einmarsch in Sachsen nach erfolgter Kriegserklärung zu erfolgen hat. Ohne Zweifel werden mir heute noch die betreffenden Befehle und Mittheilungen zugehen.

Ebenso weiß ich nicht, ob wir auch an Baiern den Krieg erklären werden. In Bezug auf diesen Punkt richte ich an Sie diese Zeilen, die möglicher Weise übrig sind, wenn Sie schon das, was ich sagen werde, selbst gedacht haben. 1866 15. 6.

Im Falle wir an Baiern den Krieg erklären, halte ich es vom militairischen Standpunkte für wünschenswerth, daß wir Italien, das eine bedeutende Ueberzahl gegen Oestreich disponibel hat, dazu bewegen, eine möglichst starke Diversion nach dem bairischen Tyrol und nach Baiern überhaupt zu machen.

Eurer Excellenz

sehr ergebener Diener

Friedrich Karl.

232.

Prinz Friedrich Karl an Bismarck.

Ober Commando der 1. Armee. H. Qu. Görlitz d. 17. Juni 1866. Mittags.

Mein sehr geschätzter Herr Graf!

Heute früh erhielt ich Ihren Brief von gestern*), und gestern Nachmittag und Abend 2 Telegramme. 1866 17. 6.

Die Bevölkerung in Sachsen war sehr erstaunt über unser Einrücken, aber nichts weniger als feindlich. Sie war im höchsten Grade bereitwillig, wenn es sich um Einquartirung und um Requisitionen zum Wohle der Truppen handelte.

Es sind keine Befehle da, etwa Contributionen einzutreiben, was der Feind in unserm Lande jedenfalls thäte. Ich habe nur einige Kassen mit Beschlag belegen lassen.

Morgen wird der General Graf Bismarck (Ihr Vetter) mit dem Blücherschen Husaren- und 1. Pommerschen Ulanen

*) Concept nicht vorhanden.

1866 17. 6. Regiment No. 4 auf 3 Tage einen Streifzug über Bautzen gegen Dresden unternehmen, um falsche Nachrichten auszusprengen, Kassen zu nehmen, meine frieden- und liebe-athmende Proklamation an die Sachsen überall anzuheften und um die Preußen überall zu zeigen.

Heute ist General Bose mit 3 Batt. 1 Esc. 1 Batterie nach Bautzen gerückt. Ich habe noch nicht Nachricht von ihm.

Die Eisenbahn nach Löbau, resp. Bautzen kann bis morgen hergestellt sein.

Von den Oestreichern weiß ich nichts, als über Berlin.

Ich bin noch ohne Auftrag von Sr. Majestät, conzentrire mich aber immer mehr um Görlitz, so daß ich von übermorgen ab gleichmäßig für jeden mir etwa werdenden Auftrag bereitstehe. Witterung für Marsch günstig.

Es würde mich sehr freuen, wenn Sie mir in der Person des Herrn von Radowitz einen diplomatischen Beistand schicken wollten. Er hält sich jetzt in Paris für abkömmlich und wünscht diese oder eine militairische Verwendung bei mir[1]. Auch letztere könnte ihm werden, weshalb ich nochmals recht dringend um ihn bitte.

Ich wünschte, wir würden schnell mit Hannover und Kurhessen fertig. Von Göben und Baier wissen wir hier nichts und von Manteuffel nur, daß er über Hamburg ins Hannoversche eingerückt.

Ihr

sehr ergebener Freund

und Diener

Friedrich Karl.

Ich bin der Meinung, daß ein großer Theil Baiern vor 14 Tagen uns gegenübersteht, wahrscheinlich südlich des Erzgebirges, wenn Herwarth energisch ist.

Randbemerkung Bismarcks:

[1] Ja.

233.

Fürst Heinrich LXVII. Reuß an Bismarck.

Eure Excellenz

entschuldigen gütigst, wenn ich (in)*) der bedrängten, bösen Zeit Sie mit einigen Worten belästige. 1866 21. 6.

Ich als alter Preuße und treuer Anhänger des Königlichen Hauses möchte mir doch die Frage erlauben: Eure Excellenz werden mir und meinem Lande nichts feindliches anthun wollen? was ich von meinem gnädigen Gönner, Sr. Majestät dem Könige, wohl überzeugt bin. Daß ich bey dem Bundestag nicht gegen Preußen gestimmt habe, wird Eurer Excellenz bekannt seyn. Daß ich auf Befehl der damals noch bestehenden Militärcommission nach Rastatt geschickt habe, war wohl in der Ordnung, da ich immer gern diesen Anordnungen Folge geleistet habe. Ich bitte und erwarte daher, daß nichts feindliches gegen mich und mein Land unternommen d. h. (dieses)**) mit Einquartierung u. s. w. gestraft werde und mein Bataillon ruhig in Rastatt verbleiben kann.

Mit vollkommenster Hochachtung

Eurer Excellenz

Gera, 21. Juni 1866. ganz ergebenster

Heinrich LXVII. Fürst Reuß j. L.

234.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Heringsdorf 9. Aug. 1866.

Sie haben mir höchst merkwürdige Kundgebungen napoleonistischen Hungers zukommen lassen. Indem ich bestens für 1866 9. 8.

*) Fehlt im Orig.

**) Ergänzung des Herausgebers.

1866 9. 8. die Anlagen danke, gestehe ich, daß ich solche unerhörte Forderungen unter den heutigen Umständen nicht für möglich gehalten hätte. Entweder denkt Napoleon nicht ernstlich an die Erreichbarkeit, oder er hat seiner Zeit nicht an Goltz das gesagt, was er wirklich zu thun oder zu unterlassen gedächte.

Sollte Napoleon auf seinem Rhein-Ufer-Gelüst beharren, so haben wir allen Grund ihm dankbar zu sein, daß er uns so rasch zur Erreichung der Vereinigung Deutschlands unter ein Oberhaupt verholfen hat. Denn wenn auch mit Widerstreben, so werden dann die Deutschen sicherlich nicht anders können als sich dem Norddeutschen Bund anzuschließen.

Die angedeutete Statthalter-Stellung billige ich im Prinzip. Nur gebe ich zu bedenken, ob gerade der Anfang mit Hannover und nicht besser mit Cassel zu machen wäre. Im Ersteren herrscht Haß und Feindschaft, im Letzteren sind diese Abneigungsgesinnungen weniger craß vorhanden. Man könnte vielleicht die Statthalterschaft für Hessen und Hannover einsetzen, ohne den Wohnort bestimmt vorzuschreiben, ein Alternat ankündigend. Zu früh dürfte unter allen Umständen wohl jene Thätigkeit nicht ins Leben treten, auch meine Thätigkeit zuvor genau präcisirt sein.

Sonntag den 12. treffe ich mit den Meinigen Mittags ein, und je nach dem, was ich vorfinden werde, gehe ich entweder die Nacht nach Erdmannsdorf weiter, um bald wiederzukommen oder aber ich bleibe gleich in Berlin und gehe dann ab und zu an „Ruhetagen" nach Schlesien.

Einer Andeutung Ihrerseits sehe ich am Sonntag entgegen.

Ihr

ergebenster

Friedrich Wilhelm. KPz.

235.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

7 Uhr Abds.
12/8. 66.

Die Kronprinzessin würde sich freuen, Sie heute noch sprechen zu können, da sie Nachts 11 Uhr nach Schlesien weiter reist. Wenn nun Ihr Zustand Ihnen gestattet, um 8 Uhr zu mir zu kommen, so erwarte ich Sie in meinem Palais; fühlen Sie sich jedoch zu angegriffen, so komme ich zu Ihnen.

1866 12. 8.

Mündliche*) Antwort erbeten!

Friedrich Wilhelm KPz.

236.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

18/2. 67.

Der König theilte mir heute durch Billet mit, daß er morgen nach Dresden reise, mich fragend, ob ich Lust hätte, ihn zu begleiten. Lust empfand ich allerdings nicht, glaube aber Recht zu thun, S. Majestät zu begleiten, zumal man in Sachsen zur Genüge weiß, wie ich über die Verträge denke, und ich keinen Groll nachtragen will, wo abgeschlossene Thatsachen vorliegen.

1867 18. 2.

Da die Reichstags-Eröffnung herannaht, auch wohl nächster Tage die Commissare ernannt werden, möchte ich Sie dringend auf den Minister v. Watzdorf**) als einen erziehlich***) empfehlenswerthen Candidaten für jene Functionen hinweisen. Ich

*) Zweimal unterstrichen.
**) Großherzogl. sächsischer Staatsminister.
***) d. h. für die nationale Erziehung der Minister anderer Staaten.

1867 18. 2. nehme nämlich an, daß auch etliche Nicht-Preußen als Commissare fungiren werden, und wüßte unter den Ministern des Norddeutschen Bundes kaum einen zweiten zu finden, dem 25jährige Erfahrung, Achtung und großes allseitiges Vertrauen so zur Seite stünden wie Watzdorf, über den Sie mit mir kürzlich noch mit lobenden anerkennenden Worten in Folge seines Verhaltens in Berlin gesprochen haben.

Ferner möchte ich Sie noch darauf aufmerksam gemacht haben, daß es des Eindrucks wegen gewiß gut wäre, wenn bei der Eröffnung aller Pomp entfaltet werde wie 1847 bei Eröffnung des 1ten vereinigten Landtags und 1861 nach meines Vaters Thronbesteigung bei der Eidesleistung, wo S. Majestät sich die Reichsinsignien vortragen ließ. Endlich, ob nicht gleich am Montag ein großes Diner im weißen Saal für sämmtliche Reichstagsabgeordnete die „Leute" gut stimmen würde.

Ihr

Friedrich Wilhelm KPz.

237.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Berlin 21. Februar 1867.

1867 21. 2. Ich bin Ihnen zu Dank verpflichtet für die mir übersandte Denkschrift über die in unserer Besprechung vom 31. Januar cr. berührten Gegenstände*), und habe mich über die derselben zu Grunde gelegten Anschauungen aufrichtig gefreut. Denn ich stimme ganz damit überein, daß die Bildung eines großen, auch Süddeutschland umfassenden Gemeinwesens der Zielpunkt und Leitstern unserer Politik sei, so daß diesem Gesichtspunkt Alles, also auch die Behandlung der Sächsischen Frage untergeordnet werden muß.

*) Concept nicht vorhanden.

Ich finde auch in der Denkschrift zu meiner Befriedigung einen großen Theil dessen wieder, was Sie mir damals mündlich sagten, obschon Sie meiner Erinnerung nach in jener Unterredung die Nothwendigkeit der nationalen Einheit und den bloß provisorischen Charakter des Norddeutschen Bundes u. s. w. stärker und entschiedener betonten, als in der Denkschrift geschieht.

1867
21. 2.

Da mir über den Abschluß der militairischen Convention mit Sachsen nichts Zuverlässiges bekannt geworden ist, außer dem, was ich in sächsischen Zeitungen gefunden habe, so vermag ich auch nicht mich über denselben zu äußern. Ich kann nur wünschen, daß Preußen ein gewichtiges Recht vorbehalten geblieben ist, um seinen Einfluß auf die königlich sächsischen Truppen zu allen Zeiten geltend zu machen, so daß im Großen und Ganzen der König von Preußen jenen Truppenkörper gleich den preußischen Armee-Corps in der Hand haben wird.

Es ist unmöglich zu verkennen, daß die Gefahr für unsere Politik in der Mißgunst und dem Ehrgeiz Frankreichs liegt. Dieser Gefahr müssen wir muthig ins Auge blicken, aber sie ist zu groß, als daß wir sie provociren dürften. In dieser Beziehung ist mir beruhigend, daß Sie mir am 31ten Januar Ihren entschiedenen Wunsch äußerten, einen Krieg mit Frankreich zu vermeiden.

Lassen Sie mich nur noch die Hoffnung ausdrücken, daß es Ihnen gelingen möge, jene Grundsätze nationaler Politik in der Behandlung unseres Verhältnisses zu Süddeutschland und zu den ihrer Souverainetät müden kleinen Fürsten erfolgreich zur Anwendung zu bringen — nicht minder in der Lenkung des bevorstehenden Reichstags, welche gewiß viel Geduld und vielleicht mitunter, um mich der Worte Ihrer Denkschrift zu bedienen, den Verzicht auf die Befriedigung natürlicher Regungen der Empfindlichkeit von unserer Seite in Anspruch nehmen wird.

Im Hinblick auf den Reichstag beklage ich, daß Sie es

1867 21. 2. für nothwendig gehalten haben, sich gegen das Gesetz zum Schutz wahrheitsgetreuer Berichte über die Reichstags-Verhandlungen zu erklären. Im Uebrigen aber sehe ich mit tiefer Bewegung dem bevorstehenden Tage der Eröffnung entgegen, mit der sicheren Zuversicht, daß aus den Berathungen dieses Reichstags ein fester Ausgangs-Punkt für die Geschicke unseres großen Vaterlandes entstehen muß!

Friedrich Wilhelm KPz.

238.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Potsdam 13/5. 67.

1867 13. 5. Ihnen bestens für Ihren Brief von Sonnabend*) dankend, bemerke ich, daß der König sich gestern, Sonntag, gegen eine unmittelbar bevorstehende Reise der Kronprinzessin äußerte, indem dies eine Art von empressement sein würde, die wir Napoleon nicht zu Liebe thun sollten.

Nun ist aber so lange schon die Rede von dem Besuch den wir Beide machen sollten, daß meiner Meinung nach das Zurückbleiben der Kronprinzessin gegenwärtig sehr auffällig wäre. Ferner wünschen wir mit dem 31. Mai den Aufenthalt in Paris zu beendigen, damit wir nicht mit den Russen zusammentreffen. Endlich war immer die Rede von einer nochmaligen Reise meiner Person zur Preisvertheilung im Juli, bei welcher Gelegenheit aber die Kronprinzessin nicht mitkommen kann, weil ihr ernstlich eine Seebadcur verordnet ist.

Diese Gesichtspunkte wollte ich Ihnen noch mitgetheilt haben, weil S. Majestät heute mit Ihnen Rücksprache nehmen wollte.

Ihr

Friedrich Wilhelm KPz.

---

*) Concept nicht vorhanden.

239.

Heinrich VII. Prinz Reuß an Bismarck.

St. Petersburg, d. 28. Mai 67.

Verehrtester Chef,

In meinen offiziellen Berichten habe ich nicht erwähnt, mit welch regem Interesse die Großfürstin Helene der letzten politischen Phase gefolgt ist und wie sie es sich hat angelegen sein lassen, ihren Einfluß in der ihr eigenen Weise zu unseren Gunsten anzuwenden. 1867 28. 5.

Sie machte sich von Anfang an keine Illusionen über die wenig freundlichen Absichten des französischen Cabinets und traut dem Frieden auch heut noch nicht sonderlich. Die Idee der Reise des Kaisers*) hat sie nie gut geheißen und ließ sie nur gelten, wenn die beiden Herren gleichzeitig reisen würden. Sie war außer sich, als die Reise des Königs compromittirt schien, und ich glaube, daß sie den Kaiser darin bestärkt hat, so entschieden auf die gleichzeitige Anwesenheit unseres Allergnädigsten Herrn zu bestehen, wie er es, wohl auch aus eigenem Antriebe gethan hat. Daher war sie auch heute sehr erfreut, als ich ihr erzählen konnte, daß sich der König entschlossen hätte, am 5. in Paris zu sein.

Ich komme nicht auf die vielen Wandlungen zurück, welche Fürst Gortschakow in dieser ganzen Zeit durchgemacht hat; ich glaube, ich habe sie in meinen Berichten getreu wiedergegeben. Jedenfalls glaube ich, daß er es jetzt zuletzt ganz aufrichtig wünschte, daß der Kaiser nicht ohne unseren König in Paris erschiene. Es war ihm wirklich bange vor einem Erkalten unserer Beziehungen, und diese Eventualität befürchtete er sehr für seine orientalische Politik, besonders da alle andern an-

---

*) Nach Paris zur Weltausstellung.

1867 28. 5. fingen, ihm den Rücken zu drehen: auch Italien, dem er tausend Coquetterien gemacht hatte.

Trepoff*) theilte mir ein Raisonnement des großen Publikums mit, welches ich auch selbst oft über die Reise gehört habe und Ihnen doch nicht vorenthalten will. Man ist allgemein gegen die Reise des Kaisers. Da der König von Preußen aber mit dem Kaiser gehen will und Graf Bismarck dies dem König gerathen haben wird, so muß es nichts Dummes sein; also mag der Kaiser reisen.

Mit aufrichtiger Verehrung

Ihr sehr ergebener

H. VII. Pz. Reuß.

240.

Heinrich VII. Prinz Reuß an Bismarck.

St. Petersburg den 7. Juni 67.

Verehrtester Chef,

1867 7. 6. Fürst Gortschakow trägt mir auf, Ihnen seine Theilnahme an Ihrem erneuten Unwohlsein auszusprechen. Er läßt Ihnen sagen, Sie möchten sich nicht zu viel über die Kammern ärgern; er behauptet, es sei ein viel besserer Stand für einen Minister, wenn er auf die gegen ihn und seine Politik gerichteten Angriffe öffentlich antworten könnte, als wenn er, wie ihm dies fortwährend passirte, sich im Dunkeln angegriffen fühlte, ohne sich wirksam vertheidigen zu können. Was unsere Finanz-Lage anbetrifft, so meint er, es sei gewiß sehr weise, nicht vom Capital leben zu wollen, bei unseren geordneten Zuständen und bei unseren Reserven würde er sich, wenn er Preußischer Minister wäre, die Sache nicht so zu Herzen nehmen.

---

*) Polizeidirector von Petersburg.

Der Fürst gedenkt Anfangs Juli neuen Styles, auf Urlaub zu gehen und wahrscheinlich in Baden Homburger Wasser zu brauchen; dann will er einige Wochen ausruhen und zum Schluß eine Trauben-Kur vielleicht am Comer See brauchen. Anfangs October würde er dann wieder hier eintreffen. 1867 7. 6.

Man spricht hier von der Ernennung des Grafen Chotek zum östreichischen Gesandten, doch verlautet noch nichts, wen man nach Wien schicken dürfte. Schuwalow meint, Gortschakow habe den jetzt im Auslande weilenden Minister Waloujeff für einen diplomatischen Posten ausersehen, weil er dessen Einfluß hier fürchte und in ihm einen Rivalen erblicke. Schuwalow möchte Waloujeff gern an die Stelle des alten Paul Gagarin als président du conseil haben. Der Herr hat aber trotz seiner 81 Jahre einen so guten Magen, daß an seinen Abgang oder an sein Ende nicht zu denken ist.

Mit den besten Wünschen für Ihre baldige Wiederherstellung bin ich in aufrichtigster Verehrung

Ihr

sehr ergebener

H. VII. P. Reuß.

241.

Unterstaatssecretär v. Thile an Bismarck.

Berlin, 7. July 1867.

Verehrter Chef,

Ew. Excellenz Auftrage gemäß habe ich unterm 3. d. M. Savigny benachrichtigt, daß seine Ernennung zum Bundesvicekanzler beabsichtigt werde, und ihm dabei die geschäftlichen und sonstigen Attributionen dieser Stelle genau nach Ihren Worten veranschaulicht, namentlich hervorgehoben, 1867 7. 7.

daß er die regelmäßigen Geschäfte des Präsidiums erhalten würde und Ew. Excellenz nur die Contra-

1867 7. 7. signatur behielten, die niemand als der Minister-Präsident in den Ressorts der betr. Preußischen Minister üben könne.

So eben bringt mir der nach Carlsbad entsandte Kanzleidiener die anliegende Antwort Savignys 8 Quartseiten lang. Ob in diesem ausführlichen Erguß ein bestimmtes Ja oder Nein auf die ihm gemachte Offerte zu finden sey, wollen Sie geneigtest selbst prüfen. Jedenfalls ist Ihr Wunsch des „sans phrase“ nur unvollkommen erfüllt worden.

Getreulichst
Ihr
gehorsamster
Thile.

242.

Unterstaatssecretär v. Thile an Bismarck.

Berlin 17. July 1867.

Verehrter Chef,

1867 17. 7. Savigny ist gestern endlich eingetroffen und hat Ihren Brief entgegengenommen. Er war gestern Abend bei mir und sprach sich sehr verstimmt, aber gewissermaßen gehalten und feierlich aus. Den Gedanken der Vice-Kanzlerschaft weist er auf das entschiedenste von sich und wird Ihnen in diesem Sinne bald schreiben. Später gedenkt er sich zum Könige nach Ems zu begeben und noch später in Wiesbaden sich niederzulassen. Doch sind dies wohl nur vorläufige Gedanken. Die Unterredung mit ihm war mir natürlich peinlich.

Mit den besten Wünschen für Ew. Excellenz ländliche Erholung
Ihr
getreu ergebener
Thile.

243.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Misdroy 1. August 1867.

So oft ich die Lage unseres Staates für ernst gehalten habe, bin ich zu Ihnen gekommen, um Ihnen meine Ansichten auseinanderzusetzen und die Ihrigen zu hören. Die gegenwärtigen Verhältnisse halte ich für recht gespannt und richte deshalb diese Zeilen an Sie mit der Bitte, mir eine Erwiederung zukommen zu lassen.

1867 1. 8.

Nach allem was ich lese und höre, wird es mir immer klarer, daß wir das Vertrauen der nationalen Partei verlieren, daß dies namentlich in den einverleibten Ländern der Fall ist und daß Süddeutschland weniger wie je Sympathien für uns hegen kann. Wir verlieren unser Ansehen, zu dem uns die Siege von 1866 verholfen hatten, und leisten den Intriguen die uns umgeben und ebenso in Frankreich wie in Oesterreich und auch in Dänemark gesponnen werden, willkommenen Vorschub.

Im Innern des Landes wächst die Unzufriedenheit über die Maßregeln Ihrer Collegen Eulenburg und Lippe, wozu namentlich die Verfolgung von Leuten wie Twesten und Lasker beiträgt. Was jenen Beiden während der Reichstags-Sitzungen zu verdanken ist, wissen Sie ebenso genau wie ich, und kann ich nicht verstehen, was es uns nützen soll, derartige Personen zu maßregeln und zu verletzen.

In Hannover kommt zu der ohnehin erbitterten Stimmung neue Gereiztheit über Justiz-Maßregeln, wie auch darüber, daß die Königin vor ihrer Abreise persönlich gekränkt worden sein soll.

In Hessen ist die Behandlung der Frage des Staats-Schatzes, der Ersatz älterer Beamten durch junge Landräthe Gegenstand vielfacher lauter Klagen.

1867 1. 8. In Frankfurt beklagt man sich über fortgesetzten Mangel an Rücksicht und über finanzielle Bedrückung der Stadt.

Wie viel an diesen Vorwürfen Wahres, wieviel Uebertreibung sein mag, bin ich nicht im Stande gründlich zu erörtern. Läugnen läßt sich aber nicht, daß in den Kreisen, die uns zugethan waren, und bei denen wir Stützen gefunden hatten, ein entfremdender Umschwung eingetreten ist, ja man hört vielfach sagen, daß es unerklärlich sei, warum nicht die neuen Landestheile sofort incorporirt wurden, statt eine einjährige königliche Dictatur über sie zu verhängen, die jetzt in Willkür ausartet und einschneidende Maßregeln aller Art vollzieht, welche den schlechtesten Eindruck machen.

Wie unzufrieden die Stimmung in Schleswig-Holstein bleibt, ist Ihnen ebenso bekannt wie auch der sich so häufig wiederholende Vorwurf, „daß es Preußen an organisatorischem Talente mangele“. Endlich hört man vielfach sagen, daß die Anerkennung berechtigter Eigenthümlichkeiten, die man mit schonender Hand kundgeben wollte, zur leeren Phrase geworden sei, da nach kaum einem Jahre die Behandlung durchaus fehlerhaft betrieben werde, so daß Preußen sich völlig discreditire.

Was den Gang der Politik nach Außen betrifft, so sind Sie besser unterrichtet als ich. Die französische Regierung mag die Absicht gehabt haben, die Depesche über Nord-Schleswig abzuschwächen, ihren beunruhigenden Effect hat besagtes Acten-Stück wenigstens nicht verfehlt, und ich komme auf mein altes Thema zurück, warum haben wir nicht den Gränzstrich gezogen?

Um noch einmal auf Ihre Collegen zurückzukommen, muß es Ihnen doch erinnerlich sein, daß Sie seit dem Juli vorigen Jahres die Minister des Innern und der Justiz als schädlich und unfähig bezeichneten.

Mehr als je ist jetzt das Unheil, welches durch genannte Minister gestiftet ward, zu Tage getreten, nachdem selbst das Herrenhaus einsehen mußte, daß sich nichts zur Vertheidigung

Lippes mehr sagen ließ. Kann denn noch irgend etwas mit solchen Ministern zum Heil des engeren wie des weiteren Vaterlandes unternommen werden, zumal es jetzt mehr wie je darauf ankommt, daß wir Friede im Innern haben, um gegen einen Angriff von Außen so stark zu sein als möglich, und wir Ansehen und Vertrauen wieder gewinnen müssen.

1867
1. 8.

Dringend lege ich Ihnen diese gewichtigen Fragen ans Herz in der Ueberzeugung, daß, wenn es Ihr Wille ist, Sie eine Lösung für dieselben finden werden, und indem ich gern bereit bin, Ihnen meine Hülfe anzubieten, wenn Sie glauben derselben zu bedürfen, bin ich

Ihr
ergebener
Friedrich Wilhelm KPz.

244.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Misdroy 2/8. 67.

Mein Brief von gestern war kaum abgegangen, als ich einen Aufsatz von dritter Hand zugeschickt erhielt, der von einem eingebornen Hannoveraner verfaßt ist. Die klare Darlegung der augenblicklichen Verhältnisse wie auch der Mittel, durch welche den Mißständen abgeholfen werden könnte, trägt den Stempel der Wahrheit an sich und giebt auch Zeugniß von den preußischen Gesinnungen eines neuen Unterthanen. Aus den angeführten Gründen will ich nicht säumen, Ihnen Abschrift gedachten Aufsatzes*) zukommen zu lassen, den Sie nach Belieben Sr. Majestät mittheilen könnten.

1867
2. 8.

Ihr
Friedrich Wilhelm KPz.

P.S. Der Verfasser ahnt nicht, daß ich den Aufsatz besitze.

---

*) Nicht vorhanden.

245.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Misdroy 7/8. 67.

1867 7. 8. Seit Absendung meiner letzten 2 Briefe habe ich abermals mehrere Mittheilungen erhalten, die ich Ihnen nicht vorenthalten kann.

Zunächst muß ich Ihnen meine Freude aussprechen über den günstigen Verlauf, den, wie es mir scheinen will, die Verhandlungen mit den hannöverschen Vertrauensmännern genommen haben. Man hatte wenig Erfolg beim Eintreffen in Berlin erwartet und ist dagegen voll Vertrauen auf die Einsicht und den guten Willen der Regierung von dort geschieden.

Der gute Verlauf, welchen die Verhandlungen nun genommen haben, sollte von selbst dazu führen, in ähnlicher Weise mit den Bewohnern der übrigen neu erworbenen Landestheile eine Verständigung anzubahnen. Je mehr die Stimmung derselben durch die letzten Maßregeln der Regierung, vornehmlich auf dem Gebiet der Justiz und der Finanzen erregt und verbittert ist, um desto mehr sollte man eilen, entgegenkommende Schritte zu thun.

So geschickt die Regierung in der Auswahl der hannöverschen Vertrauensmänner verfahren ist, so würde sich in der Provinz Hessen dennoch ein anderer Modus empfehlen. Das hessische Volk hängt mit der ihm eigenen Zähigkeit und Treue an der Verfassung des Jahres 1831, und es würde klug und geschickt sein, bei den einzuleitenden Verhandlungen an diese Verfassung und ihre Bestimmungen anzuknüpfen.

In Hessen besteht bekanntlich ein sogenannter ständiger Ausschuß des Landtags aus fünf Personen bestehend, die somit recht eigentlich eine Vertrauensstellung im hervorragendsten Sinne des Worts einnehmen. Wenn die Regierung diesen

Ausschuß beauftragte, sich aus Mitgliedern der Ständeversammlung bis auf eine beliebig festzusetzende Höhe zu ergänzen, so würde sie damit nicht allein einen Beweis ihrer Achtung vor den verfassungsmäßigen Zuständen des Landes geben, sondern gleichzeitig sehr klug handeln, da in der Sache selbst nur dasselbe Resultat erreicht würde, welches jeder andere Modus für die Auswahl der Vertrauensmänner ebenfalls herbeiführen würde — d. h. es würden diejenigen Personen gewählt werden, welche auch die Regierung bei ganz einseitigem und unabhängigem Vorgehen berufen müßte, um mit einiger Aussicht auf Erfolg Verhandlungen eröffnen zu können.

1867 7. 8.

Abgesehen von den beklagenswerthen Verordnungen des Grafen Lippe, die einmal gegeben und nicht ohne Weiteres zurückzunehmen sind, würden die hessischen Vertrauensmänner zwei desideria vornehmlich betonen:

1. die Sicherstellung des Staatsschatzes und des Laudemialfonds.
2. die Bildung einer Provinzialvertretung.

Wenn finanzielle Gründe für die Einziehung des Staatsschatzes und des Laudemialfonds sprechen, so sollten höhere politische Rücksichten doch eine andere Entscheidung treffen lassen. Zudem wäre es, was den letzeren Fonds betrifft, geradezu eine schreiende Ungerechtigkeit, ihn der Provinz zu entziehen.

Der Laudemialfonds aus Ablösungs-Summen 2c. gebildet, hat nur durch den Eigensinn des Kurfürsten nicht diejenige Verwendung gefunden, welche er finden mußte und auch in den alten Landestheilen zum Besten communaler Zwecke gefunden hat. Ihn einzuziehen, hieße die Einwohner der Provinz da noch strafen, wo sie eigentlich Entschädigung verdienten. Zudem dürfte man, wenn der Wunsch nach einer Provinzialvertretung erfüllt wird, wie kaum zu bezweifeln, dieser nicht von Hause aus die Mittel zu einer ersprießlichen Wirksamkeit entziehen.

Was die Bildung dieser Provinzial-Vertretung betrifft, so

1867 7. 8. erscheint es am angemessensten für Hessen sowohl wie auch für Nassau zwei Kommunallandtage und für die ganze Provinz einen gemeinschaftlichen Provinziallandtag einzusetzen. Es erscheint dies mit Rücksicht auf die besonderen und eigenthümlichen Verhältnisse dieser Landestheile um so unbedenklicher, als auch in einzelnen alten Provinzen noch heute ein ähnliches Verhältniß besteht.

Ob es wünschenswerth ist, die hessischen Vertrauensmänner durch Berufungen aus Nassau zu verstärken, muß dahin gestellt bleiben. Es scheint fast, als ob ein zwingender Grund dazu nicht vorhanden wäre, da die Befürchtungen der Nassauer in Betreff einer ungünstigen Ordnung der Domanial-Frage — und sie ist es hauptsächlich, welche Unruhe erregt — hoffentlich nicht gegründet sind. Andererseits aber wäre wohl zu wünschen, daß die Regierung durch Auswahl geeigneter Persönlichkeiten aus Nassau wie aus Frankfurt einen Beweis wohlwollenden Entgegenkommens gäbe, der sicherlich zur Beruhigung der mit Recht erregten Gemüther beitragen müßte.

Was die Verhältnisse in Schleswig-Holstein betrifft, so sind dieselben so eigenthümlicher Art, daß sich schwer sagen läßt, in welcher Weise und mit welchen Mitteln hier am Besten in dieser Frage vorzugehen wäre. Von der Regierung gewählte Vertrauensmänner dürften leicht nur das Vertrauen der Regierung, nicht das des Volkes besitzen, während umgekehrt die vom Volke Gewählten wahrscheinlich des Vertrauens der Regierung entbehrten. Am angemessensten dürfte es sein, über die Verhältnisse, Wünsche und Bedürfnisse der Herzogthümer sich vorläufig mit einem der Abgeordneten derselben zu benehmen, der durch seine Kenntniß des Landes, wie durch ruhige Anschauung und die ertheilte Zustimmung zu der neuen Ordnung der Dinge eine Garantie dafür bietet, daß Parteileidenschaften seinen Rath nicht beeinflussen. Als eine solche Persönlichkeit darf der Geh. Rath Francke bezeichnet werden.

Wenn ich noch vor Abgang der Post es erlange, werde ich eine Abschrift eines Briefes einlegen, der sich über die Lippeschen Maßregeln und einiges Andere ausläßt. 1867 7.8.

Ihr
ergebener
Friedrich Wilhelm KPz.

P.S. mir wird sogar gesagt, daß wenn im angedeuteten Sinn in Hessen &c. verfahren würde, binnen 14 Tagen die Stimmung sich wieder zu der alten vertrauenden umändern werde. Unter den obwaltenden Umständen könne man Sr. Majestät noch nicht rathen, Hessen zu besuchen.

246.

Kronprinz Albert von Sachsen an Bismarck.

Dresden, den 15. Dec. 1867.

Verehrter Herr Graf,

Ich kann es mir nicht versagen, Ihnen meinen wärmsten Dank für die Art auszusprechen, mit der Sie sich meiner anläßlich des unglücklichen Militärkalenders*) angenommen. Ich 1867 15.12.

*) „Sachsens Militärvereinskalender“ hatte sich in Klagen darüber ergangen, daß ein Theil der sächsischen Infanterie auf Anordnung der jetzigen Machthaber das Symbol des Preußenthums, die Pickelhaube, hätte auf den Kopf stülpen müssen, daß ferner die noch geschmacklosere beknopfte Artilleriepickelhaube die Köpfe der braven sächsischen Kanoniere verunziere, daß bei der Generalität der schöne Treffenhut in Wegfall gekommen sei, und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der erzwungene Eintritt in das Bundesverhältniß nur Sachsens nächste Zukunft binden könne. Der Abg. Wölfel brachte dieses Elaborat eines sächsischen

1867 15. 12. brauche es wohl nicht erst zu versichern, daß mir diese Sache ganz fremd, ja daß ich die Existenz dieses Machwerks kaum ahnte. Doch habe ich dem Redacteur meine Unzufriedenheit zu erkennen gegeben. Es ist übrigens nichts dahinter zu suchen, als Reminiscenzen einer vergangenen Periode. Sie wissen, daß dergleichen in den untern Schichten des Volks noch zu haften pflegen, wenn die oberen längst eines Besseren belehrt sind. Erstere auf unsern Standpunkt zu bringen, ist jetzt unsere eifrigste Sorge. Die Militärvereine selbst sind streng loyale Körperschaften, die viel zur Erhaltung conservativer Gesinnung beitragen (ohne politische Zwecke zu verfolgen), daher aber auch gewissen Zeitungsschreibern ein Dorn im Auge sind. Ein solcher (der Redacteur der constit. Zeitung hier) war es auch, der diese Sache an die große Glocke hing, theils um mir als Mitglied unseres Hauses zu schaden, nächstdem in der Hoffnung, das so glücklich erreichte Einvernehmen zwischen uns und Preußen zu stören. Diese Absicht ist aber an der bewährten und loyalen Haltung Ew. Excellenz gegen uns gescheitert.

Indem ich daher um die Fortdauer dieser Gesinnung gegen mein Vaterland und Ihres Wohlwollens gegen mich bitte, verbleibe ich

Ihr ergebener

Albert, Kronprinz v. Sachsen.

Partikularisten im Reichstag am 9. December 1867 zur Sprache, doch Bismarck erklärte, daß Se. Königliche Hoheit sehr gut Protector der Kriegervereine würde sein können, ohne mit diesem Kalender den mindesten Zusammenhang zu haben. Er sei davon um so sicherer überzeugt, als es ganz undenkbar sei, daß Angesichts der nationalen, patriotischen und vertragstreuen Haltung der Königlich Sächsischen Regierung irgend eine amtliche Stelle im sächsischen Lande solche Ausdrücke, wie sie dieser Kalender über das Bundesverhältniß enthalte, sanctioniren sollte, Politische Reden III, 880 f.

247.

Bismarck an Kronprinz Albert von Sachsen.

Berlin 19 December 1867.

Durchlauchtigster Kronprinz,
Gnädigster Herr.

Eure Königliche Hoheit haben mir durch das gnädige Handschreiben vom 15 eine hohe Freude bereitet und wollen Höchstdieselben mir gestatten, meinem unterthänigsten Danke durch diese Zeilen Ausdruck zu geben. Die gnädige Anerkennung, welche Eure Königliche Hoheit meinen Bemühungen zur Abwehr unberechtigter Insinuationen zollen, dient mir zur Ermuthigung in dem Bestreben, durch Kräftigung des gegenseitigen Vertrauens die Schwierigkeiten der neuen Situation zu überwinden. Ich sehe es als die nächste Aufgabe der Bundespolitik an, dahin zu streben, daß alle Bundesgenossen Preußens, namentlich aber der hervorragendste unter denselben, das Königreich Sachsen, es nicht bloß als eine Vertragspflicht, sondern als ein werthvolles Recht ansehen, dem Bunde anzugehören, ein Recht, welches von allen Betheiligten hoch genug angeschlagen wird, um im eignen Interesse für seine Erhaltung und Ausbildung einzutreten. Diese Bedeutung kann der Bund für seine hohen Genossen nur dann haben, wenn den Souveränen die Ueberzeugung bleibt, daß sie durch die Centralisirung eines Theiles ihrer Rechte in der Hand Eines unter ihnen eine nach menschlichen Begriffen sichere Bürgschaft für die Gesammtheit ihrer sonstigen Rechte erworben haben, und daß letztere gegen den Druck innerer Bewegung ebenso gewiß geschützt ist wie gegen äußere Gefahren. In diesem Sinne der Gegenseitigkeit und Solidarität unter den hohen Genossen des Bundes sehe ich es für eine Pflicht des Bundeskanzlers an, das Ansehn und die Rechte der Fürstlichen Häuser innerhalb des

1867
19. 12.

1867 19. 12. Bundes mit ebenso gewissenhaftem Eifer zu wahren wie das des eignen Landesherrn. Dem Durchlauchtigen Hause Eurer Königlichen Hoheit gegenüber macht meine persönliche Verehrung mir diese Aufgabe zu einer Pflicht, die ich jederzeit mit freudiger Bereitwilligkeit erfüllen werde.

Indem ich Eurer Königlichen Hoheit den wiederholten Ausdruck meines unterthänigsten Dankes zu Füßen lege, verharre ich in tiefster Ehrerbietung

v. Bismarck.

248.

Bismarck an v. der Marwitz.

Berlin 24 Januar 1868.

Lieber Marwitz

1868 24. 1. Auf Deinen Brief erwidere ich in der Eile der Geschäfte, daß ich mich mit dem Diest'schen Antrage*) weder einverstanden erklärt habe, noch einverstanden erklären kann.

Es zeigt mir, daß die Organisation einer Regirung unbekannter ist, als man glauben sollte, wenn so viele Freunde einer Regirung anzunehmen im Stande sind, daß eine Gesetzesvorlage, welche ursprünglich auf einer Zusage an den Provinziallandtag beruht, welche demnächst im Staatsministerium und im Cabinett mit sorgfältiger Erwägung aller Gegengründe festgestellt, von Sr. Majestät genehmigt und vollzogen, von dem Gesammt-Ministerium mit Aufwendung aller Kräfte und Argumente in der Commission vertheidigt worden ist, von einem der Minister gewissermaßen unter 4 Augen und heimlich zurückgezogen werden könnte. Die Leichtigkeit, mit der man mißverstanden wird, scheint mir so groß, daß ich auch diesen Worten noch die Erläuterung hinzufügen muß, daß dieselben

*) Auf Zurückziehung des Gesetzentwurfs, betr. die Bildung eines hannöverschen Provinzialfonds.

keine Bedeutung enthalten, als wären es nur jene äußerlichen Vorgänge, welche mich auch heut an der Vorlage festhalten ließen, sondern daß ich noch heut wie vor 4 Monaten das Princip der Vorlage für das richtige halte, dasselbe, wenn es nicht schon geschehen wäre, noch heut aus eigner Ueberzeugung aufstellen und seine Verwerfung namentlich durch die konservative Partei und aus ihrem Standpunkte für einen politischen Fehler halten würde, der sich voraussichtlich in der Entwickelung sowohl der hanöverschen wie der provinziellen Verhältnisse im Allgemeinen strafen würde.

1868 24. 1.

Ich habe nichts dagegen, daß Du von diesem Briefe jeden Dir gut scheinenden Gebrauch machst.

v. Bismarck.

249.

Fürst Karl von Rumänien an Bismarck.

Hochverehrter Herr Graf!

Aus den Berichten meines Cabinets-Rathes Friedländer ersehe ich zu meiner großen Freude, mit welcher Wärme Euer Excellenz Sich Rumäniens und meiner Interessen annehmen. Es liegt mir am Herzen, nicht zu zögern Ihnen dafür meinen herzlichsten Dank auszudrücken und Euer Excellenz zu bitten überzeugt zu sein, in welchem hohen Maße ich dieses zu würdigen weiß. — Aber auch Preußen wird stets in mir einen eifrigen Vertreter seiner Interessen im Oriente finden. — Graf Keyserlingk*), der sich mir mit größter Bereitwilligkeit stets zur Verfügung stellt, halte ich au courant aller Ereignisse, so daß er im Stande sein wird, Euer Excellenz immer vollständige Berichte zu liefern. —

1868 27. 1.

Ueber die unbefugte Indiscretion Demetre Bratiano's in Wien**) bin ich entrüstet, ich habe ihm bestimmte Ordres zugehen

*) Graf Heinrich K.
**) Bruder des rumänischen Ministers Joan Bratiano.

1868 27. 1. lassen, streng in den Grenzen seiner Mission zu verbleiben, die in der Behandlung der Consular-Jurisdictions-Frage, Post und Patent-Angelegenheit besteht. — Die Kammer, welche sich nun constituirt hat, wird ihre Arbeiten beginnen und erwarte ich von derselben unter der gewandten Leitung Bratiano's ein günstiges Resultat. —

Indem ich mich nun Euer Excellenz angelegentlichst empfehle, verbleibe ich, Hochverehrter Herr Graf,

Ihr
ergebener
Carl*).

Bucarest,
15/27ten Jan. 1868.

250.

v. der Marwitz an Bismarck.

Berlin den 3. Februar 1868.

Verehrter Freund!

1868 3. 2. Wahrscheinlich sind meine Andeutungen äußerst überflüssig; indessen, ich muß sie los werden — gestern Abend war es damit nichts.

Sollte es nicht bei der morgenden Debatte für Dich möglich sein, darauf hinzuweisen, daß die Gleichstellung der alten Provinzen mit Hannover in Bezug auf den heillosen Fond in Aussicht genommen sei? Dies würde noch manches kitzliche Gewissen, das durch die Aeußerung des Gold-Onkels**) Commissarius in der Commission: für die alten Provinzen könne keine Zusicherung gemacht werden, tangirt ist, für die Stimmabgabe beruhigen.

Dein
treu ergebener
v. d. Marwitz.

---

*) Bismarcks Antwort vom 27. Februar s. Aus dem Leben des Königs Karl von Rumänien I, 248 f.

**) v. d. Heydt.

251.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Freitag 6/3 68.

Wenn es Ihre Zeit erlaubt, würde es mir lieb sein, Sie am Sonnabend zwischen 10 und 12 Uhr Vormittags zu sprechen. 1868 6. 3.

Da Sie mir neulich sagten, daß Morgen- und Abendstunden Ihnen jetzt frei zur Verfügung stünden, schlage ich Ihnen jene Zeit vor, bitte Sie aber mir aufrichtig zu sagen, ob Sie morgen etwa verhindert sind, weil ich dann in der nächsten Woche unsere Besprechung noch ansetzen möchte.

Ich komme zu Ihnen ins Haus.

Friedrich Wilhelm KPz.

252.

Professor Gelzer an Bismarck.

Ew. Excellenz

haben bei sehr verschiedenen Veranlassungen, seit mehr als elf Jahren, bei jeder persönlichen Begegnung, mir Wohlwollen und — wenn ich meinen Eindrücken glauben darf — auch Vertrauen bewiesen. Dennoch hielt ich es für unpassend, so lange das Zollparlament noch versammelt war, durch eine förmliche Anmeldung mir den Anschein zu geben, als wollte ich auf die ohnehin seltenen freien Augenblicke Eurer Excellenz Anspruch machen; dies dürfte ich um so weniger, als ich durch keine bestimmten geschäftlichen Aufträge und Vollmachten hieher geführt wurde. 1868 27. 5.

Was mich in erster Linie nach Berlin rief, ist dieselbe Lebensaufgabe, die seit meiner Berufung nach Preußen vor einem Vierteljahrhundert meine Seele erfüllt: das Studium

1868 27. 5. der politischen und der religiösen Krise unsers Jahrhunderts, ein Studium, nicht allein aus Büchern und Handschriften, sondern aus der Mitte des bewegten Lebens, in unmittelbarer Berührung mit den handelnden Personen und den Ereignissen — getragen von dem unerschütterlichen Glauben an den deutschen Beruf Preußens und an den europäischen Beruf Deutschlands. — Mir selber und denen, die auf mein Wort hören, Rechenschaft zu geben von diesem Glauben (privatim und öffentlich) in Wort und That: das ist der leitende Gedanke meines Lebens und meiner Arbeiten. —

Eben darum wollte ich es nicht versäumen, in diesem Sinn Ew. Excellenz von meiner Anwesenheit in Kenntniß zu setzen, mit voller Bereitwilligkeit, über Alles was Ew. Excellenz von mir zu wissen wünschen, wie früher, unumwunden Rede zu stehen. Mit Hochachtung und Ehrerbietung

Ew. Excellenz

Berlin, 27. Mai 1868. dienstwillig ergebener

Am Jahrestag der Unterzeichnung des deutschen Zollvereins in Berlin 1829! H. Gelzer.

Adresse: Professor Dr. Gelzer Thiergarten-Hôtel, Potsdamer Platz.

253.

Präsident Simson an Bismarck.

Hochgeborner Graf

Hochverehrter Herr Bundeskanzler und Minister-Präsident,

1869 31. 1. Des Königs Majestät haben, wie durch ein Telegramm des Herrn Justiz-Ministers*) zu meiner Kenntniß gebracht wird,

*) Gerhard Adolf Wilhelm Leonhardt.

allergnädigst geruht, mich zum ersten Präsidenten des hiesigen Appellationsgerichts zu ernennen. 1869 31. 1.

Ich weiß sehr wohl, wem und wem allein ich diese Beförderung zu danken habe, die meiner amtlichen Laufbahn einen mich auf das Tiefste befriedigenden Abschluß gewährt. Ew. Excellenz haben, um Sich meiner zu diesem Behuf annehmen zu können, Manches wohlwollend in Betracht ziehn und Anderes großherzig vergessen mögen.

Um so unvertilgbarer wird in mir das Gefühl der tiefen Dankespflicht sein, die Ew. Excellenz mir auferlegt haben und die ich Ihnen gegenüber gern trage. Möchte ich zu — wie auch bescheidener — Mitwirkung bei den großen Plänen berufen bleiben, die Ihre Seele erfüllen und von denen wir einen ansehnlichen Theil in Bewunderung und Staunen sich bereits verwirklichen gesehen haben.

Mit den lebendigsten Wünschen für Ew. Excellenz und mit der Bitte, daß es Ihnen gefallen möge, mir Ihr Wohlwollen zu bewahren, verharre ich in tiefer Verehrung, Herr Graf,

Ew. Excellenz

Frankfurt a/O. 31. Januar 1869.

gehorsamster Diener
Präsident Simson.

254.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

25/2 69.

Wie ich vernehme, ist ernstlich davon die Rede Münchhausen, den Ober Präsidenten von Pommern, in gleicher Eigenschaft nach Ostpreußen zu versetzen. 1869 25. 2.

Bei den besonderen Beziehungen, die ich zur Provinz Pommern habe, werden Sie es mir nicht verdenken, wenn ich den Wunsch ausspreche, jene Versetzung nicht eintreten zu lassen.

1869 25. 2. Münchhausen hat es in den zwei Jahren seiner Amtsführung verstanden, durch Versöhnlichkeit und Takt manche Schroffheit zu beseitigen und Versöhnlichkeit innerhalb der Parteiungen herbeizuführen.

Nach zweijähriger tüchtiger Einarbeitung in die Geschäfte und Orientirung innerhalb der Provinz wäre es dringend wünschenswerth, daß Münchhausen nun auch Gelegenheit hätte, während einer längeren Reihe von Jahren seine Kräfte dem Landestheile gänzlich zu widmen, den er so eben genau studirt hat, und in dem er sich warm fühlt.

Seiner Majestät habe ich umstehende Gründe vorgetragen und zustimmende Anerkennung gefunden, worauf ich ermächtigt ward, Sie von meinen Wünschen in Kenntniß zu setzen.

Schließlich erwähne ich noch, daß voraussichtlich mein Armee Korps in diesem Herbst Königs revue haben soll, folglich die Anwesenheit eines orientirten Ober Präsidenten dringend erforderlich ist.

Ihrer ernstlichen Berücksichtigung empfehle ich hiermit also die Belassung Münchhausens in Pommern.

Ihr
ergebenster
Friedrich Wilhelm KPz.
Statthalter und Kommand. General von Pommern.

255.

Hofmarschall Graf A. Eulenburg an Bismarck.

H.Q. Schöneberg 10. Sept. 1869.
Abends 3/4 9 U.

1869 10. 9. Seine Königl. Hoheit der Kronprinz bedauert unendlich Euer Excellenz heute verfehlt zu haben, und wünscht Sie jedenfalls während des Manövers morgen zu sprechen.

Mit der Tour über Wien ist Höchstderselbe ganz einverstanden, hat aber gegen Rom ernste Bedenken. 1869 10. 9.

In größter Verehrung

Euer Excellenz

ganz gehorsamster

A. Eulenburg.

256.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Königsberg i/P. 15/9 69.

Die Reise-Einleitungen sind jetzt im besten Gange, nachdem ich mit Zustimmung Sr. Majestät den Admiral Jachmann hierherberufen habe, um mündlich schleunigst Alles zu besprechen und anzuordnen. Ferner habe ich an Balan telegraphirt, man möchte mich zu Mitte October in Constantinopel anmelden. Wien und Cairo sind noch nicht benachrichtigt, und möchte ich Sie fragen, ob es nicht rathsam wäre, zunächst sich ganz vertraulich in der Kaiserstadt zu erkundigen, ob man mich auch haben will, eventualiter aber, wo der Hof zu Anfang October weilen wird. 1869 15. 9.

Vorläufig habe ich meine Abreise auf den 5. October angesetzt, um nicht eine gar zu knappe Zeit für die Türkei und Palästina zu haben, ehe ich zu der auf den 17. November anberaumten Canal Eröffnung in Aegypten eintreffe.

Sie deuteten mir in Pansin einige bevorstehende Diplomaten Versetzungen an, ohne einen bestimmten Candidaten für Constantinopel zu nennen. Da nun doch wohl während meines Aufenthalts daselbst wenigstens ein des Orients kundiger Geschäftsträger sich anwesend befinden müßte, so möchte ich Graf Keyserlingk aus Bucharest in Vorschlag bringen. Derselbe war bereits länger im Orient thätig und wurde damals sehr

1869 15. 9. gelobt. Vielleicht könnte die Abwesenheit des Fürsten aus Rumänien der Sendung Keyserlingk's noch Erleichterung gewähren?

Schließlich möchte ich von hier aus Ihnen ein Wort zu Gunsten des Ober Präsidenten von Horn sagen. In den ständischen Kreisen wird in heftigster und lautester Weise über ihn geklagt und Alles Mögliche ihm nachgesagt. Ich aber habe mich persönlich überzeugen können, daß die Animosität gegen ihn wirklich ungerecht ist und daß er für die Provinz Vieles und Tüchtiges leistet. Gelänge es seinen Gegnern ihn zu stürzen, so würde ein sehr brauchbarer Beamter verloren gehen, der, ohne ihm manche Formfehler absprechen zu wollen, für diese Provinz doch entschieden ein Seegen werden wird. Lassen Sie mich denselben hiermit Ihnen warm empfohlen haben!

Ich bin Ihr

ergebener

Friedrich Wilhelm KPz.

257.

Oberhofmarschall Graf Pückler an Bismarck.

Euer Excellenz

1869 28. 9. beeile ich mich in Verfolg der sehr gütigen Zuschrift ganz ergebenst zu erwiedern, wie die sehr dringenden Bitten der Herren Minister Seine Majestät den König bewogen haben, den Landtag in Person zu eröffnen und dazu am 6. wieder in Berlin zu sein. Aus welchen Gründen die Herrn Minister den Plan geändert, da selbst Minister von der Heydt Sr. Majestät gerathen hatte, zu der bevorstehenden Eröffnung nicht nach Berlin zu kommen, kann ich nicht recht erfahren, da jeder der Herrn einen anderen Beweggrund angiebt.

Jedenfalls wollen Seine Majestät nach der Eröffnung wieder auf einige Wochen nach Baden zurückgehen. 1869 28. 9.

Daß Eure Excellenz auch die Königin bezaubert, freut mich sehr, und würden einige nichtssagende Aufmerksamkeiten hinreichen, dies gute Vernehmen zu erhalten.

Graf Beust hat Ihrer Majestät der Königin gar nicht gefallen.

Der König hat heute bestimmt, daß außer General v. Stosch noch der Flügeladjutant Graf Lehndorff den Kronprinzen auf der bevorstehenden Reise*) begleiten soll. Der Kronprinz gedenkt am 3. abzureisen, um in Baden von der Königin Abschied zu nehmen.

Mit den besten Wünschen für Dero Wohlergehen unterzeichne ich mich

Euer Excellenz

ganz ergebenster Diener

Pückler.

Berlin,
am 28ten Septembre
1869.

258.

Fürst Karl von Rumänien an Bismarck.

Weinburg, 22ten Oct. 1869.

Euer Excellenz

suche ich in der ländlichen Ruhe mit meinen besten Grüßen auf, um Ihnen vor Allem meine Verbindung mit der Prinzessin Elisabeth zu Wied anzuzeigen. Bei dem so regen Interesse, das Euer Excellenz an meinem Schicksale und dem meines Landes nehmen, bin ich im Voraus von Ihren guten Wünschen 1869 22. 10.

*) Nach Egypten.

1869 für diese Verbindung überzeugt, die um so bedeutungsvoller
22. 10. für mein Leben ist, als ich sie frei von allen politischen Combinationen, nur der Eingebung des Herzens folgend, eingegangen bin. — Auf meiner Reise habe ich die Ernennung des Grafen Keyserlingk zum Gesandten in Constantinopel vernommen. — Wie ich einer Seits bedauere, dadurch einen treuen Rathgeber zu verlieren, freut es mich doch, die Beförderung des Grafen als eine Anerkennung seiner Thätigkeit in Bucarest betrachten zu können, und hoffe ich, daß er auch in Constantinopel in seiner einflußreicheren Stellung mir seine treue Gesinnung bewahren wird, um, wenn es die Verhältnisse erfordern sollten, auch da meine Interessen nach Möglichkeit zu stützen und zu fördern. —

Was den jetzt vacanten Posten in Bucarest betrifft, so wäre es mir sehr angenehm, wenn die Umstände gestatten sollten, denselben durch eine mir von früher her bekannte Persönlichkeit besetzt zu sehen. Euer Excellenz erlaube ich mir deshalb Herrn v. Radowitz zu nennen, als einen Mann, der, wie ich glaube, alle Eigenschaften besitzt, um in Bucarest die Preußische Regierung würdig zu vertreten und der zugleich seinem liebenswürdigen Character nach besonders geeignet wäre die wärmsten Relationen zwischen der Regierung Sr. Majestät des Königs und der meinigen aufrecht zu erhalten.

Euer Excellenz verfehle ich nicht noch meine besten und aufrichtigsten Wünsche für die völlige Wiederherstellung Ihrer Gesundheit auszusprechen und verbleibe in vorzüglichster Hochachtung

Euer Excellenz ergebener

Carl.

259.

Minister Camphausen an Bismarck.

Berlin den 29. October 1869.

Euer Excellenz

geneigtes Schreiben vom 28. c.*) ist mir heute Abend zugegangen und hat mir dasselbe große Freude gemacht, wenngleich ich das Vertrauen zu Ihrer Leitung nicht gerade auf alle meine nunmehrigen Collegen ausdehnen kann. Die Verständigung mit Sr. Majestät bot durchaus keine Schwierigkeiten, der König ließ mir gleich durch Graf Eulenburg sagen, daß er meinen politischen Standpunkt kenne und nicht anfechte, er hat mich am 27. aufs Gnädigste empfangen und Sich mit mir fast eine Stunde lang über die verschiedensten Punkte unterhalten.

1869 29. 10.

In Bezug auf den Steuerzuschlag wurde gleich anerkannt, daß er nicht bewilligt werden würde (ich habe Werth darauf gelegt, diese Thatsache zu konstatiren) und daß man weder mir zumuthen könne, mit einem aussichtslosen Debut zu beginnen, noch den Mitgliedern der Regierungspartei, sich nutzlos ihren Wählern gegenüber zu kompromittiren. Es handelte sich daher um die Mittel zur Abhülfe. Ich verwies vor allen Dingen auf ein anderes System hinsichtlich der Tilgung der Staatsschulden, worüber ich im Frühjahre dem Minister v. d. Heydt ein leider völlig unbenutzt gebliebenes Promemoria vorgelegt habe. Ich verwies ferner auf die in Hannover und Nassau zu bewirkenden Verkäufe von kleinen, auf 3 bis 6 Jahre verpachteten und schlecht bewirthschafteten Ackerparcellen; dann auf die Thunlichkeit, einen mäßigen Betrag von Schatzanweisungen auszugeben, endlich erklärte ich, daß die Seehandlung ohne die geringste Beeinträchtigung ihres Geschäftsbetriebes mehrere Millionen abgeben könne. Einen präcisirten Vorschlag behielt

*) Concept nicht vorhanden.

1869 29. 10. ich mir vor, bis daß ich durch Rücksprache mit meinem Personal nähere Informationen eingezogen. Se. Majestät war mit Allem vollkommen einverstanden und beauftragte mich, Ihm persönlich über den weiteren Fortgang zu referiren, ich möchte dies aber vermeiden, bis ich vorab Euer Excellenz Einverständnisses versichert bin.

Sofort nach dem am 27. Nachmittags erfolgten Antritte meines Amtes habe ich meine Fragen gleich auf wunde Flecken gerichtet, sie setzten mich schon am 29. c. in den Stand, mündlich die Skizze eines Planes zu entwerfen, mit dem sich Graf Eulenburg überall einverstanden erklärte und den er gestern Abend Ihnen referirt haben wird, den ich indessen der Sicherheit halber hier wiederholen will.

1. Die Einnahmen des Staatsschatzes, welche bekanntlich von nun ab zur Bestreitung der laufenden Staatsausgaben verwandt werden müssen, werden sich pro 1870 in der Wirklichkeit um mindestens 1300000 Thlr., wahrscheinlich um 1500000 Thlr. höher herausstellen, als im Etat angenommen ist. Ich habe Auftrag ertheilt, mir das genau nachzuweisen, einstweilen muß ich mich auf die Angaben der Räthe verlassen.

2. In Bezug auf die Schuldentilgung wird es rathsam sein, zuerst mit der Umwandlung der dazu geeigneten 4½ %igen Anleihen vorzugehen, wodurch eine Minderausgabe von etwa 1½ Mill. Thaler sich erzielen läßt. Bei der günstigen Aufnahme, die meine heutige Andeutung im Abgeordneten-Hause fand, verdient die Frage noch eine sorgfältige Erwägung, ob man nicht sehr bald die Umwandlung der Staatsschuldscheine folgen läßt, was eine Minderausgabe von mehr als 2200000 Thlr. herbeiführen würde [1]).

3. Der vorgelegte Gesetzentwurf wegen Verbriefung der am 15. März, 1. April und 1. Mai k. J. fälligen Schatzanweisungen sollte, wie ich vernommen habe, dem Minister v. d. Heydt abgeschlagen werden. Man wird zugestehen müssen,

daß der jetzige Zeitpunkt für die Verbriefung nicht geeignet ist, es liegt aber im Regierungsinteresse, die Befugniß zur Verbriefung — die von den bisherigen alljährlichen Bewilligungen unabhängig macht — zu erlangen, dergestalt, daß der Zeitpunkt, wann von dieser Befugniß Gebrauch zu machen sei, demnächst unter Genehmigung Sr. Majestät des Königs lediglich seitens der Verwaltung zu bestimmen ist [2]). Zur Unterstützung dieser Anforderung hätte man die Unzweckmäßigkeit der jetzigen Schatzanweisungen, die auf ein volles Jahr laufen und jedesmal in einem kurzen Zeitabschnitte, zuletzt vom 15. März bis 1. Mai 1869 ausgegeben worden sind, darzulegen, darauf hinzuweisen, daß man Schatzanweisungen auf sechs Monate laufend ausgeben und die Begebung mehr auf das ganze Jahr vertheilen muß u. s. w. Diesen 13 Millionen könnte man für die Deckung des Deficits 2—3 Millionen hinzufügen. Ob man der Verwaltung das Recht der Verbriefung zu einem geeigneten Zeitpunkte für immer oder für einen mehrjährigen Zeitraum bewilligen wird, steht dahin, ich würde Anstrengungen machen, es zu erlangen. Würde es versagt, so würde die derzeitige Abhängigkeit der Regierung nicht verschlimmert, denn es ist gleichgültig, ob 13 oder 15 Millionen zu bewilligen sind, würde es bewilligt, so würde die Staatsregierung in eine unabhängigere Lage gerathen.

1869 29. 10.

Euer Excellenz werden gleich wahrgenommen haben, daß alle 3 Vorschläge darauf Bedacht nehmen, die Macht der Regierung nicht schmälern zu lassen. Im Uebrigen beabsichtige ich ein System verständiger Sparsamkeit (nicht Knauserei) einzuführen, das viel Geduld und nachhaltige Anstrengung erfordern, aber auch am sichersten zu einem völlig gesunden Zustande zurückführen wird. Hierbei muß ich am meisten auf Ihre kräftige Unterstützung hoffen.

Die obige Skizze betrachte ich als einen völlig annehmbaren, aber nur vorläufigen Plan, indem ich es sehr wohl für

1869 29. 10. möglich halte, noch bessere Kombinationen aufzufinden, wenn ich erst tiefer eindringen kann. Meine Thätigkeit zählt erst nach Stunden, und von diesen sind recht viele durch Anforderungen aller Art in Anspruch genommen worden. Es wird mir angenehm sein, wenn Euer Excellenz baldigst, vielleicht durch ein Telegramm, mir mittheilen, ob Sie mit den Grundzügen des Planes einverstanden sind, dann werde ich alsbald darüber im Staatsministerium und Sr. Majestät mündlichen Vortrag halten.

Mit vollkommener Hochachtung

Eurer Excellenz

ganz ergebenster

Camphausen.

Randbemerkungen Bismarcks:

[1]) ja.

[2]) läuft gegen die Politik der Opposition, schwerlich bewilligt.

260.

Bismarck an Präsident Delbrück.

Varzin 5 Nov. 1869.

Verehrtester Herr Präsident

1869 5. 11. Der Carlsbader erlaubt mir nicht viel zu schreiben, ich schicke daher nur ein Fragment dessen was ich sagen möchte. Daß Camphausen in den Bundesrath muß, sehe ich ein, unabhängig von der Contrasignaturfrage. Ich möchte, daß sein Eintritt nicht zu lange nach dem ins Ministerium, also bald erfolgt, und würde der Kopfzahl wegen wünschen, daß dafür eins der dem Finanzministerium entstammenden Mandate zurückgezogen wird. Welches, darüber bitte ich um Ihre Meinung. Daß Camphausen mit seinem Eintritt in den Bundesrath ein-

verstanden ist, setze ich voraus, ersuche Sie eventuell es zu constatiren und mir dann den ad regem zu richtenden Antrag entwerfen zu wollen. Die Motivirung könnte das Bedürfniß präciserer Einheit der Bundesfinanz-Verwaltung mit der Preußischen hervorheben, und nebenher, für den König aber von durchschlagendem Gewicht, die Erleichterung, die für mich daraus hervorgeht, daß der Finanzminister nicht durch mich, sondern direct seine Verständigung mit dem Bunde und in demselben bewirkt. Das letztre Motiv militirt auch vorzugsweise für Ihre eigne Betheiligung an den Sitzungen der Preußischen Minister. Die Maßregel muß nicht als eine politische, sondern als Geschäftserleichterung Sr. Majestät vorgetragen werden. Das principielle Einverständniß des Königs habe ich in diesem Sinne auf mein Ihnen bekanntes Schreiben bereits erhalten. Um den formalen Antrag zu stellen, muß ich die Sache aber erst im Staatsministerium zur Sprache bringen. Schwierigkeiten erwarte ich dort nicht, denn sachlich könnte ja nichts dagegen eingewendet werden, wenn Sie als generell von mir substituirt in jeder Sitzung erschienen. Daß der König Ihnen dabei den Titel als Staatsminister giebt, halte ich unentbehrlich, wegen Ihrer Stellung im Bundesrathe. Ich möchte, daß es dabei bliebe, daß Friesen*), wenn er da ist, präsidirt, und Sie, wenn er nicht da ist. Zu diesem Behufe müssen Sie Sich aber, wenn mehre unsrer Minister eintreten, den Titulaturwechsel gefallen lassen; der des Präsidenten des B.K.A.**), dem Sie einen so guten Namen gemacht haben, kann ja der übliche und geläufige bleiben, wird aber ein für alle Mal, wie ich glaube, eine ministerielle Stellung werden müssen, ein Minister für Bundesangelegenheiten. Ich denke mir, daß mit der Zeit der Kanzler für innere Bundessachen eine Art von Mikado und der Präsident der Taikun werden wird.

1869
5. 11.

---

*) Kgl. Sächsischer Minister und Bevollmächtigter zum Bundesrath.
**) Bundeskanzler-Amts.

1869
5. 11.

Zunächst bitte ich also um Entwurf von Bericht und Ordre wegen Camphausens Ernennung in den Bundesrath, und werde Ihnen in diesen Tagen mein Schreiben an das Staatsministerium Behufs Ihrer Betheiligung zur vertraulichen Kenntnißnahme und Kritik einsenden.

v. Bismarck.

261.

Staatssecretär v. Thile an Bismarck.

Berlin, 8. Juli 1870.

Verehrter Chef,

1870
8. 7.

Benedetti, der mir bei seiner Abreise (vor dem Platzen der spanischen Bombe) gesagt, daß er auf der Fahrt nach Wildbad nur einen Tag in Coblenz bleiben wolle „pour se rendre à une ancienne invitation de la Reine“ scheint nach den Zeitungen dort länger zu verweilen. Die Absicht ist klar.

Gehorsamst und getreulich

v. Thile.

262.

Heinrich VII. Prinz Reuß an Bismarck.

Petersburg, Januar 1871.

Verehrtester Chef,

1871
? 1.

Ihrem telegraphischen Auftrag gemäß habe ich heut Sr. Majestät dem Kaiser und der Großfürstin Helene Ihre Glückwünsche ausgerichtet. Seine Majestät trugen mir auf, Ihnen zu danken. Die Großfürstin antwortete mir durch ein sehr freundliches Billet. Ich lege es hier bei, weil es Ihnen Freude machen wird von ihrer Hand den Ausdruck ihrer treuen Gesinnungen zu lesen. Sie ist sich unverändert gleich geblieben.

Sie versteht, warum wir Krieg führen, und weiß, daß wir diesen Kampf nicht abbrechen können wie ein Theaterstück. Sie ist deshalb auch fern von allem schwächlichen Gewinsel, welches hier Mode ist unter den Damen und wozu die Allerhöchste den Ton angiebt. 1871 ? 1.

Der Kaiser, wenn er auch den Frieden wiederhergestellt sehen möchte, läßt sich doch nicht von diesen Klageweibern anstecken und ist korrekt. Er ist noch unter dem traurigen Eindruck eines Unglücksfalles, der vor einigen Tagen auf der Jagd passirte. Vor seinen Augen wurde auf der Bärenjagd der Jäger-Meister Scariatin durch seine Unvorsichtigkeit unter dem Feuer erschossen. Er kroch mit gespannter Büchse in der Deckung einem angeschossenen Bären nach, wobei sich das Gewehr wahrscheinlich durch Streifen an einem Baum entlud. Der Kaiser war ganz außer sich und die ganze Episode sehr traurig.

Von ganzem Herzen wünsche ich Ihnen gute Gesundheit im neuen Jahre und daß Sie bald Ihren Namen unter einen glorreichen Frieden setzen können.

In aufrichtigster Verehrung

Ihr

sehr ergebener

H. VII. P. Reuß.

263.

Kriegsminister v. Roon an Bismarck.

Gütergotz, 3. Juli 1872.

Das lange Dienstschreiben, mit dem ich Sie schon am 18. v. M. bedrohte und welches ich heute in Ihr Tusculum schleudere, ja schleudern muß, kann ich nicht abgehen lassen, ohne Sie wegen dieses Attentates gegen Ihre Ruhe und Ihr 1872 3. 7.

1872 8. 7. Behagen gründlichst um Verzeihung zu bitten. Aber ich konnte mich der dazu drängenden Nöthigung nicht erwehren. Die Angelegenheit ist für mich ernst, sehr ernst, vielleicht auch ein wenig für Sie, mein durchlauchtiger alter Freund. Und weil ich Sie, Dank Ihrer Güte, so nennen darf, so werden Sie mir auch die Bitte um zwei Worte diktirter Rückäußerung nicht abschlagen; ich bedarf solcher, um mich zu legitimiren. Wenn ich Ihnen sage, daß eine Abschrift meines Dienstbriefes nach Ems geht, so werden Sie mich verstehen. — In der That aber bin ich, ganz abgesehen von jeder Rücksicht auf Allerhöchste Ansichten, selbst und persönlich ganz eingenommen von der Ihnen vorgetragenen Nothwendigkeit. Also bitte eine Rückäußerung, die den Herrn — und kann es sein — auch mich beruhigt.

Nun nur noch meinen herzlichen Gruß! Wie warm und aufrichtig meine Wünsche für Ihr Retablissement sind und sein müssen, könnten Sie wissen. Möchten Sie meines heutigen Diktats wegen nur nicht daran zweifeln!

In etwa 10 Tagen muß ich nach Marienbad, wie der thörichte Böger will, der meine Frau dorthin schon vorausgejagt hat. Jünger werde ich dort wohl auch nicht werden, aber vielleicht auch nicht älter.

Gott mit Ihnen und den verehrten Ihrigen! ich küsse der Fürstin die Hand, in tiefster und wärmster Verehrung. Möchten Sie doch alle recht frisch und gekräftigt zu der alten Marterbank zurückkehren! Denn wills Gott, so müssen Sie daran noch eine Weile aushalten, bis wieder Einer da ist, dem Ihre ausgetretenen Schuhe einigermaßen passen.

In treuster Verehrung

Ihr

herzlich ergebener

alter

Roon.

264.

Fürst Gortschakow an Bismarck.

Berlin ce 15 Nov. 1872.

Cher Prince

Je ne saurais quitter Berlin sans Vous exprimer le regret de ne pas avoir pu vous y serrer la main et surtout celui de la cause qui motive votre absence. Tous mes voeux sont pour un prochain rétablissement de votre santé. Personne comme homme privé et comme homme public n'en reconnaît d'avantage la valeur.

1872 15. 11.

Je ne veux pas être indiscret en vous fatiguant; mais je n'aurai pas répondu à un besoin du coeur, si je m'étais refusé de réclamer par quelques lignes votre bon souvenir et de vous renouveler l'expression des sentiments invariables que je vous ai voués d'ancienne date.

Veuillez me mettre aux pieds de Madame la Princesse et me croire,

tout à vous

Gortschakow.

265.

Bismarck an Fürst Gortschakow.

Varzin ce 20 Nov. 1872.

Cher Prince

je vous remercie de tout mon coeur d'avoir pensé à moi en passant par Berlin; parmi les privations que m'impose l'état de ma santé, celle de ne pas avoir pu vous serrer la main à votre passage m'est des plus sensibles. J'ai noué bien des relations officielles dans ma vie, mais celle avec vous, mon cher Prince, c'est la seule qu'il me tiendrait à coeur de con-

1872 20. 11.

1872 20. 11. tinuer après la cessation des rapports officiels, et si Dieu nous donnait un temps de repos avant la mort, je serais bien heureux de le passer avec vous comme voisin à la campagne. Pardonnez-moi cette ébullition de sentimentalité allemande, car elle est sincère; vous êtes le seul homme d'État en Europe avec lequel je puisse retracer vingt ans d'affaires sans me souvenir d'un moment d'amertume. Il n'y avait pas toujours communauté d'intérêts, mais toujours droiture de gentilhomme et bienveillance. Ce n'est que dans la position de ministre surchargé d'affaires que j'ai appris à apprécier toutes les bontés et toutes les indulgences que vous avez eues pour moi quand j'étais à Pétersbourg, et parmi mes défauts je n'ai pas celui d'être ingrat.

Ma santé m'oblige toujours de me tenir en dehors des affaires, mais je suis convaincu que je pourrais y rentrer, si jamais mes collègues voulaient me laisser deux mois de repos sans interruption. Toujours j'espère que le Roi voudra bien accueillir ma demande de me dispenser en définitive de toute participation aux affaires intérieures de la Prusse et de restreindre mes occupations à la gestion des affaires étrangères et de celles de l'Empire Germanique. Les affaires intérieures sont celles qui usent mes forces parce qu'elles m'imposent une responsabilité sans autre autorité que celle de la prière et de la persuasion.

v. Bismarck.

266.

Botschafter Graf H. v. Arnim an Bismarck.

Paris, den 17. Januar 1873.

1873 17. 1. Der Dr. Evans theilte mir mit, daß vor einigen Tagen ein von ihm gehegter Verdacht — daß Graf Cavour durch eine Cigarre vergiftet sei — eine ganz positive Bestätigung ge-

funden habe. Er sei fest von der Wahrheit seiner Behauptung überzeugt. — 1873 17. 1.

Auch glaube er aus einigen Aeußerungen, die er gehört habe, schließen zu müssen, daß gewisse Fanatiker seiner Religion — Evans ist Katholik — nicht abgeneigt seien, mit Ew. Durchlaucht dieselbe Operation vorzunehmen. — Er hat mich ausdrücklich, Euer Durchlaucht nicht ungewarnt zu lassen.

Die Aeußerung, welche er gehört habe, lasse ihm keinen Zweifel darüber, daß es Personen gäbe, welche Ew. Durchlaucht „Lieblingsgewohnheit" zu Ihrer Tödtung benutzen wollten. — „Does Prince Bismarck smoke much?" fragte er mich. Auf meine bejahende Antwort sagte er, daß er dann ganz sicher sei, daß die Cavoursche Cigarre eine Rolle spielen soll. Ich bemerke incidenter, daß vergiftete Cigarren auch in Lissabon im Jahre 1872 bei den vielen Todesfällen in der Königsfamilie eine Rolle spielten.

Mir erscheinen dergleichen Dinge immer sehr unwahrscheinlich. Indessen wäre das Kunststück, Ihnen eine Kiste vergifteter Cigarren zu schenken, nicht sehr groß, namentlich wenn der Geber keine Scheu hat, gleichzeitig noch mehrere andre Personen aus Versehen mit um das Leben zu bringen.

Dr. Evans schien selbst von dem Ernste seiner Befürchtungen überzeugt zu sein. Daher habe ich es nicht auf mich nehmen wollen, die Sache unerwähnt zu lassen.

Arnim.

267.

v. Scheele an Bismarck.

Berlin, 9. 4. 73.

Euer Durchlaucht

hoher Erwägung darf ich gehorsamst anheimstellen, ob Hoch- Sie den Herrn Miquél zu Sich bescheiden lassen möchten, um 1873 9. 4.

1873 9. 4. ihn für Einbringung des Reichs-Eisenbahngesetzes — in der nunmehr beliebten abgekürzten — Form zu interessiren. Beide über das Reichseisenbahnwesen vom Reichstage angenommenen Anträge führen den Namen Miquél. Schon deßhalb möchte, von der unter den parlamentarischen Großwürdenträgern herrschenden Eifersucht ganz abgesehen Herr Miquél einen stärkern Anspruch auf ein freundliches Wort des Herrn Reichskanzlers haben, als Herr Bamberger, und ich glaube ausreichenden Grund zu der Befürchtung zu haben, daß ohne gemeinschaftliches Vorgehen Miquéls und Bambergers Euer Durchlaucht Absicht scheitern könnte.

Ehrerbietigst und
ganz gehorsamst
Scheele.

268.

Minister B. v. Bülow an Bismarck.

Klein Flottbeck, den 29. Juni 1873.

Verehrtester Fürst

1873 29. 6. Mit aufrichtigem Dank für die mir gewährte Frist kann ich Eurer Durchlaucht nunmehr anzeigen, daß ich Ihrer ehrenvollen Aufforderung Folge zu leisten bereit bin, sobald mir die von den Großherzogen von Mecklenburg zu erbittende Entlassung zu Theil geworden seyn wird. Ich enthalte mich auf die ernsten Bedenken zurückzukommen, welche Mißtrauen in die eigenen Kräfte und so manche andre Erwägung mir nahe legen: nach gewissenhafter Ueberlegung finde ich meine beste Beruhigung darin, daß Eure Durchlaucht jene Bedenken kennen und daß ich, wie viel mir auch sonst mangelt, doch den Werth von Eurer Durchlaucht Vertrauen und die Ehre zu schätzen weiß, unter Ihrer Leitung und in einer solchen Stellung Sr. Majestät dem Kaiser und dem Reich zu dienen.

Mit Rücksicht auf meine Entlassung darf ich bitten, mich zu verständigen, wann und ob mit Angabe der an mich ergangenen Aufforderung ich dieselbe nachzusuchen haben werde. Was den Zeitpunkt des Eintritts angeht, so war es mein Plan und ist im Hinblick auf eine arbeitvolle Zukunft fast eine Nothwendigkeit, von hier nach Marienbad zu gehen; indem ich um das Programm meines Eintritts und der nächsten Monate bitte, erlaube ich mir nur hinzuzufügen, daß etwas Freiheit ein dankbar anerkanntes Geschenk seyn wird, ich übrigens selbstverständlich zu Eurer Durchlaucht Disposition stehe. 1873 29. 6.

Genehmigen Eure Durchlaucht auch heute den Ausdruck der treuen Ergebenheit und Verehrung, in der ich bin

Eurer Durchlaucht

ganz gehorsamster

B. Bülow.

269.

Bismarck an Minister B. v. Bülow.

Varzin 7 Juli 1873.

Verehrter Freund

Mit verbindlichstem Dank habe ich Ihr Schreiben vom 29sten erhalten und bitte nun meinerseits um eine Frist Behufs der weitern Entwickelung, die durch meine Trennung von Sr. Majestät eine schwierige ist und eine Störung der eingetretenen Ferien herbeiführen kann, wenn Empfindlichkeiten explodiren. Wie ich Ihnen sagte, versagt der Kaiser die Ernennung Balans, nachdem der letztere seit fast einem Jahre die Geschäfte geführt hat. Ich habe zu starke andere Friktionen zu überwinden, um aus dieser von Sr. Majestät abhängenden Personalfrage eine Cabinetfrage zu machen. Aber ich möchte auch Balan, der das nicht verdient, nicht kränken, ich muß dies, 1873 7. 7.

1878 7. 7. soweit es geschieht, Sr. Majestät überlassen. Das Programm der nächsten Zeit würde sein: daß ich den Kaiser von dem Inhalte Ihres Schreibens benachrichtige, aber um Aufschub der Entscheidung bis zum 1 September bitte, wo ich Se. Majestät in Berlin zu sehen hoffe. Bis dahin würde Alles beim Alten bleiben. Geschieht früher etwas, so laufen Sie Gefahr, um Marienbad zu kommen, und ich, zum Kaiser nach Ems gehn zu müssen, weil Balan möglicher Weise die dabei zu Tage kommende allerhöchste Mißstimmung gegen seine Person, an die er bisher nicht glaubt und die er in der That nicht verdient, so empfindlich vermerkt, daß er den Abschied verlangt und die Geschäfte nicht fortführt. Ich werde also Sr. Majestät vorschlagen, die Dinge bis zur Beendigung der verschiedenen Badekuren im alten Gleise fortlaufen zu lassen. Sollte der Kaiser das nicht wollen, so benachrichtige ich Sie ohne Verzug, ich denke aber, Se. Majestät werden einsehn, daß für die nächsten Wochen Jedermann der Ruhe bedarf und Sie des Marienbades. Bis zum Eingang der allerhöchsten Antwort werden ohnehin 8 bis 14 Tage vergehn, und wenn ich remonstrire, nochmal so viel, so daß ich denke, wir können uns einstweilen noch beiderseits der Sommerfreiheit erfreuen.

Mit der Bitte, mich Ihrer Frau Gemalin zu Gnaden zu empfehlen, bin ich in alter Freundschaft

der Ihrige

v. Bismarck.

270.

Fürst Karl von Rumänien an Bismarck.

Durchlauchtigster Fürst!

1878 26. 7. Auf meiner Reise in die Hohenzollernschen Lande habe ich die Marken Deutschlands nicht betreten können, ohne noch in

unmittelbarerer Weise als in der Ferne des Mannes zu gedenken, der Deutschland zur Einheit und zu nie gekannter Größe geführt hat. Diese Gefühle konnten in mir nicht rege werden, ohne gleichzeitig dem Wunsche Raum zu geben, Eure Durchlaucht auf dieser Reise zu begrüßen und Ihnen meine Verehrung persönlich auszudrücken. — Ich glaube als Fürst von Rumänien die Eigenschaften eines deutschen Fürsten nicht verläugnet zu haben und würde mich glücklich schätzen, mich mit Eurer Durchlaucht über die Verhältnisse an der unteren Donau unterhalten zu können. Der Macht-Einfluß Deutschlands hat, Dank der Politik Eurer Durchlaucht eine Peripherie erhalten, die weit über die Grenzen Rumäniens hinausliegt, und so dürften die Zustände des letzteren für Euere Durchlaucht von besonderem Interesse sein.

1873
26. 7.

Mit der ausgezeichnetesten Hochachtung verbleibe ich

Eurer Durchlaucht

Bad Imnau, 26. Juli 1873. — ganz ergebener Carl.

Randbemerkungen Bismarcks:

Wo liegt Imnau?

Wie lange bleibt der Fürst in Deutschland, und wo?

Anlagen.

I.

Ganz gehorsamste Meldung.

Bad Imnau liegt in Hohenzollern-Hechingen, ist Poststation (nächste Eisenbahnstation Eyach).

1873
4. 8.

Fürst Carl bleibt, nach Mittheilung seines Bruders, des Prinzen Friedrich v. Hohenzollern, noch 14 Tage bis 3 Wochen in Imnau und wollte dann die Rückreise nach Bukarest antreten.

4. Aug. 1873. — Radowitz.

Vermerk von Bismarcks Hand:

1873 4. 8. Ich bitte nach Maßgabe der Anlage womöglich zu ermitteln, was der Fürst beabsichtigt*), ob er erwartet, daß ich nach Jmnau komme, was mir nicht möglich ist, ob er mir die Ehre erzeigen will, mich hier zu besuchen, oder ob er darauf rechnet, mich am 2 Sept. in Berlin zu sehen.

v. B.

II.

Ganz gehorsamste Meldung.

1873 11. 8. Fürst Carl von Rumänien ist gestern 10. August nach Sigmaringen gereist, wo er bis zum 21. d. M. bleiben will. Am 25. will der Fürst von Wien die Rückreise nach Rumänien antreten; er hatte nicht die Absicht, vorher nach Berlin zu kommen. Den Zeitungsnachrichten gemäß hatte der Fürst geglaubt, vielleicht in dieser Zeit Eurer Durchlaucht in Wien**) begegnen zu können.

11. August 1873. Radowitz.

Vermerk von Bismarcks Hand:

Bitte mir Antwort zu entwerfen, mit entsprechenden Redensarten und Bedauern, daß Gesundheit mich hier festhalte.

271.

Staatssecretär B. v. Bülow an Bismarck.

Berlin, den 10. October 1873.

Eure Durchlaucht

1873 10. 10. wollen mir gestatten, der offiziellen Meldung meines Dienstantritts vor Allem die Bitte hinzuzufügen, mir das Vertrauen

---

*) Fürst Karl beabsichtigte den Rath Bismarcks wegen seiner geplanten Unabhängigkeits-Erklärung einzuholen, Aus dem Leben des Königs Karl von Rumänien II 328.

**) Beim Besuch der Weltausstellung.

zu bewahren, dem ich diese Stellung und das volle Heimaths- recht im Deutschen Reiche danke. Herr v. Balan hat mich in diesen Tagen sehr zuvorkommend und sehr instructiv in den Gang und die Pflichten der laufenden Geschäfte eingeführt, — die Tage sind mir aber besonders deßhalb nützlich und lieb geworden, weil ich in der Werkstatt sofort Hand und Geist des Werkmeisters in Action fand und in deren belebender und erleuchtender Erkenntniß meinen Weg schon finden werde.

1873 10. 10.

Der Großherzog von Schwerin hat mich bei meiner zweiten Anwesenheit sehr gnädig und in der reichsfreundlichen Gesinnung, die der vortreffliche Herr immer hat und bewährt, entlassen. Ich danke dem Großherzog meine besten Mecklenburgischen Erinnerungen und habe mich sehr über die Worte gefreut, mit denen er mir beim Abschied sein Bild zum Andenken versprach.

Beim hiesigen diplomatischen Corps scheint das mot d'ordre zu seyn, mich freundlich willkommen zu heißen — ich werde hoffentlich in den Beziehungen den rechten Weg finden. Ich habe meinen bisherigen deutschen Collegen und den meisten andern, namentlich Herrn v. Oubril und Bancroft*) Besuche gemacht. Mr. de Gontaut-Biron hat mir aus Baden-Baden ein Paar Zeilen geschrieben pour m'offrir tous les complimens à l'occasion de mes nouvelles fonctions — ich habe ihm ebenso artig in allgemeinen Phrasen geantwortet — weniger angenehm war ein Besuch des französischen interimistischen Geschäftsträgers Debains (den ich seit alter Zeit kenne und dem ich nicht traue) der mich auf der Treppe überfiel und von allem Möglichen zu reden suchte, übrigens sehr in der Coloratur einer nahen Restauration. Herr v. Oubril sagt mir, daß er aus allen Begegnungen mit Franzosen, welcher Parthei sie auch angehörten, in Baden wie in der Schweiz den Eindruck mitgebracht, daß

*) Gesandter der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

1873 10. 10. es sich nur noch darum handle, ob Henri V. in den nächsten Wochen oder zum Frühjahr proclamirt werde: er persönlich glaube mehr an das Interim einer Lieutenance-Générale nach Proclamirung der Monarchie, — ein solches Unding würde dann wohl dem Character des Prätendenten ansprechen, aber schwerlich seinen Hoffnungen: mir scheint undenkbar, daß die Franzosen so lange ruhig in einer Art Winterschlaf die Restauration erwarten sollten.

Mit aufrichtigstem Dank für die durch Herrn v. Radowitz übermittelten Grüße und Bestellungen darf ich mir die Anfrage erlauben, ob Ew. Durchlaucht mein Erscheinen in Varzin vor oder nach der Wiener Reise*) genehmer seyn werde? Ich bin jederzeit mit größter Freude bereit einer telegraphischen oder anderweitigen Bestimmung zu folgen, um so mehr, als sich mit jedem Tage des Lernens hier auch die Augenblicke mehren, wo ich gerne eine Frage frei hätte.

In treuer Verehrung verharre ich

Ew. Durchlaucht

ganz ergebenster

B. Bülow.

272.

Kriegsminister Graf Roon an Bismarck**).

Neuhof bei Oeslau (Coburg) den 12. Octbr. 73.

1873 12. 10. Nachdem ich Sr. Majestät vor einigen Tagen meine Bitte um Enthebung von den mir anvertrauten Staatsämtern adressirt habe, wende ich mich, unter Anrufung unserer alten Freundschaft, an Sie, mein theurer Fürst, um Sie inständigst

*) Bismarcks zur Weltausstellung.

**) Nach einem Concept veröffentlicht in Roons Denkwürdigkeiten Bd. III (4. Aufl.) S. 363 ff., hier genau nach dem Original, das einige kleine Abweichungen aufweist.

zu bitten, meinem Gesuche nach Kräften Vorschub zu leisten. Ich bin ganz fertig mit meinen geringen Fähigkeiten für den öffentlichen Dienst und daher fest entschlossen, die mir obliegenden Amtsgeschäfte nicht wieder zu übernehmen; es widerstrebt meinem Ehrgefühl noch länger etwas zu scheinen, was ich nicht sein, wenigstens nicht mehr sein kann; es verstieße wider Pflicht und Gewissen, alle Ehren und Vorzüge meiner Stellung fortzugenießen mit dem Bewußtsein einer totalen Leistungsunfähigkeit wenigstens für jede amtliche Stellung, welche von ihrem Inhaber eine regelmäßige und andauernde Thätigkeit, nicht blos gelegentliche Impromptus oder irgend eine zufällige rhapsodische Leistung verlangt. — Auch habe ich die Ueberzeugung meiner Entbehrlichkeit — vielleicht schon zu spät — gewonnen; dafür ist dieselbe aber gegenwärtig so stark, daß ich ihr unmöglich untreu werden kann.

1873 12. 10.

Ueberraschen wird mein Entschluß Niemand, Sie mein verehrter Freund, am wenigsten, der Sie meine wachsende Hinfälligkeit seit Jahren beobachten konnten, auch wenn diese Hinfälligkeit nicht durch meine 71 Jahre und die letzten 14 Jahre meiner Vergangenheit hinreichend motivirt wäre.

Ich habe Se. Majestät gebeten, den General v. Kameke an meiner Stelle zum Kriegsminister zu ernennen, da das Siamesenthum mit mir ihm je länger je unerträglicher werden mußte und jedes Provisorium je früher desto zweckmäßiger zu Ende gehen muß. — Zugleich aber habe ich auch dringend gebeten, das Minister-Präsidium von mir zu nehmen, welches von Anbeginn an den Stempel des Provisoriums gleichfalls vor der Stirn trug. Mag es sein, daß der Bestand des Ministerii aus politischen Gründen vor den Wahlen nicht alterirt werden sollte. Aber — selbst wenn ich deshalb auch noch kurze Zeit innerhalb des Staats-Ministerii mit meinem Namen figuriren müßte — ich bin außer Stande, die Geschäfte wieder zu übernehmen, und erbat daher von Sr. Majestät auch die Fortdauer

1873 12. 10. meines Urlaubs, um dem Rathe der Aerzte folgend den Winter im Süden zuzubringen.

Vielleicht erscheinen meine Entschließungen Seiner Majestät erheblich genug, um mit Ihnen darüber zu conferiren, und erbitte ich daher von Ihrer Freundschaft meinen Standpunkt des non possum wohlwollend zu vertreten, weil ich den Herrn weder erzürnen noch kränken möchte, sondern den größten Werth auf die Erhaltung seiner gnädigen Gesinnungen lege. Wenn Se. Majestät das Widersinnige befehlen sollte, daß ein alter Diener fortdienen soll, selbst wenn er es nicht kann wie ich: so werde ich natürlich auch meinen letzten Athem hergeben; einen andern Zweck hätte es aber nicht.

Zum Schluß dieser Zeilen, die Sie als amtliche nicht ansehen werden, denn sie sind par excellence privative und freundschaftliche — erlauben Sie mir, Ihnen aus vollem Herzen nochmals mein „Adelante adelantador atrevido!“ zuzurufen und Gottes Segen für Ihr ferneres gedeihliches und großartiges Wirken zu erflehen, und das werde ich immer thun, bis an mein vielleicht nicht mehr fernes Lebensende, gleichviel ob ich auf der Bühne oder im Zuschauerraum meinen Platz habe.

In aufrichtiger Treue

Ihr

v. Roon*).

273.

Finanzminister Camphausen an Bismarck.

Berlin, den 10. November 1873.

Eurer Durchlaucht

1873 10. 11. zeige ich ehrerbietigst an, daß mir heute früh die Allerhöchste Ordre zugegangen ist, durch welche Se. Majestät auf Ihren

*) Bismarcks Antwort vom 20. November 1873 s. Bismarck-Jahrbuch III, 301 ff.

Antrag mich zum Vicepräsidenten des Staatsministeriums zu ernennen geruht haben. Ich eile Ihnen für das Vertrauen, das Sie zur Stellung dieses Antrages bewogen hat, wiederholt meinen aufrichtigen Dank zu sagen und die Versicherung hinzuzufügen, daß ich eifrig bestrebt sein werde, in dem erweiterten Wirkungskreise sowohl Eurer Durchlaucht nationale Politik, soweit meine Kräfte reichen, zu unterstützen als auch von den Lasten der Geschäftsleitung so viel als thunlich Ihnen abzunehmen. 1873 10. 11.

Ich setze voraus, daß Eure Durchlaucht während des Aufenthaltes in Varzin mit den preußischen Gesetzentwürfen, wenn sie nicht von besonderer Wichtigkeit sind, nicht behelligt zu werden wünschen, und werde vorläufig bis auf anderweite Bestimmung hiernach verfahren.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Eurer Durchlaucht
ganz ergebenster
Camphausen.

274.

Fürst Gortschakow an Bismarck.

Telegramm.

Berlin, 10. Nov. 1873.
12 Uhr 55 M. N.

Chancelier Prince Bismarck
Varzin.

Désolé que santé et saison m'empêchent aller à Varzin. Si la vôtre ne s'y oppose, serais heureux de vous serrer la main à Dirschau. Pourrais y être jeudi matin. Veuillez me télégraphier, si cela vous convient. Si retard que je ne prévois pas surgissait, vous en préviendrai à temps par télégraphe. 1873 10. 11.

Gortschakow.

275.

Bismarck an Fürst Gortschakow.

Telegramm.

Varzin 10 11 1873.

Chancelier Prince Gortschacow

Berlin.

1873 10. 11. Depuis dix jours un mal de gorge assez pénible et même un peu suspect au dire du médecin me retient chez moi. A mon grand regret je suis pour le moment hors d'état de voyager et ne puis aller vous embrasser en route.

v. Bismarck.

276.

Fürst Gortschakow an Bismarck.

Telegramm.

Berlin, 11. Nov. 1873.
9 Uhr 30 M. V.

Chancelier Prince Bismarck

Varzin.

1873 11. 11. Je déplore perdre chance de vous serrer la main et garde conviction que nous continuerons à nous entendre même à distance. L'essentiel est qu'une santé aussi précieuse à l'état et à vos amis ne soit exposée à aucun risque. Je quitte Berlin demain soir. Veuillez faire mes sincères hommages à la princesse.

Gortschakow.

277.

König Albert von Sachsen an Bismarck.

Dresden, den 19. Nov. 1873.

Verehrter Fürst,

1873 19. 11. Die Freundlichkeit, welche Sie mir seit dem Anfange unserer Bekanntschaft, besonders aber in den Zeiten bewiesen

1874 6. 7. erbieten des Ministers Pfeuffer Gebrauch zu machen, einen erfahrenen und umsichtigen Bayrischen Polizeibeamten während Anwesenheit des Fürsten in Kissingen zu stationiren. Aus derselben Rücksicht habe ich Herrn v. Madai veranlaßt, einen hiesigen zuverlässigen Agenten dorthin zu senden — der Bayrische heißt Gehret, der diesseitige ist der rühmlich bekannte Polizei-Inspector Weber. Die beiden Herren sind angewiesen, sich mit einander in Beziehung zu setzen, werden übrigens das rücksichtsvollste Incognito beobachten. Se. Durchlaucht braucht die Anwesenheit derselben nur, wenn die Umstände Ihnen solches wünschenswerth oder zweckmäßig machen, zu erfahren: ich gebe Ihnen aber anheim, Sich gelegentlich mit Weber in Beziehung zu setzen. Ich weiß genug von geheimer Polizei und den Stimmungen der katholischen Pfaffen, um Kissingen nicht für absolut ungefährlich zu halten. Deus avertat und segne die Cur.

Mit allen guten Wünschen und aufrichtig ergebenst

B. Bülow.

279.

Finanzminister Camphausen an Bismarck.

Berlin den 9. Juli 1874.

Eurer Durchlaucht

1874 9. 7. beehre ich mich über den Gang der mit dem Abgeordneten Dr. Friedenthal wegen Uebernahme des landwirthschaftlichen Ministeriums gepflogenen Verhandlungen eine ganz ergebenste Mittheilung zu machen.

Gemäß der am 2. l. M. getroffenen Verabredung habe ich den Handelsminister Dr. Achenbach ersucht, sich in geeigneter Weise, ohne vorläufig das Staatsministerium zu engagiren, mit dem p. Friedenthal zu benehmen, um zu erfahren, ob er bereit

1874 19. 7. bei Erstattung des Immediatberichtes, der bis zum Anfang September auszusetzen sein dürfte, zu benutzen sein. Sofern Eure Durchlaucht den Friedenthal vorab noch sprechen wollen, wird er sich auf ergehende Aufforderung einfinden. Für jetzt haben wir Sie damit verschonen wollen.

Euer Durchlaucht haben die mittlerweile in Bezug auf die katholischen Gesellenvereine erlassenen Verfügungen erhalten, auch mit dem Grafen Eulenburg persönlich über diese Angelegenheit konferirt.

Morgen will ich die bisher verschobene Erholungsreise endlich antreten. Mögen Eure Durchlaucht die durch das abscheuliche Attentat unterbrochene Kur mit bestem Erfolge beenden! Dies wünscht von ganzem Herzen

Ihr
treu ergebener
Camphausen.

282.

Staatssecretär B. v. Bülow an Bismarck.

Berlin, 4. August 1874.

Eurer Durchlaucht

1874 4. 8. darf ich für die gütige und gute Zuschrift den herzlichsten und erfreuten Dank aussprechen. Das Autograph, gerade drei Wochen nach dem Attentat wird als Schatz aufbewahrt werden und als Erinnerung an das, was damals geschehen ist und was ohne Gottes Beistand geschehen seyn würde.

Eurer Durchlaucht successive Aufträge sind besorgt oder doch in Gang gesetzt. Der Cultusminister dankt für die demselben gestern von mir gemachte Mittheilung, im Uebrigen träfen Eurer Durchlaucht Bemerkungen gerade den Punkt, der ihm am schwersten auf dem Herzen liege: die Apathie oder gar Opposition des gläubigen Theils der evangelischen Geistlichkeit.

1875
6. 1.

1. ein für sämmtliche Herren Staats-Minister bestimmtes Promemoria, die Währungs- und die Bankfrage betreffend vom 19. Sept. v. J.,
2. Abschrift meiner Immediat-Eingabe vom 12. Okt. v. J., worin ich mich über meine Nichtzuziehung zu den Staats-Ministerial-Berathungen über die Bankfrage beschwere,
3. Abschrift des Bescheides, welchen ich infolge dieser Eingabe von meinem Herrn Chef unterm 15. October v. J. erhalten habe und worin mein Verlangen für unberechtigt erklärt wird,
4. Abschrift meiner Antwort auf diesen Erlaß vom 16. Oktober v. J.

zur hochgeneigten Kenntniß ganz gehorsamst zu überreichen.

Das Promemoria unter No. 1. war, wie gesagt, für sämmtliche Herrn Staats-Minister bestimmt. Daß sie dasselbe nicht erhalten haben, liegt nicht an mir, ich bitte Ew. Durchlaucht aber ehrerbietigst, nicht weiter in mich dringen zu wollen, warum die Absendung unterblieben ist, weil ich dadurch einem Manne schaden würde, der mir wohl will und in der besten Absicht gehandelt hat. — Die übrigen Schriftstücke werden für sich selbst sprechen, sie haben aber weiter keine andere Folge gehabt, als daß ich von allen weiteren Verhandlungen über die Bankfrage ganz consequent ferngehalten bin. Die alleinige Schuld hieran trägt nach meiner festen Ueberzeugung der Herr Finanz-Minister, der mich nicht aufkommen lassen will, weil er glaubt, daß ich die vielen und folgenschweren Fehler, welche in der Bank- wie in der Münz-Politik unter seinem dominirenden Einfluß begangen worden sind und uns in die jetzige mehr als bedenkliche Lage gebracht haben, schonungslos aufdecken werde, wenn ich dazu Gelegenheit erhalte.

v. Dechend.

286.

Minister v. Mittnacht an Bismarck.

Stuttgart 7. Juni 1875.

Ew. Durchlaucht

1875 7. 6. bitte ich ganz ergebenst, mir gestatten zu wollen, unmittelbar und in privater Weise gegen Hochdieselben über einen Gegenstand mich auszusprechen, bezüglich dessen ich mit meinen Collegen im diplomatischen Ausschuß des Bundesraths ohne Vorwissen Ew. Durchlaucht mich nicht ins Benehmen setzen möchte.

Die Thatsache, daß, während in jüngster Zeit Kriegsbefürchtungen in so eigenthümlicher Weise Europa beunruhigt haben, die deutschen Bundesregierungen in ihrer Kenntniß von Existenz, Grund und Tragweite einer Krise auf nicht zuverlässige Zeitungsnachrichten sich beschränkt sahen, dürfte es rechtfertigen und nicht als unbescheiden oder vordringlich erscheinen lassen, wenn die Vertreter der Regierungen sich die Frage vorlegen, ob ein solches Verhältniß nicht der Besserung bedürftig und fähig und ob sie nicht einen Anstoß hiezu zu geben befugt und verpflichtet seien.

Deutschland setzt das größte, ein nie dagewesenes Vertrauen in die völkerrechtliche Vertretung des Reichs durch Se. Majestät den Kaiser, in die Leitung der deutschen Politik durch Ew. Durchlaucht feste und glückliche Hand. Immerhin ist zur Erklärung des Kriegs im Namen des Reichs, wenn dessen Gebiet nicht durch einen Angriff bedroht, die Zustimmung des Bundesraths erfordert und besteht im offenbaren Zusammenhang hiermit im Bundesrath ein besonderer Ausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten.

Gewiß ist dieser Ausschuß nicht zu eigentlicher Theilnahme an der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten berechtigt

1875 7. 6. liegen und Wünsche der Bundesregierungen ein offenes und geneigtes Ohr haben.

Genehmigen Ew. Durchlaucht die Versicherung meiner verehrungsvollsten Gesinnungen.

Mittnacht.

287.

Bismarck an Minister v. Mittnacht.

Varzin 16 Juni 1875.

Verehrtester Herr College

1875 16. 6. Ihr gefälliges Schreiben vom 7 c. bietet mir einen willkommenen Anlaß zu einer Aussprache, die umgehend erfolgt sein würde, wenn ärztliche Rücksichten mir nicht hinderlich gewesen wären. Ich sehe in Ihrem Schreiben einen Ausdruck reichsfreundlichen Vertrauens, von dem ich bedaure, daß er nicht auch von anderer Seite stattgefunden hat. Das Deutsche Reich kann keine Politik erfolgreich treiben, die nicht von den im Innern maßgebenden Factoren, dem Bundesrath und dem Reichstage, für richtig erkannt wird. Um die letzteren zur Beurtheilung derselben im Stande zu erhalten, ist eine fortdauernde Fühlung der durch sie vertretenen Nation mit der Reichspolitik nothwendig, und diese Fühlung wird, soweit sie der actenmäßigen Grundlage entbehrt, falsch beeinflußt durch die Publicistik, auf deren Gebiet die Reichspolitik sich nicht derselben zuverlässigen Unterstützung erfreut, deren die Regirungen andrer Länder bezüglich ihrer Stellung zum Auslande in der Regel sicher sind.

Während der in den letzten Monaten von allen Gegnern des Reichs in und außer Deutschland versuchten Fälschung der europäischen Situation bin ich wiederholt in Versuchung gewesen, dem gerade versammelten Preußischen Landtage die wirkliche Situation und den wahrscheinlichen Ursprung der Entstellung

1875 16. 6. der friedlichen Reichsinteressen und also auch den Intentionen aller hohen Reichsgenossen entspräche. Eine offene Aussprache über die Ziele und die Maßnahmen der Reichspolitik wird meinerseits mit Genehmigung Sr. Majestät des Kaisers jedesmal ohne Anstand stattfinden, wenn sie den leitenden Ministern der im diplomatischen Ausschuß vertretenen Souveräne gegenüber erfolgen kann; es würde sich nur um die Herbeiführung der Begegnung handeln. Unter welchen Modificationen der bestehende diplomatische Ausschuß dazu förderlich werden kann, darüber würde ich gern auf jeden Vorschlag erwägend eintreten, namentlich wenn er von Eurer Excellenz oder von einer so wohlvertretenen Regirung wie die Kgl. Württembergische, auch durch deren ständigen Gesandten zunächst vertraulich an mich gelangte. Jedenfalls bin ich Eurer Excellenz amtlich und persönlich dankbar für die freundliche Anregung des für die Fortbildung der Reichseinrichtungen so wichtigen Gegenstandes.

Genehmigen Eure Excellenz die Versicherung meiner Verehrung und Ergebenheit.

v. Bismarck.

288.

Minister v. Mittnacht an Bismarck.

Stuttgart 11. Juli 1875.

Ew. Durchlaucht

1875 11. 7. hochverehrliches Schreiben vom 16. vor. Mts. habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Ich sage vor Allem meinen ganz ergebensten Dank für dasselbe.

Am 7. d. Mts. und heute hatte ich Gelegenheit, den Gegenstand im Allgemeinen mit dem Kgl. Bayrischen Staatsminister Herrn v. Pfretzschner, der im Wildbad eine Cur gebrauchte und heute zurückreiste, zu besprechen. Herr v. Pfretzschner sagte mir, die Nichtactivität des diplomatischen Ausschusses werde in der neu

1875 11. 7. **Randbemerkungen Bismarcks:**

[1]) schwerlich. [2]) Dann muß er sie thun. [3]) Ohne Verfassungsänderung? [4]) ja! [5]) hier.

289.

Minister v. Pfretzschner an Bismarck.

Durchlauchtiger Fürst,
Hochverehrtester Herr Reichskanzler!

1875 12. 8. Wie Ew. Durchlaucht ermessen können, hat die bekannte Frage des Bundesrathsausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten mich schon vielfach beschäftigt. Ich habe auch im vorigen December gelegentlich meiner Anwesenheit in Berlin mit dem Herrn Staatssecretär v. Bülow einen Meinungsaustausch hierüber gepflogen.

Es ist nun mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten, daß bei den Verhandlungen des bevorstehenden bayrischen Landtags, welche für die Kgl. Regierung unter den eigenthümlichen Parteiverhältnissen des Landes mehrfache Schwierigkeiten in Aussicht stellen, auch die Frage jenes Ausschusses wieder zur Sprache kommen wird und aus der bisherigen geringen Thätigkeit desselben Angriffe und Vorwürfe für die Regierung und speciell für meine Person, werden abgeleitet werden.

In der That hat der 8. Ausschuß während der letzten Jahre vollständig geruht, so daß ich einer derartigen Discussion gegenüber mich ohne Zweifel in einer schwierigen Stellung befinden werde. Denn mit so lebhaftem Danke ich auch die von der bundesfreundlichen Gesinnung Ew. Durchlaucht ins Leben gerufenen Depeschenmittheilungen erkenne, so muß ich doch bezweifeln, ob die Gegner im Landtage zugeben werden, daß in diesen Mittheilungen ein ausreichender Vollzug der betr. Verfassungsbestimmung oder ein genügender Ersatz hierfür zu erblicken sei.

290.

Bismarck an Minister v. Pfretzschner.

Varzin 27 August 1875.

Geehrter Herr College

1875 27. 8.

Auf Ihr gefälliges Schreiben bezüglich des diplomatischen Ausschusses beehre ich mich in derselben privativen Form und vorbehaltlich mündlicher Besprechung einstweilen zu erwidern, daß ich gern jeder Entwicklung unserer gemeinsamen Institutionen förderlich sein werde, welche den Wünschen der hohen Regirungen und den nationalen Interessen entspricht. In dieser Richtung würde ich auch der Frage des diplomatischen Ausschusses bereitwillig näher treten, sobald sich Gelegenheit bietet, dieselbe mit Eurer Excellenz und andern Collegen vertraulich und mündlich zu erörtern. Die Schwierigkeiten, welche dabei zur Sprache kommen, sind von der Natur, daß ich schriftliche und zu weiterer Besprechung geeignete Vorschläge meinerseits nicht machen kann.

Daß die Frage auf dem bayrischen Landtage von Seiten der Gegner der Regirung mit Erfolg wird ausgebeutet werden können, glaube ich kaum. Die Herrn, welche sie anregten, würden ihren nationalen Gegnern einen günstigen Kampfplatz eröffnen. Dieselben würden geltend machen, daß Art. 8 der Verfassung dem Ausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten keine andre Aufgabe stellt, als den anderen Ausschüssen, d. h. die der Berichterstattung, welche der Bundesrath über die aus dem Geschäftskreise des Ausschusses an ihn gelangenden Vorlagen und Anträge erfordert. Diese Aufgabe tritt in ihrer vollen Wichtigkeit zu Tage, wenn der Fall des Art. 11, Alin. 2 eintritt, der bisher glücklicherweise nicht vorgelegen hat*); sie kann auch in Folge der Alin. 3 Art. 11 an den Ausschuß herantreten, es sind aber bisher Verträge mit dem Auslande

*) Kriegserklärung ohne vorausgegangenen feindlichen Angriff.

1875 18. 10. un profond regret que je renonce à l'espoir, caressé jusqu'au dernier moment, d'accompagner mon auguste Maître, de rendre mes hommages à Sa Majesté le Roi, de renouer les relations politiques et personnelles avec Votre Excellence et de revoir Votre beau pays. Aussi dans le désir, que Vous me connaissez, de cultiver les relations amicales qui existent entre l'Allemagne et l'Italie et dont le maintien est d'un si grand prix pour les deux pays, ne puis-je me désister que difficilement d'une entrevue avec Votre Excellence.

Je vous prie d'être auprès de S. M. le Roi l'interprète de mes sentiments et d'agréer l'assurance renouvelée de ma considération la plus distinguée.

v. Bismarck.

292.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

5 Dez. 75.

1875 5. 12. Die Kronprinzessin und ich bitten Sie Ihrer Tochter in unserer Beider Namen zu sagen, daß wir ihr aus tiefstem Mitgefühl nachempfinden, wie schwer sie an dem so unerwartet und plötzlich eingetretenen Tode ihres Bräutigams*) zu leiden hat.

Nach den bangen Wochen abwechselnden Zagens und Hoffens tritt die erschütternde Wirklichkeit eines solchen Verlustes wahrhaft grausam an das jugendliche Gemüth der Braut heran!

Aber auch Ihrer und der Fürstin gedenken wir mit aufrichtiger Theilnahme und versetzen uns in die bekümmerte Stimmung, die sich Ihrer bemächtigen muß, nachdem so schöne, frohe Hoffnungen für das Wohl der geliebten einzigen Tochter nun geschwunden sind.

*) Des Grafen Wendt zu Eulenburg.

1876 1. 1. daß ich mich entschieden gegen den s. g. Arnimparagraphen der Strafgesetznovelle*) ausgesprochen habe. Ich lege zu großen Werth auf das Vertrauen, mit dem Euer Durchlaucht mich zu beehren die Güte haben, um dasselbe der Gefahr auszusetzen, durch böswilliges Gerede erschüttert zu werden. Ich erlaube mir daher zu erklären, daß jene Erzählung auf Erfindung beruht.

Ich betrachte den fraglichen Artikel mit großem Gleichmuth. Wäre das nicht der Fall, so würde ich mir gestattet haben, meine Bedenken Euer Durchlaucht gegenüber selbst zum Ausdruck zu bringen. Ich kenne und würdige die Motive, welche Euer Durchlaucht veranlaßt haben, den fraglichen Gesetzesvorschlag vorzulegen. Das was dieser Artikel für die Beamten des auswärtigen Amtes Bedrohliches haben mag, berührt mich nicht, da ich stets von dem Grundsatze geleitet werde, ein Botschafter dürfe nur solange im Amte bleiben, als er das Vertrauen des Kaisers und des leitenden Staatsmannes besitzt.

Vielleicht ist diese Darlegung überflüssig. Euer Durchlaucht wollen indessen daraus ersehen, wie groß der Werth ist, den ich auf Ihr mir stets erwiesenes Wohlwollen lege. Ich bitte darum auch für die Zukunft und schließe, indem ich Euer Durchlaucht meine aufrichtigen Glückwünsche zum Neuen Jahre darbringe. Möge Gott Ihnen Kraft und Freudigkeit erhalten, das schwere Amt auch ferner zum Heile von Kaiser und Reich fortzuführen.

Mit unveränderter Verehrung

Euer Durchlaucht

treu ergebenster

C. F. v. Hohenlohe.

---

*) Vgl. Bismarcks Politische Reden VI, 318 Anm. 1.

1876 8. 1. lich gegenüberstand und noch steht. Bei den Verhandlungen, welche im letzten Sommer bei mir angeregt wurden, ist mir von ultramontaner Seite grade der Dr. Geffcken als der Mann angedeutet worden, der eventuell die ultramontanen Wünsche und Interessen zu vertreten bestimmt sei. Ueber sein Buch kann ich ziemlich unbefangen urtheilen, denn ich habe den speciellen Inhalt der Maigesetze, den ich damit nicht tadeln will, nicht zu verantworten; ich war damals an den Arbeiten des Preußischen Ministeriums nicht betheiligt und namentlich weder Cultusminister noch Ministerpräsident. Um so unpartheiischer kann ich constatiren, daß in den mir bekannten Kreisen der Fachmänner Dr. Geffckens Buch als eine seichte Compilation bezeichnet wird, wie seine Kritik der Falkschen Gesetze jedenfalls von dreister Anmaßung, aber nicht von sachlicher Prüfung Zeugniß giebt.

Ich habe Herrn Geffcken auf seinen Wunsch zur Professur in Straßburg vorgeschlagen, in dem guten Glauben, daß es ihm um wissenschaftliche Thätigkeit ehrlich zu thun sei, und daß sein Augustenburgischer und Hanseatischer Particularismus durch die Herstellung des Reiches versöhnt sein werde. Ich habe mit Bedauern gehört, daß ich mich darin geirrt habe, und er selbst an einem so wunden Punkte wie im Elsaß die Reichsinteressen befeindet.

Es würde mich das Alles nicht abhalten, ihn, wie so manchen Gegner, zu sehn, wenn ich nicht eine Unterredung ohne Zeugen mit ihm scheute, und wenn ich nicht fürchten müßte, daß jeder Verkehr mit diesem Werkzeug confessioneller Intriguen das Mißtrauen der öffentlichen Meinung und insbesondre das meiner Collegen gegen mich wecken müßte.

v. Bismarck.

1876 12. 1. worden ist, welcher eventuell bestimmt sei, die ultramontanen Wünsche und Interessen zu vertreten, und ich brauche kaum zu sagen, daß ich unter diesen Umständen, wie sehr ich auch an der Hoffnung festhalte, daß diese Andeutung ohne sein Vorwissen erfolgt ist und auf einer völligen Verkennung seiner Gesinnungen beruht, doch die Bedenken für zutreffend erachten muß, welche Sie einer Unterredung mit ihm entgegengesetzt haben.

Ihr
sehr ergebener
Friedrich Wilhelm KPz.

298.

Graf v. Roon an Bismarck*).

Crobnitz bei Reichenbach Oberlausitz,
den 15. Februar 1876.

Hochverehrter Freund!

1876 15. 2. Mit dieser meiner Empfindung für Sie entsprechenden Anrede will ich Ihnen auch heute nahen, da nur der Titel alter Freundschaft mich allenfalls berechtigt, den vielbeschäftigten Reichskanzler zu belästigen.

Meinen herzlichen Glückwunsch zur leidlichen Wiederherstellung Ihrer Gesundheit und zur würdigen Verabschiedung des fast unleidlichen Reichstages zuvor! Mögen beide corpora sich gesunder wiedersehen!

Der Zweck dieser Zeilen ist indeß weder, Ihnen meine selbstverständliche Theilnahme zu bezeugen, noch über politische Geschäfte zu sprechen, deren volles Verständniß mir auf meinem Lausitzer Isolirschemel vielleicht nicht möglich, sondern vielmehr,

---

*) Theilweise veröffentlicht in Roons Denkwürdigkeiten III, S. 426 f.

1876 15. 2. in der Beam
strenge.

Wenn
Sommer a
erkrankte u
es begreifl
Wasser un
wig nicht
setzung w

Und
leicht ge
nur J
alten
jetzt ni
genug
— lä

rang
siche
dür
letz
un
B
r

304.

Bismarck an Botschafter Graf Münster.

Kissingen 6 Juli 1876.

Geehrter Freund

1876 6. 7. Der Kaiser schreibt mir heut über den Inhalt Ihrer Immediatberichte und wünscht in einigen Tagen meinen mündlichen Vortrag darüber. Aus der Umgebung wird mir geschrieben, daß Se. Majestät durch Ihren ersten Bericht sehr bewegt und erregt worden, und diese Erregung sich dem Kaiser Alexander mitgetheilt und dessen Mißtrauen gegen England gesteigert habe. Auch Ihre Majestät die Kaiserin hat davon Veranlassung genommen an Ihre Majestät die Königin Victoria zu schreiben. Ich ersehe daraus mit Beruhigung, daß der auswärtige Dienst durch den Ausfall meiner Mitwirkung nichts an Thätigkeit verliert. Ich werde auch im mündlichen Vortrage nicht im Stande sein, Sr. Majestät über den Inhalt Ihrer Berichte etwas Erhebliches sagen zu können, da nur die Zukunft selbst entscheiden kann, ob und inwieweit Vorhersagungen eintreffen.

Der Bruch zwischen England und Rußland wäre eine große Calamität und ein europäisches Unglück; für uns speciell wäre der zwischen Oesterreich und Rußland noch gefährlicher. Nach den Allerhöchsten Randbemerkungen vermuthe ich, daß Se. Majestät Sie beauftragen wird, beruhigend auf England zu wirken, dessen Kriegslust Sr. Majestät in analogem Lichte erscheint, wie die Napoleons 1870. Wenn sie wirklich zum Ausbruch käme, so würde, wie ich glaube, das Urtheil unseres Allergnädigsten Herrn bei allen mit der Sachlage Vertrauten das allgemeine sein. Wenn Se. Majestät Beruhigungsvorstellungen an England befiehlt, so könnten Sie Sich ziemlich an den Text des gegen uns gerichteten englischen Circulairs vom Frühjahr 75 halten.

1876 1. 11. die Vermittelung der Correspondenz der Königlich Sächsischen Regierung mit den Reichsbehörden zufällt.

Ich würde mich glücklich schätzen, wenn es mir gelingen sollte, mir Seiten Eurer Durchlaucht das Vertrauen zu erwerben, von welchem meinem Vorgänger so werthvolle Beweise zu Theil geworden sind, und bitte mir zu gestatten, der Bitte um dasselbe noch neben der dem auswärtigen Amte gemachten officiellen Mittheilung Ausdruck zu geben.

Genehmigen Eure Durchlaucht hierbei die Versicherungen der ausgezeichnetsten Hochachtung, welche ich Eurer Durchlaucht nach Ihrer Rückkehr nach Berlin noch mündlich darbringen zu dürfen hoffe, und mit welcher ich zu zeichnen die Ehre habe als

Eurer Durchlaucht
ganz ergebenster
v. Nostitz-Wallwitz
K. Sächs. Staatsminister.

Dresden
den 1. November
1876.

306.

Bismarck an Minister v. Nostitz-Wallwitz.

Varzin 18 November 1876.

Eurer Excellenz

1876 18. 11. danke ich verbindlichst für die freundlichen Worte, mit denen Sie mich bei Uebernahme Ihrer erweiterten Functionen begrüßt haben, und werde ich mich glücklich schätzen, die vertrauensvollen Beziehungen, in denen ich mit Ihrem Herrn Vorgänger seit der Begründung der neuen Reichseinrichtungen zu stehn die Freude hatte, mit Ihnen fortzusetzen. Wenn auch meine Gesundheit mir leider die ununterbrochne Betheiligung an unsern gemeinsamen Arbeiten nicht mehr gestattet, so hoffe ich doch, daß es mir gelingen werde, mir die gnädige Gesinnung,

nation scheint sich allerdings gegen Oestreich zu ri
richten zu wollen; auch die russischen Truppenau
lassen das vermuthen, indem sie neuerdings mehr G
Kischenew zum Pivot nehmen. Unter solchen Anzeich
ich hier gern jemand haben, durch den ich S. Ma
König Ludwig mit vollem Vertrauen regelmäßig in
halten könnte, und beabsichtige zunächst Baron Werthe
läufiger Besprechung hierher zu berufen.

Mit herzlichen Grüßen von den Meinigen und

der Ihrige

v. Bi

309.

Gambetta—Bismarck.
1877. 1878.

I. Graf Guido Henckel Donnersmarck an Bism

Hochverehrter Fürst!

Ew. Durchlaucht verfehle ich nicht für den Fall
Werth für Ihre Dispositionen sein sollte, ergebenst mit
daß ich zu Gambetta in derartigen Beziehungen bin
hierher auf das Land Besuch machen kommt. Bei
seligkeit des Südländers ist weit mehr Gelegenheit
wie zu sprechen. Uebrigens ist es der einzige Franzose
über deutsche Verhältnisse zuverlässig und genau info
und zwar auf Grund eigner in den letzten Jahren wie
Anwesenheiten in Deutschland, bei welchen er die Au
allen Richtungen offen gehalten hat und die ihm Ge
stehenden wohl meist nicht gewußt haben dürften, mit w
zu thun hatten. Kann Ew. Durchlaucht Jemand, de
Schatten zu halten weiß, und Ihnen von Grund de

1877 17. 10. ergeben ist, hierbei von Nutzen sein, so steht derselbe Ihnen wie immer ganz zu Diensten.

Ende August ersuchte ich Radowitz, Ew. Durchlaucht zu wissen zu thun, daß ich zuverlässig übersehen kann, daß die französischen Wahlen eine gleiche Zusammensetzung der assemblée nationale bei einer Verringerung der republikanischen Majorität von mindestens 20 Stimmen ergeben würden. Damals wurde ein derartiger Ausfall der Wahlen lebhaft bestritten und nur zwei Eventualitäten — Erfolg der préfets à poigne oder Verstärkung der republikanischen Majorität — für möglich erachtet. Die Wahlen haben inzwischen meine Angaben bewahrheitet.

In bekannter Verehrung
Ew. Durchlaucht
aufrichtig ergeben
Henckel Donnersmarck.

Château de Pontchartrain (Seine et Oise)
den 17. October 1877.

II. Graf Herbert Bismarck an Graf Henckel Donnersmarck.

Varzin 30. October 1877.

Verehrter Herr Graf!

1877 30. 10. Mein Vater hat Ihren freundlichen Brief vom 17ten d. M. vor einigen Tagen mit verbindlichstem Danke erhalten. Er bittet Sie, es entschuldigen zu wollen, wenn er Ihnen nicht eigenhändig darauf antwortet, und durch mich dies besorgen läßt; bei dem schonungsbedürftigen Zustande seiner Gesundheit ist aber jedes Schreiben leider immer noch eine angreifende Aufregung für seine Nerven.

Die Beziehungen, welche Sie mit Gambetta unterhalten, sind meinem Vater sehr interessant. Demselben eigentliche direkte Aufträge oder Mittheilungen, sei es auch durch Ihre

Vermittlung, von hier zukommen zu lassen, hält mei
aber für Gambetta selbst nicht nützlich und rathsam. W
in Frankreich oder auch nur bei den dortigen Repub
bekannt würde, daß Gambetta irgend welche Verbind
dem deutschen Reichskanzler hätte, so würde ihm das
sichtlich nicht nur bei seinen Landsleuten im Allgemein
dern auch bei seiner Partei schaden, und er selbst w
vielleicht bald als lästig und drückend empfinden, wenn
solche vermittelte Berührungen mit dem prussien Bism
mancher Hinsicht sich dem ascendant des letzteren nic
entziehen könnte.

Die Eindrücke, welche Gambetta auf Grund seiner
holten Anwesenheiten in Deutschland gewonnen hat, u
welchen er sich überzeugt zu haben scheint, daß das
deutsche Volk den Frieden wünscht, findet mein Vater
freulich; es kann für die Entwickelung und das Gedeihe
Nachbarländer nur vortheilhaft sein, wenn ein so einflu
und überlegter Politiker wie Gambetta diese Ueberzeug
sich befestigt und seinen Landsleuten nach Möglichkeit
theilen sucht. Wie Ihnen, verehrter Graf, wohl bekan
wird, ist mein Vater der Ansicht, daß die republikanische G
form, wie sie sich bis zum 16. Mai ruhig entwickeln
die einzige in Frankreich ist, welche eine friedliche Ges
seiner Beziehungen zu Deutschland dauernd ermögliche
Die Masse des Volkes ist, wie in allen Ländern der W
auch in Frankreich und Deutschland, friedliebend, und
man von den Parisern und den jesuitischen Elementen
kann man wohl dreist behaupten, daß die französische
einer neuen kriegerischen Verwickelung ebenso abgeneigt
die deutsche. Mein Vater glaubt deshalb nicht, daß wir
den Nationalhaß und das Revanchebedürfniß unserer we
Nachbarn allein in die Lage gebracht werden würden, in
Zeit einen neuen französischen Angriff abwehren zu

Mein Vater ist dieser Art zu raisonniren i
gegengetreten; einmal hält er es durchaus nicht für
lich, daß ein Krieg mit Frankreich in den nächsten J
vermeidlich wäre — niemand könne Vorsehung sp
wissen, wie die Welt in einigen Jahren aussehen w
jeder Krieg, selbst ein siegreicher, ein Unglück ist, steh
und so lange er nicht wirklich ganz unvermeidlich, r
Vater nicht dazu rathen. Es wäre ein zu gefährliches G
Teufel durch Beelzebub austreiben zu wollen. Ein
anzufangen, wäre nicht so schwer; wie er enden würd
man aber nie bestimmt wissen. Das Kriegsglück ist w
und die einsichtigsten Militairs täuschen sich mitunter
Voraussetzungen und Berechnungen. Man hat dafü
jetzt ein schlagendes Beispiel in Bulgarien. Wir brau
wollen keinen Krieg mit Frankreich, glauben auch, das
nothwendig hereinbrechen muß, so lange der Papst d
unbedingt befiehlt. Tritt letzteres einmal ein, so ist a
Frieden allerdings kaum mehr zu glauben.

In Vorstehendem habe ich mich bemüht, Ihnen der
nach einige Aeußerungen meines Vaters wiederzugeb
ermächtigte mich, dies zu thun und bemerkte dazu, Sie
beliebigen Gebrauch davon machen.

Mein Vater läßt sich Ihnen vielmals empfehlen
bin, mit ausgezeichneter Hochachtung

Ihr ergebenster

Graf Herbert Bism

III. Graf Henckel Donnersmarck an Bismarck.

Hochverehrter Fürst,

Die geheime Geschichte der Sinnesänderung Mac M
ist in ihren kuriosen Details Ew. Durchlaucht sicher sch

1877 23. 12. kannt, ebenso wie, daß Gambetta den Achtzehner Ausschuß in allein maßgebender Weise leitete, obwohl er sorgfältig vermied hervorzutreten.

Vorgestern ließ mir Gambetta durch sichere Gelegenheit wissen, Mitte November habe ich ihm meine persönliche Ansicht dahin ausgesprochen, der Reichskanzler werde nie an die Aufrichtigkeit einer französischen Regierung Deutschland gegenüber glauben, so lange dessen auswärtige Politik in klerikalen Händen und Gontaut Botschafter in Berlin sei; er habe mir damals geantwortet, bis Jahresschluß würden diese Hindernisse nicht mehr existiren; die Ernennung eines Protestanten an die Spitze der auswärtigen Politik Frankreichs*) und der Ersatz Gontauts durch St. Vallier, welcher von Hohenlohe als eine Deutschland sympathische und genehme Persönlichkeit bezeichnet worden sei, seien inzwischen erfolgt als Manifestationen des Verlangens Frankreichs, in gute Beziehungen zu Deutschland zu treten; ob dagegen wohl eine Sympathiebezeugung offizieller Art gegenüber der heutigen französischen Regierung, vielleicht unter Bezugnahme auf die bevorstehende Ausstellung, wenn auch unter Aufrechterhaltung unserer Nichtbetheiligung erhofft werden könne; es würde eine derartige Kundgebung dem Ministerio im heutigen Moment sehr willkommen sein.

Ich antwortete ihm heute, ich sei nicht in der Lage dies zu übersehen; jedenfalls sei eine entschiedene Haltung gegen Rom das sicherste Mittel weiterer Annäherung.

Ende Oktober ließen mir Ew. Durchlaucht durch Ihren Herrn Sohn schreiben, es werde Gambetta offenbar bei seinen Landsleuten schaden, wenn er irgend welche Beziehungen zum Prussien Bismarck unterhielte; demgegenüber kann ich nur erklären, daß Gambettas Prestige in seiner Partei ein unbedingtes ist und der Diktator von Tours in derselben Autokrat blieb.

---

*) Waddington.

Wenn Sie mir die Erlaubniß dazu ertheilen, würde
mich nehmen, Gambetta zu Ihnen nach Varzin zu br
zwar ganz nach Ihrer Bestimmung entweder öffentlich
daß es Jemand erfährt. Es bedarf hierzu nur Ihre
Entgegenkommen und Mitwirkung Frankreichs wird
Joseph der heutigen Regierung, der Träger der Maj
assemblée générale und eines congrès der beiden p
tarischen Körperschaften Ihnen in weitester Ausdehnu
um das, was er für nothwendig hält zur Herstellu
neter vertrauender Beziehungen in Europa, zur B
des kommerziellen und industriellen Nothstandes zu er
nämlich gemeinsame Stellungnahme Deutschlands un
reichs gegen Rom, Wiederherstellung des Vertrauens
beiden Nationen, beiderseitige Verständigung über das
budget.

In aufrichtigster Verehrung
Ew. Durchlaucht
treuergebenster
Henckel Donners

Neudeck, 23. Decbr. 77.

IV. Bismarck an Graf Henckel Donnersmarck.

Varzin 28 Dezember

Verehrter Graf

Ihren Brief vom 23 d. M. habe ich mit verbind
Danke erhalten und mit vielem Interesse gelesen.

Ueber den Wechsel in der Person des französische
schafters habe ich mich außerordentlich gefreut; wenn
etwas geeignet war, bei uns das Vertrauen in die fri
Gesinnungen Frankreichs zu fördern, so war das die

1877 28. 12. berufung Gontauts, der sich mit allen dem Reiche feindlichen Bestrebungen in enge Beziehungen gesetzt hatte, und wenn sich irgend etwas Ausführbares finden ließe, unsere Freude darüber äußerlich zu bethätigen, so würde das meinen Wünschen ganz entsprechen. Die Frage der Ausstellung wieder aufzunehmen würde materiell die Zeit für unsere Aussteller fehlen — damit geht es also nicht — ich hoffe aber, daß Gambetta auch ohnedem über unsere Absichten vollständig beruhigt ist. Mit letzterem in persönliche Beziehungen zu treten, würde mir ganz erwünscht sein, — für den Augenblick würde das aber den Kaiser sehr erschrecken, da Seine Majestät durch Gontaut und andere Einflüsse in Bezug auf republikanische Propaganda wohl sehr bearbeitet und mißtrauisch gemacht ist. Außerdem würde ich es aber in Gambetta's eigenem Interesse auch für verfrüht halten, wenn er leichtsinnig genug wäre, sich mit mir zu compromittiren; mir liegt an der Schonung seiner Autorität zu viel, um ihm eine Erschütterung derselben zu erleichtern. Er ist eine der wenigen in Frankreich noch existirenden autoritativen Naturen, und bei seiner friedlichen Gesinnung und der immer noch großen Macht der ihm entgegenstehenden Parteien glaube ich, daß das Capital, welches in ihm steckt, vorläufig geschont werden muß. Jedenfalls bin ich Ihnen sehr verbunden, daß Sie auf diese Weise indirekte Beziehungen hergestellt haben, die ich gern benutzen und pflegen werde. Ich freue mich, daß Sie meiner wohlwollend gedenken, und bitte Sie, auf meine Gegenseitigkeit zu rechnen.

Der Ihrige

v. Bismarck.

V. Graf Henckel Donnersmarck an Bismarck

(Telegramm.)

Aufgegeben in Paris am 12. 4. 1878 2 Uhr 20 Min. N
Angekommen in Berlin am 12. 4. 1878 3 Uhr 50 Min. !

Prince Bismarck

Berlin.

Primeurs demandées pour le moment introuvabl
recherches minutieuses. Envoi ne pourra arrive
huitaine. — Détails partent ce soir.

H

VI. Graf Henckel Donnersmarck an Bismarck

Hochverehrter Fürst.

Angesichts der morgen beginnenden Reichstagsferie
ich Ew. Durchlaucht nachstehendes Telegramm

Primeurs (etc. wie oben).

heute zu und beehre mich folgendes ergeben zu bericht

Sofort bei meinem Eintreffen hierselbst den 6ten
sandte ich zu der in Rede stehenden Persönlichkeit, erhi
die Antwort, Gambetta sei in Folge Todes seiner Ta
Nizza gefahren und werde mindestens bis Ende diese
abwesend bleiben; niemand wisse seine Adresse.

Den nächsten Morgen (Sonntag) veranlaßte ich eine
nächsten Freunde, welcher ihn seiner Zeit mir zugeführ
festzustellen, wohin ihm Briefe oder Depeschen zu send
oder falls sein Aufenthalt unbekannt bleiben solle, o
Beförderung vermittelt werden könne. Nach Ermittelun
seinen intimsten Freunden ergab sich, daß Niemand we
er weilt; jedenfalls ist er nicht in Nizza und wahrschein
Erholung wegen irgendwo geborgen. Sobald derselb

1878 12. 4. eintrifft, werde ich das Erforderliche vereinbaren und über den Tag des Eintreffens in Berlin sogleich Mittheilung machen.

Zu meiner Ehre

Ew. Durchlaucht

treu ergebener

Henckel Donnersmarck.

Paris 25 avenue des champs Elysées

den 12. April 78.

VII. Bismarck an Graf Henckel Donnersmarck.

Berlin den 14 April 1878.

Verehrter Freund

1878 14. 4. ich danke verbindlichst für Ihre Mittheilungen und werde mich jederzeit freuen, wenn wir unsern Verabredungen weitere Folge geben können. Ich würde ohne Rheumatismus heut schon in Friedrichsruh sein, gehe dahin, sobald ich reisefähig bin, und bleibe dort bis zum 1 Mai, wenn die Durchreise des Königs von Schweden mich nicht veranlaßt, einen Tag, ich glaube, es ist der 20 cr., in Berlin zuzubringen. Die Fahrt ist nur 4 Stunden, ich würde daher auch auf Ihren Wunsch mich vor dem 1 Mai jederzeit auf den Berliner Zug setzen und zur Nacht wieder zu Hause sein können. Ob meine Frau mir folgt, weiß sie noch nicht, jedenfalls aber ist sie sehr dankbar und erfreut und jeder Kundige imponirt bei dem Anblick der wundervollen Marschall Niel*), die Ihr polyglotter Europäer von Garteninspector hier unbeschädigt und in voller Blüthenpracht abgesetzt hat. In freundschaftlicher Ergebenheit

der Ihrige

v. Bismarck.

---

*) sc. Rosen.

VIII. Gambetta an Graf Henckel Donnersm

Paris ce 22 avr

Mon cher Comte. Je suis bien confus d'avoi
causer l'embarras de m'écrire le 6 avril sans pouvo
de réponse. Je vous prie de m'excuser, la perte d
qui m'avait atteint, m'a tenu éloigné de Paris pen
semaines sans communication avec personne. Je d
voir demain entre une heure et deux de l'après-midi s
pour vous faire agréer mes regrets et causer avec vo
vous le désirez.

Croyez à mes meilleurs sentiments

L. Ga

IX. Graf Henckel Donnersmarck an Bismarc

Paris 23 Avril

Fuerst Bismarck

Friedrichsruh Lauenburg.

Envoi part dimanche, arrive Berlin lundi soir, se
à votre disposition, détails suivent.

H

X. Graf Henckel Donnersmarck an Bismarck

Hochverehrter Fürst,

Das geneigte Schreiben vom 14. April habe ich
und Freude gehabt zu erhalten. Gambetta, welcher
Abend hier eintraf, verläßt mich soeben, und sandte ich f
Telegramm nach Friedrichsruh:

Envoi part dimanche, arrive Berlin lundi s
mardi matin à votre disposition, détails suiv

1878 23. 4. Gambettas Tante, welche seine Ausbildung mit eigenen Entbehrungen veranlaßte und an welcher er mit inniger Liebe hing, starb ohne vorangegangene Krankheit vom Schlage getroffen. Der Tod erschütterte ihn derart, daß er einige Wochen sich von Jedermann abschließen wollte und sich einsam verborgen hielt. Er ist bereit, ganz zu der Ew. Durchlaucht convenirendsten Zeit nach Berlin zu kommen; erwünscht wäre es ihm, nach Wiederbeginn der Sitzungen (29. April) der assemblée nationale nicht zu lange zu fehlen. Um die unnöthige Fahrt von Friedrichsruh nach Berlin und zurück zu vermeiden, habe ich geglaubt in Ihrem Sinn zu handeln, wenn ich unsere Abfahrt von hier auf Sonntag Abend, unser Eintreffen in Berlin Kaiserhof auf Montag den 29. Abends vereinbarte. Den 30ten, an welchem Tage auch die Reichstagssitzungen beginnen, steht Gambetta zur Disposition und erwarte ich Bestimmung Kaiserhof über die Ihnen convenirende Stunde. Selbstredend bleibt die Sache hier vollständig verschwiegen.

Zu meiner Ehre

Ew. Durchlaucht

treu ergebenster

Paris 23. April 1878 Henckel Donnersmarck.

25 champs Elysées.

XI. Gambetta an Graf Henckel Donnersmarck.

Paris ce 24 avril 1878

Cher Monsieur de Henckel.

1878 24. 4. L'homme propose ... le parlement dispose. Quand j'ai accepté hier avec empressement, je n'avais pas compté avec l'imprévu, qui nous tient tous en l'échec.

Les questions relatives au ministère de la guerre ont pris les proportions les plus considérables. On me prévient qu'un

grand débat sera ouvert sur le ministère de la guer
réunion des chambres.

Je ne peux abandonner mon poste parlementai
pareil moment et laisser derrière moi un incident a
de conséquence.

Je me trouve donc dans la dure nécessité d'ajou
au moins après la session, qui sera probablement trè
l'exécution d'un projet à la réalisation duquel vous a
un concours si efficace et si sympathique. J'en con
vif sentiment de reconnaissance et après la sépara
chambres vous me permettrez, s'il est toujours temps,
appel à votre intervention.

Veuillez agréer avec tous mes regrets l'assurance
sentiments dévoués.

L. Gam

XII. Telegramm an Graf Henckel Donnersmar

Berlin 24. April

Comte Henckel champs Elysées Paris.

Adressat Ihres gestrigen Telegrammes ist krank u
Ihnen sagen, daß er nach Ansicht der Aerzte erst in ze
vierzehn Tagen nach Berlin wird zurückkehren können*

---

*) Eine Zusammenkunft des Fürsten Bismarck mit Gam
später nicht wieder angeregt worden und hat daher nicht stattge
jedoch ist Gambetta nach Mittheilung eines seiner näheren
später incognito als Tourist in Abwesenheit des Fürsten Bisn
Friedrichsruh gewesen und hat sich das Innere des Hauses zeige

Bei dieser Gelegenheit kann zugleich festgestellt werden,
vom Pariser „Figaro" im Juli 1901 verbreitete Version übe
Besuch des Grafen Henckel-Donnersmarck im Jahre 1887 gelegen
Schnäbele-Falles auf der Redaction der „République françai
zutrifft. Der jetzige Fürst Donnersmarck hat die Redactionsräum
Blattes nie betreten, auch zu Niemandem die Aeußerung gethan,

1878 23. 4. Gambettas Tante, welche seine Ausbildung mit eigenen Entbehrungen veranlaßte und an welcher er mit inniger Liebe hing, starb ohne vorangegangene Krankheit vom Schlage getroffen. Der Tod erschütterte ihn derart, daß er einige Wochen sich von Jedermann abschließen wollte und sich einsam verborgen hielt. Er ist bereit, ganz zu der Ew. Durchlaucht convenirendsten Zeit nach Berlin zu kommen; erwünscht wäre es ihm, nach Wiederbeginn der Sitzungen (29. April) der assemblée nationale nicht zu lange zu fehlen. Um die unnöthige Fahrt von Friedrichsruh nach Berlin und zurück zu vermeiden, habe ich geglaubt in Ihrem Sinn zu handeln, wenn ich unsere Abfahrt von hier auf Sonntag Abend, unser Eintreffen in Berlin Kaiserhof auf Montag den 29. Abends vereinbarte. Den 30ten, an welchem Tage auch die Reichstagssitzungen beginnen, steht Gambetta zur Disposition und erwarte ich Bestimmung Kaiserhof über die Ihnen convenirende Stunde. Selbstredend bleibt die Sache hier vollständig verschwiegen.

Zu meiner Ehre

Ew. Durchlaucht

treu ergebenster

Paris 23. April 1878 — Henckel Donnersmarck.

25 champs Elysées.

XI. Gambetta an Graf Henckel Donnersmarck.

Paris ce 24 avril 1878

Cher Monsieur de Henckel.

1878 24. 4. L'homme propose . . . le parlement dispose. Quand j'ai accepté hier avec empressement, je n'avais pas compté avec l'imprévu, qui nous tient tous en l'échec.

Les questions relatives au ministère de la guerre ont pris les proportions les plus considérables. On me prévient qu'un

grand débat sera ouvert sur le ministère de la guerre dès la réunion des chambres. 1878 24. 4.

Je ne peux abandonner mon poste parlementaire en un pareil moment et laisser derrière moi un incident aussi gros de conséquence.

Je me trouve donc dans la dure nécessité d'ajourner tout au moins après la session, qui sera probablement très courte, l'exécution d'un projet à la réalisation duquel vous avez prêté un concours si efficace et si sympathique. J'en conserve un vif sentiment de reconnaissance et après la séparation des chambres vous me permettrez, s'il est toujours temps, de faire appel à votre intervention.

Veuillez agréer avec tous mes regrets l'assurance de mes sentiments dévoués.

L. Gambetta.

XII. Telegramm an Graf Henckel Donnersmarck.

Berlin 24. April 1878.

Comte Henckel champs Elysées Paris.

Adressat Ihres gestrigen Telegrammes ist krank und läßt Ihnen sagen, daß er nach Ansicht der Aerzte erst in zehn oder vierzehn Tagen nach Berlin wird zurückkehren können*). 1878 24. 4.

---

*) Eine Zusammenkunft des Fürsten Bismarck mit Gambetta ist später nicht wieder angeregt worden und hat daher nicht stattgefunden; jedoch ist Gambetta nach Mittheilung eines seiner näheren Freunde später incognito als Tourist in Abwesenheit des Fürsten Bismarck in Friedrichsruh gewesen und hat sich das Innere des Hauses zeigen lassen.

Bei dieser Gelegenheit kann zugleich festgestellt werden, daß die vom Pariser „Figaro" im Juli 1901 verbreitete Version über einen Besuch des Grafen Henckel-Donnersmarck im Jahre 1887 gelegentlich des Schnäbele-Falles auf der Redaction der „République française" nicht zutrifft. Der jetzige Fürst Donnersmarck hat die Redactionsräume jenes Blattes nie betreten, auch zu Niemandem die Aeußerung gethan, daß er

310.

Bismarck an Fürst Chl. zu Hohenlohe.

Varzin d. 1 Januar 1878.

Eurer Durchlaucht

1878 1. 1. möchte ich im Anschluß an meinen Ihnen schon en clair ausgesprochenen Glückwunsch zum neuen Jahre noch meinen herzlichsten Dank für die so einsichtige und tapfre Unterstützung sagen, welche Sie mir, wie in allen Fällen, so auch in den letzten schwierigen Monaten in der nachhaltigsten und erfolgreichsten Weise geliehen haben. Leider finde ich das Geschick und den loyalen Willen zur Vertretung unsrer Politik nicht immer vereinigt und bin deshalb um so dankbarer für die Ausnahmen, in denen es der Fall ist. Ich werde es stets dankbar erkennen, daß ich während der ganzen Zeit unsres Zusammenarbeitens immer auf Eurer Durchlaucht sichre und erfolgreiche Mitwirkung zählen durfte, ohne die es bei allen Anfeindungen und Intriguen, deren Ziel ich bin, nicht möglich wäre, das Unentbehrliche zu erreichen und das Gefährliche unschädlich zu machen.

Ich bin seit einigen Tagen leider krank und darf mein Zimmer nicht verlassen. Bei der geringen Schonung, mit der man mich in geschäftlicher Hinsicht behandelt, kann ich mich von den Folgen einer an sich unbedeutenden Erkältung noch nicht erholen.

---

mit Aufträgen des Fürsten Bismarck in Paris sei. Fürst Donnersmarck hat vielmehr einem Besucher aus dem Gambetta'schen Lager, in welchem er mehrere gute Bekannte hatte, auf dessen Frage, ob er den Fall für bedenklich oder gar gefährlich halte, erwidert, er kenne die Sache lediglich aus den Zeitungen, seine Ueberzeugung sei aber, daß sie keinerlei Folgen haben und sich binnen kürzester Frist in befriedigender Weise aufklären werde. Darauf hat sich die Antheilnahme des damaligen Grafen Henckel-Donnersmarck beschränkt.

Indem ich Eure Durchlaucht bitte, mich der F
zu Füßen legen zu wollen, bin ich in

bekannter Gesinnung

der Ihrige.

v. T

311.

Fürst Hohenlohe an Bismarck.

München den 5. Janua

Durchlauchtigster Fürst.

Die freundlichen Worte, welche Euer Durchl
Beginne des Jahres an mich zu richten die Güte ha
ich hier zu erhalten die Ehre gehabt. Ich sage Ih
meinen herzlichen Dank. Euer Durchlaucht haben
eine große Freude gemacht. Je weniger ich selbst
Leistungen meiner politischen und diplomatischen Thä
frieden zu sein pflege, um so wohlthuender ist mir di
liebenswürdige Anerkennung, die Euer Durchlaucht
Theil werden lassen. Ich werde den Brief als das we
Dokument meines Hauses Kindern und Enkeln aufb

Ich brauche kaum hinzuzufügen, daß Euer D
auch in Zukunft stets auf meine volle und unbedin
wirkung zählen können. Ich kenne die Anfeindungen,
Sie ausgesetzt sind, mehr als mancher Andere, da Ih
stets die meinigen waren und es auch bleiben werden.
meine Kräfte reichen, werde ich den Kampf fortsetzen
darauf sein, unter Ihrer Leitung wirken zu dürfen.
Gott Ihnen Gesundheit geben und die Kraft erhalt
eine Reihe von Jahren die Leitung der Geschäfte Deu
und Preußens zum Heile des Vaterlandes zu führen.

1878 17. 2. Um 9 Uhr fahre ich dann den Belgischen Majestäten entgegen bis Potsdam, welche $10\frac{1}{4}$ eintreffen sollen.

Nach jener Abendfeierlichkeit noch mich zu Ihnen begeben, wäre schier ein Frevel!

Ihr

sehr ergebener

Friedrich Wilhelm KPz.

314.

Graf H. Bismarck an Graf Holnstein.

Berlin 22. Febr. 78.

Verehrter Gönner,

1878 22. 2. gestern hat die Abstimmung über die Vertretungsvorlage im Bundesrath stattgefunden, über deren Ausgang Du schon unterrichtet sein wirst. Die Vorlage ist so, wie sie aus der Ausschußberathung hervorgegangen war, mit voller Einstimmigkeit angenommen. Um die Unanimität zu erreichen, hat mein Vater die ursprüngliche Fassung des Gesetzentwurfs geopfert: er hat an dem, was die Vorlage jetzt giebt, das was er geschäftlich braucht. Mehr erstrebt er nicht und Herr von Pfretzschner hat ihm seinen besondern Dank für das Eingehen auf die Ausschußanträge ausgesprochen.

Die ganze Sache, die jetzt ihren bundesräthlichen Abschluß gefunden, hat so viel Zeitungsartikel und daher Mißverständnisse hervorgerufen, daß wirklich eine Menge Schwierigkeiten — wenn auch nur eingebildete — sich dagegen erheben zu wollen schienen. Viele Leute haben sich ganz etwas anderes dabei gedacht, als die Vorlage wirklich bedeutet, und mein Vater hat große Mühe gehabt, den wirklichen Kern der Sache darzulegen. Um so dankbarer ist er Deinem erhabenen Herrn, Allerhöchstdessen huldreiches Vertrauen ihm ermöglicht hat, im

1878 22. 2. Ich bin in der Lage gewesen, von Varzin aus im Auftrage meines Vaters Briefe an den Staatsminister Bülow zu schreiben, in welchen genau definirt war, daß es sich allein um die Vertretbarkeit handelt, und weshalb es sich jetzt um weiter nichts handeln kann. Mein Vater hat mich auch ermächtigt, Dir das Vorliegende mitzutheilen, weil er Gewicht darauf legt, daß Du darüber orientirt bist. Ich kann Dir danach nur wiederholen, daß mein Vater nach wie vor mit Reichsministerien nichts zu thun hat, und daß die Unterstützung, die er dabei für seinen Standpunkt findet, ihm jederzeit willkommen ist. Es ist auch gar kein Gedanke daran, daß die gegenwärtige Vorlage etwa später eine Brücke zu Reichsministerien werden könnte. So lange die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrathes nicht gekränkt oder verringert werden, sind solche in der Phantasie der Journalisten vegetirenden Ministerien einfach unmöglich.

Die unbezweifelte Möglichkeit vertreten zu werden, muß mein Vater aber haben — sonst kann er nicht Kanzler bleiben, und Niemand wird im Stande sein, es an seiner Stelle zu werden. Neben diesem einen Hauptpunkt sind ihm die Specialitäten, welche in den Gesetzentwurf gebracht werden, ziemlich egal. Das hat er ja gestern auch bewiesen, indem er die im Schooße des Bundesrathes entstandenen Aenderungen bereitwilligst acceptirte.

In den 8 Tagen, die wir hier sind, hat mein Vater wieder gewaltig arbeiten müssen — nach Innen wie nach Außen — und spürt leider schon nachtheilige Folgen für seine Gesundheit davon. Letztre ist grade wegen der Unmöglichkeit der Vertretung schlechter als vor 10 Monaten. Da er alle Sachen im Urlaub und im Bade wie in Berlin schriftlich bearbeiten mußte, so hat er keine Erholung haben können. Die auswärtige Politik nicht bloß lag ihm allein ob. Sein Bestreben ist darauf gerichtet, den Frieden zu erhalten, und wenn

er darin auch nicht von allen uns befreundeten Mäch
Maße unterstützt wird, wie er es wohl erwarten k
er doch die Hoffnung nicht aufgegeben, daß wir wei
Frieden bleiben.

Meine Eltern lassen sich Dir und Deiner Frau

H. B

315.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bisma

18. April

Dringend möchte ich Sie noch einmal vor Bese
Wiener Botschafterpostens wie auch vor einem „Di
Revirement", das in Aussicht stehen soll, gesprochen

Auch wäre es mir lieb das zuletzt besprochene „B
dessen die Presse sich jetzt stark bemächtigt, wieder e
berühren.

Nicht wissend, wie Sie mit den Ihrigen die O
von heute ab, begehen, bemerke ich meinerseits, daß
bisher gewohnten Stunde Abends, ich die nächst
frei bin.

Ihr
sehr ergebener
Friedrich Wilhelm

316.

Graf Otto Stolberg an Bismarck.

Wien den 14ten Mai

Eurer Durchlaucht

beehre ich mich auf die durch den Grafen Herbert B
mir zugegangene Mittheilung vom 11. d. M.*) ganz e

*) Concept nicht vorhanden.

1878 14. 5. zu erwidern, daß ich Ihrem Wunsche entsprechend die Frage wegen der Dauer meines Hierbleibens heute mit dem Grafen Andrássy vertraulich besprochen habe. Derselbe äußerte, wie ich im Voraus bei mir vermuthete, den dringenden Wunsch, daß ich noch so lange hier bleiben möchte, bis die Frage, ob der Congreß überhaupt zu Stande komme oder eine andere Lösung in Aussicht genommen werden müsse, sich entschieden haben werde, und sprach dabei die Ansicht aus, daß hierüber innerhalb etwa vierzehn Tagen doch Klarheit zu gewinnen sein müsse, da die Reise des Grafen Schuwaloff nach St. Petersburg die letzte Phase der Vorverhandlungen zu bedeuten scheine. Graf Andrássy fügte bei, daß wenn dieser Zeitpunkt erst eingetreten sey, er ja auch mit einem anderen weiter verhandeln könne, daß er aber bis dahin den allergrößten Werth darauf lege, mich persönlich hier zu haben, und bat mich diesen Wunsch Eurer Durchlaucht angelegentlichst ans Herz zu legen. Was mich selbst betrifft, so habe ich, nachdem einmal die Frage meiner Uebersiedlung nach Berlin im Princip entschieden ist, und ich jetzt nicht mehr riskire, gleich Anfangs mit dem Reichstage zu thun zu haben, keine besonderen Ideen und Wünsche bezüglich des Zeitpunkts meines Abgangs, würde ihn nur gern ungefähr acht Tage vorher wissen, um hier insoweit abzuschließen, als meine Anwesenheit dabei nothwendig ist. Politisch halte ich eine möglichste Berücksichtigung des Andrássyschen Wunsches für zweckmäßig, da bei ihm die Persönlichkeiten, mit denen er zu thun hat, sowie seine Bekanntschaft und Vertrautheit mit ihnen eine besonders große Rolle spielen.

Die von neuem aufgetretene Schwierigkeit wegen der Stellung des Ministers Falk erscheint mir sehr unerwünscht. In Bezug auf evangelische Kirchensachen, denen er überhaupt jetzt indifferenter gegenüberstehen sollte, und auf Unterrichtswesen halte ich zwar Falk für kein Ideal eines Cultusministers, glaube vielmehr — soweit ich die Verhältnisse als jetzt mehr entfernter

1878 14. 5. daß es sich nur darum handeln wird, im einzelnen Falle vielleicht eine Ausgleichung herbeizuführen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung habe ich die Ehre zu sein

Eurer Durchlaucht

ganz ergebenster

Otto Graf Stolberg.

317.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Potsdam 14. Mai 1878.

1878 14. 5. Da ich zu meinem lebhaften Bedauern darauf verzichten muß, Sie vor meiner Abreise nach England noch zu sehen, während meiner Abwesenheit von Berlin aber die Elsaß Lothringsche Angelegenheit möglicherweise in ein weiteres Stadium rücken könnte, so halte ich mich verpflichtet, Ihnen gegenüber die ausdrückliche Erklärung abzugeben, daß falls die Entschließung Seiner Majestät für meine Berufung zu der in Frage stehenden Stellung*) ausfallen sollte, ich mit Freuden bereit sein würde, einem an mich ergehenden Rufe zu folgen.

Ihr

sehr ergebener

Friedrich Wilhelm KPz.

318.

Graf Otto Stolberg an Bismarck.

Wien, den 28ten Mai 1878.

Euer Durchlaucht

1878 28. 5. durch das Schreiben des Grafen Herbert Bismarck vom 24ten d. M. an mich gerichtete Mittheilung habe ich gestern Nachmittag richtig erhalten.

*) Des Statthalters.

1878 10. 12. laucht zu erwerben, so verdanke ich es in erster Linie der Nachsicht und dem Wohlwollen, mit dem Sie mich vom Beginne meiner Thätigkeit zu beurtheilen die Güte hatten. Das hat mir den Muth und das Selbstvertrauen gegeben, dessen ich bedurfte.

Indem ich Euer Durchlaucht bitte, mir Ihr Wohlwollen auch ferner zu erhalten, verharre ich in aufrichtiger Verehrung

Euer Durchlaucht

ergebenster Diener

C. F. v. Hohenlohe.

322.

Präsident Simson an Bismarck.

Frankfurt a/O. 19. März 1879.

Durchlauchtigster Fürst,

Hochgebietender Herr Reichskanzler.

1879 19. 3. Die Argumente, welche Ew. Durchlaucht mir gestern zu Gemüthe geführt, haben mich auf das Tiefste getroffen: in der mir nachgelassenen Unterredung mit den Meinigen hat sich kein Anhalt für meine Bedenken gefunden: — ich stelle mich rückhaltlos zu Ew. Durchlaucht Verfügung*).

Wie sehr wünschte ich einiger Maaßen ausreichend den Dank aussprechen zu können, von dem meine Seele für das Wohlwollen erfüllt ist, dessen Ew. Durchlaucht mich auch bei diesem Anlaß würdigen!

Der ich in tiefer und treuer Verehrung verharre

Durchlauchtigster Fürst

Ew. Durchlaucht

gehorsamster

App.-Gerichts-Präsident Simson.

---

*) Für das Amt eines Präsidenten des Reichsgerichts.

1879
30. 8.

Wien in der jetzigen Situation nicht auf meine Verantwortung zu nehmen. Ich glaube daher in 14 Tagen meine Rückreise über Wien machen zu müssen.

v. Bismarck.

325.

Staatssecretär v. Bülow an Bismarck.

(Telegramm.)

Berlin, den 30. August 1879.

1879
30. 8.

Vortrag heute Abend erstattet. Seine Majestät beauftragen mich Eurer Durchlaucht zu sagen, daß er nach gegebenen Erläuterungen gern mit Gegenbesuch in Wien nach Beendigung der Cur in etwa 14 Tagen einverstanden. Telegramm habe sich mit Allerhöchstem Handschreiben gekreuzt, das Motive der bisherigen Bedenken enthalte. Ueber Anmeldung des Zar zum 3. lag nur das Eurer Durchlaucht übermittelte Telegramm vor. Kaiser sagte, er habe nicht ablehnen können, der Nähe wegen und da eben Kaiser Franz Joseph empfangen.

v. Bülow.

326.

Graf Andrássy an Bismarck.

Schönbrunn, den 1. Sept. 1879.

Verehrter Fürst!

1879
1. 9.

Ich habe meinem gnädigsten Herrn, der sich von Prag direct nach Bruck begab, noch von Gastein aus „in nuce" die Tendenz und das vorläufige Resultat unserer Besprechung telegraphisch mitgetheilt. Ich hob besonders hervor, daß es sich gegenüber den Rüstungen und der comminatorischen Sprache, die abwechselnd wir und Deutschland zu hören bekommen, um ein

1879 1. 9. Ich würde bis zur Erledigung dieser Sache im Amte bleiben. Mein Nachfolger würde erst nach geschlossener Uebereinkunft das Amt übernehmen. Er ist übrigens durch mich eingeweiht und vollkommen einverstanden.

Ich hege keine Zweifel in die persönlichen Absichten des Kaisers Alexander. Ich bin überzeugt, er will heute keinen Krieg. Aber als Minister eines Nachbarstaates kann ich nicht vergessen, daß er auch den Krieg nicht gewollt hat, der eben zu Ende ist, und daß Er vom Anfang bis zu Ende vergeblich versucht hat, der Richtung Herr zu werden, die Seiner immediaten Umgebung entsprungen war.

Daß diesen Gefahren irgend wie vorgebeugt werde, halte ich für eine europäische Nothwendigkeit, und so schwer ich die Ausführung meines schon offenkundigen Rücktrittes jetzt aufschiebe, so wäre es mir als Diener meines Kaisers und meines Landes ein erhebendes Gefühl, mit Ihnen, verehrter Fürst, eine solche Garantie für die Zukunft beider Reiche unterschreiben zu können.

Oesterreich hat seiner Zeit den Fehler begangen, Anerbietungen Deutschlands, welche die beiderseitigen Interessen gesichert hätten, abzulehnen. Es thut mir wohl constatiren zu können, daß man bei uns diesmal den gleichen Fehler nicht begehen wird.

In aufrichtiger Freundschaft und wahrer Verehrung

Ihr ergebenster

Andrássy.

327.

Bismarck an Graf Andrássy.

Gastein 3 September 1879.

Verehrter Graf,

1879 3. 9. mit großer Freude und Genugthuung habe ich Ihr Schreiben vom 1 gestern Abend erhalten und beeile mich die Rückkehr des

Herrn Ueberbringers zu einer einstweiligen Antwort
Zunächst bitte ich Sie, Sr. Majestät dem Kaiser
furchtsvollen Dank zu Füßen legen zu wollen für die
in welcher S. Majestät meiner Absicht, nach Wien
gedacht hat. Ich freue mich, aus Ihrem Schreiben
daß unser Plan den einen Fuß im Bügel hat
nicht, daß es unserer gemeinsamen Arbeit gelinge
vollständig sattelfest zu machen. Leider liegt es in
der Dinge, geographisch und politisch, daß mein
Aufgabe so schnell nicht lösbar ist wie die Ihrige.
liche Vortrag hat nicht nur den Vorsprung der Ges
sondern auch den der Einschränkung auf die Beantw
Fragen, welche Allerhöchsten Ortes wirklich aufgewor
In der schriftlichen Darlegung aber muß ich alle M
ständnisse vorbeugend besprechen, von denen ich befü
daß sie möglich sind. Ich bin in die Lage gekomm
Sohne, der nach Ihrer freundlichen Erlaubniß
schreibt, genau 60 Bogenseiten zu dictiren und
durch telegraphische freiwillige oder geforderte Zusä
ausgiebig erläutern zu müssen. Demungeachtet ist e
aller Sorgfalt, nicht geglückt, das Mißverständniß
zu verhüten, als ob in unserm friedlichen Plane
Hintergedanke aggressiver Tendenz stecken müsse.
danke ist natürlich einem mehr als 82jährigen Her
sympathischer, aber ich darf hoffen, daß seine vollst
seitigung mir möglich sein wird, wenn es mich auch
lich umfängliches Postscriptum zu jenen 60 Seiten k
Weniger Feld für meine Thätigkeit bietet mir die im
mente meines Herrn liegende Abneigung gegen
Eingehn auf neue Situationen. Für Allerhöchstdense
jüngste Verhalten des Kaisers Alexander die erste meh
Beleuchtung einer Situation, die ich in den letzten
schon öfter zu vergegenwärtigen genöthigt war ... T

1879 3. 9. nun, daß der Kaiser Alexander — ich weiß nicht, ob auf Einfluß oder aus eigenem Entschluß — den Jupiter tonans durch schnellen Uebergang zum Sonnenschein wieder in den Hintergrund zu schieben bestrebt ist. In diesem Sinne folgte schon innerhalb 8 Tagen auf die letzten drohenden Aeußerungen eine freundliche Einladung um Entsendung von preußischen Offizieren nach Warschau. Mein Kaiser entsprach derselben durch Anmeldung des Feldmarschall Manteuffel mit Begleitung, ohne daß ich von dieser als einer militärischen Maßregel vorher Kenntniß erhielt. Baron Manteuffel hat in Warschau ein sehr weitgehendes, persönliches und politisches Entgegenkommen gefunden ... Ob die für heute beabsichtigte Zusammenkunft in Alexandrowo auf seine oder auf russische Anregung eingeleitet worden ist, weiß ich bisher nicht. Die diesseitigen Bedenken gegen eine Zusammenkunft auf russischem Gebiet sind durch Hinweisung auf die außerhalb Rußlands so schnell nicht zu beschaffenden Vorkehrungen für die persönliche Sicherheit des Kaisers Alexander entwaffnet worden. Diese Zusammenkunft findet, soviel ich weiß, heute statt; unser Kaiser ist dabei nur von Seinen Flügeladjutanten begleitet und nach des Ministers v. Bülow Meinung hauptsächlich von der Absicht beseelt, Erklärungen des Kaisers Alexander über seine bedrohliche Haltung zu erlangen.

Ich darf nicht erwarten, daß ich vorher Antwort auf meine erst am 2ten dem Kaiser vorgetragene und mir bisher nur durch Bülow telegraphisch beantwortete Berichterstattung erhalten werde. Aus Bülows Telegramm geht aber schon das Einverständniß des Kaisers damit hervor, daß ich in Wien meine ihm berichteten Besprechungen mit Ihnen, verehrtester Freund, wiederaufnehme, aber „Nichts ohne Seine Genehmigung abmache". Das Letztere ist ja selbstverständlich, und Sie werden darüber nicht ungeduldig werden, wenn der Herr zu Seinen Entschließungen die Zeit beansprucht, welche Seine Jahre,

Seine Gewohnheiten und die Neuheit der Perspektive mit sich bringen. Dazu kommt, und zwar als ein unserm Plane günstiges Moment, daß Se. Königliche Hoheit der Kronprinz von Seinem Herrn Vater zugezogen ist und also Ideen-Austausch beider hohen Herren erforderlich ist.

1879 3. 9.

... Wie bei Ihnen, so auch bei mir, befestigt sich mit jedem Tage längerer Ueberlegung meine Ueberzeugung von der Heilsamkeit, von der Nothwendigkeit des von uns unternommenen Werkes, und ich hoffe, daß es uns von Gott gegeben sein wird, unsern beiden großen Reichskörpern die erstrebte Bürgschaft des äußern und des innern Friedens zu sichern. Ich habe für meine Pflicht gehalten, Sie von dem Stadium, bis zu welchem ich in meiner Arbeit gelangt bin, in Kenntniß zu setzen und werde damit fortfahren, sobald mir die versprochene eingehendere Aeußerung meines Herrn zugeht. Wenn Allerhöchstderselbe dazu gelangt, sie schon am 4 in Königsberg niederzuschreiben, so kann ich am 7 spätestens 8 im Besitz derselben sein. Ich war in großer Versuchung, nach Ihrer Abreise in Person nach Berlin zu gehn, um unsere Sache mündlich zu plaidiren; aber der Stand meiner Gesundheit und Kraft war zu niedrig für diese Anstrengung und meine Erfahrung sagt mir außerdem, daß ich wichtige und schwierige Verständigungen mit meinem hohen Herrn im schriftlichen Verkehr zwar nicht schneller, aber sicherer erreiche, als im mündlichen, und daß letzterem mitunter Schwierigkeiten hinzutreten, welche nicht nothwendig in der Sache liegen.

Mit meiner hiesigen Kur hoffe ich zum 15 oder 16 fertig zu werden und dann dem nächsten Winter wieder gewachsen sein.

In der Hoffnung auf unser baldiges Wiedersehn verbleibe ich in freundschaftlicher Verehrung von Herzen

Ihr

ergebenster

v. Bismarck.

1879 26. 11. Mit herzlichsten Wünschen für Dero Wohlergehen, und in tiefstem Respect und Verehrung Eurer hochfürstlichen Durchlaucht

ergebenster Diener

G. Cardinal v. Hohenlohe Bischof v. Albano.

Rom 26. November 1879.

330.

Graf Lehndorff an Bismarck.

Telegramm.

Berlin 15. Dezember 1879
10 U. 9 M. V.-Mittags.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck
Varzin.

1879 15. 12. Seiner Majestät dem Kaiser und Könige sind verschiedene, theilweise sich widersprechende Gerüchte über das Befinden Eurer Durchlaucht zugekommen und beunruhigten Allerhöchstdieselben so sehr, daß der dringende Wunsch nach directer telegraphischer Nachricht entstand. Um so mehr ist der Kaiser besorgt, als Euer Durchlaucht in den letzten Tagen die Besuche zweier wichtigen Persönlichkeiten*) durchzumachen hatten, und sieht mit noch ganz besonderer Spannung und Theilnahme der Beruhigung darüber entgegen, daß die damit verbundene geistige Anstrengung nicht schädlich eingewirkt haben möge. Daß es so sei, wünschen und hoffen Seine Majestät von ganzem Herzen; und senden Eurer Durchlaucht die besten Grüße.

Graf Lehndorff, Flügeladjutant
vom Dienst.

---

*) Des Grafen Peter Schuwalow und des englischen Botschafters am russischen Hofe Lord Dufferin.

1880 2. 5. Kenntniß genommen und spreche ich Ihnen für die Einsendung wärmsten Dank aus, der ich mit besonderer Werthschätzung bin

Ihr

aufrichtiger Freund

München, den 2. Mai 1880. Ludwig.

333.

König Ludwig II. von Baiern an Bismarck.

Mein lieber Fürst von Bismarck!

1880 17. 5. Ich habe mit großem Interesse von der Vorlage, welche dem preußischen Landtage bezüglich der Kirchengesetze zugehen soll*), Kenntniß genommen und danke Ihnen auf das Wärmste für die Uebersendung derselben, welche Sie mit einer so lichtvollen Darlegung der Verhältnisse begleiteten. Zu meinem aufrichtigsten Schmerze haben Sie, mein lieber Fürst, hieran die Mittheilung einer beabsichtigten Zurückziehung von den Geschäften gereiht. Sie kennen das Maß der aufrichtigen Verehrung und des unbedingten Vertrauens, welches ich für Sie unauslöschlich im Herzen trage, um zu erfassen, wie schwer ich die Verwirklichung Ihres Vorhabens empfinden müßte. Wenn auch die Gestaltung der Umstände im Reichstage nicht immer die erfreulichste ist, so wird doch der Bundesrath Ihnen, mein lieber Fürst, auf der föderativen Grundlage der Reichsverfassung in unveränderter Weise stets freudig zur Seite stehen. Meine Regierung, welche in keinem Augenblicke von jener Grundlage weicht, war immer von dem sie stützenden Bewußtsein durchdrungen, daß sie sich hierbei einig mit dem Manne weiß, dessen erhabenem staatsmännischem Blicke und Wirken Deutschland seine neu erstandene Größe auf einem Wege dankt,

*) Politische Reden XII, 37 ff.

1880 15. 6. Freude gereichen, denn mit wahrer Hochachtung und huldvollster Gesinnung bin ich stets

Ihr
aufrichtiger Freund
Ludwig.

Schloß Berg,
den 15. Juni 1880.

335.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Wiesbaden 18/11 1880.

1880 18. 11. Bald nach meiner Rückkehr aus St. Petersburg setzte ich meine daselbst empfangenen Eindrücke auf, ward aber so häufig dabei unterbrochen, daß ich die Fertigstellung meiner Ausarbeitung bis zum Spätherbst zu verschieben beschloß.

Dieses ist zwar geschehen, da ich mich aber verleiten ließ, mit Umdrucktinte zu schreiben, um gedachte Niederschrift nicht Abschreibern in die Hand zu geben, so entstand ein Product, welches unter keine Rubrik der Gewerbefreiheit gehören kann.

Da das Uebel nun aber einmal geschehen war, rechnete ich auf Ihre Nachsicht, statt mich mit calligraphischen Verbesserungen abzugeben, und so wird denn jener Reisebericht bitten, mehr auf den Inhalt als auf Tintenfarbe, Handschrift und Ausstattung achten zu wollen.

Jenes merkwürdige Exemplar steht zu Ihrer Verfügung, und ergänzt das Gespräch, welches ich einige Zeit nach meiner Rückkehr aus Rußland mit Ihnen führte. Auf meine Unterredung mit dem Thronfolger dürfte ich vielleicht im Lauf der Jahre bisweilen zurückzukommen Gelegenheit finden!

Auf Wiedersehen wohl zur Jahreswende!

Ihr
sehr ergebener
Friedrich Wilhelm KPz.

1882 1.4. them to the joy of your family, and the happiness of your great Fatherland.

On your birthday I think I may venture to commit an indiscretion and submit privately to you a few extracts of a private Letter just received from Lord Granville.

He says: „Count Herbert Bismarck goes tomorrow and „there is a rumour that he is likely not to return at all,— „or at all events only for a short time.

„This we must sincerely regret. He has made himself „exceedingly popular, and there are many, certainly including „Lady Granville and myself, who would be very sorry indeed „to lose him.

„He has been successful in circles where success was „difficult and not absolutely to be reckoned upon.—He „shows great interest and is energetic in making acquaintance „with all classes of people,—but as you know it requires „some time to get hold of the kernel, and as he is likely to „play a very considerable part in the politics of his own „Country, and as one of the obstacles to the better understand-„ing of the two nations, has been the want of knowledge of „each, which some politicians display,—I venture to think „his early departure a mistake, and to entertain the earnest „hope that he may return and dwell among us as long as „possible."

In thus committing an indiscretion my object is to show how much Count Herbert has been appreciated in England.

With every good wish believe me, dear Prince Bismarck

yours gratefully

Ampthill.

338.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

(Telegramm.)

Berlin 7. 5. 1882 1 Uhr 20 N. M.

Reichskanzler Fürst Bismarck

Friedrichsruh.

Prinzessin Wilhelm glücklich von einem Sohn entbunden. 1882 7. 5.

Friedrich Wilhelm Kronprinz.

339.

Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm.

Eurer Kaiserlichen Hoheit danke ich ehrfurchtsvoll für die huldreiche Mittheilung und bitte meinen unterthänigsten Glückwunsch zu diesem für das Kaiserliche Haus und für das ganze Land so hoch erfreulichen Ereigniß in Gnaden entgegenzunehmen. 1882 7. 5.

Bismarck.

340.

Präsident Simson an Bismarck.

(Ohne Datum.)

Durchlauchtigster Fürst,
Hochgebietender Herr Reichkanzler,

Eurer Durchlaucht verfehle ich nicht meinen ehrfurchtsvollen Dank für die hochgeneigte Mittheilung abzustatten, mit welcher Hochdieselben mich aus Anlaß der von Seiner Majestät dem Kaiser und Könige, unserem allergnädigsten Herrn, mir 1883 ? 1.

1888 ? 1. unter dem 18. dieses Monats zu Theil gewordenen — mich im eigentlichsten Sinne überwältigenden — Anerkennung*) beehrt haben.

Eure Durchlaucht haben die Gnade gehabt, dieser Mittheilung einen Glückwunsch zu der mir beschiedenen Auszeichnung hinzuzufügen. Mir ist, als hätte Euerer Durchlaucht ich bei diesem Anlaß nicht allein für den Glückwunsch zu der vollzogenen Thatsache zu danken und die Worte sind mir in die Gedanken gekommen, welche ich am 18. Dezember 1870 in Versailles bei einem ähnlichen Anlaß Hochdenenselben habe aussprechen dürfen.

Bewahren Eure Durchlaucht mir Ihre Gewogenheit, der ich soviel schuldig geworden bin! Ich habe Nichts dagegen zu bieten als unvergängliche treue dankbare Verehrung. Gott erhalte den Kaiser!

Dr. Simson
Präsident des Reichsgerichts.

341.

Graf v. Seckendorff an Bismarck.

Eurer Durchlaucht

1888 25. 1. beehre ich mich beifolgend im Höchsten Auftrage Ihrer Kaiserlichen Hoheiten des Kronprinzen und der Frau Kronprinzessin eine Gedenkmünze an den heutigen Festtag**) — 25. Januar 1883 — mit der Bitte zu übersenden, Eure Durchlaucht möchten Höchstdenselben die Freude bereiten, die Münze als Zeichen höchsten Wohlwollens und unbegrenzter Dankbarkeit entgegenzunehmen.

*) Ernennung zum Wirkl. Geheimen Rath?
**) Silberne Hochzeit.

1885 7. 7. sehr schwerer und sehr nahe an dem Augenblick war, wo ein Zurückrufen ins Leben nicht mehr möglich gewesen wäre.

In aufrichtigster Anhänglichkeit, in größter Verehrung

Euer Durchlaucht

Ems 7. Juli 1885. gehorsamster

v. Albedyll.

344.

Bismarck an General Albedyll.

(Concept.)

Varzin den 16 Juli 1885.

1885 16. 7. Ich bin, wie Sie richtig voraussetzten, am 7 im Neuen Palais gewesen und Se. Kaiserliche Hoheit hat Sich zu mir in demselben Sinne wie zu Ihnen in sehr gnädiger Form und mit rückhaltlosem Vertrauen auf einem Spaziergange im Garten ausgesprochen. Ich freute mich von Herzen über das Wohlwollen, welches Er mir bewies, war aber doch etwas in Verlegenheit gesetzt. Einmal sind solche Besprechungen für mein persönliches Gefühl dem Kaiser gegenüber peinlich; ich sage mir, daß sie in der Gegenwart des Herrn nicht geführt werden könnten, und ich kann nicht ohne Weiteres annehmen, daß ich Se. Majestät überleben werde. Ich bin jünger, aber struppirter. Dann aber bin ich schon jetzt mit meiner Arbeitskraft der Plage nicht gewachsen; ich zehre vom Capital. Meinem alten Herrn kann ich nicht gegen Seinen Willen und in Ungnaden aus dem Dienste laufen; das ist mir klar geworden, als ich ihn mit Nobilings Schrotschuß liegen sah. Mein und meiner Frau Hoffnung war aber, daß ich, wenn ich nach Gottes Willen den Kaiser überlebe, den Rest meiner Tage auf dem Lande zubringen und wie ein pensionirter Hofschauspieler von der Bühne ins Parquet übergehen würde. Auf der andern

351.

Flügeladjutant v. Lippe an Bismarck.

8. März 1888 8^{10} früh.

Der Schwächezustand bei Seiner Majestät nimmt sehr zu; Puls setzt zuweilen aus. 1888 8. 3.

Se. Königliche Hoheit der Prinz Wilhelm ist auf Ansuchen der Aerzte ins Palais geholt.

v. Lippe.
Flügeladjutant.

352.

Flügeladjutant v. Petersdorff an Bismarck.

Palais 2^{55} Uhr 9. III. 88.

Das Befinden Seiner Majestät neigt dem Ausspruch der Aerzte nach wiederum zum Schlechten, so daß die höchsten Herrschaften soeben avertirt worden sind. 1888 9. 3.

von Petersdorff.
Flügeladjutant vom Dienst.

353.

Hofmarschall Graf Radolinski an Bismarck.

Telegramm.

Aufgegeben in Landshut B. am 11. März 1888 um 11 Uhr Nachm.
Angekommen in Berlin um 11 Uhr 18 Min. Nachm.

Reichskanzler Fürst Bismarck
Berlin.

Seine Majestät haben mir nochmals befohlen, Eure Durchlaucht zu bitten, den Herren Ministern sagen zu wollen, 1888 11. 3.

Register

(Die Zahlen beziehen sich auf die Seiten)

A

Aberdeen, George Hamilton Gordon, Graf v., englischer Premierminister 146.
Achenbach, Heinrich, preußischer Handelsminister 454. 455. 456. 457.
Adalbert, Prinz 123.
Adel, preußischer. Klage über den Rückgang des p. A.s 216.
Adolph, Fürst von Schaumburg-Lippe 364.
Aegidi, Ludwig Karl, Wirklicher Legationsrath 458.
Albedyll, Emil Heinrich Ludwig v., preußischer General d. Cavallerie 540. 542.
Albert, Kronprinz (König) von Sachsen 417. 418. 419. 452. 453. 489. 491.
Albrecht, Prinz 319. 463.
Alexander II., Kaiser von Rußland 253. 298. 302. 303. 304. 309. 315. 316. 318. 319. 330. 336. 367. 370. 407. 408. 436. 437. 484. 488. 492. 522. 524. 525. 526.
Alexander, Großfürst von Rußland (A. III.) 534.
Alexandra Feodorowna, Kaiserin von Rußland 56.
Alexandrine, Prinzessin von Hanau, Gemahlin des Prinzen Felix von Hohenlohe-Oehringen 186.
Alexandrowo 526.
Alvensleben, Albrecht, Graf v., preußischer Staatsminister 94. 171. 176. 188. 191. 192. 193. 197. 198. 228. 237.
Alvensleben, Gustav v., preußischer General der Infanterie 274. 294. 295.
Alvensleben, Gustav Hermann v. 364.
Ampthill, Lord Odo William Leopold (Lord O. Russell), englischer Staatsmann 535. 536.
Andrássy, Gyula (Julius), Graf, österreichischer Minister des Auswärtigen und des Kaiserlichen Hauses 514. 521. 522. 524. 528.
Antonelli, Giacomo, Cardinalstaatssecretär 484.
Arnim-Boytzenburg, Adolph Heinrich, Graf v. 387. 388.
Arnim-Criewen, Carl Otto Friedrich v. 12.
Arnim-Heinrichsdorf-Werbelow, Heinrich Friedrich, Graf v., preußischer Gesandter in Wien 17. 36. 63. 84. 89. 90. 104. 106. 107. 108. 113. 228. 229.
Arnim-Kröchlendorff, Oscar v. 228. — Frau Malwine v. A.-K., geb. v. Bismarck 228. 280.
Arnim-Suckow, Harry Karl Curt Eduard, Graf v., preußischer Diplomat 307. 440. 441. 489.
Arnimparagraph 476.
Arnold, Bischof von Trier 376.

Bismarck, Frau Johanna v. 17. 18. 44. 50. 83. 92. 98. 101. 107. 147. 152. 158. 164. 170. 190. 212. 215. 225. 226. 228. 248. 251. 263. 278. 282. 284. 294. 319. 379. 396. 438. 439. 459. 474. 492. 502. 535. 542.
Bismarck, Herbert, Graf v. 453. 494. 497. 498. 510. 513. 525. 536.
Bismarck, Wilhelm, Graf v. 85. 91. 92.
Bismarck, Marie, Gräfin v. 474. 518.
Bismarck-Bohlen, Friedrich Alexander, Graf v. 399.
Blanckenburg, Moritz v. 391.
Blindsches Attentat (7. Mai 1866) 395.
Blome, Baron v. 258.
Bloomfield, John Arthur Douglas, Lord, englischer Diplomat 55. 166. 229.
Bluhme, Christian Albrecht, dänischer Minister 29.
Bock, Graf 187.
Bockelberg, v., preußischer Gesandter in München 178. 253.
Bode 33.
Bodelschwingh, Karl v., preußischer Finanzminister 6. 30. 122. 123. 159. 353. 360. 361.
Böger, Generalarzt 438.
Bonin, Eduard v., preußischer General der Infanterie, Kriegsminister 123. 163.
Bose, Julius Friedrich Wilhelm, Graf v., preußischer General der Infanterie 400.
Bothmer, Friedrich, Freiherr v., hannöverscher Gesandter am Bundestag 131 (Charakteristik) 140.
Bourqueney, Baron v., französischer Diplomat 194.
Brandt, Bürgermeister von Brandenburg 12.
Bratiano, Demeter 422.
Bratiano, Joan, rumänischer Minister 422.
Brauchitsch, Heinrich v., Regierungsrath (sp. Regierungspräsident) 481.
Braun, Ritter v., Legationsrath bei der österreichischen Bundestagsgesandtschaft 118.
Bray-Steinburg, Otto Camillus Hugo, Graf v., bayerischer Staatsmann 315.
Brenner-Felsach, Freiherr v., österreichischer Legationsrath und Director der Bundeskanzlei 207.
Breslau als Ort der Zusammenkunft des Zaren Alexander II. und des Prinzregenten von Preußen 302. 303. 305.
Brösigke, v., Flügeladjutant 546.
Bruck, Karl Ludwig, Freiherr v., österreichischer Staatsmann 26.
Brunnemann, preußischer Regierungsrath 345.
Brunnow, Philipp, Graf v., russischer Diplomat 173. 215.
Budberg, Andreas v., russischer Diplomat 22. 55. 66. 71. 146. 153. 219. 270. 298. 301. 302. 304. 305. 317. 321. 322. 347.
Bülow, Bernhard Ernst v., dänischer Kammerherr und Gesandter am Bundestag für Holstein und Lauenburg (nachmals deutscher Staatsmann) 26. 134. 135. 140. 198. 442. 443. 446. 448. 453. 454. 457. 459. 460. 470. 485. 486. 489. 512. 521. 522. 526.
Bund, Deutscher. Gründe gegen die Theilnahme des Bundes an den Londoner Conferenzen 51 f. Ein Uebergriff der Bundesmilitärcommission 285.
Bundesrath. Der diplomatische Ausschuß des B.s 464 ff. 467. 468 f. 470 f. 472 f. — Verfassungsmäßige Rechte des B.s 511. 512.

Deficit, preußisches. Vorschläge Camphausens zur Deckung des D.s 431 ff.
Delbrück, Martin Friedrich Rudolph, preußischer bez. deutscher Staatsmann 30. 434.
Delorge, Emmerich, Duc de 329.
Demokratische Conspirationen in Frankfurt a. M. 35.
Depeschendiebstahl, Berliner 353.
Depretis, Agostino, italienischer Staatsmann 509.
Deutsch-österreichischer Bündnißvertrag (1879) 522 ff. 528 ff.
„Deutsch" für „Preußisch" 293.
Deutschland — eine unrichtige Bezeichnung für den mitteleuropäischen Staatenbund 48.
Diest-Daber, Antrag D.-D. 420.
Diplomatie, kleindeutsche. Erbärmlichkeit der k. D. 251.
Drouyn de L'Huys, Edouard, französischer Staatsmann 144. 347.
Duesberg, Oberpräsident von Westphalen 6.
Dufferin, Frederick Temple Hamilton Blackwood, Graf (Marquis), englischer Diplomat 530.
Dufour, Wilhelm Heinrich, schweizerischer General 257.
Duncker, Max, vortragender Rath des Kronprinzen von Preußen 345.
Dungern, Freiherr v., Bundestagsgesandter für Braunschweig und Nassau 136 (Charakteristik). 140.

E

Eduard, Prinz von Wales 339.
Eisenbahnen. Uebergang der E. ans Reich 475.
Eisendecher, Wilhelm v., oldenburgischer Bundestagsgesandter 137 f. (Charakteristik). 140.
Elisabeth, Königin von Preußen 6.
Elisabeth, Prinzessin zu Wied 429.
Elsaß-Lothringen. Zur Frage der Statthalterschaft des Kronprinzen in E.-L. 516.
Elsner, Johann Gottfried 392.
Emil, Prinz von Hessen 134.
entente cordiale — nicht Bündniß — zwischen Frankreich-Rußland-Preußen 309 f.
Epicier. Feige Friedensliebe des Louis-Philippeschen E.s 216.
Ernst II., Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha 303.
Ernst August, König von Hannover 18. 24. 32. 39.
Esterhazy, Moritz, Graf v., österreichischer Diplomat 166. 229. 245.
Eugenie (Gräfin von Montijo), Kaiserin der Franzosen 319. 370.
Eulenburg, August, Graf zu, Hofmarschall 396. 426. 427.
Eulenburg, Friedrich, Graf zu, preußischer Minister 352. 354. 383. 388. 389. 411. 412. 431. 432. 457. 458. 460.
Eulenburg, Wendt, Graf zu 474.
Evans, Arzt 440. 441.

F

Falk, Paul Ludwig Adalbert, preußischer Cultusminister 459. 460. 478. 514. 515. 517. 518.
Festungsviereck. Strategische Bedeutung des F.s 324.
Firmenich, Dr., Publizist 97. 98.
Fischer, Hannibal, oldenburgischer Staatsrath 45. 47. 386.
Flahault, Graf, Oberstallmeister 369.
Flotte, deutsche, von 1848: 36. 386.
Flottwell, Eduard Heinrich v., preußischer Staatsminister 277.

Gagarin, Paul, Fürst 409.
Gagern, Heinrich, Freiherr v. 185.
Gagern, Max, Freiherr v. 185.
Galizien 202.
Gambetta, Léon, französischer Staatsmann 493. 494. 495. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505.
Garlieb, dänischer Conferenzrath 111.
Geffcken, Friedrich Heinrich, Professor der Staatswissenschaften 477. 478. 479.
Gehret, Polizeiagent 454.
Geistliche, evangelische 460 f. 517.
Gelzer, Johann Heinrich, Professor der Geschichte 397. 398. 423. 424.
Georg, Herzog von Mecklenburg-Strelitz 163.
Georg V., König von Hannover 24. 89. 90.
Gerlach, Leopold v., preußischer General 4. 5. 16. 46. 61. 117. 142. 143. 152. 153. 168. 170. 210. 211. 218. 225. 233. 252. 253. 260. 261. 274.
Gerlach, Ludwig v., Appellationsgerichtspräsident 379. 380. 477.
Germersheim. Antrag Preußens auf Uebertragung der Qualität einer Bundesfestung von Landau auf G. 265. 266. 267. 268.
Glinka, Dmitry Grigorjewitsch, russischer Geschäftsträger am Bundestag 57.
Goeben, August Karl Friedrich Christian v., preußischer General der Infanterie 400.
Goltz, Graf Karl Friedrich v. d., preußischer General der Cavallerie 99. 262. 263. 273. 274.
Goltz, Graf Robert Heinrich Ludwig v. d., preußischer Diplomat 16. 57. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 215. 217. 253. 301. 336. 343. 347. 402.
Gontaut-Biron, Vicomte de, französischer Botschaf[t]
447. 498. 500.
Gortschakow, Für[st] Michailowitsch, ru[ssischer Staats]mann 222. 234. [...] 287. 295. 296. 298 [...] 309. 310. 313. 314 [...] 336. 367. 368. 407 [...] 451. 452. 485.
Gortschakow, Fürst [...] scher General 181.
Grabow, Wilhelm, [...] Abgeordnetenhause[s] [...]
Granville, George Le[veson-Gower] Graf, englischer [...] 536.
Gröben, Karl Joseph [...] preußischer Genera[l der Caval]lerie 163. 164.
Grotius, Hugo 317.
Grundsteuer 331.
Gruner, Justus v., [...] heimer Rath und [...] secretär im Minister[ium der aus]wärtigen 285. 287. [...]
Grünne, Graf Karl L[...] reichischer General [...] 67.
Gundlach, v., preußi[scher Regie]rungsassessor 227.

H

Hahn, Feldjäger 287.
Hall, Karl Christian [...] Staatsmann 332.
Hamilton, Herzogin v. [...]
Handelsvertrag zwische[n ...] und dem Zollverein ([...] 371. 372.
Hannover. Vertrag zwi[schen ...] und Hannover vom 7 [...] 1851: 21. 23. 24. 25. [...] 67. 72. 74. 78. 85. 10[...] H.s in der Zollverein [...] 125. Klagen in Han[...]

J

Jachmann, Eduard Karl Emanuel, deutscher Admiral 427.
Jacobini, Ludovico, Cardinalstaatssecretär des apostolischen Stuhles 529.
Jahdebahn 259.
Jahdehafen 146.
Jasmund, J. v., Dr., Publicist 97. 98. 99.
Ida, Prinzessin von Waldeck und Pyrmont 365.
Jesuiten 529.
Immediatberichte. Trennung der Materien in J.n 314.
Johann, Prinz (König) von Sachsen 14. 237. 238. 239. 453.
Joseph. „Pater J." 499.
Josica, Nicolaus, Freiherr v., Kanzler von Siebenbürgen 85.
Italien. Bildung des Königreichs J. 322. 324.
Jütland. Besetzung J.s 360. 361. 362.

K

Kalergis, Johann v. 262.
Kameke, Arnold Karl Georg v., preußischer General der Infanterie, Kriegsminister 449. 486.
Kammer, Erste 57. 58. 59. 60. 61. 62. 218.
Karl, Herzog v. Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg 366.
Karl I., Fürst (König) von Rumänien 422. 428. 429. 430. 444. 445. 446.
Karl, Prinz 125. 189. 191. 319. — Prinzeß Karl 273.
Karl Anton, Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen 294. 320.
Károlyi, Graf Aloys, österreichischer Diplomat 296. 298.
Kehler, v., Vortragender Rath im Ministerium 273.
Kehner, Journalist
Kelchner, Hofrath, preußischen Bu
Frankfurt a. M.
Kessel, v., preußische mandeur der preuß in Frankfurt a. 2
Ketteler, Wilhelm E herr v. 148.
Kettenburg, Kuno, mecklenburgischer 126. — Kettenburg'
Keudell, Robert v., d mat 384. 385.
Keyserling, Alexande 248.
Keyserling, Heinrich 427. 428. 430.
Keyserling, Hermann
Kielmansegge, Graf scher Bundestags 197. 214. 215. 250.
Kirchenpauer, Gust Bürgermeister von 140.
Kirchenstreit, oberrhe
Kisselew, Nicolai, Gr Diplomat 260. 322
Kleist, Adolph v., gerichtspräsident 3
Kleist-Retzow, Hans dent der Rheinpro
Klenze, hannöversch steuerdirector 21. 2
Klindworth, v., würt Staatsrath 65. 73.
Klützow, v., Directo schen Ministerium 8. 13. 34.
Koller, Baron v., ö Diplomat 263. 292.
Köln-Trierer Bischofs
Könneritz, Hans Heim (Graf) v., sächsisch 72. 297.
Kowalewsky, russische
Kreuzzeitung 291.

Maigesetze 478.
Mainz. Pulverexplosion, preußische Anträge auf Erweiterung der Festungsanlagen 265. 268.
Majorisirung Preußens am Bundestag 290 f.
Malet, Alexander, englischer Gesandter am Bundestag 187.
Manteuffel, Karl Rochus Edwin, Freiherr v., preußischer Generalfeldmarschall, Statthalter von Elsaß und Lothringen 4. 5. 191. 194. 238. 346. 356. 400. 521. 526.
Manteuffel, Karl, Freiherr v., Unterstaatssecretär im Ministerium des Innern 11. 14. 32. 34. 40. 62. 187.
Manteuffel, Otto, Freiherr v., preußischer Ministerpräsident, Minister des Auswärtigen 2. 4. 5. 6. 7. 10. 11. 13. 14. 16. 17. 18. 20. 21. 23. 24. 26. 27. 28. 29. 30. 33. 34. 35. 36. 39. 40. 41. 44. 51. 52. 53. 54. 56. 58. 60. 61. 62. 63. 64. 68. 69. 71. 74. 75. 76. 80. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 103. 107. 111. 112. 113. 114. 116. 117. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 126. 142. 143. 144. 147. 152. 153. 154. 163. 166. 167. 168. 170. 171. 173. 175. 178. 179. 182. 186. 187. 188. 189. 194. 195. 203. 205. 206. 212. 213. 215. 218. 219. 222. 223. 224. 227. 228. 230. 231. 232. 233. 234. 236. 238. 239. 242. 244. 248. 249. 250. 251. 252. 255. 256. 261. 265. 270. 271. 272. 273. 274. 276. 278. 342. — Frau v. Manteuffel 7. 10. 18. 22. 30. 40. 41. 44. 56. 58. 74. 83. 93. 107. 125. 147.
Maria, Königin von Bayern 64.
Maria, Königin von Hannover 411.
Maria Theresia, Kaiserin 117.
Marschall von Bieberstein, Adolph Ludwig, Freiherr v., Großherzoglich badischer Kammerherr,

badischer Bun
132 (Charakte
244.
Marwitz, v. d. 42
Matthies, Wirkl.
regierungsrath
100. 101.
Maximilian II., K
55.
Meinung, öffentli
Menzikow, Alexan
Fürst, russischer
raladjutant des
laus I. 253.
Menzikow, Fürsti
Metternich, Fürst
reichischer Staat
Metternich, Fürst
reichischer Diplo
Metz, A., Advocat
Meusebach, Freih
scher Consul in
169.
Meyendorff, Pete
russischer Diplom
107. 145. 173.
Meyer, Staatsanw
Meysenbug, Wilh
Freiherr v., Gro
discher Staatsm
269.
Meysenbug, Freiher
scher Hof- und
270.
Michael Nicolajew
Großfürst 319.
Mikado-Taikun = K
sident des Bun
435.
Mikrokosmus, bund
Militärbudget, preu
Militärvereine. B
M. 418.
Minden-Jahdebuse
259.
Minutoli, Julius,
Polizeipräsident v

Odescalchi, Fürstin v. 483.
Officiere, preußische. Besoldungsverhältnisse der p.n O. 4.
Olfers, v., Generaldirector der Museen 315.
Oppermann 33.
Orlow, Alexei, Fürst, Vertreter Rußlands auf dem Pariser Congreß 261.
Oertzen-Leppin, v., Geheimer Rath, mecklenburgischer Bundestagsgesandter 26. 136 f. (Charakteristik). 140. 198. 207. 243.
Oscar II., König von Schweden 502.
Osman Pascha 144.
Osnabrück-Oldenburger Bahn 259.
Oesterreich fordert Preußen zum Verfassungsbruche auf 15. 18 ff. Oesterreich — ein wunderbarer Gesell 37. Oe.s Intriguen gegen Preußen am Bundestag 42. Oe.s Wunsch nach Zolleinigung mit Preußen und dem Zollverein 48. 69 f. 75 ff. 107 ff. 376. Oe. hetzt Preußen gegen England 120 f. 125. Oe.s Ausschluß aus Deutschland bricht dem Katholicismus das Genick 49. Oe.s Vertrag mit Frankreich (1854) 154. Welche Vortheile bietet Oe. die Herstellung Polens? 202. Oe.s Anschluß an die Westmächte 225. 227. 229. Oe. beantragt beim Bunde die Mobilmachung gegen Rußland 232. 235. Oe.s Uebergewicht im Bunde 287 f. Beeinflussung der deutschen Presse durch österreichische Gelder 291 f. Oe. gegen Ernst II. von Coburg 303 f. 305.
Ostseeprovinzen, preußische. Austritt der p.n O. aus dem Bunde 14. 18.
Otterstedt, Freiherr v., preußischer Diplomat 167.
Otto, König von Griechenland 85.
Oubril, Paul v., russischer Diplomat 270. 367. 368. 447.

P

Palmerston, Henry John Temple, Viscount, englischer Staatsmann 43. 261.
Paskiewitsch, Jwan Feodorowitsch, Graf Eriwanski, Fürst von Warschau, russischer Feldmarschall 6.
Pergler v. Perglas, Maximilian Joseph, Freiherr v., bayerischer Diplomat 259. 492.
Perponcher-Sedlnitzky, Wilhelm, Graf v., preußischer Diplomat 307. 308.
Petersdorff, v., Flügeladjutant 547.
Pfeuffer, v., bayerischer Minister 454.
Pfordten, Karl Heinrich Ludwig v. d., bayerischer Staatsmann 55. 68. 84. 124. 178. 184. 218. 219. 257. 258. 269. 292. 393.
Pfretzschner, Adolph, Freiherr v., bayerischer Staatsmann 468. 469. 470. 471. 510.
Philipsborn, v., Director im preußischen Ministerium 66.
Pia, Königin von Portugal 508.
Piepmeierei, allgemeine 292.
Pius VII., Papst 147.
Pius VIII., Papst 147.
Pius IX., Papst 483. 508. 509.
Platen-Hallermund, Adolph, Graf v., hannöverscher Staatsmann 68. 81. 82. 84. 85. 86. 254. 255. 258. 259. 268. 270.
Plessen, v., Flügeladjutant 544.
Plessen, Baron Otto v., dänischer Diplomat 271.
Plombplomb (Plon-Plon) s. Napoleon, Prinz.
Polen. Pläne zu einer Herstellung Polens 201 f. Grund der fran-

Radowitz, Joseph Maria v., deutscher Diplomat 400. 430. 445. 446. 448. 494.
Rainer, österreichischer Erzherzog 508.
Rantzau, Graf Cuno zu 518.
Rastatt 267. 277.
Rechberg, Johann Bernhard, Graf v., österreichischer Staatsmann 104. 248. 250. 265. 268. 269. 303. 304.
Rechenberg, Julius, Freiherr v., preußischer Legationsrath 286.
Reedz, dänischer Minister 6.
Regensburg. Conseil in R. (21. Juli 1865) 393.
Regentschaft des Prinzen Wilhelm 274 ff.
Reich, Deutsches. Föderative Grundlage des R.s 511. 532. Reichsminister sind nach der Verfassung des Deutschen R.s unmöglich 511. 512.
Reichensperger, August und Peter 134.
Reinhard, v., Geheimer Legationsrath, württembergischer Bundestagsgesandter 131 (Charakteristik). 140. 186. 187. 197. 243. 269.
Reisach, Cardinal der römischen Kirche 484.
Reitzenstein, Freiherr v., preußischer General 230.
Reumont, Alfred v. 253.
Reuß, Prinz Heinrich VII., preußischer (deutscher) Diplomat 346. 349. 364. 366. 369. 370. 401. 408. 409. 436. 437. 531.
Reutern, v., russischer Staatssecretär 326.
Rochow, Theodor Heinrich Rochus v., preußischer General und Diplomat 3. 5. 8. 10. 25. 27. 38. 56. 73. 146.
Röder, Eugen v. 229.
Roon, Albrecht Theodor Emil, Graf v., preußischer Generalfeldmarschall und Kriegsminister 346. 353. 358. 360. 381. 382. 383. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 392. 394. 395. 437. 438. 448. 450. 480. 483.
Rosenberg, Freiherr v., preußischer Diplomat 95. 105. 162. 223. 225. 227. 228. 260. 262.
Rothan, Geh. Legationssecretär bei der französischen Gesandtschaft in Berlin 261.
Rothschild, Mayer Karl, Baron v. 111. 112.
Rudhart, v., bayerischer Gesandter in Berlin 492.
Rudloff, preußischer Assessor (Regierungsrath) 2. 9. 27.
Rüdt v. Collenberg-Hainstadt, Franz, Freiherr v., badischer Minister des Innern 240.
Rußland. Haltung R.s gegenüber dem Kaiserthum Napoleons III. 114. R.s Niederlage im Krimkriege 181. R.s Flotte im Schwarzen Meere 253. Gedanke einer entente zwischen R. und Frankreich 309 f. Russische Truppenaufstellung (1877) 492 f.

S

Sachsen. Verträge mit S. im Jahre 1866: 403. 405.
Saint Vallier, Charles Raymond de la Croix de Chevrière, Graf v., französischer Diplomat 498.
Savigny, Karl Friedrich v., preußischer Diplomat 100. 105. 106. 148. 240. 242. 244. 245. 248. 249. 250. 396. 409. 410. — Frau v. S. 242. 245.
Scandinavische Union 256.
Scariatin, Jägermeister 437.
Scheel, dänischer Minister 255. 256.
Scheele, v. 441. 442.
Schele v. Schelenburg, Eduard Friedrich August v., hannöver-

Sophie, Erzherzogin von Oesterreich 45.
Soutzo, Fürst 296.
Spiegel, v., Erzbischof von Köln 377.
Spiegel, v., Oberst, Kgl. sächsisches Mitglied der Bundesmilitärcommission 285.
Spitta, Kämmerer in Brandenburg a. H. 12.
Stackelberg, Freiherr v., russischer Diplomat 329.
Statut organique 335.
Steinberg, v., hannöverscher Geschäftsträger in Berlin 21. 30. 31.
Stellvertretung des Reichskanzlers 510 ff.
Steuerverein 31.
Stockhausen, v., preußischer Kriegsminister 4.
Stolberg-Wernigerode, Graf Anton zu, Oberstkämmerer 50. 51. 152. 153.
Stolberg-Wernigerode, Graf Eberhard zu 152. 153.
Stolberg-Wernigerode, Graf Otto zu, deutscher Staatsmann 513. 516. 518. 528.
Stolberg-Wernigerode, Graf Theodor zu, Attaché bei der preußischen Bundestagsgesandtschaft 39. 51. 113.
Stosch, Albrecht v., preußischer General 429.
Strosser, Bürgermeister von Herford 353.
Suezcanal 427.
Syrische Frage 330. — Syrischer Tractat 313.

T

Taddel, Abgeordneter 387.
Tallenay, Marquis v., französischer Diplomat 206.
Tann-Rathsamhausen, Ludwig Samson, Freiherr v. und zu der, bayerischer General 364.
Teplitzer Zusammenkunft (26. Juli 1860) 312. 313.
Tessendorf, Staatsanwalt 458.
Thile, Hermann v., preußischer Staatsmann 283. 370. 375. 394. 409. 410. 436.
Thouvenel, Edouard Antoine, französischer Staatsmann 323. 347.
Throncandidatur, spanische 436.
Thun und Hohenstein, Graf Friedrich v., österreichischer Staatsmann 3. 15. 26. 27. 37. 44. 96. 104. 125. 153. 166. 189. 228. 306.
Titoff, v., russischer Diplomat 187.
Trepoff, Polizeidirector von Petersburg 408.
Trott, v., Kurfürstlich hessischer Bundestagsgesandter 133 (Charakteristik). 140. 198.
Turgot, französischer Minister des Auswärtigen 42. 144.
Turnu 181.
Turtukai 181.
Twesten, Karl 243.

U

Ugolino 310.
Uhden, Karl Alexander v., preußischer Staatsmann 6. 189.
Ungarn. Streben U.s nach Personalunion mit Oesterreich 330.
Unruh, Hans Victor v. 303. 305.
Usedom, Karl Georg Ludwig Guido, Graf v., preußischer Diplomat 231. 237. 241. 286.

V

Varennes, französischer Diplomat 114.
Vatel, Lehrer des Völkerrechts 317.
Venetien. Werth V.s für Deutschland 324.

König (Kaiser) W. I.: 328. 329. 331. 334. 336. 337. 338. 340. 349. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 358. 365. 366. 368. 369. 370. 376. 378. 379. 380. 390. 392. 393. 395. 396. 397. 400. 401. 403. 404. 406. 407. 408. 410. 413. 417. 420. 424. 426. 428. 429. 431. 432. 433. 434. 435. 440. 443. 444. 449. 450. 455. 457. 463. 464. 467. 468. 473. 485. 488. 489. 508. 515. 521. 522. 523. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 538. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547.

Wilhelm III., König der Niederlande 135.

Wilhelm I., König von Württemberg 65. 66. 73. 93. 131. 132.

Wilhelm, Herzog von Braunschweig 136.

Wilhelm, preußischer Prinz (Bruder des Königs Friedrich Wilhelm III.) 22.

Wilhelm, preußischer Prinz (Kaiser Wilhelm II.) 537. 547.

Wilhelmshaven 146.

Willisen, General v. 241. 245.

Wilmowski, v., Chef des Civilcabinets 455.

Windischgrätz, Alfred Candidus Ferdinand, Fürst v., österreichischer Feldmarschall 45. 46.

Wintzingerode, Friedrich Gerhard, Freiherr v., Herzogl. nassauischer Staatsminister 63. 66.

Witzleben, v., Oberpräsident der Provinz Sachsen 6. 353.

Wölfel, Abgeordneter 417.

Wolkenstein, Graf v. 49.

Wrangel, Friedrich Heinrich Ernst, Graf v., preußischer Generalfeldmarschall 358.

Wrschowetz, Graf v. 191.

Wurmbrandt, Graf v. 45. 46. 47.

Y

Ysenburg-Birstein, Fürstin Maria v. 185.

Ysenburg, Prinz, preußischer Diplomat 278.

Z

Zimmermann, Generaldirector des hannöverschen Gesammtministeriums 268. 278.

Zitelmann, preußischer Regierungsrath 105. 215. 231. 387.

Zollverein. Intriguen gegen den Zollverein Preußens mit Hannover 31. Politische Bedeutung des Zollvereins 75. 76 ff. 78. Zollvereinskrisis von 1852: 65 ff. Zollconferenzen, Berliner 1852: 55. 73. 93. 94 (Münchener Erklärung). Wiener Zollconferenzen 57. 77. 105. 107 f. Verhandlungen im Z. über Einführung des neuen Tarifs 371 ff. Antrag Englands auf Abschluß eines Handels- und Schifffahrtsvertrags mit dem Z. 372 f.

Druck der
Union Deutsche Verlagsgesellschaft
in Stuttgart